

HESSISCHE ALLGEMEINE

KASSEL
1 P 3713 A

UNABHÄNGIG · KASSELER ZEITUNG · NICHT PARTEIGEBUNDEN

Preis 1,10 DM · Nr. 235 · Montag, 9. 10. 1989 · Ruf (05 61) 203-0 · Anzeigen 203-3

Karajan-Nachfolge

Claudio Abbado gewählt

Berlin (dpa). Die Berliner Philharmoniker haben Claudio Abbado zu ihrem neuen Chefdirigenten und künstlerischen Leiter gewählt. Der 56jährige Italiener tritt damit die Nachfolge des im Juli gestorbenen Herbert von Karajan an. Er ist Musikdirektor an der Wiener Staatsoper und Generalmusikdirektor in Wien. Frühere Aufgaben waren die musikalische Leitung an der Mailänder Scala und des London Symphonie Orchestra.

Siehe Kulturteil

Eishockey

Köln verliert

Der sechsmalige Meister Kölner EC erlitt in der Eishokkey-Bundesliga mit 5:6 gegen Eintracht Frankfurt seine erste Niederlage. Die Tabellenführung eroberte sich Schwenningen mit einem ungewöhnlichen 1:0 gegen Freiburg zurück.

EC Kassel

8:3-Erfolg in Wesel

Mit einem unerwartet souveränen 8:3 (2:0, 1:1, 5:2)-Erfolg beim EHV Wesel behauptete der EC Kassel seine Position in der Spitzengruppe der Eishockey-Oberliga. Garant für wenig Gegentreffer war einmal mehr Torwart Sepp Kontny.

Handball

Essener Krise

Meister TUSEM Essen steckt in der Handball-Bundesliga in einer Krise und kam gegen die SG Wallau-Massenheim nur zum 23:23-Remis. Überraschungs-Tabellenführer ist der VfL Fredenbeck vor dem Aufsteiger TV Niederwürzbach!

Rote Karten:

Völler, Schuster

Fußball-Nationalspieler Rudi Völler wurde im italienischen Spitzenspiel AS Rom – SSC Neapel (1:1) vom Platz gestellt. Ebenfalls „Rot" sah Ex-Nationalspieler Bernd Schuster beim spanischen Schlager FC Barcelona – Real Madrid (3:1).

Golf

Doch Langer

Der Anhausener Golf-Profi Bernhard Langer gewann das 3. „German Masters" in Stuttgart-Mönsheim. Der 32 Jahre alte Mitorganisator schob sich mit einer 68er-Runde am Schlußtag noch nach vorne und benötigte insgesamt 276 Schläge.

WM 1990

Chance für DDR

Die Fußball-Nationalelf der DDR wahrte ihre Chance auf die Teilnahme an der WM 1990 in Italien. Sie gewann in Karl-Marx-Stadt gegen die UdSSR 2:1, muß aber im letzten Spiel in Österreich gewinnen, um sich die Tickets zu sichern.

Ruf nach Reformen / Hunderte in Haft

Größte Proteste in DDR seit 1953

Ostberlin (dpa/AP). Am 40. Jahrestag ihres Bestehens hat die DDR die größten Demonstrationen für demokratische Reformen seit dem Volksaufstand vom 17. Juni 1953 erlebt. In Ostberlin und anderen Städten zogen bis in die Nachtstunden zum Sonntag mehrere zehntausend Menschen durch die Straßen und riefen „Freiheit, Freiheit". Gestern abend ist es erneut zu Auseinandersetzungen gekommen.

Die amtliche DDR-Nachrichtenagentur ADN bezeichnete die Proteste in einer knappen Meldung am Sonntag als „versuchte Störung" der Volksfeste durch „Randalierer". Diese hätten sich „im Zusammenspiel mit westlichen Medien zusammengerottet". Viele Pfarrer mahnten gestern in ihren Predigten zur Besonnenheit und zu weiterem Verzicht auf Gewalt. In und um die Gethsemane-Kirche in Ostberlin versammelten sich gestern rund 3000 junge Leute, um sich für Freilassung der Festgenommenen einzusetzen. Starke Sicherheitskräfte waren aufgeboten; es kam zu Festnahmen.

Ein Korrespondentenbericht von den Zusammenstößen steht auf „Themen des Tages".

Die Sicherheitskräfte der DDR waren gegen die Demonstranten am Samstag nachmittag und in der Nacht zum Sonntag zum Teil äußerst brutal vorgegangen. Über die Zahl der Verletzten und der Festgenommenen gab es keine genauen Informationen. Nach Einschätzung von Kirchenkreisen wurden insgesamt über 1000 Menschen festgenommen. Ein Teil von ihnen kam gestern wieder frei, während die „Rädelsführer", so eine ADN-Meldung, vor Gericht gestellt werden sollen.

Korrespondenten und Fotografen westlicher Medien wurden zum Teil gewaltsam an der Berichterstattung gehindert. Verschiedentlich zerstörten Angehörige des Staatssicherheitsdienstes (Stasi) Filmkameras und Fotoapparate.

Die Proteste in Ostberlin hatten sich am Rande der offiziellen Feier zum 40. Jahrestag der DDR-Gründung aus einer Kundgebung von nur wenigen hundert Menschen entwickelt. Bald waren es nach Schätzung von Beobachtern über 5000, die zum Sitz der DDR-Volkskammer zogen. Ein Großaufgebot der Polizei kesselte die Menge ein und löste die Kundgebung gewaltsam auf.

Verletzte waren bei Demonstrationen von mehreren tausend Menschen auch in Dresden und Leipzig zu beklagen.

Fortsetzung nächste Seite
Siehe auch „Zum Tage"



EINER ÜBERMACHT von uniformierten Beamten sah sich diese junge Ostberlinerin gegenüber, die am Samstagabend mit Tausenden von Gleichgesinnten für mehr Freiheiten in der DDR eintraten. Während die Staatsorgane teilweise brutal vorgingen, riefen die Demonstranten immer wieder: „Keine Gewalt". (dpa-Funkbild)

Ostberlin / Für Demokratisierung von Staat und Gesellschaft

Sozialdemokraten gründen Partei

Ostberlin/Bonn (AP). Erstmals seit ihrer Zwangsvereinigung mit den Kommunisten zur SED haben Sozialdemokraten in der DDR wieder eine eigene Partei gegründet. Wie am Sonntag in Ostberlin mitgeteilt wurde, schlossen sich am Samstag 43 Gründungsmitglieder zu einer Sozialdemokratische Partei (SDP) zusammen. Als programmatisches Ziel nennt die Gründungsurkunde eine „ökologisch orientierte soziale Demokratie". In Bonn begrüßte die SPD diesen Schritt und erklärte sich mit der neuen Partei solidarisch.

Auf einer Versammlung in Schwante in der Nähe von Berlin beschlossen die Mitglieder zugleich ein Parteistatut, bestellten einen 15köpfigen Vorstand und ernannten den Ostberliner Historiker Ibrahim Böhme zum Sekretär. In der Urkunde heißt es, angesichts „der außen- und innenpolitischen Situation der DDR halten es die

Ein Hintergrundbericht auf „Themen des Tages" erläutert, warum die SPD 1946 mit der KPD zwangsvereinigt wurde.

Mitglieder der SDP jetzt für erforderlich, sich für eine konsequente Demokratisierung von Staat und Gesellschaft einzusetzen". Die Sozialdemokraten in der DDR suchten die Zusammenarbeit „mit allen demokratischen Initiativen, Gruppen und Personen in unserem Lande".

Der Versammlung vorausgegangen war am 26. August ein Aufruf zur Parteigründung. Die Bildung fester Parteistrukturen begründeten die Sozialdemokraten mit der Absicht, sich „mit inhaltlichen und strukturellen Verbindlichkeiten gegen die zunehmende Destabilisierung unseres Landes zu verhalten und in dieser Weise an einer demokratischen Entwicklung mitzuwirken". Nach Angaben von Mitgliedern will die SDP in der DDR zunächst keine offizielle Zulassung anstreben.

Flüchtlinge / Seit Freitag

1846 kamen über Ungarn

München (dpa). Der Strom von Flüchtlingen aus der DDR über Ungarn und Österreich in die Bundesrepublik ist am Wochenende wieder angeschwollen. Das Bundesgrenzschutzkommando Süd in München zählte von Freitag bis zum frühen Sonntag morgen 1846 Übersiedler. Waren es am Samstag noch 662, so stieg ihre Zahl am Sonntag auf 1184 an.

Drei weitere Busse

Von den DDR-Flüchtlingen aus Ungarn passierten am Wochenende 899 im eigenen Personenwagen die Grenze. 573 DDR-Bürger kamen in elf Bussen und 374 mit der Eisenbahn. Für die Nacht zum Montag wurden drei weitere Busse mit 150 Personen erwartet.

Warschau / DDR-Bürger

Wieder 400 in Bonner Mission

Warschau (dpa). Ungebrochen ist der Zulauf von Flüchtlingen aus der DDR, die bei der bundesdeutschen Botschaft in Warschau Zuflucht suchen: Seit der letzten Ausreiseaktion am Donnerstag abend haben sich bis Sonntag insgesamt wieder etwa 400 ausreisewillige DDR-Bürger in der Bonner Mission eingefunden. Auch die Neuankömmlinge wurden in Ferienanlagen außerhalb von Warschau untergebracht. Sie werden vom polnischen und Deutschen Roten Kreuz sowie der katholischen Caritas betreut.

Immer größer wird der Anteil derjenigen, die auf abenteuerlichen Wegen durch die Neiße oder die Oder schwimmen. Einige Flüchtlinge berichteten, an seichten Stellen des Neiße-Flußbettes, die man durchwaten könne, lägen Bretter mit Nägeln.

Deutlichere Worte nach Rückkehr in Moskau

Gorbatschow setzt DDR unter Reformdruck

Berlin/Moskau (dpa). Der sowjetische Staats- und Parteichef Gorbatschow hat die DDR öffentlich unter Reformdruck gesetzt. Unmittelbar nach Rückkehr von den Jubiläumsfeiern zum 40jährigen Bestehen der DDR sagte er am Samstag abend in Moskau, er habe die DDR-Führung unter Staats- und Parteichef Honecker auf die Notwendigkeit von Veränderungen hingewiesen.

Damit schlug Gorbatschow einen wesentlich deutlicheren Ton an als auch in seinem Grußwort beim offiziellen Festakt zum Jubiläum am Freitag in Ostberlin. Im sowjetischen Fernsehen unterstrich er, die tiefgreifenden Veränderungen des Sozialismus hätten im Zentrum seiner Gespräche in Ostberlin gestanden. Dort fragten sich die Leute jetzt, „was sich ändern soll: Nicht nur in der Wirtschaft und in der sozialen Sphäre, sondern auch bei den politischen Institutionen." Gorbatschow weiter: „Es gibt kein Land, daß sich nicht so oder so änderte."

Während seines Aufenthaltes in der DDR, habe er den Eindruck gewonnen, daß die „Bürger der DDR, die Veteranen, die mittleren Jahrgänge, und vor allem die Jugendlichen feurige Befürworter der Perestroika in unserem Lande sind", sagte der Kremlchef. „Sie sind das nicht aber nur aus Solidarität. Auch hier (in der DDR), wo man jetzt die Bilanz von 40 Jahren zieht, fragen sich die Leute, wie es weitergehen soll."

Honecker hatte dagegen in seiner Rede allen Reformen eine Absage erteilt.

Zum Tage

Die Uhr läuft

Nichts dokumentiert die Lage in der DDR deutlicher, als ihre Jubelfeier. Da wurde mit preußischem Stechschritt und aufgepflanzten Bajonetten bei der Militärparade Glanz und Gloria demonstriert. Und nur Stunden später prügelte die Staatsmacht auf ihre Bürger ein, die lautstark nach 40 Jahren Diktatur jene „demokratische Republik" einforderten, die bislang nur dem Namen nach in der „sozialistischen Alternative" zur Bundesrepublik existiert.

Ihre Hoffnung, beim Kremlchef Unterstützung zu finden, erfüllte sich immerhin so weit, wie sich das Gorbatschow mit Rücksicht auf die Machthaber des Staates an der Westgrenze des Ostblocks leisten konnte. Ihm gelang der schwierige diplomatische Balanceakt, der DDR-Führung den gebotenen Respekt zu erweisen, gleichwohl deutlich daran zu erinnern, daß niemand sich ungestraft notwendigen politischen wie gesellschaftlichen Veränderungen verschließt.

Die Ereignisse des 7. Oktober 1989 haben gezeigt, daß Honecker nicht mehr viel Zeit bleibt, daß er schon mit dem Rücken an der Wand steht. Und das eben macht die Situation in der DDR so brisant. Markige Worte, unzeitgemäße Wiedervereinigungsdebatten und wohlfeile Ratschläge aus der Bundesrepublik sind da wenig hilfreich. Im Gegenteil. Mit Zurückhaltung ist den Menschen in der DDR jetzt am besten gedient.

Wolfgang Rossbach

Jom-Kippur-Fest

Zugang nach Israel versperrt

Jerusalem/Nikosia (AP). Die israelischen Streitkräfte haben am Sonntag anläßlich des jüdischen Jom-Kippur-Festes den Gazastreifen und das Westjordanland abgeriegelt und damit den Bewohnern der besetzten Gebiete den Zugang nach Israel versperrt. Nach Angaben eines Vertrauten des PLO-Vorsitzenden Arafat kam es am Sonntag in den besetzten Gebieten zu schweren Zwischenfällen. Der Gewährsmann sprach von mehr als 100 getöteten und verwundeten Palästinensern.

DDR / Gelder

Rühe erneuert Hilfsangebot

Bonn (dpa). CDU-Generalsekretär Rühe hat das Angebot der Bonner Regierungskoalition an die SED-Führung konkretisiert, bei Reformen in der DDR wirtschaftliche Unterstützung zu leisten. In einem Zeitungsinterview stellte Rühe „projektgebundene Hilfe" beim Ausbau der DDR-Konsumgüterindustrie und bei der gemeinsamen Entwicklung und Produktion von Umweltschutztechnologien in Aussicht. Die Ostberliner Führung müsse sich aber generell zu Reformen bekennen.

Lotto- und Totozahlen

Lotto: 2, 4, 8, 23, 40, 49; Zusatzzahl: 11.
Toto: 1, 1, 0, 0, 2, 1, 0, 0, 1, 1, 1.
Auswahlwette: 3, 14, 26, 29, 37, 38; Zusatzspiel: 23.
Rennquintett:
Rennen A: 4, 1, 6.
Rennen B: 21, 22, 28.
Spiel 77: 4, 1, 9, 6, 2, 8, 9.
Süddeutsche Klassenlotterie: Große Lose der Woche mit 2 000 000 DM Losnummer 440 075 und 1 000 000 DM Losnummer 500 928.
(Ohne Gewähr)

Namen und Nachrichten

DGB fordert Durchbruch

DGB-Chef Ernst Breit hat angekündigt, daß sich alle Gewerkschaften im nächsten Jahr verstärkt für die 35-Stunden-Woche einsetzen wollten. „Der Durchbruch kann und muß gelingen", sagte Breit gestern in Würzburg bei der Eröffnung des 13. Ordentlichen Gewerkschaftstages der DGB-Gewerkschaft Holz und Kunststoff (GHK). Dies sei im Interesse der Arbeitslosen notwendig.



EG-Hilfsgüter „umgeleitet"

Mehr als 1000 Liter Speiseöl, 1000 Kilogramm Mortadella und andere Lebensmittel, die aus EG-Mitteln für notleidende Länder der Dritten Welt zur Verfügung gestellt wurden, sind jetzt in einem Supermarkt in Neapel aufgetaucht. Die Polizei habe die Nahrungsmittel mit dem Stempel der Europäischen Gemeinschaft „Für bedürftige Länder" beschlagnahmt, hieß es.

China schränkt Reisen ein

Dienstreisen von führenden chinesischen Politikern ins Ausland sollen künftig drastisch eingeschränkt werden. Dies steht in einer neuen Verordnung, die besagt, daß Auslandsreisen nur noch genehmigt würden, wenn es Staats- oder Arbeitsbesuche im Zusammenhang mit „wichtigen öffentlichen Angelegenheiten" seien.

Andres gründet Partei

Der abgesetzte Landesvorsitzende der rechtsradikalen Republikaner in Berlin, Bernhard Andres, hat eine neue Partei gegründet. Sie nennt sich „Die Deutschen Demokraten". In einem Interview begründete Andres die Parteineubildung damit, daß viele „die Nase voll" gehabt hätten von „Zank, Streit und Querelen" sowie endlosen Personaldiskussionen bei den Republikanern.



Ehrendoktor für Schmidt

Der frühere Bundeskanzler Helmut Schmidt ist in der Universität von Bergamo mit der Ehrendoktorwürde der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät ausgezeichnet worden. In seinem Vortrag hob Schmidt die Notwendigkeit des europäischen Währungssystems hervor. Er forderte die zügige Einführung einer europäischen Zentralbank.

„Maggie-Tour" ein Flop

Die britische Premierministerin Margaret Thatcher als Touristenattraktion hat sich als großer Flop erwiesen: Kein einziger Besucher hat bislang an einer von vielen Londoner Hotels angebotenen Ausflugsfahrt nach Grantham teilgenommen, der Geburtsstadt von Frau Thatcher. Ein weiteres Anzeichen für die sinkende Popularität der „eisernen Lady" bieten die jüngsten Umfragen. So meinten 58 Prozent der Briten, Thatcher sollte vor den nächsten Wahlen 1991 zurücktreten. Ihre konservative Partei liegt in der Wählergunst 11 Prozent hinter der oppositionellen Labour-Partei.



Pretoria: 1. Mai Feiertag

Im jahrelangen Ringen mit den Gewerkschaften hat die südafrikanische Regierung jetzt nachgegeben und den 1. Mai zum Feiertag erklärt. Vor allem schwarze Arbeitnehmer hatten in der Vergangenheit immer wieder mit Streiks gegen die Haltung Pretorias protestiert.

Kernenergie

WHO fordert mehr Sicherheit

Hiroshima (dpa). Die zivile Nutzung der Kernenergie erfordert nach Ansicht des Generaldirektors der Weltgesundheitsorganisation (WHO), Professor Nakajima, erhöhte Sicherheitsstandards in den weltweit betriebenen Atommeilern. Auf dem 9. Internationalen Weltkongreß der „Internationalen Ärzte zur Verhütung des Atomkrieges" (IPPNW) verwies er in diesem Zusammenhang auf den Anstieg von Blutkrebs bei Anwohnern englischer Atomkraftwerke. Die Erforschung dieser bis heute unerklärbaren Häufung von Leukämiefällen sei ein gemeinsames Anliegen von WHO und IPPNW ebenso wie der Kampf für die Abschaffung aller Atomwaffen.

Für das neue IPPNW-Projekt „SatelLife", das den weltweiten Austausch medizinischer Daten mit Hilfe von Satelliten ermöglichen soll, sagte Nakajima die Unterstützung der WHO zu. Mit dem Projekt, das dem schnelleren Informationsfluß zwischen Kliniken und Gesundheitsbehörden dienen soll, werde den Initiativen der WHO zur Gesundheitsförderung ein wichtiges Kommunikationsmittel an die Hand gegeben.

Berg-Karabach

Täglich blutige Konflikte

Moskau (dpa). Die Lage im kaukasischen Unruhegebiet Berg-Karabach nimmt offenbar immer mehr bürgerkriegsähnliche Züge an. Täglich komme es zu blutigen Zusammenstößen zwischen Armeniern und Aserbaidschanern, schrieb am Sonntag die amtliche sowjetische Nachrichtenagentur Tass. Es sei eine Brücke in die Luft gesprengt worden, es würden Häuser und Autos in Brand gesteckt.

Die Verbindungen zur Außenwelt seien weiterhin unterbrochen. Wegen des Fehlens von Medikamenten bestehe die Gefahr einer Hepatitis-Epidemie. Nur durch den Einsatz der Luftwaffe bei der Versorgung entlegener Gebiete werde derzeit eine Hungersnot verhindert.

Wie Tass weiter berichtete, hätten Jugendliche aus der von Aserbaidschanern bewohnten Stadt Schuscha in Berg-Karabach am Wochenende ein nahegelegenes armenisches Dorf beschossen. Unter ihnen seien Einwohner der aserbaidschanischen Hauptstadt Baku gewesen, die eigens gekommen seien, um „den Kriegsgeist der örtlichen Bevölkerung" zu wecken.

Erstmals an einem Tisch

Sowjet-General bei Nato-Treffen

Rom (dpa). Erstmals in der Geschichte der beiden Militärblöcke haben ein Nato-Oberbefehlshaber und ein führender sowjetischer General gemeinsam an einer Diskussion über Sicherheitsfragen teilgenommen. Vor der Nordatlantischen Versammlung (NAV), dem sogenannten Nato-Parlament, das noch bis heute in Rom tagt, warf der stellvertretende Chef des UdSSR-Generalstabs, Wladimir Lobow, dem Westen vor, bisher nur ungenügend auf die Abrüstungsinitiativen Moskaus zu reagieren. Der Oberbefehlshaber der Nato für Europa, US-General John Galvin, kritisierte bei der Diskussion seinerseits die nach Ansicht der Nato unveränderte militärische Stärke des Warschauer Pakts.

Beide Seiten würdigten den gemeinsamen Auftritt der Militärs vor den Parlamentariern aus 15 Nato-Staaten als „historisches Ereignis", das die gewandelten Beziehungen zwischen Ost und West widerspiegele. Die 35. Jahrestagung der NAV in Rom geht heute mit einer Plenarsitzung der rund 200 Abgeordneten und einer Rede von Nato-Generalsekretär Wörner zu Ende.

Ungarn / Nach Partei-Umwandlung

Altkommunisten gründen neue KP

Budapest (dpa). Ungarns orthodoxe Kommunisten haben als Reaktion auf die Auflösung der Kommunistischen Partei und ihre Umwandlung in eine Sozialistische Partei die Gründung einer eigenen KP beschlossen. Dies berichtete am Sonntag der ungarische Rundfunk. Die Selbstauflösung der bisherigen KP mit dem Ziel eines demokratischen Neubeginns war am Samstagabend auf dem Parteitag in Budapest mit Billigung von mehr als 80 Prozent der Delegierten beschlossen worden.

Verlierer waren die Vertreter der orthodoxen Fraktionen, die den radikalen Reformkurs ablehnen. Die geplante Gründung einer neuen kommunistischen Partei beschloß eine Gruppierung, die sich nach dem gestorbenen langjährigen Parteichef Janos Kadar nennt. Sie begründete ihren Schritt gestern damit, daß durch die Neugründung der sozialistischen Partei die Kommunisten ihre politische Basis verloren hätten.

Die neue „Ungarische Sozialistische Partei" sieht sich zwar als Rechts-Nachfolgerin der „Ungarischen Sozialistischen Arbeiterpartei" (USAP), stellt sich jedoch entschieden „gegen die Fehler der Vergangenheit und die Überreste des Stalinismus". Sie tritt für Sozialismus, Rechtstaatlichkeit und soziale Marktwirtschaft ein.

In einer von der Mehrheit der Delegierten gebilligten Stellungnahme wird ausdrücklich betont, daß „in der Geschichte unseres Landes eine Epoche zu Ende gegangen ist". Das bisherige Konzept des Sozialismus sei nicht geeignet, daß Ungarn mit der Entwicklung in der Welt Schritt hält.

Die neue Partei distanziert sich „von den Verbrechen, von den Prinzipien und Methoden, die sich als falsch erwiesen haben". Der Parteivorsitzende Nyers wies auf einen „prinzipiellen Kompromiß" aller Strömungen hin. Ohne die neue Sozialistische Partei sei die Herstellung eines rechtsstaatlichen Systems in Ungarn nicht möglich. Er betonte, die neue Partei werde mit der „proletarisch-ideologischen Machtausübung" brechen.

Siehe auch Kommentar



ICH FÜHLE MICH AUSGEZEICHNET" und kann es selbst nicht glauben", gestand Bundestagsvizepräsidentin Annemarie Renger am Samstag an ihrem 70. Geburtstag. Für die prominente SPD-Politikerin gaben Bundestagspräsidentin Süssmuth und SPD-Chef Vogel in der Godesberger Redoute einen festlichen Empfang. Bundespräsident von Weizsäcker und Frau Marianne waren unter den Gratulanten (unser Bild). Glückwünsche aus aller Welt kamen und Bundeskanzler Kohl würdigte die Oppositionspolitikerin als eine „Frau der ersten Stunde", die sich um die Bundesrepublik außerordentlich verdient gemacht hat. Annemarie Renger hat auf Geschenke verzichtet und gebeten: „Spenden Sie für die Ronald McDonald-Kinderhilfe zur Unterstützung krebskranker Jungen und Mädchen". (dpa-Funkbild)

Wohnungsnot / 250 000 Menschen

Massenprotest in Washington

Washington (AP). Bei einer der größten Protestkundgebungen dieser Art seit den 60er Jahren haben am Samstag in Washington schätzungsweise 250 000 Menschen gegen die Wohnungsnot in den Vereinigten Staaten protestiert. Der Protestmarsch über die Constitution Avenue bildete den Höhepunkt und Abschluß einer sich über drei Tage erstreckenden Kampagne, die „Wohnungen jetzt" genannt wurde.

Die Demonstranten verlangten von der Regierung Bush Finanzmittel und ein Programm für die menschenwürdige Unterbringung von Obdachlosen und Armen. Der schwarze Prediger und Politiker Jesse Jackson bezifferte die Zahl der Obdachlosen in den USA mit drei Millionen.

Neues Grundsatzprogramm

SPD-Landesverbände wünschen Änderungen

Hamburg (dpa). In den Bezirks- und Landesverbänden der SPD stößt der Entwurf für ein neues Grundsatzprogramm der Sozialdemokraten zunehmend auf Kritik. Gleich vier Untergliederungen – die Landesverbände Schleswig-Holstein, Baden-Württemberg und Hamburg sowie der Bezirksverband Hessen-Süd – forderten auf Parteitagen am Wochenende zahlreiche Änderungen an dem neuen Programm, das nach seiner Verabschiedung auf einem SPD-Bundesparteitag im Dezember nach 30 Jahren das Godesberger Programm ablösen soll.

Die umfangreichsten Änderungswünsche formulierte die SPD in Schleswig-Holstein beim Parteitag in Timmendorfer Strand. Eine eindeutige Mehrheit der knapp 200 Delegierten stimmte für einen vom Landesvorstand vorgelegten Alternativentwurf zu den wirtschafts- und sicherheitspolitischen Thesen. Die Nato-Strategie der atomaren Abschreckung wird in Frage gestellt, da ein atomarer Einsatz in Europa mit den Interessen der Bundesrepublik nicht vereinbar sei.

In der Wirtschaftspolitik plädierten die Delegierten für weitergehende Mitbestimmungsrechte und ein Mindesteinkommen auch für diejenigen, die „gesellschaftlich notwendige Arbeit" leisten wie in der Kindererziehung.

Die baden-württembergischen Sozialdemokraten forderten in Schwäbisch-Gmünd im Gegensatz zum Bundesentwurf die bedingungslose Überwindung der Atomwaffen.

Die Hamburger wandten sich gegen eine zu weit gehende Ausgestaltung des von der Bundes-SPD geforderten Volksbegehrens.

Rund 200 Einzelanträge mit deutlicher Detailkritik lagen dem Bezirksparteitag Hessen-Süd vor. Die Genossen wollen vor allem die Passagen zum Umweltschutz konkreter und schärfer gefaßt haben.

Größte Demonstrationen in der DDR / Für West-Touristen:

Ostberlin weiter abgeschottet

Fortsetzung

Ostberlin blieb auch am Sonntag für West-Touristen gesperrt. Die innerstädtischen Übergänge konnten nach wie vor nicht passiert werden. Tausende wurden seit Schließung der Grenzen am Donnerstag zurückgeschickt. Einige Bereiche Ostberlins wurden zum „polizeilichen Einsatzgebiet" erklärt und für Pressevertreter gesperrt.

Die Bundesregierung forderte in einem eindringlichen Appell die DDR-Führung auf, „friedlichen Demonstrationen für mehr staatsbürgerliche Freiheiten nicht mit Polizeikräften, sondern mit Verständnis und Gesprächsbereitschaft zu begegnen". Nur so könnten die Ursachen tiefgreifender Unzufriedenheit vieler Einwohner in der DDR dauerhaft beseitig werden, heißt es in der in Bonn veröffentlichten Erklärung.

Einen „entschiedenen Protest" in Ostberlin kündigte der stellvertretende Regierungssprecher Vogel für den Fall an, daß sich Meldungen über Mißhandlungen von westlichen Journalisten bestätigen sollten. Die Bundesregierung verwahre sich mit Nachdruck gegen die Behinderung von Pressevertretern bei ihrer Arbeit in Ostberlin. Dies spreche „allen auch für die DDR geltenden Regelungen über Informationspflicht und Informationsfreiheit Hohn", sagte Vogel. Am Sonntag verweigerten die DDR-Behörden westlichen Journalisten die Einreise nach Leipzig, da sie an diesem Tage „nicht erwünscht" seien.

Gleichwohl hofft Bonn nach Beendigung der 40-Jahr-Feiern in der DDR auf erste Reformansätze der SED-Führung. „Ich erwarte, daß nach den Jubelfeiern künftig Ausreisegenehmigungen erheblich großzügiger als bisher erteilt werden", erklärte die Bundesministerin für innerdeutsche Beziehungen, Dorothee Wilms, in einem Interview. Ähnlich äußerte sich Kanzleramtsminister Seiters. Nach Informationen von „Bild am Sonntag" plant Ostberlin offenbar eine umfangreiche Abschiebeaktion unbequemer Bürger.

„Tibet ein untrennbarer Teil unseres Landes" / Kritik an Komitee

China über Nobelpreis an Dalai Lama empört

Peking (dpa). Mit Bedauern und Empörung hat die chinesische Regierung am Wochenende zum ersten Mal auf die Verleihung des Friedensnobelpreises an das im indischen Exil lebende tibetische Oberhaupt, den Dalai Lama, reagiert. In einer von der amtlichen chinesischen Nachrichtenagentur Xinhua veröffentlichten Stellungnahme hieß es, Tibet sei ein „untrennbarer Teil chinesischen Territoriums". Die Tibetfrage sei „ausschließlich eine interne Angelegenheit von China", in die einzumischen „keine ausländische Regierung, Organisation oder Person" das Recht habe. In der Äußerung wurde dem Nobelpreis-Komitee „offene Unterstützung" des Dalai Lama und der „tibetischen Separatisten" vorgeworfen. Die „falsche Entscheidung" des Komitees weiche von dem Zweck ab, Personen auszuzeichnen, die einen Beitrag zur „Harmonie und Freundschaft zwischen den Völkern" geleistet haben.

HESSISCHE/NIEDERSÄCHSISCHE
ALLGEMEINE

Herausgeber
Rainer Dierichs, Dr. Dietrich Batz, Achim von Roos

Chefredakteur
Lothar Orzechowski

Stellv. Chefredakteure
Wolfgang Rossbach, Peter M. Zitzmann

Verantwortliche Redakteure
Chef vom Dienst: Horst Kröninger. Chef Nachrichten: Rainer Merforth. Politik: Jochen Prater. Blick in die Zeit: Walter Schütz. Wirtschaft und Sozialpolitik: Horst Seidenfaden. Kultur: Dirk Schwarze. Frau u. Reise: Ilse Methe-Huber. Sport: Rolf Wiesemann, i. V. Ulrich Fuhrmann. Sonntagszeit: Frank Thonicke. Kassel Stadt und Land: Wolfgang Rossbach. Bezirksredaktionen: Peter M. Zitzmann. Koordination: Helmut Lehnart. Hessen/Niedersachsen: Eberhard Heinemann. Chefreporter: Karl-Hermann Huhn. Sonderthemen: Peter Ochs.
Redaktion Wiesbaden: Rolf Effenberger. Redaktion Hannover: Harald Birkenbeul. Redaktion Bonn: Hans Ludwig Laucht.

Verlagsleitung
Dr. Dietrich Batz, Rainer Dierichs, Wigbert H. Schacht. Anzeigenleiter: Horst Prehm. Vertriebsleiter: Gerd Lühring.

Verlag Dierichs GmbH & Co KG, Frankfurter Str. 168, Postfach 10 10 09, 3500 Kassel, Ruf 05 61 / 20 3-0. Tel. Anzeigenannahme 05 61 / 20 3-3. Fernschreib-Nr. 99 635. Telekopierer 05 61 /20 36. Teletex 5 61 81 10. Postgirokonto 155132-608 Frankfurt/M. Anzeigenpreisliste Nr. 29. Monatlicher Abonnementspreis DM 25,60 inkl. Zustellung und 7 % MwSt. (Postbezugspreis 28,50 DM).

Die Beendigung des Abonnements ist nur mit schriftlicher Kündigungserklärung unter Einhaltung einer Frist von einem Monat zum Monatsende möglich; die Frist läuft ab Zugang der schriftlichen Kündigungserklärung.

Auflage werktags über 270 000 Exemplare in Tarifgemeinschaft mit „Oberhessische Presse", Marburg, „Hersfelder Zeitung", „Werra-Rundschau", Eschwege, „Harzkurier", Herzberg.

Auflage „Sonntagszeit" über 200 000 Exemplare.

Herstellung Druckhaus Dierichs, Frankfurter Straße 168, 3500 Kassel.

Beispiel in Budapest

Das Tempo, mit dem in Ungarn die kommunistische Partei in eine Nebenrolle auf der Reformbühne gedrängt wird, verblüfft zunächst, macht aber auch besorgt. Schließlich ist nicht vergessen, wie Bruderparteien und Brudervölker 1956 reagierten und wie sie 1968 in der CSSR den Versuch ahndeten, Bewegung in den Block zu bringen. Die Spaltung der kommunistischen Partei ist perfekt - mit dem Ergebnis, daß die politische Verantwortung für die wirtschaftliche, soziale und politische Erneuerung des Landes in anderen Händen liegt.

Das ist zweifellos eine Chance. Aber die Chance birgt natürlich auch die Gefahr, daß bei einem Scheitern die Schuld nicht mehr bei den Kommunisten festgemacht werden kann. Dennoch ist Budapest ein Beispiel, das weiter reicht als das Wagnis in Warschau, wo ja ebenfalls die Kommunisten um ihre Ausschließlichkeit gebracht worden sind. Die Ungarn sind mutiger und auch wohl entschlossener, wobei vielleicht ihre im Gegensatz zu Polen periphere Lage im östlichen Bündnis eine wichtige Rolle gespielt hat.

Hierzulande und sonstwo im Westen hofft man - keineswegs nur aus humanitären Gründen -, daß das ungarische Beispiel Schule macht. Die CSSR, gedrängt durch ihre unfreiwillige Rolle bei dem Massenexodus der DDR-Bürger, könnte vom Bazillus aus Budapest vielleicht eher infiziert werden, als das derzeit noch den Anschein hat. Doch wird dies entscheidend davon abhängen, ob es in Ungarn gelingt, ein politisches System, in welchem nicht mehr eine Partei allein bestimmt, zu konsolidieren, in welchem wirklich der „Nutzen des Volkes" gemehrt wird.

Günter Baumann

Presse-Echo

Michail Gorbatschow hat in Ostberlin einen schwierigen Drahtseilakt versucht, schreibt die

Rhein-Zeitung

Einerseits sagte er zum 40. Jahrestag des Regimes die erwarteten Artigkeiten, die er den Brüdern im Sozialismus trotz aller Gegensätze schuldet und rügte auch pflichtgemäß angebliche „revanchistische Tendenzen" in der Bundesrepublik. Andererseits ließ er sich aber keineswegs vor den Karren von Honeckers Altherrenriege spannen, die nach wie vor in so rabiater Distanz zu Glasnost und Perestroika verharrt. Gesellschaftliche Veränderungen, schrieb er der SED unmißverständlich ins Festbuch, zwängen letztlich auch die DDR zu Reformen.

Die Bürger der DDR, die in ihrem Staat bleiben wollen, fordern ein liberaleres Gemeinwesen, meint der Konstanzer

SÜDKURIER

Sie sehen nicht ein, daß die Entwicklungen, die in Moskau, Warschau und Budapest die Bevölkerung faszinieren, zu neuen Kraftanstrengungen ermuntern, für ihr Land tabu sein sollten. Natürlich ist richtig, daß sich die DDR, im Gegensatz zu den anderen Staaten Mittel- und Osteuropas nicht aus nationaler Identität, sondern nur über den Sozialismus als Eigenständig definieren kann. Aber falsch ist eben, daß dies jede Reform ausschließt. Ob es einen oder zwei Staaten auf deutschem Boden gibt, ist letztlich nicht entscheidend. Wichtig ist nur, daß, hüben wie drüben, die Menschen entscheiden dürfen, wie sie leben wollen.

Zum selben Thema die

NEUE OZ OSNABRÜCKER ZEITUNG

Entscheidend bleibt Gorbatschows Versicherung, daß Fragen, die die DDR betreffen, nicht in Moskau, sondern in Ostberlin beantwortet würden. Damit legt der Kremlchef die Verantwortlichkeiten fest. Von Honeckers Garde dürfen indessen keine neuen Impulse mehr erwartet werden. Die Ansprache des SED-Generalsekretärs läßt sich in zwei Worten zusammenfassen: Weiter so. Die Festrede geriet zu einer Mischung aus kommunistischem Eigenlob und Vorwürfen an den Westen.

Tausende demonstrierten in Ostberlin für mehr Freiheit

Zugriff im Morgengrauen

Von AP-Korrespondent Ingomar Schwelz

Im Morgengrauen des Sonntags griffen die Polizeihundertschaften in der Ostberliner Schönhauser Allee zu: Rund 350 Demonstranten wurden teilweise unter Gewaltanwendung auf sechs bereitstehende Lastwagen und in zwei Busse verfrachtet und weggefahren. Es war das Ende einer Massendemonstration, wie man sie seit dem 17. Juni 1953 in Ostberlin nicht mehr erlebt hatte. Ausgerechnet am 40. Jahrestages der Gründung der DDR entlud sich in einem Protestmarsch Tausender aufgestaute politische Unzufriedenheit.

„Gorbi, hilf uns" rief die Menge, die sich am Samstag auf dem Alexanderplatz am Rande eines Volksfestes formierte und dann spontan in Richtung „Palast der Republik" loszog. Dort feierten geladene Gäste das Staatsjubiläum. Auch wenn der sowjetische Staats- und Parteichef Gorbatschow, dem die Rufe vor dem Palast galten, hätte helfen wollen, er hätte es nicht gekonnt: Zu diesem Zeitpunkt befand sich die personifizierte Hoffnung von Millionen von DDR-Bürgern auf demokratische Reformen bereits auf dem Rückflug nach Moskau.

Volkspolizisten, sichtlich erstaunt über das plötzliche, massive und lautstarke Aufbegehren der zumeist jungen Leute, drängten den Protestzug zurück zum Alexanderplatz. Vor dem Gebäude der Nachrichtenagentur ADN wurden Rufe wie „Pressefreiheit" und „Demokratie" laut. Erstmals schritten jetzt Mitarbeiter des Staatssicherheitsdienstes ein, die beim Versuch, die Menge aufzulösen, Demonstranten wahllos ergriffen, wegzerrten und teilweise blutig schlugen. Offiziere der Volkspolizei sagten zu Demonstranten, die um Hilfe riefen: „Hier haben nicht wir zu bestimmen". Daß die gefürchtete Stasi-Truppe das Sagen hatte, wurde noch klarer, als Mitglieder des Wachregiments „Felix Dzershinski", einer dem Ministerium für Staatssicherheit unterstellten Eliteeinheit, brutal in die Auseinandersetzungen eingriffen. Die Menge rief immer wieder: „Keine Gewalt!"

Belagerte Festung

Das Ostberliner Regierungsviertel glich einer belagerten Festung. Überall waren Lastwagen mit großen Gittern aufgefahren, offenkundig um Massenansammlungen zu zerstreuen. Im Einsatz waren auch Mitglieder der betrieblichen Kampfgruppen. Die für den Objekt- und Personenschutz vorgesehenen Einheiten wurden an diesem Abend erstmals in großer Zahl gegen die eigene Bevölkerung eingesetzt. Ihnen und den Volkspolizisten galten die Rufe vieler: „Das Volk sind wir, gegen wen kämpft ihr?"

Daß die Demonstranten auch bei der Bevölkerung auf Sympathie stießen, war klar erkennbar. Überall standen auf den Balkonen Zuschauer, die dem Protestzug applaudierten. Viele zündeten Wunderkerzen an.

Die immer nervöser werdenden Sicherheitskräfte teilten schließlich die Menschenmasse, die sich jedoch zum Teil wieder neu formierte und zur Gethsemanekirche weiterging. Dort gibt es seit Beginn dieser Woche regelmäßig Andachten und eine Mahnwache für die politischen Gefangenen in der DDR. Im Stadtteil Prenzlauer Berg riegelte die Polizei alle Zufahrtsstraßen zur Kirche ab.

Immer mehr Menschen schlossen sich dem Protestzug in der Schönhauser Allee an, der Magistrale in Richtung Norden. „Bürger, laß' das Glotzen sein, komm' auf die Straße, reih' dich ein", riefen die Demonstranten immer wieder Passanten und neugierig aus den Fenstern schauenden Menschen zu. Mancher stieg aus der Straßenbahn aus, um sich dem Zug anzuschließen.

Junge Leute mit Kerzen in der Hand standen vor der Kirche einem Polizeiaufgebot mit scharfen Hunden, Schlagstöcken und Elektroschockgeräten gegenüber. „Wir lassen uns von den Machthabern nichts mehr sagen", schrie ein junger Mann auf dem Kirchplatz. Viele klatschten.

JUNGE MENSCHEN waren es in erster Linie, die sich am Samstagabend am Ostberliner Alexanderplatz zu einer spontanen Kundgebung formierten. Später wurde daraus die größte Demonstration für mehr Freiheit seit dem Volksaufstand am 17. Juni 1953. (dpa-Funkbild)

Demonstrationen in der DDR

Erlaubt ist nur Konformes

Alle Bürger haben das Recht, sich im Rahmen der Grundsätze und Ziele der Verfassung friedlich zu versammeln." Dies bestimmt die DDR-Verfassung in Artikel 28. Das auf den ersten Blick umfassend erscheinende Grundrecht wird jedoch stark eingeschränkt, nicht nur durch die „Sicherheitsorgane", sondern auch juristisch. Der offizielle Kommentar zur DDR-Verfassung sagt nämlich genau, wann wer für was demonstrieren darf oder nicht.

Im Katalog der Möglichkeiten und Verbote heißt es: „Die Kundgebungs- und Versammlungsfreiheit wird von den Werktätigen wahrgenommen, um zu Grundfragen der Politik, insbesondere von Ereignissen im internationalen Leben, sowie nationalen und internationalen Gedenktagen, der Arbeiterklasse und der friedliebenden fortschrittlichen Menschheit den einheitlichen Willen der Bevölkerung zu manifestieren."

Das sind – so die neue Ausgabe des Ostberliner „Kleinen Politischen Wörterbuchs" – Massenkundgebungen, „die die internationale Solidarität bekunden" und „gegen imperialistische Aggressionspolitik gerichtet sind". „Verfassungswidrig" und das Recht mißbrauchend nennt der Kommentar „gegen die Interessen der Werktätigen" gerichtete Kundgebungen, die, „mit freiheitlichen und demokratischen Losungen getarnt", eine „antisozialistische Tätigkeit" fördern. Was „antisozialistische Tätigkeiten" sind, bestimmt die SED. (dpa)

1946 Zwangsvereinigung zur SED

Kommunisten waren auf SPD angewiesen

Voller Tatendrang klopfte kürzlich in der Bonner SPD-Zentrale ein Rentner aus der DDR an und erbat „grünes Licht" der „Baracke" für eine SPD-Neugründung im Honecker-Staat. „Wir können sofort wieder anfangen! Wir haben auch noch die alten Mitglieder-Karteien", versicherte der agile Rentier. Doch die SPD hält sich bedeckt, versichert aber der neu formierten „Sozialdemokratischen Partei in der Deutschen Demokratischen Republik" (SDP) ihre Sympathie und Solidarität.

Nur knapp ein Jahr lang existierte die von den Nazis 1933 verbotene und nach Kriegsende zuerst in der damaligen Sowjetischen Besatzungszone (SBZ) wieder aufgelebte SPD. Unter massivem Druck der sowjetischen Besatzungsmacht traten am 21. und 22. April 1946 im Ostberliner Admiralspalast die ebenfalls 1945 neugegründete Kommunistische Partei Deutschlands (KPD) und die SPD zu einem „Vereinigungsparteitag" zusammen, aus dem die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands (SED) hervorging.

Wilhelm Pieck von der KPD und Otto Grotewohl (bis dahin SPD), der in scharfem Gegensatz zur SPD in den damaligen Westzonen mit Kurt Schumacher an der Spitze die Zwangsverschmelzung mit den Kommunisten vollzog, waren die ersten SED-Vorsitzenden. Formulierte die SED zunächst unter Abgrenzung vom Moskauer Modell einen „besonderen deutschen Weg zum Sozialismus" mit paritätisch besetzten Gremien, so richtete bald die immer stärker von Ulbricht dominierte SED die Marschrichtung auf das zentralistische KPdSU-Vorbild aus.

Schumacher schrieb in seiner Biographie: „Nachdem die Führung der Kommunisten, sich als führende Arbeiterpartei etablieren und zur einzigen Arbeiterpartei entwickeln zu können, von den Tatsachen so völlig unmöglich gemacht wird, muß sie nach dem großen Blutspender suchen. Das Rezept ist die Einheitspartei, die einen Versuch darstellt, der sozialdemokratischen Partei eine kommunistische Führung aufzuzwingen."

Vor allem im „roten Sachsen" konnte die SPD rasch Fuß fassen. Ende 1945 zählte die SPD in der sowjetischen Besatzungszone über 600 000 Mitglieder – mehr als in allen drei westlichen Besatzungen. In der heutigen DDR liegen auch die Wurzeln der Sozialdemokratie, die 1875 in Gotha zunächst als „Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands" gegründet wurde.

Eine Sonderstellung nimmt die SPD im Gebiet von Groß-Berlin ein. Nach der Zwangsvereinigung blieb sie im Ostteil der Stadt aufgrund des Vier-Mächte-Status neben der SED bestehen. Doch nach dem Bau der Mauer am 13. August 1961 verfügte Berlins SPD-Landesverband die Auflösung der acht Kreisverbände im Ostsektor. Zugleich behielt er sich das Recht vor, diese jederzeit neu zu konstituieren. (dpa)

Argentiniens Präsident begnadigt Offiziere und Terroristen

Menem setzt auf Aussöhnung

Von dpa-Korrespondent Gerd Reuter

Argentiniens peronistischer Präsident Carlos Saul Menem hat vor und gleich nach seinem triumphalen Wahlsieg im Mai dieses Jahres keinen Zweifel gelassen, daß er das von seinem Vorgänger Raul Alfonsin geerbte „Militärproblem" im Interesse einer nationalen Aussöhnung lösen werde. Jetzt hat Menem, der in der Vergangenheit selbst unter den Militärs litt und mehrere Jahre im Gefängnis verbrachte, 280 Offiziere und ehemalige Terroristen begnadigt. Er ist der Meinung, daß seine Entscheidung im Ausland „gut aufgenommen" werde.

Die Maßnahme sei dann richtig, wenn Generale nie mehr wieder putschen, sondern die Demokratie in den kommenden Jahren weiter gefestigt werden könne, hieß es in Kommentaren. Beobachter meinen, daß das Problem in der Tat gelöst werden mußte, denn Argentiniens Streitkräfte waren während Alfonsins Amtszeit ein ständiger und bedrohlicher Unruheherd für die 1983 eingeleitete Demokratie. Beinahe jede zweite Familie hat ein Mitglied der Streitkräfte in ihren Reihen, und auch viele „Normalbürger" meinen, das Militär habe richtig gehandelt, als es zwischen 1976 und 1983 den organisierten Terrorismus blutig niederkämpfte. Dabei war von beiden Seiten gefoltert, gemordet und entführt worden. Mehrere tausend Regime-Gegner sind bis heute spurlos verschwunden.

Bekanntgabe in La Rioja

Menem wählte wohl nicht ganz unbedacht seine 1200 Kilometer von der Hauptstadt Buenos Aires entfernte Heimatprovinz La Rioja zur Veröffentlichung des Gnadenerlasses. Damit wolle er die politische Bedeutung der Entscheidung relativieren und als nicht so außergewöhnlich erscheinen lassen, wie das vor allem von der Auslandspresse beurteilt werde, hieß es am Sonntag in einem Rundfunkkommentar. Schon bei seiner Amtsübernahme hatte Menem erklärt, die Lösung des Militärproblems sei nicht die dringlichste Aufgabe seiner Regierung. Doch verging in den drei zurückliegenden Monaten kein Tag, an dem er dazu nicht Stellung nahm.

Argentiniens Vergangenheitsbewältigung mit drei verurteilten Diktatoren im Gefängnis und Rebellen-Offizieren in Kompaniestärke in militärischem Gewahrsam blieb ein politisches Top-Thema. Jetzt wartet Argentinien auf die zweite Stufe des Gnadenaktes, für die Menem bisher die „Bevölkerung noch nicht reif genug" hält. Vermutlich noch in diesem Jahr sollen die übrigen Putschgenerale und Verantwortlichen für schwerste Menschenrechtsverletzungen freigelassen werden. Zu den ersten Männern, die vom Gnadenakt profitieren, gehören der ehemalige Staatspräsident General Leopoldo Galtieri sowie die Rebellenoffiziere Mohammed Seineldin und Oberstleutnant Aldo Ricco. Straffrei und ohne Furcht vor juristischen Konsequenzen bleiben auch 64 Terroristen, in der Mehrheit linksextremistische Montonero-Guerilla, die das Land in den 70er Jahren verunsicherten.

„Privatbesuch" des Bundespräsidenten

Dank und neue Bitten

Von dpa-Korrespondent Dieter Buslau

Herr Bundespräsident, wir alle danken Ihnen von ganzem Herzen". Mit Transparenten, lautem Händeklatschen und Blumen begrüßten am Sonntag mittag DDR-Übersiedler Bundespräsident Richard von Weizsäcker in der Katastrophenschutzschule des Bundes in Ahrweiler (Rheinland-Pfalz). Von Weizsäcker hatte sich überraschend zu einem – wie er verlauten ließ – „rein privaten Besuch" – in der Schule, die seit dem vergangenen Donnerstag den Flüchtlingen eine erste Bleibe bietet, angemeldet.

Von Weizsäcker wurde von den DDR-Bürgern sofort umringt; ohne Scheu drückten sie ihm Zettel in die Hand, die als „Bittschriften" gelten sollten, erzählten von Freunden, die verhaftet worden seien und um die sich von Weizsäcker kümmern sollte. Eine 45jährige Frau berichtete von ihrem wegen Republikflucht inhaftierten Schwiegersohn. Zwei Männer, die ihre Frauen und Kinder zurückgelassen hatten, baten um Hilfe.

Ein 17jähriger strahlte: „Ich bin Bäckerlehrling und habe in Ahrweiler eine Lehrstelle gefunden, morgen fange ich an." Der Junge war mit seinem 40jährigen Vater in die Prager Botschaft geflüchtet. Der Vater vertraute den Zusagen von DDR-Rechtsanwalt Vogel, in Kürze ausreisen zu dürfen und kehrte nach Hause zurück.

Der Bundespräsident schüttelte viele Hände, fragte nach Namen und Alter und nach persönlichen Schicksalen. „Wir werden alles tun, damit Sie hier bei uns einen guten Anfang machen können", bekräftigte das Staatsoberhaupt. An die Adresse der DDR-Regierung appellierte von Weizsäcker: „An erster Stelle muß jetzt die legale Ausreiseerlaubnis stehen". Die überwältigende Hilfsbereitschaft der Bundesbürger sei sehr lobenswert.

Die zumeist jungen DDR-Flüchtlinge zeigten sich durchweg optimistisch: Arbeitsplatzangebote gab es, ebenso Angebote für Wohnungen. Überwältigt waren sie von der Gastfreundschaft der Einheimischen. Es gab private Einladungen in Hülle und Fülle.



HESSISCHE ALLGEMEINE

KASSEL
1 P 3713 A

UNABHÄNGIG · KASSELER ZEITUNG · NICHT PARTEIGEBUNDEN

Preis 1,10 DM · Nr. 236 · Dienstag, 10. 10. 1989 · Ruf (05 61) 203-0 · Anzeigen 203-3

Umweltorganisationen:

„Sanierung der Bergtäler jetzt"

München (dpa). Ein Notstandsprogramm für die Sanierung der Bergtäler in den Alpen haben mehrere Umweltorganisationen in einem Appell an die heute beginnende Internationale Alpenkonferenz in Berchtesgaden gefordert. Vor allem der stark angestiegene Autoverkehr bedrohe den alpinen Lebensraum „wie eine Lawine", ungeheure Mengen von Luftschadstoffen führten zum Absterben des Schutzwaldes.
Siehe auch Kommentar

Etat 1990

Loch im Haushalt

20,5 Millionen Mark Defizit weist der Haushalt 1990 der Stadt Kassel auf. Auch aus den Vorjahren bleibt ein Minus: Seit 1982 vergrößerte sich das Haushaltsloch auf 38 Millionen Mark, Ende 1990 sind es voraussichtlich 58 Millionen. Lokales.

Tass meldet Ufo-Landung

Außerirdische in der Sowjetunion gesichtet

Jetzt haben wir es amtlich: Die Erde ist – laut der staatlichen sowjetischen Nachrichtenagentur Tass – von Außerirdischen heimgesucht worden. Als Landeplatz wählten die Besucher aus dem All die zentralrussische Stadt Woronesch. Wissenschaftler bestätigten laut Tass die Berichte von Augenzeugen, die „menschenähnliche Wesen" erkannten. Gefallen hat es denen bei den Sowjets offenbar nicht. Nach einem „Spaziergang" düsten sie wieder ab. Näheres auf „Blick in die Zeit".

280 Stellen

VW sucht Personal

Das VW-Werk Kassel braucht „so schnell wie möglich" 280 Fachkräfte aus Elektro- und Metallberufen für die Produktion. Das wurde gestern im Rahmen einer Betriebsversammlung bekannt. Siehe Bericht auf der Wirtschaftsseite.

Medizin/Krebsforschung

Nobelpreis an zwei Amerikaner

Den amerikanischen Genforschern Michael Bishop und Harold Varmus ist gestern der diesjährige Nobelpreis für Medizin zuerkannt worden. Die beiden Wissenschaftler haben grundlegende Mechanismen der Krebsentstehung geklärt. Sie entdeckten, daß Störungen in einer bestimmten Gruppe von Erbträgern – den sogenannten Onkogenen – dazu führen können, daß eine normale Zelle in eine Krebszelle verwandelt wird und eine Krebsgeschwulst veranlaßt. Siehe Kultur.

SED zeigt Dialogbereitschaft

Leipzig: 70 000 auf den Straßen

Ostberlin/Leipzig (dpa). In Leipzig haben am Montag abend rund 70 000 Menschen für Reformen, demokratische Erneuerung und einen friedlichen Dialog in der DDR demonstriert. Es war die bisher größte nichtstaatliche Demonstration in der DDR außerhalb des Volksaufstandes vom 17. Juni 1953. Ein riesiges Aufgebot von Sicherheitskräften schirmte die Innenstadt ab, hielt sich aber im Hintergrund.

Die Massendemonstration hatte sich nach Friedensandachten in mehreren Kirchen der Stadt formiert. Die Menschenmassen zogen über den Ring, der um die Leipziger Altstadt führt. Zuvor hatten Mitglieder von Menschenrechtsgruppen und Kirchenvertreter, darunter auch Landesbischof Hempel, sowohl Demonstranten als auch Sicherheitskräfte zur Besonnenheit und Gewaltlosigkeit aufgerufen.

In einer gemeinsamen Leipziger Erklärung von SED-Bezirksleitung und Kulturvertretern wurden Dialogbereitschaft und Gespräche zugesagt, um zu friedlichen Lösungen und positiven Schritten in der DDR-Gesellschaft zu kommen. Diese Erklärung war vor den Gottesdiensten vom sogenanten Stadtfunk in Leipzig wiedergegeben worden. Das sind Tonsäulen in der Innenstadt, die über besondere Ereignisse und Veranstaltungen Auskunft geben. Auch in Dresden hatte es gestern Gespräche zwischen Protestierenden und SED-Kommunalpolitikern gegeben.

Bei dem Friedensgebet in der vollen Nikolaikirche in Leipzig war erneut die Freilassung der zahlreichen Menschen gefordert worden, die bei Demonstrationen für Reformen inhaftiert worden waren. Am Wochenende hatte es in mehreren Städten der DDR Demonstrationen gegeben. Kirchenkreisen zufolge *sind mehrere Hundert* festgenommen und zu Haftstrafen verurteilt worden.



EINE FESTE DER DDR-OPPOSITION ist die Gethsemane-Kirche im Ostberliner Bezirk Prenzlauer Berg. Derzeit treffen sich dort meist junge Menschen zur „Fürbitte für die zu Unrecht Inhaftierten". Die Führung der Kirche rief gestern die Demonstranten zur Zurückhaltung auf. Bischof Forck erklärte: „Die beunruhigten Menschen unseres Landes bitten wir dringend, jetzt von nicht genehmigten Demonstrationen auf den Straßen abzusehen". Der Ostberliner Pfarrer Eppelmann hat der DDR-Opposition vorgeschlagen, in den nächsten zwei Wochen alle Formen des Protestes zu unterlassen, die die Gewalt des Staates herausfordern. (dpa-Funkbild)

DDR-Flüchtlinge

50 000 in drei Monaten

München/Bonn/Warschau (AP). In den letzten drei Monaten sind fast 50 000 DDR-Flüchtlinge aus Ungarn sowie aus Prag und Warschau in der Bundesrepublik eingetroffen. Diese Zahl nannte gestern der Bundesgrenzschutz in München. Von Sonntag bis Montag gelangten erneut 649 Übersiedler über Ungarn nach Bayern. In der Bonner Botschaft in Warschau wurden bereits wieder 400 neue Flüchtlinge registriert, in der Vertretung in Prag hielten sich 20 bis 30 Zufluchtsuchende auf. *In Bonn hieß es, man bemühe* sich in Warschau um eine humanitäre Lösung.
Siehe auch „Themen des Tages"

Nach Massenfestnahmen

Haftanstalten sind voll

Ostberlin (dpa). Die Ostberliner Haftanstalten und Polizeireviere sind wegen der Massenfestnahmen offenbar voll. Die Polizeiwagen müssen mit ihrer Ladung „Zugeführter" oft lange in der Stadt herumfahren, um freie Kapazitäten zu finden. Berichten zufolge geht es in den Revieren zum Teil recht ruppig zu. „Das ist ein rechtsfreier Raum. Die können mit uns machen, was sie wollen, ohne daß Konsequenzen drohen", sagten Betroffene nach ihrer Entlassung.

Ostberlin: Alles Randalierer

Bonn verurteilt Polizeieinsätze

Ostberlin/Bonn (dpa/AP). Die Bundesregierung und alle Bonner Parteien haben das massive Vorgehen der DDR-Sicherheitskräfte vom Wochenende scharf verurteilt.

Nach Auffassung von Bundeskanzler Kohl ist das gewaltsame Vorgehen Ausdruck „tiefer Unsicherheit der Verantwortlichen in Ostberlin". Der

Ein Bericht auf „Themen des Tages" erörtert die Frage nach dem Nutzen von Finanzhilfen.

Kanzler forderte die DDR-Führung auf, endlich politische und wirtschaftliche Reformen einzuleiten und auf die Bedürfnisse und Sorgen ihrer Bürger einzugehen. Er wiederholte sein Angebot, der DDR „umfassend und weitreichend" in allen Bereichen zu helfen, wenn dort grundlegende politische, soziale und wirtschaftliche Reformen eingeleitet würden.

Das SPD-Präsidium appellierte an die DDR-Führung, ein „Zeichen der Hoffnung" zu setzen und einen Prozeß der Demokratisierung einzuleiten. FDP-Generalsekretärin Schmalz-Jacobsen protestierte dagegen, daß die DDR-Führung meine, ihre Existenzberichtigung erprügeln zu können. Die Grünen in Bonn forderten die Respektierung des Grundrechts auf Demonstrations- und Meinungsfreiheit in der DDR.

Die Ostberliner Zeitungen taten gestern die Demonstrationen als Störungen von Randalierern ab. DDR-Staats- und Parteichef Honecker hat zeitgleich den Leiter einer chinesischen Regierungsdelegation, das Politbüromitglied Yao Yilin, empfangen. Honecker betonte, „daß sich die SED und die DDR stets den Anforderungen der Zeit gestellt haben".

Der DDR-Staatschef bekräftigte: „Jeglicher Versuch des Imperialismus, den sozialistischen Aufbau zu destabilisieren, seine Erfolge und Errungenschaften zu verleumden", seien jetzt und künftig nichts anderes, „als das fruchtlose Anrennen eines Don Quichote gegen sich unbeirrbar bewegende Windmühlenflügel".

Präsident der DDR-Schriftsteller / Flüchtlingszüge

Kant spricht von „Niederlage"

Berlin (dpa). Immer mehr prominente DDR-Bürger äußern öffentlich Kritik an den Verhältnissen in ihrem Land. Mangelnde Freizügigkeit von Ideen und einen „allwaltenden Pädagogismus" beklagte der Präsident des DDR-Schriftstellerverbandes, Kant (Foto). Ähnliches war bislang zu hören von Vorstandsmitgliedern der Ost-CDU und der Ost-Liberalen sowie vom stellvertretenden Kultusminister Höpcke.

Hermann Kant – auch Mitglied des SED-Zentralkomitees – äußerte erstmals deutliche Kritik an den DDR-Medien. In einem am Montag von der FDJ-Zeitung „Junge Welt" veröffentlichten „Offenen Brief" sprach Kant von „Selbstherrlichkeit im Pressewesen" und Unterdrükkung von Kritik an kritikwürdigen Zuständen. Er beklagte auch eine „verordnete Abstinenz gegenüber Gütern, die anderswo als Normbestandteile des 20. Jahrhunderts gelten". Er glaube nicht, daß „unsere derzeitige Niederlage" einzig auf das Wirken des „allbösen Klassenfeindes" zurückzuführen sei.

Schärfsten Widerspruch lege er ein, wenn man den Anschein erwecke, „ich sei des Glaubens, meines Gegners Kraft allein veranlasse junge Frauen, ihre Kinder über Botschaftszäune zu reichen, und dieselbe Kraft bewege junge Männer, freiwillig Quartier in fremden Kasernen zu suchen". Man sollte in der DDR „weniger vor dem Sumpf da drüben warnen", den es gebe, sondern sich „mehr an die eigene Nase fassen." Freiheit bestehe nicht nur in der Abwesenheit von Arbeitslosigkeit, Kriminalität, Elend und Bildungsnot.

Eine Niederlage sei eine Niederlage, „und passe sie noch so schlecht in den Vorabend eines gloriosen Feiertages", meinte Kant und fügte unter Hinweis auf die Flüchtlingswelle hinzu: „Die Züge, mit denen die Deutsche Reichsbahn, die einstens Lenin aus der Schweiz durch Deutschland nach Rußland transportierte, nunmehr Bürger der Deutschen Demokratischen Republik via DDR aus Warschau nach Braunschweig verfrachtet, sind nun einmal wahrlich keine Siegeszüge. Unseres Sieges jedenfalls nicht."

Erstmals gab es auch eine Äußerung einer prominenten Sportlerin. Die populäre Eiskunstlauf-Olympiasiegerin Katarina Witt meinte: „Mir tut es sehr weh. Ich bin traurig, daß vor allem so viele junge Leute ihre Heimat verlassen".
Siehe auch „Zum Tage"

Zum Tage

Zwischenruf

In geschlossenen politischen Systemen wie dem der DDR wird jede Kritik im System zwangsläufig zu einer Kritik am System. Das macht die Menschen stumm. Melden sie sich nämlich zu Wort, werden sie geächtet. Dann gehen sie schon lieber gleich, was dem Staat am Ende auch lieber ist. Wer draußen ist, kann drinnen nicht widersprechen. Das gilt allgemein, aber besonders für diejenigen, deren Beruf es ist, sich zu äußern, für Schriftsteller also, Künstler, Intellektuelle.

Viele hat die DDR im Laufe der Jahre einfach ausgesondert. Sie durften oder mußten gehen. Andere läßt sie als opponierende Einzelgänger gewähren. Mit nicht wenigen jedoch versteht sie auch sich zu schmücken, indem sie ihnen einen gewissen artistischen Auslauf läßt. Zu ihnen gehört Hermann Kant, Präsident des Schriftstellerverbandes, ZK-Mitglied und dazu ein brillanter Kopf und Schreiber.

Ob er das in den Augen des Regimes bleiben wird, nachdem er sich in ungewohnt kritischen Anmerkungen zur Lage Luft gemacht hat, wissen wir nicht. Könnte sogar sein, daß Kant die Diskussion eröffnet hat, zu der die SED sich nun doch gezwungen sieht. Das wäre ein Fortschritt und ein gutes Zeichen allemal. Fast sieht es so aus, als käme etwas in Gang.

Lothar Orzechowski

Unterzeichnung in Bonn

Umschuldung für Polen

Bonn (dpa). Nach mehrwöchiger Verzögerung haben die Regierungen von Warschau und Bonn gestern die Umschuldung für 2,5 Milliarden DM polnischer Zahlungsverpflichtungen unter Dach und Fach gebracht. Mit der Unterzeichnung des deutsch-polnischen Abkommens auf der Basis internationaler Vereinbarungen ist zugleich ein weiteres Element für gezielte nationale und international abgestimmte Hilfen an Polen erfüllt.

Vogel nach Warschau

Eine SPD-Delegation unter Leitung von Partei- und Fraktionschef Vogel reist heute zu einem dreitägigen Besuch nach Polen. In Warschau sind unter anderem Treffen mit Staatspräsident Jaruzelski, Ministerpräsident Mazowiecki, führenden Vertretern der Solidarität und Repräsentanten der Kirche sowie der deutschen Minderheit aus Oberschlesien geplant.

Mazowiecki wurde gestern vom Fraktionschef der Solidarnosc, Geremek, zu einem schnelleren Reformtempo gemahnt. Es seien Änderungen von geschichtlichem Ausmaß errungen worden, sagte Geremek, an den Wünschen der Gesellschaft *gemessen sei dies aber* „zu wenig".
Siehe auch Kommentar

Die endgültigen Quoten

Lotto: Gewinnklasse I 3 718 199,40 DM; II 67 603,60 DM; III 7521,60 DM; IV 124,50 DM; V 9,70 DM.
Toto:
Auswahlwette: I. unbesetzt, Jackpot 2 015 747,30 DM; II. 90 492,70 DM; III. 8226,60 DM; IV. 124,30 DM; V. 8,30 DM. – **Ergebniswette:** I. 5412,50 DM; II. 211,60 DM; III. 20,90 DM.
Rennquintett:
Rennen A: Gewinnklasse I 627,80 DM; II 143,50 DM.
Rennen B: Gewinnklasse I 124,– DM; II 49,90 DM.
Kombinationsgewinn: Kombinationsgewinn unbesetzt, Jackpot 30 099,20 DM.

(Ohne Gewähr)

Ermutigung der Reformer

Mit ihrer Bereitschaft, den Reformprozeß im Ostblock durch wirtschaftliche Hilfen zu unterstützen, macht die Bundesrepublik jetzt ernst. Das deutsch-polnische Umschuldungsabkommen ist ein erster Schritt dazu. Es erleichtert Warschau die Rückzahlung von Lieferkrediten und verschafft der neuen Regierung eine finanzielle Atempause. Damit sind die eigentlichen Probleme Polens jedoch bei weitem nicht gelöst. Bevor Bundeskanzler Kohl im November nach Warschau reist, wird über die Tilgung des Milliardenkredits von 1975 und über neue Bürgschaften für westdeutsche Investitionen endgültig zu entscheiden sein.

Finanzielle Hilfen sind nur sinnvoll, wenn sie der Wirtschaft unmittelbar zugutekommen und damit die Versorgung der Bevölkerung verbessern. Deshalb will Bonn unter allen Umständen vermeiden, daß die gewährten Kredite den polnischen Staatshaushalt sanieren helfen und in öffentlichen Kanälen versickern. Die Förderung des privaten Bereichs und die Finanzierung gemeinschaftlicher Unternehmungen sollen im Vordergrund stehen. Diese Politik wird jedoch nur dann erfolgreich sein, wenn die polnische Regierung sie durch wirtschaftliche Reformen unterstützt und ergänzt.

Als Gegenleistung erwartet Bonn, daß die kulturellen Rechte der in Polen lebenden Deutschen gesichert werden. Die Regierung Mazowiecki scheint grundsätzlich bereit, den Deutschunterricht fördern zu wollen, die Gründung von Vereinen zu erlauben und Gottesdienste in deutscher Sprache zuzulassen. Von den Kommunisten wird sie deswegen schon der Verzichtpolitik beschuldigt. Man muß befürchten, daß das Gesamtpaket der deutsch-polnischen Vereinbarungen weder die eine noch die andere Seite voll zufriedenstellt. Trotzdem wird es die Reformkräfte ermutigen.

Achim v. Roos

Wenig Hoffnung für die Alpen

Zur Sennerin auf der Alm werden die Touristen heute busweise gekarrt, die „kuhwarme Alpenmilch" und den „guten Käse", die man dort kauft, bringt der Lkw der Molkereigenossenschaft in aller Herrgottsfrühe. Der romantische Traum von der unberührten Natur existiert nur noch in den Prospekten.

Jahrzehntelang wurde die wirtschaftliche Ausbeutung der Alpenregion als Fortschritt gepriesen: Selbst heute noch tun sich die Betroffenen schwer damit einzusehen, welch bleibende Schäden man der Bergwelt schon zugefügt hat. Denn beide Seiten haben von dem Tourismus profitiert. Bauern wurden zu Pensions- oder gar Hotelbesitzern, ihre Kinder verdienen als Skilehrer in wenigen Monaten mehr als in der Landwirtschaft im ganzen Jahr. Und die Urlauber freuen sich auch, wenn sie im Sommer gut ausgebaute Wanderwege vorfinden und im Winter perfekt präparierte Skihänge, die möglichst durch ein ausgeklügeltes Lift-System verbunden sind. Natürlich müssen die Zufahrtsstraßen entsprechend ausgebaut sein, damit man sich bei An- und Abreise nicht stundenlang quälen muß. Doch damit noch nicht genug. Auch die Autokarawanen jener Urlauber, die das Gebirge nur als lästiges Hindernis auf dem Weg ans Mittelmeer betrachten, fügen ihm schwere Schäden zu.

Für die Alpen sieht es düster aus. Die Sieben-Länder-Konferenz in Berchtesgaden steht vor der unlösbaren Aufgabe, eine Schutzkonvention zu verabschieden, die den Alpen und allen betroffenen Staaten gerecht werden soll. Wer vom Tourismus lebt, wird ihn sich nicht verbieten lassen.

Mehr als die Beschlüsse der Politiker fürchten die Investoren das Wetter. Noch fünf, sechs schneearme Winter und regenreiche Sommer – das wäre ihr Ruin. Wahrlich, eine schwache Hoffnung für die Natur.

Peter Ochs

Das Zitat

„Marx ist Murks – wer das nicht begreifen will, dem ist nicht zu helfen."

Der Würzburger Professor Hermann von Berg

Bonns Hilfsangebot an Ostberlin / Reformen ja oder nein?

Das große Dilemma der SED

Von unserem Redaktionsmitglied Jürgen Nolte

Die SED-Führung könnte eigentlich froh sein, daß sich selbst der Klassenfeind wegen des Ausblutens ihrer Republik Sorgen macht und die Lebensbedingungen der DDR-Bürger durch eine an Reformen gekoppelte wirtschaftliche Hilfe so weit verbessern will, daß sie nicht mehr in Scharen dem Arbeiter- und Bauernstaat davonlaufen. Bundeskanzler Kohls Angebot an Ostberlin für eine weitreichende Zusammenarbeit, soeben bekräftigt von CDU-Generalsekretär Rühe, erfolgte in so eindringlicher und auch vielversprechender Form, daß beinahe jedes andere Ostblockland wie etwa Ungarn oder Polen sofort mit beiden Händen zugreifen würde.

Die zwei Risiken

Aber was jenen wie eine Verheißung erschiene, wirkt bei den Ostberliner Machthabern wie ein Kloß im Magen, der ihr allgemeines Unwohlsein nur noch verschlimmert. Denn das Bonner Angebot potenziert ihre Erkenntnis von dem großen Dilemma, in das sie in erster Linie der ungeliebte Genosse Gorbatschow hineinmanövriert hat: Beharren sie als einzige unter den östlichen Bündnispartnern auf dem Sozialismus stalinistischer Prägung, droht die Gefahr einer vollständigen Isolation sowohl international als auch im eigenen Land, an deren Ende der staatliche Kollaps stehen kann. Öffnen sie sich dagegen durchgreifenden Reformen, könnte dies zum Verlust der sozialistischen Identität führen - die aber ist die einzige Rechtfertigung für die DDR-Eigenstaatlichkeit.

Das Bonner Hilfsangebot muß da wie eine gewalttätig-gefährliche Umarmung erscheinen, aus der es, sich einmal ihr hingegeben, kein Entrinnen mehr gibt. Für die alten Männer in der SED-Führung läuft es auf die Frage hinaus, ob sie sich den Sozialismus Stück für Stück abkaufen lassen sollen.

Der führende DDR-Ökonom Prof. Otto Reinhold beschrieb die Ostberliner Seelenpein so: „Wir können nicht ein Achtel oder Viertel Kapitalismus einführen und den Rest sozialistisch organisieren. Wir werden dann gezwungen sein, immer mehr marktwirtschaftliche Elemente einzuführen." Und noch plastischer formuliert er: „Man kann nicht nur ein bißchen schwanger sein."

In Bonn weiß man natürlich um dieses Dilemma, hütet sich aber, in dieser Wunde noch herumzustochern. Der Leiter des Arbeitsstabes Deutschlandpolitik im Bundeskanzleramt, Dr. Klaus-J. Düsberg, legte gegenüber unserer Zeitung Wert auf die Feststellung, daß es der Bundesregierung bei ihrer Initiative ausschließlich um bessere Lebensverhältnisse für die Menschen im anderen Teil Deutschlands gehe. „Die Menschen in der DDR wollen einen wirtschaftlichen Wohlstand, der ihrer Leistung entspricht", hatte dazu in der vergangenen Woche Bundeskanzler Kohl erklärt. Dann werde auch eine wesentliche Triebfeder zu Ausreise und Flucht entfallen.

Noch nicht konkret

Hier will die Bonner Offerte zuallererst ansetzen. Düsberg: „Vorrangig sind Reformen in der DDR-Planwirtschaft, denn sonst kann eine effektive Wirtschaftshilfe nicht greifen." Dies erkläre auch, warum es auf Bonner Seite noch kein konkretes Vorschlagspaket gebe.

Daß es im Gefolge erster Liberalisierungsmaßnahmen in der DDR-Wirtschaft auch zu den von der Bevölkerung heiß ersehnten politischen Reformen mit dem Ziel von mehr persönlichen Freiheiten kommt, wird in dem Konzept Kohls zunächst als eine eher unausgesprochene Hoffnung gehegt.

Überhaupt keinen Platz haben da Spekulationen, die sich um das ost-westliche Reizwort Wiedervereinigung ranken. Grundbedingung für politische Veränderungen in der DDR ist die Beibehaltung des territorialen Status Quo, also die Aufrechterhaltung der Staatlichkeit der DDR. Diese von Moskau vorgegebene Prämisse hat Bundeskanzler Kohl, der seit Anfang August mit Beginn der Flüchtlingswelle ständig in telefonischem Kontakt mit Gorbatschow stand, gegenüber dem Kremlchef bestätigt.

Nach Bonner Informationen hat Moskau aber nicht gesagt, daß dies für alle Zeiten gelte. Am Horizont erscheint hier die Vision Gorbatschows vom „gemeinsamen europäischen Haus", in dem alle Grenzen ihren trennenden Charakter verlieren sollen.

Mag die Garantie des sowjetischen Staatschefs für den Fortbestand der DDR Erich Honecker zunächst beruhigen, so gibt ihm die andere Seite der Medaille Anlaß zu höchster Beunruhigung: Die Sowjetunion, die im Interesse ihrer eigenen Umgestaltungspolitik eine Destabilisierung ihres deutschen Verbündeten unter allen Umständen vermeiden will, fordert immer drängender Reformen auch im SED-Staat. Damit hat Bonn mit seiner Initiative den denkbar stärksten Bundesgenossen an seiner Seite - entsprechende Signale liegen aus Moskau vor -, und Ostberlin kann es sich wohl kaum leisten, das Hilfsangebot in Bausch und Bogen zu verwerfen.

Auch joint ventures?

Vorgeschlagen wird darin ein Ausbau der DDR-Konsumgüterindustrie, die gemeinsame Entwicklung von Umweltschutztechnologien, eine Zusammenarbeit in den Bereichen Wissenschaft und Verkehr - nur, wie sich die Projekte im einzelnen darstellen könnten, hängt von dem Vermögen der DDR-Wirtschaftsplaner ab, sich von ihren starren Grundpositionen zu lösen. Zu einer intensiveren Zusammenarbeit würden Kreditbürgschaften, Investitionsschutzabkommen und joint ventures (Gemeinschaftsunternehmen) mit marktwirtschaftlichen Mechanismen gehören, wie sie bereits in Ungarn, Polen und der UdSSR mit steigendem Erfolg praktiziert werden.

Presse-Echo

Skepsis darüber, ob die DDR ihre bisherige Politik ungeachtet der Widerstände im Land und der Fluchtbewegung einfach so fortsetzen kann, und deutliche Kritik am Vorgehen der Sicherheitskräfte gegen Demonstranten kennzeichnen die Berichterstattung in der internationalen Presse:

ALLGEMEEN DAGBLAD

(Rotterdam)

Die Art und Weise, in der die ostdeutsche Polizei die Demonstranten in den verschiedenen Städten auseinandergetrieben hat, läßt das Schlimmste befürchten, nämlich, daß Honecker seine früher geäußerte Drohung wahr macht und eine „chinesische Lösung" anstrebt.

EL PAIS

(Madrid)

Die Ereignisse beim 40. Jahrestag zeigen, daß immer mehr Gewalt angewendet werden müßte, um den jetzigen Zustand aufrechtzuerhalten. Aber das Europa von heute läßt kein Tiananmen (in Peking) in Berlin zu. Dieser Weg ist Honecker verbaut.

LA STAMPA

(Turin)

Es bewegt sich jedoch etwas in der DDR. Am Sonntag wurde die Sozialdemokratische Partei gegründet, ohne daß das Regime die 80 Versammelten bei der Eröffnungszeremonie störte. Der Besuch von Gorbatschow, der Honecker zur Perestroika aufforderte, hat seine ersten Früchte gebracht.

THE GUARDIAN

(London)

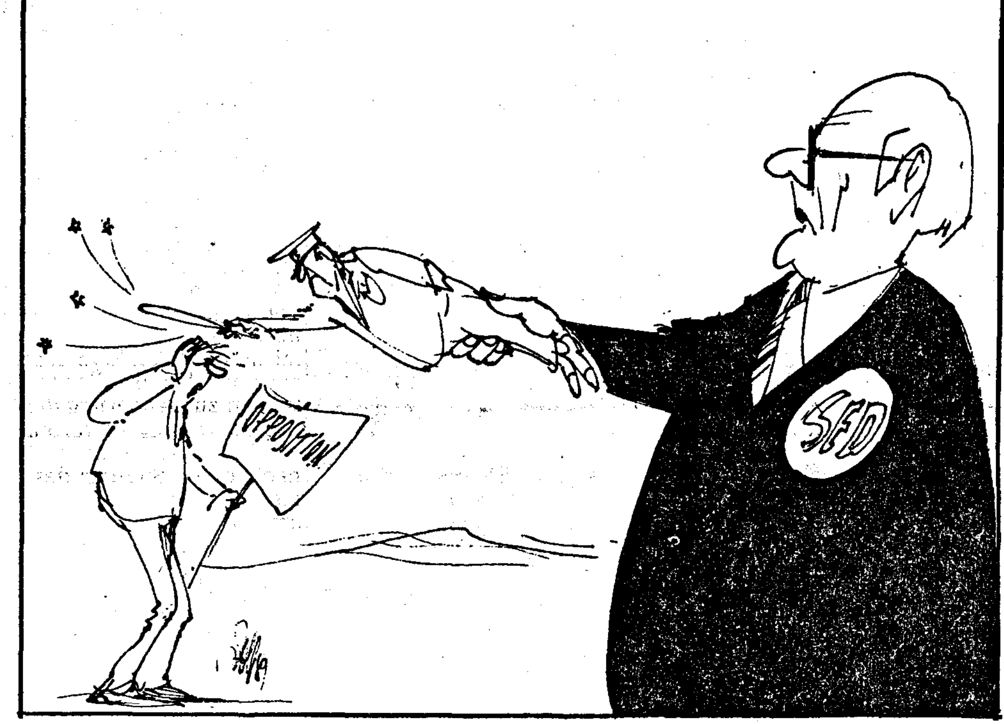
Probleme scheinen Michail Gorbatschow zu begleiten. Wohin er auch immer in der kommunistischen Welt reist, allein seine Anwesenheit provoziert schon einen Aufstand des Geistes mit Zehntausenden, die auf der Suche nach dem bißchen Freiheit, die die sowjetische Gesellschaft erfaßt hat, auf den Straßen marschieren.

CORRIERE DELLA SERA

(Mailand)

Ungarn weist den Kommunismus zurück, während in Berlin eine Veranstaltung, die ein Fest werden sollte, wie eine Beerdigung endet ...

Honecker hat gut daran getan, Bertold Brecht als einen der Väter dieses zerbrechlichen ostdeutschen Vaterlandes zu zitieren, denn vielleicht könnte nur er, mit seinem rüden Geschmack für das Paradoxe, dieses zugleich außerordentliche und beunruhigende Schauspiel beschreiben, das in diesen Tagen in Osteuropa abläuft ...



Honeckers verlängerter Arm (Karikatur: Wolf)

Die Sozialdemokratische Partei (SDP) in der DDR / Grundsatzpapier

Ziel: Parlamentarische Demokratie

Von unserem Mitarbeiter Peter Gärtner, Berlin

Als sich Ende Juli am Rande eines Menschenrechtsseminars in Ostberlin die Initiativgruppe zur Gründung einer Sozialdemokratischen Partei in der DDR gründete, da gab es nur wenige, die dieser Gruppierung überhaupt eine Chance einräumten. „Das wird ja eine Pfaffen-Vereinigung", hieß es spöttisch in oppositionellen Kreisen. Die Kritiker bemängelten vor allem „Kirchennähe", da bei der Geburt der Initiative einige im zweiten deutschen Staat recht bekannte Pfarrer wie Martin Gutzeit aus Ostberlin und Markus Meckel aus Magdeburg kräftig mithalfen. Zum Geschäftsführer der am Wochenende aus der Taufe gehobenen SDP ist allerdings ein Historiker, Ibrahim M. Böhme (35), bestellt worden.

Ganz abgeschieden von den Feierlichkeiten zum 40. Jahrestag der Staatsgründung, aber sicher vor den Sicherheitsorganen, trafen sich – wie berichtet – 43 Initiativmitglieder am 7. Oktober im kleinen Dorf Schwante, einige Kilometer nordöstlich von Berlin. In der Gründungsurkunde heißt es, man wolle auf eine „ökologisch orientierte soziale Demokratie" hinwirken. Dafür soll erst einmal eine breite Basis gefunden werden: „Die Mitglieder der SDP suchen die Zusammenarbeit mit allen demokratischen Initiativen, Gruppen und Personen in unserem Lande, ungeachtet ihrer Struktur, ihrer weltanschaulichen und sozialen Bindung."

Im Gegensatz zur größten Sammlungsbewegung in der DDR, dem „Neuen Forum", hat die SDP seit Ende August bereits ein ausformuliertes Grundsatzpapier. Das ehemalige SED-Mitglied Ibrahim M. Böhme erläuterte auf dem Podium der „Zukunftswerkstatt" („Wie nun weiter DDR?") in der überfüllten Ostberliner Erlöserkirche den Hintergrund der Positionsbestimmung.

Für Gewaltenteilung

Die wichtigsten Forderungen der SDP heißen Rechtsstaat und strikte Gewaltenteilung, eine parlamentarische Demokratie mit einem Mehrparteiensystem, Demokratisierung der vorhandenen Wirtschaftsstrukturen, soziale Marktwirtschaft und Freiheit für die Gewerkschaften. Wie die anderen neuen oppositionellen Sammlungsbewegungen tritt auch die SDP nicht für eine Wiedervereinigung beider deutscher Staaten ein.

In dem Statutentwurf der Partei, das am letzten Sonnabend mit der Gründung in Kraft trat und bis zum ersten Parteitag gelten soll, wird hervorgehoben, daß sich die SDP-Mitglieder „den Traditionen von Demokratie, sozialer Gerechtigkeit sowie Verantwortung für die Bewahrung der natürlichen Umwelt verpflichtet fühlen". Die neue Partei stehe den Traditionen des demokratischen Sozialismus der europäischen Sozialisten und Sozialdemokraten nahe. Man wolle nun die Mitgliedschaft in der „Sozialistischen Internationalen" (SI) beantragen und auch im eigenen Land versuchen, die SDP auf legale Füße zu stellen.

Traditionen spielen nicht nur im Statut der SDP eine wichtige Rolle, auf die baut man auch bei der jetzt erhofften Eintrittswelle. Schließlich galt die frühere sowjetische Besatzungszone nach der Neuzulassung der SPD in Deutschland nach 1945 als „rote Hochburg". Zwischen Elbe und Oder zählte die Partei kurz nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges schon wieder über 600 000 Mitglieder – mehr als in allen drei westlichen Besatzungszonen zusammengenommen. Und in Thüringen und Sachsen liegen auch die Wurzeln der deutschen Sozialdemokratie, die 1875 in Gotha zunächst als „Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands" gegründet wurde. Die wesentlichen Programme und Richtungsbestimmungen wurden in den thüringischen Städten Erfurt und Eisenach festgeklopft.

Nach der Zwangsvereinigung 1946, aus der die SED hervorging, blieb die SPD nur auf dem Gebiet Groß-Berlins aufgrund des Vier-Mächte-Status der Stadt neben der SED bestehen. Erst nach dem Bau der Mauer beschloß der Westberliner SPD-Landesverband die „vorläufige" Auflösung der Ostberliner Kreisverbände.

DDR-Bürger / Warschau

Abenteuerliche Flucht-Aktionen

Von Renate Marsch, dpa

Die Flucht der DDR-Bürger, die in der Bonner Botschaft in Warschau eintreffen, gleicht immer mehr einer Odyssee. Offizielle Reisegenehmigungen nach Polen sind nur noch schwer zu erhalten. Diejenigen, die doch noch Freunde oder Verwandte jenseits der „Freundschaftsgrenze" von Oder und Neiße besuchen dürfen, werden an der Grenze genauesten Kontrollen und oft auch regelrechten Verhören unterzogen. Dreimal habe sie ihre Geschichte vom Geburtstag der Cousine erzählen müssen, berichtet eine junge Frau. Man habe sie trotz des bevorstehenden Wochenendes auch gefragt, warum denn das schulpflichtige Kind mitkomme. Auch die Kinder wurden getrennt von den Eltern nach dem Reiseziel und der Tante in Polen befragt.

Wer irgendwie aufgefallen ist, braucht sich erst gar nicht um eine Reisegenehmigung zu bemühen: Einem jungen Mann nahm die Kriminalpolizei seinen Personalausweis ab, weil er einige Tage vorher sein Geld vom Konto abgehoben hatte. Verdächtig macht sich auch, wer sein Auto umschreiben läßt, Schenkungsurkunden ausstellt oder wem man Reisegenehmigungen nach Bulgarien oder Ungarn verweigert hat. Die Grenzwachen der DDR filzen die Reisenden nach Geld und Papieren, aber auch Stadtpläne von Warschau können Anstoß erregen.

So versuchen jetzt immer mehr Menschen - oft mit kleinen Kindern - sich ohne Ausreisegenehmigung zur Botschaft nach Warschau durchzuschlagen. Alle berichten von starken Grenzwachen entlang der Neiße. An manchen Stellen sei sie ausgebaggert worden, so daß man nicht mehr durchwaten kann. Anderswo lägen Bretter mit Nägeln im Flußbett. Viele robbten sich stundenlang über sumpfiges Gebiet bis zur Grenze vor. Diejenigen, denen es gelungen ist, bis zur polnischen Seite in Sicherheit zu kommen, sind durchaus nicht in Sicherheit. Die polnische Grenzpolizei überstellt sie den DDR-Behörden, wenn sie innerhalb des Grenzgebiets geschnappt werden.

Sieben junge Leute, darunter zwei Kinder, waren seit Montag auf der Flucht, bis sie am vergangenen Samstag in Warschau eintrafen. Sie wateten durch die Neiße, wobei ihnen das Wasser bis über die Hüften reichte. Am anderen Ufer tappen sie weiter, bis sie einem polnischen Bauern begegneten, der sie mit nach Hause nahm. Dort erhielten sie kostenlos Essen und Nachtquartier. Am nächsten Tag brachte man sie zum Bahnhof.



HESSISCHE ALLGEMEINE

KASSEL
1 P 3713 A

UNABHÄNGIG · KASSELER ZEITUNG · NICHT PARTEIGEBUNDEN

Preis 1,10 DM · Nr. 237 · Mittwoch, 11. 10. 1989 · Ruf (05 61) 203-0 · Anzeigen 203-3

WHO / Weltweit:

Zehn Millionen Aids-Infizierte?

Bonn (dpa). Die Weltgesundheitsorganisation (WHO) schätzt die Zahl der Aids-Infizierten weltweit auf fünf bis zehn Millionen Menschen. Die Zahl derjenigen, bei denen die Krankheit bereits ausgebrochen ist, betrage vermutlich eine halbe Million, teilte die WHO gestern vor der Enquete-Kommission „Aids" des Bundestages in Bonn mit. Gemeldet sind weltweit aber nur knapp 178 000 Erkrankungen, davon in der Bundesrepublik 3636 Fälle.



Lilo Pulver 60

Lachen der 50er

Denken Sie noch an Piroschka? Damit spielte sich in den fünfziger Jahren Liselotte Pulver mit burschikosem, lachenden Charme in die Herzen des Publikums. Heute wird die Schweizer Schauspielerin (Foto) 60 Jahre alt. Siehe Kultur.

Zimmermann:

Strecke für Transrapid

Für den Bau einer Strecke Köln-Essen für das Magnetbahnsystem Transrapid hat sich Bundesverkehrsminister Zimmermann ausgesprochen. Diese Verbindung sei als Flughafenanbindung denkbar. Siehe auch Wirtschaft.

Umweltsünder

Drastische Strafe

Drastische Strafe für den Lkw-Fahrer, der an der Autobahn 5000 Liter hochgiftiges Kresol aus seinem Tanklastzug ins Erdreich abließ: Drei Jahre Haft, lautet das Urteil. Die Richter wollten damit abschrecken. Siehe „Blick in die Zeit".

Auf Computer

Viren-Angriff

Computer-Freunde, seid gewarnt: Experten erwarten für Freitag, den 13. Oktober, massive Angriffe von Viren auf Personalcomputer. Die heimtückischen Schädlinge vernichten ganze Dateien. Wie man sich schützt, steht in „Blick in die Zeit".

Handball

Los-Pech für Essen

Nach der in Basel vorgenommenen Auslosung für das Achtelfinale des Handball-Europapokals spielt Titelträger Essen gegen Rumäniens Rekordmeister Steaua Bukarest. Bei den Cup-Siegern trifft Großwallstadt auf Nimes. Siehe Sport.

SED-Funktionäre bekunden Bereitschaft

Erster Dialog mit DDR-Opposition

Leipzig/Dresden (dpa/AP). Nach den Demonstrationen der vergangenen Tage zeichnet sich in der DDR jetzt ein Dialog zwischen SED-Funktionären und Oppositionellen ab. Die evangelische Kirche in der DDR sprach von ersten zentralen Kontakten.

In Leipzig, wo am Montag abend rund 70 000 Menschen für Reformen demonstriert hatten, ohne daß die Sicherheitskräfte eingeschritten waren, wurden erste Gespräche angekündigt. In Dresden, wo es bereits ein Treffen zwischen reformwilligen Bürgern und Vertretern der Stadt gegeben hat, wurde eine Fortsetzung der Unterredung für nächsten Montag vereinbart.

Der SED-Chef der Stadt Leipzig, Roland Wötzel, und sein Chefideologe Jochen Pommert versprachen, „ihre ganze Kraft und Autorität" für „einen freien Meinungsaustausch über die Weiterentwicklung des Sozialismus" einzusetzen. Er solle nicht nur im Bezirk Leipzig, sondern auch „mit unserer Regierung" geführt werden. Diese Erklärung, die auch von prominenten Künstlern wie dem Leipziger Generalmusikdirektor Kurt Masur unterzeichnet wurde, war am Montag abend in mehreren Kirchen der Stadt verlesen worden.

Warum in den DDR-Hochschulen noch keine Proteste laut wurden, schildert ein Bericht auf „Themen des Tages".

In Dresden wurden am Montag abend in vier überfüllten Kirchen die Ergebnisse des ersten Gespräches von 20 Bürgern mit Oberbürgermeister Wolfgang Berghofer mitgeteilt. Berghofer sagte zu, daß alle festgenommen Dresdner Demonstranten, die keine Gewalttätigkeiten begangen haben, noch im Laufe des gestrigen Tages freikommen sollten. Ein Kirchenmitarbeiter berichtete gestern abend in der Ostberliner Gethsemanekirche, 500 der weit über 1000 in mehreren Städten Festgenommen seien wieder auf freiem Fuß.

Berghofer war bei dem ersten Gespräch von Vertretern von Reform- und Kirchengruppen ein Neun-Punkte-Katalog vorgelegt worden. Zu geforderten Wahlreformen sagte der Politiker nach Angaben einer Bürgergruppe, auch er sei dafür, daß Wahlen wieder „richtige Wahlen" würden.
Fortsetzung nächste Seite
Siehe auch Kommentar



FRANKREICH IST SCHWERPUNKTTHEMA der 41. Buchmesse, die gestern in Frankfurt eröffnet wurde. Unser Bild zeigt vor der Auftaktveranstaltung (von links) Kanzler Kohl, Frankreichs Kulturminister Lang und den Vorsteher des Börsenvereins, Christiansen. (dpa-Funkbild)

Frankfurter Buchmesse eröffnet / Menschenrechte

Kohl: Pflicht zur Einmischung

Frankfurt (AP/dpa). Im Ringen um Freiheit, Menschenrechte und Selbstbestimmung gibt es nach Auffassung von Bundeskanzler Kohl „geradezu die Pflicht zur 'Einmischung in innere Angelegenheiten'". Bei der Eröffnung der 41. Frankfurter Buchmesse sagte Kohl gestern, die Achtung der unveräußerlichen Menschenrechte sei „in Wahrheit eine Angelegenheit der ganzen Völkergemeinschaft". Da diese Rechte unteilbar seien, müsse auch „die Solidarität mit den Verfolgten und Unterdrückten unteilbar sein".

Der französische Kulturminister Lang forderte, alle Völker in die Kulturen des europäischen Kontinents einzubeziehen. Kritisch beurteilte er es, wenn die „Bausteine für das gemeinsame kulturelle Haus" nur aus Dallas oder Tokio kämen. Das Mobiliar sollte von europäischer Vielfalt geprägt, die Fenster weit geöffnet sein gegenüber allen friedlichen Einflüssen.

Rund 8200 Ausstellern aus 93 Ländern nehmen diesmal an der Buchmesse teil, ein neuer Rekord. Schwerpunktthema ist Frankreich.

Zum Messeauftakt warf die Affäre um das Rushdie-Buch „Die Satanischen Verse" Schatten auf die umfassendste Buchpräsentation der Welt. Die Organisatoren griffen wegen der Morddrohungen islamischer Fundamentalisten gegen den Autor, gegen Verleger und Buchhändler zu verstärkten Sicherheitsmaßnahmen. In einem Appell forderten sie den iranischen Staatspräsidenten Rafsandschani auf, den Mordaufruf zurückzunehmen.

Nur wenige ausländische Verleger haben das umstrittene Buch nach Frankfurt mitgebracht; die deutschsprachige Ausgabe soll erst nach dem Messetermin erscheinen.
Siehe auch „Zum Tage" sowie Bericht im Kulturteil

Nach friedlicher Demonstration in Leipzig

Bundesregierung sieht „hoffnungsvolle Zeichen"

Bonn (dpa). Die Bundesregierung sieht erstmals seit Wochen „hoffnungsvolle Zeichen" in der DDR. Kanzleramtsminister Seiters (CDU) sagte am Dienstag gegenüber dpa, die Bundesregierung habe den friedlichen Verlauf der Demonstration in Leipzig „mit großer Erleichterung" aufgenommen.

Dies und die ersten Gespräche zwischen den Bürgern und dem Dresdener Stadtrat, sowie die Erklärung von Sekretären aus der SED-Bezirksleitung Leipzig bewertete Seiters als „hoffnungsvolle Zeichen".

Bundeskanzler Kohl sagte in seiner Rede zur Eröffnung der Frankfurter Buchmesse, die DDR-Führung werde den „bewegenden Ruf nach Freiheit und Selbstbestimmung auf Dauer nicht ignorieren können". Den Menschen, die ganz bewußt in der DDR bleiben und sich dort für Reformen einsetzen, zollte Kohl „Hochachtung, Sympathie und Solidarität". Deutlich setzte sich der Kanzler von einer neuen Grenzdebatte in der Bundesrepublik ab: „Im Europa der Zukunft muß es vor allem um Selbstbestimmung und Menschenrechte gehen, um Volkssouveränität und nicht so sehr um Grenzen oder Hoheitsgebiete. Denn nicht souveräne Staaten, sondern souveräne Völker werden den Bau Europa dereinst vollenden."

Als ein „Zeichen der Hoffnung" wertete auch SPD-Chef Vogel den friedlichen Verlauf der Leipziger Demonstration. Er betonte, die Menschen in der DDR müßten selbst entscheiden, was für sie richtig sei. Deshalb sollten sich Politiker der Bundesrepublik Zurückhaltung bei der Erteilung von Ratschlägen auferlegen. „Wir können helfen, wenn wir genauso besonnen bleiben wie die Menschen drüben".

Polen / „Illegale" DDR-Flüchtlinge

Bald keine Auslieferung mehr an DDR-Behörden?

Warschau/München (dpa). Die polnischen Grenztruppen werden möglicherweise in Kürze von ihrer bisherigen Praxis abgehen, DDR-Bürger, die auf dem Weg zur Bonner Botschaft in Warschau „illegal" in das Land kommen, abzufangen und den DDR-Behörden zu übergeben. Dies verlautete am Dienstag aus gut informierten Kreisen der polnischen Hauptstadt. Regierungssprecherin Malgorzata Niezabitowska erklärte in einem Interview, diese Frage sei Gegenstand der Sorge von Ministerpräsident Mazowiecki.

Vom 18. September bis zum 5. Oktober hat die polnischen Grenzpolizei nach eigenen Angaben 608 erwachsene DDR-Bürger ausgeliefert, wozu noch eine unbekannte Zahl von Kindern kommt. Diese Praxis beruht auf einem bilateralen Vertrag mit Ostberlin noch aus dem Jahre 1969.

Unterdessen ebbt der Flüchtlingsstrom aus der DDR ab: In Warschau meldeten sich gestern nur etwa 40 Personen, über Ungarn kamen 480, rund 170 weniger als am Vortag.

Anschlag des Verfassungsschutzes

„Celler Loch": Parteien in Bewertung uneinig

Hannover (H.B.). Der vom niedersächsischen Verfassungsschutz initiierte und von Ministerpräsident Albrecht (CDU) gebilligte Sprengstoff-Anschlag auf die Außenmauer der Justizvollzugsanstalt Celle am 25. Juli 1978 wird von den Regierungs- und Oppositionsfraktionen im niedersächsischen Landtag unterschiedlich bewertet. Mit dem Anschlag hatte der Verfassungsschutz vergeblich versucht, Vertrauensmänner in die terroristische Szene einzuschleusen.

Zum Abschluß der Arbeit eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses, der seit 1986 die Hintergründe der bundesweit aufsehenerregenden Aktion untersucht hat, bezeichneten gestern CDU und FDP die Sprengung als „rechtmäßig und aus damaliger Sicht notwendig". SPD und Grüne stuften sie dagegen als rechtswidrig ein. Sozialdemokraten und Grüne forderten indirekt oder direkt den Rücktritt von Albrecht, der die politische Verantwortung für den Sprengstoffanschlag übernommen hat.

Zum Tage

Leerer Fleck

Er ist nicht auf der Messe, und doch bestimmt gerade seine Abwesenheit den ganzen Verlauf der größten Bücherschau der Welt mit größerem Nachdruck, als wenn Roman und Autor hier ihren Auftritt gehabt hätten. An Salman Rushdie scheiden sich die Geister zwischen westlicher Buchvermarktung, die ihren ungestörten Geschäftsablauf gesichert sehen will, und fundamentalistischer islamischer Kritik ausschließlich am Inhalt eines als beleidigende Herausforderung empfundenen Romans, dessen literarische Qualitäten oder Mängel in diesem Konflikt gar keine Rolle spielen, auch nicht bei seinen Verteidigern im Namen der Meinungsfreiheit.

Der leere Fleck in den Regalen, wo die deutsche Übersetzung der „Satanischen Verse" hätte stehen sollen, und auch die scharfen Sicherheitsmaßnahmen machen die unentschiedene Haltung der westlichen Bücherwelt gegen diesen massiven Angriff auf ihre vielzitierte Liberalität deutlich: Auf der einen Seite Appelle zur Zurücknahme der Drohung, auf der anderen der Kompromiß gegenüber ebendieser Drohung, indem man das Buch vom Messegelände verbannt.

Ob der Iran einen so wenig moralisch untermauerten Appell zur Kenntnis nehmen wird, scheint fraglich.

Claudia Sandner-v.Dehn

Vorstoß Haussmanns

„40-Std.-Woche wiedereinführen"

München (AP). Für die Wiedereinführung der 40-Stunden-Woche hat sich Bundeswirtschaftsminister Haussmann ausgesprochen. Die Bundesrepublik könne sich die von den Gewerkschaften geforderte wöchentliche Arbeitszeit von 35 Stunden „aus Konkurrenzgründen nicht leisten", meinte er gestern in einem Interview. Angesichts des „totalen Wettbewerbs", der 1992 durch die Verwirklichung des EG-Binnenmarktes bevorstehe, sei es „realistischer, statt an die 35-Stunden-Woche wieder an die 40-Stunden-Woche zu denken.

Zu diesen Aussagen erklärte der stellvertretende DGB-Vorsitzende und CDU-Mitglied Fehrenbach: „Jeder Automechaniker muß etwas von Autos verstehen, jede Arzthelferin etwas von Medizin. Warum braucht eigentlich ein Wirtschaftsminister nichts von Wirtschaft zu verstehen?
Siehe auch Kommentar

Ärztekongreß / Appell

„Atomtests sofort stoppen"

Hiroshima (dpa). Mit der Verabschiedung eines „Appells von Hiroshima und Nagasaki" ist gestern der 9. Weltkongreß der Vereinigung Internationaler Ärzte für die Verhütung eines Atomkrieges (IPPNW) in Hiroshima zu Ende gegangen. Darin rufen die Teilnehmer die Regierungen dazu auf, weltweit alle Atomtests sofort einzustellen und in den nächsten fünf Jahren die Militärbudgets um 50 Prozent zu reduzieren. Der Vorsitzende Prof. Lown (USA), schlug vor, ein Drittel der eingesparten Gelder für soziale und gesundheitliche Belange, eines für die Entwicklungsländer und ein drittes für ökologische Vorhaben einzusetzen.

Namen und Nachrichten



Holz-Chef wiedergewählt

„Wo gehobelt wird, da fallen Späne." Insofern ist Horst Morich, der gestern auf dem 13. Gewerkschaftstag der Gewerkschaft Holz und Kunststoff (GHK) als Vorsitzender bestätigt wurde, auch mit einem schlechteren Ergebnis als vor vier Jahren (85,3 statt 94,2 Prozent) durchaus zufrieden. Und daß der gelernte Tischler sein Handwerk noch versteht, bewies Morich unmittelbar nach seiner Wiederwahl.

Wird „112" EG-Notruf?

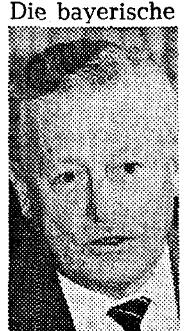
Die EG-Kommission will die Nummer 112 als einheitlichen telefonischen Notruf einführen, der in allen Ländern der Europäischen Gemeinschaft gelten soll. Nach einer Gesetzesinitiative, die am Dienstag in Brüssel veröffentlicht wurde, soll 1992 mit der Einführung begonnen werden.

Grüne Finanzen „stabil"

Trotz eines deutlichen Mitgliederschwunds in den beiden letzten Jahren ist die finanzielle Lage der Bundespartei und der Landesverbände der Grünen „erfreulich stabil". Dies erklärte Bundesschatzmeister Axel Vogel in Bonn. Ende 1988 verfügte die Partei über ein Reinvermögen von 52 Millionen DM.

„Arbeit statt Sozialhilfe"





Die bayerische Staatsregierung will Sozialhilfeempfänger verstärkt zu Arbeiten im Umweltschutz und im Sozialbereich einsetzen. Wie der bayerische Ministerpräsident Max Streibl gestern in einem Interview sagte, könne so einem Mißbrauch der Sozialhilfe entgegengewirkt werden. Unter dem Motto „Arbeit statt Sozialhilfe", so Streibl, sollen arbeitsfähige Bürger, die Unterstützung erhalten, von den Kommunen für gemeinnützige Arbeiten im Umweltschutz sowie in der Kranken- und Altenpflege eingesetzt werden.

Gehörlose beklagen sich

Die etwa 60 000 Gehörlosen in der Bundesrepublik fühlen sich von Behörden und Mitmenschen vernachlässigt. Wenige Tage vor dem Bundestreffen der Deutschen Gehörlosen am 14./15. Oktober in Karlsruhe erklärte der baden-württembergische Landesvorsitzende der Organisation, Huck: „Blindheit und Rollstühle sieht man, Taubheit sieht man nicht." Zentrale Forderung der Gehörlosen ist eine bessere finanzielle Förderung durch den Staat.

ÖTV für EG-Lösung



Die ÖTV-Vorsitzende Monika Wulf-Mathies hat sich für ein einheitliches europäisches Personalrecht im Öffentlichen Dienst ausgesprochen. Die Unterteilung in Arbeiter, Angestellte und Beamte sei ein Relikt des Obrigkeitsstaates, das in einem neuen Europa keinerlei Existenzberechtigung mehr habe, sagte die Gewerkschaftsvorsitzende in Stuttgart.

Umfrage / Nur Republikaner überwiegend unzufrieden

Große Zustimmung zur Demokratie

Bonn (dpa). Die rechtsradikalen Republikaner sind offenbar *die* neue Protestpartei gegen das demokratische System. Während nach einer gestern vom Bundesinnenministerium veröffentlichten Studie knapp drei Viertel der Bevölkerung der Demokratie zustimmten, äußerten sich 58 Prozent der Anhänger der Republikaner unzufrieden.

Dagegen sind die Grünen offenbar auf dem Weg zur etablierten Partei: Während 1984 nur 38 Prozent der Grünen-Anhänger mit der Demokratie der Bundesrepublik zufrieden waren, sind es jetzt 60 Prozent, neun Prozent mehr als im vergangenen Jahr.

Bei dieser sechsten derartigen Umfrage des Mannheimer Instituts für praxisorientierte Sozialforschung (ipos) wurden zwischen dem 28. April und dem 13. Mai 2040 repräsentativ ausgewählte Bürger über ihre Einstellungen zu aktuellen Problemen der Innenpolitik befragt. Insgesamt ist danach die Zustimmung zur Demokratie um einen Prozentpunkt von 72 auf 73 Prozent gewachsen. Am größten ist die Zustimmung mit rund 90 Prozent bei Anhängern der Koalitionsfraktionen CDU/CSU und FDP. SPD-Anhänger äußerten sich zu 72 Prozent positiv.

Die erstmals gestellte Frage nach dem Nationalstolz ergab, daß 70 Prozent der ausgewählten Bürger stolz sind, Deutscher zu sein. Nur 12,1 Prozent empfanden keinen Stolz, 18 Prozent wollten sich nicht festlegen. Besonders ausgeprägt war der Stolz bei den Anhängern der Republikaner (87 Prozent) und der Union (85 Prozent).

67 Prozent der Befragten insgesamt finden es gut, wenn bei besonderen Anlässen die Nationalhymne gespielt wird.

Als wichtigstes politisches Ziel nannten bei der Umfrage 70 Prozent einen wirksamen Umweltschutz. Danach folgt die Sicherung der Renten (67 Prozent), der Kampf gegen das Rauschgift und die Schaffung von mehr Arbeitsplätzen (jeweils 66 Prozent) sowie die Verbrechensbekämpfung (61 Prozent). Während für die Republikaner die innere Sicherheit und die Verbrechensbekämpfung besonders wichtig sind, steht für die Grünen die Umwelt sowie die Schaffung neuer Arbeitsplätze im Vordergrund.

Rund zwei Drittel der Befragten, 65 Prozent, sprachen sich dafür aus, daß die Bundesrepublik politisch Verfolgten Asyl gewährt. Fast ebenso viele, 64 Prozent, meinen jedoch, daß in jedem Jahr nur eine begrenzte Zahl politisch Verfolgter aufgenommen werden soll. Bei den Anhängern der Republikaner sind 54 Prozent gegen das im Grundgesetz verankerte Asylrecht.

Wie im vergangenen Jahr sprach sich auch diesmal die überwiegende Mehrheit der Befragten (81 Prozent) dafür aus, das Wahlrecht in der Bundesrepublik mit der Staatsangehörigkeit zu verbinden und den hier lebenden Ausländern auch kein kommunales Wahlrecht einzuräumen.

Interessant auch dieser Aspekt: Während 61,8 Prozent aller Befragten in einem Einwohner der DDR in erster Linie einen Deutschen und nicht den Bürger eines anderen deutschen Staates sehen, sind dies bei den Anhängern der Republikaner nur 57,9 Prozent.

Demonstranten in Leipzig: „Wir brauchen Freiheit"

Nach den Friedensandachten in vier Leipziger Kirchen formierte sich am Montag abend in Leipzig die größte nichtstaatliche Demonstration in der DDR außerhalb des Volksaufstandes vom 17. Juni 1953. Rund 70 000 Menschen zogen über den Ring, der um die Altstadt führt, und riefen: „Keine Gewalt", „Wir sind das Volk", „Wir wollen Reformen" und „Honi, mach die Augen auf". Außerdem wurde die Zulassung des „Neuen Forums" gefordert, und es erklangen „Gorbi, Gorbi"-Rufe.

Nach 20.30 Uhr löste sich die Demonstration – unser Foto entstand am Hauptbahnhof – langsam auf. Auch das Großaufgebot von Polizisten und Betriebskampfgruppen, die Wasserwerfer in Bereitschaft gehalten hatten, zog allmählich ab. Vielfach kam es zu Diskussionen und Gesprächen zwischen Demonstranten und den Sicherheitskräften.

Auch in Halle hatte sich am Montag abend auf dem Marktplatz eine Demonstration von mehreren tausend Bürgern friedlich aufgelöst. Auf Betriebsversammlungen war zuvor dazu aufgerufen worden, sich der Protestkundgebung nicht anzuschließen. In Ostberlin und Plauen waren ebenfalls friedliche Kundgebungen mehrerer tausend Menschen ohne Zwischenfälle zu Ende gegangen. (dpa-Funkbild)

Dialog mit Opposition in DDR / Bilanz der Zusammenstöße

Regierung: 152 Verletzte

Fortsetzung

Berghofer betonte aber auch, daß er für eine Reihe von Forderungen nicht kompetent sei, wie nach Zulassung der Bürgerbewegung „Neues Forum". Im Bezirk Dresden ist der Reformer Hans Modrow SED-Parteichef.

Angesichts der Zurückhaltung, die die DDR-Sicherheitskräfte während der Leipziger Demonstration übten, sprach der Propst der evangelischen Kirche von Berlin-Brandenburg, Hans Otto Furian, gestern von einem „bemerkenswerten Sinneswandel" der Staatsführung. Er erklärte gegenüber AP, daß es zu einer „positiven Entwicklung im Lande" kommen könne, wenn sich die neue Linie durchsetze.

Die staatlich gelenkte DDR-Presse berichtete am Dienstag ausführlicher über die Massendemonstrationen und Zusammenstöße der vergangenen Tage. Die Bürgerrechtler wurden dabei meist scharf angegriffen. Die DDR-Nachrichtenagentur ADN veröffentlichte am Abend eine Mitteilung des DDR-Innenministeriums, wonach bei den Polizeieinsätzen in Ostberlin und mehreren Städten der DDR 106 Volkspolizisten zum Teil erheblich verletzt wurden. Außerdem seien 46 Demonstranten – laut ADN „Rowdys" – zu Schaden gekommen. Der Einsatz von Ordnungskräften sei zur „Wiederherstellung von Ruhe und Ordnung unumgänglich" gewesen, hieß es in der Meldung.

Ein 27jähriger Leipziger wurde zu Zeitungsberichten zufolge wegen der Teilnahme an einem Protestzug zu zwei Jahren und zwei Monaten Gefängnis verurteilt. In wesentlich verschärftem Ton wurden die bundesdeutschen Medien für die Protestkundgebungen verantwortlich gemacht, die es nach einem Bericht des SED-Zentralorgans „Neues Deutschland" am Wochenende in rund einem Dutzend DDR-Städte gegeben hat.

Die Parteizeitung der Liberaldemokratischen Partei Deutschlands „Der Morgen" veröffentlichte zahlreiche Leserbriefe, in denen dringend politische und ökonomische Veränderungen in der DDR angemahnt werden. Die Zeitung der Dresdner CDU „Union" gestand eigene Fehler und Versäumnisse bei der Berichterstattung über die Demonstrationen in der Elbe-Stadt ein. In der Zeitung des DDR-Jugendverbandes „Junge Welt" wird die Kritik einer FDJ-Gruppe an der DDR-Berichterstattung über die Fluchtbewegung wiedergegeben.

CSSR-Parteiorgan druckte unwissentlich Foto und Glückwünsche ab

Bürgerrechtler Havel legte „Rude Pravo" herein

Prag (AP). An der Nase herumgeführt hat, wie jetzt bekannt wurde, der tschechoslowakische Dramatiker und Bürgerrechtler Vaclav Havel die Zeitung „Rude Pravo": Das Organ der tschechoslowakischen KP veröffentlichte am Wochenende nicht nur ein Foto des international erfolgreichen, in seiner Heimat jedoch nicht veröffentlichten Bühnenautors, es druckte auch noch „viele Grüße" von Freunden zu Havels 53. Geburtstag am 5. Oktober sowie „Wünsche zum Erfolg seiner Arbeit" ab.

Havel hatte „Rude Pravo" für die Rubrik „Persönliches" ein Foto samt Begleittext mit an sich selbst gerichteten Geburtstagsgrüßen geschickt. Gegen eine Gebühr von 500 Kronen (knapp 100 DM) wurden Bild und Text auch veröffentlicht.

Dabei hatte Havel allerdings nicht seinen eigenen Namen angegeben, sondern sein Pseudonym Ferdinand Vanek. Es war das erste Mal seit dem Einmarsch der Truppen des Warschauer Paktes in der CSSR im Herbst 1968, daß Havels Foto in einer offiziellen tschechoslowakischen Zeitung veröffentlicht wurde.

Die tschechoslowakischen Behörden haben Havel bisher eine Reisegenehmigung in die Bundesrepublik verweigert, dem am Sonntag in der Frankfurter Paulskirche der diesjährige Friedenspreis des Deutschen Buchhandels verliehen werden soll. Bonn bemüht sich noch in Prag um die Ausstellung eines Visums.

Umweltschutzkonferenz in Berchtesgaden

Vier Alpenländer schickten nur Minister-Vertreter

Berchtesgaden (AP). Eine Alpenkonvention als völkerrechtlich verbindlichen Rahmen für Vereinbarungen über Naturschutz, Raumordnung, Tourismus und Verkehr hat Bundesumweltminister Töpfer gestern in Berchtesgaden gefordert. Bei der Eröffnung der ersten internationalen Alpenschutzkonferenz erklärte er, notwendig dafür seien vergleichende Informationsgrundlagen.

An der zweitägigen Konferenz nehmen Vertreter der Regierungen der sieben Alpenländer Italien, Österreich, Frankreich, der Schweiz, der Bundesrepublik, Jugoslawien und Liechtenstein teil. Die erwartete hochkarätige Ministerrunde kam allerdings nicht zustande: Nur die Bundesrepublik, Österreich und Liechtenstein entsandten Teilnehmer im Ministerrang, die anderen Ländern schickten Stellvertreter. Anwesend sind auch Mitglieder der Alpen-Arbeitsgemeinschaften, der Europäischen Gemeinschaft, des Europarates und der Europäischen Freihandelszone sowie mehrerer Umweltschutzorganisationen.

Töpfer sagte weiter, zur Erarbeitung einer Alpenkonvention müßten auch abgestimmte Bewertungsgrundlagen über die Belastung der Landschaft beigebracht werden. Außerdem sei ein gleiches Vorgehen bei der Prüfung der Umweltverträglichkeit von Erschließungsprojekten notwendig. Vorstellungen über Entwicklung oder auch „Renaturierung" müßten ebenfalls eingebracht werden. Endgültige Antworten könne die Berchesgadener Konferenz nicht geben, aber es sei ihr Ziel, einen klaren Zeitplan und konkrete Arbeitsaufträge zu verabreden.

VdK-Präsident

Weishäupl gestorben

München (dpa). Der Präsident des Verbandes der Kriegs- und Wehrdienstopfer, Behinderten und Sozialrentner Deutschlands (VdK), Karl Weishäupl, ist gestern im Alter von 73 Jahren in München gestorben. Weishäupl gehörte *1946 zu den Gründern* der Organisation und stand seit 1974 an der Spitze des Verbandes. Von Anfang an war er ein streitbarer und engagierter Verfechter der sozialen Gerechtigkeit für benachteiligte Bevölkerungsgruppen.

Von den Vertretern der politischen Parteien in Bonn wurde der Verstorbene gestern als „Anwalt der sozial Schwachen" und „energiegeladener Kontrahent" gewürdigt. Auch beim politischen Gegner genoß der Sozialdemokrat, 1954 bis 1957 Staatssekretär in Bayern, Respekt.

Ungarns Parteichef

Nyers ohne Stellvertreter

Budapest (AP). Der Parteitag der aus der kommunistischen USAP hervorgegangenen Ungarischen Sozialistischen Partei (USP) ist in der Nacht zum Dienstag zu Ende gegangen, ohne die beiden im Statut vorgesehenen stellvertretenden Vorsitzenden gewählt zu haben. Der neue Vorsitzende Rezsö Nyers (Foto) sagte, der Parteitag sei nicht in der Lage gewesen, sich auf Kandidaten für seine Stellvertreter zu einigen.

Dagegen sprachen sich die Delegierten dafür aus, daß die bisherige Aufsicht der Partei über die Betriebskampfgrupppen dem Parlament und der Regierung übertragen wird. Aus den Kampfgruppen solle eine unbewaffnete und parteineutrale Institution im Dienste der Zivilverteidigung und des Katastrophenschutzes gemacht werden.

HESSISCHE/NIEDERSÄCHSISCHE
ALLGEMEINE

Herausgeber
Rainer Dierichs, Dr. Dietrich Batz, Achim von Roos

Chefredakteur
Lothar Orzechowski

Stellv. Chefredakteure
Wolfgang Rossbach, Peter M. Zitzmann

Verantwortliche Redakteure
Chef vom Dienst: Horst Kröninger. Chef Nachrichten: Rainer Merforth. Politik: Jochen Prater. Blick in die Zeit: Walter Schütz. Wirtschaft und Sozialpolitik: Horst Seidenfaden. Kultur: Dirk Schwarze. Frau u. Reise: Ilse Methe-Huber. Sport: Rolf Wiesemann, i. V. Ulrich Fuhrmann. Sonntagszeit: Frank Thonicke. Kassel Stadt und Land: Wolfgang Rossbach. Bezirksredaktionen: Peter M. Zitzmann. Koordination: Helmut Lehnart. Hessen/Niedersachsen: Eberhard Heinemann. Chefreporter: Karl-Hermann Huhn. Sonntagsthemen: Peter Ochs.
Redaktion Wiesbaden: Rolf Effenberger
Redaktion Hannover: Harald Birkenbeul
Redaktion Bonn: Hans Ludwig Laucht.

Verlagsleitung
Dr. Dietrich Batz, Rainer Dierichs, Wigbert H. Schacht. Anzeigenleiter: Horst Prehm. Vertriebsleiter: Gerd Lühring.

Verlag Dierichs GmbH & Co KG, Frankfurter Str. 168, Postfach 10 10 09, 3500 Kassel, Ruf 05 61 / 20 3-0. Tel. Anzeigenannahme 05 61 / 20 3-3. Fernschreib-Nr. 99 635. Telekopierer 05 61 /20 36. Teletex 5 61 81 10. Postgirokonto 155132-608 Frankfurt/M. Anzeigenpreisliste Nr. 29. Monatlicher Abonnementspreis DM 25,60 inkl. Zustellung und 7 % MwSt. (Postbezugspreis 28,50 DM).

Die Beendigung des Abonnements ist nur mit schriftlicher Kündigungserklärung unter Einhaltung einer Frist von einem Monat zum Monatsende möglich; die Frist läuft ab Zugang der schriftlichen Kündigungserklärung.

Auflage werktags über 270 000 Exemplare in Tarifgemeinschaft mit „Oberhessische Presse", Marburg, „Hersfelder Zeitung", „Werra-Rundschau", Eschwege, „Harzkurier", Herzberg

Auflage „Sonntagszeit" über 200 000 Exemplare.

Herstellung Druckhaus Dierichs, Frankfurter Straße 168, 3500 Kassel

Statt Gewalt das Gespräch

Daß in der DDR bereits der Dialog zwischen denen da unten und denen da oben in Gang komme, wäre wohl zuviel gehofft. Zwiesprache oder Wechselrede setzen ein gleich zu gleich voraus, und zwischen Regierenden und Regierten liegt eine tiefe und immer breiter werdende Kluft. Immerhin dringt die Einsicht vor, daß Gewalt das Übel noch vermehrt und die Folgen nicht mehr zu kalkulieren sind. Bei der Demonstration der 70 000 in Leipzig blieben die Schlagstöcke am Gurt, anders als in Dresden und Ostberlin verlief der Protest friedlich. Die Signale rufen nicht zum letzten Gefecht, sondern zu einem ersten Gespräch.

Das erscheint in einem Land, das auseinanderläuft, und in einem Staat, den eine fundamentale Auseinandersetzung erschüttert, wie ein kleines Wunder. Bisher ungehörte Worte fallen von Machtträgern, ungewöhnliche Sätze stehen in den obrigkeitlichen Zeitungen. Wenn sich etwa der Dresdner Oberbürgermeister Berghofer dafür ausspricht, künftig wählen statt „falten" zu gehen, ist das eine Revolte gegen das System. Näher als die Vermutung, die Opposition erfasse auch die Orthodoxen, liegt dabei der Verdacht, daß die Beschwichtigung von ziemlich weit oben gelenkt wird. Doch auch dies würde die Bereitschaft zu einem Prozeß der Nachdenklichkeit bedeuten.

Über das, was sich Honecker und Gorbatschow unter vier Augen sagten, kann man nur spekulieren. Unverkennbar jedoch sind die Anzeichen von Unruhe bei den Satelliten der SED, und jedermann weiß, was in Polen zur Wende führte. Nicht mehr zu bändigen vor allem ist der Aufruhr derer, die im Lande bleiben wollen und ihre Chance nur noch in gesellschaftlicher Veränderung sehen. Das Volk meldet sich, zunehmend mutig und selbstbewußt, zu Wort. Honecker müßte des Teufels oder von allen guten Geistern verlassen sein, wenn er die letzte Brücke verbrennt.

Alfred Brugger

Schiefes Denken

Querdenker sind zur Zeit groß in Mode. Sie arbeiten in ihrer Gedankenwelt nicht nur voraus, sondern über bestehende Grenzen links und rechts hinweg. Vernetztes Denken nennt man das bei Managerschulungen und preist es als beispielhaft. Helmut Haussmann gehört nicht zu dieser privilegierten Gruppe. Er denkt nicht quer, er denkt schief.

Was nicht heißt, daß der Mann nicht weiß, wovon er redet. Er spricht mutig Kernprobleme der Tarifpolitik an – und nimmt in Kauf, in der Öffentlichkeit für die Äußerung seiner extremen Positionen kräftig geohrfeigt zu werden. Das Schlimme ist: Es bleibt einem trotz allem (vernetzten) Nachdenkens nichts anderes übrig, als gleiches zu tun.

Der Wirtschaftsminister, derzeit mehr ein Elefant im Porzellanladen der Tarifpartner, gibt mit seinem Plädoyer für die 40-Stunden-Woche nicht die Denkrichtung künftiger Tarifrunden an. Wichtig ist aber nicht was er sagt, sondern warum er es sagt. Trotz der Forderung der 35-Stunden-Woche in der Metallindustrie ist das Thema längere Arbeitszeit für Teile der Beschäftigten Diskussionsbestandteil auf der Arbeitgeberseite.

Der Hintergrund: Eine pauschale Arbeitszeitverkürzung in allen Berufsgruppen ist nicht zu realisieren. Facharbeitermangel wird halt durch kürzere Arbeitszeit verstärkt. Wer Arbeitskräften mit teurer wissenschaftlicher Ausbildung die Arbeitszeit beschneidet, wirft hochqualifiziertes Know-how auf die tarifpolitische Müllhalde.

Flexibilisierung der Arbeitszeit ist mehr als die Festlegung eigenwilliger Schichtpläne. Haussmann hat das Thema der Zukunft angedeutet, aber nicht angesprochen. Aber vom Schief- zum Querdenker ist es – hoffentlich – nur ein kleiner Schritt.

Horst Seidenfaden

Das Zitat

„Würde Aphrodite heutzutage aus einer Welle geboren, so käme sie mit Furunkeln am Hintern zur Welt".

Jacques-Yves Cousteau, französischer Meeresbiologe, zum Zustand der Umwelt

Noch ist es ruhig an den DDR-Hochschulen, aber:

„Unter der Oberfläche gärt es"

Von unserem Redaktionsmitglied Ottmar Berbalk

Nicht fern liegt es, dieser Tage Parallelen zu ziehen zwischen den gesellschaftlichen Entwicklungen im sozialistischen China vor einigen Monaten und den momentanen Ereignissen in der Deutschen Demokratischen Republik. Dabei fällt sofort der gravierendste Unterschied ins Auge, der bereits im Ursprung des Protestes liegt: Während im Milliarden-Volk China die Universitäten die Keimzelle des Widerstandes bildeten, bleibt es an den Hochschulen und Universitäten des anderen deutschen Staates ruhig. Kirche, Künstler und Schriftsteller rühren sich, doch Hochschullehrer und Studierende scheinen auf einer akademischen Insel der Glückseligkeit zu schwimmen.

Täuscht der Eindruck? Hermann Weber, einer der renommiertesten bundesdeutschen DDR-Kenner, dazu gegenüber unserer Zeitung: „Noch ist es ruhig. Doch unter der Oberfläche gärt es." Weber lehrt als Politikwissenschaftler an der Universität Mannheim und leitet dort den Arbeitsbereich „Geschichte und Politik der DDR". Der gebürtige Mannheimer (Jahrgang 1928) war bereits 1945 der KPD beigetreten, studierte an der SED-Parteihochschule „Karl Marx" in Klein-Machnow bei Berlin und arbeitete später als Chefredakteur der damals auch in Westdeutschland erscheinenden FDJ-Zeitschrift „Junges Deutschland". Wenig später setzte er sich von der KPD ab, schlug in den sechziger Jahren in der Bundesrepublik eine wissenschaftliche Laufbahn ein und veröffentlichte zahlreiche Bücher zur DDR-Geschichte.

„Verschulung"

Den Grund für die äußerliche Ruhe im Hochschulwesen der DDR vermutet das heutige SPD-Mitglied Weber in der „Verschulung des Universitätsbetriebes". Im Gegensatz zu China, wo nach der Kulturrevolution an den Unis sehr viel politischer gearbeitet worden sei, gebe es in der DDR nur eine programmgemäße Entwicklung. Weber spricht von „Hochschulen als Lernschulen". Der Student dort sei „sozial stark eingebunden, fast korrumpiert". Es beginnt seiner Meinung nach damit, daß alle Studierenden der neun Universitäten und 44 Akademien (dazu kommen noch Einrichtungen der SED) Stipendien erhalten. Engagieren müssen sich alle im Jugendverband FDJ, besonderes Engagement wird entsprechend honoriert.

Jeder Studierende, ob angehender Chemiker oder Historiker, durchläuft ein marxistisch-leninistisches Grundstudium mit festen Lehrplänen. Dort sieht Weber erste Ansätze einer Gegenwehr. Naturwissenschaftler würden sich nach dem Sinn der ideologischen Schulung fragen.

Für die Vermutung, daß sich etwas bewegt unter den angehenden Wissenschaftlern, hat Weber auch ein persönliches Indiz. Im März diesen Jahres veröffentlichte er das Buch „Weiße Flecken der Geschichte", das sich mit dem Schicksal von KPD-Funktionären beschäftigt, die in den Jahren 1936 bis 1938 in die Sowjetunion emigrierten, dort jedoch Säuberungen der eigenen Genossen zum Opfer fielen. Während dieses Buch in der offiziellen und öffentlichen Berichterstattung nicht stattfindet, erreichen ihn in diesen Wochen immer wieder Anfragen von Studierenden, die das Buch gerne lesen möchten.

Schließlich: Daß sich die DDR auch rein technisch nicht mehr abschotten und ihre Bürger in geistige Dunkelhaft stoßen kann, potenziert nach Webers Meinung die Möglichkeit, neue gesellschaftliche Ideen zu reproduzieren und zu finden. Bekannt sei ja auch im Westen die Vorliebe der DDR-Jugend für Gorbatschows Ideen. Noch läßt die Führung junge Bildungshungrige in Moskau studieren.

Auch der Turm der reinen Lehre beginnt zu bröckeln. So kennt Weber mehrere Dozenten, die in der DDR den sogenannten wissenschaftlichen Sozialismus lehrten, aus Enttäuschung über die Kluft zwischen Ideologie und Praxis jedoch ihren Heimatstaat verließen.

Unter den Flüchtlingen gibt es nach Webers Auffassung nur einen verschwindend geringen Anteil von ehemaligen DDR-Hochschülern. Seiner Meinung nach ein Beleg dafür, daß die soziale Bindung und Absicherung des Studierenden „drüben" den Gedanken an Veränderungen lange Zeit nicht aufkommen ließ. Facharbeiter wüßten dagegen um die Chancen im Westen.

Noch wehrt sich der Staat vehement gegen Änderungen am althergebrachten Unterrichtsstil. So heißt es im September-Heft von „Geschichtsunterricht und Staatsbürgerkunde" (einem von zahlreichen Theorieorganen für Lehrer): „Es muß uns gelingen, in den Köpfen der Studenten die sozialistischen Ideale zu manifestieren".

Vergleich zu 1956 und '57

Daß es jedoch auch im Bildungswesen der DDR nicht so weitergehen wird, scheint für Politikwissenschaftler Weber ganz offenkundig. Er vergleicht die Situation mit den Jahren 1956 und 1957, als neben der FDJ schon einmal eine eigene Studentenvertretung gefordert wurde. Weber: „Darauf wird es hinauslaufen."

Henry Kissinger

Ermahnungen an Deutsche

Der frühere US-Außenminister Kissinger sieht in der Entwicklung zwischen den beiden deutschen Staaten einen Schlüssel für die Gestaltung eines neuen Europas. In einem am Dienstag in der „Washington Post" veröffentlichten Artikel unter dem Titel „Die Supermächte und das neue Europa" schreibt der gebürtige Fürther, wenn der Zusammenhalt des Westens gewährleistet werden solle, müßten die westlichen Verbündeten ein plausibles Programm ausarbeiten, das dem Trachten Deutschlands entspreche, ohne dabei Mitteleuropa zu destabilisieren. Die Bundesrepublik sollte nach Meinung Kissingers zu diesem Programm beitragen, indem sie die derzeitigen Grenzen Deutschlands als endgültig akzeptiert.

Kissinger schreibt: „Westdeutsche Politiker sind vernarrt darin, Deutschlands angeblich historische Mission in Osteuropa zu wiederholen – ein erstaunliches Vorhaben, für das die Geschichte keine Beweise liefert. Westdeutschland könnte den historischen Fehler der Selbst-Isolation wiederholen und das Ziel westlicher Verdächtigungen und sowjetischer Versuche werden, sich den zentrifugalen Strömungen auf sein Reich entgegenzustemmen, wenn es (Bonn) seine Außenpolitik nicht eindeutig im europäischen Gesamtrahmen hält und wenn es seine Sicherheitspolitik nicht eng mit der der Nato verbindet."

Die Anerkennung der derzeitigen Grenzen sei auch die Vorbedingung für Verhandlungen über „ein angemessenes System freier Wahlen für Ostdeutschland, vielleicht zuerst nach dem Modell Polens". Die beinahe sichere Folge eines solchen Prozesses wäre, so Kissinger, ein schrittweises Verschmelzen der inneren Strukturen der beiden deutschen Staaten. In jedem Fall sollten Analysen nach Auffassung Kissingers mit der Erkenntnis beginnen, „daß der Drehpunkt internationaler Spannungen an seinen historischen Ursprung im Zentrum Europas zurückgekehrt ist". (dpa)

Presse-Echo

Wer im Augenblick der DDR helfen will, sollte sich zurückhalten, meint die

WESTDEUTSCHE ALLGEMEINE

Auch mit dem großen Geld zu winken, bewirkt nichts. Die DDR-Führung läßt sich Reformen nicht abkaufen. Daß mit Bonner Unterstützung zu rechnen ist, wenn die Verhältnisse sich bessern, weiß man ohnehin. Man sollte hier auch nicht so tun, als beginne die Unterstützung erst, wenn die Führung sich reformbereit zeigt. Die erfolgreiche Politik der kleinen Schritte wäre ohne finanzielle Begleitung jedes kleinen Schrittes auch nicht so weit gekommen. Diese Praxis braucht nur verlängert zu werden.

Zum selben Thema die

NEUE OZ OSNABRÜCKER ZEITUNG

Es gehört zu den beeindruckenden Erfahrungen dieser Tage, daß diejenigen, die Reformen fordern, keine Amokläufer sind, sondern auf den friedlichen Dialog mit der SED-Führung setzen. Sie wollen den sozialistischen Staat nicht abschaffen, sondern sie wollen ihn verbessern. Dieses maßvolle Verhalten wird es den Machthabern zumindest erschweren, die Oppositionellen als Umstürzler zu diffamieren und mit letzter blutiger Konsequenz gegen sie vorzugehen. Außerdem erhöht es die Chance, daß auch kleine Reformansätze genutzt werden, die für die nahe Zukunft wahrscheinlicher sind als eine rasante Entwicklung im Stile Ungarns.

Ein gewichtiger – wenn nicht gar der gewichtigste Aspekt der politischen Umwälzung in Ungarn ist indirekter Natur, bemerkt die

Saarbrücker Zeitung

Das, was derzeit in Budapest abläuft, wird offensichtlich von der Sowjetunion Gorbatschows nicht nur geduldet, es findet sogar die Unterstützung des Kreml. Zumindest die Art und Weise, wie gestern in den Medien der UdSSR über Veränderungen im südlichen Bruderland berichtet wurde – da ist von revolutionärer Normalität die Rede – legt diesen Schluß nahe. Das aber müßte der altstalinistischen Altherrenriege in Ostberlin eigentlich wie ein Schock in die morschen Knochen fahren. Belegt es doch besser als alle Reaktionen etwa auf die Öffnungsbewegungen in Polen, aus welcher Richtung der Wind in Moskau pfeift.



Eröffnung der Frankfurter Buchmesse (Karikatur: Wolf)

US-Truppen bekamen Noriega beim Militärputsch nicht in ihre Hand

Panama-Panne peinlich für Bush

Von unserem Washingtoner Korrespondenten Siegfried Maruhn

Noch bin ich nicht wirklich im Feuer erprobt, in diesem Job noch nicht durch die Hölle gegangen." So schränkte US-Präsident Bush die Halbjahresbilanz seiner Amtszeit ein, als er Anfang September vom Fernsehen interviewt wurde. Einen Monat später werfen ihm Kritiker vor, schon bei einer kleinen Krise versagt zu haben. Anlaß war der Militärputsch in Panama, der Amerika kurzfristig die Chance gab, General Noriega in die Hand zu bekommen.

Schuldzuweisungen

Seit dem Fehlschlag streiten sich die Berater des Präsidenten mit dem Kongreß und kaum verhüllt untereinander darum, wer die Schuld trägt. Heraus kam, daß der amerikanische Befehlshaber in der Kanalzone vom Verteidigungsminister bereits ermächtigt worden war, den Diktator in Gewahrsam zu nehmen, wenn er von den Rebellen ausgeliefert werden sollte, oder sich seiner zu bemächtigen, wenn es ohne Widerstand möglich war. Er sollte auch Pläne für den Fall vorbereiten, daß der General mit Gewalt gefangengenommen werden müßte. Diese dritte Möglichkeit wurde jedoch von einer ausdrücklichen Ermächtigung durch den Präsidenten abhängig gemacht.

Weder zum einen noch zum anderen kam es jedoch. Die paar Stunden, in denen Noriega in der Hand von aufständischen Offizieren war, erwiesen sich als zu kurz, um den US-Behörden eine klare Entscheidung möglich zu machen.

Was wirklich in Panama vor sich ging, ist noch lange nicht klar. Die Berater des Präsidenten schieben vielmehr ihre Entschlußunfähigkeit gerade auf diesen „Nebel des Krieges", auf die Schwierigkeit, zuverlässige Informationen schnell genug zu erhalten. General Scowcroft, der Sicherheitsberater des Präsidenten, schob einen Teil der Schuld auch dem Senat zu, der es der Regierung untersagt hat, sich an irgendeiner Aktion zu beteiligen, die den Mord als Mittel der Politik einschließt. Deshalb sei eine unmittelbare Unterstützung der Rebellen vermieden worden.

Bush hatte jedoch die Armee Panamas mehrfach aufgerufen, sich des Diktators zu entledigen. Die USA hätten „keinen Streit mit der Armee", sondern nur mit Noriega, war seine Parole. Kritiker werfen ihm nun vor, daß Washington die Offiziere, die diesem Aufruf folgten, schließlich im Stich gelassen habe. Nach bisher noch nicht bestätigten Berichten soll Noriega in einem Wutanfall die Erschießung der Rebellenführer angeordnet haben.

Reibungen

In jedem Fall hat der Aufstand gezeigt, daß der Entscheidungsmechanismus des Weißen Hauses nicht funktionierte. Der Theorie nach sollen der Sicherheitsberater, General Scowcroft, und der Stabschef des Weißen Hauses, Sununu, die Aktivitäten der anderen Behörden koordinieren, die Entscheidungen des Präsidenten vorbereiten und durchsetzen. Im Fall Panama hat es wohl Reibungen zwischen Verteidigungs- und Außenministerium, sowohl vor Ort wie in Washington, gegeben. „Unsere Botschaft in Panama und der Kommandeur unserer Streitkräfte reden nicht miteinander", war ein Punkt der Kritik.

Andere behaupten, daß der Geheimdienst CIA zu den Krisenberatungen gar nicht herangezogen worden war. Die Entscheidungswege sollen nun überprüft, Verbesserungen herbeigeführt werden.

Koordinationsprobleme zwischen den einzelnen Ministerien dürften auch Entscheidungen des Präsidenten in der Frage der Chemiewaffen herbeigeführt haben, die jetzt als problematisch empfunden werden.

Bisher richtet sich die Kritik jedoch nicht unmittelbar gegen Bush, sondern gegen das „Weiße Haus", also den Beraterstab des Präsidenten. Diesen Mitarbeitern wird vorgeworfen, daß sie nicht nur im Fall Panama, sondern auch sonst zu langsam reagieren und sich nicht schnell genug auf überraschende Ereignisse einstellen können.

So war schon beanstandet worden, daß Bush erst nach mehreren Tagen die vom Hurrikan Hugo schwer betroffenen Gebiete aufsuchte. „Der Terminkalender hatte Vorrang", meinen die Kritiker. „Sie hätten früher kommen sollen", sagte eine Obdachlose, als der Präsident sich sehen ließ.



HESSISCHE ALLGEMEINE

KASSEL
1 P 3713 A

UNABHÄNGIG · KASSELER ZEITUNG · NICHT PARTEIGEBUNDEN

Preis 1,10 DM · Nr. 238 · Donnerstag, 12. 10. 1989 · Ruf (05 61) 203-0 · Anzeigen 203-3

Polen / DDR-Flüchtlinge

Auslieferung an DDR gestoppt

Warschau (dpa). DDR-Flüchtlinge werden nicht mehr von den polnischen Grenztruppen kontrolliert und somit auch nicht an die DDR-Grenzbehörden ausgeliefert. Das erklärte gestern die Regierungssprecherin Niezabitowski. Sie versicherte, Außenminister Skubiszewski sei gegen diese Praxis, die abgestellt werde. Wie zu hören war, hat Skubiszewski erst jetzt von der Festnahme und Auslieferung von DDR-Flüchtlingen erfahren.

Niederlande

2:1-Sieg in Wales

Mit dem 2:1-Sieg in Wales eroberte Fußball-Europameister Niederlande in der Qualifikationsgruppe vier vor der DFB-Auswahl die Führung zurück und hat nun beste Chancen zur Teilnahme an der Weltmeisterschaft in Italien. Siehe Sport.

Buchmesse

Blick auf DDR

Aufgrund der aktuellen Vorgänge rückte gestern das Angebot der DDR-Verlage auf der Frankfurter Buchmesse in den Mittelpunkt des Interesses. Konkreten Fragen zu Reformmöglichkeiten wichen die Verlagssprecher aus. Siehe Kultur

Schweiz

Gebühr für Langläufer

Ein Einzelfall? Die Schweizer Skiregion Obergoms im Kanton Wallis will jetzt Ski-Langläufer zur Kasse bitten. Der Eintritt in die Loipe kostet drei Franken pro Tag, Saison-Dauerläufer sind mit 30 Franken dabei. Siehe „Blick in die Zeit".

Langer Abend

Große holen auf

78 und damit doppelt soviele große Warenhäuser wie vor einer Woche werden heute bundesweit am „langen Donnerstag" geöffnet haben. Dies ergab eine Umfrage. In Kassel bleiben die Kaufhäuser aber dicht. Siehe Wirtschaft.





Ökonomie

Preis an Norweger

Dem 78jährigen norwegischen Wissenschaftler Tryge Haavelmo (Foto) ist der Nobelpreis für Wirtschaftswissenschaften zuerkannt worden. Er gilt als Nestor der empirschen Prüfung von Theorien über die Volkswirtschaft. Siehe Wirtschaft.

FÜR ACHT MILLIONEN DM wurde das Rathaus von Duderstadt (Kreis Göttingen), eines der ältesten und schönsten in Deutschland, seit 1980 restauriert. Zur feierlichen Wiedereröffnung des aus dem 13. Jahrhundert stammenden Fachwerkbaus waren auch Bundespräsident von Weizsäcker und Niedersachsens Ministerpräsident Albrecht gekommen. (dpa-Funkbild)

Auch SED-Chefideologe Hager fordert Reformen

Rücktritt Honeckers wird nicht mehr ausgeschlossen

Ostberlin/Bonn (dpa/AP). Angesichts der innenpolitischen Krise in der DDR ist Staats- und Parteichef Erich Honecker in seiner eigenen Partei offenbar unter heftigen Beschuß geraten. Aus der Umgebung des SED-Chefs verlautete gestern, ein baldiger Rücktritt des 77jährigen könne nicht mehr ausgeschlossen werden.

Honecker lebe an den Realitäten vorbei, hieß es laut diesen Quellen. Seine Rede zum 40. Jahrestag der DDR, in der er ein überaus positives Bild des eigenen Staates gezeichnet hatte, sei sowohl in der Bevölkerung als auch bei den eigenen Parteigenossen auf Ablehnung und Unverständnis gestoßen.

Krisensitzung

Das Politbüro der Partei setzte seine am Dienstag begonnene Krisensitzung auch am Mittwoch fort. Dazu wurden Fachleute aus dem Zentralkomitee hinzugezogen, was nur in dringenden Fälle geschieht.

In einer anschließend im DDR-Fernsehen verlesenen Erklärung hieß es, man sei betroffen über den Flüchtlingsstrom in die Bundesrepublik. Es lasse „uns nicht gleichgültig, wenn sich Menschen, die hier arbeiteten und lebten, von unserer Deutschen Demokratischen Republik losgesagt haben... Die Ursachen für ihren Schritt mögen vielfältig sein. Wir müssen und werden sie auch bei uns suchen, wir alle gemeinsam."

Mitglieder des über 160 Mitglieder zählenden ZK forderten Honecker laut Informationen aus der SED auf, einen Bericht zur Lage des Staates abzugeben. Dieser verschob unterdessen seinen für den 25. und 26. Oktober geplanten Staatsbesuch in Kopenhagen. Diplomaten führten dies auf die angespannte innenpolitische Lage zurück.

ZK-Mitglieder haben nach Angaben aus Parteikreisen Honecker in der erweiterten Politbürositzung darauf aufmerksam gemacht, daß sich in den Betrieben Anzeichen zu Streiks mehrten. Es dürfe keine Zeit mehr vergeudet werden, verlautete aus diesen Quellen. Die Partei müsse jetzt die immer drängenderen Fragen der Bürger beantworten, hätte der dringende Appell an Honecker gelautet. In vielen Betrieben würden sich Arbeiter bereits weigern, Überstunden zu machen.

Proteste bei ADN

Mitarbeiter der DDR-Nachrichtenagentur ADN hätten damit gedroht, keine Meldungen mehr zu verfassen, in denen friedliche Demonstranten als „Randalierer" dargestellt werden sollten, hieß es. Sie verwiesen darauf, daß sie in Betrieben, in denen sie Interviews machen

Weitere Berichte zur Lage in der DDR finden Sie auf „Themen des Tages".

wollten, von Arbeitern wegen unlauterer Berichterstattung beschimpft würden.

Das Ensemble der Deutschen Staatsoper in Ostberlin soll in einem Brief an Honecker damit gedroht haben, Vorstellungen platzen zu lassen, falls die von Ensemblemitgliedern gestellten Anfragen zu den aktuellen Geschehnissen nicht beantwortet würden. In Karl-Marx-Stadt hatten sich diesen Infomationen zufolge Mitglieder von Betriebskampfgruppen geweigert, zu Übungen auszurücken. Arbeiter würden nicht gegen Arbeiter aufmarschieren, hätten sie argumentiert.

Zu Dialog bereit

Inzwischen mehren sich aber auch die Anzeichen, daß die SED zu einem Dialog mit der Opposition im Lande bereit ist. SED-Chefideologe Hager sprach von der Notwendigkeit, „auf aktuelle Bedürfnisse und Stimmungen der Massen zu reagieren". Offenbar als Reaktion auf die breiten Proteste der vergangenen Tage zitierte der DDR-Rundfunk Hager mit einem vier Tage alten Interview der sowjetischen Zeitung „Moskowski Nowosti". Darin erhob der bisher als „Hardliner" der Partei bekannte 77jährige die Forderung nach einer „präzisen Konzeption für die Verwirklichung erforderlicher Erneuerungen" als Aufgabe der „allernächsten Zeit".

Hager sprach sich in dem Interview auch für eine Verbesserung der DDR-Informationspolitik aus.

Fortsetzung nächste Seite
Siehe auch „Zum Tage"

Reformen in der DDR / Von Weizsäcker:

„Drüben weiterhelfen Gebot der Stunde"

Göttingen (jtr). „Wir wollen uns dafür einsetzen, daß diese Grenze vielleicht einmal in dem Sinne historisch sein wird, daß sie späteren Generationen nur noch eine Erinnerung an spannungsreiche frühere Zeiten bedeutet." Das erklärte Bundespräsident von Weizsäcker am Mittwoch in Duderstadt (Kreis Göttingen), wo er an einem Festakt zur Wiedereröffnung des Historischen Rathauses teilnahm.

Mit Blick auf die „uns tief bewegende Auseinandersetzung" in der DDR meinte das Staatsoberhaupt, dort seien Kräfte am Werk, die „mit besonnenem Mut, mit Klarheit und ihrem festen Bekenntnis zur Gewaltlosigkeit" die Führung von der Unausweichlichkeit von Reformen zu überzeugen versuchten. *Ihnen auf diesem Weg zu helfen,* hätten Bundesregierung und Parteien zugesagt. Dabei gelte das Angebot zu einer stärkeren Zusammenarbeit nicht erst dann, wenn Reformen bereits vollzogen seien, sondern auch, um ihnen „auf den Weg zu helfen". Von Weizsäcker mahnte, nicht Gespräche mit denen zu verweigern, deren Verhalten zur Krise geführt habe, sondern mit allen zu reden, denen Mitwirkung zur Überwindung der Krise notwendig sei.

„Maßstab für alles, was wir von hier aus diskutieren und tun, muß bleiben, was den Deutschen in der DDR wirklich hilft, und nicht was in unsere hiesigen alten Debatten gut hineinpaßt", sagte der Bundespräsident und fügte hinzu: „Nicht hier Recht haben, sondern drüben weiterhelfen ist das Gebot der Stunde". Es hänge viel von den Deutschen ab, „damit Europa sich in einen Zustand des Friedens hineinentwickeln und zusammenwachsen kann".

Niedersachsens Ministerpräsident Albrecht sprach von einem Weg voller Chancen und Risiken, an dessen Ende eine Überwindung der deutschen Teilung stehen könne. Entsprechend feierte Bundestagspräsidentin Rita Süßmuth das „Herzstück Eichsfeldischen Lebens" (so Bürgermeister Lothar Koch über das Rathaus) als „Symbol für Freiheit und Einheit".

Anrainerländer streben Konvention an / Ziel:

Verbindlicher Alpenschutz ab '91

Berchtesgaden (dpa). Die sieben Alpenstaaten werden unverzüglich gemeinsame Anstrengungen unternehmen, um die bedrohte Gebirgswelt zu erhalten. Die Länder Österreich, Schweiz, Italien, Frankreich, Jugoslawien, Liechtenstein und die Bundesrepublik einigten sich am Mittwoch zum Abschluß der 1. Internationalen Alpenkonferenz in Berchtesgaden darauf, bis 1991 eine völkerrechtlich verbindliche Internationale Alpenkonvention zu erarbeiten. Grundlage dafür ist eine gemeinsame Resolution.

Der Vorsitzende der Konferenz, Bundesumweltminister Töpfer (CDU), kündigte an, daß unter Federführung von Österreich bis 1991 der Entwurf einer Alpenkonvention mit konkretisierenden Protokollen für Naturschutz, Landschaftspflege und Raumordnung, für Verkehr und Tourismus vorgelegt werden könne. Der erste Schritt sei getan und der weitere Weg vorgezeichnet. Das Ergebnis der Konferenz – an der auch Umweltschutzorganisationen teilnahmen – gebe Anlaß zu „realistischem Optimismus".

Alle Staaten waren sich einig, eine bäuerlich geprägte Landwirtschaft in den Alpen zu erhalten. Dazu gehörten auch direkte Einkommenshilfen für ökologische Leistungen der Bergbauern, die als „Gärtner der Alpen" unbedingt in ihrer beruflichen Existenz gesichert werden müßten. Gleiche ökologische Bedeutung komme dem Bergwald zu, dessen Schutzfunktion höchste Priorität einzuräumen sei. In Zukunft sollten auch mehr Projekte einer Umweltverträglichkeitsprüfung unterzogen werden.

Die Umweltminister und Regierungsvertreter sprachen sich dafür aus, Autos ohne geregelten Drei-Wege-Katalysator sobald wie möglich nicht mehr zuzulassen.

Zum Tage

Späte Einsicht

Der Altkommunist Kurt Hager hat sich nie rühmen können, ein Vordenker oder gar Querdenker der SED zu sein. Als Chefideologe der Partei sah er seine Aufgabe bisher vornehmlich darin, die reine Lehre des Sozialismus gegen alle bürgerlichen Anfechtungen zu verteidigen. Daß ausgerechnet er jetzt als erster Spitzenfunktionär grundsätzliche Veränderungen und Erneuerungen für notwendig erklärt, läßt auf eine tiefgreifende Verunsicherung des Politbüros schließen. Die Front der Betonköpfe bröckelt ab. SED-Chef Honecker, der die DDR eben noch als makellosen sozialistischen Musterstaat feierte, sieht sich isoliert und gerät zunehmend in Beweisnot.

Plötzlich sind die protestierenden Massen in Ostberlin, Leipzig oder Dresden keine randalierenden Systemgegner mehr, sondern Bürger, auf deren aktuelle Bedürfnisse und Stimmungen die Partei reagieren muß. Plötzlich sind für die Massenflucht nicht mehr westdeutsche Medien und asoziale Elemente verantwortlich, sondern die *vielen Hindernisse, die der sozialistische Staat seinen jungen Bürgern in den Weg legt.* In später Selbsterkenntnis scheint die SED endlich Besserung gelobt zu wollen. Glaubhaft wird ihr Reformwille *jedoch erst, wenn sie auch bereit* ist, die längst fälligen personellen Konsequenzen zu ziehen.

Achim v. Roos

DDR-Flüchtlinge

56 fuhren wieder zurück

München/Bonn (dpa/AP). Die ersten DDR-Flüchtlinge kehren wieder in ihre Heimat zurück. Nach Angaben der Polizei wurden 56 DDR-Bürger registriert, die meist aus persönlichen Gründen den Westen wieder verlassen haben.

Der Zustrom neuer Flüchtlinge reißt jedoch nicht ab: In Bayern kamen gestern 386 Übersiedler an, die über Ungarn geflüchtet waren. In der Bonner Botschaft in Warschau wurden wieder über 500 DDR-Bürger gezählt, in der Botschaft in Prag waren es 40.

MiG 23/Neue Elektronik

Syrischer Pilot floh nach Israel

Tel Aviv (dpa). Ein Major der syrischen Luftwaffe ist gestern mit seinem sowjetischen Kampfbomber vom Typ MiG 23 nach Israel geflohen. Vor allem die neue Elektronik des erstmals 1967 in Dienst gestellten Bombertyps ist im Westen bisher nur aus geheimdienstlichen Informationen bekannt. Unmittelbar nach Bekanntwerden der Flucht flogen Israels Verteidigungsminister Rabin und der Militär-Oberbefehlshaber, General Schomron, zu dem Landeplatz, um sich zu informieren.

Das Flugzeug, das über Libanon in den israelischen Luftraum eindrang, landete auf einem Sportflugplatz im Norden des Landes. Der Pilot hat um politisches Asyl gebeten. Die syrische Regierung erklärte hingegen, der Pilot sei aus technischen Gründen notgelandet.

Lotto am Mittwoch

Ziehung A: 3, 24, 27, 36, 40, 46 Zusatzzahl: 22.
Ziehung B: 7, 12, 29, 41, 46, 49 Zusatzzahl: 9.
Spiel 77: 2 7 2 7 9 4 8.
(Ohne Gewähr)

Namen und Nachrichten

Griwas bildet Regierung

Der Vorsitzende des griechischen Obersten Gerichtshofs, Griwas (Foto), hat von Staatspräsident Sartsetakis den Auftrag zur Bildung einer neuen Übergangsregierung bis zu den Parlamentswahlen am 5. November erhalten. Griwas, dessen Berufung allgemein erwartet wurde, war seit dem Amtsantritt der Übergangskoalition von Konservativen und Kommunisten im Juli Vorsitzender des Obersten Gerichts.



Stoibers ARD-Kritik

Der bayerische Innenminister Edmund Stoiber (CSU) hat kritisiert, daß im ARD-Fernsehen „ein wichtiges Stück öffentlicher Meinungsmacht in den Händen des Westdeutschen Rundfunks in Köln" liegt. Er schlug vor, künftig auch andere ARD-Anstalten mehr über wichtige nationale und internationale Themen berichten zu lassen. Dies wäre „ein Gewinn für die ARD und die demokratische und föderale Vielfalt".

Gegen Gammeldienst

Der Wehrbeauftragte des Bundestages, Weiskirch, hat für die in der Bundeswehr übenden Reservisten ein „wohldurchdachtes Programm" gefordert, das Gammeldienst ausschließt. Laut Weiskirch beklagten sich immer wieder Bürger bei ihm, die in ihren Reserveübungen keinen Sinn sehen und im nachhinein bedauerten, den Dienst nicht verweigert zu haben.



Roter Stern erlischt

Die Beleuchtung des riesigen roten Sterns, der das Parlamentsgebäude in Budapest krönt, soll am Nachmittag des 23. Oktober, dem Jahrestag des Beginns des Ungarnaufstands von 1956, erlöschen. Das berichtete die ungarische Nachrichtenagentur MTI. Der 23. Oktober wird künftig in Ungarn als nationaler Gedenktag gelten.

Ehrlicher DDR-Übersiedler

Überrascht war ein DDR-Übersiedler in Ahrweiler, als er eine Kleiderspende des Technischen Hilfswerks für sich und seine Frau genauer betrachtete: In einer Handtasche entdeckte er Pfandbriefe im Wert von mehreren tausend Mark. Daraufhin brachte der Mann die zu großzügig geratene Spende sofort in die Kleiderausgabe zurück.

Für UNO-Umweltcorps

Zum Schutz der von der Ausrottung bedrohten afrikanischen Elefanten hat der Vorsitzende der Jungen Union, Böhr, den Einsatz eines UNO-Umweltcorps vorgeschlagen. Schlecht ausgerüstete Wildhüter führten oft einen aussichtslosen Kampf gegen die modern ausgestatteten Wilderbanden. Nur eine weltweite Zusammenarbeit biete Aussicht auf eine wirksame Unterbindung der Wilderei und der Ausrottung vieler Tierarten.



Reps müssen raus

Die Gewerkschaft Holz und Kunststoff (GHK) will als erste DGB-Gewerkschaft Mitglieder der Republikaner ausschließen. Ein GHK-Kongreß beschloß jetzt einstimmig, damit ein eindeutiges politisches Signal zu setzen und allen Tendenzen einer schleichenden Gewöhnung an die Existenz der Partei und deren Verharmlosung entgegenzutreten.

40-Stunden-Woche

Weiter Kritik an Haussmann

Bonn (dpa). Bundeswirtschaftsminister Haussmann (FDP) hat für seine Forderung nach 40stündiger Wochenarbeitszeit für Fachkräfte auch gestern scharfe Kritik von SPD und Grünen geerntet. Das SPD-Präsidium in Bonn warf dem Minister vor, „zur Polarisierung und zur Verhärtung der Fronten in einer ohnehin schwierigen Tarifauseinandersetzung" beizutragen.

Die Bundesregierung versuche, die Gewichte in der Tarifdiskussion zugunsten der Arbeitgeber zu verschieben.

Der Grünen-Abgeordnete Willi Hoss warf Haussmann vor, er habe „keinen blassen Dunst von der Wirklichkeit des Arbeitsmarktes", wenn er angesichts von zwei Millionen Erwerbslosen von „einem leergefegten Arbeitsmarkt" spreche.

FDP-Sprecher Goebel nannte die Reaktionen „polemisch". SPD, Grüne und Teile der CDU mogelten sich damit „an einer ernsthaften Diskussion über pauschale Arbeitszeitverkürzungen und ihre negativen Folgen für Arbeitsmarkt und Gesamtwirtschaft vorbei".

Mandela nicht dabei

Südafrika läßt Häftlinge frei

Johannesburg (dpa). Südafrikas Präsident de Klerk hat drei Wochen nach seinem Amtsantritt die bedingungslose Freilassung von acht politischen Häftlingen angekündigt. Der zuckerkranke Gewerkschaftler Oscar Mpetha, mit 80 Jahren Senior der politischen Gefangenen in Südafrika, wurde am Mittwoch als erster auf freien Fuß gesetzt. Mpetha war 1985 wegen Terrorismus zu fünf Jahren Gefängnis verurteilt worden.

Die anderen verbüßen seit 1964 (in einem Fall seit 1963) lebenslange Freiheitsstrafen wegen Sabotage. Mit ihrer Freilassung ist nach Angaben von Justizminister Kobie Coetsee „in ein paar Tagen" zu rechnen. Der prominenteste dieser Gruppe ist der 77 Jahre alte Walter Sisulu, ehemaliger Generalsekretär der Befreiungsbewegung Afrikanischer Nationalkongreß (ANC).

Der anglikanische Erzbischof von Kapstadt, Desmond Tutu, kündigte in einer ersten Reaktion „die Fortsetzung des Kampfes" um die Freilassung Nelson Mandelas und anderer politischer Häftlinge an.

Opposition / Ausschüsse

SPD will Rechte festschreiben

Bonn (dpa). Als Konsequenz aus „Geheimniskrämerei" und „Blockade" durch Vertreter der Regierungsparteien bei der Arbeit im U-Boot-Untersuchungsausschuß des Bundestages fordern die Sozialdemokraten ein „Untersuchungsausschuß-Gesetz". Dies soll nach Worten des stellvertretenden Vorsitzenden des Ausschusses, Stobbe, die Rechte der Oppositionsvertreter festschreiben.

Bei Vorlage des Zwischenberichtes über die Ausschußarbeit aus Sicht der SPD betonte Stobbe am Mittwoch in Bonn, die Arbeit zur Aufklärung der Lieferung von U-Boot-Konstruktionsplänen nach Südafrika sei noch längst nicht beendet. In der vergangenen Woche hatten CDU/CSU und FDP erklärt, die Ausschußarbeit könne abgeschlossen werden.

Nach Ansicht des SPD-Obmanns im Ausschuß, Gansel, gibt es dagegen noch eine Unzahl ungelöster Fragen. Er sieht es als erwiesen an, daß Südafrika mit Know-how für den Bau von modernen U-Booten versorgt werden sollte.

Siehe auch Kommentar

Strenge Kontrolle bei Transport über Grenzen

Bonn unterzeichnet Giftmüllabkommen

Bonn (dpa). Die Bundesregierung wird die internationale Konvention unterzeichnen, durch die der Giftmülltransport über die Grenzen einer strengen Kontrolle unterworfen werden soll. Dies hat das Bundeskabinett am Mittwoch beschlossen. Das im März in Basel von 110 Staaten beschlossene Abkommen soll in erster Linie verhindern, daß die Länder der Dritten Welt zur „Müllkippe" der Industrieländer gemacht werden.

Wie das Bundesumweltministerium mitteilte, ist nach der Konvention der Import, der Export und der Transit von Abfällen nur zulässig, wenn zuvor alle beteiligten Staaten *informiert* wurden und zugestimmt haben. Der Export in Staaten, die nicht die Konvention unterzeichnet haben, ist grundsätzlich verboten. Müllexporteure oder ihre Regierungen sind verpflichtet, die Abfälle zurückzunehmen, wenn der Export illegal erfolgt oder scheitert.

Umweltminister Töpfer (CDU) hat das Übereinkommen als einen wichtigen Beitrag zur Eindämmung des „wuchernden, unkontrollierten Abfalltourismus" bezeichnet. Mit der Rücknahmeverpflichtung bei illegalen Müllexporten solle verhindert werden, daß „Abfälle auf den Weltmeeren herumvagabundieren". Töpfer unterstrich, daß für die Bundesrepublik Abfallexporte in Länder der Dritten Welt nicht in Frage kämen. Die Bundesregierung praktiziere dies bereits und werde es bei der Ratifizierung der Konvention gesetzlich festschreiben.

Die Umweltschutzorganisation Greenpeace hat erhebliche Kritik an dem Übereinkommen geübt und bemängelt, daß es nicht das von vielen Staaten geforderte Exportverbot für Giftmüll in die Dritte Welt enthalte, sondern eine „weltweite Genehmigung mit gewissen Einschränkungen" darstelle. „Mit etwas mehr Papier- und Genehmigungsaufwand *kann* das große Giftverschiebungsgeschäft also weitergehen", heißt es in der Greenpeace-Stellungnahme.

SPD-Chef Vogel dringt auf rasche Hilfe für Polen

Für unverzügliche Hilfe an Polen hat sich SPD-Parteichef Vogel ausgesprochen. In den kommenden Monaten falle dort die Entscheidung auf wirtschaftlichem Gebiet, ob der Reformprozeß gelinge oder scheitere, sagte Vogel am Mittwoch in Warschau nach Gesprächen mit Ministerpräsident Mazowiecki (links) und weiteren Vertretern der neuen Führung. Jedes Projekt helfe Polen jetzt „in seiner schwierigsten Phase". Bei einem weiteren Zögern könne sich der Westen einmal bittere Vorwürfe machen, „etwas versäumt" zu haben. Vogel zeigte sich grundsätzlich zufrieden mit den Ergebnissen der weitgehend abgeschlossenen Regierungsverhandlungen zwischen Bonn und Warschau. Der Oppositionsführer überbrachte Mazowiecki Grüße des Kanzlers. Auf deutliche Distanz ging der SPD-Vorsitzende, der sich am Vortag mit Arbeiterführer Lech Walesa und den wichtigsten Vertretern der im Parlament vertretenen Solidarität-Fraktion getroffen hatte, zu der kommunistischen Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei (PVAP), mit der die SPD eine ständige Arbeitsgruppe unterhält. Die „einschneidenen Veränderungen" in Polen gäben Anlaß zu fragen, welche Folgerungen die SPD daraus ziehen werde, sagte er. Wenn sich die Kommunisten in eine sozialdemokratische Richtung entwickeln sollten, so würde er dies begrüßen. Gestern wurde ebenfalls bekannt, daß die SPD-nahe Friedrich-Ebert-Stiftung in Warschau eine Vertretung eröffnen wird. (dpa-Funkbild)

Verfassungsklage gegen Ausländerwahlrecht

Union fürchtet Verlust „nationaler Identität"

Karlsruhe (dpa). Das in Schleswig-Holstein eingeführte Kommunalwahlrecht für Ausländer bedeutet nach Auffassung der CDU/CSU die Preisgabe der „nationalen Identität". Der Justitiar der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Langner, sagte am Mittwoch in der mündlichen Verhandlung vor dem Bundesverfassungsgericht, das Wahlrecht sei in der Demokratie „der entscheidende Integrationsfaktor für das Staatsvolk". Demnach könne das Wahlrecht auch nur deutschen Staatsangehörigen zustehen.

Der Zweite Senat des Karlsruher Gerichts berät über Verfassungsklagen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion sowie über ihren Antrag, das in Schleswig-Holstein eingeführte Ausländerwahlrecht mit einer einstweiligen Anordnung auszusetzen. Die Union will damit verhindern, daß sich Ausländer dort bereits an der nächsten Kommunalwahl im März 1990 beteiligen. Das Bundesverfassungsgericht wird seine Entscheidung heute verkünden.

Schleswig-Holstein und Hamburg hatten das Ausländerwahlrecht - in unterschiedlicher Form - im Februar dieses Jahres eingeführt. Nach der schleswig-holsteinischen Gesetzesnovelle haben nur dänische, irische, niederländische, norwegische, schwedische und Schweizer Staatsbürger das Wahlrecht, sofern sie seit mindestens fünf Jahren in der Bundesrepublik leben. Das Hamburger Wahlrecht geht erheblich weiter.

Für die Kieler Landesregierung wandte sich Innenminister Bull (SPD) entschieden gegen den Vorwurf, das Gesetz verstoße gegen das „Prinzip der Volkssouveränität". Dies sei schon schon deshalb unzutreffend, weil das Ausländerwahlrecht in zahlreichen europäischen Staaten seit langem anerkannt sei.

Haussmann: Durchbruch

EG einig über Fusionskontrolle

Luxemburg (dpa/vwd). Die Wirtschaftsminister der Europäischen Gemeinschaft (EG) haben sich in Luxemburg auf die Grundzüge einer EG-weiten Fusionskontrolle geeinigt. Bundeswirtschaftsminister Haussmann *sprach von einem Durchbruch.* Andere Delegationen sehen noch Differenzen. Die EG-Kommission soll künftig Unternehmensfusionen kontrollieren, wenn der Umsatz mehr als zehn Milliarden DM beträgt.

Drogenmafia / Zeitung

Zwei Angestellte erschossen

Bogota (dpa). Mutmaßliche Mordkommandos der Rauschgiftmafia haben am Dienstag in der kolumbianischen Millionenstadt Medellin zwei leitende Angestellte der Zeitung „El Espectador" erschossen. Bereits im September dieses Jahres war das Gebäude der Zeitung bei einem Bombenanschlag schwer beschädigt worden. Das Blatt setzt sich seit Jahren für energische Maßnahmen gegen die Drogenmafia ein.

SED-Gespräch mit Opposition in Dresden

Teilnahme Modrows gefordert

Fortsetzung

Die DDR-Kirchenleitung unter Vorsitz von Bischof Forck begann gestern nach Angaben des Berliner Senders RIAS-TV Verhandlungen mit der SED-Führung vorrangig über die Freilassung der bei den Demonstrationen vom Wochenende Festgenommenen. In Dresden sind offenbar noch nicht alle Menschen, die sich in Polizeigewahrsam befinden, wieder entlassen worden.

In Dresden setzen die Reformer offenbar weiter auf SED-Bezirkschef Modrow, der nach ihren Forderungen bei dem nächsten am 16. Oktober geplanten Gespräch mit Bürgervertretern dabei sein soll. Modrow hatte kürzlich bei seinem Besuch in der Bundesrepublik ebenfalls die Notwendigkeit von Änderungen in der DDR unterstrichen.

Gesprächsbereitschaft staatlicher Vertreter mit reformwilligen Bürgern zeichnet sich nicht nur in Dresden und in Leipzig, sondern nun auch in Ostberlin, Magdeburg und in anderen Städten ab. In Ostberlin machte, wie RIAS-TV meldete, die FDJ-Bezirksleitung in der Nacht zum Mittwoch den oppositionellen Gruppen in der Stadt ein Gesprächsangebot.

Der Generalsuperintendent der evangelischen Kirche von Berlin-Brandenburg, Krusche, sprach gestern von Hinweisen, daß in einigen Bezirken der DDR die Anerkennung der Bürgerbewegung „Neues Forum" kurz bevorstehe.

Hermlin für Zulassung

DDR-Schriftsteller Hermlin, seit Jahren treues SED-Mitglied, hat sich inzwischen dafür ausgesprochen, die Oppositionsgruppe „Neues Forum" zuzulassen. In einem Interview sagte er, er kenne die Personen nicht, die das Manifest unterzeichnet hätten, „aber warum sollte ich ihnen nicht vertrauen?" Hermlin schloß sich der Kritik seines Kollegen Kant an, der am Montag die Berichterstattung der DDR-Medien über die Demonstrationen anläßlich des 40. Jahrestages heftig gerügt hatte. Die DDR verfüge über eine Presse und ein Fernsehen, „die einer fortgeschrittenen fortschrittlichen Gesellschaft nicht würdig sind", sagte Hermlin.

Ein wesentlicher Punkt der Kritik am Staat ist offenbar die Informationspolitik der Regierung, die auch Hager erwähnte. Wie es hieß, hat Anfang der Woche die Parteigruppe der Generaldirektion für Unterhaltungskunst in einer Sonderversammlung die „Diskrepanz zwischen der Selbstdarstellung unserer Gesellschaft und subjektiven Erfahrungen" zur Diskussion gestellt. Von gut unterrichteter Seite verlautete, das für die Medienpolitik verantwortliche Politbüro-Mitglied Joachim Herrmann (60) sei auch in der obersten Parteiführung nicht mehr unumstritten.

HESSISCHE/NIEDERSACHSISCHE
ALLGEMEINE

Herausgeber
Rainer Dierichs, Dr Dietrich Batz, Achim von Roos

Chefredakteur
Lothar Orzechowski

Stellv Chefredakteure
Wolfgang Rossbach, Peter M. Zitzmann

Verantwortliche Redakteure
Chef vom Dienst: Horst Kröninger Chef Nachrichten: Rainer Merforth. Politik. Jochen Prater. *Blick in die Zeit:* Walter Schütz. Wirtschaft und Sozialpolitik. Horst Seidenfaden, Kultur Dirk Schwarze, Frau u. Reise: Ilse Methe-Huber Sport: Rolf Wiesemann, i. V. Ulrich Fuhrmann Sonntagszeit: Frank Thonicke Kassel Stadt und Land: Wolfgang Rossbach. Bezirksredaktionen: Peter M Zitzmann. Koordination Helmut Lehnart Hessen/Niedersachsen Eberhard Heinemann Chefreporter Karl-Hermann Huhn Sonderthemen Peter Ochs.

Redaktion Wiesbaden Rolf Effenberger
Redaktion Hannover Harald Birkenbeul
Redaktion Bonn Hans Ludwig Laucht

Verlagsleitung
Dr Dietrich Batz, Rainer Dierichs, Wigbert H. Schacht. Anzeigenleiter Horst Prehm. Vertriebsleiter Gerd Lühring.

Verlag Dierichs GmbH & Co KG, Frankfurter Str 168, Postfach 10 10 09, 3500 Kassel, Ruf 05 61 / 20 3-0 Tel. Anzeigenannahme 05 61 / 20 3-3 Fernschreib-Nr 99 635. Telekopierer 05 61 /20 36. Teletex 5 61 81 10. Postgirokonto 155132-608 Frankfurt/M. Anzeigenpreisliste Nr 29 Monatlicher Abonnementspreis DM 25,60 inkl. Zustellung und 7 % MwSt (Postbezugspreis 28,50 DM)

Die Beendigung des Abonnements ist nur mit schriftlicher Kündigungserklärung unter Einhaltung einer Frist von einem Monat zum Monatsende möglich; die Frist läuft ab Zugang der schriftlichen Kündigungserklärung

Auflage werktags über 270 000 Exemplare in Tarifgemeinschaft mit „Oberhessische Presse" Marburg, „Hersfelder Zeitung" „Werra-Rundschau" Eschwege „Harzkurier" Herzberg

Auflage „Sonntagszeit" über 200 000 Exemplare

Herstellung Druckhaus Dierichs
Frankfurter Straße 168 3500 Kassel

Optische Täuschung

Ach ja, den U-Boot-Untersuchungsausschuß gibt es auch noch. Er ist einer von vielen, die sich durch Berge von Papier fressen und ihr mühsames Dasein fristen. Ginge es nach dem Willen der Mehrheit, wäre er bereits sanft entschlafen. Doch die SPD läßt nicht locker und öffnet wieder einmal die Luken vor ihren Torpedos. Zeugen der politischen Prominenz sollen aussagen, dieserhalb hat die Opposition sogar die Karlsruher Verfassungsschützer angerufen. Auf deren Spruch darf man gespannt sein, denn er könnte endlich Bewegung in ein erstarrtes Szenarium bringen.

Glaubt man staatsbürgerlichen Handbüchern, stellt der Untersuchungsausschuß ein Kontrollinstrument der Abgeordneten gegenüber Regierung und Verwaltung dar. In der Praxis funktioniert es jedoch nur in den seltenen Fällen, wo sich die nach dem Parteienschlüssel zusammengesetzten Mitglieder einig sind. Bei der Affäre Barschel war das so und wurde zum Ereignis. Meistens freilich spaltet sich das Gremium in Mehrheit und Minderheit. Das Sagen und das letzte Wort hat die Mehrheit. Die Minderheit muß sich mit der Rolle eines kritischen Kommentatoren begnügen.

Daß ein Untersuchungsausschuß souverän und sachbezogen der Regierung entgegentritt, ist also eine optische Täuschung. Wie schon die Mehrheitsfraktionen kommen auch deren Untersucher dem Kabinett zu Hilfe. Jüngstes Beispiel für solche Zuarbeit ist, wie das „Celler Loch" zugemauert wurde. Einig sind sich die Parteien nur im Unbehagen über die bisherige Übung. Mag sein, daß sich das Selbstgefühl der Parlamentarier regt, vor allem jedoch, weil Mehrheit nach Wahlen auch zur Minderheit werden kann. Daher sind Gesetzentwürfe auf dem Weg, die bis zum Ende der Legislaturperiode erledigt sein sollen. Vielleicht kommt auch dazu aus Karlsruhe ein klärendes Wort.

Alfred Brugger

Schmerzliche Fragen

Die Konservativen in Blackpool gehen nach der Devise vor: „Business as usual" – Geschäft wie üblich. Der Parteitag läßt sich nichts anmerken und behandelte am Mittwoch Umweltfragen und das Drogenproblem. Dabei ist den Delegierten wie den Bürgern klar, daß die Konservativen an einem Kreuzpunkt angelangt sind. In zentralen Punkten ihrer Politik hat die Regierung in letzter Zeit und sogar in den letzten Tagen schwere Rückschläge hinnehmen müssen. Das bisher „starke" Pfund, der stolz Margaret Thatchers und ihres Schatzkanzlers Nigel Lawson, ist erschreckend weich geworden. Die gewohnte Kur schlägt nicht mehr an. Die britische Wirtschaft scheint Einwirkungen von außen schutzlos ausgeliefert zu sein.

Das hat beträchtliche Verwirrung ausgelöst. Jetzt stellt sich die Frage, warum Großbritannien nicht längst dem europäischen Währungssystem beigetreten ist und damit die Hilfe seiner Nachbarn in Anspruch nehmen könnte. Was ist aus dem stolzen Wort Margaret Thatchers geworden, ihre Regierung werde dem EWS beitreten, wenn die Situation „reif" sei. Ist sie nun „reif"? Kritik und Selbstzweifel richten sich aber auch gegen bisher feste Glaubenssätze. Wie ist es möglich, daß die Tory-Regierung nach zehn Jahren in diese Krise geraten konnte, daß sie die Inflation nicht senken und die Handelsdefizite nicht beseitigen kann? War es wirklich eine Art „Wirtschaftswunder", das Margaret Thatcher bewirkt hat? Oder ist der Boom der vergangenen Jahre mit gefährlichen Mitteln erzielt worden, was sich jetzt rächt? Das sind schmerzliche Fragen, die die gegenwärtigen Unzufriedenheiten etwa mit dem Zustand des Gesundheitswesens und des Verkehrssystems potenzieren.

Klaus Kämpgen, London

Das Zitat

„Mir sind die Optimisten lieber: Menschen, die alles halb so schlimm und doppelt so gut finden."

Heinz Rühmann

DDR / Glasnost?

Was ADN bringt, ist nicht mehr tabu

Von Ingomar Schwelz (AP)

Die Selbstkritik ist schonungslos: „Die Information über die Ereignisse der letzten Tage und Nächte in Dresdens Innenstadt, die auch unsere Zeitung gestern veröffentlicht hat, war einseitig und vermittelte ein falsches Bild". Mit diesem Satz distanzierte sich die Dresdner Ost-CDU-Zeitung „Die Union" von einem Text, den sie offensichtlich ungeprüft von staatlichen Stellen übernommen hatte. Darin waren Demonstranten, die anläßlich des 40. Geburtstages der DDR mehr Demokratie gefordert hatten, „rowdyhafte, staatsfeindliche und verfassungswidrige Aktionen" vorgeworfen worden.

In der DDR ist nach dem runden Jubiläum der Staatsgründung das Glasnost-Zeitalter angebrochen. Zwischen den Zeitungen in der DDR ist ein Meinungsstreit ausgebrochen, Tabuthemen werden offen diskutiert, journalistisches Selbstverständnis lehnt sich deutlich gegen bisher hingenommene Mediengleichschaltung auf. Der staatlich gelenkte Informationsfluß findet vor allem in den Zeitungen der sogenannten Blockparteien des Landes nicht mehr so recht sein Ziel.

Vogel abgeschossen

Am Mittwoch schoß die „Neue Zeit" der Ost-CDU den Vogel ab: Sie druckte eine Meldung des „Allgemeinen Deutschen Nachrichtendienstes" (ADN) über die Folgen der Massendemonstrationen der letzten Tage nicht wie üblich im Wortlaut ab, sondern veränderte sie redaktionell und verbreitete sie durchgehend im Konjunktiv. „Volkspolizisten seien tätlich angegriffen worden, mit Steinen, Flaschen und Brandsätzen beworfen worden", schrieb das Blatt mit Berufung auf die amtliche Nachrichtenagentur. Gleichzeitig strich die Redaktion die Bezeichnung der Demonstranten als „Randalierer, aufgeputschte Störer und kriminelle Elemente", wie sie in der von ADN verbreiteten „Information der Presseabteilung des Ministerium des Inneren" genannt werden.

In der Forderung nach einem Dialog zwischen dem Staat und seinen unbequemen Kritikern sind sich alle Blätter einig. Überall sind Leserbriefe wie der des Stadtabgeordneten Gerd Gordalla in der „Leipziger Volkszeitung" abgedruckt: „Wenn wir etwas verändern wollen, und das wollen wir, dann brauchen wir jetzt eine Atmosphäre, die durch Dialog und gemeinsames Handeln geprägt ist".

In der „Neuen Zeit" zeigt sich der Dresdner Otto Wuttke enttäuscht darüber, daß das Blatt zur Massenflucht von DDR-Bürgern in den Westen nur einen ADN-Kommentar abgedruckt habe. In der „Sächsischen Zeitung" wird der Genosse Erwin Lawrenz vom Dresdner Kombinat Robotron so zitiert: „Nach meiner Auffassung wäre es gut, wenn die Parteiführung eine klare Antwort auf die Ereignisse geben würde, auf die Fragen und Probleme, die uns bewegen und die von uns immer wieder angesprochen wurden. So tun, als ob es die nicht gäbe, stärkt nicht unsere Reihen, sondern schwächt sie".

Ungewöhnliche Töne

Ungewöhnliche Töne für DDR-Zeitungen, die plötzlich selbstkritisch eine offene Medienpolitik fordern. In der Zeitung des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes (FDGB), „Tribüne", schreibt die Ostberliner Schauspielerin Ursula Werner: „Wir sind beunruhigt über den Widerspruch in der Darstellung unserer Wirklichkeit in offiziellen Reden und den Medien und der täglich zu erlebenden Realität". Es sei ein großer Vertrauensschwund eingetreten, der Sorgen mache. Verschiedene Theater in der DDR hätten das in den vergangenen Tagen in Erklärungen ausgedrückt, die in den Foyers aushingen, schreibt die Schauspielerin.

DDR: Lücken in Betrieben / Warum sie abhauen

Flucht vor ungeliebtem Job

Von unserem Mitarbeiter Peter Gärtner, Berlin

Die seit Wochen anhaltende Flucht- und Ausreisewelle vor allem junger Menschen aus der DDR hat mittlerweile selbst in den DDR-Medien zu einer selbstkritischeren Haltung geführt. Offener als noch vor wenigen Wochen werden öffentlich die Verluste beklagt, die insbesondere der Wirtschaft zu schaffen machen. Im DDR-Fernsehen beklagt ein Kombinatsdirektor, daß jeder, der in den Westen gehe, an seinem Arbeitsplatz eine Lücke hinterlasse, die „nur durch Mehrleistungen anderer zu ersetzen" sei.

Das gelingt allerdings längst nicht überall. Vor allem im Dienstleistungsbereich und beim privaten Handwerk sind die Abgänge im ganzen Land zu spüren: Ein Bäckermeister läßt sich nicht so einfach ersetzen. Im Ostberliner Stadtbezirk Prenzlauer Berg haben binnen 20 Tagen allein sieben Gaststätten zumindest vorübergehend schließen müssen, weil Kellner und Küchenpersonal in den Westen gingen.

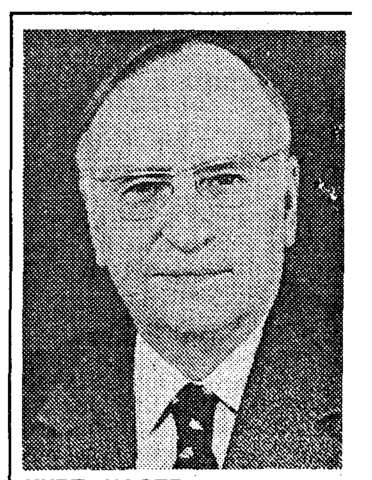
Dem „Staat der Jugend", wie sich die DDR offiziell gern darstellt, den Rücken gekehrt haben auch tausende von Facharbeitern, die im schlecht bezahlten und mit Schichtarbeit verbundenen Transportwesen beschäftigt waren. Aus Kleinstädten wie Weimar wird berichtet, daß die Busse im öffentlichen Nahverkehr seit geraumer Zeit seltener verkehren würden. Der „Deutschen Reichsbahn", wie die Eisenbahn im anderen deutschen Staat immer noch heißt, fehlen Lokführer, Rangierer, sowie Zugbegleiter.

Eine erste Untersuchung auf Kombinatsebene (landwirtschaftliche und industrielle Großbetriebe) förderte aufschlußreiche Erkenntnisse zu Tage: Danach verließen aus Betrieben, wo es gut läuft und der Plan regelmäßig erfüllt wird, kaum Arbeiter das Land. Ganz anders sieht es hingegen in Arbeitsstätten aus, in denen weder die Rationalisierung noch die vorgegebenen Produktionsanforderungen halbwegs ihren Gang gehen. Dort seien gleich „scharenweise" Werktätige nicht an ihren Arbeitsplatz zurückgekehrt.

Zurückkehren sollen die Ausgereisten bis auf wenige Ausnahmefälle allerdings auch nicht – trotz aller Lücken. „Nein", sagte der ideologische Vordenker der SED, das ZK-Mitglied Otto Reinhold gegenüber Journalisten auf eine entsprechende Frage vor wenigen Tagen in Ostberlin. Doch auch bei diesem Problem zeigt sich die Einheitspartei längst nicht mehr als monolithischer Block: Reinholds Genosse Max Schmidt, Direktor des Instituts für Politik und Wirtschaft, ist immerhin noch dafür, allen die Tür zur Rückkehr offenzuhalten. Und Beobachter registrieren deutliche Anzeichen, daß sich die Position Schmidts wohl in absehbarer Zeit durchsetzen werde.

Überrascht wurden wohnungssuchende DDR-Bürger in der letzten Woche von einer Meldung der Nachrichtenagentur ADN, die in allen Tageszeitungen zwischen Wismar und Weimar zu lesen war: Darin wird berichtet, daß häufig die Frage gestellt werde, „was mit den freigewordenen Wohnungen geschieht, deren bisherige Bewohner illegal die DDR verlassen" hätten. Zugleich wird von ADN das angebliche Gerücht dementiert, „daß derartige Wohnungen etwa für einen Zeitraum von einem Jahr freigehalten würden". Und weiter: „Den örtlichen Organen wird anheimgestellt, frei gewordene Wohnungen sofort an neue Mieter, die daran Interesse haben, zu übergeben."

Stärker als Beton (Aus: Kölner Stadt-Anzeiger / Pielert)



KURT HAGER (dpa-Funkbild)

SED-Chefideologe

Ein „Hardliner" wird weich

Mit seinen 77 Jahren scheint der Chefideologe und „Hardliner" in der SED, Kurt Hager, doch noch beweglich: In einer Art Kehrtwendung hat der gelernte Journalist sich nun für Erneuerungen in der DDR ausgesprochen. Der seit mehr als drei Jahrzehnten für Wissenschaft und Kultur zuständige SED-Parteisekretär hatte mit seiner harten, ideologisch „lupenreinen" Haltung in der Vergangenheit bei der Bevölkerung der DDR bis sogar in seine eigene Partei hinein mitunter Unmut erregt.

Hager ist ein „Kommunist vom alten Schlag": Der gebürtige Schwabe war 1930 in die kommunistische Partei Deutschlands eingetreten. Als Journalist nahm er am Spanischen Bürgerkrieg teil, während des Dritten Reiches arbeitete er in Frankreich und Großbritannien. 1945 kehrte Hager nach Ostberlin zurück und wurde Leiter der Abteilung Parteischulung. Seit April 1954 gehört Hager dem Zentralkomitee (ZK) der SED an. Seit 1963 sitzt er auch im SED-Politbüro und damit im Machtzentrum der DDR. In den DDR-Staatsrat kam Hager 1976.

Als Chefideologe der Partei hat Hager über die „Reinheit" der Lehre zu wachen. Er hatte sich immer wieder gegen „Abweichungen" jeder Art gewandt. Die Bedeutung der neuen Politik in der Sowjetunion für die DDR hatte Hager bislang mit einem Bild abgetan: „Würden Sie, wenn Ihr Nachbar seine Wohnung neu tapeziert, sich verpflichtet fühlen, Ihre Wohnung ebenfalls neu zu tapezieren?" (dpa)

Parteitag in Blackpool wartet auf Rechtfertigungsrede

Bankrotter Schatzkanzler?

Von unserem Korrespondenten Klaus Kämpgen, London

Mit nervöser Spannung erwarten die britischen Konservativen die große Verteidigungsrede von Schatzkanzler Nigel Lawson, die er heute auf dem Parteitag in Blackpool hält. Margaret Thatchers Finanzminister ist dem Parteivolk wie auch den Wählern eine ausführliche Rechtfertigung für die jüngsten Konsequenzen seiner Finanzpolitik schuldig. Denn die abermalige Heraufsetzung der Zinsen trifft wieder Millionen von Hauseigentümer.

Dabei scheint die Maßnahme ihren Zweck verfehlt zu haben. Der Wert des Pfundes ist weiter gesunken, und nun erwarten alle Briten Lawson-Hinweise darauf, wie es weitergehen soll. Im Hintergrund drohen steigende Inflation, neue Arbeitslosigkeit, vielleicht gar wirtschaftlicher Niedergang.

Niemand glaubt ernstlich, daß die Regierung noch einmal an der Zinsschraube dreht. Nigel Lawson scheint am Ende seines Lateins zu sein. „Der bankrotte Schatzkanzler" verkündete mit gewaltiger Schlagzeile der sonst treu-konservative „Daily Telegraph" zum Beginn des Parteitags. So nervös war die Stimmung am ersten Tag der Zusammenkunft in Blackpool, daß die Abwesenheit Lawsons sofort entdeckt wurde und besorgte Fragen auslöste. War er zurück nach London geeilt? Führte er etwa in seinem Ministerium Krisengespräche?

Reporter und Fotografen spürten ihn schließlich in seinem Landhaus auf, in der Entfernung von zweieinhalb Stunden Fahrt. Der Minister feilte seine Rede zurecht, wie immer in letzter Minute. „Lassen sie mir meine Ruhe", bat Lawson die Belagerer. Für ein Foto trat er kurz vor die Tür. Fragen beantwortete er nicht. Dann war zu beobachten, wie er ruhelos hinter dem Fenster auf und ab schritt. „In seiner Qual", wie einer der Zeugen konstatierte.

Vor den Delegierten trat der Parteivorsitzende Kenneth Baker mannhaft für Lawson und seine umstrittene Finanzmaßnahme ein. „Er scheute nicht vor dem zurück, was er tun mußte", erklärte Baker, und in den sich steigernden Beifall donnerte er: „Manche Leute sagten, er würde seine Entscheidung bis nach dem Parteitag zurückstellen. Ein solches Verhalten aber wäre bewußte Täuschung und unverantwortlich gewesen. Leute, die so handeln, sind wir nicht."

Baker gab dem Parteitag, was er jetzt hören wollte und rief dazu auf, schon die nächsten Wahlen ins Auge zu fassen und sich auf den Gegner, die Labour-Partei, zu konzentrieren. „Der Kampf ist schon im Gange", verkündete er. Folgsam wandten sich die Delegierten dem dichten Programm und den laufenden Projekten der Regierungspolitik zu.

Labour hat inzwischen dazugelernt, aber bisher war es immer so, daß die Parteitage der Labour-Partei Veranstaltungen zur gegenseitigen Zerfleischung waren, während sich die Torys auf ihren Konferenzen nur der Welt präsentierten, diszipliniert, wohlgelaunt, Beifall spendend und Thatcher-treu. Deshalb verwundert es nicht, daß die „Krise" während der offiziellen Sitzungen keinerlei Rolle spielt. Diskussionen darüber fanden nicht statt. Die schlimmen Wörter „Zinsrate" und „Pfund" wurden einfach nicht ausgesprochen.

In den Nebenräumen dagegen, wo die Delegierten zusammenstanden, heizten sie die Gespräche auf. Nigel Lawson war nicht nur Gegenstand der Kritik. Viele Konservative verehren ihn in seiner körperlichen Massigkeit, die Selbstvertrauen und Nervenstärke vermuten läßt. Die Entscheidungen Lawsons mögen seit einiger Zeit umstritten sein, aber der Finanzminister war noch immer so beliebt, daß sich nicht von ihm trennte – trotz der Meinungsverschiedenheiten, über die man munkelt.

Presse-Echo

Mit der Kritik an Äußerungen von Minister Haussmann zur Arbeitszeit befaßt sich die in Hagen erscheinende

WESTFALENPOST

Innerhalb weniger Wochen hat sich der Bonner Wirtschaftsminister Haussmann zweimal zu Dingen geäußert, die ins Hoheitsgebiet der Tarifpartner fallen. Schon beim ersten Mal ist er auf heftige Kritik gestoßen. Aber das war natürlich überflüssig. Der Wirtschaftsminister darf... sagen, was er in einer bestimmten Konjunkturlage für richtig und falsch hält, was seinen Interessen entspricht. Unternehmen und Gewerkschaften werden klug genug sein, in den Verhandlungen nicht die Interessen von Herrn Haussmann zu vertreten ...

Zur Buchmesse schreibt die

Frankfurter Neue Presse

Neben dem Auto gehört dem Buch der größte Salon des Jahres. Das hat mit dem Flair, dem Klatsch, dem Charme der Branche zu tun. Auch wer sonst kaum liest, möchte die Protagonisten leibhaftig sehen. Das Buch kommt in seiner Selbstwerbung schon lange nicht mehr ohne Medienrummel aus ... Die Klagen über Lese-Unlust, literarischen Analphabetismus und Buchhändler-Sterben wird man sechs Tage lang vergessen. Sechs Tage lang tun wir so, als ernährten wir uns ausschließlich von Gedrucktem.

HNA
HESSISCHE/NIEDERSÄCHSISCHE ALLGEMEINE

HESSISCHE ALLGEMEINE

Fernseh- Rundfunk Wochen-Programm

KASSEL
1 P 3713 A

UNABHÄNGIG
Preis 1,10 DM

KASSELER ZEITUNG
Nr. 239 · Freitag, 13. 10. 1989

NICHT PARTEIGEBUNDEN
Ruf (05 61) 203-0 · Anzeigen 203-3

Bürgermeister / Hersfeld

Weg frei für Boehmer-Abwahl

Bad Hersfeld (hpn). Die Stadtverordneten von Bad Hersfeld haben gestern abend entschieden, den am 28. September mit den Stimmen von CDU und NPD wiedergewählten Bürgermeister Hartmut Boehmer abzuwählen. Entsprechende Anträge von CDU und Grünen wurden von der SPD unterstützt. Die drei NPD-Abgeordneten stimmten dagegen. Am 16. November findet der erforderliche zweite Wahlgang für die endgültige Abwahl statt.



Kinostart

Neuer Asterix

Ein neuer Asterix-Film kommt rechtzeitig zum 30. Geburtstag der Comic-Serie in die Kinos. In „Operation Hinkelstein" haben es die unbeugsamen Gallier mit einem üblen Scharlatan zu tun, der sich als Seher ausgibt. Kritik im Kulturteil.

IG Metall

Offensive für Frauen

Die IG Metall will Frauen, die in den untersten Lohngruppen tätig sind, zur besseren Einstufung verhelfen. Geplant ist es, betroffene Arbeitsplätze in Schwerpunktbetrieben den nächsten Monaten zu überprüfen. Siehe Wirtschaft.

Deutschland

Immer beliebter

Das Fremdenverkehrsgewerbe ist hoch zufrieden: Die heimischen Feriengebiete waren 1989 so beliebt wie lange nicht mehr. Experten sprechen bereits von einem neuen Trend zum Urlaub in Deutschland. Siehe auch „Blick in die Zeit".

Bluttat

3 Tote in Ulm

Grausige Bluttat in Ulm: Ein 16jähriger schnitt seiner Tante und Pflegemutter sowie deren zwei Töchtern, 11 und 14 Jahre alt, die Kehle durch. Das Motiv des jugendlichen Täters blieb zunächst unklar. Siehe auch „Blick in die Zeit".

Fußball

Freispruch für Eilts

Dieter Eilts vom Fußball-Bundesligisten Werder Bremen ist nach seiner roten Karte in der Begegnung beim VfL Bochum am letzten Samstag gestern durch das Sportgericht des DFB freigesprochen worden. Siehe Sport.

Zum Tage

Späte Ehre

Wolfgang Paul ist der 20. Deutsche, der den Physik-Nobelpreis erhält – doppelter Grund zum Jubeln. Der rüstige Rentner ist über die späte Ehre sicherlich genauso überrascht wie die Fachwelt. Doch an der Berechtigung der Auszeichnung wird wohl niemand Zweifel hegen. Es ist schon öfter das Schicksal von Grundlagenforschern gewesen, daß man die Tragweite ihrer Arbeiten erst erkannte, als andere Wissenschaftler bedeutende Anwendungen entwickelten. Insofern ehrt es das Nobel-Komitee, wenn es die „Urväter" nicht vergißt.

Mitschuldig sei er, daß man heute „jeden Dreck messen kann und die Leute sich darüber aufregen", sagte Paul selbstkritisch über seine Arbeit. In der Tat, vor Erfindung des Massenspektrometers erschien unsere Umwelt noch viel sauberer – die meisten Schadstoffe ließen sich einfach nicht nachweisen. Doch Pauls Zweifel sind nicht angebracht, wie man am Beispiel des Trinkwassers erkennen kann: Gerade der rechtzeitige Nachweis einer schleichenden Vergiftung der Brunnen erlaubt es, Gegenmaßnahmen einzuleiten, bevor diese wichtigste Lebensgrundlage auch späterer Generationen schlimmer verseucht ist.

Segen, nicht Fluch liegt auf dieser Arbeit. Auch wenn Umweltsünder ganz anderer Meinung sind.

Peter Ochs

SED-Erklärung / Bohley skeptisch

Bonn: Taten müssen folgen

Bonn/Berlin (AP/dpa). Die jüngste Erklärung des SED-Politbüros, in der DDR offen über Probleme zu sprechen und gemeinsam nach Lösungen zu suchen, ist in Bonn und bei der DDR-Opposition mit Zurückhaltung und Skepsis aufgenommen worden.

Die Bundesregierung und die Bonner Parteien machten am Donnerstag deutlich, daß sie zunächst abwarten wollen, ob den Worten Taten folgen. Kanzleramtsminister Seiters sagte, in der Erklärung des Politbüros „klinge erstmals Betroffenheit an - das ist allerdings auch das Mindeste, was man erwarten konnte". Neben selbstkritischen Worten des Politbüros gebe es auch nach wie vor sehr orthodoxe Töne.

Auch das SPD-Vorstandsmitglied Ehmke sagte, zunächst sollte die weitere Entwicklung in Ruhe abgewartet werden.

Wortlautauszüge aus der Erklärung des SED-Politbüros auf „Themen des Tages".

Wichtig sei, daß das Politbüro zum ersten Mal „Kenntnis von den Tatsachen genommen" habe. Der SPD-Politiker Bahr meinte, es sei in der DDR ein Prozeß in Gang gekommen, von dem sich noch nicht absehen lasse, wo er enden werde. Die FDP-Generalsekretärin Schmalz-Jacobsen sagte, einige DDR-Führungsmitglieder hätten eingesehen, daß sich etwas bewegen müsse.

Die Malerin und Mitbegründerin der Bürgerrechtsbewegung „Neues Forum", Bärbel Bohley, sprach von „einem zunächst nur verbalem Einlenken". Die SED-Ankündigungen stellten noch keinen entscheidenden Schritt dar.

Der Konsistorialpräsident der Evangelischen Kirche in Berlin-Brandenburg, Manfred Stolpe, würdigte die Politbüro-Erklärung dagegen als „Einstieg in einen Gesprächsprozeß". Zwar seien „nicht alle Blütenträume gereift", doch konkrete Entscheidungen der Staats- und Parteiführung deuteten sich an.

Kurt Hager, SED-Chefideologe, der gestern – für westliche Kreise überraschend – zur Eröffnung der Kulturtage der DDR nach Moskau gereist war, erwähnte in einem ZDF-Interview ausdrücklich die Kirche in der DDR als Gesprächspartner bei dem angestrebten Dialog mit gesellschaftlichen Kräften.

Fortsetzung nächste Seite



„ICH BIN MITSCHULDIG, daß man heute jeden Dreck messen kann und die Leute sich darüber aufregen" war gestern das Bekenntnis des frischgebackenen Nobelpreisträgers Wolfgang Paul. (dpa-Funkbild)

Physik, Chemie

Nobelpreise für Deutschen und vier US-Bürger

Stockholm (AP). Der Bonner Physikprofessor Wolfgang Paul und sein aus Deutschland gebürtiger US-Kollege Hans Dehmelt erhalten zusammen mit dem Harvard-Professor Norman Ramsey den diesjährigen Nobelpreis für Physik. Paul und Dehmelt wurden für die Entwicklung der Ionenkäfigtechnik ausgezeichnet, Ramsey für von ihm entwickelte Möglichkeiten zu unvorstellbar genauer Zeitmessung. Den Nobelpreis für Chemie erhielten zu gleichen Teilen der Amerikaner Thomas Cech und der Kanadier Sidney Altman für ihre Arbeit auf dem Gebiet der Gentechnik.

Der 76jährige Wolfgang Paul und der an der Universität des Staates Washington in Seattle an der US-Westküste tätige 67jährige Dehmelt teilen sich die eine Hälfte des in diesem Jahr mit umgerechnet rund 882 000 DM dotierten Physiknobelpreises. Die andere Hälfte bekommt der an der Harvard-Universität in Cambridge im US-Staat Massachusetts tätige 74jährige Professor Ramsey. Seine Entdeckungen haben die Entwicklung der Atomuhr mit einer Ganggenauigkeit von eins zu zehntausend Milliarden Sekunden möglich gemacht.

Paul, der seine „Ionen-Falle" in den 50er Jahren „durch Nachdenken und Glück" entwickelt hatte, war überrascht, daß er nach so langer Zeit noch ausgezeichnet wurde.

Siehe „Zum Tage" und Berichte im Kulturteil

Karlsruhe: Einstweilige Anordnung

Ausländer dürfen noch nicht wählen

Karlsruhe (dpa). Das Bundesverfassungsgericht hat die geplante Beteiligung von Ausländern bei der nächsten Kommunalwahl in Schleswig-Holstein im März 1990 untersagt. Das Gericht erließ gestern auf Antrag der CDU/CSU-Bundestagsfraktion eine entsprechende einstweilige Anordnung.

Damit wird das schleswig-holsteinische Wahlgesetz, das eine beschränkte Beteiligung von Ausländern bei der Kommunalwahl vorsieht, außer Vollzug gesetzt. Das Gericht betonte in der Entscheidungsbegründung jedoch ausdrücklich, daß damit noch nichts über die Verfassungsmäßigkeit des Ausländerwahlrechts gesagt sei. Über diese werde erst im endgültigen Urteil über die Verfassungsklage der Union entschieden, das für nächstes Jahr erwartet wird.

Der Vorsitzende des Zweiten Senats, Mahrenholz, sagte in den Urteilsgründen, ohne die einstweilige Anordnung hätten dem Gemeinwohl „schwere Nachteile" gedroht. Werde die Wahlbeteiligung von Ausländern in Schleswig-Holstein zugelassen und sollte sich im endgültigen Urteil deren Verfassungswidrigkeit herausstellen, würde die Ausländerbeteiligung „nicht nur eine Verfassungsbestimmung verletzten", sondern „das demokratische Prinzip gleichsam vom Fundament her beschädigen". Dies sei ein derart schwerwiegender Nachteil, daß der mit der einstweiligen Anordnung „verbundene Eingriff in die Gestaltungsfreiheit des Gesetzgebers als das kleinere Übel hingenommen werden" müsse.

Bundesjustizminister Engelhard (FDP) begrüßte die Entscheidung. Gemäß Artikel 20 des Grundgesetzes müsse alle Staatsgewalt vom deutschen Volke ausgehen. Bundesinnenminister Schäuble (CDU) sagte, die Entscheidung schütze auch die Ausländer vor Enttäuschung. Für sie wäre es nur schwer verständlich, wenn sie sich zunächst an den Wahlen beteiligten und auch Mandate erringen dürften und anschließend ihre Stimmabgabe für ungültig erklärt würde.

Schleswig-Holstein und Hamburg hatten das Ausländerwahlrecht in unterschiedlicher Form im Februar dieses Jahres eingeführt. Die SPD-geführte schleswig-holsteinische Landesregierung bekräftigte gestern ihr Ziel, die Verfassungsmäßigkeit des Kommunalwahlrechts bestätigen zu lassen.

Siehe auch Kommentar

Haussmann-Vorschlag

Union gegen 40-Std.-Woche

Bonn (AP). Die von Bundeswirtschaftsminister Haussmann (FDP) ins Gespräch gebrachte Rückkehr zur 40-Stunden-Woche ist auch bei der Union auf Ablehnung gestoßen. Der sozialpolitische Sprecher der Bundestagsfraktion, Horst Günther, sagte gestern zu den von der Opposition bereits heftig kritisierten Äußerung, die von „Haussmann geforderte 40-Stunden-Woche ist unrealistisch". Sie entspreche nicht dem sozialen Fortschritt, den die Tarifparteien vereinbart hätten. Nicht zuletzt der Produktivitätsfortschritt habe die Arbeitszeitverkürzung ermöglicht.

DDR-Flüchtlinge

Minister begrüßt Rechtsberatung

Bonn (AP). Bundesjustizminister Engelhard (FDP) hat den Vorschlag des Deutschen Anwaltsvereins zur kostenlosen Rechtsberatung für DDR-Flüchtlinge, Aus- und Übersiedler begrüßt und seinerseits den Neuankömmlingen Informationsmaterial angeboten. „Die Menschen, die als Übersiedler und Aussiedler zu uns kommen, müssen neben den sozialen auch über die rechtliche Belange unserer freiheitlichen Gesellschaftsordnung informiert werden." Sie kämen aus anderen Rechtsordnungen, so daß ihnen die hiesigen Regeln vielfach noch nicht bekannt seien.

Keine klare Haltung zu DDR-Flüchtlingen

An Polens Grenze wird weiter zurückgewiesen

Warschau (dpa). Die polnischen Grenztruppen müssen nach wie vor illegale Grenzgänger aus der DDR festnehmen und ausliefern. Ein Sprecher des polnischen Innenministeriums erklärte gestern, die Grenztruppen hätten bisher keine Anweisung erhalten, ihre bisherige Praxis, die auf einem Abkommen mit der DDR von 1969 beruht, zu ändern. Der Sprecher fügte hinzu, er wisse, daß Außenminister Skubiszewski verschiedene Versprechungen gemacht habe. Er könne sich aber für dessen Zuständigkeitsbereich aber nicht äußern.

Skubiszewski hatte am Vortag dem SPD-Vorsitzenden Vogel in Warschau offiziell erklärt, daß keine DDR-Flüchtlinge mehr gegen ihren Willen an die DDR-Grenzbehörden ausgeliefert würden. Beobachter erklären die unterschiedlichen Informationen mit dem Hinweis, daß die polnischen Sicherheitsbehörden noch immer *in kommunistischer Hand seien.*

Der Sprecher erläuterte aber weiter, wenn es illegalen Grenzgängern gelänge, unentdeckt über den Grenzstreifen zu gelangen, dann könnten sie ungehindert zur bundesdeutschen Botschaft nach Warschau fahren. Dort ist die Zahl der ausreisewilligen DDR-Bürger wieder auf 680 gestiegen. In der Prager Botschaft halten sich derzeit 50 DDR-Bürger auf. Auch der Zustrom von DDR-Flüchtlingen über die ungarisch-österreichische Grenze hält an. Das Grenzschutzkommando Süd registrierte von Mittwoch bis Donnerstag 407 DDR-Bürger.

Die Bundesregierung mahnte unterdessen eine Zusage der DDR an, den über die Bonner Botschaften ausgereisten DDR-Bürgern ordnungsgemäße Ausreisepapiere auszustellen.

Schweden / Angeblicher Palme-Mörder

Berufungsgericht setzt Pettersson auf freien Fuß

Stockholm (dpa). Der wegen Mordes an Olof Palme in erster *Instanz verurteilte* Schwede Christer Pettersson (Foto) ist am Donnerstag von der zuständigen Kammer des Stockholmer Berufungsgerichts auf freien Fuß gesetzt worden. Das Oberlandesgericht legte sich damit drei Tage nach Abschluß des Revisionsverfahren auf einen Freispruch für den 42jährigen Pettersson fest. Der am 28. Februar 1986 begangene Mord an Schwedens damaligem Ministerpräsidenten muß nun weiter als unaufgeklärt gelten.

In der von den sieben Mitgliedern der Kammer veröffentlichten Erklärung zu der Entscheidung hieß es: „Nach Auffassung des Oberlandesgerichtes reichen die Ermittlungsergebnisse in diesem Fall nicht für eine Verurteilung aus. Christer Pettersson wird deshalb auf freien Fuß gesetzt."

Eine genaue Begründung für seinen Freispruch veröffentlicht das Gericht erst bei der für den 2. November angekündigten Urteilsverkündung. Prozeßbeobachter erklärten übereinstimmend, die Kammer habe sich wohl die Zweifel an der Aussage von Witwe Lisbeth Palme zu eigen gemacht. Sie hatte als einzige Augenzeugin Pettersson als Täter identifiziert. Da die Staatsanwaltschaft aber technische Beweise nicht vorlegen konnte und Petterssons Anwalt zwei nicht völlig widerlegte Alibizeugen präsentierte, hatte die Verurteilung zu lebenslänglicher Haft zu Kritik geführt.

Siehe auch Kommentar

Quoten vom Mittwochslotto

Ziehung A: Gewinnklasse I 984 630,50 DM; II 120 661,40 DM; III 3140,80 DM; IV 64,10 DM; V 4,80 DM.

Ziehung B: Gewinnklasse I unbesetzt, Jackpot 965 291,60 DM; II 60 330,70 DM; III 5080,40 DM; IV 76,90 DM; V 5,10 DM.

(Ohne Gewähr)

Namen und Nachrichten

Für Kat-Einbau gibt's Geld



Unter dem Motto „Kat sei Dank" hat Bundesumweltminister Klaus Töpfer (CDU) gestern eine Werbekampagne für den Katalysator gestartet. Ziel der Aktion ist, Besitzer älterer Autos zu bewegen, ihre Fahrzeuge nachzurüsten. Dafür wird es künftig erhebliche Fördermittel geben, bis zu 1100 DM pro Auto.

Wieder Messe im Kreml

In der Hauptkathedrade des Moskauer Kreml wird heute zum ersten Mal seit 1918 wieder ein Gottesdienst gefeiert. Wie der Sprecher des sowjetischen Rates für religiöse Angelegenheiten, Smirnow, sagte, wurde diese einmalige Feier anläßlich des 400jährigen Bestehens des russischen Patriarchats genehmigt.

Auch DDR schickt Polizei

Ein 30 Mann starkes Polizeikontingent aus der DDR ist am Donnerstag in Namibia eingetroffen, um sich der UNO-Friedensmacht Untag anzuschließen und den Unabhängigkeitsprozeß der ehemaligen deutschen Kolonie Südwestafrika zu überwachen. Vor vier Wochen waren bereits 50 Beamte des Bundesgrenzschutzes nach Namibia geflogen.

SPD-Entwurf findet Beifall



Der SPD-Obmann im Rechtsausschuß, Hans de With, hat in Bonn einen Gesetzentwurf seiner Fraktion vorgestellt, mit dem das Zeugnisverweigerungsrecht von Journalisten erweitert werden soll. Dieses Recht müsse auch selbstrecherchierte Unterlagen vor dem Zugriff der Ermittlungsbehörden schützen, sagte de With. Die SPD-Initiative wurde von der IG Medien und dem Deutschen Journalisten-Verband einhellig begrüßt.

Hitler-Feier hat Folgen

Mit zur Bewährung ausgesetzten Freiheitsstrafen von zwei und zweieinhalb Monaten sowie kleinen Geldstrafen hat das Eutiner Jugendschöffengericht eine makabre „Hitler-Geburtstagsfeier" vier junger, inzwischen vom Dienst suspendierter Polizeibeamter aus Schleswig-Holstein geahndet. In der „deutschen Party", mit der die vier Angeklagten im Alter zwischen 20 und 22 Jahren im Beisein von zwei Minderjährigen Ende April bundesweit Schlagzeilen gemacht hatten, sah das Gericht den Tatbestand der Aufforderung zum Rassenhaß erfüllt.

Parteitag steht zu Lawson



Mit starkem Applaus haben die britischen Konservativen Schatzkanzler Nigel Lawson Unterstützung für seine unpopuläre Anti-Inflationspolitik signalisiert. Seine Rede auf dem Parteitag der Konservativen im Badeort Blackpool wurde nach fast jedem Satz von Szenenapplaus unterbrochen. „Es gibt keine Alternative zu den hohen Zinssätzen, und die Maßnahmen werden greifen", sagte Lawson.

Grünes Licht für Brokdorf

Nach neuneinhalb Monaten Pause darf das Atomkraftwerk Brokdorf an der Elbe wieder angefahren werden. Wie die Kieler Regierung mitteilte, liegt die Zustimmung der Reaktorsicherheitsbehörde jetzt vor. Allerdings sei die Genehmigung, den Reaktor wiederanzufahren, an eine Reihe Auflagen gebunden.

Ost-Timor

Papst ruft zu Versöhnung auf

Dili (dpa). Papst Johannes Paul II. hat die 700 000 Einwohner des von Indonesien annektierten Inselteils Ost-Timor zu Versöhnung, Frieden und realistischen Zukunftserwartungen aufgefordert. Vor etwa 100 000 Menschen auf einem vom Meer und Bergketten umschlossenen Platz in Dili forderte er auch die Einhaltung der Menschenrechte sowie religiöse und kulturelle Freiheit. Die für Timor Verantwortlichen „müssen eine gerechte und friedliche Lösung der Probleme finden", sagte er.

Dili und der Schauplatz der Messe wurden von zahlreichen Uniformierten streng kontrolliert. Die Etappe Timor beim fünftägigen Indonesienaufenthalt des Papstes war umstritten. Indonesien hatte vor 13 Jahren in einem Krieg, bei dem über 100 000 Ost-Timoresen getötet wurden, das Land erobert und annektiert. Die katholische Kirche Indonesiens, mit knapp fünf Millionen Gläubigen unter 180 Millionen Bürgern eine Minderheit, wünscht die Integration der Diözöse. Es gibt aber auch Stimmen, die für die Unabhängigkeit plädieren.

Studie / Engelhard:

„Anwälte keine Prozeßhansel"

Bonn (AP). Die steigende Flut von gegenwärtig jährlich 1,2 Millionen Zivilprozessen in der Bundesrepublik wird nach Ansicht von Bundesjustizminister Engelhard nicht durch Rechtsanwälte verursacht. Sie trügen vielmehr durch außergerichtliche Konfliktlösung dazu bei, daß sich nicht noch mehr Bürger vor Gericht in die Haare geraten und die Justiz belasten. Zu diesem Ergebnis kommt eine vom Justizministerium in Auftrag gegebene Untersuchung „Streitverhütung durch Rechtsanwälte", die Engelhard am Donnerstag in Bonn vorstellte.

Die in der Öffentlichkeit häufig gehörte Meinung, Rechtsanwälte seien „Prozeßhansel" oder „Prozeßtreiber" habe sich nicht bestätigt, erklärte Engelhard. Er würdigte ausdrücklich die Bemühungen der 54 000 Anwälte um außergerichtliche Streitverhütung.

Der Präsident der Bundesrechtsanwaltkammer, Klaus Schmalz, wies darauf hin, daß rund 70 Prozent der in Anwaltskanzleien gelangenden Zivilrechtsfälle ohne Anrufung des Richters erledigt würden.

Wohnungsnachfrage

Am Bau herrscht Optimismus

Bonn (dpa/vwd). Die Bauwirtschaft will vor dem Hintergrund der gestiegenen Wohnungsnachfrage für zügige Baufortschritte sorgen. Für die kommenden Monate herrsche bei den Baufirmen „unverändert Optimismus vor, sowohl bei der Auftragsentwicklung als auch für deren Realisierung", berichtete der Zentralverband des Deutschen Baugewerbes am Donnerstag nach einer Schnellumfrage. „Wermutstropfen" sei, daß der Bedarf an Facharbeitern trotz der steigenden Zahl der Über- und Aussiedler nicht habe befriedigt werden können.

Neue Forderungen

Bund, Länder und Gemeinden müssen nach einer Forderung des Deutschen Mieterbundes (DMB) Geld für jährlich 150 000 neue Sozialmietwohnungen bereitstellen. In Lübeck nannte Mieterbund-Direktor Helmut Schlich am Mittwoch abend die Lage in Großstädten und Ballungsräumen „verheerend". Bedrohlich sei auch die Entwicklung der Mieten.

Fachgespräche mit Prager Kollegen

Zimmermann setzt sich für Havel ein

Bonn (dpa/AP). Bundesverkehrsminister Zimmermann (CSU) hat die Prager Regierung aufgefordert, den Dramatiker Havel zur Entgegennahme des Friedenspreises des Deutschen Buchhandels am Sonntag nach Frankfurt reisen zu lassen. Bei einem Essen mit seinem tschechoslowakischen Kollegen Frantisek Podlena protestierte er gegen die von der CSSR verordneten Reisebeschränkungen, die gegen die allgemein geforderte Öffnung der Grenzen verstießen. Die Bundesregierung sei über die gegen Havel verhängte Ausreiseverweigerung „tief betroffen". In einer Zeit, in der sich Ost und West aufeinander zubewegten, sei es besonders sinnvoll, einen Friedenspreis entgegenzunehmen. Er halte es für notwendig, daß die Regierung ihre Entscheidung noch einmal überdenke.

Havel hat die mit dem Friedenspreis verbundenen 25 000 DM einem neuen Freundeskreis zugunsten eines freien Verlagswesens in Osteuropa gestiftet. Der Verlag soll während der Buchmesse gegründet werden.

Dank für Hilfe

Zimmermann dankte der Tschechoslowakei für die „schnelle und unbürokratische Hilfe", die sie den in die Botschaft der Bundesrepublik geflüchteten DDR-Aussiedlern bei der Ausreise geleistet habe. Sie habe damit ein Zeichen der Humanität gesetzt. Hoffen können die DDR-Bürger auch auf ihre in Prag zurückgelassenen Autos. Die CSSR sei bereit, so verlautete aus der CSSR-Delegation, dieses Problem zu lösen, wenn sich die beiden deutschen Staaten darüber verständigten.

Bei den Fachgesprächen der beiden Minister wurde nach Mitteilung des Ministeriums Übereinstimmung über Schritte zur Verbesserung des Verkehrs zwischen beiden Ländern erzielt. Der Autobahnverbindung Nürnberg-Prag wurde besondere Bedeutung beigemessen.

Polenbesuch

Vogel: Es geht „um Hunger"

Warschau (dpa). SPD-Chef Hans-Jochen Vogel ist wegen der schlechten Wirtschaftslage tief besorgt über den Erfolg des Reformprozesses in Polen. Es geht auch „um Hunger", sagte er am Donnerstag zum Abschluß seiner Gespräche vor Journalisten in Warschau. Die Bevölkerung brauche in nächster Zeit dringend eine bessere Versorgung mit Nahrungsmitteln.

Der polnische Reformprozeß sei seiner Ansicht nach eng verknüpft mit der Entwicklung in der Sowjetunion, sagte Vogel, der vor dem Abflug mit Staatspräsident Jaruzelski und KP-Chef Rakowski zusammentraf. Dies sei ihm bei den dreitägigen Gesprächen in Warschau noch deutlicher geworden. Ein Scheitern der neuen Führung in Warschau wäre auch ein schwerer Rückschlag für den sowjetischen Staatschef Gorbatschow.

Vogel kündigte an, er werde Bundeskanzler Kohl „eindringlich bitten", die von Außenminister Genscher vor der UNO abgegebene Klarstellung zur Dauerhaftigkeit der polnischen Westgrenze zu wiederholen. Vogel will den Kanzler auch auf eine Entschädigungsregelung für die etwa 800 000 in Polen lebenden ehemaligen deutschen Zwangsarbeiter im zweiten Weltkrieg ansprechen. Ministerpräsident Mazowiecki habe ihm gesagt, daß dieses Thema für Polen eine wichtige Bedeutung habe.



EINEN SCHECK ÜBER 500 000 DM überreichte gestern Hannelore Kohl (links) an die Leiterin der Münchner Hilfsorganisation „Mutabor", Margot Wingruber. Die Organisation setzt sich für die Rehabilitation, Betreuung und Förderung von hirngeschädigten Menschen ein. Frau Kohl, Präsidentin des Kuratoriums für Unfallverletzte mit Schäden des zentralen Nervensystems, wertet die in München neu eingerichtete ambulante Intensivförderung für diese Patienten als einen wichtigen Beitrag, den Hirngeschädigten ein höheres Maß an Lebensqualität zu ermöglichen. Jährlich erleiden in der Bundesrepublik 200 00 Personen Kopfverletzungen – bei 20 000 kommt es zu lang andauernden Schäden. (dpa-Funkbild)

SED-Erklärung / Bischof appelliert an DDR-Führung

Forck: Auch mit Opposition reden

Fortsetzung

Auf die Frage nach weiteren Gesprächspartnern antwortete Hager ausweichend: „Gesprächspartner finden wir immer. Wenn sie allerdings unsere Gesellschaftsordnung infrage stellen wollen, ist das keine Basis für ein Gespräch." Auf die Frage nach politischen Veränderungen in der DDR verwies er auf die Erklärung des Politbüros, die gestern in großer Aufmachung vom SED-Zentralorgan „Neues Deutschland" und den anderen DDR-Zeitungen veröffentlicht wurde.

In einem Interview des DDR-Fernsehens kündigte Hager an, der nächste SED-Parteitag werde „auf einer großen Aussprache über die gesellschaftlichen Probleme bei uns beruhen". Zu den Vorschlägen der SED könnten sich dann auch die „Bürger aus allen Schichten" äußern. Der SED-Chefideologe meinte zugleich, der Sozialismus in der DDR werde „weiter erstarken und vollkommener werden."

Zu Spekulationen, wonach die Position von Staats- und Parteichef Honecker geschwächt sei, erklärte Hager gegenüber dem ZDF, in der Staats- und Parteiführung der DDR gebe es keine Differenzen. „Es ist eine einheitliche Führung und sie wird es auch bleiben, selbst wenn man immer wieder versucht, Differenzen zu erfinden".

Kulturbund für „Erneuerung"

Die Akademie der Künste der DDR hat „ein neues Verständnis für den Gebrauch der Medien" gefordert und dazu aufgerufen, „ein umfassendes, offenes und öffentliches Gespräch zu beginnen". Die DDR-Nachrichtenagentur ADN verbreitete am Donnerstag außerdem ein Kommuniqué des Kulturbundes der DDR, in dem das Präsidium eine „unerläßliche Erneuerung unserer Gesellschaft" fordert. Der Text wurde auch im DDR-Fernsehen verlesen.

In Ostberlin gibt es nach den Gesprächen zwischen Bischof Forck mit Oberbürgermeister Krack Pläne, eine zwölfköpfige Gruppe kritischer Bürger zu bilden, die an diesem Dialog beteiligt werden könnte. In der Gethsemanekirche sagte Forck gestern abend vor 4000 Menschen, die DDR-Regierung dürfe sich nicht darauf beschränken, nur mit denen den Dialog zu führen, die in vorhandenen Organisationen seien. Sie müsse auch mit denen sprechen, die sich in der Opposition versammelt hätten. Forck forderte die Freilassung der verhafteten Demonstranten.

In Leipzig teilten Bürgerrechtler mit, Oberbürgermeister Seidel habe gegenüber Kirchenvertretern zugesagt, daß alle seit dem 11. September angeklagten und verurteilten Demonstranten freigelassen werden sollen.

Dresdens Oberbürgermeister Berghofer wies unterdessen Meldungen als falsch zurück, er habe ein neues Wahlrecht gefordert. Er habe vielmehr gefragt, ob das gegenwärtige Wahlgesetz von allen Bürgern „richtig wahrgenommen" werde.

Drogenmafia / Sieben Staatschefs

Lateinamerikaner sind zu „frontalem Kampf" bereit

Ica/Peru (dpa). Sieben lateinamerikanische Staatschefs haben bei einem Gipfeltreffen in Ica (Peru) ihre Bereitschaft zum „frontalen Kampf" gegen die Drogenmafia betont. Die Staatschefs von Argentinien, Brasilien, Peru, Uruguay, Venezuela und Mexiko versicherten dem kolumbianischen Präsidenten Barco ihre Solidarität im „heroischen Kampf" gegen die Kokainbosse. Sie appellierten gleichzeitig an die Vereinigten Staaten und die westeuropäischen Länder, Rauschgifthandel und Konsum einzudämmen und so den Kampf der Erzeugerstaaten zu unterstützen.

Der venezolanische Präsident Andres Peres wies zu Beginn der Beratungen in Ica darauf hin, daß das Rauschgiftproblem nicht zuletzt eines von Angebot und Nachfrage sei. Je größer der Bedarf in den Verbraucherländern sei, desto mehr werde in Lateinamerika produziert. Alle Polizeieinsätze seien nutzlos, solange die Nachfrage in den USA und Europa nicht sinke.

Im Drogenkrieg ist der Polizei in Kolumbien die bisher wichtigste Festnahme gelungen: In einem Restaurant der Hauptstadt Bogota wurde Rafael Abello Silva festgenommen, der als „Nummer vier" des berüchtigten Kartells von Medellin gilt. Die USA haben die Auslieferung des 34jährigen beantragt. Außerdem wurde der mutmaßliche Drogenhändler Leonidas Vargas gefaßt, der als „ranghoher" Angehöriger des Kartells eingestuft wird.

Die Kokainmafia Kolumbiens hat inzwischen die Vermittlung der katholischen Kirche gefordert, um Präsident Barco zur Aufgabe seines Kreuzzuges zu bewegen. In einem am Donnerstag veröffentlichten Schreiben an die Zeitung „La Prensa" in Bogota bot das Kartell die Einstellung aller Drogengeschäfte an, wenn Mafiabosse nicht mehr an die USA ausgeliefert würden.

Afghanistan

36 Tote bei Raketenangriff

Moskau (dpa). Bei einem der bislang schwersten Raketenangriffe der Rebellen auf die afghanische Hauptstadt Kabul sind 36 Menschen getötet und mehr als 80 verletzt worden. Wie der Sprecher des sowjetischen Außenministeriums, Gerassimow, am Donnerstag in Moskau erklärte, geschah der Angriff während der Feiern zum Geburtstag des Propheten Mohammed. 1988 seien über 3000 Zivilisten bei Angriffen der Mudschaheddin getötet worden, sagte er.

Polizei / Verkehr

Punkte auch für Auslandsverstöße?

Münster (dpa). Auch für schwere Verkehrsverstöße im Ausland sollen deutsche Verkehrsteilnehmer demnächst Punkte in der Flensburger Verkehrssünderkartei erhalten. Dafür haben sich leitende Polizeibeamte aus der Bundesrepublik in der Polizeiführungsakademie des Bundes und der Länder (PFA) in Münster ausgesprochen.

In Skandinavien, so erklärten die Fachleute, werde heute schon so verfahren.

HESSISCHE/NIEDERSÄCHSISCHE
ALLGEMEINE

Herausgeber
Rainer Dierichs, Dr. Dietrich Batz, Achim von Roos

Chefredakteur
Lothar Orzechowski

Stellv. Chefredakteure
Wolfgang Rossbach, Peter M. Zitzmann

Verantwortliche Redakteure
Chef vom Dienst: Horst Kröninger. Chef Nachrichten: Rainer Merforth. Politik: Jochen Prater. Blick in die Zeit: Walter Schütz. Wirtschaft und Sozialpolitik: Horst Seidenfaden, Kultur: Dirk Schwarze, Frau u. Reise: Ilse Methe-Huber. Sport: Rolf Wiesemann, i. V. Ulrich Fuhrmann. Sonntagszeit: Frank Thonicke. Kassel Stadt und Land: Wolfgang Rossbach. Bezirksredaktionen: Peter M. Zitzmann. Koordination: Helmut Lehnart. Hessen/Niedersachsen: Eberhard Heinemann. Chefreporter: Karl-Hermann Huhn. Sonderthemen: Peter Ochs.

Redaktion Wiesbaden: Rolf Effenberger Redaktion Hannover: Harald Birkenbeul. Redaktion Bonn: Hans Ludwig Laucht

Verlagsleitung
Dr. Dietrich Batz, Rainer Dierichs, Wigbert H. Schacht. Anzeigenleiter: Horst Prehm. *Vertriebsleiter: Gerd Lühring.*

Verlag Dierichs GmbH & Co KG, Frankfurter Str. 168, Postfach 10 10 09, 3500 Kassel, Ruf 05 61 / 20 3-0. Tel. Anzeigenannahme 05 61 / 20 3-3. Fernschreib-Nr. 99 635. Telekopierer 05 61 /20 36. Teletex 5 61 81 10. Postgirokonto 155132-608 Frankfurt/M. Anzeigenpreisliste Nr. 29. Monatlicher Abonnementspreis DM 25,60 inkl. Zustellung und 7 % MwSt. (Postbezugspreis 28,50 DM).

Die Beendigung des Abonnements ist nur mit schriftlicher Kündigungserklärung unter Einhaltung einer Frist von einem Monat zum Monatsende möglich; die Frist läuft ab Zugang der schriftlichen Kündigungserklärung.

Auflage werktags über 270 000 Exemplare in Tarifgemeinschaft mit „Oberhessische Presse", Marburg, „Hersfelder Zeitung", „Werra-Rundschau", Eschwege, „Harzkurier", Herzberg.

Auflage „Sonntagszeit" über 200 000 Exemplare.

Herstellung Druckhaus Dierichs, Frankfurter Straße 168, 3500 Kassel.

Noch nicht das letzte Wort

In Verfassungsfragen steht den Karlsruher Richtern das letzte Wort zu. Mit ihrer einstweiligen Anordnung gegen das kommunale Ausländerwahlrecht in Schleswig-Holstein haben sie sich das erste Wort genommen. Noch bevor über die Verfassungsmäßigkeit des Gesetzes entschieden worden ist, wird es außer Kraft gesetzt. Ein so harter Eingriff in die Kompetenz des Parlaments läßt sich nur rechtfertigen, wenn dadurch schwerer Schaden verhindert werden soll. Das haben die Richter des Zweiten Senats plausibel begründet. Der Aufschub des Wahlrechts ist gegenüber der möglichen Aufhebung das kleinere Übel.

Trotzdem schafft das Bundesverfassungsgericht durch seinen Beschluß eine unglückliche politische Situation. Die Union fühlt sich bereits als Siegerin, obwohl in der Sache selbst nichts entschieden ist. Die betroffenen Ausländer sind frustiert, weil ihnen das Wahlrecht ohne endgültiges Urteil vorenthalten wird. Auf das Klima der Kommunalwahlen in Schleswig-Holstein kann sich das nur nachteilig auswirken. Noch schlimmer wäre es jedoch gewesen, wenn gewählte ausländische Mitbürger ihre Mandate nach für verfassungswidrig erklärten Wahlen hätten zurückgeben müssen.

Entgegen der Siegeszuversicht des CDU/CSU-Justitiars Langner ist das Ausländerwahlrecht weder juristisch noch politisch tot. Das Bundesverfassungsgericht wird nämlich im Hauptverfahren nicht nur zu entscheiden haben, ob Ausländer zum Staatsvolk gehören oder nicht, sondern auch, ob sie sich auf Gegenseitigkeit und Rechtsgleichheit in der EG berufen können. Gerade weil das Kieler Wahlgesetz auf Ausländer beschränkt ist, in deren Staaten bundesdeutsche Bürger bereits wählen dürfen, muß von den Karlsruher Richtern ein differenziertes Urteil erwartet werden. Achim v. Roos

Richter in Stockholm

Laut letztem Gerücht ist der sowjetische Geheimdienst KGB in den Mord an Olof Palme verwikkelt. Aber nicht solche Spekulation hat zur Freilassung des angeblichen Attentäters Pettersson geführt. Es gibt noch Richter in Stockholm, die sich auf den Rechtsgrundsatz besinnen, daß im Zweifel für einen Angeklagten zu entscheiden sei. Und Zweifel an der Schuld des Vorbestraften gab es mehr als Beweise; das Gericht in erster Instanz ließ sie nur nicht gelten, es wollte einen Täter haben. Der jetzige Straffreiheitsvollzug bedeutet daher eine schwedische Gardinenpredigt für die Übereifrigen und einen Sieg der Gerechtigkeit aus dem Geist der Toleranz.

Die Frage, ob es der von finsteren Polizeifotos her weltbekannte Pettersson nicht vielleicht doch gewesen sein könnte, wäre falsch gestellt. Eine Kriminalsache ist kein Kriminalroman. In einem Rechtsstaat haben die Ermittler Beweise vorzulegen und die Gerichte den Nachweis zu führen. Doch in diesem Fall hagelte es bei der Untersuchung Pannen und Skandale, und der Schuldspruch beruhte im wesentlichen auf den getrübten Augen der Witwe des Ermordeten. Daß er nicht zu halten sein würde, hatten damals bereits die beiden Berufsrichter erkannt. Die Mehrheit freilich ließ sich von Stimmung treiben statt von Einsicht leiten.

Ein unrühmliches Kapitel der schwedischen Justiz hat eine notwendige Korrektur erfahren. Abgeschlossen ist der Fall noch keineswegs. Zwar mag die Wiedergutmachung an einem Schuldlosen gelingen, soweit es von Geld und einer neuen Identität abhängt. Den Behörden und damit einem lang als Muster der Liberalität geltenden Staat indes haftet der Makel an, gleich doppelt versagt zu haben: Der oder die Schuldigen an einem spektakulären Mord sind weiter unbekannt, und der angebliche Täter erscheint als Opfer.

Alfred Brugger

Das Zitat

„Ich habe das Gefühl, daß die Stühle immer enger werden. Dieses Gefühl muß ich haben, weil ich sonst annehmen müßte, daß ich zu dick bin."

Peter Ustinov

Presse-Echo

Viele Zeitungen befassen sich mit möglichen Reformen in der DDR

Badische Zeitung

(Freiburg)

Es häufen sich die Zeichen, daß der erste Mann des SED-Staates, der einst für viele in der DDR die Hoffnung auf eine gewisse Liberalisierung verkörpert hatte, der zuletzt die Notwendigkeit des Wandels zu einem offenen, pluralen Sozialismus nicht mehr begreifen konnte, zum vorzeitigen Abgang gezwungen wird. Die Zeichen signalisieren, daß fundamentale Entscheidungen bevorstehen, daß die SED zur Änderung ihrer ... wohl ebensosehr von Verfolgungsängsten wie von ideologischer Borniertheit geprägten Konfrontationspolitik bereit ist.

Saarbrücker Zeitung

Was kann man dem Spitzenmann eigentlich schlimmeres vorwerfen, als daß er Illusion und Wunschdenken mit Realitäten verwechselt und diesen fatalen Irrtum nicht einmal bemerkt? Kein Zweifel, Erich Honecker ist jetzt auch in Ostberlin für politisch tot erklärt worden. Sein Rücktritt – freiwillig oder gezwungen – ist nur noch eine Frage der Zeit.

SÜDWEST PRESSE

(Ulm)

Nicht nur die Bevölkerung war offenkundig von dem Starrsinn enttäuscht, den Honecker bei seiner Jubiläumsrede zum 40jährigen Bestehen der DDR an den Tag gelegt hatte. Auch eine große Zahl der Genossen in der SED hat offensichtlich eingesehen, daß an Reformen auch in der DDR kein Weg mehr vorbeiführt.

Münchner Merkur

MÜNCHNER ZEITUNG

Jubel ob der neuen Töne aus Ostberlin wäre verfrüht. Tags zuvor hatte Honecker Lehren aus den „konterrevolutionären Unruhen" in China – sprich: dem Blutbad auf dem Platz des himmlischen Friedens – gezogen. Damit stand er im Politbüro nicht allein. Auch wenn er jetzt unter Druck seiner Gefolgsleute geraten ist ... sollten die neuen Schalmeientöne nicht gar zu vertrauensvoll aufgenommen werden ...

Wiesbadener Tagblatt

Schlimm wäre es, wenn Hagers Schalmeienklänge nur ein Beschwichtigungsversuch wären, nach der Maxime: gerade soviele Zugeständnisse, um den Aufruhr zu dämpfen. Eine solche Taktik des Einlullens würde ohnehin mißlingen, denn die Reformkräfte in der DDR sind selbstbewußt geworden. Traurig ist, daß das Reformsignal so spät ertönt und nicht etwa weiser Einsicht entspringt, sondern nur unter Druck zustande kam.

Alpen droht Umwelt-Kollaps / Berchtesgadener Konferenz

Die Seilschaft im Zugzwang

Von unserem Redaktionsmitglied Jürgen Nolte

Vor gut 50 Jahren faszinierte der Luis Trenker-Film „Der Berg ruft" Hunderttausende. Nun ruft er wieder, aber um Hilfe. Es geht um die Bewahrung eines der prachtvollsten Geschenke der Schöpfung.

Sind die Alpen noch zu retten? Können Massentourismus und Transitverkehr noch rechtzeitig genug zurückgedreht werden, um die Bergwelt vor dem völligen Umwelt-Kollaps zu bewahren? Die schon schrill tönenden Warnsignale - die Alpen sind nach dem Tropenwald das am meisten belastete Ökosystem der Erde - und das lange Zeit unterdrückte, aber nun doch erwachte schlechte Gewissen führten die sieben Anrainerländer endlich zu einer Konferenz zusammen. In Berchtesgaden beschloß man, bis 1991 eine völkerrechtlich verbindliche Alpenschutzkonvention zu erarbeiten, die mit konkreten Maßnahmen in den Bereichen Naturschutz, Landschaftspflege und Raumordnung dafür sorgen soll, daß es mit den Bergen nicht mehr weiter bergab geht.

Bonns Umweltminister Töpfer, engagierter Initiator des Treffens, sieht in dem Ergebnis „Anlaß zu realistischem Optimismus". Seine österreichische Kollegin Marilies Flemming formulierte es so: „Wir stehen am Fuß eines Dreitausenders, und Töpfer hat der Seilschaft das Kommando zum Aufstieg gegeben." Entscheidend wird freilich sein, daß alle am Seil bleiben und sich keiner unterwegs seitwärts in die absterbenden Baumbestände schlägt.

Die guten Vorsätze von Berchtesgaden sind vielversprechend, aber „die Frage ist, wie das alles durchgesetzt werden kann," meinte Bonns Parlamentarischer Staatssekretär Gröbl mit einem Anflug von Skepsis nach der Konferenz. Denn die Alpenkonvention muß, wenn sie auf dem Tisch liegt, erst noch die Hürden von sieben Parlamenten mit ebenso vielen unterschiedlichen Interessenlagen überwinden. Spätestens dann setzt die Phase ein, in der es zu faulen Kompromissen kommen kann, deren Folgen katastrophal wären.

Alle Länder sind sich in dem Grundziel einig, daß die Übererschließung und Übernutzung der geschundenen Alpenwelt ein Ende haben muß. Jahr für Jahr strömen im Sommer und Winter über 100 Millionen Urlauber in die Berge, achtmal so viel, wie dort leben. Und damit alle möglichst bequem an ihr Ziel gelangen, werden immer mehr Straßen und Parkplätze angelegt. 15 000 Seilbahnen und Lifte haben zusammen mit Skipisten in einer Gesamtlänge von 120 000 Kilometer Länge einen gewaltigen Kahlschlag in den Bergwald gerissen. Die Folge sind vermehrte Schnee- und Erdlawinen (Muren) sowie Hochwasser bis in das Flachland hinein.

Differenzen in Details

Aber in wichtigen Detailfragen, wie all dem zu begegnen ist, offenbarte die Konferenz von Berchtesgaden unterschiedliche Auffassungen. Das gilt etwa für die Frage, welche Freizeitbeschäftigungen in den Alpen eingeschränkt oder untersagt werden müssen, oder wo die Grenzen der Belastbarkeit durch den Tourismus liegen. Hier muß abgewogen werden zwischen den der Natur der Sache nach radikalen Forderungen der Umweltschützer und den Interessen der Bevölkerung, für die der Fremdenverkehr eine wichtige Existenzquelle darstellt.

Gleichwohl ist Bonn mit „dem ersten Schritt" sehr zufrieden. „Auf der Konferenz ist mehr herausgekommen, als man annehmen durfte," betonte der Parlamentarische Staatssekretär im Umweltministerium, Gröbl, gegenüber unserer Zeitung. Es habe positiv überrascht, daß die Vertreter aller Länder „voll mitgezogen" hätten. Der Entwurf für die Resolution sei sogar durchgehend noch verschärft worden, erläuterte Gröbl die optimistische Einschätzung seines Ministers.

Ganz anders sehen es die Naturschützer, für die bisher nur „unverbindliche Absichtserklärungen" vorliegen. Einer ihrer eigenwilligsten und in Bezug auf die Alpen kompetentesten Sprecher, Karl Partsch, brachte das Ergebnis des Berchtesgadener Meetings auf die Formel: „Der Berg kreißte und gebar ein mittleres Zwergmäuslein." Partsch, der für die Grünen im Europa-Parlament sitzt, führt bereits seit 1975 einen - anfangs einsamen - Feldzug für den Schutz der Bergregionen. „Die Alpen werden uns auf den Kopf fallen," warnte er jetzt in drastischer Weise, wenn nicht umgehend ein Erschließungsstopp verfügt werde. Dazu müsse ein internationaler Umwelt-Notstand ausgerufen werden.

Für einen „ökologischen Marschall-Plan" setzt sich die internationale Alpenschutzorganisation Cipra ein. Nach ihren Berechnungen sind pro Jahr zehn Milliarden DM erforderlich, um die bedrohten Natur- und Kulturwerte zu retten.



„Deutsche Wahlurnen bleiben Ausländern vorerst verschlossen!" (Karikatur: Wolf)

Wortlautauszüge

SED-Politbüro: Wir stellen uns der Diskussion

In der Erklärung des SED-Politbüros vom Mittwoch abend wurde vom höchsten DDR-Führungsgremium unter anderem erstmals die Bereitschaft zu Gesprächen mit oppositionellen Kräften erklärt. Im folgenden einige Wortlautauszüge:

„Der Sozialismus ...ist die Zukunft der heranwachsenden Generationen. Gerade deshalb läßt es uns nicht gleichgültig, wenn sich Menschen, die hier arbeiteten und lebten, von unserer Deutschen Demokratischen Republik losgesagt haben. Viele von ihnen haben die Geborgenheit der sozialistischen Heimat und eine sichere Zukunft preisgegeben...Sie hatten ihre Freunde, Arbeitskollegen und Nachbarn...Die Ursachen für ihren Schritt mögen vielfältig sein. Wir müssen und werden sie auch bei uns suchen, jeder an seinem Platz..."

„Gemeinsam wollen wir über alle grundlegenden Fragen unserer Gesellschaft beraten, die heute und morgen zu lösen sind...Es geht um wirtschaftliche Leistungsfähigkeit und ihren Nutzen für alle, um demokratisches Miteinander und engagierte Mitarbeit, um gute Warenangebote und leistungsgerechte Bezahlung, um lebensverbundene Medien, um Reisemöglichkeiten und gesunde Umwelt..."

„Mit der nächsten Tagung des Zentralkomitees werden wir unserer Partei und dem gesamten Volk im Sinne unserer strategischen Konzeption von Kontinuität und Erneuerung dafür unsere Vorschläge unterbreiten. Sie beruhen auf den tausendfach geführten Diskussionen in den Parteiorganisationen der SED, auf den Vorschlägen und Überlegungen, die uns von den Werktätigen aus allen Teilen der Republik zugegangen sind. Alle Meinungsäußerungen und Vorschläge für einen attraktiven Sozialismus in der DDR sind dafür wichtig. Wir stellen uns der Diskussion.

Wir haben dafür alle erforderlichen Formen und Foren der sozialistischen Demokratie. Wir rufen auf, sie noch umfassender zu nutzen. Doch wir sagen auch offen, daß wir gegen Vorschläge und Demonstrationen sind, hinter denen die Absicht steckt, Menschen irrezuführen und das verfassungsmäßige Fundament unseres Staates zu verändern...Der Sozialismus auf deutschem Boden steht nicht zur Disposition..." (dpa)

Vor 40 Jahren Gründung des DGB als Gewerkschafts-Dachverband

Beitrag zum sozialen Fortschritt

Von unserem Redaktionsmitglied Horst Seidenfaden

„Ich freue mich, daß der neue Deutsche Gewerkschafts-Bund eine so schöne Zeitung herausgibt. Eines steht fest: Die ‚Welt der Arbeit' wird bestimmt meine Zeitung werden. Alle schaffenden Menschen bitte ich, sie ebenfalls zu bestellen". Das Grußwort der Delmenhorster Delegierten, einer Sortiererin mit dem beziehungsvollen Namen Bringfriede Osbeck, prangte auf Seite 1 der Ausgabe Nummer zwei der Gewerkschaftszeitung „Welt der Arbeit". Die Sonderausgabe war der Gründung des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) gewidmet. Heute vor 40 Jahren wurde der neue Dachverband von damals noch 16 Gewerkschaften ins Leben gerufen. 487 Delegierte (14 Frauen) von fünf Millionen Arbeitnehmern wählten Hans Böckler zum ersten DGB-Vorsitzenden. Nichts kennzeichnet den Wandel in der 40jährigen DGB-Geschichte treffender als die Tatsache, daß ausgerechnet der publizistische Hoffnungsträger „Welt der Arbeit" zum runden Geburtstag nicht mehr auf dem Markt ist. Aus Kostengründen wurde das Blatt im vergangenen Jahr eingestellt.

Der größte Gewerkschaftskongreß seit dem Verbot der Arbeiterorganisationen 1933 konstituierte nicht nur den DGB und wählte den ersten Vorstand, er hatte auch über den Sitz des DGB zu entscheiden: Bei der Wahl zwischen Frankfurt und Düsseldorf siegte die Stadt im Rheinland. Der erste Kongreß entbehrte nicht ungewöhnlicher Vornominierungen: Da gelang es dem 34jährigen Willi Ginhold, der als Gast hereingekommen war, ... nicht in den Vorstand gewählt zu werden

In den 40 Jahren seines Bestehens hat der DGB mit seinen Einzelgewerkschaften wesentlich zum sozialpolitischen Fortschritt der Bundesrepublik beigetragen. Kein politisches Feld, das nicht von der Dachorganisation beackert worden wäre.

Allerdings: Die öffentlichkeitswirksamen Akzente setzte nicht der DGB als „Gewerkschafts-Mutter". Dafür sorgten, meist in Tarifauseinandersetzungen, die Einzelgewerkschaften wie die ÖTV (mit dem ebenso schwergewichtigen wie mächtigen ehemaligen Vorsitzenden Heinz Kluncker) und die IG Metall (lange Jahre mit Eugen Loderer als Ober-Metaller).

Doch die Zeit hat auch im Gefüge des DGB Spuren hinterlassen: Der 40. Geburtstag steht quasi am Ende einiger krisenreichen Jahre. Das Debakel um den Gewerkschaftskonzern Neue Heimat, in dessen Verlauf der völlig absurde Verkauf des Pleite-Unternehmens für eine DM an den Berliner Brotfabrikanten Horst Schiesser und der Rückkauf für 14 Mio. DM (für Schiesser) das Image der Gewerkschaftsorganisation mächtig ankratzte, die Beinahe-Pleite des Genossenschaftsunternehmens co op AG, der Ausverkauf der gewerkschaftseigenen Unternehmen (Bank für Gemeinwirtschaft) – all dies machte der Zentrale in Düsseldorf mächtig zu schaffen.

Zwar stieg die Mitgliederzahl in den DGB-Gewerkschaften auf fast acht Millionen Männer und Frauen an – doch die Gewerkschaften drückt der Kostenschuh. Die Einstellung der „Welt der Arbeit" war nur der Beginn einer langfristigen Aktion. Bis in die Kreisebenen hinein setzten die Verantwortlichen den Rotstift an – von der untersten Ebene bis hinauf in die Vorstandsetage soll gespart werden: Im DGB-Führungsgremium will man die Zahl der Vorstandsmitglieder von neun auf acht beschränken. Millionen will man einsparen – und hinter der Strukturreform verbergen sich, wie in jedem zum Kürzertreten gezwungenen Unternehmen, auch erhebliche Streichungen bei den Personalkosten.

Zum heutigen Jubelfest jedoch startete man in der DGB-Zentrale einen Prominenten-Werbefeldzug. Auf maximal zwei Schreibmaschinenseiten sollten Männlein und Weiblein festhalten, was ihnen zum Thema DGB als Kommentar einfiel. So mancher der Briefe können sich die DGB-Oberen getrost hinter den Spiegel stecken. Nicht jeder blieb so an der Oberfläche wie die Mutter der Nation, Inge Meysel: „Danke, daß Du da bist! Auf die nächsten 40!" schrieb sie. Arbeitgeberpräsident Klaus Murmann stellte die Frage, ob nicht die Arbeitgeber die besseren Gewerkschafter sein und lieferte beziehungsreich keine Antwort nach. Bundesarbeitsminister Norbert Blüm lobte zwar die Erfolge, die Gewerkschaften beim Aufbau unseres Staates. Allerdings vergesse mancher Funktionär, daß Gewerkschaften an „Einfluß verliren, wenn sie zu parteipolitischen Filialen umgebogen werden."

Bei den Landesvätern war der Ideenreichtum unterschiedlich ausgeprägt. Johannes Rau, SPD-Statthalter in Nordrhein-Westfalen, lobte die Einheitsgewerkschaft als Glücksfall und Eckpfeiler der Nachkriegsgeschichte. Lothar Späth, Ministerpräsident in Baden-Württemberg, machte sich mehr Mühe. Das „Cleverle" brachte seinen Kommentar in Versform: „Gesetzt, etabliert, ein bißchen träge / rechthaberisch und nicht sehr rege / so stellte sich schon mancher dar, / kaum daß er 40 geworden war. / So fehlt's jetzt auch Ihr an Beweglichkeit, / oh, DGB, denk an die Zeichen der Zeit. / Die Schlachten von gestern sind längst passé, / man schlägt sie dennoch, bei Dir, DGB."



HESSISCHE ALLGEMEINE

STELLEN-MARKT 11 Seiten

KASSEL
1 P 3713 A

UNABHÄNGIG · KASSELER ZEITUNG · NICHT PARTEIGEBUNDEN

Preis 1,40 DM · Nr. 240 · Samstag, 14. 10. 1989 · Ruf (05 61) 203-0 · Anzeigen 203-3

Zwei Heimniederlagen

Bochum siegt im Ruhrderby

Bundesliga

Werder Bremen – VfB Stuttgart	6:1
Gladbach – Hamburger SV	1:3
Bor. Dortmund – VfL Bochum	0:1

2. Liga

MSV Duisburg – SV Meppen	0:0
Fort. Köln – Braunschweig	0:2
Darmstadt 98 – SC Freiburg	2:2

Letzte Meldung

Kurseinbruch an Wallstreet

New York (AP). An der New Yorker Börse ist es am Freitag zu dem stärksten Kurseinbruch seit dem Börsenkrach vor fast genau zwei Jahren gekommen. Der Dow-Jones-Index für 30 Industriewerte schloß mit einem Minus von 190,58 Punkten bei 2.569,26. Händler führten die Entwicklung auf stark gestiegene Großhandelspreise zurück.

Hannover / Kohl:

‚Reformen ein Herzenswunsch'

Hannover (lni). Bundeskanzler Kohl hat den Vorwurf der SED-Führung, die Bonner Regierung mische sich in innere Angelegenheiten der DDR ein, als „blühenden Unsinn" zurückgewiesen. Auf dem Landesparteitag der niedersächsischen CDU in Hannover sagte Kohl am Freitag abend, es sei überhaupt nicht das Interesse der Bundesregierung, daß möglichst viele DDR-Bürger in die Bundesrepublik kämen. Ziel seiner Politik sei, daß „Deutsche in Deutschland in ihrer Heimat bleiben wollen", sagte Kohl unter dem Beifall der 530 Delegierten. Deshalb sei es sein „Herzenswunsch", daß sich die Reformwünsche in der DDR durchsetzen.

Kohl rief erneut zur Integration der DDR-Übersiedler sowie der deutschen Aussiedler aus Osteuropa auf. Es sei kein Chauvinismus, sich ihrer Probleme bei der Eingliederung besonders anzunehmen.

Kohl hob vor dem Landesparteitag auch die bundespolitische Bedeutung der Landtagswahl im kommenden Jahr hervor. Die CDU habe noch acht Monate Zeit, um dem Bürger die erfolgreiche Politik von Ministerpräsident Ernst Albrecht zu verdeutlichen. Kohl kündigte an, daß er sich im niedersächsischen Wahlkampf besonders engagieren werde.

Interview

Minister sucht Arbeit für Ungarn

Kassel (bre). Ungarns Handelsminister Tamás Beck hat in Kassel an die Bundesrepublik appelliert, seinen Landsleuten Arbeit zu geben. Durch Schließungen von Bergwerken würden bald 10 000 Ungarn arbeitslos. Siehe auch Interview auf **„Themen des Tages"**.

Neue Zahlen

Kinder-Mißbrauch

Immer mehr Kinder in der Bundesrepublik werden sexuell mißbraucht. Laut offizieller Statistik waren es 1988 über 13 000 minderjährige Sexualopfer. Die Dunkelziffer liegt weit höher. Siehe „Zum Tage" und „Blick in die Zeit"

Kokain-Deal

Spur nach Kolumbien

Auch in der Bundesrepublik wollen Kolumbiens Drogenbosse abkassieren. Bayerns Polizei sucht einen Kolumbianer als Drahtzieher eines geplatzten großen Kokain-Deals im August, als 650 Kilo sichergestellt wurden. Siehe „Blick in die Zeit"

Nordhessen

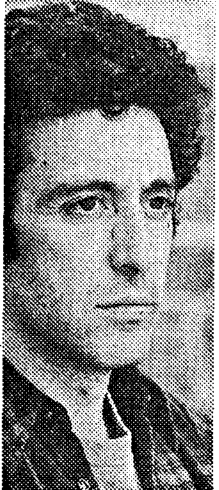
Autofahren teurer

In Nordhessen wird Autofahren teurer: Der Raum Kassel kommt wegen des schlechten Schadensverlaufs in die nächsthöhere Regionalklasse der Haftpflichtversicherung. Südniedersachsen bleibt fast unverändert. Siehe Wirtschaft.

Nach Sturz

Turnerin gelähmt

Nach einem Sturz aufs Genick beim Training für die gestern eröffnete Turn-WM in Stuttgart ist Adriana Duffy (Puerto Rico) an beiden Beinen gelähmt. Der 18jährigen droht sogar eine Querschnittslähmung. Siehe Sport.



„Der Pate"

Dritter Teil

Fortsetzung eines Super-Kino-Erfolgs: Regisseur Francis Ford Coppola dreht den dritten Teil des „Paten". Den Mafia-Boß Corleone spielt diesmal Superstar Al Pacino (Bild). Vorbericht morgen in der **Sonntagszeit**

Bundesrats-Neubau steht im Modell

Die Neubaupläne des Bundesrates sind eine Runde weiter gekommen. Aus 121 eingereichten Architektenentwürfen hat das Preisgericht für die Ländervertretung gestern fünf Arbeiten preisgekönt. Insgesamt werden 337 000 DM an Preisgeldern verteilt, auf den ersten Preis des Hannoveraner Architektenbüros Storch und Ehlers entfallen 85 000 DM. Wie der Bundesratspräsident und schleswig-holsteinische Ministerpräsident Björn Engholm (auf unserem Bild mit dem ersten Preis), mitteilte, sollen die drei besten Entwürfe überarbeitet werden und dann vor einer endgültigen Entscheidung vom Preisgericht begutachtet werden. Vorgabe für alle Pläne ist die Erhaltung des jetzigen, denkmalgeschützten Plenarsaales des Bundesrates, in dem der Parlamentarische Rat 1948/49 das Grundgesetz erarbeitet und beschlossen hat. Engholm meinte, aus dem historischen Saal müsse noch einiger „Plüsch" entfernt werden. Über Gesamtbaukosten und Termine wollte er sich noch nicht äußern. Er hoffe aber, daß die Bauarbeiten abgeschlossen sein werden, wenn das Bundesland Schleswig-Holstein turnusgemäß wieder den Präsidenten der Länderkammer stellt - und das ist im Jahre 1999.

(dpa-Funkbild)

DDR-Protestaktionen / Einsatz Vogels

Hunderte wieder auf freiem Fuß

Berlin (AP/dpa). Die DDR-Behörden haben gestern fast alle Demonstranten auf freien Fuß gesetzt, die bei den Protestaktionen der vergangenen Tage festgenommen worden waren. Die amtliche Ostberliner Nachrichtenagentur ADN verbreitete am Abend eine entsprechende Mitteilung des Generalstaatsanwaltes der DDR.

Die genaue Zahl der Freigelassenen ist nicht bekannt. Nach Angaben aus Kirchenkreisen waren jedoch allein in Ostberlin 700 Personen inhaftiert.

„Nach Durchführung der erforderlichen Untersuchungen" seien „die wegen Störung der Volksfeste am 7. Oktober sowie im Zusammenhang mit gesetzwidrigen Ansammlungen festgenommenen Personen aus der Haft entlassen worden", hieß es in der ADN-Meldung. Insgesamt befänden sich noch elf Personen in Untersuchungshaft. Dem Bericht zufolge werden ihnen „Begehung von Brandstiftungen, Plünderungen und Gewalttätigkeiten sowie Aufwiegelung zu Gewaltakten" zur Last gelegt. Sie müssen sich vor Gerichten verantworten.

Der Honecker-Vertraute und prominente DDR-Anwalt Wolfgang Vogel hatte sich zuvor nachdrücklich für die Freilassung all jener Demonstranten ausgesprochen, die bei den Protestaktionen keine Gewalttaten begangen hätten.

Vogel setzte sich in einer überraschenden und aufsehenerregenden Stellungnahme auch für die Freilassung all der DDR-Bürger ein, die wegen Fluchtversuchs über Ungarn, die CSSR oder Polen verhaftet worden sind. Nach Angaben informierter Kreise beläuft sich die Zahl derer auf rund 3000. In der gestern in Ostberlin verbreiteten Erklärung betonte Vogel (Foto), er sehe sich als Rechtsanwalt in der Pflicht, hier „Korrekturen und rechtsstaatliche Praktiken anzumahnen".



Er unterstrich: „Die Freilassung der Betroffenen duldet keinen Aufschub. Für sie, die Angehörigen und die Gesellschaft zählt jede Stunde. Alles soll ruhig verlaufen." In der Erklärung heißt es unter anderem: „Ich sehe in den zahlreichen Strafverfahren wegen ungenehmigten Verlassens der DDR via Ungarn, CSSR oder Polen eine Verletzung des Prinzips der Gleichbehandlung der Bürger vor dem Gesetz, garantiert in Art. 20 der Verfassung, Art. 5 Strafgesetzbuch und Paragraph 5 Strafprozeßordnung." Es sei unvertretbar, einerseits vom Staat Sonderwege in die Bundesrepublik zuzulassen und „andererseits für analoges Verhalten Haftbefehle zu verkünden".

Siehe auch nächste Seite und „Themen des Tages"

Zum Tage

Das große Tabu

Die Anzeigen nehmen zu, über das große Tabu, das oft buchstäblich ein Familiengeheimnis ist, wird endlich gesprochen. Es waren Frauen aus der amerikanischen Frauenbewegung, die vor wenigen Jahren den Stein ins Rollen brachten. Indem sie über eigene Erlebnisse als sexuell mißhandelte Kinder schrieben und sprachen, durchbrachen sie die Barriere der Angst und Scham.

Es zeigte sich bald, daß dieses vorwiegend inzestiöse Delikt weitverbreitet ist. Heute geben bereits offizielle Stellen aufklärende Broschüren heraus und unterstützen Selbsthilfe-Projekte. Und während immer mehr erwachsene Frauen entdecken, daß sie ihr eigenes verzweifeltes Kindheitsgeheimnis mit vielen anderen teilen, beginnen sie auch Anzeichen von Verstörung bei ihren Kindern richtig zu deuten. Was dieses Verbrechen an Kindern so schlimm macht, ist sein doppelt wirksames Gift: Hier die verheerenden seelischen Verletzungen des Opfers, dort die dunkle Saat des Mißtrauens: Welchem lieben Vater, Bruder, Großvater, Onkel kann man denn noch trauen?

Den meisten, Gott sei Dank. Und weil das so ist, darf das Tabuthema auch keines bleiben. Den Opfern wie den intakten Familien zuliebe. Nur Offenheit ist heilsam. Aufgebrochene Beulen tun weniger weh.

Ilse Methe-Huber

Warschau / Flüchtlinge

820 dürfen ausreisen

Bonn (dpa). Die rund 820 DDR-Flüchtlinge in der Warschauer Botschaft der Bundesrepublik können nach Angaben von Kanzleramtsminister Seiters (CDU) in Kürze ausreisen. Der stellvertretende Leiter der Bonner DDR-Vertretung, Lothar Glienke, habe ihn davon unterrichtet, daß die DDR bereit sei, die Zufluchtsuchenden mit Papieren auszustatten, die ihnen die Ausreise in ein Land ihrer Wahl ermöglichen. Seiters äußerte sich zufrieden darüber, daß sich die DDR zu einer humanitären und pragmatischen Lösung bereitgefunden habe.

Nach Informationen der „Bild"-Zeitung sieht die Lösung vor, daß die Flüchtlinge in der DDR-Botschaft in Warschau vorsprechen und entsprechende Reisepapiere beantragen.

Nach schwierigen Verhandlungen über Wirtschaftshilfe:

Kohl reist am 9. November nach Polen

Bonn (dpa). Bundeskanzler Kohl wird seine lange erwartete Reise nach Polen am 9. November antreten. Wie Regierungssprecher Klein gestern in Bonn bekanntgab, wird sich Kohl in Begleitung von Außenminister Genscher und einer Reihe weiterer Kabinettsmitglieder bis zum 14. November in Polen aufhalten. Er folgt einer Einladung des neuen polnischen Ministerpräsidenten Mazowiecki.

Die Reise war wegen der Regierungsumbildung in Polen und der schwierigen Verhandlungen über die Wirtschaftshilfe der Bundesrepublik für das Land mehrfach verschoben worden. Jetzt seien alle Fragen „ausgehandelt, abgestimmt, vereinbart", sagte Klein. Zu den abschlußreifen Vereinbarungen zählt die Bereitschaft der Bundesregierung, für Kredite an Polen zu bürgen. Zahlen wollte Klein nicht nennen, dementierte aber die in den Berichten genannte Summe von zwei bis drei Milliarden DM nicht. Einziger noch offener Punkt sei, ob für diese Kredite eine Rahmensumme vereinbart werde, wie dies von Polen gewünscht werde. Dies sei aber eher eine Frage des Verfahrens.

Als Gegenleistung akzeptiert Polen unter anderem erstmals die Existenz einer deutschen Minderheit mit entsprechenden Rechten. Es wird sich auch an der Einrichtung von Gedenkstätten für Deutsche beteiligen.

Zum Problem der DDR-Flüchtlinge, die von der Bonner Botschaft in Warschau betreut werden, sagte Klein, er könne sich denken, daß bis zum Kohl-Besuch erneut eine „humanitäre, pragmatische Lösung" gefunden werde.

Warnung Genschers

In der Bundesrepublik ist inzwischen die Diskussion um die polnische Westgrenze erneut aufgeflammt. Außenminister Genscher wandte sich mit der bisher schärfsten Warnung gegen solche Debatten. Einen Tag nach einer Erklärung des Bundes der Vertriebenen, die Grenzen von 1937 müßten Ausgangspunkt für jede friedensvertragliche Regelung sein, sagte Genscher in Hamburg: „Wer heute bei uns die Westgrenze Polens in Frage stellt oder den Eindruck erweckt, er wolle sie zukünftig in Frage stellen, der gefährdet den Prozeß der Annäherung zwischen West und Ost in Europa, der gefährdet den Reform- und Demokratisierungsprozeß in Mittel- und Osteuropa."

Unterdessen forderte Vertriebenen-Präsident Czaja, die Bundesregierung müsse „mit dem ganzen politischen und wirtschaftlichen Gewicht" dafür sorgen, daß Flüchtlinge von polnischen Behörden nicht mehr festgenommen und in die DDR zurückgeschickt werden.

Siehe auch Kommentar

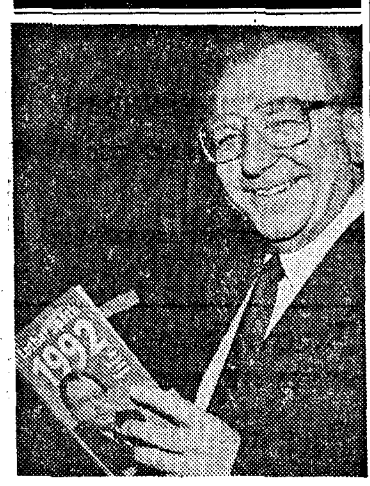
Calden – Mallorca

Vorerst keine Charterflüge

Kassel/Calden (ach). Aus dem Charterflug in den sonnigen Süden vom Flugplatz Kassel in Calden wird vorerst nichts: Aus Sicherheitsgründen gibt es für den ab Mai 1990 geplanten Charterverkehr nach Mallorca keine Genehmigung. Dies teilte gestern Hessens Wirtschaftsminister Schmidt mit. Als Sicherheitsproblem gilt unter anderem die Bundesstraße 7, die, nur 50 Meter vom Ende der Rollbahn entfernt, verlegt werden soll. Der Straßenneubau wird wegen der Genehmigungsverfahren jedoch mehrere Jahre dauern.

Schmidt betonte den Willen der Landesregierung, den geplanten Flughafen-Ausbau weiter zu unterstützen.

Namen und Nachrichten



Späth stellt EG-Buch vor

Mit einem neuen Europa-Buch, das nach seinen Worten „ehrlich und realistisch" sein soll, ist Baden-Württembergs Ministerpräsident Lothar Späth auf den Literaturmarkt gegangen. Der Titel „1992, Der Traum von Europa" wurde gestern auf der Frankfurter Buchmesse vorgestellt. Späth zeigt in dem Buch Perspektiven auf, die er für den Kontinent an der Schwelle zum nächsten Jahrtausend sieht.

Bush billigt Gesetz

Die Entweihung der amerikanischen Nationalflagge kann künftig mit Geldbuße oder Gefängnis bestraft werden. US-Präsident Bush teilte am Freitag mit, er werde eine vom Kongreß gebilligte Vorlage in Kraft treten lassen.

15 Rubel für Zahnbürste

Auf den Schwarzmärkten von Moskau klettern die Preise auf Rekord-Höhen. Dies berichtete die Zeitung „Moscow News" und nannte als Beispiele importierte Zahnbürsten für 15 Rubel das Stück (etwa das dreifache in DM), Jeans für bis zu 400 Rubel oder Frauenstiefel für 1500 Rubel.

Urteil löst Befremden aus



Nach Ansicht der Ausländerbeauftragten der Bundesregierung, Liselotte Funcke (FDP), hat die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts gegen eine Teilnahme von Ausländern an der schleswig-holsteinischen Kommunalwahl bei den Betroffenen „Enttäuschung und Befremden" hervorgerufen. Die ausländische Bevölkerung habe gehofft, „daß sie als Wähler bei den Politikern mehr Gehör für ihre Anliegen" finde, erklärte Frau Funcke gegenüber der Presse.

275 Jahre Finanzkontrolle

In einem Festakt im Frankfurter Römer wurde gestern dem 275jährige Bestehen der Staatlichen Finanzkontrolle in Deutschland gedacht. Die Tradition der preußischen „General-Rechen-Kammer" aus dem Jahr 1714 setzt heute der Bundesrechnungshof in Frankfurt fort, dessen Arbeit Bundestagsvizepräsidentin Renger (SPD) und Bundesfinanzminister Waigel (CSU) würdigten. Der Rechnungshof diene auch dem Interesse des Steuerzahlers, sagte Waigel.

Staatsbesuch in Marokko





Bundespräsident Richard von Weizsäcker rechnet damit, daß bei seinem Staatsbesuch in Marokko in der nächsten Woche der europäische Binnenmarkt und die Krisenherde im Nahen Osten Schwerpunktthemen bilden werden. Er bezeichnete es als notwendig, daß sich die EG nach Vollendung des Binnenmarktes gegenüber Drittländern offenhält und wies dabei auf die „Brückenfunktion" Marokkos zwischen Europa und Afrika hin. Weizsäcker ist der erste Bundespräsident, der Marokko offiziell besucht.

Reformdiskussion / Honecker traf sich mit Parteivorsitzenden

Keine weiteren Zugeständnisse

Ostberlin/Hamburg (dpa). Zum ersten Mal hat sich DDR-Staats- und Parteichef Honecker zu den Problemen in seinem Land öffentlich zu Wort gemeldet. Nach einem Treffen mit den Vorsitzenden der anderen DDR-Parteien (Ost-CDU, Liberaldemokratische Partei, Bauernpartei und National-Demokratische Partei) berichtete die amtliche DDR-Nachrichtenagentur ADN ausführlich über die Haltung Honeckers, die sich aber fast wortgetreu an der vor zwei Tagen veröffentlichten Erklärung des SED-Politbüros orientiert. Honecker, Abschnitte des Gespräches wurden auch im Fernsehen gezeigt, gestand den Blockparteien „eigenständige Beiträge" zu.

„Reisemöglichkeiten"

Er wiederholte die Ankündigung, das Zentralkomitee werde bei seiner nächsten Tagung dem gesamten Volk Vorschläge zu den „nicht leichten Herausforderungen der 90er Jahre" machen. Es gelte, gemeinsame Antworten etwa für die Einheit von Wirtschaft und Sozialpolitik, wirtschaftliche Leistungsfähigkeit, gute Warenangebote, „lebensverbundene Medien" und „Reisemöglichkeiten" zu finden. Die Vorsitzenden der anderen Parteien erklärten ihre volle Unterstützung für die Politbüro-Erklärung, hieß es bei ADN. Die gravierendsten Veränderungen fordert offenbar der Vorsitzende der Liberalen, Gerlach. Er trat in der Parteizeitung „Der Morgen" dafür ein, Bürgerbewegungen am Dialog teilnehmen zu lassen.

Die Oppositionsgruppe „Neues Forum" hat unterdessen erneut ihre staatliche Zulassung verlangt. Zudem forderte die Bürgerinitiative juristische Rahmenbedingungen, damit Meinungsäußerungen, Bürgerinitiativen und Parteien „nicht mit der Anschuldigung der Staats- und Verfassungsfeindlichkeit zum Schweigen gebracht werden".

Vertreter der offiziellen Politik und der Opposition in der DDR waren sich einig in der Ablehnung von Ratschlägen aus der Bundesrepublik zur Bewältigung ihrer Probleme. Der Ostberliner Kulturstaatssekretär Dietmar Keller, der in Wolfenbüttel war, verbat sich sogar jeden „Nachhilfeunterricht" aus dem Westen, dessen „pure Geschwätzigkeit" eine „unsagbare und nicht ertragbare Erschwernis für unser Denken und auch für unsere gemeinsame Zukunft" darstelle. Der Ostberliner Konsistorialpräsident Manfred Stolpe nannte die Verbindung von Reformforderungen und wirtschaftlichen Hilfsangeboten sogar eine „Bedrohung".

Während die Demokratiebewegung „Neues Forum" die Erklärung des SED-Politbüros als „erstes Zeichen" bewertete, daß sich die Staatsführung mit angestauten, tiefgreifenden Problemen auseinandersetzen wolle, schlug die SED eine härtere Gangart gegenüber der organisierten Opposition an. In einem internen Papier für Mitglieder versuchte die Partei, das „Neue Forum" als staatsfeindliche Gruppierung darzustellen. In diesem Papier, offenbar eine Argumentationshilfe, wird aber auch offen über eine notwendige Änderung der Medienberichterstattung gesprochen.

Zurückhaltung angemahnt

Bundespräsident von Weizsäcker und Bundesaußenminister Genscher begrüßten den in der DDR in Gang gekommenen Reformansatz und mahnten zur Zurückhaltung. Weizsäcker bekräftigte seinen Appell: „Nicht hier Recht behalten, sondern drüben weiterhelfen ist das Gebot der Stunde".

Zinspolitik

Thatcher stützt Schatzkanzler

Blackpool (AP). In ihrer Rede zum Abschluß des viertägigen Parteitags der britischen Konservativen im Seebad Blackpool hat sich Premierministerin Thatcher gestern mit Nachdruck hinter ihren Schatzkanzler Lawson gestellt. Dessen jüngste Entscheidung, die Zinssätze kräftig zu erhöhen, hatte in den Reihen der Partei Unbehagen ausgelöst.

Thatcher sagte, sie verstehe, daß höhere Zinssätze bei Hausbesitzern, Landwirten und Kleingewerbetreibenden für Beunruhigung sorgten. Wie schon früher werde die Inflation aber auch diesmal durch höhere Zinssätze wieder zum Sinken gebracht werden, sagte sie in ihrer immer wieder von tosendem Beifall unterbrochenen Rede.

Thatcher, die gestern 64 Jahre alt wurde, war beim Betreten des Konferenzsaales von den Delegierten mit dem Lied „Happy Birthday" überrascht worden. In ihrer Ansprache bezeichnete sie 1989 als „phantastisches Jahr für die Freiheit". Noch jahrzehntelang werde man sich an 1989 als an das Jahr erinnern, in dem die Völker Osteuropas begonnen hätten, „ihre Ketten abzuwerfen".

Siehe auch Kommentar

Reformstaaten

Vogel für großes Hilfsprogramm

Budapest (dpa). Eine konzertierte Hilfsaktion Westeuropas für die Reformbewegungen in Ungarn und anderen Ländern Ost- und Mitteleuropas hat SPD-Chef Vogel vorgeschlagen. Die Bundesrepublik müsse für eine solche Aktion nach dem Vorbild des amerikanischen Marshall-Plans nach dem Zweiten Weltkrieg die Initiative ergreifen, sagte er gestern während einer Veranstaltung der Friedrich-Ebert-Stiftung in Budapest.

Ungarn strebt nach den Worten von Parlamentspräsident Matyas Szürös eine international garantierte Neutralität an. Diese Entscheidung werde schon bald auf der Tagesordnung stehen, sagte er im Gespräch mit dem SPD-Vorsitzenden.

Ungarn-Besuch im Herbst

Bei einem Besuch des ungarischen Außenministers Horn in Bonn kündigte Bundeskanzler Kohl gestern an, er werde noch in diesem Herbst nach Ungarn reisen. Auch Außenminister Genscher plant noch für dieses Jahr einen erneuten Besuch in Ungarn.

40-Jahrfeier

Breit: DGB muß vielleicht noch politischer werden

Düsseldorf (dpa). Der Deutsche Gewerkschaftsbund wird nach Überzeugung seines Vorsitzenden Breit auch im Jahr 2000 als politische Organisation eine gestaltende Kraft in einer sich verändernden Gesellschaft sein. Der DGB werde vielleicht noch politischer werden müssen - nicht im Sinne von Parteipolitik, sondern im Sinne des Denkens und Handelns in gesamtgesellschaftlichen Zusammenhängen, in den Zusammenhängen von Arbeit und Wohnen, von Arbeit und Kultur, sagte Breit gestern auf der 40-Jahrfeier des DGB in Düsseldorf.

Voraussetzungen für weitere Erfolge sieht der im nächsten Jahr aus dem Amt scheidende DGB-Vorsitzende in Offenheit, Dialogfähigkeit und Glaubwürdigkeit. Die Gewerkschaften müßten den Menschen ihre Ideen nahebringen und engagierte Mitglieder gewinnen. Vor allem aber müßten die Gewerkschaften auch kampffähig bleiben - „und kompromißfähig". Nur starke Gewerkschaften aber hätten die Kraft zum Kompromiß.

Die Gewerkschaften müßten, so Breit weiter, ihre Kompetenz für die bei ihnen unterdurchschnittlich repräsentierten Gruppen von Arbeitnehmern verbessern, ihre Fehler und Defizite offen darstellen. „Das Debakel der Gemeinwirtschaft hat uns viel Kredit gekostet - im buchstäblichen und übertragenen Sinn".

Zur Verleihung des mit 20 000 DM dotierten Hans-Böckler-Preises an den Präsidenten des Deutschen Evangelischen Kirchentages, den früheren Bundesverfassungsrichter Simon, meinte Breit, Kirchen und Gewerkschaften träten für mehr soziale Gerechtigkeit ein. Diese Möglichkeiten seien jedoch noch nicht ausgeschöpft.

Als ein Geschwisterpaar, das einander braucht und sich ergänzt, sieht Bundesarbeitsminister Blüm (CDU) die Bundesrepublik und den DGB. Die Einheitsgewerkschaften seien allen Alternativen überlegen.

Bundesdeutscher Flottenverband in Leningrad eingelaufen

Drei Schiffe der Bundesmarine sind gestern morgen zum ersten bundesdeutschen Flottenbesuch der Sowjetunion in Leningrad eingelaufen. Der Verband besteht aus dem Zerstörer „Rommel", der Fregatte „Niedersachsen" und dem Versorger „Coburg". Der viertägige Besuch wurde Anfang Mai vom Generalinspekteur der Bundeswehr, Dieter Wellershoff, in Moskau vereinbart. Unser Bild zeigt die Begrüßung zwischen dem Kommandanten der „Niedersachsen", Gottfried Hoch (rechts) und dem stellvertretenden Kommandanten der Leningrader Marinebasis, Admiral Tulin. Siehe Bericht auf „Themen des Tages" (dpa-Funkbild)

Drogen-Krieg

Mitterrand: EG muß helfen

Bogota (dpa). Der französische Staatspräsident Mitterrand hat bei einem Besuch in Bogota der Regierung Kolumbiens Hilfe in ihrem gegenwärtigen Kampf gegen die Drogen-Mafia zugesagt. Nach einem zweistündigen Gespräch mit dem kolumbianischen Staatschef Virgilio Barco erklärte Mitterrand, Frankreich werde sich dafür einsetzen, innerhalb der EG „Strategien auszuarbeiten, die Ländern wie Kolumbien helfen".

Er kündigte die Entsendung französischer Experten an, um die Regierung Kolumbiens im Drogen-Krieg auf den Gebieten der Sicherheit und des Personenschutzes zu beraten. Auch juristische Experten sollen entsandt werden. Mitterrand ist inzwischen nach Paris zurückgekehrt.

Haussmann

DAG: Amoklauf stoppen

Hamburg (AP). Gegen das „ständige unqualifizierte Hineinreden von Bundeswirtschaftsminister Helmut Haussmann in die Belange der Tarifvertragsparteien" hat sich am Freitag der Vorsitzende der Deutschen Angestellten-Gewerkschaft (DAG), Issen, gewandt. Bei der Eröffnung einer tarifpolitischen Tagung seiner Organisation in Hamburg sagte Issen, vom Bundeskanzler müsse erwartet werden, daß er den Amoklauf seines Wirtschaftsministers gegen die Tarifautonomie endlich ein Ende setzen.

„Herr Haussmann entwickelt sich zu einem Störfaktor, der nur dazu beiträgt, daß die schwierige Tarifrunde des Jahres 1990 noch zusätzlich belastet wird", meinte der DAG-Chef.

Terrorismus-Prozeß

253 Angeklagte freigesprochen

Rom (dpa). Mit einem Freispruch für alle 253 Angeklagten endete gestern in Rom einer der letzten Massenprozesse gegen Verdächtige aus dem Kreis der Roten Brigaden. Das Schwurgericht wies die Anklage wegen „Aufrufs zum bewaffneten Kampf" und „Vorbereitung des Bürgerkieges" zurück.

Der im Februar eröffnete Prozeß war von Anfang an umstritten. Die Anklage stützte sich auf ein selten angewandtes Gesetz aus dem Jahr 1928. Damit sollten nicht nur direkt an Gewalttaten Beteiligte, sondern auch Agitatoren, Kader und „Schreibtischtäter" bestraft werden können. In der Urteilsbegründung heißt es nun, die Aktivitäten der Angeklagten hätten keine ernsthafte Gefahr für den Staat bedeutet.

Arbeitsgemeinschaft historischer Fachwerkstädte

Bonn soll DDR bei Sanierung helfen

Stade (dpa). Bundes- und Landesregierungen sollen in Verhandlungen mit der DDR über eine bundesdeutsche Wirtschaftshilfe auch fachliche, technische und finanzielle Unterstützung zur Sanierung der Altstädte in der DDR einbeziehen. Das hat die „Arbeitsgemeinschaft historischer Fachwerkstädte in Hessen und Niedersachsen" gestern gefordert. „Wir beobachten mit großer Sorge den schleichenden Verfall hochrangiger, historischer Altstädte", heißt es in einer „Resolution der Arbeitsgemeinschaft, der 70 Städte und zahlreiche Landkreise angehören. Mit einer Denkmalschutzhilfe könne nicht nur das kulturelle Erbe in der DDR bewahrt, sondern zugleich die Versorgung der Bevölkerung mit zeitgemäß ausgestattetem, individuell gestaltetem Wohnraum verbessert werden.

Schleswig-Holstein

Kostenloser Urlaub für DDR-Flüchtlinge

Kiel (dpa). DDR-Flüchtlinge sollen in Schleswig-Holstein in den kommenden Monaten kostenlos Urlaub machen können. Der Geschäftsführer des schleswig-holsteinischen Fremdenverkehrsverbandes, Gerd Kramer, sagte gestern in Kiel, der Verband habe seine Mitgliedsgemeinden und die Vermieter im Lande dazu aufgerufen, „Freiplätze" zur Verfügung zu stellen.

Gedacht sei an einen Urlaubsaufenthalt nicht unter zehn Tagen. Das Angebot gelte auch für deutsche Aussiedler, die in der Bundesrepublik noch keinen Urlaub machen konnten.

Die Bundesregierung will nach Angaben des Verbandes für den Transport sorgen und Bahnfreikarten zur Verfügung stellen.

HESSISCHE/NIEDERSÄCHSISCHE
ALLGEMEINE

Herausgeber
Rainer Dierichs, Dr. Dietrich Batz, Achim von Roos

Chefredakteur
Lothar Orzechowski

Stellv. Chefredakteure
Wolfgang Rossbach, Peter M. Zitzmann

Verantwortliche Redakteure
Chef vom Dienst: Horst Kröninger. Chef Nachrichten: Rainer Merforth. Politik: Jochen Prater. Blick in die Zeit: Walter Schütz. Wirtschaft und Sozialpolitik: Horst Seidenfaden, Kultur: Dirk Schwarze, Frau u. Reise: Ilse Methe-Huber. Sport: Rolf Wiesemann, i. V. Ulrich Fuhrmann. Sonntagszeit: Frank Thonicke. Kassel Stadt und Land: Wolfgang Rossbach. Bezirksredaktionen: Peter M. Zitzmann. Koordination: Helmut Lehnart. Hessen/Niedersachsen: Eberhard Heinemann. Chefreporter: Karl-Hermann Huhn. Sonderthemen: Peter Ochs.

Redaktion Wiesbaden: Rolf Effenberger
Redaktion Hannover Harald Birkenbeul.
Redaktion Bonn: Hans Ludwig Laucht

Verlagsleitung
Dr. Dietrich Batz, Rainer Dierichs, Wigbert H. Schacht. Anzeigenleiter: Horst Prehm. Vertriebsleiter: Gerd Lühring.

Verlag Dierichs GmbH & Co KG, Frankfurter Str. 168, Postfach 10 10 09, 3500 Kassel, Ruf 05 61 / 20 3-0. Tel. Anzeigenannahme 05 61 / 20 3-3. Fernschreib-Nr. 99 635. Telekopierer 05 61 /20 36. Teletex 5 61 81 10. Postgirokonto 155132-608 Frankfurt/M. Anzeigenpreisliste Nr. 29. Monatlicher Abonnementspreis DM 25,60 inkl. Zustellung und 7 % MwSt. (Postbezugspreis 28,50 DM).

Die Beendigung des Abonnements ist nur mit schriftlicher Kündigungserklärung unter Einhaltung einer Frist von einem Monat zum Monatsende möglich; die Frist läuft ab Zugang der schriftlichen Kündigungserklärung.

Auflage werktags über 270 000 Exemplare in Tarifgemeinschaft mit „Oberhessische Presse", Marburg, „Hersfelder Zeitung", „Werra-Rundschau", Eschwege, „Harzkurier", Herzberg.

Auflage „Sonntagszeit" über 200 000 Exemplare.

Herstellung Druckhaus Dierichs, Frankfurter Straße 168, 3500 Kassel.

Verspäteter Durchbruch

Nun endlich steht der Termin der Polen-Reise des Kanzlers fest. Immer wieder hatte Helmut Kohl seinen Besuch in Warschau hinausgeschoben. Erst hieß es, die Kreditwünsche der Polen seien unerfüllbar, dann verzögerte die unglückliche Diskussion über die Oder-Neiße-Grenze den Fortgang der Annäherung, schließlich brachte die polnische Regierungskrise den Terminplan durcheinander. Der fünfzigste Jahrestag des deutschen Überfalls auf Polen verstrich ohne den erhofften Durchbruch. Die Chance, ein international beachtetes, vielleicht sogar historisches Zeichen partnerschaftlicher Zusammenarbeit zu setzen, war vertan.

Will Helmut Kohl sein Engagement für Polen auch jetzt noch mit Rücksicht auf die Reaktion der Vertriebenenverbände unter Wert verkaufen? An der ehrlichen Bereitschaft der Bundesregierung, den politischen Reformprozeß wirtschaftlich zu unterstützen und dafür tief in die Tasche des Steuerzahlers zu greifen, kann niemand zweifeln. Aber Informationen über den Umfang der Kredithilfe fließen nur spärlich, und Kritik an den revisionistischen Äusserungen zur polnischen Westgrenze überläßt der Kanzler seinem Außenminister. Wenn das so bleibt, wird Kohl mit seiner Reise kaum etwas bewegen oder gar eine neue Ära der Beziehungen einleiten können.

Das polnische Volk und die demokratische Regierung Mazowiecki verdienen unsere tatkräftige Hilfe bei der Lösung ihrer Probleme. Als Gegenleistung können wir erwarten, daß die Rechte der Deutschen in Polen künftig respektiert und gesichert werden. Dazu gehören auch alle Flüchtlinge aus der DDR, deren völkerrechtswidrige Auslieferung beendet werden muß. Der Kanzler sollte deren deutsches Staatsbürgerrecht bei seinem Besuch in Warschau auch persönlich bekräftigen.

Achim v. Roos

Maggie gab Zuversicht

Margaret Thatcher hat zurückgeschlagen. In ihrer mit Spannung erwarteten Rede vor dem Tory-Parteitag hat sie ihren alten Kampfesmut sprechen lassen, und das Parteivolk dankte es ihr damit, daß es seine unverwüstliche „Maggie", die an diesem Tag auch ihren 64. Geburtstag beging, triumphal feierte. Nach schweren Tagen schöpften die Konservativen wieder Zuversicht. Dieser Abschluß und Höhepunkt des Parteitages wirkte schon wie die Eröffnung eines vorzeitigen Wahlkampfes.

Hätte man es wirklich anders erwarten können? Der Hintergrund war düster. Die Wirtschaft befindet sich in Schwierigkeiten. Verschiedene Vorhaben der Regierung sind höchst unpopulär. Die Labour-Opposition liegt bei Umfragen in Führung. Deshalb haben sich bange Zweifel in den eigenen Reihen erhoben, und warnende Stimmen wurden laut. Nun: Frau Thatcher hat es gemacht wie vor ihr Schatzkanzler Lawson, der sich weigerte, von einer „Pfund-Krise" zu sprechen, und der die eigentlichen Schwachpunkte gar nicht erwähnte. Sie hat das alles weggewischt und sich nur auf zwei Punkte konzentriert. Sie legte selbstbewußt wieder ihre Leistungsbilanz vor und eröffnete einen harten Gegenangriff gegen die Labour-Partei, die sich soeben in neuem Gewand vorstellte. Der Tenor lautete dabei: alles nur Mache. Nichts hat sich bei Labour geändert.

Frau Thatcher stellte sich nicht als gewandelte, als „neue" Maggie vor, wie es ihr verschiedentlich angeraten wurde. Da würde sie um ihre Glaubwürdigkeit fürchten. Margaret Thatcher vertraut auf die Eigenschaften, für die sie in Großbritannien und in der Welt bekannt ist und die ihr bisher den Sieg gebracht haben. Das weiß man jetzt, aber nun muß sich eben zeigen, ob die Briten immerzu ihre alte Maggie wiederhaben wollen.

Klaus Kämpgen, London

Das Zitat

„Ich glaube, das, was die Menschen hören wollen, ist Redlichkeit. Auch unangenehme Redlichkeit. Von allem anderen haben sie genug."

Hans-Jürgen Wischnewski

Ungarns Handelsminister im Interview unserer Zeitung:

„Sozialismus hat ausgedient"

Von unserem Redaktionsmitglied Ulrich Brehme



TAMÁS BECK (60) ist seit Oktober 1988 ungarischer Handelsminister. Bis dahin war der Diplom-Ingenieur Generaldirektor eines Budapester Textilunternehmens. (Foto: Thienemann)

Optimistisch hinsichtlich eines Beitritts seines Landes zur Europäischen Gemeinschaft sowie des gesellschaftlichen Wandels weg vom Sozialismus hat sich der ungarische Handelsminister Prof. Tamás Beck in einem Interview unserer Zeitung geäußert. Dabei nahm er kein Blatt vor den Mund. Der Wortlaut:

Herr Minister, die Entwicklung in Ungarn erfreut viele Bürger im Westen. Gleichzeitig mehren sich aber Stimmen, die in diesem Zusammenhang vor einer Destabilisierung in Europa warnen. Sind diese Ängste begründet?

Beck: Zugegeben: Es geht alles sehr schnell. Aber diese Geschwindigkeit ist notwendig. Schließlich gilt es, das verkrustete Regime hin zu einer pluralistischen Gesellschaft zu verändern. Ich glaube aber nicht, daß Europa durch uns destabilisiert wird.

Wird Ihr Land eines Tages Mitglied der Europäischen Gemeinschaft sein?

Beck: Diese Situation kann ich mir gerade vor dem Hintergrund der Diskussion um einen Beitritt Österreichs sehr gut vorstellen. Sollte Österreich aufgenommen werden und wir nicht, wäre das sehr schlecht für uns. Grenzen, die jetzt geöffnet wurden, würden dann wieder dichter werden.

Welchen Termin für die Mitgliedschaft halten Sie für realistisch?

Beck: Österreich wird nicht vor 1995 aufgenommen. Insofern gehe ich davon aus, daß unser Beitritt in der zweiten Hälfte der 90er Jahre möglich ist.

Noch ist Ungarn wirtschaftlich und militärisch voll im Osten integriert. Schließt dies nicht einen EG-Beitritt aus?

Beck: Nein, beide Mitgliedschaften sind meines Erachtens gleichzeitig denkbar.

Zum Strukturwandel der ungarischen Gesellschaft. Was ist ihre Zielvorstellung?

Beck: Der Sozialismus hat ausgedient. Unser Ziel ist die Marktwirtschaft. Konkret: Wir wollen das westliche System kopieren. Dieses Ziel hoffen wir in zwei bis drei Jahren erreicht zu haben.

Wird die anzustrebende Marktwirtschaft auch soziale Komponenten enthalten?

Beck: Selbstverständlich. Das deutsche System der sozialen Marktwirtschaft dient uns als Vorbild.

Ein marxistisch geprägtes Ungarn wird es also nicht mehr geben?

Beck: Meines Erachtens nicht. Endgültig aber werden das die Wähler im nächsten Jahr entscheiden.

Wieviel Geld fehlt Ihnen, um die ungarische Wirtschaft auf Vordermann zu bringen?

Beck: Genaue Zahlen kann ich nicht nennen. Tatsache ist es aber, daß wir viel Fremdkapital benötigen. Der Wert der ungarischen Wirtschaft (Gebäude, Maschinen u.a.) ist so etwa auf 25 Milliarden bis 30 Milliarden Dollar zu taxieren. Der Strukturwandel benötigt wenigstens zehn bis 15 Prozent dieser Summe.

Sind Ihrer Ansicht nach die Deutschen zu einer umfangreichen Hilfe bereit?

Beck: Ja, ich bin sehr optimistisch. Die Bundesländer Bayern und Baden-Württemberg sind sehr hilfsbereit. Überhaupt ist Deutschland das einzige Land, das nicht nur mit Worten und Solidariätsdeklarationen hilft.

Strukturwandel sind – siehe Polen – mit großen Opfern seitens der Bevölkerung verbunden. Kann sich die Sparpolitik auch als Bumerang erweisen?

Beck: Kleine Streiks haben wir permanent. Aber die Gewerkschaften bei uns haben ihre eigenen Probleme. Generell werden die Gewerkschafter bei uns nicht hoch geschätzt, weil sie die Leute in den letzten 30 Jahren nicht gut verteidigt haben. Zugegeben könnte ein großer Streik unsere Lage sehr verschlechtern. Ich halte das aber im großen und ganzen für ausgeschlossen.

Wieviel Arbeitslose gibt es in Ungarn?

Beck: Nicht viele, so zwischen 10 000 und 20 000. Das sind häufig Leute, die nicht arbeiten wollen. Das ist so wie in Deutschland.

Wann wird der Forinth, ihre Währung, konvertibel?

Beck: Wir arbeiten daran. Ich glaube allerdings, daß dies noch einige Jahre dauern wird.

Hat Ungarn von den in Angriff genommenen Reformen im Handel schon profitiert?

Beck: Ja sicher. Beispielsweise hat uns der Besuch des US-Präsidenten Bush im Sommer weitere Türen geöffnet. Mit der Bundesrepublik haben wir ausgezeichnete wirtschaftliche Beziehungen, auch mit Österreich. Das bringt uns näher und öffnet uns die Welt.

„Die Spendierhose muß auch mit!" (Karikatur: Wolf)

Ein Hauch von Glasnost zieht durch die Presse

DDR-Bürger rieben sich die Augen

Von dpa-Korrespondent Heinz Joachim Schöttes

Viele DDR-Bürger rieben sich am Freitag morgen verdutzt die Augen und konnten kaum glauben, was sie in ihren eigenen, oft so geschmähten Zeitungen lasen. Das, was vor einer Woche noch von vielen für unmöglich gehalten worden war, schien eingetreten zu sein: Die Blätter waren neben dem gewohnten Lob voll offener Kritik an Zuständen im eigenen Land und voller Nachdenklichkeit über das Schweigen der Führung.

Nachdem das Politbüro am Mittwoch mit einer Erklärung an die Öffentlichkeit getreten war, in der zum Dialog mit dem Volk aufgerufen und beteuert wurde „Wir stellen uns der Diskussion", und es gehe um „lebensverbundene Medien", reagierten die staatlich gelenkten DDR-Medien.

Fehlende Antworten der Führung hätten ein Gefühl der Unsicherheit hinterlassen, schreibt Erich Augusta in der Ost-„Berliner Zeitung". In einem Kommentar heißt es weiter, die Redakteure der „Berliner Zeitung" verstünden die Lebensverbundenheit sehr wohl als Wunsch, „als Forderung der Leser, auch als Ermutigung".

Die Zeitung des staatlichen Jugendverbandes FDJ, die „Junge Welt" ist am Freitag voll oppositioneller Stellungnahmen. Sie druckt sogar eine „Klarstellung" von Unterhaltungskünstlern, die die Veröffentlichung der Resolution von über 3000 Kollegen zur gegenwärtigen Lage in der DDR verlangt. So erfahren die Leser, daß der FDJ-Vorsitzende Erhard Aurich die Künstler gebeten hat, auf das öffentliche Verlesen der kritischen Resolution zu verzichten. Sie jedoch wollten dem solange nicht entsprechen, bis diese Resolution in den DDR-Medien veröffentlicht ist. Es ist sogar von massiver Behinderung und Auftrittsverboten sowie Verhaftungen die Rede.

Selbst die spröde TV-Nachrichtensendung, die „Aktuelle Kamera" ließ am Donnerstag abend einen Bauarbeiter zu Wort kommen. Der sprach davon, daß die Menschen ein bißchen mehr Bewegungsfreiheit bräuchten und wenn sie frei reisen könnten, kämen sie auch wieder zurück. Auch die Geschäfte müßten ein bißchen voller sein, dann gebe es solche Probleme nicht.

Selbstkritische Töne

Die „Junge Welt" druckte ferner die Entschuldigung eines Redakteurs der „Sächsischen Zeitung", dem SED-Bezirksorgan, an eine Leserin aus Dresden wegen der Berichterstattung ab. Bezugnehmend auf die Demonstrationen in Dresden heißt es selbstkritisch: „Aber auch an uns gingen die Ereignisse der vergangenen Woche nicht spurlos vorüber. Und irgendwie faßt man den Stift in Anbetracht stattgefundener Gewalt doch fester an: Junge Volkspolizisten mit klaffenden Platzwunden, von Steinen zerdroschene Bauzäune, ein brutal zerstörter Bahnhof."

In der Gewerkschaftszeitung „Tribüne" wird der Vorsitzende, das Politbüromitglied Harry Tisch zitiert. Jeder habe das Recht, Fragen zu stellen und seine Meinung zu sagen. Kritik müsse auch zur Kenntnis genommen werden. „Schnelle und umfassende Informationen auf allen Ebenen sowie in den Medien" seien für „kühne und mutige Entscheidungen" unverzichtbar.

Soviel „Glasnost" hatten die DDR-Bürger ihren Medien gar nicht zugetraut. Noch vor einer Woche hatte es nicht nach der jetzigen Entwicklung ausgesehen. Der Druck in den Redaktionen scheint überhand genommen zu haben. Andere schätzen, daß die Zeitungen wegen der Leserbriefflut die Flucht nach vorne angetreten haben.

Eine unrühmliche Ausnahme macht immer noch das SED-Zentralorgan „Neues Deutschland". Am Mittwoch wurde der „Betonkurs" fortgesetzt mit einem Kommentar, in dem Bonn wieder Einmischung in die inneren Angelegenheiten vorgeworfen wird. Am Donnerstag die Politbüro-Erklärung, am Freitag wird immerhin auf der Kulturseite die Erklärung des Präsidium der Akademie der Künste der DDR abgedruckt, in der Pressefreiheit gefordert wird.

Bundesmarine / Besuch

21 Schuß Salut vor Leningrad

Der erste Besuch eines Flottenverbandes der deutschen Bundesmarine in dem sowjetischen Hafen von Leningrad unterstreicht nach den Worten von Flottillenadmiral Hans-Rudolf Böhmer „die gute Nachbarschaft in der Ostsee". Wie Böhmer, der den aus der Fregatte „Niedersachsen", dem Zerstörer „Rommel" und dem Versorgungsschiff „Coburg" bestehenden Verband kommandiert, gestern in Leningrad erklärte, wird die sowjetische Marine im kommenden Jahr einen Gegenbesuch in Kiel abstatten.

Beeindruckt äußerte sich der Vizekommandeur der Leningrader Marinebasis Kronstadt, Konteradmiral Kyrill Tulin, über den „hervorragenden äußerlichen Eindruck" und die „moderne Ausrüstung" an Bord der „Niedersachsen". Tulin hatte der Fregatte am Morgen einen Besuch abgestattet, nachdem die Schiffe mit der Flagge der sowjetischen Kriegsmarine am Mast im Passagierhafen von Leningrad festgemacht hatten. Beim Passieren der Marinebasis wurden von der Festung Kronstadt 21 Schuß Salut abgegeben.

Historischer Augenblick

Bei der Begrüßung wies Böhmer auf den „historischen Augenblick" des ersten Besuchs der Bundesmarine in einem Sowjethafen hin. Sein Verband wird vier Tage in der Newa-Stadt bleiben. Zum letzten Mal hatten im Jahre 1912 deutsche Kriegsschiffe im Hafen von Sankt Petersburg angelegt.

Der Admiral unterstrich die Bedeutung der Wahl Leningrads für den Besuch. Jeder Soldat seines 650 Mann starken Verbandes wisse, daß im Zweiten Weltkrieg die Bevölkerung Leningrads „unglaublich gelitten" habe. Bei einer 900 Tage dauernden Blockade der Stadt waren mehr als eine Million Einwohner durch Artilleriebeschuß ums Leben gekommen oder verhungert. Am Denkmal für die Kriegsopfer will Böhmer mit einer Abordnung von 60 Matrosen heute ein Blumengebinde niederlegen.

Neben offiziellen Treffen mit Vertretern der sowjetischen Marine stehen auch Stadtbesichtigungen der Besatzungsmitglieder sowie sportliche Begegnungen deutscher und sowjetischer Matrosen auf dem Programm. Großer Andrang wird erwartet, wenn die Bevölkerung Leningrads heute und morgen für mehrere Stunden die Möglichkeit hat, die drei Schiffe zu besichtigen. (dpa)

Presse-Echo

Zur Freilassung von Christer Pettersson im Berufungsverfahren um die Ermordung des früheren schwedischen Ministerpräsidenten Olof Palme schreibt die schwedische Zeitung

Dagens Nyheter

Daß das Oberlandesgericht Pettersson jetzt freigelassen hat, sollte uns weder überraschen noch schockieren. Gerechtigkeit ist geübt worden ... Wenn die Richter von der Schuld des Angeklagten nicht zweifelsfrei überzeugt sind, ist es richtig, daß er freigelassen wird ... Dennoch ist die Situation traumatisch. Nach dreieinhalb Jahren ist diese unglückliche Mordkommission wieder da, wo sie begann. Die Zeugen können keinen neuen Verdächtigen identifizieren. Eine Aufklärung setzt etwas so Unwahrscheinliches voraus wie ein glaubhaftes Geständnis oder zwingende Indizien.

Das mögliche Tauwetter in der DDR und dessen Auswirkungen auf das östliche Lager kommentiert die französische Zeitung

LES ECHOS

Mehr noch als die schlechten Beispiele Polen und Ungarn müssen die Führer der Tschechoslowakei berechtigterweise die geringsten politischen Konzessionen fürchten, die ihre ostdeutschen Kollegen machen könnten. Ihre Furcht ist heute umso begründeter, als daß alles darauf hinweist, daß die ostdeutschen Kommunisten zu einer tiefgreifenden Revision schreiten, wenn sie Erich Honecker nicht sogar ins Aus stellen. Es steht fest, daß die Tschechoslowakei über kein einziges Mittel und noch weniger über eine Berechtigung verfügen würde, das aus der Niederschlagung des Prager Frühlings von 1968 herrührende Regime aufrecht zu erhalten, falls der ostdeutsche Riegel aufspringt.

Wenn Ausländer mitentscheiden wollen, wer und wie hierzulande regiert, sollen sie die deutsche Staatsbürgerschaft erwerben, die künftig problemloser als bisher erteilt werden soll, schreibt der

Münchner Merkur
MÜNCHNER ZEITUNG

Damit sind dann allerdings nicht nur Rechte, sondern auch Verbindlichkeiten verbunden – wie die Wehrpflicht. In den Debatten um Integration steckt häufig mehr Scheinheiligkeit als echtes Engagement. Manche derjenigen, die sich vehement für das Ausländerwahlrecht einsetzen, denken vorrangig an zusätzliche Wählerstimmen. Und das vor dem Hintergrund einer Untersuchung... aus dem Jahre 1984 über das zu erwartende Wahlverhalten von Türken und Jugoslawen, die laut Studie zu 75 Prozent für die SPD votieren.



HESSISCHE ALLGEMEINE

KASSEL
1 P 3713 A

UNABHÄNGIG · KASSELER ZEITUNG · NICHT PARTEIGEBUNDEN

Preis 1,10 DM · Nr. 241 · Montag, 16. 10. 1989 · Ruf (05 61) 203-0 · Anzeigen 203-3

Unfallfreie Autofahrer

Rabatt steigt auf 65 Prozent

Bonn (dpa/vwd). Mit den neuen Tarifen in der Autohaftpflicht-Versicherung werden zum 1. Januar 1990 auch die Sätze beim Schadenfreiheitsrabatt angepaßt. Wie der HUK-Verband der Autoversicherer am Wochenende in Bonn mitteilte, erhalten Autofahrer, die 15 Jahre und länger schadenfrei gefahren sind, einen Rabatt von 65 statt bisher 60 Prozent. Dagegen vermindert sich der Rabatt nach neun Jahren von 60 auf 55 Prozent.

Filderstadt

Sabatini gewinnt

Gabriela Sabatini gewann den mit 250 000 Dollar dotierten Tennis-Grand-Prix in Filderstadt. Die an Nummer eins gesetzte Argentinierin schlug im Finale Mary Joe Fernandez (USA) nach 1:45 Stunden mit 7:6 (7:5), 6:4.

WM-Pflicht

Turner Neunte

Die Turner der Bundesrepublik liegen bei der 25. Weltmeisterschaft in Stuttgart nach der Pflicht mit 283,35 Punkten auf dem neunten Platz. Titelverteidiger UdSSR liegt mit 293,15 Punkten vor der DDR (288,80) und China (288,75).

Schwenningen

Erste Schlappe

In der Eishockey-Bundesliga bezog der Schwenninger ERC mit 3:5 beim BFC Preusssen Berlin die erste Saison-Niederlage und büßte die Tabellenspitze an die Düsseldorfer EG ein, die im Rhein-Rivalenduell mit 6:3 beim Kölner EC gewann.

v. d. Groeben

Bronze bei WM

Zum Abschluß der Judo-Weltmeisterschaft in Belgrad holte der 33 Jahre alte Alexander von der Groeben in der All-Kategorie Bronze. Für den Wolfsburger war es bei seinem sechsten WM-Anlauf das erste Edelmetall überhaupt.

Hockey

Frankfurt Meister

Zum dritten Mal nach 1969 und 1970 wurde der SC Frankfurt 1880 Deutscher Feldhokkey-Meister. Im Finale setzten sich die Frankfurter mit 3:2 im zweiten Siebenmeterschießen beim Gastgeber HTC Uhlenhorst Mülheim durch.

Galke/Schreiber

WM-Titel geholt

Das deutsche Meisterpaar Hans-Reinhard Galke und Bianca Schreiber wurde in Montreal Amateur-Weltmeister in den lateinamerikanischen Tänzen vor den Engländern Porter/Gevaert und den Schotten McKechnie/Rees.

2100 DDR-Bürger kamen über Ungarn

Flüchtlingsstrom schwillt wieder an

Budapest/Warschau. Mit Beginn der Herbstferien in der DDR hat am Wochenende der Zustrom von Flüchtlingen über Ungarn und Polen wieder sprunghaft zugenommen.

Von Samstag früh bis Sonntag früh kamen nach Angaben des Bundesgrenzschutzes rund 2100 DDR-Bürger aus Ungarn über Österreich in die Bundesrepublik. Im Malteser-Lager in Csilleberc bei Budapest waren weitere 400 Ausreisewillige versammelt, die noch am Sonntag mit acht Bussen abreisen sollten.

In der polnische Hauptstadt Warschau hielten sich gestern 1200 DDR-Bürger auf, die auf ihre für diese Woche erwartete Ausreise harren. Völlig überraschend wurde am Wochenende zwischen der DDR und Polen eine „unbefristet gültige" Ausreiseregelung getroffen. Das bedeutet, daß auch in Zukunft Flüchtlinge, die nach Polen kommen, ausreisen dürfen. Diese Regelung ähnelt der Praxis in Ungarn.

Die Vereinbarung in Warschau wurde während zweitägiger Gespräche des stellvertretenden DDR-Außenministers Harry Ott im polnischen Außenministerium getroffen. Ostberlin machte dabei zur Bedingung, daß die Flüchtlinge nicht über DDR-Gebiet ausreisen. Es wird daher für möglich gehalten, daß sie nach und nach entweder mit dem Flugzeug oder per Schiff das Land verlassen werden. Als Zwischenstation auf dem Weg in die Bundesrepublik böten sich Österreich oder Schweden an. Mit der Bearbeitung der Ausreisepapiere soll heute in der DDR-Botschaft in Warschau begonnen werden.

Die Sprecherin der polnischen Regierung, Malgorzata Niezabitowska, begrüßte die mit der Ostberliner Führung vereinbarte „humanitäre Lösung". Sie betonte gleichzeitig, daß in den vergangenen Tagen kein einziger Flüchtling mehr von polnischen Grenzbeamten festgenommen und an die DDR-Behörden ausgeliefert worden sei.

Weiterer Bericht Seite 2



DER TSCHECHISCHE SCHRIFTSTELLER und Bürgerrechtler Vaclav Havel wurde gestern in der Frankfurter Paulskirche in Abwesenheit mit dem Friedenspreis des Deutschen Buchhandels ausgezeichnet. Havel wurde von dem Schauspieler Maximilian Schell vertreten. Von links: Frankfurts Oberbürgermeister Hauff, Maximilian Schell, Hessens Ministerpräsident Walter Wallmann und Bundespräsident Richard von Weizsäcker. (dpa-Funkbild)

Dankesrede verlesen / Friedenspreisträger Havel zur CSSR:

Sozialismus als Gummiknüppel

Frankfurt (AP). In erzwungener Abwesenheit des Preisträgers hat der deutsche Buchhandel seinen diesjährigen Friedenspreis am Sonntag in der Frankfurter Paulskirche dem tschechoslowakischen Dramatiker und Bürgerrechtler Vaclav Havel verliehen. Der Schauspieler und Regisseur Maximilian Schell nahm die Auszeichnung stellvertretend entgegen, die Laudatio hielt der französische Philosoph Andre Glucksmann. Bundeskanzler Kohl, der wie Bundespräsident Richard von Weizsäcker an der Feier teilnahm, würdigte in einem Glückwunschreiben Havels „kompromißlose Suche nach Wahrheit".

Die Bundesregierung hatte sich bis unmittelbar vor dem Festakt erfolglos dafür eingesetzt, daß die Regierung der CSSR dem Preisträger die Reise nach Frankfurt gestattet und ihm eine Rückkehrgarantie gibt. Der 53jährige Havel, der Mitbegründer der Charta 77 ist, erhielt den mit 25 000 DM dotierten Friedenspreis des Börsenvereins des Deutschen Buchhandels ausdrücklich für sein jahrelanges Engagement in der Bürgerrechtsbewegung seines Landes.

In seiner von Schell verlesenen Dankesrede wies Havel auf das Schicksal vieler seiner Freunde hin, die wegen ihrer publizistischen Tätigkeit im Gefängnis säßen, „weil ich in einem Land lebe, wo für das Wort immer noch ins Gefängnis geworfen wird". Das Wort könne „ein Lichtstrahl im Reich der Finsternis" sein, aber auch ein „todbringender Pfeil". In seiner Heimat sei „aus dem Wort ‚Sozialismus' schon längst ein ganz gewöhnlicher Gummiknüppel geworden".

Andre Glucksmann sagte in seiner Laudatio unter Bezug auf die anhaltende Massenflucht aus der DDR: „Wollen Sie wissen, was den Schritt dieser FLüchtlinge lenkt? Dann lesen Sie Havel." Der 40. Jahrestag der DDR sei „in kultureller und intellektueller Hinsicht zur Todesurkunde geworden" und habe „die Beerdigung einer überholten Vergangenheit" angekündigt. Havel habe sich immer gegen das „Leben in der Lüge" gewandt, und die Flüchtlinge wie all jene, die in ihrer Heimat blieben und protestierten, „widersetzen sich dem langsam eintretenden Erstickungstod eines Lebens in der Lüge".

Siehe „Themen des Tages"

Flüchtlinge / Wirtschaft

DDR-Experte: Hohe Verluste

Berlin (AP) Die Massenflucht von Bürgern wird nach den Berechnungen eines Experten in der DDR langfristig zu einer erheblichen Schwächung der Wirtschaftskraft des Landes und zu Milliardenverlusten führen. Der Hallenser Professor Peter Thal nannte es am Wochenende in einem Zeitungsbetrag besonders kritisch, daß es sich bei den Flüchtlingen meist um junge Arbeitskräfte handele.

Thal errechnete, daß bei einem Fortgang von 10 000 Beschäftigten der Verlust bei 0,12 Prozent des gesamten Nationaleinkommens liege. Das sei zunächst kein Anlaß zur Panik, ergebe aber auf Dauer ein „ganz hübsches Sümmchen". Nationaleinkommen ist eine Rechnungsgröße der DDR-Wirtschaft, die mit Einschränkungen dem bundesdeutschen Bruttosozialprodukt entspricht.

Unter der Annahme, daß die Flüchtlinge im Schnitt noch 30 Arbeitsjahre vor sich hätten, lägen die Einbußen bereits jetzt bei zehn Milliarden (Ost-)Mark, so der Professor. Dabei seien Schmälerungen durch verlorengegangene Ausbildungskosten noch nicht mitgerechnet.

Affäre Rushdie

Bombendrohung auf Buchmesse

Frankfurt (lhe). Eine anonyme Bombendrohung hat am Sonntag auf der Frankfurter Buchmesse Besorgnis ausgelöst. Einen Tag vor dem Ende der Ausstellung wurde offenbar im Zusammenhang mit der „Affäre Rushdie" gedroht, in der Halle fünf mit belletristischem Verlagsangebot einen Sprengkörper zu zünden.

Die Messeleitung, die bereits seit Dienstag wegen des von Mord bedrohten britisch-indischen Autors Salman Rushdie und seinen „Satanischen Versen" verschärfte Sicherheitsvorkehrungen getroffen hatte, mußte keine verstärkten Maßnahmen einleiten. Bei großem Andrang verlief der Sonntag ohne Zwischenfälle.

Persönliche Botschaft

Während einer Solidaritätsveranstaltung für Rushdie wurde eine persönliche Botschaft mit Dankesworten des in Großbritannien versteckt lebenden Schriftstellers verlesen. Er wisse die Sorge sehr zu schätzen, die man sich in Europa, in Deutschland und in der ganzen Welt um ihn mache.

Aus- und Übersiedlerstrom / Sofortprogramm gegen Wohnungsnot

Bonn denkt an Siedlungen in Fertigbauweise

Frankfurt (AP). Die Bundesregierung will angesichts des Aus- und Übersiedlerzustroms mit einem Sofortprogramm gegen die drohende Wohnungsnot ankämpfen. Regierungssprecher Klein berichtete am Sonntag in einem Interview über Pläne, den Bau von sogenannten Kompaktwohnungen und Wohnsiedlungen in Fertigbauweise massiv zu fördern. Der Deutsche Mieterbund und der Deutscher Städtetag hatten zuvor übereinstimmend Maßnahmen der Bundesregierung gegen die Wohnungsnot gefordert. Der Mieterbund warnte dabei vor einem Fehlbestand von einer Million Wohnungen.

Das Sofortprogramm, „das die Aus- und Übersiedler aus Turnhallen und Barackensiedlungen in eigene vier Wände bringt", solle bereits „in aller Kürze" vorgelegt werden, berichtete Klein. Dabei werde unter anderem erwogen, den notwendigen Neubau „ganz normaler Mietwohnungen" weiter zu erleichtern. An den Bau von Trabantenstädten sei allerdings nicht gedacht", stellte der Regierungssprecher klar.

Bundeskanzler Kohl selbst hatte am Wochenende unterstrichen, daß es auch um die zügige Bereitstellung von Grundstücken gehe: „Ich finde, die öffentliche Hand tut hier überhaupt nicht genug. Ich nehme da den Bund nicht aus, aber auch Länder und Gemeinden müssen überlegen, wo Bauland zur Verfügung steht."

Zum Tage

Börsenrätsel

Aktionäre, so lautet ein zynischer Spruch in Börsenkreisen, sind nicht nur dumm, sondern auch frech. Dumm, weil sie Aktien kaufen, und frech, weil sie dafür auch noch eine Dividende wollen. Am heutigen Tage sind sie dazu auch noch ängstlich: Ein „Schwarzer Montag" droht, nachdem letzten Freitag das Börsenbarometer Wallstreet in New York auf Hurrikan-Werte fiel, ehe das Wochenende die Kursstürze bremste.

Dabei kann es die deutschen Spekulanten keineswegs beruhigen, daß es Auswüchse wie in den USA bei uns nicht gibt. Dort werden spektakuläre Firmenübernahmen mit hochverzinslichen und risikoreichen Anleihen finanziert; später können die erworbenen Firmen dann ausgeplündert werden. Solche „Schrott-Anleihen" (junk bonds) spielen diesseits des Großen Teichs zwar keine Rolle. Aber wenn die USA vom Börsenfieber geschüttelt werden, ist bei der wirtschaftlichen Verflechtung die Ansteckungsgefahr dennoch groß.

Kommt es heute also zum „Schwarzen Montag"? Wer darauf eine Antwort wüßte, hätte die Geheimnisse der Börse enträtselt und wäre der reichste Mann der Welt. Der aber bleibt der Sultan von Brunei, und der scheffelt seine Milliarden mit Öl. Oder ist er etwa der heimliche Super-Junk-Bonds-Drahtzieher?

Rainer Merforth

Gewalt / Weißer Ring:

„Opfer voll entschädigen"

Mainz (dpa). Die Hilfsorganisation für Opfer von Gewaltverbrechen, „Weißer Ring", hat umfassende Entschädigungen für alle Opfer von Verbrechen gefordert, deren Täter nicht ermittelt werden können. Generalsekretär Eppenstein sagte nach einer Tagung in Mainz, der „Weiße Ring" werde noch in diesem Herbst eine entsprechende Gesetzesinitiative vorlegen. So solle der Staat nicht nur bei Körperschäden Ausgleich zahlen, sondern auch bei Vermögensschäden, sagte Eppenstein. Auch Schmerzensgeld sollte in den Leistungskatalog aufgenommen werden.

In Sowjet-Häfen

Lebensmittel liegen fest

Moskau (dpa). Insgesamt 25 000 Tonnen Lebensmittel und mehrere tausend Tonnen Wasch- und Reinigungsmittel liegen in sowjetischen Häfen fest. Wie der sowjetische Regierungschef Nikolai Ryschkow in einem Interview des sowjetischen Fernsehens sagte, können diese Produkte wegen Transportschwierigkeiten nicht zu den Verbrauchern geschafft werden. Die Chefs der Handelsmarine und der Eisenbahn seien bereits aufs schärfste verwarnt worden, fügte Ryschkow hinzu.

Lotto- und Totozahlen

Lotto: 3, 5, 9, 27, 35, 37 Zusatzzahl: 23.
Toto: 0, 0, 0, 1, 0, 2, 1, 1, 0, 0, 2.
Auswahlwette: 10, 35, 39, 40, 41, 45 Zusatzspiel: 24.
Rennquintett:
Rennen A: 13, 7, 8.
Rennen B: 21, 29, 23.
Spiel 77: 2 2 2 0 9 6 3.
Süddeutsche Klassenlotterie: Großes Los der Woche mit 2 Millionen DM Losnummer 455 404.
(Ohne Gewähr)

Namen und Nachrichten

Absagen an Waldheim



Die für diese Woche geplanten Staatsbesuche des österreichischen Bundespräsidenten Kurt Waldheim (Foto) in Senegal und in der Republik Elfenbeinküste sind kurzfristig abgesagt worden. Nachdem der Staatschef der Elfenbeinküste, Houphouet-Boigny, wegen einer Regierungsumbildung um Verschiebung des Staatsbesuches ersucht hatte, teilte die Präsidentschaftskanzlei in Wien am Wochenende mit, daß auch Waldheims Besuch in Senegal nicht stattfinden könne. In diesem Jahr war bereits ein Staatsbesuch des wegen seiner Kriegsvergangenheit umstrittenen ehemaligen UNO-Generalsekretärs in Marokko verschoben worden.

Fuchs: Notfalls mit CSU

Die SPD-Bundesgeschäftsführerin Anke Fuchs hält es für möglich, daß es nach den bayerischen Landtagswahlen im nächsten Jahr zu einer großen Koalition aus CSU und SPD im Freistaat kommt. Dies könne erforderlich werden, wenn es darum gehe, die Republikaner aus der Regierung fernzuhalten, meinte Frau Fuchs am Wochenende.

Sacharow-Preis an Horn



Der Sacharow-Preis des Europäischen Parlaments soll 1989 an den ungarischen Außenminister Gyula Horn (Foto) vergeben werden. Wie der gestern neugewählte Präsident der Europa-Union Deutschland, Egon Klepsch, in Hamburg mitteilte, soll damit der Einsatz Horns bei der Durchsetzung der Menschenrechtsbeschlüsse der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) gewürdigt werden. Der Preis trägt den Namen des sowjetischen Friedensnobelpreisträgers Andrej Sacharow.

„Spionageverdacht"

Zwei sowjetische Offiziere sind am Wochenende in Westberlin von den amerikanischen Sicherheitsbehörden wegen Spionageverdachts festgenommen und dann abgeschoben worden. Wie die US-Behörden mitteilten, sei auch ein Angehöriger der amerikanischen Luftwaffe in den Fall verwickelt.

Lebenszeichen von Waite



Der seit Januar 1987 in Libanon entführte Sonderbeauftrage der Anglikanischen Kirche, Terry Waite (Foto), ist noch am Leben. Entsprechende Informationen seien dem Erzbischof von Canterbury von einem iranischen Gewährsmann zugegangen, hieß es in London. Auch zwei weitere in Libanon verschleppte Briten seien noch am Leben.

„007" eröffnete Golfplatz



James-Bond-Darsteller Sean Connery eröffnete gestern den ersten Golfplatz in der Sowjetunion. Der Schauspieler und passionierte Golfer sollte nach dem Willen der Organisatoren mit seinem ersten Schlag auf der Sportanlage in Moskau den in der UdSSR bisher als Ausgeburt des Kapitalismus betrachteten Golfsport populär machen. Connery hält sich zur Zeit zu Dreharbeiten in der Sowjetunion auf.

DDR-Fernsehen: Über Reformen nachdenken

„Aktuelle Kamera" auf Dialog-Kurs

Ostberlin (dpa). Erstmals ist am Sonntag nun auch die DDR-Fernsehnachrichtensendung „Aktuelle Kamera" auf die Forderungen nach Reformen im Staat eingegangen. Anknüpfend an ein Gespräch von Arbeitern der Elbe-Werft Boizenburg mit dem Gewerkschaftsvorsitzenden Harry Tisch über deren Forderung nach leistungsgerechter Entlohnung ging ein Kommentar auch auf andere Probleme wie Reisefreizügigkeit und Spiegelung der Wirklichkeit in den Medien ein. „Darüber wird man nachdenken müssen, und zwar sehr gründlich", sagte Kommentator Michael Illner. „Eben dieses Nachdenken ist im Gange, und meines Wissens ist keine Frage ausgegrenzt, weder das Leistungsprinzip noch die sozialistische Demokratie, weder das Reisen noch die Medien und übrigens auch nicht das Thema Frieden."

Trotz der neuen Töne haben sich die Erwartungen nach der Erklärung der DDR-Führung, offen über Probleme im Lande zu sprechen, offenbar nicht erfüllt. So stiegen am Wochenende nicht nur die Flüchtlingszahlen wieder an, sondern auch die Bürgerinitiativen machten deutlich, daß sie die Diskussion in ihrem Sinne vorantreiben wollen.

Trotz Warnungen und polizeilicher Vorladungen kamen am Samstag in Ostberlin 120 Vertreter der Bürgerinitiative „Neues Forum" zum ersten DDR-weiten Koordinierungstreffen zusammen. Zu dem Treffen waren – wie verlautete – Vertreter aus Ost-Berlin und den anderen 14 DDR-Bezirken erschienen. Nach Berichten aus Karl-Marx-Stadt hat der dortige Oberbürgermeister Vertretern des „Forums" einen Dialog angeboten. In einigen DDR-Städten sei Mitarbeitern der Bürgerinitiative, die inzwischen mit mit 25 000 Unterschriften unterstützt wird, von Behördenvertretern nahegelegt worden, nicht zu dem Treffen nach Ostberlin zu fahren. Die Malerin Bärbel Bohley vom „Neuen Forum" meinte, es müsse noch sehr große Veränderungen geben, wenn das gesamte DDR-System reformfähig werden solle. Sie erwarte einen Wechsel an der SED-Spitze noch vor dem Parteitag im nächsten Jahr, sagte Frau Bohley dem Bonner „General-Anzeiger". Nach ihrem Eindruck sei nur „eine Art Dialog" in Gang gesetzt worden, der in den alten Bahnen laufe.

Der sächsische Landesbischof Johannes Hempel, der vor einer Woche in Dresden erfolgreich zwischen Behördenvertretern und vielen tausend Demonstranten vermittelt hatte, betonte in einem Wort an seine Gemeinden, es müsse nun Gespräche geben auch über die Enttäuschung, Verbitterung und Wünsche der jungen Menschen.

Siehe auch Kommentar

Wolff will Hilfe für DDR nicht an Reformen koppeln

Unterdessen haben Bundeskanzler Kohl und andere Politiker versichert, die Bundesregierung werde sich nicht in die gerade begonnene Diskussion in der DDR über mögliche Reformen einmischen. Kohl sagte in einem Zeitungsinterview, er sei gegen eine Debatte in der Bundesrepublik, die die Diskussion in der DDR vorwegnehme. Bundespräsident von Weizsäcker warnte davor, „das Rechthaben bei uns" zum Maßstab für eine Bonner Hilfe zu machen. Außenminister Genscher bezeichnete den Weg zu mehr Mitbestimmung und Freiheitsrechten als Sache der Deutschen in der DDR. „Da brauchen sie weder unseren Ratschlag noch gar unsere Bevormundung". Auch der Vorsitzende des Ostausschusses der Deutschen Wirtschaft, Otto Wolff von Amerongen, meinte im „Handelsblatt", eine finanzielle und wirtschaftliche Unterstützung für die DDR sollte nicht an Reformzugeständnisse gekoppelt werden.

Starke Zweifel an der Reformfähigkeit der DDR äußerte der SPD-Politiker Erhard Eppler. Er frage sich, ob es nicht „für eine reformierte, eine erneuerte, aber noch sozialistische DDR bereits zu spät ist, ob der Zeitpunkt nicht verpaßt ist", sagte Eppler im Deutschlandfunk.

Südafrika: Bürgerrechtskämpfer Sisulu frei

Johannesburg (AP/dpa). Nach einem Vierteljahrhundert in südafrikanischen Gefängnissen und Arbeitslagern ist Walter Sisulu, eine Symbolfigur des Kampfes gegen die Rassentrennung in Südafrika, am Sonntag auf freien Fuß gesetzt worden. Zusammen mit dem 77jährigen ehemaligen Generalsekretär der Anti-Apartheidbewegung Afrikanischer Nationalkongreß (ANC) wurden sieben weitere schwarze Bürgerrechtskämpfer freigelassen. Die Freilassung war von Präsident de Klerk in der vergangenen Woche angekündigt worden.

Sisulu und vier weitere der acht Freigelassenen waren 1964 im sogenannten Sisonia-Prozeß wegen angeblicher Sabotage zu lebenslanger Haft verurteilt worden. Damit befindet sich von den in diesem Prozeß Verurteilten nur noch ANC-Führer Nelson Mandela in Haft, mit dessen baldiger Freilassung aber gerechnet wird.

Pretoria hatte die Freilassung der acht Häftlinge vermutlich deshalb hinausgezögert, weil sie deren Teilnahme an Demonstrationen in 17 Städten am Samstag verhindern wollte. Etwa 150 000 Schwarze hatten sich an den Kundgebungen beteiligt.

Wenige Stunden nach seiner Freilassung rief Sisulu die weiße Regierung auf, das Verbot des ANC aufzuheben. Pretoria müsse ferner den Ausnahmezustand beenden.



UNTER DEM JUBEL von mehreren hundert Anhängern traf der aus der Haft entlassene Bürgerrechtskämpfer Sisulu gestern vor seinem Haus in der Schwarzen-Siedlung Soweto ein. (dpa-Funkbild)

Ministertreffen / Anregung Genschers

„Solidarität-Plan" der EG soll Reform-Ländern helfen

Paris (dpa). Die Außenminister der Europäischen Gemeinschaft (EG) haben am Wochenende auf Schloß Esclimont bei Paris über eine weitergehende Unterstützung der Reformen in Osteuropa beraten. Bei dem zweitägigen informellen Treffen sprach sich Bundesaußenminister Genscher für einen „vollständigen Plan europäischer Solidarität" für die reformwilligen Staaten des Ostblocks aus. Wie aus Kreisen der deutschen Delegation verlautete, vertrat Genscher die Auffassung, das vom Präsidenten der EG-Kommission, Jacques Delors, ausgearbeitete Hilfsprogramm, das Nahrungs- und Finanzhilfen besonders für Polen und Ungarn vorsieht, bedürfe der „Ergänzung" durch einen umfassenden europäischen Plan.

Die Außenminister, die sich ausführlich mit der Lage in Osteuropa befaßten und einen Bericht Genschers über die jüngste Entwicklung in der DDR entgegennahmen, diskutierten in diesem Zusammenhang über eine politische Erklärung zu den Ost-West-Beziehungen, die beim nächsten EG-Gipfel am 8./9. Dezember in Straßburg verabschiedet werden könnte. Die Erklärung soll das Engagement der EG-Staaten in Richtung auf eine „globale" Hilfe für die reformfreudigen Länder Osteuropas systematisieren.

Delors und der französische Außenminister Dumas werden in dieser Woche nach Polen und Ungarn reisen, um dort über die wirtschaftliche Lage dieser Länder und über Hilfsmaßnahmen der EG zu beraten.

Fortbildung / Betriebe

Ungelernte schlecht dran

Bonn (dpa). Rund 26 Milliarden DM jährlich geben deutsche Unternehmen für die berufliche Weiterbildung ihrer Mitarbeiter aus. Davon profitieren vor allem Führungskräfte und kaufmännische Angestellte, während es für die Un- und Angelernten im Betrieb kaum Angebote gibt. Zu diesen Ergebnissen kommt das Institut der deutschen Wirtschaft (IW) in seiner jüngsten Studie über die „vierte Säule" des bundesdeutschen Bildungssystems neben den allgemeinbildenden Schulen, den Berufsschulen und den Hochschulen. Weiteres Ergebnis: Die Weiterbildung in Klein- und Kleinstbetrieben ist intensiver als in den Großunternehmen.

Arbeitszeit / IG Metall:

„FDP-Haltung dummdreist"

Hamburg (dpa). In der Frage weiterer Arbeitszeitverkürzungen ist am Wochenende die Kontroverse zwischen Gewerkschaften und führenden Vertretern der FDP in scharfer Form fortgesetzt worden. FDP-Chef Lambsdorff stellte sich in einem dpa-Gespräch ausdrücklich hinter seinen Parteifreund, Bundeswirtschaftsminister Haussmann, der eine Rückkehr zur 40-Stunden-Woche befürwortet hatte. Vom baden-württembergischen Bezirksvorsitzenden der IG Metall, Riester, wurde dies als „dummdreist" zurückgewiesen.

Der IG-Metall-Bundesvorsitzende Steinkühler unterstrich in einem dpa-Interview, daß seine Gewerkschaft die Sicherung des freien Wochenendes, kräftige Lohnerhöhungen und den letzten Sprung zur 35-Stunden-Woche in der Tarifrunde 1990 durchsetzen will. Höchste Priorität bei den 2,6 Millionen Mitgliedern der größten DGB-Gewerkschaft habe der arbeitsfreie Samstag und Sonntag.

Lambsdorff meinte dagegen, wegen des leergefegten Facharbeitermarktes müsse künftig mehr gearbeitet werden „und nicht weniger".

Amnesty international:

In vielen Ländern Kinder gefoltert

Bonn (dpa). Dutzende von Staaten verletzen und mißachten nach Angaben der Gefangenenhilfe-Organisation amnesty international (ai) tagtäglich die fundamentalen Menschenrechte unschuldiger Kinder und Jugendlicher. ai erklärte zum Auftakt einer „Woche des politischen Gefangenen", in deren Mittelpunkt Kinder als Opfer stehen, Minderjährige würden zu Tausenden willkürlich inhaftiert, gefoltert, verschleppt oder von Staats wegen umgebracht.

Besonders drastische Fälle von staatlicher Gewalt gegen Kinder gibt es, wie die Organisation in einer in Bonn verbreiteten Erklärung mitteilte, in Südafrika, Guatemala und Irak. In Südafrika mußten demnach seit Verhängung des Ausnahmezustandes vor drei Jahren rund 9800 Minderjährige Tage, Wochen und manchmal sogar Monate in Polizeigewahrsam verbringen. Diese Kinder wurden in vielen Fällen mit Schlägen oder Elektroschocks gefoltert.

Die UNO will im Dezember eine Schutzkonvention für Kinder verabschieden. ai forderte die Regierungen auf, das Abkommen rasch zu unterzeichnen und ratifizieren zu lassen.

Verhältnis zur UdSSR / „Langfristig denkbar"

Vogel: Finnisches Modell für Osteuropa

Bonn (dpa). Der SPD-Vorsitzende Vogel hält es für denkbar, daß das zwischen der Sowjetunion und Finnland herrschende Verhältnis sich dann auf die Beziehungen Moskaus zu anderen Ländern Osteuropas übertragen würde, wenn die gemeinsame europäische Friedensordnung Wirklichkeit geworden sei. Dann seien die Bündnisse von Nato und Warschauer Pakt endgültig entbehrlich, sagte Vogel nach seiner Rückkehr von Gesprächen in Warschau und Budapest am Sonntag der Deutschen Presse-Agentur (dpa).

Bis dahin sei noch ein weiter Weg zurückzulegen. Je rascher und erfolgreicher jedoch die Reformen in der UdSSR und anderen Ländern des Warschauer Pakts voranschritten und je schneller es gelinge, die Beziehungen zwischen und innerhalb der Bündnisse zu entmilitarisieren, um so eher werde man dieses Ziel erreichen.

Das neutrale Finnland berücksichtigt als Nachbar der UdSSR in der Außenpolitik seit Kriegsende die sowjetische Interessenlage. Dies war der Preis für die Wahrung der finnischen Souveränität. Der Freundschaftsvertrag von 1948 sieht außerdem im Falle eines Angriffs auf eines der beiden Länder eine Beistandsklausel vor, die jedoch nicht automatisch, sondern erst nach Verhandlungen in Kraft tritt.

Vogel riet Bundeskanzler Kohl, sich im Blick auf seine Reise nach Warschau Anfang November zur polnischen Westgrenze genauso klar zu äußern, wie Außenminister Genscher dies vor der UNO getan habe. Kohl dürfe diesen Punkt nicht mit Schweigen übergehen, sonst sei dies eine „schwere Hypothek" für den Reformprozeß in Polen.

Kohl: Kein Gebietsanspruch

Der Bundeskanzler bekräftigte am Sonntag abend in der Sendung „Bonn direkt" des Zweiten Deutschen Fernsehens, daß die Bundesrepublik keinen Gebietsanspruch an Polen stelle. „Die Bestimmungen des Warschauer Vertrages (von 1970) sind geltendes Recht - mit all dem, was rechtlich dazu später auch noch gesagt wurde und verbindlich ist", erklärte Kohl. Es gelte aber auch, „daß wir noch keinen Friedensvertrag haben."

Sowjetunion: Atomtod im Manöver

Moskau (dpa). Bei der Explosion einer Atombombe während eines sowjetischen Truppenmanövers 1954 hat es unter den teilnehmenden Soldaten zahlreiche Tote und Verletzte gegeben. „Die letzten 35 Jahre habe ich um meine Gesundheit und um meine Würde gekämpft, so wie die wenigen anderen, die damals lebend davonkamen", sagte der damals beteiligte Wladimir Benzianow der Regierungszeitung „Iswestija". Das Blatt machte jedoch keine Angaben über die Anzahl der Opfer. Die Bombe wurde gezündet, um „die Kampfkraft der Truppe" zu testen.

HESSISCHE/NIEDERSÄCHSISCHE
ALLGEMEINE

Herausgeber
Rainer Dierichs, Dr. Dietrich Batz, Achim von Roos

Chefredakteur
Lothar Orzechowski

Stellv. Chefredakteure
Wolfgang Rossbach, Peter M. Zitzmann

Verantwortliche Redakteure
Chef vom Dienst: Horst Kröninger. Chef Nachrichten: Rainer Merforth. Politik: Jochen Prater. Blick in die Zeit: Walter Schütz. Wirtschaft und Sozialpolitik: Horst Seidenfaden, Kultur: Dirk Schwarze, Frau u. Reise: Ilse Methe-Huber. Sport: Rolf Wiesemann, i. V. Ulrich Fuhrmann. Sonntagszeit: Frank Thonicke. Kassel Stadt und Land: Wolfgang Rossbach. Bezirksredaktionen: Peter M. Zitzmann. Koordination: Helmut Lehnart. Hessen/Niedersachsen: Eberhard Heinemann. Chefreporter: Karl-Hermann Huhn. Sonderthemen: Peter Ochs.

Redaktion Wiesbaden: Rolf Effenberger. Redaktion Hannover: Harald Birkenbeul. Redaktion Bonn: Hans Ludwig Laucht.

Verlagsleitung
Dr. Dietrich Batz, Rainer Dierichs, Wigbert H. Schacht. Anzeigenleiter: Horst Prehm. Vertriebsleiter: Gerd Lühring.

Verlag Dierichs GmbH & Co KG, Frankfurter Str. 168, Postfach 10 10 09, 3500 Kassel, Ruf 05 61 / 20 3-0. Tel. Anzeigenannahme 05 61 / 20 3-3. Fernschreib-Nr. 99 635. Telekopierer 05 61 /20 36. Teletex 5 61 81 10. Postgirokonto 155132-608 Frankfurt/M. Anzeigenpreisliste Nr. 29. Monatlicher Abonnementspreis DM 25,60 inkl. Zustellung und 7 % MwSt. (Postbezugspreis 28,50 DM).

Die Beendigung des Abonnements ist nur mit schriftlicher Kündigungserklärung unter Einhaltung einer Frist von einem Monat zum Monatsende möglich; die Frist läuft ab Zugang der schriftlichen Kündigungserklärung.

Auflage werktags über 270 000 Exemplare in Tarifgemeinschaft mit „Oberhessische Presse", Marburg, „Hersfelder Zeitung", „Werra-Rundschau", Eschwege, „Harzkurier", Herzberg.

Auflage „Sonntagszeit" über 200 000 Exemplare.

Herstellung Druckhaus Dierichs, Frankfurter Straße 168, 3500 Kassel.

Skepsis und Hoffen

In die Diskussionen in der DDR ist eine neue Dynamik eingezogen. Das Kanzelwort des sächsischen Bischofs Hempel „Ohne Gespräche keine Ruhe" drängt über das hinaus, was am Wochenende an ersten offenen Dialogen zu registrieren war. Wenn da der Industriearbeiter die Nachrichtensendung „Aktuelle Kamera" nicht sehenswert findet, auch das SED-Blatt „Neues Deutschland" nicht so zum Abdruck von zwei Dutzend kritischer Leserbriefe herbeiläßt, dann wirkt das zunächst wie wohlfeile Beispiele altkommunistischer Selbstkritik. Damit wird es nicht getan sein.

Auch wenn die meisten der inhaftierten Demonstranten inzwischen wieder frei sind, trauen die Menschen dem ersten linden Lüftchen, das nach Reformen riecht, nicht. Die Flüchtlingswelle rollt weiter, schwillt wieder an. Wer will und kann, begibt sich auf die sichere Seite. Noch überwiegt die Skepsis die Hoffnung, sind Enttäuschungen für viele stärker als Zuversicht.

Hüben ist das nicht anders als drüben. Glücklicherweise hat das einige Politiker dazu veranlaßt, dem schrillen Wiedervereinigungs-Trara mit gedämpften Tönen zu entgegnen. So ist es gut, daß der Eindruck geradegerückt wurde, die Bundesrepublik wolle Reformen in der DDR durch Wirtschaftshilfe gewissermaßen erkaufen: Geld für Perestroika - das würde den DDR-Verdacht westlicher Einmischung nur bestätigen.

Die ersten Beispiele ungewohnter Kritik, zögerliche Eingeständnisse von Staat und Partei machen die Menschen ungeduldig. Jetzt drängen die demokratischen Kräfte mit neuen Forderungen nach. Diese Dynamik wird nicht aufzuhalten sein, weil sie im Konzert des Ostblocks stattfindet. Daß aus Reformen auch eine demokratische Revolution würde - wer wünschte es nicht!

Peter M. Zitzmann

Presse-Echo

Zum Dienstleistungsabend schreibt die

OFFENBACH-POST

Wer es sehen wollte, bemerkte pulsierendes Leben ... Es gibt im übrigen eine Reihe von Dienstleistungen, die zu genießen uns mittlerweile so selbstverständlich geworden ist, daß nicht einmal diejenigen darüber nachdenken, die sich eifrig gegen den Dienstleistungsabend sträuben. Wer wollte schon - nach 18.30 Uhr - auf den Kneipenbesuch oder das Menü im Restaurant verzichten? Oder auf das TV-Programm, das im Schnitt bis nach Mitternacht läuft? Und wehe, wenn am Montagmorgen die Tageszeitung nicht pünktlich im Briefkasten liegt! Von Bus, Bahn und Taxis gar nicht erst zu reden. Die Liste ließe sich beliebig fortsetzen. Hoffen wir weiter, daß eines Tages der verkaufsoffene Donnerstagabend zu einer selbstverständlichen Dienstleistung wird. Und wie schön wäre es, wenn Ämter und Behörden irgendwann einmal genauso dächten.

Mit Kohls Polenreise befaßt sich die

Frankfurter Rundschau

Er reist tatsächlich! Am 9. November. Jahreszeitlich und historisch auch kein bequemes Datum. Aber was ist im Verhältnis zwischen Deutschen und Polen schon bequem? Nachdem feststeht, daß Kohls immer wieder aufgeschobener offizieller Besuch in Warschau zustandekommt, soll man sich nicht bei alten Querelen aufhalten. Auch nicht bei den vielfältigen Ausflüchten, mit denen sich CDU und CSU bisher um die Anerkennung der Tatsache herumgedrückt haben, daß man im Europa des Jahres 1989 vieles in Frage stellen kann, nur eines eben nicht: Die Existenz Polens in seinen heutigen Grenzen. Auch der Bund der Vertriebenen, der am Samstag sein 40jähriges Bestehen feiert und dazu als Festredner den Kanzler gebeten hat, sollte dieses politische Faktum endlich akzeptieren. Andernfalls werden „40 Jahre Arbeit für Deutschland und die deutschen Heimatvertriebenen" - so das von BDV-Präsident Herbert Czaja (CDU) ausgegebene Motto - für die Katz sein.

Der neue Friedenspreisträger Vaclav Havel

Seit dem Prager Frühling Unperson

Von AP-Korrespondent Hans-Jürgen Moritz



VACLAV HAVEL (dpa-Funkbild)

Er begann seine Arbeit am Theater als einfacher Kulissenschieber, doch inzwischen fürchtet die Regierung in Prag seine Stimme so sehr, daß sie ihn mit einem Veröffentlichungsverbot zum Statisten degradieren möchte: Der Dramatiker Vaclav Havel ist seit dem Prager Frühling nach offizieller Lesart eine „Unperson". Sein Foto tauchte seit 1968 in keiner einzigen offiziellen Zeitung der CSSR auf - bis Freunde kürzlich ausgerechnet dem Parteiorgan „Rude Pravo" einen selbstverfaßten Geburtstagsgruß unterjubelten. Für sein politisches und künstlerisches Engagement sprach der Börsenverein des Deutschen Buchhandels ihm den diesjährigen Friedenspreis zu.

Havel wurde am 5. Oktober 1936 in Prag geboren. Daran erinnerten seine Freunde die „Rude Pravo" kurz nach dem Geburtstag mit einem genialen Streich: Sie schickten der Zeitung für die Rubrik „Persönliches" ein Foto samt Begleittext mit an ihn gerichteten Grüßen zu seinem 53. Geburtstag. Gegen eine Gebühr von 500 Kronen (knapp 100 Mark) wurden Bild und Text auch veröffentlicht, allerdings unter dem Namen Ferdinand Vanek. Das ist eine von Havel erfundene Figur mit autobiographischen Zügen.

Es ist nicht nur Havels satirische Ader, die den Unmut der Regierenden in Prag erregt. Der Schriftsteller gehörte zu den aktivsten Verfechtern der Reformen des Prager Frühlings, die schließlich an der Intervention des Warschauer Paktes scheiterten. Er war auch einer der ersten Sprecher der Bürgerrechtsgruppe Charta 77. Am 16. Januar dieses Jahres wurde er zu acht Monaten Haft verurteilt, weil er an einer nicht genehmigten Gedenkveranstaltung für den Studenten Jan Palach teilgenommen hatte, der sich 1969 aus Protest gegen den Einmarsch der Verbündeten selbst verbrannt hat. Am 17. Mai wurde Havel vorzeitig aus der Haft entlassen. Schon 1979 war er zu einer Gefängnisstrafe von viereinhalb Jahren verurteilt worden, die 1983 „aus Gesundheitsgründen" ausgesetzt wurde.

Die Anklage gegen die Willkür von Machtapparaten zieht sich auch durch Havels dramatisches Werk. Mit seinem 1963 erschienenen Stück „Das Gartenfest" lenkte er auch im Westen Aufmerksamkeit auf sich. Er schildert darin bürokratischen Stumpfsinn und Reglementierungswahn. Auch andere seiner Stücke widmeten sich diesem Thema. Neben satirischen nahm er auch absurde Elemente in seine Bühnendichtung auf.

Seine Arbeit am Theater begann Havel als Kulissenschieber. Er stieg dann zum Beleuchter, Lektor und schließlich zum Dramaturgen auf. Um sein Abitur zu erlangen, besuchte er während seiner Lehre ein Abendgymnasium. Ein technisches Studium schloß sich an. Seiner wahren Neigung konnte er erst später nachgeben und studierte Dramaturgie. Havel ist auch als Essayist hervorgetreten.

In der Begründung für die Preisvergabe liegt die Betonung auf Havels politischer Arbeit: „Er hat nie Zweifel daran gelassen und oft genug bewiesen, daß er persönlich, selbst unter Verlust seiner Freiheit, für seine Überzeugung einsteht." Ausgezeichnet wird denn auch nicht nur der Dramatiker und Essayist, sondern mindestens genauso der Politiker und Bürgerrechtler Havel, der von sich selbst sagt, die Regierung in Prag habe ihn als „politischen Widersacher Nummer eins" auserkoren.

Auch die Prämie für den Friedenspreis will Havel für seinen Kampf gegen die Unbelehrbarkeit der Machthaber in Prag verwenden, die ihn nicht zur Preisverleihung nach Frankfurt reisen lassen wollten. Die 25 000 Mark sollen der Unterstützung des freien Verlagswesens in seiner Heimat dienen. Dazu rief Havel den Genossenschaftsverlag „Atlantis" ins Leben, an dem sich fast alle unabhängigen Autoren beteiligen, die in der Tschechsolowakei mit einem Publikationsverbot belegt sind.

Was der „Friedenspreis" bedeutet

Der Friedenspreis des Deutschen Buchhandels, der seit 1950 verliehen wird und seit 1979 mit 25 000 Mark dotiert ist, gilt als eine der bedeutendsten Auszeichnungen in der Bundesrepublik. Der Friedenspreis geht auf eine Stiftung von Buchhändlern und Verlegern zurück und wird Persönlichkeiten zuerkannt, die „in hervorragendem Maße vornehmlich durch ihre Tätigkeit auf den Gebieten der Literatur, Wissenschaft und Kunst zur Verwirklichung des Friedensgedankens beigetragen haben". Mit der Auszeichnung sollten nach dem Ende des Krieges neue geistige und politische Werte verankert werden.

Der Friedenspreis des Deutschen Buchhandels wird jeweils zum Abschluß und Höhepunkt der Frankfurter Buchmesse in der Paulskirche verliehen. Erster Preisträger war 1950 der nach Norwegen emigrierte Autor Max Tau. Zu den weiteren prominenten Persönlichkeiten, die geehrt wurden, gehören Albert Schweitzer (1951), Hermann Hesse (1955), Theodor Heuss (1959), Ernst Bloch (1967), Max Frisch (1976) und Siegfried Lenz (1988). (dpa)

Memoiren

Nancy Reagan schlägt zurück

Von Siegfried Maruhn

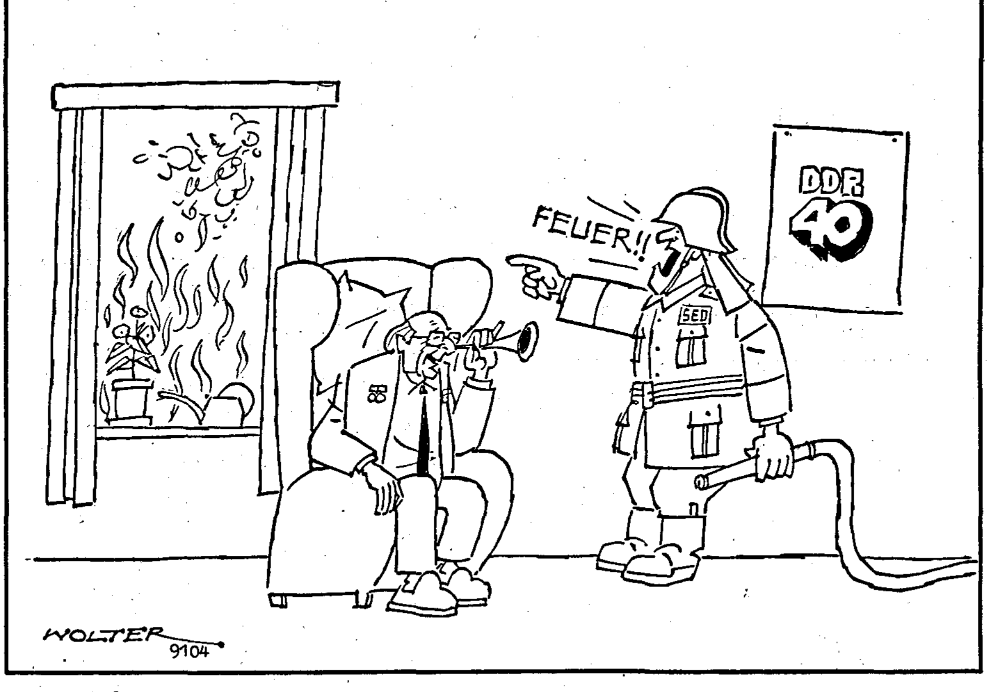
Es war 1985 in Genf. Nancy Reagan war nervös. Zum ersten Mal sollte sie mit Raissa Gorbatschowa, der Frau des Generalsekretärs der sowjetischen KP zusammentreffen. Worüber sollte sie mit ihr reden? „Bald merkte ich, daß ich mir unnötige Sorgen gemacht hatte. Vom ersten Augenblick an redete sie und redete und redete - so viel, daß ich kaum ein Wort einwerfen konnte. Vielleicht war sie unsicher, aber während rund einem Dutzend Begegnungen in drei verschiedenen Ländern war es mein Haupteindruck von Raissa Gorbatschow, daß sie niemals zu reden aufhörte. Oder zu belehren, um genau zu sein."

Das ist für ausländische Leser wahrscheinlich die interessanteste, wenn auch nicht gerade aufregende Enthüllung aus dem ersten, 13seitigen Vorabdruck aus Nancy Reagans Memoiren. Das Buch selbst soll, umgeben von einem „Medien-Blitz-Krieg", am Monatsende mit einer Erstauflage von 400 000 Exemplaren auf den Markt kommen. Zwei Millionen Dollar hat der Verlag, Random House, angeblich dafür an die Frau des ehemaligen Präsidenten gezahlt.

„My Turn" (etwa: Jetzt bin ich an der Reihe) ist der Titel, unter dem die ehemalige First Lady mit ihren Feinden im Weißen Haus abrechnen will. Am schlimmsten hatte die First Lady die Enthüllung des ehemaligen Stabschefs im Weißen Haus, Donald Regan, getroffen, daß sie vor wichtigen Terminen den Rat einer Astrologin einholte.

Regan hatte das Weiße Haus verlassen müssen, wie er behauptet, weil er sich gegen das Nebenregiment der First Lady wehrte. Nancy stellt es jetzt so dar, als seien eigentlich alle, der damalige Vizepräsident Bush eingeschlossen, dafür gewesen, Regan zu feuern. Bush habe sich freilich nicht getraut, das auch ihrem Mann zu sagen.

So wie Bush, bekommen auch andere noch tätige Politiker, so Außenminister Baker, ein paar Seitenhiebe ab. Im übrigen bemüht sich die frühere Präsidentenfrau, Vorwürfe zu entkräften, die einst unliebsames Aufsehen erregten. Die Astrologin, so Nancy jetzt, war nur eine Freundin und eine Art Therapeutin, die ihr nach dem Mordanschlag auf ihren Mann beistand. Ebenso gibt sie zu, daß sie sich von Modemachern teure Kleider leihen ließ, findet das freilich als „gängige Praxis" okay.



„Was? Ach, die Feier! Ja, ja, Mädel, die war schön..." (Karikatur: Wolter)

Bundesdeutscher Flottenbesuch in Leningrad

„Kämpft zu Hause für den Frieden"

Von dpa-Korrespondent Friedhelm Schachtschneider

Die Schwester, Oma, der Bruder, Mutter - sie sind alle tot, und ich bin übrig geblieben." Fünf kleine Tagebuchseiten sind die erschütternde Hinterlassenschaft eines damals elfjährigen Mädchens. Eines von über einer Million Opfern der 900-tägigen Belagerung Leningrads durch deutsche Truppen im Zweiten Weltkrieg.

„Ich bin sehr bewegt. Ich bin froh, daß viele meiner jungen Soldaten mit mir hier sind. Wir sollten aus der Vergangenheit lernen, um die Zukunft friedlich zu gestalten", sagte Flottillenadmiral Hans-Rudolf Boehmer am Samstag nach einer Kranzniederlegung am Mahnmal der Blockadeopfer auf dem Piskarjowskojer Gedenkfriedhof. Unter dem Kommando von Admiral Boehmer hatte am Freitag ein Verband zum ersten Flottenbesuch der Bundesmarine in einem Land des Warschauer Pakts in der sowjetischen Ostseestadt festgemacht.

Sehr beeindruckt

„Jeder Soldat meines Verbandes weiß, daß gerade die Bevölkerung Leningrads durch die inhumane deutsche Kriegsführung sehr gelitten hat", betonte der Admiral. „Sehr beeindruckt" von der Zeremonie zwischen den mehr als 250 Rasenhügeln, unter denen Hunderttausende von namenlosen Opfern liegen, war Sven Bremer. „Ich bringe aus Leningrad das Wissen mit, daß so etwas nicht mehr passieren darf", meinte der Obergefreite vom Zerstörer „Rommel".

Die Schatten der Vergangenheit spielten keine Rolle beim Kontakt der jungen bundesdeutschen Marinesoldaten mit Bewohnern der Fünf-Millionen-Metropole. Wenn Gruppen der 650 Besatzungsmitglieder durch die Stadt bummelten, wurden sie „freundlich auf Deutsch begrüßt". Den Kontakt mit den „hilfsbereiten Russen" behinderte allenfalls die Sprachbarriere. Die Herkunft der Matrosen war allerdings nicht immer bekannt. „Ein Tourist aus der DDR las am Mützenband ‚Zerstörer Rommel' und fragte, ob wir aus Rostock sind", erinnert sich der Matrose Dominik Maurer.

Auch Kontakt mit sowjetischen Soldaten habe sich bei Stadtrundgängen schon ergeben, sagt ein Wehrpflichtiger vom Versorgungsschiff „Coburg". „Bundesmarine zum Anfassen" gab es für die Leningrader am Wochenende, als Samstag und Sonntag für jeweils vier Stunden die Schiffe aus Kiel und Wilhelmshaven besichtigt werden konnten.

Nach den Erfahrungen britischer und amerikanischer Flottenbesuche in der UdSSR hatte die Bundesmarine rund 20 000 Neugierige erwartet. 11,25 Tonnen Prospekte, Aufkleber und Souvenirs lagen bereit. Am ersten Tag waren bei regnerischem Wetter allerdings wesentlich weniger Besucher als erwartet zur Pier am Leningrader Passagierhafen gekommen.

Menschentrauben

Schnell bildeten sich an Bord der Fregatte „Niedersachsen" Menschentrauben, wo unter den Klängen des Marsches „Wir sind vom K.u.K.-Infanterieregiment" Informationsmaterial verteilt wurde. „Schön ist es bei euch", freute sich der 63jährige Sergej Tungan. Historisches Ereignis? Marinesoldaten aus der Bundesrepublik Deutschland in Leningrad? „Warum ist das noch eine Besonderheit? Den jungen Leuten darf man doch nicht die Verbrechen ihrer Väter anlasten. Kämpft zu Hause für den Frieden, und ihr seid immer bei uns willkommen", sagte der Rentner.

Papstreise / Kondition

Allzeit bereit

Von L. Trankovits (dpa)

Johannes Paul II. wird zuweilen als „reisewütiger Papst" kritisiert. Kaum eine Reise zuvor aber hat deutlicher gemacht, welch ungeheure Strapazen das Oberhaupt von rund 700 Millionen Katholiken auf sich nimmt, um seine Ortskirchen zu besuchen, als die jüngste Reise des geistigen Hirten zu seinen weitverstreuten Schafen in Südkorea, Indonesien und auf Mauritius.

Angesichts eines fast immer hellwachen, konzentrierten und freundlichem Papstes, der unermüdlich den Kontakt zu den Gläubigen suchte, fragten sich selbst manche vatikanische Würdenträger im Troß des Papstes nach den Geheimnissen der päpstlichen Physis. Schließlich ist der Heilige Vater auch nur ein Mensch und im Fall von Karol Woityla bereits 69 Jahre alt.

Während der elf Tage legte er auf 15 Flügen 39 047 Kilometer zurück. Der Bischof von Rom hielt 28 längere Reden, Ansprachen und Predigten vor bis zu einer Million Menschen. Neunmal zelebrierte der Papst zum Teil unter tropischer Sonne und bei extremer Luftfeuchtigkeit mehrstündige Messen.

Eisern hielt der Papst dabei an seinem Rhythmus fest. Der 69jährige begann fast jeden Tag gegen 5.30 Uhr Ortszeit. Während die meisten der den Papst begleitenden Kurienmitglieder und Geistliche sowie die etwa 50 Journalisten fast überall in erstklassigen Hotels untergebracht waren, besteht Johannes Paul II. darauf, immer im Gästezimmer des Hauses des jeweiligen Nuntius oder Ortsbischofs zu nächtigen.

Der 69jährige trinkt nach Angaben aus seiner Umgebung zum Essen durchaus auch einmal ein Glas Wein, wiewohl er Säfte bevorzuge. Auf den langen Flügen lese er theologische oder philosophische Texte, bete oft, entspanne sich zuweilen - schlafe aber kaum.

Weder bereite sich der Papst vor einer Reise mit besonders viel Ruhezeiten auf die Strapazen vor, noch werde nach seiner Rückkehr etwas an dem stets vollen Tagesplan des Kirchenoberhaupts geändert, versichern Vatikan-Mitarbeiter. Wer ein Geheimnis der päpstlichen Energie suche, werde dies wohl - neben einer gesunden Konstitution - allein in seinem Glauben finden, in dem eisernen Willen, die Botschaft Christi zu verbreiten.



HESSISCHE ALLGEMEINE

KASSEL
1 P 3713 A

UNABHÄNGIG · KASSELER ZEITUNG · NICHT PARTEIGEBUNDEN

Preis 1,10 DM · Nr. 242 · Dienstag, 17. 10. 1989 · Ruf (05 61) 203-0 · Anzeigen 203-3

DDR-Medien berichteten

Über 100 000 demonstrierten in Leipzig

Leipzig (dpa/AP). Bei der größten nicht-staatlichen Demonstration in der Geschichte der DDR sind gestern abend mehr als 100 000 Demonstranten für Reformen, demokratische Erneuerung und Gewaltlosigkeit durch die Leipziger Innenstadt gezogen. Beobachter sprachen sogar von 120 000 DDR-Bürgern, die nach den traditionellen Friedensandachten in fünf Kirchen der Messestadt mit Transparenten und Sprechchören friedlich protestierten. Polizei und Sicherheitskräfte hielten sich im Hintergrund. Es kam zu keinen Zwischenfällen.

Erstmals berichteten die Hauptnachrichtensendung im DDR-Fernsehen und die Nachrichtenagentur ADN aktuell über die Demonstration von „zehntausenden Bürgern". Der „Zurückhaltung der Sicherheitskräfte und der eingesetzten Ordnungskräfte ist es zu danken, daß es zu keinen Ausschreitungen kam", hieß es.

„Wir werden mehr"

Nach den Andachten, bei denen das Hirtenwort von Landesbischof Hempel mit dem Aufruf zur Gewaltlosigkeit verlesen worden war, schob sich die riesige Menschenmenge durch die Leipziger Altstadt. Die Demonstranten riefen: „Junge Leute an die Macht" und „Wir werden mehr, wir werden mehr". In Sprechchören wurde der Wunsch nach Visafreiheit für Reisen in die CSSR und „Ökologie statt Ökonomie" laut.

Wie gestern bekannt wurde, haben am Sonntag in Halle und in Plauen jeweils bis bis zu 20 000 Menschen demonstriert.
Weiterer Bericht nächste Seite

Berufungsrichter

Atlantis kann heute starten

Cape Canaveral (dpa). Grünes Licht für den heutigen Start der US-Raumfähre „Atlantis" mit der Jupiter-Sonde „Galileo": Ein Berufungsgericht in Washington bestätigte die Entscheidung eines Richters aus der vergangenen Woche und lehnte ein von Anti-Atom- und Umweltschutzgruppen beantragtes Startverbot ab. Auch die Techniker und Wetterbeobachter sind zuversichtlich. Die Umweltschützer befürchten,daß bei einem Unglück die atomaren Batterien von „Galileo" Radioaktivität in die Atmosphäre abgeben könnten.

Die fünf Astronauten an Bord der Fähre, darunter zwei Frauen, sollen die Jupitersonde im All absetzen. „Galileo" soll am 7. Dezember 1995 in seine Umlaufbahn um den größten Planeten des Sonnensystems einschwenken.

Die endgültigen Quoten

Lotto: Gewinnklasse I 590 151,10 DM; II 69 745,10 DM; III 5254,70 DM; IV 92,70 DM; V 7,50 DM.
Toto:
Auswahlwette: I. unbesetzt, Jackpot 2 577 728,05 DM; II. 8028,20 DM; III. 412,70 DM; IV. 22,40 DM; V. 3,50 DM. – **Ergebniswette:** I. 14 058,60 DM; II. 687,50 DM; III. 69,20 DM.
Rennquintett:
Rennen A: Gewinnklasse I 289,70 DM; II 77,90 DM.
Rennen B: Gewinnklasse I 86,20 DM; II 28,60 DM.
Kombinationsgewinn: unbesetzt, Jackpot 41 398,40 DM.
(Ohne Gewähr)

Schauspieler

Ungeheuer gestorben

Im Alter von 63 Jahren ist Günther Ungeheuer (Foto) gestorben. Der durch zahllose Krimi-Rollen bekannt gewordene Schauspieler war auch am Deutschen Theater Göttingen und bei den Hersfelder Festspielen engagiert. Siehe Kultur



Goethe-Institut

Deutsch gefragt

Das Interesse am Erlernen der deutschen Sprache ist im Ausland wieder gewachsen. Diese erfreuliche Bilanz des Goethe-Instituts wird allerdings durch die Sparpolitik des Bundes überschattet. Siehe Kommentar Seite 4 und Kultur.

Super Plus

Geld sparen

Viele Autofahrer tanken unnötig verbleiten Superkraftstoff. Mit umweltfreundlichem, bleifreiem Super Plus könnte die nationale Benzinrechnung täglich um eine Million Mark entlastet werden, errechnete die Esso AG. Siehe Wirtschaft.

Autohaftpflicht

Pläne geändert

Autofahrer, die einen Schaden verursacht haben, werden von ihrer Haftpflichtversicherung nicht mehr so stark zurückgestuft wie ursprünglich geplant. Laut ADAC haben die Versicherer damit auf Proteste reagiert. Siehe Wirtschaft.

DFB

„Kaiser" Manager

Die Entscheidung ist noch nicht offiziell, doch Zweifel gibt es kaum noch: Teamchef „Kaiser" Franz Beckenbauer wird nach der WM 1990 in Italien DFB-Generalmanager, Berti Vogts übernimmt das Amt des Bundestrainers. Siehe Sport.

Kurseinbrüche an den Aktienbörsen

Schwarzer Montag in Frankfurt

Frankfurt/New York (AP/dpa). Der Kurssturz am New Yorker Aktienmarkt hat die Börsen rund um den Globus mit Wucht getroffen. Die Frankfurter Börse erlebte am Montag den schwersten Kursrückgang ihrer Geschichte. Dennoch sieht Bonn keinen Grund zur Panik. Die westlichen Industriestaaten seien „robust", hieß es.

Die Einbußen um durchschnittlich 12,8 Prozent übertrafen sogar den „Schwarzen Montag", mit dem vor fast genau zwei Jahren der bisher größte Börsenkrach begann. Die Zentralbanken der westlichen Industriestaaten erwogen bereits mögliche Krisenmaßnahmen. Wegen der schweren Turbulenzen sackte auch der Dollarkurs um knapp sechs Pfennig auf 1,84 DM.

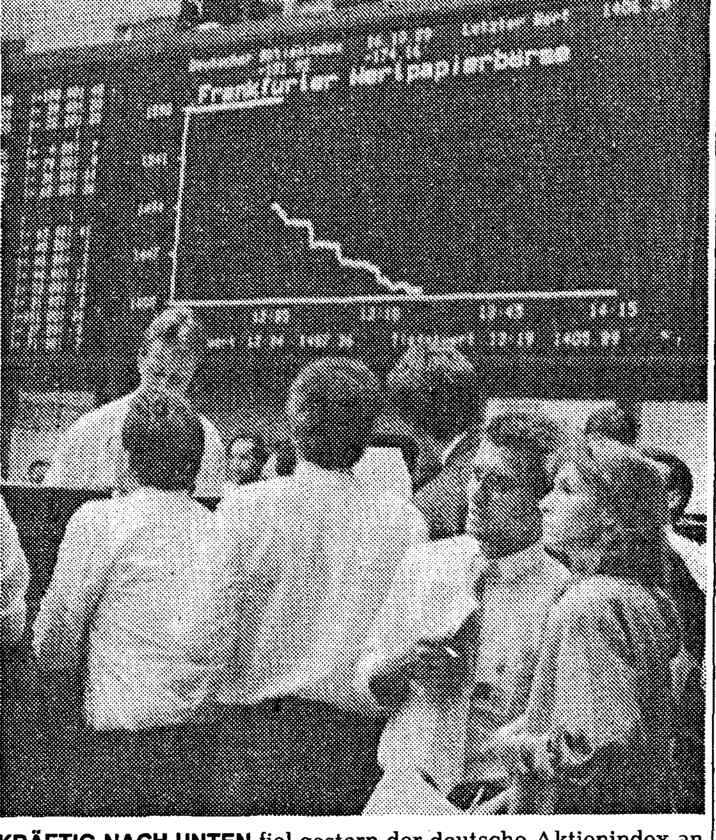
Die New Yorker Aktienmärkte holten gestern bei hohen Umsätzen fast die Hälfte ihres Verlustes vom Freitag wieder auf. Der Dow-Jones-Durchschnitt für 30 führende Industrietitel schloß 88,12 Punkte höher bei 2657,38, nachdem er am Freitag 190 Punkte eingebüßt hatte. Insgesamt wechselten 420 Millionen Papiere an der Wall Street den Besitzer. Am „schwarzen Montag" im Oktober 1987, als der „Dow" 508 Punkte gefallen war, hatte der Umsatz 604,8 Millionen Stück betragen.

Eine Flut von Verkaufsaufträgen verzögerte den Handel an der Frankfurter Börse um 25 Minuten. Vor allem Kleinanleger verkauften zum Teil ihre gesamten Aktienbestände, die Kurse von Standardwerten purzelten im freien Fall in die Tiefe. Um alle Aufträge bewältigen zu können, wurde die offizielle Börsenzeit um eine Stunde bis 14.30 Uhr verlängert. Bis zu diesem Zeitpunkt fiel der Deutsche Aktienindex um 203,56 Punkte oder

Hintergründe des Börsenkrachs auf „Themen des Tages"

12,8 Prozent. Mit am stärksten betroffen waren die Spitzenwerte Daimler (minus 111 DM) und Deutsche Bank (minus 87,30 DM). Am „Schwarzen Montag" 1987 war der Index um 9,4 Prozent abgesackt.

Auch die übrigen europäischen Börsen tendierten sehr schwach. Nicht so drastisch verlief die Entwicklung in Tokio. Dort stabilisierte sich der Einbruch bei 1,9 Prozent.
Siehe „Zum Tage"
Fortsetzung nächste Seite



KRÄFTIG NACH UNTEN fiel gestern der deutsche Aktienindex an der Frankfurter Wertpapierbörse. Händler verzeichneten nach dem Aktiensturz in New York am Freitag nachmittag regelrechte Panikverkäufe. (dpa-Funkbild)

Gespräch im Auswärtigen Amt / Israel-Protest

Bonn empfängt Vertrauten von PLO-Chef Arafat

Bonn (dpa). Die Bundesregierung hat gestern mit dem Empfang eines hochrangigen PLO-Funktionärs im Bonner Auswärtigen Amt ihre Arbeitskontakte mit der Palästinensischen Befreiungs-Organisation „aufgewertet". Bei dem Gespräch des Außenamts-Staatssekretärs Sudhoff mit Bassam Abu Sharif, einem Berater und engen Vertrauten des PLO-Vorsitzenden Arafat, würdigte Bonn gleichzeitig die „maßvolle Haltung" der PLO im israelisch-arabischen Konflikt.

Das Gespräch war gleichzeitig der offiziell höchstrangige Kontakt Bonns mit der PLO-Führung. Vorangegangen waren im Juli ein Empfang des Bonner PLO-Vertreters Abdallah Frangi im AA und im März ein informelles Treffen des damaligen Entwicklungs-Ministers und heutigen Regierungssprechers Klein mit PLO-Vertretern in Tunis.

Die Bundesregierung hatte mit Rücksicht auf Israel lange mit der Aufnahme offizieller Kontakte zur PLO gezögert. Eine Lockerung zeichnete sich nach der Sitzung des Palästinensischen Nationalrates (Exil-Parlament) im November 1988 in Algier ab, wo die PLO Israel indirekt anerkannte und eine Zwei-Staaten-Lösung in Palästina akzeptierte.

Israel protestierte gegen den Empfang des Arafat-Vertrauten im Auswärtigen Amt. „Wir bedauern zutiefst, daß das Auswärtige Amt es für richtig hielt, einen hochgestellten Vertreter einer Terror-Organisation zu empfangen", erklärte die israelische Botschaft in Bonn. „Der Zeitpunkt ist besonders unglücklich, da in diesen Tagen wichtige und schwierige Friedensbemühungen im Gange sind."
Siehe auch Kommentar

Bevölkerungswachstum nicht zu stoppen

23 Millionen Babys in China

Peking (dpa). Trotz strikter Geburtenkontrolle in den Städten wird das Bevölkerungswachstum in China in diesem Jahr wieder alarmierende Ausmaße annehmen. Wie die Zeitung „China Daily" gestern berichtete, werde China bis zum Jahresende eine Bevölkerungszahl von 1,11 Milliarden Menschen haben. Allein 1989 würden in China 23 Millionen Babys geboren werden. Die Rate des Bevölkerungswachstums werde in diesem Jahr bei 15 pro Tausend Einwohner - um 0,8 pro Tausend höher als 1988 - liegen.

In Warschau warten 1400 DDR-Bürger / Ausreiseweg noch offen

Erste Flüchtlinge ausgebürgert

Warschau/Bonn (AP/dpa). Die ersten 50 von 1400 ausreisewilligen DDR-Bürgern sind gestern in Warschau in ihrer Botschaft ausgebürgert worden. Jubelnd verließen sie am Nachmittag das Gebäude und schwenkten ein Banner mit der Aufschrift „Wir sind frei". Sie bekamen eine Urkunde mit der Entlassung aus der DDR-Staatsbürgerschaft sowie eine Identitätsbescheinigung ausgehändigt. Diese Ausreiseregelung ist bisher zeitlich nicht begrenzt.

Eine der ausgebürgerten Frauen in Warschau sagte, die DDR-Beamten seien „sehr freundlich" gewesen. Sie habe vor zwei Jahren die Ausreise beantragt, aber keine Hoffnung mehr gehabt. Die 50 Ausgebürgerten, meist Mütter und Kinder, wurden zunächst in die Lager zurückgebracht, wo sie Bundespässe erhalten sollten.

Welche Form der Ausreise die Flüchtlinge in Warschau wählen – per Flugzeug oder Schiff – ist nach Angaben von Regierungssprecher Klein „zur Stunde noch offen". Wie Klein gestern in Bonn zu verstehen gab, wird mit einer Ausreise auf dem Schienenweg nicht gerechnet, da Ostberlin die Beförderung der aus der DDR-Staatsbürgerschaft entlassenen Flüchtlinge über DDR-Gebiet nicht mehr akzeptiert.

Von diplomatischer Seite verlautete, jeden Tag träfen neue Flüchtlinge in der Bonner Botschaft in Warschau ein. Allein über das Wochenende seien wieder 200 bis 300 Menschen gekommen, und weitere hätten am Montag morgen die Botschaft der Bundesrepublik um Unterstützung gebeten.

Über Ungarn sind laut Klein seit vergangenem Freitag rund 3800 DDR-Flüchtlinge in die Bundesrepublik gekommen. Allein von Sonntag auf Montag passierten 1877 die Grenze, knapp 400 mehr als in den 24 Stunden zuvor. Die gestiegene Zahl hänge offenkundig mit den begonnenen Herbstferien in der DDR zusammen. Die Zahl der Flüchtlinge in der bundesdeutschen Botschaft in Prag ist nach Angaben eines Sprechers des Auswärtigen Amtes in Bonn inzwischen auf rund 60 gestiegen. Auch dort werde weiterhin an einer Lösung gearbeitet.
Weiterer Bericht nächste Seite

Zum Tage

Börsen-Gezitter

Für Börsenguru André Kostolany war die Suche nach den Schuldigen des letzten Börsencrashs vom Oktober 1987 eine kurze Umschau: Börsenfritzchen, Zittrige und Nichtskönner machte er als Verursacher allen Übels aus – sich selbst natürlich ließ das Großmaul unter den Börsenexperten vornehm außen vor. Bei der Analyse der gestrigen Ereignisse als Folge des Kurssturzes an der Wall Street am vergangenen Freitag muß man sich jedoch zwangsläufig an die derben Worte des Altmeisters der Charts erinnern: Den Kursverfall am Frankfurter Markt, dem viertwichtigsten der Welt, lösten die Kleinaktionäre aus. Institutionelle Anleger traten kaum in Aktion.

Die Reaktion der um ihr sauer Erspartes bangenden, breit gestreuten Kundschaft ist plausibel: Der Schock des Oktober 1987 sitzt noch tief in den Knochen. Rette sich, wer kann, lautete gestern die Devise – aber eigentlich gibt es keinen Grund zu solch panischem Handeln. Die Konjunktur floriert mit gesicherter Zukunft, die Unternehmensgewinne sprudeln wie nie zuvor – und dennoch genügt ein leichtes Beben an der Wall Street, um rund um den Globus die Kurse purzeln zu lassen. Aber auch die nervöse Reaktion der Hobby-Spekulanten kann böse Folgen haben: Investmentsfonds haben in der Regel Kurs-Untergrenzen in ihren Anlageprogrammen. Werden sie unterschritten, wird verkauft. Massiv und auf breiter Basis. Dann ginge es mit den Kursen erst recht bergab. Und die Zittrigen wären mal wieder dran schuld.

Horst Seidenfaden

Wiens Nachtfahrverbot

Bonn in EG ohne Mehrheit

Luxemburg (dpa). In der Europäischen Gemeinschaft herrscht angesichts des österreichischen Nachtfahrverbots für Lkw zunehmend Ratlosigkeit. Bundesverkehrsminister Zimmermann (CSU) konnte sich gestern im EG-Ministerrat mit seiner Forderung nach Gegenmaßnahmen nicht durchsetzen. Lediglich Italien und Dänemark äußerten Verständnis für die Bonner Haltung. Das Nachtfahrverbot soll am 1. Dezember in Kraft treten und von 22 bis 5 Uhr auf allen Transitrouten für Lkw über 7,5 Tonnen gelten.

Bundeskanzler Kohl bat unterdessen den Präsidenten der EG-Kommission, Delors, sich persönlich in die Verhandlungen einzuschalten.

Namen und Nachrichten

Syse löst Brundtland ab

Eine bürgerliche Dreier-Koalition mit dem konservativen Parteichef Jan Syse (Foto) als Regierungschef hat gestern in Norwegen die Regierungsgeschäfte übernommen und damit fünf Wochen nach den Parlamentswahlen im September die sozialdemokratische Minderheitsregierung Brundtland abgelöst. Für die Realisierung ihres Koalitionsprogramms ist die aus Konservativen, Christlicher Volkspartei und Zentrumspartei bestehende Koalitionsregierung auf die Unterstützung der rechtspopulistischen Fortschrittspartei angewiesen, da sie nur über 62 von 175 Mandaten verfügt.



ASU auch für Kat-Autos?

Autos mit Drei-Wege-Katalysator sollen nach Ansicht des FDP-Fraktionsgeschäftsführers Wolfgramm ebenfalls in die Abgassonderuntersuchungspflicht (ASU) eingebunden werden. Da sich die Zahl dieser Fahrzeuge rasch erhöhe, so Wolfgramm in Bonn, sei auch für sie eine regelmäßige Abgaskontrolle notwendig. Der alternative Verkehrsclub der Bundesrepublik (VCD) hat die FDP-Initiative begrüßt.

‚Kaum Zugang zur Jugend'

Junge Menschen finden sich mit ihren Anliegen bei den großen Parteien kaum noch wieder. Dies ist die Einschätzung des Vorsitzenden der Jungen Union, Böhr. Seit dem Abebben der Jugendprotestwelle Anfang der 80er Jahre hätten die Parteien den Zugang zu den Jugendlichen „fast vollkommen verloren".

Chefankläger wird 90

Die Verfolgung und Verurteilung von Nazi-Verbrechern bestimmte den größten Teil des Lebens von Robert W. Kempner, der heute 90 Jahre alt wird. Der in Freiburg geborene Jurist hat sich als wichtigster Ankläger bei den Nürnberger Prozessen (1946) einen Namen gemacht.



Tiefflüge bedrohen Innu

Die Gesellschaft für bedrohte Völker in Göttingen hat die Bundesregierung aufgefordert, die angestrebte Verlagerung der Tiefflüge nicht einem der letzten Jägervölker, den Innu auf der kanadischen Halbinsel Labrador, aufzubürden. Dieses nur zehntausend Menschen zählende Volk könne sich nicht dagegen wehren.

Christa Wolf sagte ab

Die Ostberliner Schriftstellerin Christa Wolf kann nicht zur Entgegennahme der ihr verliehenen Ehrendoktorwürde der Hochschule in Hildesheim reisen. Die Autorin nannte „familiäre Gründe", die eine Anreise unmöglich machten. Die Hochschule Hildesheim wollte Wolf für ihre herausragenden literarischen Leistungen würdigen.



„Rabiate Methoden"

Vor einem Mißbrauch der Pressefreiheit durch Sensationsjournalismus hat der FDP-Vorsitzende Lambsdorff gewarnt. „Wenn einige Journalisten zu besonders rabiaten Methoden greifen, die weit über ihre berufsbedingte Informationspflicht hinausgehen, gefährden sie das Ansehen der Presse insgesamt und das Verständis in der Gesellschaft für eine der wesentlichen Grundfreiheiten", sagte Lambsdorff gestern in Bonn.

DDR / Schriftsteller, Studenten, Theaterschaffende

Rufe nach Reformen immer lauter

Berlin (AP/dpa). Der Druck auf die SED-Führung, endlich eine Reformpolitik einzuleiten, wird immer größer. Gestern rief der DDR-Schriftstellerverband die Staatsführung gestern öffentlich zu „revolutionären Reformen" auf. Besorgte Äußerungen dürften jetzt „nicht mehr unterdrückt und kriminalisiert" werden. Zugleich rügten die Autoren die „unerträgliche Ignoranz" der Medien und forderten den „sofortigen Beginn" des Dialogs über „Gleichgültigkeit, Verantwortungslosigkeit, Mißwirtschaft und Bevormundung".

Gewerkschaftschef Tisch sagte in einem Interview: „Die Stimmung unter den Kollegen hat sich verändert. Darauf müssen wir reagieren. Wenn wir das nicht tun, machen es andere." Er warnte allerdings vor überstürztem Handeln, sonst „kann das Schiff stranden".

In Ostberlin nahmen am Sonntag abend zwischen 3000 und 4000 Menschen an einem „Konzert gegen Gewalt" in der Erlöserkirche teil. Dabei wurde auch ein Brief an den Rektor der Humboldt-Universität verlesen. Er wurde aufgefordert, die angedrohten Entlassungen von Studenten zurückzunehmen, die an den Protesten für demokratische Reformen teilgenommen hatten.

Jurastudenten verlangten beim Konzert eine Überprüfung aller DDR-Gesetze auf ihre Verfassungsmäßigkeit. Eine unabhängige Untersuchungskommission solle das Verhalten der DDR-Sicherheitskräfte bei den Massenprotesten prüfen. Die Studenten kündigten an, einen autonomen Studentenbund zu gründen.

Demo soll angemeldet werden

Ein Sprecher des DDR-Verbands der Theaterschaffenden erklärte in der Erlöserkirche, sein Verband wolle zum 4. November eine Demonstration für Pressefreiheit im anderen deutschen Staat beantragen.

Vertreter der Sektion Rock des Verbandes der Unterhaltungskünstler wurden gestern bei FDJ-Chef Eberhard Aurich vorstellig. Sie berichteten über Repressionen des Staates gegen Künstler, die die kritische Unterhaltungskünstler-Resolution für Reformen unterschrieben haben.

Zugleich wurde kritisiert, daß festgenommene Bürgerinnen und Bürger nach den Demonstrationen Anfang des Monats gezwungen wurden, stundenlang, zum Teil unbekleidet, bewegungslos mit dem Gesicht zur Wand zu stehen. „Dieses Vorgehen widerspricht völlig den Normen sozialistischer Rechtsstaatlichkeit," hieß es.

Nach Informationen der „Bild"-Zeitung haben inzwischen 13 der 15 SED-Bezirkschefs die Ablösung des gesamten Politbüros mit Erich Honecker an der Spitze gefordert. Zugleich setzten sie sich für weitreichende Reformen in der DDR ein, berichtet „Bild" unter Berufung auf „wohlinformierte SED-Kreise".

Brandt für „Recht auf nationalen Zusammenhalt"

Moskau (dpa). Politische Reformen und das „Recht auf nationalen Zusammenhalt" hat der Vorsitzende der sozialistischen Internationale (SI), Brandt, gestern in Moskau angemahnt, um dem Massenexodus von Bürgern der DDR und anderen Staaten Osteuropas in den Westen zu begegnen. „Wenn nicht überall in Europa dem Anspruch der Bürger auf Teilhabe und Mitsprache Rechnung getragen wird, dann - so ist zu befürchten - werden wir Wanderungswellen erleben, die alles in den Schatten stellen, was wir schon erfahren mußten", sagte der Ehrenvorsitzende der SPD vor Studenten und Professoren der Moskauer Lomonossow-Universität, die Brandt die Ehrendoktorwürde verliehen hatte.

Indessen brachte der für internationale Fragen zuständige ZK-Sekretär Falin vor Journalisten seine Überzeugung zum Ausdruck, daß in der DDR bald Entscheidungen zugunsten von Reformen gefällt werden könnten. „Die Entwicklung ist sehr dynamisch, was die DDR angeht", sagte er im Anschluß an die Festveranstaltung mit Brandt. „Eine Gesellschaft, die solide Grundlagen besitzt, wird einen kreativen Ausweg aus der Situation finden. Die Entscheidungen werden nicht lange auf sich warten lassen", fügte er hinzu.



ZWEI REGIERUNGSDIREKTORINNEN teilen sich eine leitende Funktion in der Behörde des Kölner Regierungspräsidenten. Behördenchef Franz-Josef Antwerpes machte Elke Heine und Elke Nellessen (rechts) zu Hauptdezernentinnen für Schulrecht, Schulverwaltung und Kirchensachen. Beide Frauen arbeiten wegen familären Verpflichtungen halbtags. (dpa-Funkbild)

„Dämpfer für Übernahmehysterie nicht unwillkommen"

Bonn beruhigt: Wirtschaftliche Daten stimmen

Fortsetzung

Der internationale Kursrutsch wird von der Bundesregierung nur als kurzfristiges Phänomen eingestuft. Sowohl in der Bundesrepublik als auch in anderen wichtigen Industrieländern seien die ökonomischen und finanzwirtschaftlichen Daten so robust, daß die Anleger keinen Grund zum Ausstieg hätten, erklärten die Bonner Staatssekretäre Schlecht (Wirtschaft) und Tietmeyer (Finanzen) gestern in Bonn.

Nach Angaben Schlechts könnte es zu dem „nicht unwillkommenen Nebeneffekt kommen, daß die Übernahmehysterie einen kleinen Dämpfer erhält". Er spielte damit auf die massiven Firmenaufkäufe in den USA und die dadurch ausgelöste neue Baisse an. Als störend nannte er die Beobachtung, „daß da jetzt einige Kleine aus Sorgen aussteigen und die professionellen Cleveren anschließend die Gewinne machen". Da die wirtschaftlichen Daten aber stimmten und auch der Rentenmarkt in guter Verfassung sei, gebe es finanz- und geldpolitisch keinen Grund zum Gegensteuern, meinte Tietmeyer.

US-Präsident George Bush ist über die Entwicklung an den internationalen Börsen ebenfalls „nicht besorgt". Bush verwies am Montag auf entsprechende Fragen darauf, daß die US-Notenbank, der Finanzminister und die Börsenaufsicht die Entwicklung beobachteten.

Vermutlich Killerkommando der kolumbianischen Drogenmafia

Autobombe vor Verlagshaus tötet vier Menschen

Bogota (dpa). Ein mutmaßliches Killerkommando der Drogenmafia hat am Montag mit einem Bombenanschlag auf das Gebäude der Zeitung „Vanguardia liberal" in der kolumbianischen Stadt Bucaramanga mehrere Menschen getötet. Nach ersten Informationen kamen durch die Bombe, die in einem vor dem Gebäude geparkten Auto hochging, mindestens vier Menschen ums Leben. Zehn seien verletzt worden.

Das Gebäude der Tageszeitung, die den Kampf der kolumbianischen Regierung gegen das Drogenkartell im Land energisch unterstützt, wurde nach Angaben des Verlagsdirektors zu 80 Prozent zerstört.

Ägypten, Libyen

Gipfel zur Versöhnung

Kairo (AP/dpa). Mit einer demonstrativen Geste haben Ägyptens Staatschef Mubarak und Libyens Revolutionsführer Gaddafi gestern zum Ausdruck gebracht, daß nach jahrelangem schweren Zerwürfnis ein neues Kapitel in den Beziehungen beider Länder beginnt. Mubarak, der Gaddafi in dem ägyptischen Mittelmeer-Badeort Mersa Matruh am Vormittag herzlich empfangen hatte, wird heute nach Libyen reisen, wo im Grenzort Tobruk die Beratungen fortgesetzt werden.

Nach sechsstündigem Aufenthalt Gaddafis in Mersa Matruh war die erste Phase der Gespräche abgeschlossen worden. Es war das erste ägyptisch-libysche Gipfeltreffen seit 17 Jahren. Die Beziehungen hatten sich verschlechtert, weil Ägypten sich weigerte, mit Libyen einen Staatenbund einzugehen. 1977 kam es sogar zu einem fünftägigen Grenzkrieg. Auch das entspannte Verhältnis Ägyptens zu Israel ist Gaddafi ein Dorn im Auge.

KSZE-Treffen/Bulgarien

Bonn tritt für Bürgerrechte ein

Sofia/Bonn (dpa). Die Bundesregierung hat die Situation der Menschenrechte in Bulgarien und Rumänien kritisiert. „Die Lage der türkischen Minderheit in Bulgarien gibt Anlaß zur Sorge", sagte Umweltminister Töpfer am Montag in der bulgarischen Hauptstadt Sofia. Er sprach zur Eröffnung des ersten Umwelttreffens der 35 Länder der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE). Gleichzeitig mahnte er auch das Recht bulgarischer Bürger an, sich in Vereinen und Gruppen selbstständig zusammenschließen zu dürfen, was ihnen bisher verweigert wird.

Töpfer traf am Rande der Konferenz zu einer 90minütigen Unterredung mit seinem DDR-Kollegen Reichelt zusammen. Wie das Bonner Umweltministerium mitteilte, hätten beide Minister in dem Ziel übereingestimmt, in Sofia eine Rahmenkonvention über den Schutz grenzüberschreitender Gewässer zu verabschieden.

Koalitionsspekulationen

Bayerns SPD über Anke Fuchs verärgert

München (dpa). Mit deutlicher Verärgerung hat Bayerns SPD-Chef Rudolf Schöfberger am Montag auf Äußerungen von SPD-Bundesgeschäftsführerin Anke Fuchs reagiert, die nach den Landtagswahlen 1990 in Bayern zur Abwehr der Republikaner eine große Koalition aus CSU und SPD für möglich hält. Schöfberger forderte Frau Fuchs auf, „ihre Spekulationen unverzüglich einzustellen". SPD-Fraktionschef Karl-Heinz Hiersemann, Spitzenkandidat bei der Landtagswahl, verbat sich die „Einmischungsversuche der Bundesgeschäftsführerin in bayerische Angelegenheiten" und stellte die Frage, „ob Frau Fuchs nichts anderes zu tun hat".

Die Koalitionsdiskussion zum jetzigen Zeitpunkt kommt der SPD-Spitze zwar ungelegen, bei der Basis der Partei aber wird ein Bündnis CSU/SPD offenbar weniger negativ bewertet. Für den Fall, daß die FDP dem Landtag im Oktober 1990 wieder nicht angehören wird und die CSU ihre absolute Mehrheit verliert, befürworten nach einer jüngsten Umfrage der Bonner Parteiführung in Bayern etwa vier Fünftel der SPD-Anhänger eine Große Koalition.

Auch bei den CSU-Anhängern sind nach der jetzt in Teilen bekanntgewordenen, aber von der SPD noch nicht veröffentlichten Umfrage bei dieser Konstellation rund zwei Drittel für die Große Koalition.

Wären jetzt Wahlen in Bayern, würde die CSU nach der SPD-Umfrage erstmals seit 24 Jahren mit 48 Prozent ihre absolute Mehrheit knapp verlieren. 1986 kam sie noch auf 55,8 Prozent. Die SPD würde ihr Ziel, stärker zu werden, verfehlen und wieder nur 27 Prozent erreichen. Die Grünen blieben mit sieben Prozent auch in etwa gleich, die FDP käme mit sechs Prozent knapp ins Parlament, und die Republikaner würden mit zehn Prozent erstmals in den bayerischen Landtag einziehen.

NRW / Bürgermeister im Oberbergischen

Grüne wählten CDU-Mann mit

Hückeswagen (dpa). Zum ersten Mal in Nordrhein-Westfalen ist ein CDU-Kandidat mit den Stimmen der Grünen zum Bürgermeister gewählt worden: 17 Gemeinderäte votierten im oberbergischen Hückeswagen für den alten und neuen Bürgermeister Manfred Vesper.

Im Rat hat die CDU 14 Sitze, die SPD zwölf, die Grünen drei, die FDP zwei und die Unabhängige Wählergemeinschaft zwei Sitze. Grünen-Fraktionschef Wolfgang Herr sagte, die Grünen hätten geschlossen für Vesper gestimmt.

Der Wahl war ein tagelanges Tauziehen zwischen der lokalen CDU und der nordrhein-westfälischen Landespartei vorausgegangen, in das sich auch CDU-Landeschef Blüm eingeschaltet hatte. Nach den Kommunalwahlen am 1. Oktober hatten sich CDU und Grüne darauf verständigt, daß die Union - mit den Stimmen der Grünen - den Posten des Bürgermeisters und die Grünen - mit den Stimmen der CDU - den Vorsitz des Umweltausschusses bekommen sollten. Dagegen pochte die Landes-CDU in Düsseldorf auf den Unvereinbarkeitsbeschluß, der Bündnisse mit Grünen und Republikanern ausschließt.

HESSISCHE/NIEDERSÄCHSISCHE
ALLGEMEINE

Herausgeber
Rainer Dierichs, Dr. Dietrich Batz, Achim von Roos

Chefredakteur
Lothar Orzechowski

Stellv. Chefredakteure
Wolfgang Rossbach, Peter M. Zitzmann

Verantwortliche Redakteure
Chef vom Dienst: Horst Kröninger. Chef Nachrichten: Rainer Merforth. Politik: Jochen Prater. Blick in die Zeit: Walter Schütz. Wirtschaft und Sozialpolitik: Horst Seidenfaden, Kultur: Dirk Schwarze, Frau u. Reise: Ilse Methe-Huber. Sport: Rolf Wiesemann, i. V. Ulrich Fuhrmann. Sonntagszeit: Frank Thonicke. Kassel Stadt und Land: Wolfgang Rossbach. Bezirksredaktionen: Peter M. Zitzmann. Koordination: Helmut Lehnart. Hessen/Niedersachsen: Eberhard Heinemann. Chefreporter: Karl-Hermann Huhn. Sonderthemen: Peter Ochs.

Redaktion Wiesbaden: Rolf Effenberger
Redaktion Hannover: Harald Birkenbeul.
Redaktion Bonn: Hans Ludwig Laucht.

Verlagsleitung
Dr. Dietrich Batz, Rainer Dierichs, Wigbert H. Schacht. Anzeigenleiter: Horst Prehm. Vertriebsleiter: Gerd Lühring.

Verlag Dierichs GmbH & Co KG, Frankfurter Str. 168, Postfach 10 10 09, 3500 Kassel, Ruf 05 61 / 20 3-0. Tel. Anzeigenannahme 05 61 / 20 3-3. Fernschreib-Nr. 99 635. Telekopierer 05 61 /20 36. Teletex 5 61 81 10. Postgirokonto 155132-608 Frankfurt/M. Anzeigenpreisliste Nr. 29. Monatlicher Abonnementspreis DM 25,60 inkl. Zustellung und 7 % MwSt. (Postbezugspreis 28,50 DM).

Die Beendigung des Abonnements ist nur mit schriftlicher Kündigungserklärung unter Einhaltung einer Frist von einem Monat zum Monatsende möglich; die Frist läuft ab Zugang der schriftlichen Kündigungserklärung.

Auflage werktags über 270 000 Exemplare in Tarifgemeinschaft mit „Oberhessische Presse", Marburg, „Hersfelder Zeitung", „Werra-Rundschau", Eschwege, „Harzkurier", Herzberg.

Auflage „Sonntagszeit" über 200 000 Exemplare.

Herstellung Druckhaus Dierichs, Frankfurter Straße 168, 3500 Kassel.

Gemeinsame Richtlinien für Polizei und Staatsanwaltschaften

Hessen will in Strafverfahren Zeugen künftig besser schützen

Von unserer Wiesbadener Redaktion

Wiesbaden (Eff). Zum Schutz von Zeugen in Strafverfahren hat Hessen als erstes Bundesland gemeinsame Richtlinien für Polizei und Staatsanwaltschaften erlassen. Das teilten gestern Innenminister Milde (CDU) und Justizminister Koch (CDU) mit.

Die planmäßige Einschüchterung von Zeugen durch organisiert vorgehende und gewaltbereite Täter dürfe in einem Rechtsstaat nicht tatenlos hingenommen werden, erklärten die beiden Minister. In Ermittlungsverfahren gegen Schwerkriminelle weigerten sich nämlich zunehmend Zeugen aus begründeter Angst vor Repressalien, ihr Wissen preiszugeben.

Die Zeugenschutzregelungen sehen u. a. vor, daß die zuständige Dienststelle von Polizei oder Staatsanwaltschaft in Fällen schwerer Kriminalität künftig eigene Gefahrenermittlungen anstellt und die konkrete Gefährdungslage für Zeugen, zu denen auch das Opfer einer Straftat zählen könnte, beurteilt und die entsprechenden Schutzmaßnahmen festlegt.

Sie können nach Angaben der Minister von der Beratung des Betroffenen über Vorkehrungen in seinem gewohnten Umfeld und bei Gerichtsverhandlungen bis zu tiefgreifenden Änderungen im persönlichen Leben reichen. „Gefährdete Zeugen sollen wissen, daß Polizei und Justiz zu ihrem Schutz bereit und in der Lage sind", betonten beide.

Über die Möglichkeiten des Landes zu praktischem Zeugenschutz hinaus forderten Koch und Milde den Bundesgesetzgeber auf, in rechtsstaatlich einwandfreier Weise Möglichkeiten zur Verbesserung des Zeugenschutzes in Strafverfahren zu prüfen. In Ausnahmefällen müsse das so weit gehen, daß Zeugen ihre Identität gegenüber Angeklagten und deren Sympathisanten nicht preisgeben müßten.

Grüne haben Bedenken

Erhebliche Bedenken gegen diese Richtlinien äußerte der innenpolitische Sprecher der Landtagsfraktion der Grünen, v. Plottnitz. Polizeiliche Schutzmaßnahmen könnten das Aussageverhalten der Betroffenen „auch vor Gericht in ganz erheblicher Art und Weise beeinflussen". Verfassungsrechtliche Einwände hat er auch gegen Landesregelungen. Für die Strafprozeßordnung sei nämlich der Bund zuständig.



Das traditionelle Lullusfest begann in Bad Hersfeld

Mit dem Anzünden des Lullusfeuers auf dem Marktplatz hat am Montag das älteste deutsche Volksfest, das Lullusfest, in Bad Hersfeld begonnen. Das Fest, das seit 852 in der Woche um den 16. Oktober gefeiert wird, eröffnete Erster Stadtrat Tilo Scheurmann (SPD) in Vertretung des in der vorigen Woche zum erstenmal abgewählten Bürgermeisters Boehmer mit der „Lollsrede", in der er auf kommunale Ereignisse des Jahres einging. In dem Festzug unter dem Motto „Was ihr wollt und wie es euch gefällt" zog auch Stadtgründer Abt Lullus (Foto) mit. (dpa-Funkbild)

„Sozialen Mietwohnungsbestand absichern"

DGB Hessen fordert Bau von 48 000 Wohnungen

Frankfurt (lhe). Der DGB-Landesbezirk Hessen hat am Montag in Frankfurt ein Wohnungsbauprogramm für Hessen gefordert. Im einzelnen verlangte der DGB-Chef Jungmann den Bau von mindestens 48 000 Wohnungen in den nächsten drei bis vier Jahren; davon 25 000 im sozialen Wohnungsbau. Die dafür notwendigen Mittel müßten im kommenden Doppelhaushalt 1990/91 bereitgestellt werden; auch Bund und Kommunen müßten sich an der Finanzierung beteiligen. Jungmann schätzt den Fehlbestand in Hessen auf 150 000 Wohnungen.

Die Gewerkschaften fordern Parteien und Gesetzgeber außerdem auf, für eine dauerhafte Absicherung des sozialen Mietwohnungsbestands, für die Festlegung einer sogenannten Fehlbelegungsabgabe und für ein Verbot von „Mieterverdrängung per Zweckentfremdung und Luxusmodernisierung von Wohnungen" zu sorgen. Auch dürften Mieterhöhungen nicht über den allgemeinen Preissteigerungen liegen.

Viele Verspätungen

Nebel legte Flughafen lahm

Frankfurt (lhe). Frühnebel hat am Montag den Flugverkehr auf dem Frankfurter Flughafen erheblich behindert. Auf dem Vorfeld herrschte zeitweise eine Sicht von unter 125 Metern. Die dichte Nebelwand, die sich in der Nacht über die Rhein-Main-Ebene gelegt hatte, hielt 20 Maschinen mit Ziel Frankfurt bereits auf den Abflughäfen am Boden, teilte eine Flughafen-Sprecherin mit.

Von Frankfurt aus konnten 23 Maschinen wegen der „Waschküche" nicht starten. 21 Flugzeuge wurden wegen der geringen Sicht auf Rhein-Main nach Köln, Nürnberg und Stuttgart umdirigiert. Betroffen vom Nebel waren vor allem Maschinen der kleineren Fluggesellschaften ohne Instrumentenlandesystem. Nach einer Zwangspause konnten sie allerdings am späteren Vormittag ihren Flug nach Frankfurt fortsetzen. Die Sicht war gegen 10.45 Uhr wieder ausreichend.

Trotzdem gab es bis in den späten Nachmittag Verspätungen als Folge der Umleitungen und Flugstreichungen.

Straßenverkehr ungestört

Den Autoverkehr ließ der Nebel dagegen kalt. Auf den hessischen Autobahnen und Fernstraßen kam es nach Darstellung der Fernmeldeleitstelle der Polizei nur zu leichten Störungen. Staus an den „neuralgischen Punkten" im Großraum Frankfurt bewegten sich im „montagsüblichen Rahmen" und hätten nichts mit dem Nebel zu tun gehabt, erklärte ein Beamter.

Revisionsfall lag einem unzuständigen Senat vor

BGH verschiebt Sare-Verhandlung

Karlsruhe (lhe). Die für Mittwoch geplante Revisionsverhandung im Fall des 1985 bei einer Demonstration in Frankfurt tödlich verletzten Günter Sare ist vom Bundesgerichtshof überraschend auf unbestimmte Zeit verschoben worden. Wie der Bundesgerichtshof am Montag mitteilte, hat sich ergeben, daß der Fall einem unzuständigen Senat vorgelegen habe. Zuständig sei nicht der 2., sondern der für Straßenverkehrsdelikte zuständige 4. Strafsenat beim Bundesgerichtshof.

Das Landgericht Frankfurt hatte im März 1988 nach neunmonatiger Verhandlung zwei Polizeibeamte vom Vorwurf freigesprochen, den 36jährigen Günter Sare mit einem Wasserwerfer bei einer Anti-NDP-Demonstration am 28. September 1985 überfahren und damit fahrlässig getötet zu haben. Das Gericht hatte sich dabei vor allem auf ein Tatortfoto gestützt, das die Angeklagten ursprünglich erheblich belastet hatte, von dem sich jedoch später herausstellte, daß die dort abgebildete Person nicht Günter Sare gewesen sein konnte.

Gegen das Urteil der 31. Strafkammer haben sowohl die Anwälte der Angehörigen Sares als auch die Staatsanwaltschaft Revision eingelegt.

Frankfurt/Drogen

Schon mehr Tote als 1988

Frankfurt (lhe). Die Todesspirale in der Frankfurter Rauschgiftsszene dreht sich immer schneller: Am Sonntag erhöhte sich die Zahl der Drogentoten auf 61 in diesem Jahr, teilte die Polizei am Montag mit.

Damit forderte der Drogenmißbrauch in der Stadt schon jetzt genauso viele Opfer wie im ganzen Jahr 1988. Bis Mitte Oktober 1988 hatte die Polizei „lediglich" 47 Drogentote registriert.

Bei dem letzten Frankfurter Drogentoten handelt es sich um einen 36jährigen Mann, den am Sonntagnachmittag Bekannte in seiner Wohnung im Frankfurter Ostend tot auffanden. Der 36jährige hatte sich ebenso wie sein 23jähriger Mitbewohner kurz zuvor eine Dosis Heroin gespritzt. Neben der Leiche fanden Beamte frisch benutztes Fixergeschirr.

Verbrennungsanlage

Anhörung beginnt heute

Frankfurt (lhe). Für die neue Rückstandsverbrennungsanlage der Hoechst AG beginnt heute in Frankfurt das öffentliche Anhörungsverfahren. Nach Auskunft des Darmstädter Regierungspräsidiums gibt es gegen diese Anlage mehr als 2500 Einwendungen. Karlheinz Trobisch, der für das Ressort Umwelt beim Hoechst-Konzern zuständig ist, sagte am Montag, die Anlage sollte dennoch „so schnell wie möglich aus Umweltschutzgründen" gebaut werden.

Die Rückstandsverbrennungsanlage soll eine Kapazität von rund 60 000 Tonnen Müll pro Jahr haben. Zusammen mit der seit 1977 laufenden ersten Müllverbrennungsanlage des Konzerns können nach Darstellung von Trobisch dann jährlich rund 100 000 Tonnen eigener Müll verbrannt werden.

Spenden für Übersiedler

DRK: Alle Lager sind randvoll

Frankfurt (lhe). Die Welle der Hilfsbereitschaft für DDR-Übersiedler stellt das Rote Kreuz zunehmend vor Organisationsprobleme. Die Lagerkapazitäten der DRK-Kreisverbände sind bis an die Decke mit Sachspenden, vor allem Möbeln, gefüllt.

„Besser Geld spenden"

Da die meisten Flüchtlinge aber noch keine Wohnung hätten, könnten die Spenden derzeit nicht weitergegeben werden, teilte der Landesverband am Montag mit. Auch die Kleiderkammern seien zur Zeit „gut ausgestattet". Die Hilfsorganisation rät daher hilfsbereiten Bürgern von Sachspenden ab.

Am besten, so das DRK, könne den Neubürgern aus der DDR mit einer Geldspende geholfen werden.

Blick über die Grenze

Auch bei Veranstaltungen in der Provinz

Rege Diskussionen über Fluchtwelle aus der DDR

Weimar (k). Die Fluchtwelle aus der DDR wird jetzt auch zum Thema bei offiziellen Veranstaltungen in der DDR-Provinz: Bei Einwohnerversammlungen in Weimar gab es eine „rege Diskussion" darüber, warum so viele junge Bürger das Land verlassen.

Nach Angaben der thüringischen Regionalpresse seien sich die Versammelten darin einig gewesen, einen öffentlichen Dialog auf breiter Ebene zu suchen.

Der Sekretär für Kultur und Bildung der SED-Kreisleitung stand bei der Versammlung Rede und Antwort. Er sagte, den „gegnerischen Positionen" müsse man „die erfolgreiche Entwicklung der Republik entgegenhalten".

Auf einer anderen Diskussionsveranstaltung kritisierten Weimarer in Anwesenheit des Oberbürgermeisters, daß ihr kommunalpolitisches Engangement durch Behörden behindert werde. Aktivitäten wie das Herrichten eines verwahrlosten Grundstücks zu einem Spielplatz seien an der Bürokratie gescheitert.

Wartburg

Preis gestiftet

Eisenach. Die Wartburg-Stiftung Eisenach hat einen Ehrenpreis für hervorragende Verdienste um die Pflege und Erhaltung der Wartburg sowie um die weitere Erhöhung ihrer nationalen und internationalen Ausstrahlung gestiftet.

Er kann an Einzelpersonen, Kollektive und Betriebe verliehen werden und ist mit 5 000 Mark dotiert. Das Preisgeld kommt aus dem Kulturfonds der DDR.

Gebäude

Keine Reparaturen

Sondershausen. Der Volkseigene Betrieb (VEB) Gebäudewirtschaft in Sondershausen – er verwaltet den kommunalen Wohnungsbestand – ist durch chronischen Arbeitskräftemangel nicht in der Lage, dringend erforderliche Reparaturen auszuführen.

Es fehlen Maurer, Klempner, Dachdecker und Ofenbauer. Man habe nur zehn Maurer, müsse aber z. B. allein 400 Balkons erneuern und 390 Schornsteinköpfe sanieren.

Zierpflanzen

Zentrum der Forschung

Erfurt. Ein Wissenschaftliches Zentrum der Zierpflanzenforschung nimmt in Erfurt seine Arbeit auf. Es soll zu einem besseren Zierpflanzenangebot in der DDR beitragen.

Neue Sorten

Schwerpunkt soll die Anwendung biotechnologischer Methoden zur Züchtung neuer Sorten sein.

In Erfurt hat der Gartenbau eine 250jährige Tradition.

Neue Kreisverbände

„Graue" planen zügigen Ausbau

Wiesbaden/Offenbach (lhe). Die Partei der Grauen will ihre Organisationsstruktur in Hessen zügig ausbauen. Innerhalb der nächsten vier Wochen sollen Kreisverbände in Wiesbaden, Darmstadt und Kassel sowie in der Stadt Offenbach ins Leben gerufen werden. Das kündigte ein Sprecher der „Grauen" am Montag in Offenbach an.

Am Wochenende hatten sich – wie berichtet – Mitglieder aus Hessen zu einem Landesverband zusammengeschlossen. Zur Vorsitzenden der „Grauen Hessen" wurde Ruth Wellbrock (64) aus Dieburg gewählt, teilte der stellvertretende Landesvorsitzende Kurt Müller mit. Müller, viele Jahre SPD-Mitglied und in den 70er Jahren Bürgermeister der Gemeinde Hausen (Kreis Offenbach), hatte die SPD bereits im Sommer verlassen.

Die „Grauen" wollen schon bei der nächsten Bundestagswahl kandidieren.

Tagung in der Evangelischen Akademie Hofgeismar

„Kirche ohne Diakonie ist keine Kirche"

Hofgeismar. Die Kirche rechtfertigt sich vor den Kirchensteuerzahlern überwiegend mit ihrer sozialen Arbeit in der Diakonie. Gleichzeitig wird aber gerade dieser Bereich zu einem wesentlichen Teil mit öffentlichen Geldern finanziert.

Über die Stellung der Diakonie zwischen ihrem kirchlichen Profil und den durch die Fremdfinanzierung erwachsenden Vorgaben und Anforderungen diskutierten jetzt bei einer Tagung der Evangelischen Akademie Hofgeismar Synodale, Mitglieder der Kirchenleitung und haupt- und ehrenamtlich in der Diakonie Tätige. Die Tagung sollte der Vorbereitung der im Dezember stattfindenden Synode der Ev. Kirche von Kurhessen-Waldeck dienen.

Der enorme Ausbau der kirchlichen Sozialarbeit in den letzten Jahrzehnten wäre ohne die breite staatliche Förderung für die Freie Wohlfahrtspflege nicht möglich gewesen, gleichwohl führt die staatliche Sozialplanung zu immer engmaschigeren Regelungen, die die Wohlfahrtsverbände einengen.

Während für die stationären Einrichtungen über zugesicherte Pflegesätze der Kostenträger eine relative finanzielle Absicherung besteht, ist dies im ambulanten Bereich oft nicht der Fall. Wie Günter Grosse, Geschäftsführer des Diakonischen Werks Kassel-Stadt, -Land und Kaufungen, anmerkte, muß er für seine Einrichtungen mit 41 verschiedenen Stellen über Zuschüsse verhandeln, die oft als sogenannte freiwillige Leistungen jederzeit gekürzt werden können.

Auch wenn viele Aufgaben zwischen den Kommunen und der Diakonie gleichermaßen anerkannt werden, scheitert ihre Ausführung doch oft an fehlenden Mitteln. Auf die „öffentliche Armut" vieler Gemeinden und Städte wies Anneliese Wolf, Leiterin des Kasseler Sozialamts, hin. Durch die Belastung der Kommunen mit den Folgen der Arbeitslosigkeit in Form von Sozialhilfeleistungen, bleibe hier nur ein enger Spielraum.

Zur Durchsetzung aller Sozialrechtsansprüche gegenüber der öffentlichen Hand forderte Dr. Heribert Renn, Jurist im Diakonischen Werk Hessen-Nassau, die Kirchen auf. Dies sei insbesondere im Bereich der ambulanten Dienste notwendig, um für die soziale und rechtliche Sicherung von alten, pflegebedürftigen und sozial benachteiligten Menschen nachhaltig einzutreten.

Auf die weiter bestehende Bedeutung der Diakonie für die Arbeit der Kirche verwies Landespfarrer Jürgen Gohde vom Diakonischen Werk in Kurhessen-Waldeck hin. „Kirche kann ohne Diakonie nicht Kirche sein, denn sie verliert sonst die Bedürftigen aus den Augen", sagte Gohde.

Claus-Dieter Suß



HESSISCHE ALLGEMEINE

KASSEL
1 P 3713 A

UNABHÄNGIG | KASSELER ZEITUNG | NICHT PARTEIGEBUNDEN

Preis 1,10 DM | Nr. 243 · Mittwoch, 18. 10. 1989 | Ruf (05 61) 203-0 · Anzeigen 203-3

Wohnen/Sport

Endlich Frieden?



Sportliche Aktivitäten sollen auch künftig in Wohngebieten möglich sein. Bei der Richterwoche des Bundessozialgerichts kündigte Innenminister Schäuble (Foto) noch für diese Legislaturperiode bindende Regelungen für Gerichte und Verwaltung an. Siehe Sport.

Altstadt gesperrt

Chaos in München

In München ist dem Auto in der Innenstadt der Kampf angesagt worden. Gestern wurden die letzten Schleichwege durch die Altstadt gesperrt. Die Folge: ein Verkehrschaos. 10 000 Autofahrer standen im Stau. Siehe „Blick in die Zeit" und Kommentar.

Gefäßsport

Gehen üben

Neuartige Hilfe für Menschen mit Arterienverschlüssen in den Beinen bietet eine „Gefäßsportgruppe", die in Kassel vom Spezialisten Prof. Gruß in Zusammenarbeit mit der GhK eingerichtet wurde. Betroffene trainieren dort ihre Gehfähigkeit. Lokales.

Scannerkassen

Irrtum möglich

Auch Computerkassen sind fehlbar. Das stellten die Verbraucherverbände fest, als sie Scannerkassen in 80 Läden überprüften. Mangelnde Preisausweisung an den Regalen erschwere dem Kunden zudem die Kontrolle. Siehe Wirtschaft.

Musiktage 1989

Mozart in Kassel

1991 feiert alle Welt Mozart zum 200. Todesjahr. Kassel, genauer: die Kasseler Musiktage tun es schon 1989 unter dem Motto „Mozarts letztes Jahr". Die Oper „La clemenza di Tito" und das Requiem sind die Höhepunkte. Kultur.

Wochenendjobs

Metaller sagen nein

In einer gestern veröffentlichten Umfrage der IG Metall haben sich über 95 Prozent der Metallarbeitnehmer gegen regelmäßige Wochenendarbeit ausgesprochen. Die Arbeitgeber sprachen von „Irreführung". Siehe Wirtschaft und Kommentar.

Zum Tage

Nase voll

Fragt man einen Politiker, was er persönlich und seine Partei für den Umweltschutz tun, so wird er zu einer langen Rede ansetzen und über „großartige Erfolge" berichten. Doch der Bürger, so scheint es, hat zu verstehen gelernt: „Erfolge" heißt im Klartext „Kompromisse", und Kompromisse beim Umweltschutz sind leider nur allzuoft halbe Niederlagen.

In einer Allensbach-Umfrage zur Umwelt-Thematik (siehe Seite 2) bekamen die führenden Köpfe aller Parteien derart schlechte Noten, daß man ihnen „blaue Briefe" schicken müßte. Gerade mal 28 Prozent halten Minister Töpfer für kompetent und engagiert – und damit ist er sogar noch Spitzenreiter! Die meisten bekannten Köpfe blieben deutlich unter 10 Prozent.

Sind sie wirklich so schlecht wie ihr Ruf? Eine große Mehrheit, so scheint es, hat die Nase voll von halbherzigen Maßnahmen. Wie sonst käme die Umweltschutzorganisation Greenpeace auf 72 Prozent Zustimmung? Greenpeace handelt, wo andere palavern, drumherumreden. Greenpeace-Leute scheren sich manchmal einen Dreck um Verbote und um ihre eigene Gesundheit, wenn sie Umweltskandale aufdecken. Es wird sie freuen, daß die Nation hinter *ihren Aktivitäten steht. Auch wenn* nur wenige Bürger den Mut zum Mitmachen finden. Bisher.

Peter Ochs

Borken / Ermittlungen eingestellt

Katastrophe war nicht vorhersehbar

Von Chefreporter Karl-Hermann Huhn

Kassel. Es gibt keinen Schuldigen für das Borkener Bergwerksunglück, die Explosion, bei der am 1. Juni 1988 in der Braunkohlengrube Stolzenbach im Schwalm-Eder-Kreis 51 Bergleute ums Leben kamen. In ihrer Brisanz bis dahin von den Experten nicht erkannte Feinstaubablagerungen führten zur Katastrophe. Die Kasseler Staatsanwaltschaft hat das Ermittlungsverfahren deshalb eingestellt.

In Borken werden dies heute die Angehörigen der getöteten Kumpel und die sechs aus dem Katastrophen-Schacht noch geretteten Bergleute in einer von der Grubenleitung ausgerichteten Zusammenkunft offiziell erfahren. In einer Pressekonferenz am Dienstag erläuterte die Kasseler Staatsanwaltschaft das Ergebnis des Ermittlungsverfahrens.

Bis dahin undenkbar

Eine „betriebsbedingte übliche Ausbausprengung" hat am 1. Juni 1988 die Kohlenstaubexplosion gezündet, ein Ereignis, das nach dem Stand der Wissenschaft bis dahin undenkbar gewesen sei. Fünf Experten-Teams und neun Gutachter waren zur Klärung des Falles zugezogen worden. In mehreren Instituten im Ruhrgebiet gab es Sprengversuche. Gleichzeitig seien, so die Staatsanwaltschaft gestern, alle anderen anfangs erörterten Ursachen durch sofort nach der Katastrophe gestartete Ermittlungen ausgeschlossen worden.

In mehr als 30jähriger Bergbaupraxis habe es im Braunkohlentiefbau – auch in Stolzenbach 1966 und '67 – nur Brände gegeben, hieß es gestern. Darauf hätten sich sämtliche Schutz- und Sicherungsmaßnahmen gerichtet. Sie seien vor Ort, so Staatsanwalt Dietmar Schaub als zuständiger Dezernent der Kasseler Ermittlungsbehörde, „auf dem modernsten Stand gewesen."

In Stolzenbach jedoch hatte sich, von den Bergleuten unerkannt, in der Pfeilerstrecke 5 West im Lauf des mehrjährigen Abbaus ein neuartiger Explosionsherd gebildet.

Fortsetzung nächste Seite



Auftakt zur 2. Pokalrunde: Dortmund nur 1:1 gegen Genua

In der zweiten Runde im Europapokal der Cupgewinner verpaßte Borussia Dortmund gestern abend vor 45 000 Zuschauern im Westfalenstadion gegen das favorisierte Team von Sampdoria Genua nur knapp den Sieg. In der vorletzten Minute kassierten die Gastgeber den Ausgleich durch Mancini, nachdem Wegmann in der 64. Minute die Führung erzielt hatte. Auf unserem Bild verfehlen Mannini (links) und Mill einen Flankenball. (dpa-Funkbild)

10 000 demonstrierten in Dresden

Diskussion mit OB erzwungen

Berlin (AP/dpa). Rund 10 000 Demonstranten haben am Montagabend eine öffentliche Diskussion über demokratische Reformen mit dem Dresdener Oberbürgermeister Wolfgang Berghofer (Foto) erzwungen. Die Menschenmenge hatte sich vor dem Rathaus angesammelt, wo Berghofer zu dieser Zeit mit Vertretern von Demonstranten ein Informationsgespräch führte. Die Menge rief immer wieder: „Jetzt und hier". Lautstark forderten sie Meinungs- und Versammlungsfreiheit sowie die Zulassung der verbotenen Demokratiebewegung Neues Forum.

Berghofer sprach schließlich vom Balkon des Rathauses über Megaphon zu den Demonstranten und kündigte dabei eine Fortsetzung des „gewaltfreien Dialogs" mit den Oppositionellen an. Er erklärte allerdings auch, daß es weiterhin keine Anerkennung des „Neuen Forums" geben werde.

Berghofer hatte zwei Stunden mit der „Gruppe der 20", wie die Sprechergruppe der Oppositionellen genannt wird, über einen Zehn-Punkte-Katalog diskutiert, in dem unter anderem freie Wahlen, Presse-, Meinungs- und Reisefreiheit verlangt wurden. Ein Sprecher anschließend: „Wir haben mit Bedauern zur Kenntnis nehmen müssen, daß der Oberbürgermeister uns keinen eigenen Status zugesichert hat, weil wir sonst seiner Auskunft nach als Opposition staatlich anerkannt würden".

Weitere Berichte aus der DDR finden Sie auf der Seite „Themen des Tages".

Das „Neue Forum" ist nach eigenen Angaben inzwischen erstmals offiziell in einer DDR-Großstadt „toleriert" worden. Wie Mitinitiatoren des „Neuen Forums" gestern aus Potsdam mitteilten, sei dies Ergebnis eines Gesprächs vom Vortag. Daran nahmen neben „Forum"-Vertretern Kirchenleute, der Oberbürgermeister und Vertreter staatlicher Organisationen teil. Die Gesprächsrunde sei auf Initiative des 1. Sekretärs der SED-Kreisleitung, Heinz Vietze, zustande gekommen. Bemühungen um eine „Legalisierung" des „Neuen Forums" würden in der Bezirksstadt fortgesetzt.

Fortsetzung nächste Seite

Junge Demonstranten

Haftstrafen in Dresden

Berlin (AP). Ein Dresdner Gericht hat nach einem Bericht der Ostberliner Jugendzeitung „Junge Welt" drei junge Demonstranten zu Haftstrafen zwischen dreieinhalb und viereinhalb Jahren verurteilt. Nach Angaben des Blattes vom Dienstag hatten die drei Männer in der Nacht zum 5. Oktober versucht, auf dem Dresdner Hauptbahnhof auf einen der Züge aufzuspringen, mit denen die DDR-Flüchtlinge aus der Bonner Botschaft in Prag ins Bundesgebiet gefahren wurden. Tausende standen an diesem Tag vor dem Bahnhof. Dem Bericht zufolge beteiligten die jungen Leute sich an Ausschreitungen und Gewalttätigkeiten, weil die Bahnsteige abgeriegelt waren.

Das Gericht begründete die Strafen mit „Rowdytum in Tateinheit mit Zusammenrottung sowie Widerstand gegen staatliche Maßnahmen". Zusätzlich sei gegen die Verurteilten eine Geldstrafe von 1000 (DDR-) Mark verhängt worden.

Polen / Düsseldorf

125 Flüchtlinge eingetroffen

Düsseldorf (dpa). Die ersten DDR-Flüchtlinge, die Polen auf dem Luftweg verlassen haben, sind gestern abend in Düsseldorf eingetroffen. Etwa 125 Menschen waren in einer Maschine der polnischen Fluggesellschaft LOT. Der nordrhein-westfälische Sozialminister Heinemann begrüßte sie am Flughafen. Dabei dankte er Warschau für die humanitäre Haltung. Omnibusse des Bundesgrenzschutzes brachten die Ankommenden sofort in das Notaufnahmelager Schöppingen.

Die Menschen hatten im Rahmen einer neuen Prozedur am Montag und Dienstag die nötigen Ausreisedokumente von der DDR-Botschaft in Warschau erhalten. Während die 125 DDR-Flüchtlinge Polen verließen, meldeten sich seit Montag abend etwa 180 Neuankömmlinge bei der Bonner Mission in Warschau. Die Zahl der noch in Polen verbleibenden Flüchtlinge aus der DDR beträgt nach letzten Angaben mehr als 1500.

Brandt erwartet schnelle Reformen in der DDR

Moskau (dpa). Der Vorsitzende der Sozialistischen Internationale (SI), Willy Brandt erwartet in der DDR „Reformen in kürzester Zeit, schon um die Massenflucht zu Ende zu bringen". Nach einem rund zweistündigen Meinungsaustausch mit dem sowjetischen Staats- und Parteichef Gorbatschow sagte Brandt, er habe den Eindruck gewonnen, daß Gorbatschow seine Bewertung der Probleme in der DDR teile. „Es gibt eine starke Berührung in der Einschätzung, daß nicht materiell-ökonomische Gründe am vordringlichsten sind, sondern die Probleme des Verhältnisses des Bürgers zum Staat, dem Anspruch mündiger Bürger an den Staat", erklärte der SI-Chef. Er warnte davor, die in Gang gekommenen Reformprozesse in der DDR „durch unzweckmäßige Interventionen" von außen zu stören.

In Bonn hat SPD-Chef Vogel personelle Veränderungen in der DDR-Führung sowie wirkliche Reformschritte gefordert. Die SED-Spitze täusche sich, wenn sie glaube, den Reformprozeß mit halbherzigen Zugeständnissen, aber alten Formeln und Parolen bremsen zu können.

Studentenwerk

Fast 100 000 „Buden" fehlen

Bonn (dpa). Von den 235 000 Studienanfängern dieses Semesters sind Schätzungen zufolge noch fast 100 000 auf der Suche nach einer Bleibe. Das Deutsche Studentenwerk forderte gestern ein koordiniertes Vorgehen von Bund und Ländern in dieser Frage. In den nächsten Jahren müßten mindestens 50 000 neue Wohnungen mit vertretbaren Mieten für Studenten errichtet werden.

Übergangsquartiere, Sammelschlafplätze, beheizte Zelte und Behelfswohnungen, wie jetzt vom AStA der Universität Kiel auf dem Segelschulschiff Passat angemietet, könnten nur vorübergehend helfen, sagte Studentenwerks-Generalsekretär Bachmann.

Der Kanzler und alle Politiker hätten das Problem zwar erkannt, auch mit Appellen dazu beigetragen, letzte Reserven zu mobilisieren, jedoch sei dies alles „nur ein Tropfen auf den heißen Stein" geblieben.

Salzgitter-Erlös

Bonn denkt an Umweltstiftung

Bonn (dpa). Die Bundesregierung will Anfang nächsten Jahres eine großangelegte Umweltstiftung gründen. Sie soll mit zwei Milliarden DM ausgestattet werden. Das Geld kommt von der Privatisierung des bundeseigenen Salzgitterkonzerns, der an die Preussag AG (Hannover) verkauft werden soll. Im Bundesfinanzministerium wurden gestern entsprechende Zeitungsberichte bestätigt. Der Sitz der Stiftung soll Niedersachsen sein. Sie soll mit jährlich mindestens 150 Millionen DM Projekte zur Erforschung und Entwicklung umwelt- und gesundheitsfreundlicher Produkte fördern. Vor allem solle der Mittelstand bedacht werden.

Die Last mit den Umfragen

Wir leben im Zeitalter der Meinungsumfragen. Ständig sind die Bundesbürger auf dem laufenden, was die Mehrheit von ihnen zu welchem Thema auch immer zu sagen hat. Der Hintergrund dieser „Umfrageritis" ist so einfach wie einleuchtend: Das Ergebnis soll suggerierend wirken. Der geneigte Leser solcher Veröffentlichungen soll möglichst dazu gebracht werden, so zu denken, wie die Mehrheit denkt. Die Medien springen auf diesen Zug der Zeit auf und veröffentlichen die Ergebnisse, stellen sie doch – mit welcher Absicht auch immer die Umfrage selbst in Auftrag gegeben wurde – ein Stück Meinungsvielfalt dar.

Nicht immer aber ist es so simpel, eine Befragung als unvollständig und deshalb nicht aussagekräftig zu entlarven wie die Umfrage der IG Metall zur Wochenendarbeit. Sie soll der Einstimmung auf die Tarifauseinandersetzung im Frühjahr nächsten Jahres dienen, wenn die Forderungen nach der 35-Stunden-Woche (Gewerkschaft) und nach einer flexibleren Arbeitszeitgestaltung mit Samstagsarbeit (Arbeitgeber) aufeinanderprallen werden.

Damit hat jedoch der Fragenkatalog nur am Rande zu tun. Die Metaller sind bewußt und gezielt nur auf regelmäßige Samstagsarbeit angesprochen worden. Das überwältigende „Nein" aus ihren Reihen ist da eine logische Folge – und sicher auf jeden anderen Beruf übertragbar. Regelmäßige Samstagsarbeit wird jedoch im Kern nicht unter flexiblerer Arbeitszeitgestaltung zu verstehen sein. Außerdem kann sie in Tarifverträgen ausgeschlossen werden.

Es wird leider nicht die letzte Umfrage dieser Art im Tarifkonflikt sein, mit der sich die Öffentlichkeit auseinandersetzen muß. Man wird merken: Für jede der Tarifforderungen wird es eine Mehrheit geben. Man muß nur die richtigen – oder falschen? – Fragen stellen.

Horst Seidenfaden

Gestern München, morgen überall?

Es ist ein Teufelskreis. Berufspendler fahren mit ihren Pkw in die Innenstädte, weil ihnen das Angebot mit Bussen und Bahnen nicht attraktiv genug ist. Das Angebot mit Bussen und Bahnen wiederum kann erst dann attraktiver werden, wenn genügend Leute damit fahren. Das Resultat sind Staus, hoffnungslos verstopfte, zugeparkte Stadtkerne, erfüllt zudem vom Motorenlärm und Abgasen. Oder wie es jetzt der Kommentator einer Münchner Zeitung als Vision voraussagte: Der Moloch Verkehr frißt sich selber, je mehr Autos fahren, desto mehr stehen sie.

Der Anlaß für diese Feststellung war ortsgebunden aktuell. Die bayerische Landeshauptstadt hat jetzt zur Radikalkur gegriffen, um den Durchgangsverkehr total aus der Innenstadt zu verbannen. Das Chaos gestern bei der „Premiere" war zu erwarten, weil Vernunft offensichtlich nicht zu erwarten ist.

Und gerade diese resignierende Erfahrung ist es eben, die zu solchen radikalen Abwehrmaßnahmen zwingt. Das beginnt mit Appellen, die ungehört verhallen, es folgen von Jahr zu Jahr drastischere Gebühren, Abbau von Parkraum. Und das Ende vom Lied sind gesperrte Stadtkerne.

Die Proteste sind programmiert. Der Einzelhandel fürchtet um seine Umsätze, das Aussterben der Innenstädte wird nicht nur von ihm an die Wand gemalt. Dabei fragt sich, ob die Städte nicht viel schneller an der Verkehrslawine zugrunde gehen, wenn man ihr nicht Einhalt gebietet.

Die „freie Fahrt für freie Bürger" hat ihre Grenzen erreicht. Der Tag ist gekommen, wo man nicht länger nach dem St. Florians-Prinzip auf den Nachbarn zeigen kann, wenn an die Vernunft appelliert wird. Wer nicht bereit ist, dies einzusehen, der wird eben zu seinem und dem Glück aller gezwungen werden müssen. München ist überall.

Wolfgang Rossbach

Das Zitat

„Nicht jene bewirken Instabilität, die Freiheit und Selbstbestimmung fordern, sondern diejenigen, die sie verweigern."

Helmut Kohl

ARD und ZDF zeigten Ostberliner „Konzert gegen Gewalt"

Hinreißende Wahrheiten

Von unserem Redaktionsmitglied Dirk Schwarze

Die ergreifendste Fernsehsendung des Montagabends stand in keiner Programmvorschau: Spontan hatten sich die Planer bei ARD und ZDF entschieden, zu mitternächtlicher Stunde Ausschnitte von dem „Konzert gegen Gewalt" auszustrahlen, das am Vorabend mehr als 3000 in der Ostberliner Erlöserkirche in den Bann gezogen hatte. Es war trotzdem immer noch zu wenig, was man zu sehen und zu hören bekam.

Was faszinierte eigentlich mehr: Diese fröhliche und so ansteckende Zuversicht, die die Rock- und Bardengarde der DDR mit dem Beatle-Song „All we are saying, lets give Peace a Chance" (Wir sagen's immer wieder: Gebt dem Frieden eine Chance) verbreiteten? Oder war es der unbeugsame Mut der Sänger und Sprecher, die geradeheraus ihre Kritik formulierten und die Resolutionen vortrugen? Oder imponierte einfach dieser sprachliche Witz, mit dem die „Alten" des SED-Regimes zum Reform-Dialog herausgefordert wurden?

Schon wollte man gar nicht mehr die kurz zuvor gehörte Meldung glauben, daß immer noch Tausende über Polen und Ungarn einem Land den Rükken kehren, in dem es eine solche geballte Kraft an Phantasie gibt. Und erst recht nicht mochten sich die Klagen der 70er Jahre zusammenreimen, nach dem Exodus von Biermann und anderen Autoren sei die DDR geistig ausgeblutet. Offenbar sind da Dutzende von Biermanns nachgewachsen. Die komponieren und texten frisch und frech und leiden nicht wie ihre westdeutschen Kollegen darunter, daß sie mit jedem ihrer Beiträge ihre Existenzberechtigung unter Beweis stellen müssen. Diese DDR-Liedermacher und Kabarettisten machen den Mund für alle auf.

Nicht auf die Form kam es hier an, sondern auf die Wahrheit. Und die war immer hinreißend, ob sie nun ein Rocksänger formulierte oder ein real tätiger Stadtverordneter, der die Opposition beschwor, nun nicht gleich auch alle 2,3 Millionen SED-Mitglieder auszugrenzen.

Eine Sternstunde – mit Sicherheit nicht nur für unser Fernsehen.



Neo-ägyptisch-libysch (Aus: Westdeutsche Allgemeine Zeitung / Pielert)

Offene Kritik von DDR-Gewerkschaftern

Arbeiter melden sich zu Wort

Von AP-Korrespondent Ingomar Schwelz

Der Satz auf dem Transparent brachte die Stimmung der 120 000 Demonstranten in der Leipziger Innenstadt auf den Punkt: „Reformen à la Hager sind uns zu mager". Am Montag abend wurde in der sächsischen Messestadt deutlich, daß vielen unzufriedenen DDR-Bürgern die von der Ostberliner Regierung und ihrem Chefideologen Kurt Hager seit einer Woche immer wieder bekundete Dialogbereitschaft nicht ausreicht.

Nicht länger sind es allein kirchliche Basisgruppen, Künstler und Intellektuelle, die in dramatischen Appellen eine gesellschaftliche Umwandlung in der DDR einklagen. Auch die Arbeiter in den Großbetrieben melden sich in bisher nicht gekannter Weise kritisch zu Wort. Sie verlangen offen konkrete Reformschritte. Ausgerechnet die bisher auf SED-Linie fahrende Gewerkschaftszeitung „Tribüne" entwickelt sich zum Sprachrohr der Unzufriedenen. Das Blatt berichtete am Dienstag von einer Diskussionsrunde im VEB Transformatorenwerk Oberschöneweide (Ost)-Berlin, in der der führende FDGB-Funktionär Achim Pampel ein vernichtendes Urteil über die Gewerkschaftsarbeit in der DDR abgab: „Wir haben es versäumt, richtig nachzustoßen, wenn es um die Durchsetzung gewerkschaftlicher Belange – und das sind nun einmal alle, die die Menschen bewegen – geht".

Auch Sätze, wie die der „Vertrauensfrau der Gewerkschaftsgruppe Wareneingang", Irene Kühn, hat man in der „Tribüne" wohl noch nie nachlesen können. Zum dem Massenexodus von DDR-Bürgern stellt sie fest: „Die Arbeit mit den Menschen haben wir völlig verlernt. Wäre das nicht geschehen, säßen wir heute nicht hier, wäre ein solcher Aderlaß nicht notwendig gewesen."

Zwölf Gewerkschafter schrieben kürzlich im Namen von 380 Kollegen des Ostberliner Transformatorenwerks aus „Sorge über die Ausreise so vieler DDR-Bürger in die BRD" an den FDGB-Chef Harry Tisch. Von der tiefen Besorgnis „über das gesamte gegenwärtige unbefriedigende Klima" ist in ihrem Brief die Rede. Die „Tribüne" dokumentiert die Beschwerden der Arbeiter: Die gegenwärtigen Reisemöglichkeiten hätten sich in der Praxis „als eine Teilung der Menschen in Antragsberechtigte und -unberechtigte" erwiesen. Gemosert wird über die Einkommen, die in keinem Verhältnis zur Preisentwicklung bei hochwertigen Konsumgütern stünden. Viele DDR-Erzeugnisse würden überwiegend exportiert oder nur in Intershop-Verkaufsläden angeboten.

„Fragen ohne Antworten"

In der Diskussionsrunde der Ostberliner Transformatorenwerker habe es viele „Fragen ohne Antworten" gegeben, schreibt die „Tribüne". Matthias Mesletzky von der Materialwirtschaft wollte beispielsweise wissen, wo er die Gewißheit *hernehmen solle*, daß die neuen Reiseregelungen in die CSSR tatsächlich nur „vorübergehend" seien. „Waren die Einschränkungen im paß- und visafreien Verkehr in die VR Polen nicht auch als vorübergehende Maßnahme deklariert?" fragt er. Die DDR erschwerte 1980 Reisen nach Polen, nachdem dort das Kriegsrecht ausgerufen worden war. Willi Schmidt, Vertrauensmann vom Transportwesen, wird mit der bangen Frage zitiert: „Wir Alten haben damals die Trümmer der Städte weggeräumt; müssen wir jetzt auch ideologische Trümmer wegschaffen?"

Landung der syrischen MiG wirft Fragen auf

Den Israelis stehen die Haare zu Berge

Von dpa-Korrespondent Christian Fürst

Der zierliche syrische Kampfpilot Machmud Bassem Adel lehrte die Israelis das Fürchten. Die abenteuerliche Flucht des 33jährigen mit seiner MiG 23, die am Dienstag in der Luftwaffe des jüdischen Staates zu personellen Konsequenzen führte, hat der Bevölkerung Israels einmal mehr vor Augen geführt, wie schnell hier eine militärische Fehlentscheidung zur Katastrophe führen könnte.

In guter Absicht

Das Wissen, daß eines der über 650 syrischen Kampfflugzeuge in weniger als zehn Minuten die von der Grenze 150 Kilometer entfernte Hauptstadt Jerusalem erreichen kann, ließ den stets alarmbereiten Israelis nachträglich die Haare zu Berge stehen. Daß Pilot Adel, der im Tiefflug ungehindert ins Gelobte Land donnerte, in guter Absicht kam und mit der modernsten Version der MiG 23, einer Maschine sowjetischer Bauart, ein höchst willkommenes Gastgeschenk mitbrachte, hat den Schock kaum gemildert. Da nützte es wenig, wenn General Dan Schomron, Oberbefehlshaber der Streitkräfte, bei der Vorlage des eilig erstellten Untersuchungsberichts am Montagabend versicherte, Israels Luftüberwachung sei völlig intakt.

Westliche Militärexperten stimmen mit dem General überein. „Die Israelis müssen ein kalkuliertes Risiko eingehen, was wir übrigens auch in der Nato tun", meinte ein diplomatischer Beobachter am Dienstag. „In Friedenszeiten kann man nicht alles dichtmachen!" Die Flucht des MiG-Piloten mache einmal mehr deutlich, „daß die geringe Größe dieses Landes ein ungeheurer strategischer Nachteil ist". Gerade in der Luftverteidigung spiele der Zeitfaktor eine „entscheidende Rolle".

Daß die israelische Regierung die Furcht in der Bevölkerung äußerst ernst nimmt, zeigte die Tatsache, daß sie den vollen Text des 52seitigen Untersuchungsberichts über die Affäre am Dienstag der Presse übergab. Daß danach die syrische MiG nur deshalb in den israelischen Luftraum eindringen konnte, weil zwei Offiziere zögerten, eigene Abfangjäger zu mobilisieren, ist für die Bevölkerung nur ein schwacher Trost. „Was wäre, wenn der Pilot ein Selbstmordkommando geflogen und seine Maschine in Haifa oder Tel Aviv in ein Hochhaus gestürzt hätte? Was, wenn er Bomben abgeworfen hätte?" fragen sich verunsicherte Israelis.

Kalkuliertes Risiko

Solche Ängste kann Armeechef Schomron nicht ausräumen: „Es gibt keine hundertprozentige Sicherheit. Wir müssen uns ständig auf unsere Urteilsfähigkeit verlassen und ein kalkuliertes Risiko in Kauf nehmen. So leben wir halt. Wir haben keine andere Wahl", meinte der Offizier am Dienstag. Genauso wenig könne man verhindern, daß - wie im Juli geschehen - „jemand einen vollbesetzten Bus absichtlich in eine Schlucht steuert".

Presse-Echo

Der Börsenkrach war Thema zahlreicher Kommentare:

SÜDWEST PRESSE
(Ulm)

An der Börse wird zum Aussteigen nicht geklingelt. Die alte Spekulantenweisheit hat sich einmal mehr bestätigt, für viele Anleger schmerzlich. Aus heiterem Himmel allerdings kam der Absturz nicht. Allzu hitzig hatte in den letzten Monaten die Spekulation die Kurse auf neue Spitzenwerte getrieben.

Rhein-Zeitung
(Koblenz)

Üblicherweise dürfte ein derartiger Kurseinbruch rasch wieder Boden finden, denn die wirtschaftlichen Fakten sind aktuell gut und vielversprechend für morgen. Dann liefe die Geschichte darauf hinaus, daß die Deutschen alles besonders gründlich machen, und wenn's ein Kurs-Schlachtefest ist.

Abendzeitung
(München)

Da hat sich wieder einmal gezeigt, daß nicht jeder, der Aktien besitzt, sie auch wirklich besitzen sollte. Leute mit schwachen Nerven sollten ihr Geld lieber auf einem Sparkonto anlegen oder sichere Staatsanleihen kaufen.

RHEINISCHE POST
(Düsseldorf)

Welche Kleinanleger – und sie waren es im wesentlichen, die gestern als Verkäufer auftraten – haben schon die Nerven, an ihren Aktien festzuhalten, wenn die Kurse kräftig purzeln. Zu frisch ist da noch die Erinnerung an den Crash von 1987, als sich die alte Börsenwahrheit „die ersten Verluste sind die kleinsten" als zutreffend erwies.

Wissenschaftler mahnen Reformen an

Auch in der DDR soll sich Leistung lohnen

Eine Veränderung ihres Wirtschaftssystems halten Wissenschaftler aus der DDR für unumgänglich. Prof. Max Schmidt, Direktor des Instituts für internationale Politik und Wirtschaft der DDR, setzte sich auf dem Dräger-Symposium in Malente (Kreis Ostholstein) am Dienstag für eine Veränderung des Lohnsystems ein. „Die Gleichmacherei muß beseitigt werden", sagte Schmidt vor Journalisten. Es müsse öffentlich diskutiert werden, in welcher Form Leistung in Zukunft anerkannt werde.

Prof. Jürgen Nitz vom selben Institut betonte, Handel, Kooperation und Technologietransfer mit dem Westen setze „für dieses und jenes osteuropäische Land", aber auch für die DDR Reformen voraus. Er schlug eine „Konversion" (Umwandlung) von Rüstungsaufgaben vor.

Gegen Nachahmung

Schmidt verwahrte sich gegen eine Übertragung der gegenwärtigen Entwicklung in Polen und Ungarn auf die DDR. Die DDR denke nicht daran, das westliche Wertesystem zu übernehmen. Ein DDR-spezifischer Weg müsse gefunden werden. Der Wissenschaftler, der sich als „glühender Verehrer Gorbatschows" bezeichnete, kündigte für die nächsten Wochen ein Angebot über wirtschaftliche Veränderungen in der DDR an. Ohne Umgestaltung könne sich die Gesellschaft nicht entwickeln. *Beispielsweise* könnten Mieten und Energiepreise nicht wie bisher subventioniert werden. Zur Zeit wende die DDR nach Angaben Schmidts 60 Milliarden an Haushaltsmitteln auf, um die Grundpreise für Verbraucher stabil zu halten. Bei aller Umorientierung kann, sich Schmidt keine Wirtschaft ohne Planung und Berücksichtigung sozialer Belange vorstellen.

Der Weggang junger Menschen aus der DDR führe zu beträchtlichen Produktionsproblemen, besonders in südlichen Bezirken des Landes, sagte *Schmidt. Er gehe aber davon* aus, daß viele der ehemaligen DDR-Bürger zurückkehren. 50 Prozent der Probleme bestünden gegenwärtig darin, daß über Schwierigkeiten nicht geredet werde.

Für Privatisierungen

Der polnische Industrieminister Tadeusz Syryjczyk beschrieb in Malente die notwendigen Wirtschaftsreformen in seinem Land: Unrentable Unternehmen des öffentlichen Bereichs müßten privatisiert werden. Dabei könnten Aktien an Mitarbeiter aber auch an Ausländer vergeben werden. Syryjczyk verwies auf die besondere Bedeutung einer harten Währung: „Wenn innerhalb eines Jahres der Zloty nicht frei konvertibel ist, dann sind unsere Reformen gescheitert".

Als fernes Endziel, das frühestens Ende des Jahrhunderts verwirklicht werde, bezeichnete dagegen der stellvertretende Vorsitzende der Wirtschaftskommission beim Ministerrat der UdSSR, Prof. Ivan Iwanow, einen konvertierbaren Rubel. Zunächst müßten die sowjetischen Betriebe für den Wettbewerb auf dem Weltmarkt vorbereitet werden.



HESSISCHE ALLGEMEINE

KASSEL
1 P 3713 A

UNABHÄNGIG
Preis 1,10 DM

KASSELER ZEITUNG
Nr. 244 · Donnerstag, 19. 10. 1989

NICHT PARTEIGEBUNDEN
Ruf (05 61) 203-0 · Anzeigen 203-3

Starke Bremer

Bundesligisten gut im Rennen

Landesmeister

Bayern München – Nentori Tirana	3:1

Uefa-Pokal

Zenit Leningrad – VfB Stuttgart	0:1
Real Saragossa – Hamburger SV	1:0
1. FC Köln – Spartak Moskau	3:1
Werder Bremen – Austria Wien	5:0

Aus der DDR

Flüchtlingswelle ungebrochen

Wien (dpa). Der Flüchtlingsstrom aus der DDR hält fast ungebrochen an. Während die Zahl der DDR-Bürger, die über Ungarn in die Bundesrepublik ausreisten, bis Mittwoch leicht zurückging – der Bundesgrenzschutz registrierte in diesem Zeitraum 1238 im Vergleich zu 1800 in den Vortagen - stieg die Zahl der Ausreisewilligen in der bundesdeutschen Botschaft in Warschau wieder auf rund 1600. Seit Öffnung der ungarischen Westgrenzen am 11. September sind damit - einschließlich der Botschaftsflüchtlinge aus Prag - rund 57 000 DDR-Bürger in Bayern eingetroffen.

Flucht gescheitert

Bei einem Fluchtversuch sind bei Helmstedt (Niedersachsen) zwei Erwachsene und drei Kinder von DDR-Grenztruppen festgenommen worden. Dagegen gelang einer dreiköpfigen Familie im Landkreis Coburg ohne Zwischenfall die Flucht.

Mittag und Herrmann müssen SED-Führungsspitze verlassen

Honecker gab auf – Krenz Nachfolger

Berlin (dpa/AP). DDR-Staats- und Parteichef Honecker ist am Mittwoch morgen abgetreten. Seine Macht legte das SED-Zentralkomitee dem langjährigen „Kronprinzen" Egon Krenz in die Hände, der nach eigenen Worten eine „Wende" einleiten und die „politische und ideologische Offensive wiedererlangen" will. In einer vom Fernsehen am Abend gesendeten Rede gestand Krenz auch Fehler der Partei ein.

Die SED habe die gesellschaftliche Entwicklung nicht real genug eingeschätzt und nicht rechtzeitig die richtigen Schlußfolgerungen gezogen. Als deutlichste Mängel in der Wirtschaft nannte er „unzureichende Exporteffektivität und Warenproduktion".

Mit dem Führungswechsel verloren auch der Wirtschaftsexperte Günter Mittag und der für die Massenmedien verantwortliche Joachim Herrmann ihre Posten. Das Zentralkomitee reagierte damit offensichtlich auf die größten Massenproteste in der Geschichte des Landes, die Massenausreise von DDR-Bürgern und die immer lauter werdenden Forderungen nach inneren Reformen.

Auf „Themen des Tages" finden Sie Porträts von Erich Honecker und seinem Nachfolger. Dort steht auch der Wortlaut der Honecker-Erklärung. Wie die Parteien in Bonn reagierten, lesen Sie auf der nächsten Seite.

Als Grund für seinen Rücktritt nannte der 77jährige Honecker vor dem Zentralkomitee seine angeschlagene Gesundheit. Sein Nachfolger sei „fähig und entschlossen", „der Verantwortung und dem Ausmaß der Arbeit so zu entsprechen, wie es die Lage, die Interessen der Partei und des Volkes und die alle Bereiche der Gesellschaft umfassenden Vorbereitungen des XII. Parteitages erfordern". Wie ADN am Nachmittag berichtete, habe das Zentralkomitee Honecker für sein langjähriges Wirken herzlichen Dank ausgesprochen.

Der bisher im Politbüro für Sicherheitsfragen zuständige Krenz sagte im DDR-Fernsehen: „Ich habe im ZK gesagt, daß ich mir bewußt bin, eine schwere Aufgabe übernommen zu haben." In „einer sehr komplizierten Zeit" warte viel Arbeit auf ihn. So wichtig es sei, miteinander zu reden und auch zu streiten, das wichtigste sei, miteinander zu arbeiten.

Krenz kündigte in seiner Rede auch neue Reisebestimmungen an. Das Politbüro der SED habe der Regierung den Vorschlag unterbreitet, einen Gesetzentwurf über Reisen von DDR-Bürgern ins Ausland vorzubreiten. In diesem Zusammenhang, so Krenz weiter, „könnten ebenfalls die zeitweilig getroffenen einschränkenden Maßnahmen zum Reiseverkehr in sozialistische Bruderländer aufgehoben beziehungsweise modifiziert werden".

Für die Verwirklichung der in Aussicht genommenen Schritte für den Reiseverkehr in die Bundesrepublik und in andere westliche Länder bleibe es aber ein sehr ernstes Hindernis, daß die Bundesrepublik sich nach wie vor weigere, die Staatsbürgerschaft der DDR uneingeschränkt zu respektieren. Nach Krenz sei das „Festhalten an der Obhutspflicht" für alle Deutschen" Teil der „revanchistischen Grundkonzeption der BRD".



„FÄHIG UND ENTSCHLOSSEN" nannte Erich Honecker gestern seinen Nachfolger Egon Krenz. Der 52jährige Krenz (hier mit Honecker auf einem Archivbild aus 1986) galt schon länger als Anwärter für die DDR-Staats- und Parteiführung. (dpa-Funkbild)

Krenz soll auch die anderen Ämter Honeckers übernehmen. Das Zentralkomitee werde der DDR-Volkskammer den „Vorschlag Honeckers" unterbreiten, den 52jährigen auch zum Staatsratsvorsitzenden und Vorsitzenden des Nationalen Verteidigungsrates zu wählen, berichtete ADN.

Der Spitzenpolitiker Mittag, dem das Volk die Verantwortung für die Mißwirtschaft in der DDR anlastet, wird nicht nur von seiner Funktion als Politbüromitglied und ZK-Sekretär „entbunden", wie es bei ADN heißt, sondern soll auch als stellvertretender Staatsratsvorsitzender abberufen werden. Dem Politbüromitglied Joachim Herrmann war bei den jüngsten Massenprotesten eine falsche Medienpolitik und eine Verschleierung der tatsächlichen Verhältnisse in der DDR vorgeworfen worden. Auch er wurde von der Funktion als Politbüromitglied und ZK-Sekretär entbunden.

Fortsetzung nächste Seite
Siehe auch „Zum Tage"

Zum Tage

Der Sturz

Mit Erich Honecker verläßt ein Mann von gestern die politische Bühne der DDR. Als Partei- und Staatschef hat er sich selbst überlebt. Das 40jährige Jubiläum des Arbeiter- und Bauernstaates war sein Abgesang. An seine früheren Verdienste mag sich niemand mehr erinnern. Der Bevölkerung wird er, wenn überhaupt, nur als Stalinist und starrsinniger Reformgegner im Gedächtnis bleiben. Er stemmte sich allen Versuchen der Liberalisierung und demokratischen Erneuerung entgegen und machte sich durch seine Trugbilder einer heilen Welt des Sozialismus immer unglaubwürdiger.

Erich Honecker ist nicht freiwillig gegangen. Das Politbüro der SED hat ihn gestürzt, mehr noch, es hat ihn geopfert. Mit dem Wechsel an der Spitze reagiert die Partei auf Massenflucht und Massenprotest der Hunderttausende, die dem System nach außen und innen den Rücken gekehrt haben. Die eindrucksvolle Volksabstimmung mit Füßen und Fäusten zwingt sie, nun endlich zu handeln. Darin kann man einen ersten Erfolg der kritischen Opposition erblicken. Aber das Ende Honeckers wird nur dann der Anfang einer neuen Ära sein, wenn dem Austausch der Person auch tiefgreifende Veränderungen der Politik folgen.

Da ist Skepsis angebracht. Dem neuen SED-Chef Egon Krenz geht alles andere als der Ruf eines demokratischen Reformers voraus. Sein einziges Verdienst ist es, jünger zu sein als die alte Garde. Wenn er von Wende spricht, muß man sich fragen, was er als Honeckers Kronprinz bisher getan hat, um Mißstände zu beseitigen und verkrustete Strukturen aufzubrechen. Der Bevölkerung der DDR kann er mit einer ideologischen Offensive der SED nicht dienen. Sie wünscht politische und wirtschaftliche Entscheidungen, die ihr mehr persönliche Freiheit und eine bessere Versorgung garantieren. Der erhoffte Neubeginn ist auch nach dem Sturz Honeckers noch in weiter Ferne.

Achim v. Roos

San Francisco / Schwere Verwüstungen

270 Erdbeben-Tote in Kalifornien

San Francisco (AP/dpa). Ein verheerendes Erdbeben hat am Dienstag abend im Raum San Francisco mindestens 272 Menschen das Leben gekostet und große Verwüstungen angerichtet. Rund 650 Menschen wurden verletzt. Rettungstrupps mit Hunden suchten gestern weiter nach Verschütteten.

Es war das schlimmste Beben in den USA seit der Katastrophe von San Francisco im Jahr 1906. Der 15 Sekunden dauernde Erdstoß am Dienstag um 17.04 Ortszeit (Mittwoch 1.04 Uhr MEZ) ereignete sich in der Spitzenzeit des Berufsverkehrs und hatte die Stärke 6,9 auf der Richter-Skala. Das große Beben vor 83 Jahren wurde im nachhinein auf 8,3 Richter-Punkte geschätzt. Am Mittwoch kam es zu Nachbeben, die eine Stärke von 4,5 erreichten. In den am schwersten zerstörten Stadtvierteln kam es zu Plünderungen und Vandalismus. Bürgermeister Art Agnos rief die Nationalgarde zu Hilfe. US-Präsident Bush, der Verkehrsminister Skinner in das Katastrophengebiet schickte, versprach den Opfern jede gewünschte Hilfe.

Allein 253 Menschen wurden in Oakland, der Nachbarstadt am Ostufer der Bucht von San Francisco, in ihren Autos zerquetscht, als die obere Etage einer zweistöckigen Stadtautobahn auf einer Länge von einem Kilometer auf die untere Fahrbahn stürzte. Mindestens 14 Menschen starben in San Francisco und dem weiter südlich gelegenen Santa Cruz, in dessen Nähe sich das Zentrum des Bebens befand. Dort stürzten zwei Autobahnbrücken ein.

Augenzeugenberichte und Erläuterungen zum San Andreas-Graben auf „Blick in die Zeit"

In San Francisco selbst brach der Verkehr vollständig zusammen. In der ganzen Stadt fiel die Stromversorgung aus. Überall brachen wegen geborstener Gasleitungen Brände aus. Ein zusammenstürzendes Haus erschlug sechs Autofahrer. Auf der doppelstöckigen Bay Bridge, die San Francisco mit Oakland verbindet, brach ebenfalls ein Teil der oberen Fahrbahnen ein. Drei Autos wurden von den Trümmern eingequetscht, wobei ein Autofahrer ums Leben kam.

In Oakland dauerte es mehrere Stunden, bis die mit Bulldozern und Traktoren ausgerüsteten Bergungsmannschaften zu allen zertrümmerten Fahrzeugen vordringen und sich einen Überblick über die Zahl der Opfer verschaffen konnten. Dutzende von Leichen wurden mit Lastwagen weggefahren.

AUF DIESER SCHNELLSTRASSE in Oakland, am Ostufer der Bucht von San Francisco, starben bei dem Beben allein 253 Menschen. Als die obere Fahrbahn auf die untere stürzte, wurden die Autofahrer in ihren Wagen von Beton zerquetscht. (dpa-Funkbild)

Rund 60 000 Sportfreunde wurden im Candlestick-Park-Stadion von San Francisco von dem Beben überrascht, wo gerade ein Baseballspiel beginnen sollte. Trotz tiefer Risse im Beton hielt die Dachkonstruktion der Tribüne wie durch ein Wunder, und die Zuschauer konnten die Sportstätte geordnet verlassen. Es gab nur einige leichte Verletzungen. Die Flughäfen von San Francisco und Oakland wurden zunächst geschlossen, nahmen aber später ihren Betrieb wieder auf.

Nach dem Erdstoß brachen überall in San Francisco und Santa Cruz Brände aus, von denen die wegen des Stromausfalls sonst dunklen Straßen gespenstisch beleuchtet wurden. Die Telefonverbindungen nach außen waren teilweise unterbrochen. Das Beben konnte auch in Reno, 360 Kilometer nordöstlich in der Wüste von Nevada, und in Los Angeles, 650 Kilometer südlich von San Francisco, gespürt werden.

Der stellvertretende Gouverneur von Kalifornien, McCarthy, bezifferte den durch die Katastrophe entstandenen Sachschaden in einem ersten Kommentar auf etwa eine Milliarde Dollar. Gouverneur Deukmejian, den die Nachricht von dem Unglück in Frankfurt am Main erreichte, brach seine Europareise ab und kehrte unverzüglich nach Kalifornien zurück. Er kündigte in einer ersten Stellungnahme eine Untersuchung darüber an, warum die Straßen- und Brückenkonstruktionen dem Beben nicht standhielten. In Kalifornien gibt es wegen der Erdbeben-Gefahr besondere Bauvorschriften.

Siehe auch Kommentar

„Galileo" auf dem Weg

„Atlantis"-Start gelungen

Cape Canaveral (dpa). Die amerikanische Raumfähre „Atlantis" mit der Jupiter-Forschungssonde „Galileo" an Bord ist gestern vom Raumfahrtzentrum Cape Canaveral kurz vor 18 Uhr MEZ gestartet. Weder technische Defekte wie vor sechs Tagen noch zu schlechtes Wetter wie am Vortag machten diesmal einen Strich durch die Rechnung. Die Sonde sollte von den fünf Astronauten nach Mitternacht abgesetzt werden. Ihr Flug ist das wissenschaftlich ehrgeizigste und technisch komplizierteste Unternehmen seit Jahren. Ursprünglich sollte sie schon vor sieben Jahren auf die Reise gehen.

Lotto am Mittwoch

Ziehung A: 1, 17, 23, 25, 26, 47 Zusatzzahl: 13.
Ziehung B: 2, 20, 33, 39, 45, 49 Zusatzzahl: 28.
Spiel 77: 8 6 2 1 9 4 8.
(Ohne Gewähr)

Namen und Nachrichten

„Auf REP anwenden“



Die Anwendung des Extremistenerlasses auf die rechtsradikalen Republikaner (REP) im Öffentlichen Dienst hat der Vorsitzende des Bundestags-Innenausschusses, Hans Gottfried Bernrath (SPD), gefordert. „Solange dieser überflüssige Erlaß noch in Kraft ist, muß er auch für rechte Extremisten gelten. Solange noch Verfahren gegen harmlose Briefträger laufen, die DKP-Mitglieder sind, solange muß man auch konsequent Republikaner bei verfassungsfeindlicher Tätigkeit aus den Diensten entfernen, die sicherheitsempfindlich oder auf den Schutz der Verfassung verpflichtet sind.“, sagte Bernrath in einem Interview.

Litauen: Wieder Feiertag

Erstmals seit einem halben Jahrhundert wird Weihnachten in Litauen dieses Jahr wieder ein offizieller Feiertag sein. Das Parlament der Sowjetrepublik hat den 25. Dezember sowie den traditionellen Totengedenktag am 1. November wieder zu staatlichen Feiertagen erklärt. Rund drei der dreieinhalb Millionen Litauer sind katholisch.

Millionen für China

China bekommt die nach der blutigen Niederschlagung der Studentenunruhen im Juni gestoppten 460 Millionen DM Bonner Entwicklungshilfe für den U-Bahn-Bau in Shanghai nun doch. Das Ministerium begründete die Freigabe des auf sechs Jahre verteilten Darlehens damit, daß der U-Bahn-Bau unmittelbar der Bevölkerung Shanghais und dem Umweltschutz zugute komme.

Rau gegen Bevorzugung



Vor einer Bevorzugung von DDR-Flüchtlingen, Aus- und Übersiedlern bei der Wohnungssuche und auf dem Arbeitsmarkt hat der nordrhein-westfälische Ministerpräsident Johannes Rau (SPD) gewarnt. Bei der einheimischen Bevölkerung könne dadurch leicht Widerstand gegen die neuen Bürger aufkommen. Die Welle der Sympathie und die Solidarität der Bundesbürger mit den DDR-Flüchtlingen könne dann ins Gegenteil umschlagen.

UdSSR wieder dabei

Der Weltverband für Psychiatrie hat die Sowjetunion wieder als Mitglied zugelassen. Sie hatte den Verband 1983 unter dem Vorwurf verlassen, die Psychiatrie als politisches Druckmittel zu verwenden. Ein Ausschluß sei allerdings möglich, falls sich bei einer Untersuchung herausstellen sollte, daß politisch mißliebige Personen weiter psychiatrischer Zwangsbehandlung unterzogen werden.

Streibl ein Jahr im Amt

Der bayerische Ministerpräsident Max Streibl wünscht sich von der Bundesregierung weniger Empfindlichkeit und Mißtrauen gegenüber Anregungen aus Bayern. Gleichzeitig empfahl er Bonn, die Politik besser auszuwerten und an die Bürger heranzutragen. Streibl, der jetzt ein Jahr an der Spitze der Regierung des Freistaates steht, sagte in einem Gespräch, auch die CDU/CSU würde bei dieser Politik mehr eigenes Profil zeigen, und die Wählerschaft hätte wieder klarere Konturen vor sich. Kohl sei im übrigen ein hervorragender Bundeskanzler und hätte bessere Noten verdient.

Bundesregierung korrigiert Ausbildungsförderung

Bafög zur Hälfte als Zuschuß

Bonn (dpa). Die Bundesregierung hat gestern die seit Jahren umstrittene Sparpolitik beim Bafög korrigiert. Ab Herbst 1990 soll die Ausbildungsförderung zur Hälfte als Zuschuß des Staates bezahlt werden und nicht mehr wie bisher nur als Volldarlehen. 70 000 Studenten aus Familien mit mittlerem Einkommen kommen erstmals in den Genuß der Ausbildungsförderung.

Bundesbildungsminister Möllemann (FDP) bezeichnete die Kabinettsentscheidung als „wichtige Etappe“ der „grundsätzlichen Kurskorrektur in der Bildungspolitik“. Eine generelle Förderung bedürftiger Schüler ab Klasse 11, wie bis zum Regierungswechsel 1982 üblich, wird es aber aus finanziellen Gründen nicht geben.

Neben der Abkehr von der reinen Darlehensförderung steht bei der Reform eine erhebliche Anhebung der Elternfreibeträge im Mittelpunkt. Der Kreis der geförderten Studenten wird von 260 000 auf 330 000 erhöht, die Zahl der Bafög-Empfänger insgesamt (einschließlich Fachschüler und Teilnehmer am zweiten Bildungsweg) steigt um 100 000 auf 428 000.

Bislang durfte eine Familie mit einem auswärts studierenden Kind nicht mehr als 4800 DM brutto verdienen, um überhaupt Förderung zu erhalten. Demnächst kann diese Familie mit 324 DM rechnen. Die Einkommenshöchstgrenze für eine Familie mit einem Kind im Studium steigt auf 6200 DM.

Bald Abschlußförderung

Neu im Gesetz ist die Studienabschlußförderung. Wer nicht in der vorgegebenen Zeit sein Examen schafft, kann unter Umständen zwei Semester länger gefördert werden.

Die Reform wird 1991 bei Bund und Ländern Mehrkosten in Höhe von 650 Millionen DM verursachen. Die Ausgaben werden mit erheblichen Einschränkungen bei der elternunabhängigen Förderung aufgefangen. Zum Beispiel reicht eine dreijährige Berufsausbildung vor dem Studium künftig nicht mehr aus, um unabhängig vom Elterneinkommen gefördert zu werden. Auch sollen die Studenten ihr Ausbildungsdarlehen zügiger als bisher zurückzahlen.

Nach den neuen Fördersätzen kann ein bedürftiger Student künftig bis zu 540 DM (bisher 525) Förderung für seinen Lebensunterhalt erhalten. Der Zuschlag für nicht bei den Eltern lebende Studenten wird um zehn DM auf 210 DM erhöht, der Zuschlag für die Krankenkasse von 45 auf 65 DM. Weitere 75 DM können aus einem Härtefonds beansprucht werden, wenn der Student mehr als 300 DM Miete zahlen muß. Dies ergibt in allem eine mögliche maximale Fördersumme von 890 DM (bisher 845), die aber nur von wenigen Studenten tatsächlich erreicht wird.

Siehe auch Kommentar

Ab 1. November

Pakete nach Polen billiger

Bonn (dpa). Die Gebühren für Pakete nach Polen werden ab 1. November für fünf Monate billiger. Das Kabinett billigte gestern eine Vorlage, durch die die Bundespost für diesen Zeitraum auf die ihr zustehenden Portoanteile für die Polen-Pakete verzichtet.

Der Kabinettsbeschluß bedeutet, daß sich ein Fünf-Kilo-Paket von 24,20 DM auf 12,20 DM und ein 15-Kilo-Paket von 40,40 DM auf 23,40 DM verbilligt. Die Post büßt dabei einen Betrag von rund 30 Millionen DM ein, der ihr jedoch aus dem Bundeshaushalt erstattet wird.

Postminister Schwarz-Schilling (CDU) erklärte dazu, daß sich die Bundesregierung wegen der schwierigen Versorgungslage Polens zu dieser humanitären Geste entschlossen habe. Damit solle die spontane Hilfsbereitschaft der Einwohner der Bundesrepublik gegenüber den Polen nachhaltig unterstützt werden.

Polnische Aussiedler

Besserstellung wird beseitigt

Bonn (dpa). Die bisher bestehenden Besserstellungen von Aussiedlern aus Polen bei der Rente werden abgeschafft. Darauf haben sich die Fachleute der Bundestagsfraktionen von CDU/CSU, SPD und FDP geeinigt. Mit der polnischen Regierung soll darüber verhandelt werden, den vom deutsch-polnischen Versicherungsabkommen erfaßten Personenkreis zu begrenzen, wurde gestern in Bonn bekannt.

Höhere Renten

Nach dem deutsch-polnischen Versicherungsabkommen von 1975 werden Aussiedler aus Polen in der Rentenversicherung so behandelt, als hätten sie ihre Versicherungszeit in der Bundesrepublik verbracht und hier Beiträge gezahlt. Daraus ergaben sich bislang zum Teil höhere Renten für Aussiedler als für vergleichbare Versicherte in der Bundesrepublik.



PREMIERE haben beim Kommando Nord des Bundesgrenzschutzes Frauen in Uniform. 30 meist noch keine 18 Jahre alten jungen Damen werden seit kurzem in der BGS-Kaserne im niedersächsischen Uelzen auch im Umgang mit Pistolen geschult. (dpa-Funkbild)

Bundestagsneubau

Kosten steigen weiter auf 256 Millionen DM plus x

Bonn (dpa). Die Kostenexplosion für den Neubau des Bundestages geht weiter: Sie steigen „nach aktuellem Planungsstand auf insgesamt 256 Millionen DM“ ohne Berücksichtigung künftiger Baupreissteigerungen. Das teilte Bundesbauministerin Hasselfeldt (CSU) nach einer Sitzung des Beratungsgremiums in Bonn mit.

Der Haushaltsausschuß hatte nach Angaben seines Vorsitzenden Walther (SPD) wegen mehrfacher Nachforderungen für den Plenarbereich eine Kostenobergrenze von 202 Millionen DM vorgegeben. Nach Angaben der Bauministerin werden alle Bundestagsfraktionen über den neuen Sachstand beraten.

Die neuen Kosten seien „das vorläufige Ergebnis eines von der Bundesbaudirektion, dem Architekten Professor Behnisch und dem Büro Drees und Sommer überarbeiteten Kosten- und Terminplanes“, sagte Hasselfeldt nach der Beratungsrunde mit Bundestagspräsidentin Süssmuth (CDU) und Abgeordneten von CDU/CSU, FDP und SPD. Sie fügte hinzu: „Die heute vorgelegten Kostenansätze sind eine Diskussionsgrundlage.“

NRW / Staatsdienst

Frauenquote durch Gesetz

Düsseldorf (dpa). Als erstes Bundesland hat Nordrhein-Westfalen eine Frauenquote von 50 Prozent im öffentlichen Dienst gesetzlich vorgeschrieben. Dies sieht das Frauenförderungsgesetz vor, das der Landtag gestern gegen die Stimmen von CDU und FDP in Düsseldorf verabschiedet hat.

Darin wird festgelegt, daß im öffentlichen Dienst bei gleicher Qualifikation Frauen solange bevorzugt eingestellt oder befördert werden, bis ihr Anteil dem der Männer entspricht. Dies gilt für Beamte, Angestellte, Arbeiter und Auszubildende, allerdings nur in Bereichen, in denen Frauen bisher benachteiligt sind.

Alle Parteien erkannten an, daß Frauen gefördert werden müssen. Allerdings kritisierten CDU und FDP, daß Regelungen zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf wichtiger seien als ein Gesetz zur besseren Einstellung von Frauen. Gleichzeitig machten sie verfassungsrechtliche Bedenken geltend.

Krenz folgt auf Honecker

DDR-Opposition zeigt sich skeptisch

Fortsetzung

Bei der Opposition in der DDR überwog gestern Mißtrauen gegen den neuen Mann an der SED-Spitze. Das Gründungsmitglied der Demokratiebewegung „Neues Forum“, Reinhardt Schult, sagte in Interviews westlicher Rundfunksender, er erwarte von Krenz keine Neuerungen. „Krenz war mitverantwortlich für die Überfälle auf die Umweltbibliothek. Vor zwei Wochen war er noch in China. Das sind alles keine Empfehlungen für seine Person.“ Er fügte an: „Ich glaube nicht, daß sich die gesellschaftliche Protestbewegung mit ein paar kosmetischen Veränderungen beruhigen wird.“

Auch bei anderen Mitgliedern der Opposition löste die Entmachtung Honeckers keine Siegesstimmung aus. Die Sprecherin des „Neuen Forums“, die Ostberliner Malerin Bärbel Bohley, ging auf die Zurückhaltung der Sicherheitskräfte bei den Demonstrationen in Leipzig ein. Sie sagte in einem Interview des RIAS-Fernsehens: „Wenn jemand die Macht übernehmen will, dann mußte er sich so verhalten.“ Große Teile der Bevölkerung fragten sich, ob Krenz der Mann sei, der sich für Reformen einsetze. Nun müsse Krenz „große Anstrengungen machen“, um dem Mißtrauen in der Bevölkerung entgegenzuwirken.

Der SPD-Ehrenvorsitzende Willy Brandt, der in Moskau mit Kreml-Chef Michail Gorbatschow gesprochen hatte, war offenbar von den personellen Veränderungen vorab informiert. Nur kurze Zeit vor dem Rücktritt Honeckers sagte Brandt in Bonn, dieser Tag werde in die Geschichte als derjenige eingehen, an dem die „beginnende Ummöblierung“ der politischen Verhältnisse in der DDR sichtbar geworden sei.

Wechsel an der DDR-Spitze

In- und Ausland reagieren mit deutlicher Zurückhaltung

Hamburg (dpa). Der Wechsel an der Führungsspitze der DDR ist im In- und Ausland mit Zurückhaltung aufgenommen worden. Bundeskanzler Kohl (CDU) sagte, Honecker-Nachfolger Krenz werde daran zu messen sein, ob er den Weg für Reformen frei mache. Es dürfe keinesfalls beim Austausch von Personen bleiben.

SPD-Chef Vogel forderte den neuen SED-Generalsekretär auf, unverzüglich die Informations-, Reise- und Meinungsfreiheit zu verwirklichen. Der SPD-Ehrenvorsitzende Brandt äußerte sich skeptisch, was das Eingehen der neuen DDR-Führung auf die Forderungen nach ernsthaften Forderungen angehe.

US-Präsident Bush erklärte zum Wechsel in Ostberlin: „Ich glaube nicht, daß dies eine Veränderung in den Ost-West-Beziehungen bedeutet.“ Allerdings sei es noch zu früh, zu sagen, ob der Wechsel von Honecker zu Krenz ein Schritt voran zu mehr Offenheit ist.

Als erster ausländischer Staatschef gratulierte Kreml-Chef Gorbatschow dem Honecker-Nachfolger. In dem Glückwunschtelegramm an Krenz schrieb Gorbatschow, er sei überzeugt, „daß die SED unter der Führung von Krenz und die Kommunisten der DDR mit Feingefühl auf die Herausforderungen der Zeit reagieren werden.“ Zuvor hatte die amtliche Nachrichtenagentur Tass in einer kurzen Notiz über die Wahl von Krenz zum neuen Generalsekretär der SED berichtet und einen kurzen Lebenslauf des in der UdSSR kaum bekannten neuen ersten Mannes der DDR gesendet.

Neuer SED-Chef Krenz

Biermann: „Jubelperser des Politbüros“

Berlin (dpa). Der 1976 aus der DDR ausgebürgerte Liedermacher Biermann hat den neuen SED-Chef Krenz als den „miesesten aller möglichen Kandidaten“ bezeichnet. In der „tageszeitung“ nannte Biermann den Führungswechsel „eine welterschütternde Nichtigkeit“. Krenz sei „der versoffene FDJ-Veteran, der Jubelperser des Politbüros, der optimistische Idiot, Egon Krenz, das ewig lachende Gebiß“. Keiner wisse, wer Krenz wirklich sei, da öffentliche Angelegenheiten in der DDR nicht öffentlich seien. „Ach Du armes Deutschland, dachte ich, es geht also erst mal mächtig vorwärts nach hinten“, schreibt Biermann.

HESSISCHE/NIEDERSACHSISCHE
ALLGEMEINE

Herausgeber
Rainer Dierichs, Dr. Dietrich Batz, Achim von Roos

Chefredakteur
Lothar Orzechowski

Stellv. Chefredakteure
Wolfgang Rossbach, Peter M. Zitzmann

Verantwortliche Redakteure
Chef vom Dienst: Horst Kröninger. Chef Nachrichten: Rainer Merforth. Politik: Jochen Prater. Blick in die Zeit: Walter Schütz. Wirtschaft und Sozialpolitik: Horst Seidenfaden. Kultur: Dirk Schwarze, i. V. Claudia Sandner-v.Dehn, M. A., Frau u. Reise: Ilse Methe-Huber. Sport: Rolf Wiesemann, i. V. Ulrich Fuhrmann. Sonntagszeit: Frank Thonicke. Kassel Stadt und Land: Wolfgang Rossbach. Bezirksredaktionen: Peter M. Zitzmann. Koordination: Helmut Lehnart. Hessen/Niedersachsen: Eberhard Heinemann. Chefreporter: Karl-Hermann Huhn. Sonderthemen: Peter Ochs.

Redaktion Wiesbaden: Rolf Effenberger. Redaktion Hannover: Harald Birkenbeul. Redaktion Bonn: Hans Ludwig Laucht.

Verlagsleitung
Dr. Dietrich Batz, Rainer Dierichs. Wigbert H. Schacht. Anzeigenleiter: Horst Prehm. Vertriebsleiter: Gerd Lühring.

Verlag Dierichs GmbH & Co KG. Frankfurter Str. 168, Postfach 10 10 09, 3500 Kassel, Ruf 05 61 / 20 3-0. Tel. Anzeigenannahme 05 61 / 20 3-3. Fernschreib-Nr. 99 635. Telekopierer 05 61 /20 36. Teletex 5 61 81 10. Postgirokonto 155132-608 Frankfurt/M. Anzeigenpreisliste Nr. 29. Monatlicher Abonnementspreis DM 25,60 inkl. Zustellung und 7 % MwSt. (Postbezugspreis 28,50 DM).

Die Beendigung des Abonnements ist nur mit schriftlicher Kündigungserklärung unter Einhaltung einer Frist von einem Monat zum Monatsende möglich; die Frist läuft ab Zugang der schriftlichen Kündigungserklärung.

Auflage werktags über 270 000 Exemplare in Tarifgemeinschaft mit „Oberhessische Presse“, Marburg, „Hersfelder Zeitung“, „Werra-Rundschau“, Eschwege, „Harzkurier“, Herzberg.

Auflage „Sonntagszeit“ über 200 000 Exemplare.

Herstellung Druckhaus Dierichs. Frankfurter Straße 168, 3500 Kassel.

Wenn die Erde bebt

Daß es eines Tages kommen würde, wußte jeder, die Frage war nur, wann und mit welcher Gewalt. Jetzt hat das zweite schwere Beben und das zweitschwerste seit der Katastrophe von 1906 San Francisco heimgesucht. Die Bilder im Fernsehen erinnern an das oftmals verfilmte Inferno von damals. Brände erleuchten die Stadt am Meer, Häuser sind eingestürzt, Retter bergen die Opfer. Doch ein Vergleich wäre verfehlt, so stark die Erschütterung in aller Welt ist. Kaliforniens Metropole steht noch, versank nicht wie vor 83 Jahren in Schutt und Asche.

Die Stadt ist nicht mehr aus Holz, sondern aus Stein und Beton gebaut. Besondere Bauvorschriften erhöhen die Bruchsicherheit. Welche Belastung damit zu überstehen wäre, ist allerdings noch nicht erwiesen. Das Beben diesmal war nur etwa ein Zehntel so stark wie das von 1906, die Zahlen auf der Richterskala täuschen insoweit. Wie groß die immer drohende Gefahr ist, zeigen bereits die Schwachstellen auf den Highways. „Hier ist Erdbebenland" liest der Besucher San Franciscos auf vielen Nummernschildern. Das erfüllte sich in Tragik an den Autofahrern, die vor allem Opfer der Katastrophe wurden. Sie steckten zur Hauptverkehrszeit in einer tödlichen Falle.

Die öffentliche Kritik wird sich nicht mit der gängigen Floskel abfinden, wonach der Mensch nun einmal ohnmächtig sei gegenüber übermächtiger Naturgewalt. Viel wurde bei der Verkehrsplanung in einer Region von Millionen Menschen versäumt und verschlampt. Auch daß spezifische Warnungen und Hinweise auf besonders anfällige Gebiete nicht ernstgenommen wurden, wird ein politisches Nachbeben verursachen. So geboten das alles ist, kann nichts die strahlende Stadt am Pazifik von ihrem Standort, einer Grenzsituation zwischen sich reibenden Erdplatten, verrücken. Die nächste, womöglich noch stärkere Erschütterung kommt bestimmt. Die bange Frage lautet nur, wann.

Alfred Brugger

Ein Schritt in die richtige Richtung

Studenten, deren weiterer Ausbildungs- und damit Lebensweg von einem staatlichen Stipendium abhängt, aber auch solche aus Familien mit mittlerem Einkommen können aufatmen. Die jetzt vom Kabinett gebilligte Bafög-Novelle läßt mit ihrer Erhöhung der Zuschüsse und Darlehen, aber auch mit der deutlichen Anhebung der Einkommensgrenze gerade auch denjenigen, die bisher um einen geringen Betrag aus der Förderung herausgefallen waren, aber dennoch nur schwer ein Studium finanzieren konnten, ein wenig mehr Spielraum.

Daß das aufgenommene Geld ab Herbst 1990 nur noch zur Hälfte zurückgezahlt werden muß, mildert den immensen Druck des beruflichen Risikos nach dem Examen. Denn nicht nur der schmale studentische Geldbeutel, auch die Zukunftsvision von einem Schuldenberg bei anhaltender Arbeitslosigkeit hat manche(n) vom Studium abgeschreckt. In Bonn ist man jetzt mit Taten – und die allein zählen – der schon länger vorhandenen Einsicht gefolgt, daß nur die bestmögliche Ausbildung des akademischen Nachwuchses Fortbestand und Weiterentwicklung garantieren können: Nicht nur für das betroffene Individuum, sondern für die ganze Gesellschaft.

Darum ist es auch recht und billig, daß alle (aus ihren Steuergeldern) an diesen Kosten beteiligt werden, die ja in ihrer Gesamtheit dennoch in erster Linie von den Familien der Studenten aufgebracht werden. Talente, und neue Ideen, die sie entwickeln können, zu verschenken, kann sich kein Staat leisten. Hier setzt Bonn endlich die richtigen Prioritäten, ohne damit schon den Idealzustand zu schaffen. Auch wenn die Schüler, was bedauerlich bleibt, aus diesem Förderplan noch ausgeklammert bleiben – es ist ein Schritt in die richtige Richtung.

Claudia Sandner-v. Dehn

Das Zitat

„Totgesagte leben länger!"

Erich Honecker am 5. Oktober



DIE NATIONALSOZIALISTEN hielten Honecker – hier Bilder aus dem Archiv der Geheimen Staatspolizei – von 1935 bis 1945 in Haft. Kurz nach der Befreiung durch die Rote Armee begann die politische Karriere des jungen Kommunisten. (dpa-Funkbilder)



SEINEN LETZTEN GROSSEN AUFTRITT hatte Honecker bei den DDR-Gründungsfeierlichkeiten vor knapp zwei Wochen. Kremlchef Gorbatschow erhielt den obligatorischen Bruderkuß.

Honeckers Karriere begann bereits 1946

DDR hoffähig gemacht

Von AP-Korrespondent Ingomar Schwelz

Als ein Musikkorps der Bundeswehr vor dem Bonner Bundeskanzleramt die DDR-Hymne spielte und die DDR-Fahne aufgezogen wurde, da hatte der protokollbewußte Bergmannssohn von der Saar den Höhepunkt seiner politischen Laufbahn erreicht: Erich Honeckers Visite in der Bundesrepublik im Jahr 1987 demonstrierte eindrucksvoll die diplomatische Anerkennung des anderen deutschen Staates durch Bonn. Es gilt als das größte Verdienst des am Mittwoch im Alter von 77 Jahren abgelösten Staats- und Parteichefs, daß er die DDR während seiner 18jährigen Amtszeit aus der internationalen Isolation herausgeführt und in der Staatengemeinschaft hoffähig gemacht hat.

Für den deutschen Kommunisten war es ein dornenreicher Weg. In seiner Biographie gibt er zu, der Cheforganisator beim Bau der Berliner Mauer im Jahr 1961 gewesen zu sein. Ihn sei vom damaligen ersten Mann des Landes, Walter Ulbricht, „die Vorbereitung und Durchführung der hierfür erforderlichen Aktionen" übertragen worden, schrieb Honecker in „Aus meinem Leben".

Damals hatte sich Honecker als SED-Sicherheits-und Kaderchef bereits zu einer Art Kronprinz des Staatsgründers Ulbricht emporgearbeitet. 1971 löste er den im Volk ungeliebten „sächsischen Spitzbart" schließlich als Ersten Sekretär der Partei ab. Fünf Jahre später vereinigte Honecker in seiner Person alle Machtfülle: Er war SED-Generalsekretär, Vorsitzender des Staatsrates und Vorsitzender des Verteidigungsrates.

Für manche im Westen war er lange Zeit nur eine Marionette Moskaus, andere sahen in ihm einen deutschen Patrioten, der an der Trennungslinie zwischen Ost und West immer wieder die „Verantwortungsgemeinschaft" beider Staaten für den Frieden proklamierte. Über einen festen „Klassenstandpunkt" Honeckers bestand nie ein Zweifel. Seine Maxime lautete: „Der Sozialismus in der DDR ist unwiderruflich."

Bereits mit 17 Jahren wurde der am 25. August 1912 im saarländischen Neunkirchen geborene Honecker Mitglied der Kommunistischen Partei. Anfang der 30er Jahre absolvierte der gelernte Dachdecker einen Lehrgang an der Moskauer Komintern-Schule. 1935 wurde der führende KPD-Jugendfunktionär von den Nazis verhaftet, die Zeit bis zum Kriegsende mußte er im Zuchthaus Brandenburg verbringen. Ulbricht beauftragte ihn in der Folge mit dem Aufbau der Freien Deutschen Jugend (FDJ), deren Vorsitzender er bis 1955 war. Bereits 1946 wurde Honecker Mitglied des SED-Zentralkomitees. Zwölf Jahre später, 46 Jahre alt, saß er bereits im Politbüro.

In seiner Ära rückte die DDR unter die zehn führenden Industrienationen der Welt auf, für die Sowjetunion wurde Ostdeutschland zu einem herausragenden Partner. Doch gerade in den vergangenen Jahren hatte die „unverbrüchliche" Freundschaft arge Risse bekommen. Die neue Linie Honeckers lautete seit einiger Zeit: „Sozialismus ja, aber in den Farben der DDR".

Zehntausende von frustrierten Bürgern ziehen dieser Tage daraus ihre persönliche Konsequenz.

Honecker-Erklärung im Wortlaut

„Zum Wohle des Volkes"

Liebe Genossinnen und Genossen! Nach reiflichem Überlegen und im Ergebnis der gestrigen Beratung im Politbüro bin ich zu folgendem Entschluß gekommen: Infolge meiner Erkrankung und nach überstandener Operation erlaubt mir mein Gesundheitszustand nicht mehr den Einsatz an Kraft und Energie, den die Geschicke unserer Partei und des Volkes heute und künftig verlangen. Deshalb bitte ich das Zentralkomitee, mich von der Funktion des Generalsekretärs des ZK der SED, vom Amt des Vorsitzenden des Staatsrates der DDR und von der Funktion des Vorsitzenden des Nationalen Verteidigungsrates der DDR zu entbinden. Dem Zentralkomitee und der Volkskammer sollte Genosse Egon Krenz vorgeschlagen werden, der fähig und entschlossen ist, der Verantwortung und dem Ausmaß der Arbeit so zu entsprechen, wie es die Lage, die Interessen der Partei und des Volkes und die alle Bereiche der Gesellschaft umfassenden Vorbereitungen des XII. Parteitages erfordern."

„Liebe Genossen! Mein ganzes bewußtes Leben habe ich in unverrückbarer Treue zur revolutionären Sache der Arbeiterklasse und zu unserer marxistisch-leninistischen Weltanschauung der Errichtung des Sozialismus auf deutschem Boden gewidmet. Die Gründung und die erfolgreiche Entwicklung der sozialistischen Deutschen Demokratischen Republik, deren Bilanz wir am 40. Jahrestag gemeinsam gezogen haben, betrachte ich als die Krönung des Kampfes unserer Partei und meines eigenen Wirkens als Kommunist.

Dem Politbüro, dem Zentralkomitee, meinen Kampfgefährten in der schweren Zeit des antifaschistischen Widerstandes, den Mitgliedern der Partei und allen Bürgern unseres Landes danke ich für jahrzehntelanges gemeinschaftliches und fruchtbares Handeln zum Wohle des Volkes.

Meiner Partei werde ich auch in Zukunft mit meinen Erfahrungen und mit meinem Rat zur Verfügung stehen.

Ich wünsche unserer Partei und ihrer Führung auch weiterhin die Festigung ihrer Einheit und Geschlossenheit und dem Zentralkomitee weiteren Erfolg." Erich Honecker



„Geh' mal runter, Egon, vielleicht kannst du das Volk beruhigen!"

(Karikatur: Wolf)

Steile Karriere des Schneidersohns

Krenz: Schon lange Honeckers Kronprinz

Von dpa-Korrespondent Bernd Kubisch

Kein SED-Politiker der Nachfolge-Generation hat schon in vergleichsweise jungen Jahren solch eine Karriere gemacht wie Egon Krenz (52), der bei seinem Werdegang einiges gemeinsam hat mit Erich Honecker. Als 46jähriger wurde er – fast im Alter wie damals Erich Honecker – Vollmitglied im Politbüro. Der „Benjamin" erhielt als Sekretär des Zentralkomitees die wichtigen Bereiche Sicherheit und Kaderfragen, außerdem Jugend und Sport, und kam seit dieser Zeit mehr und mehr als Honecker-Kronprinz ins Gespräch.

In der Sache hart

Der am 19. März 1937 in Kolberg geborene Krenz gilt im Ton freundlich, in der Sache hart. Er sei „hart im Austeilen, aber auch im Einstecken", wird gesagt. Locker und selbstbewußt gab er sich bei Oskar Lafontaine in Saarbrücken im Juni 1989. Vorwürfe über die DDR-Haltung zum blutigen Militäreinsatz in China versuchte er mit dem Satz zu kontern, man könne nicht von den „Horrordarstellungen der BRD-Medien" ausgehen.

Krenz, Sohn eines Schneiders, kam 1953 in die FDJ, zwei Jahre später in die SED, absolvierte eine Lehrerausbildung. Schliff für seine Karriere erhielt er 1964 bis 1967 auch an der Parteihochschule der KPdSU in Moskau, an der er den Grad eines Diplom-Gesellschaftswissenschaftlers erwarb. Wichtige politische Stationen: Sekretär des FDJ-Zentralrats von 1961 bis 1964 und wieder von 1967 an; Vorsitzender der Pionierorganisation ab 1971, seit Anfang 1974 Erster Sekretär des FDJ-Zentralrats und – wie Honecker – neun Jahre Chef des Jugendverbandes.

Ins SED-Zentralkomitee kam Krenz 1971. Zehn Jahre später wurde er Mitglied des Staatsrates. Für seine Berufung als Sekretär des ZK mit Politbüro-Vollmitgliedschaft ab 26. November 1983 soll sich vor allem Honecker stark gemacht haben. Im folgenden Jahr wurde Krenz dann auch einer der Stellvertreter Honeckers als Staatsratsvorsitzender.

Wirkt recht sicher

Gesprächspartnern fällt auf, daß Krenz im Gegensatz zu anderen SED-Funktionären auch ohne Redetext und hölzernes Sozialisten-Deutsch recht sicher wirkt. Als FDJ-Chef zeigte der heute 52jährige bei öffentlichen Auftritten nicht selten einen krampfhaft auf „jugendlichen Schwung" angelegten Stil. Bei Beobachtern in Ostberlin hat Krenz, der bisher eher zu den Hardlinern im Politbüro gerechnet wurde, seit seiner FDJ-Zeit an Profil gewonnen.

Es wird Krenz nachgesagt, daß er gern ein Gläschen trinke. Andere glauben zu wissen, eine sehr gefährliche Zuckerkrankheit mache ihm arg zu schaffen. Gesprächspartner betonen dagegen, daß ihnen Krenz nicht als Schwerkranker begegnet sei und als Honecker-Vertreter bei dessen Erkrankung und Urlaub recht souverän fungierte.

Presse-Echo

Mit der „Hitparade" der Umweltschützer befaßt sich der

Münchner Merkur
MÜNCHNER ZEITUNG

Die vom Institut für Demoskopie in Allensbach vorgelegte „Umweltpolitiker-Hitparade" läßt besonders für die Union Schlimmes befürchten. Zwar rangiert ihr berufsmäßiger Umweltschützer Klaus Töpfer vor dem Grünen Joschka Fischer an erster Stelle, doch danach heißt es erst einmal Fehlanzeige. Selbst einem saarländischen SPD-Umweltminister Jo Leinen, dessen Amtsführung alles andere als unumstritten ist, trauen die Bundesbürger mehr Kompetenz zu als Kohl, Späth, Wallmann, Albrecht und Streibl. Und das, obwohl die Umweltpolitik der Bonner Koalition in Europa als vorbildlich dasteht ... Woran liegt es, daß radikale Aktivisten wie zum Beispiel von „Greenpeace" die Herzen der Bundesbürger erobert zu haben scheinen und offizielle Stellen wie das Umweltbundesamt nur von wenigen als vorbildlich angesehen werden? Ein Grund ist die „Kunst" vieler Politiker, jeden auch noch so guten Vorschlag in endlosen Konferenzen und Debatten erst einmal zu zerreden.

Zum selben Thema die

BERLINER MORGENPOST

Das Ergebnis der Meinungsumfrage ... müßte unsere Politiker eigentlich sehr erschrecken – ungeachtet ihrer Parteizugehörigkeit. Denn das Vertrauen der Bürger in ihr Engagement, ihre Glaubwürdigkeit und ihre Sachkunde in Umweltfragen ist ziemlich gering.

Schließlich die

OFFENBACH-POST

Ein gerüttelt Maß Politikverdrossenheit im allgemeinen mag bei der Umfrage eine Rolle gespielt haben. Noch größer aber ist vermutlich der Effekt, den spektakuläre Aktionen, wie sie nun einmal von Greenpeace regelmäßig aufgeführt werden, beim Bürger haben. Das Anketten an mit Giftmüll beladene Schiffe ist allemal eindrucksvoller als die mühevolle und langwierige Gesetzesarbeit in Bonn, mit der Wege zur Müllvermeidung erschlossen werden sollen.

HNA
HESSISCHE/NIEDERSÄCHSISCHE ALLGEMEINE

HESSISCHE ALLGEMEINE

Fernseh- Rundfunk Wochen-Programm

KASSEL
1 P 3713 A

UNABHÄNGIG · KASSELER ZEITUNG · NICHT PARTEIGEBUNDEN

Preis 1,10 DM · Nr. 245 · Freitag, 20. 10. 1989 · Ruf (05 61) 203-0 · Anzeigen 203-3

DDR-Flüchtlinge

Über Ungarn kamen 1900

Warschau/München (dpa). Der Strom von DDR-Flüchtlingen über Ungarn nach Bayern und zur Bonner Botschaft in Warschau hat wieder kräftig zugenommen. In der polnischen Hauptstadt sollen sich mittlerweile über 1750 Ausreisewillige in der Vertretung der Bundesrepublik gemeldet haben. Gestern abend landete das zweite Charterflugzeug mit etwa 150 DDR-Flüchtlingen aus Warschau in Düsseldorf.

Über Ungarn sind bis gestern morgen 1900 Übersiedler aus der DDR nach Bayern gekommen. Am Vortag waren es 1238. Ursache für das Anschwellen des Flüchtlingsstroms sind offenbar die einwöchigen Herbstferien in der DDR. Sie endeten an diesem Sonntag. Seit Öffnung der ungarisch-österreichischen Grenze am 11. September haben sich nahezu 50 000 DDR-Bürger auf diesem Weg in den Westen abgesetzt. In der bundesdeutschen Botschaft in Prag halten sich nach wie vor etwa 50 Ausreisewillige auf.

NRW in Leipzig

DDR sagt Kulturschau ab

Düsseldorf (AP). Die Regierung der DDR hat eine für November vereinbarte nordrhein-westfälische Kulturpräsentation in Leipzig abgesagt. Ministerpräsident Rau sagte am Donnerstag, die DDR-Führung habe am Mittwoch abend mitgeteilt, daß sie die mit Erich Honecker vereinbarte Kulturpräsentation zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht für realisierbar halte. Gleichzeitig habe die DDR um eine Verschiebung auf einen „günstigeren, später zu vereinbarenden Zeitpunkt" gebeten, sagte Rau im Landtag.

Der SPD-Politiker bedauerte die Entscheidung und sagte, für viele Menschen in der DDR sei die Frage, ob und wann es zu solchen kulturellen Austauschveranstaltungen zwischen den beiden deutschen Staaten komme, „ein Gradmesser für die Offenheit und Gesprächsfähigkeit der neuen Führung".

Prager Cafe

Razzia mit Festnahmen

Wien (AP). Bei einer Razzia auf einem Treffen von Vertretern einer internationalen Menschenrechtsgruppe mit tschechoslowakischen Bürgerrechtlern in Prag sind am Donnerstag nach Mitteilung unterrichteter Wiener Kreise 14 Menschen vorübergehend festgenommen worden. In Polizeigewahrsam genommen worden seien unter anderen der frühere tschechoslowakische Außenminister Jiri Hajek sowie die Schriftstellerin Eva Kantukova und der Philosoph Radim Palous. Alle hätten an einer Begegnung in einem Cafe teilgenommen, erklärten die Informanten. Später hieß es, bis zum Abend seien alle wieder freigelassen worden.

Hajek leitet die sogenannte Helsinki-Gruppe in der CSSR, die sich die Überwachung der Einhaltung der Menschenrechte zur Aufgabe gemacht hat.

Der Schriftsteller Vaclav Havel und ein weiterer Dissident sind der Festnahme nur knapp entgangen, da sie durch Zuruf vor dem Cafe gewarnt wurden.

1990

Bauen teurer

Bauherren werden im kommenden Jahr tiefer in die Tasche greifen müssen. Nach Ansicht des Deutschen Baugewerbes werden sich die Preise im Durchschnitt möglicherweise um vier Prozent verteuern. Siehe auch Wirtschaft.



Literatur/Cela

Nobelpreis an Spanier

Der Spanier Camilo Jose Cela (Foto) erhält den Literatur-Nobelpreis. Die Akademie begründete ihre Entscheidung damit, er habe eine „Vision der Ausgesetztheit des Menschen" gestaltet. Siehe Kulturteil und „Zum Tage".

Übersiedler

Wenig Hoffnung

Wird sich nach dem Machtwechsel in der DDR etwas bewegen? Ehemalige DDR-Bürger, die jetzt in Kassel leben, äußerten sich in einer Umfrage eher pessimistisch über die Reformaussichten in ihrer ehemligen Heimat. Siehe Lokalteil.

29 Tote

Erdbeben in China

Während in San Francisco Nachbeben die Aufräumungsarbeiten behinderten, ereignete sich auch im Norden Chinas ein Erdbeben. Mindestens 29 Menschen kamen ums Leben. 8000 Häuser stürzten ein. Siehe „Blick in die Zeit".

Schalke – KSV

Siebert: 2:0 für 04

„Auf Schalke" – das war für die Fußballer des KSV Hessen Kassel schon immer ein besonderer Hit. Für das heutige Match im Parkstadion tippt Günter Siebert, Kasseläner und später dreimal Schalker Präsident, einen 2:0-Sieg des FC. Siehe Sport.

Treffen mit Kirchenvertretern

Krenz bekräftigt „Wende" zum offenen Dialog

Berlin (dpa/AP). In die offizielle DDR-Politik kommt offenbar Bewegung. In einem Gespräch mit führenden Vertretern der evangelischen Kirche unterstrich der neue SED-Generalsekretär Egon Krenz gestern seine Bereitschaft, „eine Wende" zu einem offenen und ausgewogenen Dialog über alle wichtigen Fragen einzuleiten.

Bei dem Spitzengespräch zwischen Staat und Kirche, das dem Vernehmen nach bereits vor der Ablösung Honeckers verabredet worden war, waren sich beide Seiten nach Angaben von ADN einig, jetzt Vertrauen in der DDR zu schaffen. Krenz und die evangelischen Kirchenführer hätten darin übereingestimt, daß alle Bevölkerungsteile als mündige Bürger unter Wahrung aller staatsbürgerlichen Rechte und Pflichten an der demokratischen Willensbildung beteiligt sein sollten, „damit im Leben gilt, was Recht und Gesetz ist".

Außerdem sprach Krenz an seinem ersten Arbeitstag als Generalsekretär auch mit Arbeitern eines Werkzeugmaschinen-Kombinats in Ostberlin über aktuelle Probleme. Dabei mußte er sich - wie überraschend auch im DDR-Fernsehen zu sehen war - heftige Kritik an den Zuständen im Land anhören. Krenz erklärte, Nachdenken über Veränderungen müßten alle.

Volkskammerpräsident Sindermann kündigte inzwischen an, daß das DDR-Parlament seine Arbeitsweise verbessern werde. Im Plenum und in den Ausschüssen müßten die Fragen zur Diskussion gestellt werden, „die uns heute hemmen in der weiteren Entwicklung unserer sozialistischen Gesellschaft".

Als Zeichen für eine mögliche Wende in der DDR wurde von Beobachtern auch die Anweisung des Ministerates an das Innenministerium in Ostberlin gewertet, umgehend einen Gesetzentwurf für Reisen von DDR-Bürgern ins Ausland auszuarbeiten und der Regierung vorzulegen. Landesbischof Leich erklärte zudem nach dem Gespräch mit Krenz, er erwarte, daß es bald „großzügigere Erweiterungen" der bisherigen Reisepraxis geben werde. Er traue Krenz zu, den Unmut der Bevölkerung besänftigen zu können und zu einem gemensamen Dialog zu kommen.

Wie die Ostberliner über den Wechsel in der Partei- und Staatsführung denken, lesen Sie auf „Themen des Tages". Dort finden Sie auch den Kommentar.

Nur Übergangslösung?

Dennoch überwogen am Donnerstag eher pessimistische Erwartungen über einen neuen Reformkurs. Krenz, der von einer „Wende" gesprochen hatte, aber als „harter SED-Mann" gilt, wird vielfach als Übergangslösung angesehen.

Der SED-Hoffnungsträger der Systemkritiker, der Erste Sekretär der Dresdner SED-Bezirksleitung, Modrow, hält dagegen einen „tiefen Wandel für unabdingbar".

Fortsetzung nächste Seite



50millionstes VW-Getriebe aus Kassel

Neue Superlative beim VW-Konzern: Gestern lief im Werk Kassel in Baunatal (19 220 Mitarbeiter), der größten Getriebefabrik der Welt, das 50millionste Getriebe vom Band. „Dies ist ein Augenblick, auf den die Mannschaft hier stolz sein kann", erklärte VW-Vorstandsmitglied Günter Hartwich. Unser Foto zeigt von rechts Werksleiter Fritz Zorn, Hartwich, VW-Mitarbeiter Rainer Schmidt - der das gute Stück, das dem VW-Museum in Wolfsburg zur Verfügung gestellt werden soll, präsentierte - und Betriebsrats-Chef Karl-Heinz Mihr. Siehe auch Wirtschaft.

(bre / Foto: Haun)

Bundestag / Differenzen in der Koalition

SPD: Mit FDP gegen Bankenmacht angehen

Bonn (AP/dpa). Die Sozialdemokraten haben der FDP angeboten, in der nächsten Wahlperiode gemeinsam gesetzliche Regelungen zur Begrenzung der Bankenmacht gegen die zögernde Haltung der Union durchzusetzen. In einer Debatte des Bundestages legten gestern alle Fraktionen die ihrer Ansicht nach notwendigen Schritte zur Begrenzung der Bankenmacht vor, wobei erneut Differenzen zwischen FDP und Union deutlich wurden.

Der CDU-Abgeordnete Rudolf Sprung bekräftigte zwar das Ziel, noch in dieser Wahlperiode für mehr Transparenz und Offenlegung bei den Aufsichtsratsmandaten der Banken zu sorgen. Zur Frage einer Beschränkung der Zahl der Mandate erinnerte er indes daran, daß schon heute nur zehn Aufsichtsratsmandate pro Kopf erlaubt sind. „Dabei sollte es bleiben." Die Union lehne auch gesetzliche Regelungen zur Begrenzung des Anteilsbesitzes an Industrie- und anderen Unternehmen ab.

Der FDP-Vorsitzende Lambsdorff bedauerte, daß die Union „in der ordnungspolitischen Bewertung des Themas Bankenmacht einen weniger scharfen Blick hat als die FDP". Jedenfalls habe sie in der Arbeitsgruppe der Koalition bislang kein positives Votum zur Rückführung des Anteilsbesitzes abgegeben, was die FDP nach wie vor für geboten halte. Sie werde nach der Bundestagswahl auf dieses Thema zurückkommen, versicherte er.

Der SPD-Abgeordnete Roth bot der FDP daraufhin an, in der nächsten Legislaturperiode gemeinsam Regelungen zum Anteilsbesitz zu finden. Die SPD schlug vor, den Anteilsbesitz auf fünf Prozent zu beschränken, die Aufsichtsratsmandate auf fünf zu vermindern und das Depotstimmrecht zu beschränken.

Siehe auch Kommentar

Wissenschaftler zur Fluchtwelle

DDR verliert Milliarden

Berlin (dpa). Die Ausreise- und Flüchtlingswelle kostet die DDR Milliarden. Bei einem Nationaleinkommen von 268,4 Milliarden DDR-Mark und gegenwärtig 8,6 Millionen Berufstätigen der DDR gingen pro zehntausend Ausreisende jährlich 0,12 Prozent des Nationaleinkommens verloren, sagte der Wirtschaftswissenschaftler Peter Thal von der Universität Halle/Wittenberg in einem Beitrag für die FDJ-Zeitung „Junge Welt" am Donnerstag. Das seien rund 330 Millionen Mark, betont der Wissenschaftler. Da es sich vornehmlich um junge Leute handele, verliere die DDR auf 30 vor ihnen liegende Arbeitsjahre berechnet zehn Milliarden Mark pro zehntausend Ausreisende.

Zum Tage

Keine Geste

Ihre Entscheidungen sind unerforschlich wie das Schicksal. Wieder hat die schwedische Akademie alle Erwartungen und Spekulationen über den diesjährigen Preisträger enttäuscht, hat zum wiederholten Male verdiente Anwärter aus vielen Ländern auf die literarische „Heiligsprechung" übergangen. Graham Greene und Doris Lessing, Günter Grass und Max Frisch, seit Jahren im Gespräch für diese herausragende Ehrung, haben wohl längst die Hoffnung aufgegeben, die Stockholmer Juroren mit ihrem Werk zu beeindrucken. Und wer es für möglich gehalten hätte, daß die weltfernen Kunstrichter im hohen Norden ihr immer deutlicher zu Tage tretendes geographisches Rotationssystem bei der Preisvergabe in diesem Jahr unterbrechen oder gar aufgeben würden, sah sich erst recht enttäuscht. 1989 war die spanische Literatur „dran"; und gegen den in seinem Heimatland vielfach preisgekrönten Romancier Camilo José Cela, einen Erneuerer der spanischen Nachkriegsliteratur zumal, ist sicher nichts einzuwenden.

Aber es hätte ja auch sein können, daß die Akademie, angesichts der akuten Bedrohung Salman Rushdies (in England Träger des „Booker", im Rang ähnlich unserem Büchnerpreis) ein Zeichen gegen den Angriff auf die Freiheit des Worts – nicht nur dieses Autors – gesetzt hätte. Die Geste blieb aus. Wen der Nobelpreis trifft, ist eben Schicksal.

Claudia Sandner-v. Dehn

Studentenberg/Grüner

„Minister sind übergeschnappt"

Bonn (dpa). Der Vorsitzende des Bundestags-Bildungsausschusses, der Grünen-Politiker Dietrich Wetzel, hat den Finanzministern von Bund und Ländern vorgeworfen, die gegenwärtigen Hochschulprobleme „in einer nicht mehr hinnehmbaren unverschämten Weise" zu ignorieren. „Die Finanzminister sind übergeschnappt". Bei 800 000 Studienplätzen und fast 1,5 Millionen Studenten könne man den „Überhang" von über 650 000 nicht einfach zu Schein- und Parkstudenten erklären. Wetzel nahm damit Stellung zu einem Brief der Finanzminister an Kohl und an die Ministerpräsidenten. Darin heißt es, die Finanzminister sähen keinen Anlaß, den Hochschulen mehr Geld zur Verfügung zu stellen.

Argentinien / England

Feindseligkeit beigelegt

Madrid (AP). Sieben Jahre nach dem Falklandkrieg haben Großbritannien und Argentinien am Donnerstag beschlossen, das Kriegsbeil zu begraben und wieder normale Beziehungen aufzunehmen. Nach Verhandlungen in Madrid wurde bekanntgegeben, beide Regierungen hätten zur Kenntnis genommen, daß es keine Feindseligkeiten mehr gebe.

Quoten vom Mittwochslotto

Ziehung A: Gewinnklasse I 86 755,90 DM; II 47 715,70 DM; III 2195,50 DM; IV 51,– DM; V 4,20 DM.
Ziehung B: Gewinnklasse I 1 919 606,60 DM; II 68 165,30 DM; III 4558,80 DM; IV 69,10 DM; V 5,30 DM.

(Ohne Gewähr)

Namen und Nachrichten

Schamir bleibt hart



Der israelische Ministerpräsident Izchak Schamir hat bekräftigt, daß seine Regierung am biblischen „Lande Israel" festhalten und „keinen zweiten arabischen Staat auf israelischem Boden dulden wird". In einer ungewöhnlich scharfen Rede sagte Schamir in Jerusalem: „Dies ist unser Land seit dem Morgengrauen der Geschichte, und so wird es immer bleiben."

Opposition will Spenden

Die beiden Oppositionsparteien im Landtag von Nordrhein-Westfalen, CDU und FDP, haben gestern an die Bürger des Landes appelliert, durch Spendengelder die Arbeit der zentralen Erfassungsstelle in Salzgitter für Menschenrechtsverletzungen in der DDR sicherzustellen. Die SPD-geführte Landesregierung hat die Finanzierung der Erfassungsstelle aus öffentlichen Mitteln eingestellt.

Zweitwährung für Esten

Die baltische Sowjetrepublik Estland plant die Ausgabe einer Zweitwährung, die den Rubel teilweise ersetzen soll. Wie in Moskau gemeldet wurde, soll allen Bewohnern Estlands von Januar 1990 an ein bestimmter Prozentsatz ihrer Einkommen in Zertifikaten ausgezahlt werden, für die sie Konsumgüter kaufen könnten, die für Rubel nicht zu erhalten seien.

‚Mehr Geld für Gefangene'



Justizminister Hans Engelhard (FDP) hat sich nachdrücklich für eine Einbeziehung der Strafgefangenen in die Kranken- und Rentenversicherung und die Erhöhung ihres Arbeitsentgeltes ausgesprochen. Bei der Bundestagsdebatte über die Auswirkungen des Strafvollzugsgesetzes von 1976 forderte Engelhard die Bundesländer auf, trotz leerer Kassen über derartige Verbesserungen nachzudenken.

Zweischneidiger Erfolg

Die Kampagne gegen Pornographie in der Volksrepublik China hat allem Anschein nach zu einem zweischneidigen Ergebnis geführt. Zwar meldeten die chinesischen Zeitungen auf den Titelseiten einen beeindruckenden Erfolg, da 30 Millionen pornographische Bücher und Zeitschriften abgeliefert worden seien; im Blattinneren wurde jedoch enthüllt, daß auch der Verkauf pornographischer Schriften im Zuge der Kampagne angestiegen sei.

DGB will Schuldenerlaß



Der stellvertretende DGB-Vorsitzende Gustav Fehrenbach hat gestern einen Schuldenerlaß für alle Bafög-Bezieher gefordert. Einen Tag nach der Entscheidung der Bundesregierung, die Ausbildungshilfe wieder zur Hälfte als Zuschuß zu zahlen, appellierte Fehrenbach an Bonn, auch all denen, die seit 1983 nur noch auf Darlehensbasis gefördert worden seien, die Hälfte der aufgelaufenen Bafög-Schulden zu erlassen.

Hilfe für die Ärmsten

Etwa 4 bis 4,5 Millionen Rentner sowie Kinder bis zu sechs Jahren in den ärmsten Familien werden in Polen ab Dezember Gutscheine für kostenlose Lebensmittel erhalten. Wie in Warschau berichtet wurde, erhalten sie mit den Scheinen Magermilch, Käse und Brot.

Von DDR-Führung

Genscher mahnt Reformen an

Frankfurt (AP). Bundesaußenminister Genscher hat die neue Führung der DDR aufgefordert, den angekündigten Dialog mit Bevölkerung, Kirchen, dem „Neuen Forum" und anderen Oppositionsgruppen „nun auch tatsächlich" zu führen. Bei der Eröffnung der Konferenz des Internationalen Instituts für Ost-West-Sicherheitsstudien forderte Genscher am Donnerstag in der Frankfurter Paulskirche: „Daraus müssen sich grundlegende Reformen ergeben." Die neue Führung in der DDR werde von den Menschen ihres Landes „daran gemessen werden, wie entschlossen und konsequent sie den Weg von Dialog und Reformen beschreiten wird".

Die Bundesregierung wolle sich nicht einmischen in die inneren Angelegenheiten der DDR, erklärte Genscher, „aber wir wollen, daß sich die Menschen in der DDR in die inneren Angelegenheiten des Staates, in dem sie leben, einmischen können". Genscher forderte zu einer verstärkten Kooperation der westlichen Welt mit den reformorientierten Staaten Osteuropas auf. Das wirke unterstützend.

Wohlfahrtsverbände

Für höhere Sozialhilfe

Bonn (dpa). Die Sozialhilfe muß nach Ansicht der Wohlfahrtsverbände „endlich auf ein Niveau angehoben werden, das einem der reichsten Länder der Welt angemessen ist". Sie appellierten am Donnerstag an die Ministerpräsidenten der Bundesländer, auf ihrer Sitzung Ende Oktober in Berlin das lange vorbereitete neue Berechnungsschema zu verabschieden. Es sollte ursprünglich 1990 eingeführt werden. Die Wohlfahrtsverbände seien zur Zeit verbittert über die Hinauszögerung.

Die Anpassung der Berechnungsgrundlage an die tatsächlichen Verbrauchsgewohnheiten der unteren Einkommensschichten sei dringend notwendig, sagte der Bundesvorsitzende der Arbeiterwohlfahrt, Hermann Buschfort, als Sprecher der Wohlfahrtsverbände vor der Presse in Bonn. Dies werde bei der Einführung etwa eine Milliarde Mark zusätzlich kosten. Vor allem Alleinerziehende und kleine Haushalte erhielten heute zu wenig Sozialhilfe. Betroffen sind rund 2,5 Millionen Sozialhilfeempfänger.

Gipfel-Thema Südafrika

Thatcher lehnt Sanktionen ab

Kuala Lumpur (dpa). Die britische Premierministerin Thatcher hat sich am Donnerstag in der Südafrika-Frage erneut der überwältigenden Mehrheit der Commonwealth-Staaten entgegengestellt und sich geweigert, neuen Sanktionen gegen Pretoria zuzustimmen. Auf dem Gipfeltreffen der Regierungschefs der 49 Commonwealth-Mitglieder in der malaysischen Hauptstadt Kuala Lumpur vertrat sie unverändert ihre Auffassung, daß zusätzliche politische Druckmittel „kontraproduktiv" wären, um Südafrika zur Aufgabe seiner Apartheid-Politik zu zwingen.

Nach Angaben britischer Konferenzkreise sagte Thatcher, daß Sanktionen Südafrikas neuen Staatschef de Klerk entmutigen könnten, die von ihm in Aussicht gestellten Reformen durchzuführen. Auch argumentierte die Premierministerin, daß Sanktionen auf Kosten des armen schwarzen Bevölkerungsteils Südafrikas gehen würden. Die Sanktionsfrage hatte schon beim letzten Gipfel vor zwei Jahren Thatcher und die übrigen Regierungschefs entzweit.

Bundestagsstreit um Wohnungsmangel

Hasselfeldt: Nicht vorhersehbar

Bonn (dpa). Über die gegenwärtige Wohnungsnot in der Bundesrepublik ist es am Donnerstag in einer von der SPD beantragten Aktuellen Stunde im Bundestag zu gegenseitigen Schuldzuweisungen von Koalition und Opposition gekommen. SPD und Grüne hielten der Bundesregierung vor, sie habe den sozialen Wohnungsbau 1988 mit etwas über 200 000 neuen Wohnungen systematisch auf den „Tiefstand seit 1949" gebracht. Wegen der Flüchtlinge und Ostaussiedler verfalle sie nun in Panik. Bundesbauministerin Hasselfeldt (CSU) und andere Sprecher der Koalition wiesen diese Vorhaltungen und die Kritik zurück, die Regierung habe die Probleme seit Jahren geleugnet und verniedlicht.

Frau Hasselfeldt sagte, in der jetzigen Größenordnung sei „der jetzt deutlich gewordene Mangel an Wohnungen" für niemanden vorhersehbar gewesen. Die Ministerpräsidenten der Länder hätten einstimmig den Rückzug des Bundes aus der Förderung des sozialen Wohnungsbaus verlangt und ihre eigenen Mittel zurückgefahren.

Die Ministerin kündigte eine Erhöhung der Mittel für den sozialen Wohnungsbau ab 1991, eine „rechtzeitige" Wohngelderhöhung und als zentrale Maßnahme umfangreiche baurechtliche Änderungen an, um das Bauen zu beschleunigen.

Der CDU-Abgeordnete Werner Dörflinger forderte spürbare Erleichterungen in der Bauleitplanung. Die Fristen für die Bürgerbeteiligungen könnten dabei verkürzt werden. Peter Conradi (SPD) äußerte daraufhin die Befürchtung, die Koalition wolle den Schutz der Mieter im Baurecht schwächen. Die Regierung sei „in Panik geraten... und zu jeder Dummheit bereit".

Conradi und die Grünen-Abgeordnete Oesterle-Schwerin empörten sich über die jetzt geplanten Vorhaben von Fertigbau- und Tafelbauweisen. Die Koalition habe aus den 60er und 70er Jahren mit Trabantenstädten nichts gelernt.

SED-Chef Krenz suchte das Gespräch mit Arbeitern

Die DDR-Nachrichtensendung „Aktuelle Kamera" brachte gestern Bilder und Gespräche vom Besuch des neuen SED-Generalsekretärs Egon Krenz (links) bei Arbeitern einer Ostberliner Maschinenfabrik. Dabei ging es - auch überraschend für die Fernsehzuschauer in der DDR - um das Thema Massenflucht. Die Arbeiter artikulierten sehr deutlich und sehr kritisch die Umstände und Gründe, die dazu führten, daß so viele DDR-Bürger in die Bundesrepublik flüchteten: „Ich bin der Meinung, man muß bedeutend mehr auf die Leute eingehen, auf ihre Probleme, ihre Wünsche und so weiter. Wenn det gelingt, ick globe, dann kommt det och mit dem Flitzen (Flüchten) zu stehen", sagte ein Reparaturschlosser dem neuen SED-Chef. Krenz hatte die Arbeiter nach den Ausreisegründen gefragt. Und das waren die Antworten: Die Leute hätten keinen Ausweg mehr gesehen. „Dann sind se gerannt." Es hätte an der Vielzahl der Dinge gelegen, die sich angestaut hätten. Auch daß nicht über die Probleme geredet worden sei, hätte die Leute „echt verärgert". Krenz meinte, es sei einfach, alles auszusprechen, man müsse es aber auch verändern können. Nachdenken über Veränderungen müßten alle, meinte er. Die Arbeiterantwort: „Na logisch." (dpa-Funkbild)

Amtsantritt Krenz' / Überraschung im DDR-Fernsehen

Live-Fragen an SED-Politiker

Fortsetzung

Daran müßten laut Modrow alle Klassen und Schichten - insbesondere die Jugend und Christen - beteiligt sein. ADN berichtete auch über diese Äußerungen, die Modrow vor über 2000 Teilnehmern einer Tagung der Dresdner SED am Donnerstag machte. Modrow betonte, die in der Sowjetunion gesammelte Erfahrung sollte auch in der DDR genutzt werden.

Gestern abend wurden DDR-Spitzenpolitiker erstmals im DDR-Fernsehen live und offenbar völlig unzensiert von DDR-TV-Zuschauern befragt. Diese Form der Präsentation wurde von Beobachtern als kleine Sensation empfunden. Auch dabei ging es um die Reisefrage. Die SED-Politiker äußerten die Erwartung, daß alle DDR-Bürger in Zukunft mit der Ausstellung eines Reisepasses rechnen können. Der Dresdner Oberbürgermeister Berghofer betonte vor allem die Notwendigkeit gleicher Behandlung bei den Anträgen auf ein Visum „unabhängig etwa von Verwandtschaft im Ausland". Darunter wird in der DDR auch die Bundesrepublik verstanden.

Der Gesellschaftswissenschaftler Prof. Otto Reinhold, Mitglied des Zentralkomitees der SED, rechnete jedoch die wirtschaftliche Seite solcher Reiseerleichterungen vor: Wenn jeder DDR-Bürger bei den insgesamt 7,2 Millionen Besuchen in der Bundesrepublik im vergangenen Jahr dafür etwa 500 Mark brauche, wären das rund 3,5 Milliarden Mark an Devisen. Berghofer äußerte in diesem Zusammenhang die Erwartung, die Bundesrepublik sollte „zu gegebener Zeit auf eine Reiseregelung damit reagieren, daß sie Abstand nehme von solchen Positionen wie der Obhutspflicht für DDR-Bürger".

Am Tag des Rücktritts von Honecker hat nach Informationen der „Bild"-Zeitung auch Willy Stoph, der Vorsitzende des DDR-Ministerrates, um seinen Rücktritt ersucht. Das Gesuch Stophs sei jedoch abgelehnt worden, berichtete das Blatt unter Berufung auf „diplomatische Kreise".

Afanassjew wechselt in Wissenschaftsakademie

Langjähriger „Prawda"-Chefredakteur muß gehen

Moskau (AP). Der langjährige Chefredakteur des sowjetischen Parteiorgans „Prawda", Viktor Afanassjew, ist am Donnerstag von seinem Posten abgelöst worden und wird in die Sowjetische Akademie der Wissenschaften überwechseln. Das teilte einer der Mitarbeiter des 66jährigen Chefredakteurs, Wassili Popow, in einem Telefoninterview mit. Aus informierten Kreisen in Moskau verlautete, Nachfolger Afanassjews werde der Philosoph Iwan Frolow, der früher Redakteur beim theoretischen Parteiblatt „Kommunist" war und seit einem Jahr als Berater von Staats- und Parteichef Gorbatschow fungiert.

Bonn prüft / Bei Schadstoffverminderung

Bald Förderung von Diesel-Pkw?

Bonn (dpa). Die Regierungskoalition prüft jetzt auch verstärkt die Möglichkeiten der finanziellen Förderung schadstoffverminderter Diesel-Pkw. Das haben Sprecher von CDU/CSU und FDP sowie Bundesumweltminister Töpfer (CDU) am Donnerstag im Bundestag in der ersten Lesung über die Förderung des Drei-Wege-Katalysators bei benzinbetriebenen Autos deutlich gemacht. Der FDP-Abgeordnete Rind sagte, er stehe einer Einbeziehung der Diesel-Pkw bei Einhaltung der schärferen amerikanischen Grenzwerte positiv gegenüber.

Redner von SPD und Grünen lehnten die Katalysator-Förderung generell ab und forderten eine drastische Besteuerung des Energieverbrauchs.

Es fehle ein Gesamtkonzept mit Tempolimit und Mineralölsteuererhöhung, weniger Landschaftsverbrauch sowie Geboten und Verboten.

Der Gesetzentwurf der Bundesregierung sieht bei Neuwagen eine befristete Steuerbefreiung bis Ende Juli 1991 vor. Sie entspricht einer Steuerersparnis von 1100 DM.

Ungarn / Arbeitsplatz

Parteizellen werden verboten

Budapest (dpa). Das ungarische Parlament hat gestern mit überwältigender Mehrheit beschlossen, Parteiorganisationen an den Arbeitsplätzen zu verbieten. Am dritten Tag der voraussichtlich bis Samstag dauernden Sitzung nahmen die Abgeordneten mit 323 Ja-, vier Gegenstimmen und bei 15 Stimmenthaltungen die Gesetzesvorlage an, die jeden Einfluß von Parteien an den Arbeitsplätzen unterbindet.

Bisher war die kommunistische Sozialistische Arbeiterpartei (USAP) in die Hierarchie der meisten Betriebe integriert gewesen.

Die große Mehrheit für die Abschaffung des Parteieinflusses in Betrieben überraschte Beobachter, da sich die Nachfolgerpartei der USAP, die Ungarische Sozialistische Partei, auf ihrem Parteitag Anfang dieses Monats dafür ausgesprochen hatte, daß die Parteien weiterhin an den Arbeitsplätzen aktiv bleiben sollten.

Bombenanschlag 1974

London: Urteile aufgehoben

London (AP). In einem aufsehenerregenden Prozeß hat ein Londoner Gericht gestern die lebenslangen Haftstrafen für vier Angeklagte aufgehoben, die vor 15 Jahren wegen eines Bombenanschlags verurteilt worden waren. Die Staatsanwaltschaft hatte auf Grund neuer Beweismittel daran gezweifelt, daß es beim Zustandekommen der Geständnisse der Angeklagten mit rechten Dingen zugegangen war.

Die Urteile waren selbst dann aufrechterhalten worden, nachdem eine Gruppe der Irisch-Republikanischen Armee (IRA) 1977 detaillierte Angaben über die Anschläge gemacht hatte. Die Anklage hatte seinerzeit einzig auf den angeblichen Geständnissen der vier Beschuldigten beruht, die diese vor der Polizei abgelegt haben sollten. Staatsanwalt Amlot sagte dazu am Donnerstag, es gebe Beweise, daß die Polizisten Vernehmungsprotokolle gefälscht hätten.

HESSISCHE/NIEDERSÄCHSISCHE
ALLGEMEINE

Herausgeber
Rainer Dierichs, Dr. Dietrich Batz, Achim von Roos

Chefredakteur
Lothar Orzechowski

Stellv. Chefredakteure
Wolfgang Rossbach, Peter M. Zitzmann

Verantwortliche Redakteure
Chef vom Dienst: Horst Kröninger. Chef Nachrichten: Rainer Merforth. Politik: Jochen Prater. Blick in die Zeit: Walter Schütz. Wirtschaft und Sozialpolitik: Horst Seidenfaden, Kultur: Dirk Schwarze, i. V. Claudia Sandner-v.Dehn, M. A., Frau u. Reise: Ilse Methe-Huber. Sport: Rolf Wiesemann, i. V. Ulrich Fuhrmann. Sonntagszeit: Frank Thonicke. Kassel Stadt und Land: Wolfgang Rossbach. Bezirksredaktionen: Peter M. Zitzmann. Koordination: Helmut Lehnart. Hessen/Niedersachsen: Eberhard Heinemann. Chefreporter: Karl-Hermann Huhn. Sonderthemen: Peter Ochs.

Redaktion Wiesbaden: Rolf Effenberger. Redaktion Hannover: Harald Birkenbeul. Redaktion Bonn: Hans Ludwig Laucht.

Verlagsleitung
Dr. Dietrich Batz, Rainer Dierichs, Wigbert H. Schacht. Anzeigenleiter: Horst Prehm. Vertriebsleiter: Gerd Lühring.

Verlag Dierichs GmbH & Co KG, Frankfurter Str. 168, Postfach 10 10 09, 3500 Kassel, Ruf 05 61 / 20 3-0. Tel. Anzeigenannahme 05 61 / 20 3-3. Fernschreib-Nr. 99 635. Telekopierer 05 61 /20 36. Teletex 5 61 81 10. Postgirokonto 155132-608 Frankfurt/M. Anzeigenpreisliste Nr. 29. Monatlicher Abonnementspreis DM 25,60 inkl. Zustellung und 7 % MwSt. (Postbezugspreis 28,50 DM).

Die Beendigung des Abonnements ist nur mit schriftlicher Kündigungserklärung unter Einhaltung einer Frist von einem Monat zum Monatsende möglich; die Frist läuft ab Zugang der schriftlichen Kündigungserklärung.

Auflage werktags über 270 000 Exemplare in Tarifgemeinschaft mit „Oberhessische Presse", Marburg, „Hersfelder Zeitung", „Werra-Rundschau", Eschwege, „Harzkurier", Herzberg.

Auflage „Sonntagszeit" über 200 000 Exemplare.

Herstellung Druckhaus Dierichs, Frankfurter Straße 168, 3500 Kassel.

Eine Chance vertan

Egon Krenz, der neue Mann an der Spitze der SED, hat gesprochen. Das heißt, er hat im Fernsehen ein Papier verlesen, das ihn als Altmeister der Ideologie und Phraseologie ausweist. Die Wende, die er beschwor, bestand lediglich im Umblättern. Mancher, der noch geschwankt hat, ob er bleiben oder gehen soll, wird nun die Koffer packen. Und die Opposition, die auf wirkliche Veränderung in Staat und Gesellschaft aus ist, mag alle Hoffnung fahren lassen.

Das gilt, sofern Honeckers Nachfolger an seinen Worten gemessen wird, und ihnen nicht überraschende Taten folgen. Die jüngste Geschichte kennt Beispiele genug von jäher Wandlung. Auch Gorbatschow wurde erst zum Reformer, als er am Schalthebel des eingerosteten Apparates stand. Daß sich Krenz auf ihn bezieht, besagt zunächst wenig. Schon der Vorgänger hatte die Perestroika in der UdSSR gewürdigt, sie jedoch für die DDR verworfen. Immerhin erfolgt das Eingeständnis, daß dort die Lage „kompliziert" ist. Eine vom Prinzip her rechthaberische Partei räumt Fehler und Versäumnisse ein. Zuletzt geschah das 1953, als der Aufstand losbrach.

Was tun? fragte in der Krise stets von neuem Lenin. Sein Nachfahre im Geiste bleibt schlüssige Antworten schuldig. Reiseerleichterungen werden in Aussicht gestellt, die Volkskammer soll von Akklamation zur Diskussion übergehen. Probleme werden angesprochen, die jedermann kennt, die Lösungen verschwimmen im Nebel. Nur die Krenz-Werte sind klar, die da heißen Auf- und Ausbau des Sozialismus unter Führung der SED. Für andere Parteien scheint dabei sowenig Platz wie für eine Opposition. Die Massen, die ihre Freiheit anders meinen, werden sich damit nicht zufrieden geben. Es muß sich viel ändern in dem Staat, in dem soviel faul ist, und zwar bald. Seine erste Chance hat die Negativfigur vertan.

Alfred Brugger

Um die Macht der Banken

Die Macht der Banken über die Wirtschaft ist ein unerschöpfliches Thema. In keiner Legislaturperiode hat es an gesetzlichen Initiativen gefehlt, den Einfluß des Kreditgewerbes auf Industrie- und Handelsunternehmen zu begrenzen. Daß sich ausgerechnet die Freien Demokraten als Gralshüter der Marktwirtschaft jetzt dafür stark machen, kann nicht nur ordnungspolitisch motiviert sein. Graf Lambsdorff nimmt sich der Interessen des Mittelstandes an und hofft zugleich auf allgemeine Wählergunst. Denn die Sorge über eine zu starke Abhängigkeit der Industrie von den Banken ist nicht erst durch so spektakuläre Beispiele wie die Elefantenhochzeit von Daimler-Benz und MBB gewachsen.

Dabei haben die Banken ihre Beteiligungen in den letzten Jahren schon erheblich reduziert, ist die Zahl der Aufsichtsratsmandate bereits begrenzt und das Depotstimmrecht eingeschränkt worden. Weitere gesetzliche Fesseln könnten die deutsche Kreditwirtschaft im wachsenden Wettbewerb des europäischen Binnenmarktes benachteiligen und sanierungsbedürftigen Unternehmen schweren Schaden zufügen. Der erzwungene Ausverkauf deutscher Beteiligungen wäre ein gefundenes Fressen für ausländische Investoren. Um den Finanzplatz Bundesrepublik nicht zu schwächen, sollte man deshalb nur mit marktkonformen Mitteln gegen erkennbare Auswüchse vorgehen.

Als ein Schritt in die richtige Richtung ist die von der Koalition vereinbarte Offenlegung aller Aufsichtsratsmandate der Banken und Versicherungen zu begrüßen. Darüber hinaus müßte das Kreditgewerbe durch größere Transparenz seiner Geschäftspolitik selbst freiwillig dazu beitragen, sein Image zu verbessern. Umfassende Information ist immer noch das beste Mittel gegen unbegründetes Mißtrauen.

Achim v. Roos

Das Zitat

„Die jungen Leute in der DDR haben nicht nur ‚Freiheit, Freiheit!' gerufen, sondern auch ‚Deutschland, Deutschland'."

Hans-Dietrich Genscher

Viele DDR-Bürger sind enttäuscht über die Rede von Egon Krenz

„Diese Luftblasen, dieses Palaver"

Von unserem Mitarbeiter Peter Gärtner, Berlin

Selten hat die „Aktuelle Kamera" („AK"), die zumeist todlangweilige Nachrichtensendung des DDR-Fernsehens so viele Zuschauer gehabt wie am Mittwochabend: Rasch hatte es sich in Ostberlin herumgesprochen, daß der neue erste Mann des zweiten deutschen Staates nach der „AK" eine Ansprache an die Bevölkerung richten wird. So waren kurz nach 20 Uhr sogar die sonst völlig überlasteten Telefonleitungen zwischen West- und Ostberlin eine Weile frei.

Aber nicht lange: „Ich konnt's einfach nicht mehr hören, diese Luftblasen, dieses Palaver", berichtet empört ein 35jähriger Ostberliner. Er war wohl an diesem Abend nicht der einzige, dem der Frust über den „Apparatschik" Egon Krenz tief in den Knochen saß.

Andere wollten den neuen SED-Generalsekretär und Staatsratsvorsitzenden erst gar nicht auf dem Bildschirm sehen. „Wir brauchen endlich Taten und keine neuen Köpfe", hieß es in oppositionellen Kreisen. Der Ostberliner Pfarrer Reiner Eppelmann stellte gleich nach der Rede eine Mängelliste auf: Er vermisse „ein Wort des Bedauerns" zu den brutalen Übergriffen der Sicherheitsorgane am 7. und 8. Oktober, für die Krenz als ZK-Sekretär verantwortlich war. Und: Es gebe keinerlei Anzeichen für „die Zulassung der oppositionellen Sammlungsbewegungen", so Eppelmann.

Großes Mißtrauen

Keine Frage – in Ostberlin herrscht großes Mißtrauen. Zu vorbelastet erscheint vielen der 52jährige Aufsteiger. Unvergessen sind vor allem seine jüngste Chinareise, aber auch seine bedingungslose Unterstützung der Pekinger Führung, die er in westliche Mikrofone hineinposaunte. Dies sei nun wirklich „keine Empfehlung" für einen Mann, der „das gesunkene Schiff noch einmal flott machen will", meint ein Bürgerrechtler.

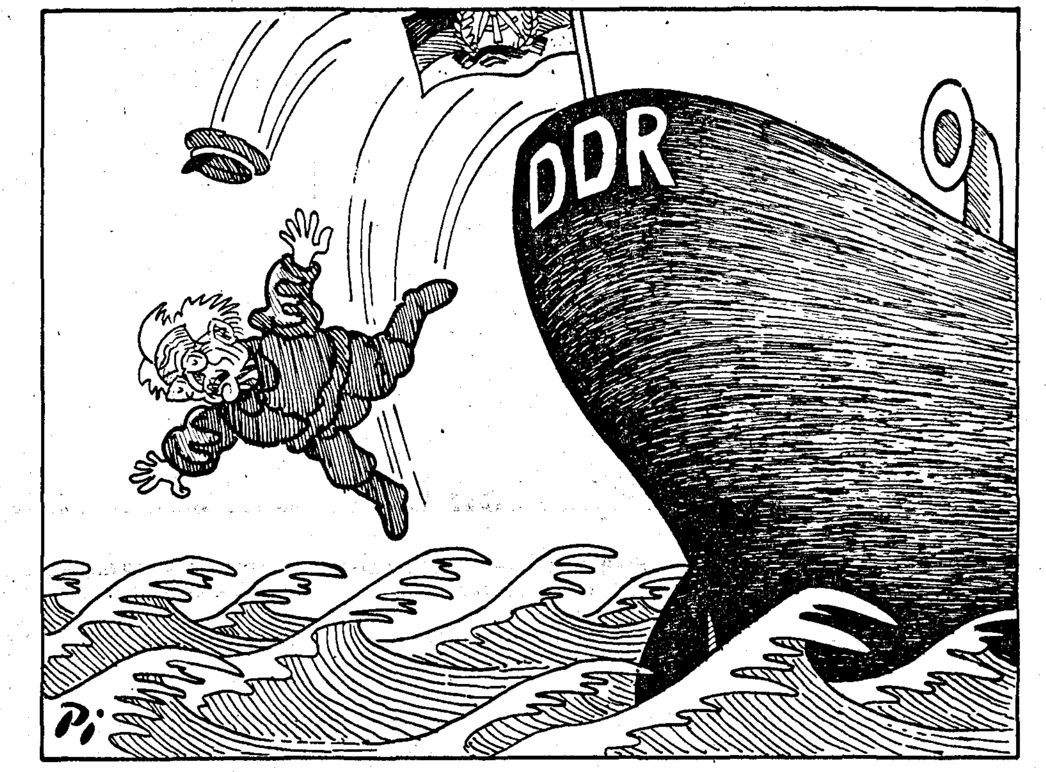
Doch es gibt auch andere Stimmen, die die künftige Entwicklung weitaus optimistischer betrachten. Krenz sei doch bislang auch ein Gefangener des eigenen Systems gewesen, so beschreibt „Forum"-Gründungsmitglied Rolf Henrich seine Hoffnungen. Aus eigener Erfahrung weiß der frühere Genosse und jetzt mit Berufsverbot belegte Rechtsanwalt, daß Krenz' Handlungsspielraum „genauso eingeengt war wie der anderer führender SED-Leute". Henrich: „Jetzt hat er es zu einem großen Teil selbst in der Hand, eine Änderung herbeizuführen. Und ich traue es ihm einfach zu, daß er darüber nicht mehr hinwegsieht."

Immer wieder wird in Ostberlin auch darauf hingewiesen, daß ja auch Honecker – wie Krenz ein Mann des Parteiapparats – vor Reformeifer „nur so sprühte" als er seinen Vorgänger Walter Ulbricht ablöste. Auch sei von Honecker vor seinem Machtantritt keine einzige Rede bekannt gewesen, die sich programmatisch nennen ließe. Die Parallelen zu Krenz seien also nicht zu übersehen. Andere glauben in dem Honecker-Zögling Stärken zu erkennen, die sich jetzt auch positiv auswirken könnten: „Wie der Krenz bei seiner Rede ganz pathetisch an den entscheidenden Stellen die rechte Hand zur Faust geballt hat", analysiert ein DDR-Bürger, könne nur bedeuten, daß er sich nicht als Übergangskandidat begreife. „Der will eine Weile dran bleiben."

Andere Zeichen nötig

Doch dafür sind wohl andere Zeichen notwendig als die, die der neue SED-Generalsekretär bei seiner fast einstündigen Ansprache gesetzt hat. „Nun gut, ein bißchen ehrlicher redet Krenz daher, aber wenn's um wirkliche Veränderungen geht, kommen lauter Vorbehalte", meint ein Gesprächspartner am Telefon. Der Ostberliner spielt dabei auf die angekündigten Reiseerleichterungen an, die Krenz mit der alten Forderung an Bonn verknüpfte, die DDR-Staatsbürgerschaft „uneingeschränkt zu respektieren". Größere Freiheiten der Presse schränkte die neue Nummer eins der DDR gleich mit den Worten ein, daß sie „keine Tribüne eines richtungslosen, anarchistischen Geredes" werden dürfe. Und eine bessere Versorgung mit Konsumgütern machte er von harter Arbeit in den Betrieben abhängig.

Dabei gebe es doch auch Schritte, meint Rolf Henrich, „die uns keinen Pfennig kosten". Als „glaubwürdiges Signal" für einen Neuanfang nennt der „Forum"-Sprecher eine „sofortige Änderung des Wahlrechts". Hiermit könne Krenz tatsächlich das Vertrauen der Bürger wiedergewinnen. Denn schließlich sei er es gewesen, unter dessen Leitung im Mai dieses Jahres die Ergebnisse der Kommunalwahlen gefälscht wurden, begründet Henrich seinen Vorschlag. „Jedenfalls – mit reinem Gefasel ist es nicht mehr getan. Das Volk ist plötzlich nicht mehr eingeschüchtert".



Der Lotse geht von Bord (Aus: Westdeutsche Allgemeine / Pielert)

Der Außenminister als Comic-Held

„Genschman"-Welle nicht aufzuhalten

Von dpa-Korrespondent Klaus Bering

In der Bundesrepublik Deutschland rollt eine „Genschman"-Welle. „Genschman darf nicht sterben", forderte das Satire-Magazin „Titanic", als die Nation nach einem Herzinfakt des 62jährigen Außenministers Hans-Dietrich Genscher im Juli um dessen Leben bangte. Die Zeitschrift machte Genscher zum Helden eines Comic, in dem „Genschman" nach „Batman"-Manier das Böse bekämpft und die deutsche Ost-Politik rettet.

Was daraufhin in Gang kam, versetzte auch überzeugte „Genscheristen" in Erstaunen: Der dienstälteste Außenminister der westlichen Welt wurde in der Bundesrepublik zu einer Art neuer „Kultfigur" - so sieht es zumindest der Leiter des Referats für Öffentlichkeitsarbeit im Auswärtigen Amt, Reinhard Bettzüge. So wie Genscher seit über zwei Jahren die Hit-Liste der populärsten deutschen Politiker anführt, stellte „Genschman" den wiederauferstandenen „Batman" weit in den Schatten.

Körbeweise Bestellungen

Im Auswärtigen Amt trafen körbeweise Bestellungen von „Genschman"-T-Shirts ein - in der ersten Woche 5000 Ordern von Bundesbürgern zwischen 14 und 77 Jahren. Das AA leitete sie an die „Genschman"-Erfinder weiter, und die „Titanic" sah sich gezwungen, ein ganzes Sortiment von Shirts, Ansticknadeln, Stickern, Postern oder Baseball-Mützen anzulegen.

Auf der Frankfurter Buchmesse wurde eine „Genschman"-LP mit Genschers jüngster Rede vor der UNO zum Renner, und „Genschman" ist das Thema von TV-Shows, wo vorwiegend jugendliche Fans den neuen Helden begeistert beklatschen. Die Leibwächter des Außenministers zeigen mit „Genschman"-Buttons an der Innenseite der Jacken Korps-Geist.

„Hoch amüsiert"

Genscher ist „hoch amüsiert", berichtet Reinhard Bettzüge. Noch im Krankenbett hatte sich der Minister, nach Lektüre des ersten „Genschman"-Comic, bestärkt gefühlt: „Es ist Zeit, daß ich wieder an Bord gehe". Was die professionellen Satiriker nicht ahnten: Genschers PR-Leute sind zumindest ebenso phantasiebegabt.

Sie setzten ein paar Gags drauf und - so Bettzüge - „haben damit die 'Genschman'-Welle zur Obersatire hochstilisiert". Am „Tag der offenen Tür" am 23. September in Bonn ließ sich der Minister vom Fan-Club Oberursel bei Frankfurt die „Insignien des Superhelden" verleihen: Halbmaske mit riesigen Ohren - Genschers besondere Kennzeichen -, Mütze und T-Shirt. Die neunjährige Lena Klöckner im „Genschman"-Dress bekannte: „...denn echt bist Du ein Superheld, als Genschman rettest Du die Welt".



IM KAMPF mit Theo Waigel: Hans-Dietrich Genscher als „Genschman" in der „Titanic".

Presse-Echo

Die Ablösung von SED-Generalsekretär Erich Honecker wird von vielen Zeitungen kommentiert.

The Washington Post

Politik ändert sich grundlegend für die Sowjets, ihre Verbündeten und vielleicht auch in gewisser Beziehung für ihre Gegner. Wie sollen die unglaubwürdig gewordenen Kommunisten in der DDR sich an diesen Wandel anpassen, ohne völlig die Kontrolle zu verlieren? Dies soll der neue Generalsekretär Egon Krenz herausfinden.

LA REPUBBLICA
(Rom)

Die Nominierung von Krenz belegt den Willen, zumindest eine Kontinuität vorzutäuschen ... Die DDR wird aber sicher nicht den Weg Polens oder Ungarns gehen.

THE TIMES
(London)

Der Rücktritt von Erich Honecker ist das jüngste Beispiel für eine Gleichung, die mit zunehmender Häufigkeit in der Sowjetunion und in ganz Osteuropa gilt: Präsident Gorbatschow plus öffentliche Unruhe gleich Wechsel.

Berlingske Tidende
(Kopenhagen)

Der Machtwechsel wurde nach den großen, prahlerischen Paraden zum 40. Jahrestag so abrupt durchgeführt, weil die Unruhe im Volk sich tief bis in den Parteiapparat fortgesetzt hatte. Insofern handelte es sich gestern in Ostberlin um eine demokratische Entscheidung, sie entsprach den Forderungen des Volkes. Aber sie wurde aus Furcht vor dem Volk getroffen, nicht aus Respekt vor ihm.

le QUOTIDIEN de paris

Ein kompromißloser Leninist, ein Dogmatiker reinsten Wassers, ein Vertreter der harten Linie, als solcher erscheint Egon Krenz, von dem es heißt, daß ihn Gorbatschow am liebsten beiseite geschoben gesehen hätte. ... Das alles gibt Krenz nicht den Anschein eines Reformers, von dem gewisse Leute träumten.

TAGES-ANZEIGER
(Zürich)

Die Ernennung von Egon Krenz mutet wie ein Probeangebot an. Krenz ist relativ jung, talentiert, beweglich. Aber möglicherweise ist er vielen Menschen in der DDR auch zu beweglich.

Frankfurter Rundschau

Wenn Egon Krenz aber als Übergangs-Parteichef angesehen werden könnte – wohin sollte der Übergang dann führen, und wer könnte die fällige Reform des Systems dann überzeugend einleiten?

Kölner Stadt-Anzeiger

Letztlich hat wohl nicht der schon wochenlang anhaltende Flüchtlingsstrom den personellen Wechsel in Ostberlin ausgelöst... Eher hat der jetzt immer stärker um sich greifende innere Aufruhr in der DDR, der dem Staat die schwerste Dauerkrise in seiner 40jährigen Existenz bescherte, den Ausschlag gegeben ...

Frankfurter Allgemeine

Krenz hat Honeckers aufgeklärten Spätstalinismus mitbetrieben, der die DDR immer weiter in die Tiefe zog. Als es in der DDR wegen der Flüchtlingswoge schon brodelte, fuhr er nach China und gratulierte der Führung dort zu ihrem mörderischen Aufräumen.

Ruhr-Nachrichten
(Dortmund)

Die DDR braucht niemanden, der mit der Kraft des Jüngeren die Politik des alten und kranken Erich Honecker fortsetzt. Die DDR braucht Reformen.



HESSISCHE ALLGEMEINE

heute mit 2416 Kleinanzeigen

KASSEL
1 P 3713 A

UNABHÄNGIG · KASSELER ZEITUNG · NICHT PARTEIGEBUNDEN

Preis 1,40 DM · Nr. 246 · Samstag, 21. 10. 1989 · Ruf (05 61) 203-0 · Anzeigen 203-3

Kassel

Kein Punkt in Schalke

1. Bundesliga

1. FC Kaiserslautern – FC St. Pauli	1:1

2. Bundesliga

Schalke 04 – KSV Hessen Kassel	2:0
Alemannia Aachen – Fortuna Köln	3:0
VfL Osnabrück – Darmstadt 98	4:2

Bestsellerautorin

D. Lessing wird 70



Als Kritikerin der Gegenwart und Visionärin der Zukunft hat sich die englische Schriftstellerin Doris Lessing (Foto) auch in Deutschland in die Herzen ihrer Leser geschrieben. Die Autorin wird am Sonntag 70 Jahr alt. Siehe Kultur.

Kind vermißt

Vier Tote im Watt

Eine Wattwandergung vor Friedrichskoog endete tragisch: Eine Urlaubergruppe, die ohne Führer unterwegs war, wurde von Nebel und Flut überrascht. Vier Menschen ertranken, ein Kind wird noch vermißt. Siehe „Blick in die Zeit".

September

Flaute bei Kfz

Flaute bei den Kfz-Neuzulassungen: Im September wurden mit 229 000 Fahrzeugen 15,9 Prozent weniger Fahrzeuge zugelassen als im September '88. Bei den Pkw betrug der Rückgang 17,2 Prozent. Siehe Wirtschaft und Kommentar.

Pastor Meyer

Keine Entlassung

Der homosexuelle Pastor Hans-Jürgen Meyer ist für fünf Jahre in den Wartestand versetzt worden. Er kann in dieser Zeit nicht aus der Kirche entlassen werden. Das hat eine „Kammer für Amtszucht" der ev. Kirche entschieden. „Blick in die Zeit".

Kalte Duschen

Schutz vor Erkältung

Kalte Duschen und Saunagänge schützen vor Erkältung. Bis der Erfolg einsetzt, muß man aber drei Monate durchhalten. Das ist das Ergebnis einer Studie, die in Hannover veröffentlicht wurde. Siehe „Blick in die Zeit" und „Zum Tage".

DDR / Kritische Töne im „ND"

Reform-Diskussion immer rasanter

Ostberlin (dpa). Nach dem Machtwechsel in Ostberlin hat die Diskussion über Reformen in der DDR in rasantem Tempo immer weitere Kreise der Gesellschaft erfaßt. Erste Änderungen sind bei den Reiseerleichterungen und beim Wahlrecht in Aussicht gestellt.

Als Hindernis für Reiseerleichterungen hatte der neue Parteichef Krenz das Devisenproblem sowie die Haltung der Bundesregierung genannt, die Staatsbürgerschaft der DDR nicht anzuerkennen. Die Ministerin für Innerdeutsche Beziehungen, Wilms (CDU), betonte jetzt umgehend: „Darüber sollte nun wirklich auch nicht mehr diskutiert werden." Nach einem Gespräch des neuen SED-Chefs mit der Führung der Evangelischen Kirche äußerte sich Landesbischof Leich optimistisch über eine Wahlreform in der DDR. Leich machte deutlich, daß der neue SED-Generalsekretär auch zu Gesprächen mit neuen nichtstaatlichen Gruppierungen bereit sein könnte.

Die bis vor wenigen Tagen noch einförmige DDR-Presse übte gestern heftige Kritik an der früheren Politik, beurteilte zugleich die Aktivitäten des neuen SED-Parteichefs positiv. Das SED-Organ „Neues Deutschland" („ND") widmete vier Seiten der Kritik und den Anregungen von DDR-Bürgern.

Erstmals berichtete das Blatt über den Verlauf der Sitzung des Zentralkomitees am Mittwoch, auf der Erich Honecker abgelöst worden war. Die Tagung habe wie ein „reinigendes Gewitter" gewirkt. Stimmen aus dem Zentralkomitee drängen Krenz offenbar, in den Veränderungen weiter zu gehen, als er dies in seinen allgemein gehaltenen Ankündigungen getan hat. Zu den Ankündigungen von Krenz fragte das ZK-Mitglied Ewald, „ob wir nicht doch noch etwas weitergehen sollten und könnten". Er plädierte für die baldige Einsetzung von Arbeitsgruppen.

Auch der Dresdner SED-Bezirksleiter Modrow plädierte für Arbeitsgruppen. Er schlug zudem vor, die Rede von Krenz um den Komplex „Kritik und Selbstkritik" zu ergänzen, was schließlich geschehen sei, so das „Neue Deutschland".

Erstmals plädierten auch Mitglieder der Opposition dafür, dem neuen SED-Chef eine Chance zu geben.

Siehe „Themen des Tages"
Fortsetzung nächste Seite

FDP-Fraktionschef bei Reformer in Dresden

Mischnick und Modrow für Parlamentskontakte

Dresden (dpa). Der FDP-Fraktionsvorsitzende im Bundestag, Mischnick, ist gestern in Dresden zu einem Gespräch mit dem Ersten Sekretär der SED-Bezirksleitung, Modrow, zusammengetroffen. Beide Politiker sprachen sich für Kontakte zwischen dem Bundestag und der Volkskammer aus. Nach dem zweistündigen Gespräch berichteten Mischnick und Modrow von zahlreichen Übereinstimmungen. Mischnick ist der erste Bonner Politiker, der nach dem Führungswechsel in Ostberlin die DDR besucht.

Zuvor hatte sich Mischnick skeptisch zu der von seinem Parteifreund Lüder angeregten Subventionierung des innerdeutschen Reiseverkehrs geäußert. Kurz vor Antritt seines dreitägigen Besuchs in Dresden sagte Mischnick im Deutschlandfunk, auch früher sei vorgeschlagen worden, DDR-Besuchern den Umtausch von Mark der DDR in Deutsche Mark zum Kurs von 1:1 zu ermöglichen. Die von der DDR als Reisehindernis genannten finanziellen Probleme seien „vorgeschoben". DDR-Bürger, die in die Bundesrepublik fahren wollten, kämen auch, wenn sie ihr Geld nicht im Verhältnis 1:1 umtauschen könnten.

Wieviel Devisen die DDR jetzt schon von der Bundesrepublik kassiert, lesen Sie auf „Themen des Tages"

Auch über die Anregung, die Bundesrepublik solle mit dem beim Umtausch eingenommenen Geld in der DDR einkaufen, sei früher schon diskutiert worden. „Wenn jetzt in der DDR eine neue Betrachtung über Überlegungen käme, ist das ein Weg, den man weiterverfolgen kann."

Berlins Bürgermeister Momper neuer Präsident des Bundesrates

Der Bundesrat hat den Berliner Regierenden Bürgermeister Walter Momper (links, in der Mitte Nordrhein-Westfalens Ministerpräsident Rau und rechts Engholm) für zwölf Monate zu seinem neuen Präsidenten gewählt. Er löst in diesem Amt am 1. November turnusgemäß den schleswig-holsteinischen Ministerpräsidenten Björn Engholm (SPD) ab. Der 44jährige Momper, Chef der rot-grünen Koalition in Berlin, ist als Bundesratspräsident auch Vertreter des Bundespräsidenten. Engholm unterstrich die eigenständige Rolle der Länderkammer und appellierte an die Bundesregierung, Anwalt der Länder in der EG zu sein. Es wäre eine „Ironie der Geschichte", wenn in Brüssel eine allmächtige EG-Zentrale entstünde, während die Staaten Osteuropas den „Charme der Dezentralität" entdeckten. (dpa-Funkbild)

„Soldaten sind potentielle Mörder" – Arzt erneut freigesprochen

Gericht sieht Meinungsäußerung

Frankfurt (AP). Das Landgericht Frankfurt hat am Freitag einen 43 Jahre alten Arzt, der in einer Podiumsdiskussion Soldaten als „potentielle Mörder" bezeichnet hatte, vom Vorwurf der Beleidigung und Volksverhetzung freigesprochen. Die Äußerung sei vom Grundrecht auf freie Meinungsäußerung gedeckt, entschied die 29. Strafkammer. Der Vertreter der Bundeswehr, die als Nebenkläger zugelassen war, kündigte Rechtsmittel an.

Die Staatsanwaltschaft hatte gegen den in der Friedensbewegung engagierten Arzt eine Geldstrafe von 10 500 DM gefordert. Der Arzt hatte am 31. August 1984 während einer Diskussion in einer Frankfurter Schule zu einem Jugendoffizier der Bundeswehr gesagt: „Alle Soldaten sind potentielle Mörder – auch Sie."

Bereits im Dezember 1987 war der Arzt vom Frankfurter Landgericht freigesprochen worden. Das Urteil hatte damals für Aufregung gesorgt. Nachdem das Frankfurter Oberlandesgericht im Dezember vergangenen Jahres das Urteil aufgehoben hatte, mußte jetzt vor einer anderen Kammer des Landgerichtes erneut verhandelt werden.

Die Kammer hatte zahlreiche Sachverständige der Bundeswehr und namhafte Friedensforscher gehört. Aus dieser Anhörung hat sich nach Ansicht des Kammervorsitzenden Heinrich Gehrke klar ergeben, daß ein künftiger Krieg zu einer Massentötung von Zivilisten führen würde. Es sei verständlich, daß bei dieser Perspektive viele Menschen Krieg für ein Verbrechen hielten.

Zwar habe der Arzt den Jugendoffizier beleidigt, aber „in Wahrnehmung berechtigter Interessen" gehandelt. Dem Grundrecht auf freie Meinungsäußerung sei hier der Vorrang vor dem Ehranspruch des Soldaten einzuräumen, da die Thematik Krieg und Frieden existentielle Bedeutung für die Menschen habe. Solange ein deutscher Bischof ungestraft Abtreibung als Mord bezeichnen dürfe, sei auch die Äußerung des Arztes vom Grundrecht gedeckt.

Bundesverteidigungsminister Stoltenberg reagierte auf das Urteil mit „völligem Unverständnis".

Fortsetzung nächste Seite
Siehe auch Kommentar

Über 1000 DDR-Flüchtlinge in Bayern eingetroffen

München (dpa). Bis in den frühen Freitag morgen sind erneut mehr als tausend DDR-Flüchtlinge über Ungarn und Österreich nach Bayern gekommen. Nach Angaben des Grenzschutzkommandos Süd reisten 1119 DDR-Bürger ein. Am Tag zuvor waren es 1913 Flüchtlinge. Nach Angaben der österreichischen Behörden sind seit dem 11. September 40 600 DDR-Bürger eingetroffen. Aus Warschau kommend – dort warten rund 1800 DDR-Bürger auf ihre Ausreise – landete gestern abend das dritte Flugzeug mit 140 DDR-Bürgern in Düsseldorf.

Zum Tage

Zwei Methoden

Für die Triefnasen im Winter kommt die Meldung zu spät, zur Bekämpfung des Frühjahrs-Schnupfens allerdings dürfte es noch reichen. Durch ausgiebige Versuche hat ein Professor in Hannover festgestellt, daß man durch Wechselduschen seinen Körper so abhärten kann, daß Erkältungskrankheiten seltener auftreten.

Im Prinzip haben unsere Urgroßmütter dies auch schon gewußt – nur nicht so wissenschaftlich formuliert. Allerdings waren Duschen damals nicht sehr weit verbreitet, sonst wäre der Schnupfen sicherlich längst ausgerottet. Oder lag es daran, daß man schon sehr hart zu sich selbst sein muß, um freiwillig den Warmwasserhahn zwischendurch immer wieder zuzudrehen – mindestens fünfmal wöchentlich? Manch einer glaubt heute noch, häufiges Duschen schade a) der Haut, und b) sei es Wasserverschwendung, deshalb c) sogar umweltschädlich.

Die Abhärtung komme durch eine bessere Durchblutung der Schleimhäute in Mund und Nase, sagt der Professor. Das muß Urgroßvater geahnt haben: Er schwörte auf einen steifen Grog – in erster Linie wohl nicht wegen der Durchblutung. Doch geholfen hat's ihm auch. Und wenn er trotzdem einen Schnupfen bekam, braute er sich noch einen Grog, tat aber zusätzlich einen Löffel Honig hinein.

Peter Ochs

Angebot Ostberlins

DDR: Jeder kann zurückkehren

Berlin (dpa). Die DDR-Regierung hat alle Bürger, die das Land verlassen haben und wieder in die Heimat zurückzukehren wollen, aufgefordert, sich an die diplomatischen Vertretungen im Ausland zu wenden. In einem Rundfunk- und Fernsehinterview sagte der Sprecher des DDR-Außenministeriums, Meyer, gestern, die DDR lasse sich dabei von dem völkerrechtlichen Grundsatz leiten, wonach jeder in sein Heimatland zurückkehren kann.

Der Sprecher erklärte: „Wir werden allen, die zurückkehren wollen, soweit dem nicht triftige Gründe entgegenstehen, im Rahmen des Möglichen dabei behilflich sein, in ihrer angestammten Heimat wieder Fuß zu fassen."

Der Sprecher des DDR-Außenministeriums verwies auf das Recht eines jeden DDR-Bürgers, einen Antrag auf ständige Ausreise zu stellen. Solche Anträge würden in großzügiger Weise entschieden. Deshalb seien Botschaftsbesetzungen „nicht verständlich".

DDR-Vermittler

Anwalt Vogel kaltgestellt?

München (dpa). DDR-Rechtsanwalt Wolfgang Vogel, der bei den Botschaftsflüchtlingen von Prag und Warschau als Vermittler aufgetreten war, soll das Mandat der DDR-Regierung verloren haben und kaltgestellt worden sein. Das verlautete nach Angaben des „Münchner Merkur" aus Regierungskreisen in Bonn. Auf Anfrage erklärte der Rechtsanwalt am Freitag abend der Münchner Tageszeitung: „Richtig ist, daß mein Mandat noch nicht erneut besetzt worden ist. Im übrigen überlege ich mir, ob ich es auch in Zukunft ausüben soll."

Frankfurter Fehlurteil

Wer einen angeklagten Mörder Mörder nennt, bevor dieser rechtskräftig verurteilt worden ist, macht sich strafbar. Wer einen Soldaten potentiellen Mörder nennt, obwohl dieser kein Mörder ist oder sein wird, geht straffrei aus. Zu solchen Rechtsverdrehungen hat uns das Frankfurter Landgericht verholfen. Auch im zweiten Durchlauf verteidigt es hartnäckig das Recht des beschuldigten Arztes, seine subjektive Meinung zu äußern, auch wenn diese falsch und beleidigend ist.

Man höre und staune. Es gibt noch Richter in Deutschland, die alles gnädig hinnehmen, was in einer emotional aufgeladenen Situation gesagt wird. Zwar sei die Äußerung des Arztes objektiv als beleidigend anzusehen, aber subjektiv sei er von ihr überzeugt gewesen. Man darf also lügen und herabsetzen, wenn man dabei nur in Wahrnehmung berechtigten Interesses handelt.

Freiheit der Meinungsäußerung ist ein hohes Gut. Niemand will sie einschränken. Auch diejenigen nicht, die an dem Frankfurter Soldatenurteil heftige Kritik üben. Sie wollen nur, daß die Ehre und Würde des Menschen als ein ebenso hohes Gut geachtet wird. Wieso haben die Frankfurter Richter dem Arzt mehr berechtigtes Interesse zugebilligt als dem Jugendoffizier, der sich beleidigt fühlt? Wenn sie in ihrem Urteil schon auf subjektive Befindlichkeiten Rücksicht nehmen, hätte das für beide Seiten gelten müssen.

Wer zur Verteidigung seines Volkes antritt, ist keine potentieller Mörder. Das bezweifelt nicht einmal das Frankfurter Landgericht. Ob sein Fehlurteil erneut revidiert werden kann, ist fraglich. Unheil hat es genug angerichtet. Aber man sollte jetzt nicht den Gesetzgeber bemühen, um Wiederholungen auszuschließen. Damit würde man allen potentiellen Rechtsverdrehern zu viel Ehre antun.

Achim v. Roos

Ungetrübte Auto-Konjunktur

Kraftfahrzeuge sind erfolgreiche und wichtige Produkte der deutschen Industrie, der Pkw vorneweg. Ganze Regionen sind abhängig von den Autokonzernen: Geht's VW gut, profitieren Landstriche wie der unsrige davon. Bricht die Autokonjunktur ein, bekommen es die betroffenen Städte und Gemeinden mitsamt ihrer Bevölkerung direkt zu spüren. Die jüngste Flensburger Statistik muß aber nun kein Anlaß sein, den Krückstock für künftige schwere Zeiten aus dem Keller zu holen.

Obwohl der Rückgang drastisch zu sein scheint: Ein konjunktureller Einbruch ist es nicht. Jedes Jahr im Herbst gehen die Neuzulassungszahlen saisonal bedingt zurück. Private Käufer marschieren in der Regel im Frühjahr in die Ausstellungshallen und ordern den neuen Wagen, Firmen investieren meist zum Jahresende.

Es gibt zwei Beweise dafür, daß der Autofrühling noch nicht beendet ist: Vergleicht man die Verkaufszahlen der ersten neun Monate mit denen des Vorjahres, so ist trotz des September-Lochs ein Anstieg festzustellen. Diese Entwicklung hätte zum Jahresanfang nach den Rekord-Neuzulassungszahlen des Vorjahres niemand erwartet. Das zweite Indiz ist die satte Auftragslage der Autoindustrie, die der Nachfrage im In- und Ausland trotz des offenbar einkalkulierten Rückgangs im vergangenen Monat nur mit Sonderschichten Herr werden kann.

Die Autokonjunktur floriert also weiter. All jene, deren Schicksal weitgehend damit verbunden ist, werden's mit einem Aufatmen quittieren. Eines ist jedoch klar: Der Aufwärtstrend wird bald ein Ende haben. Zum einen haben die Autos eine immer größere „Lebenserwartung", zum anderen wird die Zahl derer, die als Neukäufer in Frage kommen, irgendwann geringer. Ein grenzenloses Wachstum, man sollte es nicht vergessen, gibt es hier nicht.

Horst Seidenfaden

Das Zitat

„Kritik und Selbstkritik rücken wieder in das Zentrum der Arbeit."

Das SED-Zentralorgan Neues Deutschland

Radikales Umschwenken der SED in der Informationspolitik

Kritik live im DDR-Fernsehen

Von unserem Redaktionsmitglied Rainer Merforth

Das real existierende DDR-Fernsehen schaltete live. Professionellen Beobachtern im Westen verschlug's den Atem, DDR-Zuschauer erlebten Einmaliges: Ein offener Schlagabtausch aufgebrachter Bürger mit hochkarätigen SED-Funktionären ohne Vorabsprache, ohne Zensur, ohne bonzenhaftes Aufplustern der Staats- und Parteivertreter. Am Donnerstag um 20 Uhr brach für die DDR ein neues Medienzeitalter an – statt „Späher und Schnüffler der Lüfte", so der Titel des ursprünglich vorgesehenen Naturkundebeitrags über Geier, gab es Polit-Vollkost gepfefferter Art.

Schon kurz zuvor war die Absicht der neuen SED-Führung überdeutlich geworden, wenigstens mit einem Radikalschwenk in der Informationspolitik abzulenken vom offensichtlichen Unvermögen, auch das Ruder in der (für die Bürger letztlich entscheidenden) Wirtschaftspolitik rasch herumzureißen und den Unmut im Lande zu dämpfen. Arbeiter rüttelten an der Fassade des neuen SED-Chefs Egon Krenz mit bohrenden Fragen nach den Ursachen von Ungerechtigkeit und Mangel, Rückstand und Mief über dem anderen Deutschland – Kameramann sowie Tontechniker hielten voll drauf, die „Aktuelle Kamera" ließ es über den Schirm flimmern.

Ab sofort regelmäßig

Dann das neue Bürgerfernsehen, das per ebenso überraschendem Beschluß ab sofort regelmäßig als Ventil dienen soll. Unter Führung von Prof. Otto Reinhold, Chefdenker des Regimes, führte eine Riege von Top-SED-Leuten vor, wie schnell zumindest Reden und Reagieren umzupolen die DDR-Führung in der Lage ist. Im Mittelpunkt standen Zusagen nicht nur für Reiseerleichterungen, sondern die Beauftragung des Innenministers mit einem neuen Reisegesetzentwurf.

Den im Studio anrufenden Zuschauern wurde versichert, das Ziel sei, jedem DDR-Bürger zu einem Reisepaß zu verhelfen, wenn – ja, wenn die „Bäh-Err-Däh" der DDR bei der Frage der Staatsbürgerschaft entgegenkomme und das Problem der „Valutafrage" (DDR-Chinesisch für Devisenmangel) mit lösen helfe. Die Frage, ob am Ende dieses Prozesses jeder DDR-Bürger reisen könne, wohin er wolle, stellte wenig später, im Westfernsehen, ZDF-Moderator Ruprecht Eser an Reinhold. Der live zugeschaltete Promotor der „Veränderung in unserer Medienpolitik" ohne wenn und aber: „Ja".

Ein Relikt: Von Schnitzler

Wie ein Relikt aus stalinistischen Zeiten saß in der Runde zusammen mit Reinhold, dem Dresdner Oberbürgermeister Wolfgang Berghofer, dem Zentralkomiteemitglied Otto Hahn und dem Wirtschaftswissenschaftler Max Schmidt auch Karl Eduard von Schnitzler, (noch) Chefkommentator des Ostfernsehens, und versuchte vorsichtig, eine möglichst unmerkliche Brücke zwischen seinen bisherigen Hetztiraden und der neuen sanften Welle zu schlagen, die seine Diskussionskollegen auch gegenüber der Bundesrepublik an diesem Abend anrollen ließen – es mißlang. Alles, was das Volk von ihm hören wollte, war der Zeitpunkt seines Verschwindens. Darauf aber gab es diesmal noch keine Antwort.

Nach der Aufregung zog allerdings flugs wieder Routine ins DDR-Fernsehen ein. „Objektiv", das außenpolitische Magazin, schilderte aus dem feindlichen Ausland unter dem Titel „Flucht in den Tod – ein Schicksal in der BRD", wie es Flüchtlingen ergehen kann, die von den Segnungen des ersten deutschen Arbeiter- und Bauernstaates nichts mehr wissen wollen und der Arbeitsplatz- und Wohnungsmisere im Westen zum Opfer fallen...

Reisefreiheit / Jetzt wird um DM für Devisen gepokert

DDR kassiert schon jetzt kräftig in Bonn

Von dpa-Korrespondent Klaus Bering

In der Bonner Debatte um wirtschaftliche Unterstützung von Reformen in der DDR schiebt sich die Frage nach vorn, ob die Bundesrepublik nicht die freie Ausreise von DDR-Bürgern durch kräftige Devisenhilfe fördern kann. Auslöser war die Ankündigung des neuen Parteichefs Egon Krenz, daß neue Reisegesetze vorbereitet würden.

Die DDR hat einen hohen Devisenbedarf und ist nach Schätzungen im Westen mit etwa acht Milliarden Dollar netto verschuldet. Ostberlin begründete bisher die generelle Verweigerung von Westreisen vorwiegend mit Devisenknappheit - ein Argument, das im Westen nicht ernst genommen wird.

Rund fünf Millionen DDR-Bürger machten im vergangenen Jahr Besuche im Westen (darin auch Mehrfachbesuche), unter ihnen 1,2 Millionen jüngere Menschen, die nur in besonderen Fällen eine Reiseerlaubnis erhalten. Hätte die DDR in jedem Fall 500 DM Devisen bereitgestellt, hätte sie insgesamt 2,5 Milliarden aufwenden müssen.

Die Bundesrepublik Deutschland, nach der UdSSR der zweitgrößte Handelspartner der DDR (sieben Prozent Anteil am Handelsvolumen), ist auch der größte Devisenlieferant für Ostberlin. Jährlich fließen über 800 Millionen DM aus Bonn dorthin - in Form von Pauschalen für die Benutzung der Transitstrecken nach Westberlin, als Bezahlung von Leistungen der DDR-Post im innerdeutschen Service, als zusätzliche Gebühr für die Straßenbenutzung oder als Bonner Beitrag zum Bau neuer Autobahn-Stücke.

Rund 500 Millionen DM kassiert die DDR jährlich von Besuchern aus der Bundesrepublik und Westberlin, die pro Tag Aufenthalt 25 West-Mark umtauschen müssen. Dazu kommen mindestens 50 Millionen DM Gebühren für die Erteilung von Visa.

Ein besonderer Service-Dienst (Genex), bei dem Westdeutsche für Bürger der DDR Geschenke in Auftrag geben können, bringt der DDR weitere 200 Millionen in die Kasse. Informierte Kreise schätzen, daß die Bundesrepublik darüber hinaus jährlich rund 150 Millionen für den Freikauf politischer Häftlinge ausgibt. Allein diese Leistungen und Zahlungen summieren sich auf fast zwei Milliarden DM im Jahr.

Die nicht unbeträchtlichen Deviseneinnahmen steckte die DDR bisher vorwiegend in Innovation und Ausbau der Industrie mit Verbesserung der Exportsituation. Westkredite, wie etwa die zwei Milliarden DM aus der Bundesrepublik, wurden rasch und pünktlich getilgt. Dafür stockte die Versorgung im Inland - ein Grund für die wachsende Protestwelle.



Mutmaßungen über Egon Krenz (Aus: Westdeutsche Allgemeine / Pielert)

Presse-Echo

Die Verleihung des Literatur-Nobelpreises kommentieren viele Blätter

Hamburger Abendblatt

Das Preiskomitee in Stockholm hat sich noch einmal halbwegs nobel aus der Affäre gezogen. Indem es den Spanier Camilo Jose Cela auf den Nobel-Schild hob, umging es geschickt den drohenden Vorwurf, nur einen gänzlich unbedeutenden Verlegenheitskandidaten gekürt zu haben.

Abendzeitung

(München)

Der Trend, sich vom aktuellen Literaturgeschehen zurückzuziehen, ist auch in diesem Jahr wieder erkennbar. Wer redet denn heute noch von Josip Brodsky (1987), wer erinnert sich noch an Jaroslav Seiferth aus der CSSR (1984)? Auch die Werke von Claude Simon (1985) Czeslaw Milosz (1980) oder Odyessa Elytis (1979) sind oft nicht einmal mehr in den hinteren Regalen der Buchhandlungen zu finden.

SÜDKURIER

(Konstanz)

Der Stolz gehört den Spaniern, das ist unbestritten, Cela ist einer ihrer großen. Andernorts wurde die unerwartete Nachricht aus Stockholm mit gemischten Gefühlen aufgenommen.

Hier wird ein Schriftsteller geehrt, dessen Verdienste um die spanische Literatur auf die Nachkriegszeit zurückgehen, also moosbewachsen sind.

Münchner Merkur

MÜNCHNER ZEITUNG

Die schwedische Akademie kommt einem langsam spanisch vor ... Camillo Jose Cela ... wäre möglicherweise durchaus der richtige Mann für den Nobelpreis gewesen – allerdings vor 30 Jahren.

Rot-grün, schwarz-grün, „Ampel"- und Große Koalitionen nach Kommunalwahl

Politiklandschaft in NRW bunter gefärbt denn je

Von AP-Korrespondent Erich Reimann

Alles „geht" in Nordrhein-Westfalen: drei Wochen nach den Kommunalwahlen vom 1. Oktober hat sich die politische Landschaft im bevölkerungsreichsten Bundesland bunter gefärbt als jemals zuvor. Bei den Bürgermeister- und Landratswahlen fanden sich rot-grüne, schwarz-grüne und Große Koalitionen sowie Ampelmehrheiten aus SPD, FDP und Grünen zusammen, um angesichts von immer mehr in den Kommunalparlamenten vertretenen Parteien die jeweils notwendige Stimmenmehrheit zu sichern. Nicht immer war die praktische Lösung vor Ort im Sinne der Parteizentralen in Bonn und Düsseldorf.

Vor allem CDU-Kommunalpolitiker brachten ihren Landesvorsitzenden, Bundesarbeitsminister Norbert Blüm, in Verlegenheit. Der hatte kurz vor den Wahlen im Landesvorstand einen Beschluß verabschieden lassen, nach dem die CDU jede politische Zusammenarbeit und jede Koalition mit links- und rechtsradikalen Parteien, mit Kommunisten, Grün-Alternativen, Republikanern oder Nationaldemokraten ablehne. „Dies gilt für die Landes- und Kommunalwahlebene", hieß es in einem Zusatz.

Basis rebellierte

Doch die CDU-Funktionäre vor Ort machten nicht mit. Im oberbergischen 16 000-Einwohner-Städtchen Hückeswagen wählte eine schwarz-grüne Mehrheit den Unionspolitiker Manfred Vesper zum Bürgermeister. Im niedrrheinischen Neunkirchen-Vlyn waren es gar FDP und Grüne, die dem CDU-Kandidaten zur notwendigen Mehrheit verhalfen. Dabei hatte Blüm noch versucht, durch einen Blitzbesuch in Hückeswagen den Dammbruch zu verhindern.

Die Gratulation der CDU-Zentrale in Düsseldorf für die neuen Bürgermeister fiel denn auch eher gequält aus, steht der Landesverband doch jetzt vor einem doppelten Problem: zum einen fürchtet die Partei, daß in anderen Ortsvereinen die Neigung wächst, sich auch mit Stimmen der Republikaner wählen zu lassen, zum anderen wird es für die Partei fast unmöglich, im bevorstehenden Landtagswahlkampf erneut die rot-grüne Gefahr zu beschwören.

Auch bei den Liberalen ging nicht alles nach dem Willen des FDP-Landesverbandes. Obwohl der Landesvorsitzende, Bundesbildungsminister Jürgen Möllemann, noch am Tag nach der Wahl Ampelkoalitionen kategorisch ausgeschlossen hatte, fand sich in der 104 000 Einwohner zählenden Stadt Bergisch Gladbach bei Köln eine Mehrheit aus SPD, FDP und Grünen zusammen, um den sozialdemokratischen Kandidaten zu wählen. Nicht anders war es in Iserlohn und Pulheim bei Köln.

Wiederholung verhindert

Zu einer großen Koalition aus SPD und CDU kam es in der Landeshauptstadt Düsseldorf. Dort hatte der Einzug der Republikaner sowohl eine Mehrheit für CDU/FDP als auch die Wiederholung des bisherigen rot-grünen Bündnisses verhindert. In der 27 000 Einwohner zählenden Stadt Erkrath bei Düsseldorf verständigten sich Union und Sozialdemokraten gar auf das sogenannte „israelische Modell". Dort soll die zweite stellvertretende Bürgermeisterin zur Halbzeit der Legislaturperiode von einem CDU-Kandidaten abgelöst werden.

Auch Ministerpräsident Johannes Rau dürfte es mit einem lachenden und einem weinenden Auge gesehen haben, daß in den ehemaligen CDU-Hochburgen Aachen und Krefeld ausgerechnet rot-grüne Koalitionen die sozialdemokratischen Kandidaten in die Bürgermeistersessel hoben. Denn der stellvertretende SPD-Bundesvorsitzende hatte aus seiner Abneigung gegen die Ökopartei nie einen Hehl gemacht.

Namen und Nachrichten

Palme-Witwe klagt an

Lisbeth Palme (Foto), die Witwe des ermordeten schwedischen Ministerpräsidenten Olof Palme, hat die Polizei und die Zeitungen des Landes beschuldigt, die Aufklärung des 1986 verübten Attentats sabotiert zu haben.



Frau Palme sagte in einem TV-Interview, sie verfüge über Beweise dafür, daß Journalisten Informationen von der Polizei gekauft hätten.

„Rushdie beseitigen"

Der Direktor des Moslemischen Instituts in London, Siddiqui, hat seinen Mordaufruf gegen den Autor Salman Rushdie erneuert. In einer Versammlung von 300 Moslems sagte er: „Alle Moslems sind sich einig, diesen Mann zu beseitigen."

Cheney auf Europa-Reise

Der amerikanische Verteidigungsminister Cheney hat am Wochenende eine 20tägige Reise nach Europa und Australien begonnen, die ihn vom 26. bis zum 28. Oktober auch in die Bundesrepublik führen wird. Cheney will sich bei den Verbündeten unter anderem über die jüngsten Entwicklungen in Osteuropa informieren.

Täter stirbt bei Attentat

Auf eine Wahlveranstaltung der griechischen Konservativen mit deren Vorsitzenden Mitsotakis auf der Insel Lesbos sollte möglicherweise ein Bombenanschlag verübt werden. Der Attentäter wurde jedoch bei dem Versuch, den Sprengkörper zu plazieren, von seiner eigenen Bombe zerrissen. Es handelte sich um einen Offizier der griechischen Luftwaffe.

De Klerk gegen Garantien

Südafrikas Präsident Frederik De Klerk hat sich gegen „internationale Garantien" für einen Übergang zu einer anderen Regierungsform im Apartheid-Staat ausgesprochen. Vor Delegierten der herrschenden Nationalen Partei sagte De Klerk, das Schicksal des Landes werde nicht im Ausland bestimmt.



Bergarbeiter ermordet?

Das sowjetische Innenministerium hat begonnen, den Tod von Bergarbeiter-Führer Sotnikow zu untersuchen. Es wird vermutet, daß der Mann, der bei den Streiks im Juli eine „aktive Rolle" gespielt habe, ermordet wurde. Sotnikow war in der Nähe seines Hauses in Rostow tot aufgefunden worden.

„Pulverfaß Hochschule"

Bildungsminister Jürgen Möllemann (FDP) hat eindringlich vor den Folgen einer unüberlegten Sparpolitik an den Hochschulen gewarnt. In einem Interview sagte Möllemann, er warne davor, angesichts der hohen Belastung von Universitäten und Fachhochschulen jetzt „eine Lunte an das Pulverfaß Hochschule zu legen". Für die 235 000 Studienanfänger fehlten nicht nur Wohnungen, sondern auch viele Professoren- und Dozentenstellen.

Bomben zeitig entschärft

Die Polizei hat gestern in London drei Brandbomben entschärft, die vor Büros der Konservativen Partei gelegt waren. Ein Reporter hatte die Polizei alarmiert, nachdem ein Anrufer ihm im Namen einer walisischen Separatisten-Organisation einen Hinweis gegeben hatte.

Reformen in DDR

DKP-Neuerer skeptisch

Frankfurt (dpa). Vertreter einer politischen Erneuerung der Deutschen Kommunisten Partei (DKP) bewerten die Reformbemühungen in der DDR skeptisch. Bei einem „Erneuerungskongreß" in Frankfurt erklärten sie am Wochenende, wirkliche Veränderungen seien kaum zu erwarten, wenn die SED nicht ihren Führungsanspruch aufgebe. Die Partei habe die Macht, aber nicht die Führung. Ihr Angebot zum Dialog sei „nicht viel mehr als eine Phrase". Es fehlten eine Analyse über die gesellschaftliche Lage und Vorschläge. Die Opposition innerhalb der DKP will einen parteiunabhängigen Diskussionsprozeß über eine Erneuerung sozialistischer Theorie und Politik in Gang bringen. Anlaß für den Kongreß sind die Veränderungen in den osteuropäischen Ländern und die starre Haltung der DKP-Führung gegenüber Reformbestrebungen. Die „Erneuerer", von denen viele resigniert und die Partei verlassen haben, kritisieren die mangelnde Bereitschaft des „DKP-Apparates", eine offene Auseinandersetzung über Stalinismus und Demokratie in Osteuropa zu führen.

Commonwealth

Thatcher im Alleingang

Kuala Lumpur (AP). Die Gipfelkonferenz der Commonwealth-Länder in Malaysia ist mit einem schrillen Mißklang beendet worden, weil sich Großbritannien nicht der einheitlichen Front der übrigen 48 Teilnehmerländer anschloß, die der weißen Minderheitsregierung Südafrikas zusätzliche Sanktionen androhten. Die konservative britische Premierministerin Thatcher distanzierte sich von einer zwölfseitigen Südafrika-Erklärung des Gipfels und vertrat in einer separaten Stellungnahme die Ansicht, die über die allgemeinen Sanktionen hinausgehenden Strafmaßnahmen der USA und des Commonwealth hätten nur den Extremismus in Südafrika gefördert. Der britische Alleingang löste offenbar allgemeine Überraschung aus. Ein hoher Commonwealth-Funktionär bezeichnete ihn als „abscheulich".

Türkisches Flugzeug

Syrien bedauert Abschuß

Damaskus (AP). Das syrische Außenministerium hat Ankara sein Bedauern über den Abschuß eines türkischen Flugzeugs im Grenzgebiet beider Länder ausgedrückt und die türkische Regierung ersucht, den Angehörigen der Opfer sein Beileid zu übermitteln. In einer Mitteilung heißt es ferner, der Vorfall solle eingehend untersucht werden, und man hoffe, daß die gutnachbarlichen und freundschaftlichen Beziehungen der beiden Länder als Folge des Zwischenfalls keinen Schaden nähmen.

Ein türkisches Landvermesser-Flugzeug war am Samstag von zwei syrischen Mig-Jets abgeschossen worden. Fünf Insassen kamen ums Leben.

Erste offene Kritik an DDR / „Personenkult"

Sowjet-Blatt rechnet mit Honecker ab

Moskau (dpa). Zum ersten Mal hat eine sowjetische Zeitung scharfe Kritik an der DDR und dem früheren Staats- und Parteichef Honecker geübt. Die sowjetische Gewerkschaftszeitung „Trud", das mit 19 Millionen Exemplaren auflagenstärkste Blatt der UdSSR, warf der früheren DDR-Führung gestern unter anderem vor, eine „Mauer ohne Fenster und Türen" zur Realität in der DDR errichtet zu haben. Auch in der DDR hätten sich in den vergangenen Jahren viele Probleme angehäuft, doch hätten sie sich nicht in den Medien des Landes niedergeschlagen.

Die Zeitungen hätten sich weiterhin mit den „Erfolgen beim Aufbau des Sozialismus" beschäftigt. Um Erich Honecker sei ein Personenkult betrieben worden. Im „Neuen Deutschland" habe man täglich Dutzende Fotos wiederfinden können, auf denen Honecker abgebildet gewesen sei. Als Konsequenz dieser den Realitäten widersprechenden Politik hätten „Zehntausende" von jungen DDR-Bürgern das Land verlassen.

Auch die Entwicklung der Reformen in der UdSSR sei nicht objektiv dargestellt worden. In den DDR-Medien hätten die Berichte über Erdbeben, Nationalitätenkonflikte und die schwierige Versorgungslage in der UdSSR dominiert. „Es entstand der Eindruck, daß irgendjemand nicht die Wahrheit über die Reformen in der Wirtschaft und die Demokratisierung des gesellschaftlichen und politischen Lebens berichten wollte," schrieb „Trud" in Anspielung auf die Nichtbereitschaft der DDR-Führung zu Reformen im eigenen Lande.

Ausführliche Berichte

In den meisten sowjetischen Zeitungen wird seit Tagen immer ausführlicher über die Entwicklung in der DDR berichtet. Die meisten sowjetischen Korrespondenten in der DDR schrieben am Sonntag, die neue Führung habe den Übersiedlern anheim gestellt, wieder in die DDR zurückzukehren.



GUTGELAUNT zeigten sich gestern Bundespräsident Weizsäcker und IG Metall-Chef Steinkühler auf dem 16. Ordentlichen Gewerkschaftstag der IG Metall in Berlin. (dpa-Funkbild)

Steinkühler: Streben keinen Streik an

Gesamtmetall-Chef drängt auf flexiblere Arbeitszeiten

Fortsetzung

Stumpfe betonte, ein solcher Kompromiß solle den Arbeitskampf vermeiden, die Konjunktur nicht gefährden, auf Opfer der Beschäftigten verzichten und gleichzeitig die Möglichkeiten schaffen, in Zukunft weiter nach angemessenen Lösungen für alle Probleme zu suchen.

Flexiblere Arbeitszeiten hält Stumpfe für ebenso wichtig wie den derzeitigen Verzicht auf kürzere Arbeitszeit. Den Firmen müsse die Möglichkeit gegeben werden, ihre Maschinen länger laufen zu lassen. Auch gebe es von Saisonschwankungen betroffene Betriebe, die die die Möglichkeit haben müßten, ihre Arbeitszeiten zu variieren. In den europäischen Nachbarstaaten sei man da schon viel weiter.

Schon vor dem Auftakt des Gewerkschaftstages bekräftigte IG Metall-Chef Steinkühler: „Die aktuelle Wirtschaftslage macht beides bezahlbar, Arbeitszeitverkürzung und Lohnerhöhung." Steinkühler sagte, seine Organisation strebe bei der anstehenden Tarifrunde keinen Streik an, sondern wolle, „wenn es sein muß, in vielen mühsamen Verhandlungen versuchen, die Arbeitgeber von der Richtigkeit unserer Argumente zu überzeugen". Sollten die Arbeitgeber aber bei ihrer jetzigen Haltung bleiben, „müssen wir Druck in den Betrieben machen".

Reform-Bewegung

Hajek: In CSSR nichts in Sicht

Wien (AP). Der tschechoslowakische Bürgerrechtler Jiri Hajek, der zur Zeit des Prager Frühlings Außenminister war, hält nach eigenem Bekunden eine Massenbewegung für Demokratie wie in der DDR in seinem Land für unwahrscheinlich. In einem Gespräch mit Journalisten sagte Hajek am Samstag, die Führung der CSSR sitze fester im Sattel als die der DDR, die unsicher geworden sei und deshalb Massendemonstrationen zugelassen habe. Die tschechoslowakische Polizei arbeite unentwegt daran, alle Versammlungen von Regierungsgegnern zu verhindern oder aufzulösen und die Veranstalter festzunehmen. Hajek selbst war in der vergangenen Woche zweimal festgesetzt worden.

Die CSSR sei es gewesen, sagte Hajek weiter, die vor 20 Jahren den Sprung nach vorn in Richtung Demokratie gewagt habe. Die Bewegung sei gescheitert. Das Scheitern habe zur Folge gehabt, daß sich die Tschechoslowaken aus Enttäuschung ins Privatleben zurückgezogen hätten und ihre intellektuellen und moralischen Fähigkeiten brachlägen.

Deutsches Reich

Schily will Urteil anfechten

München (dpa). Der Bundestagsabgeordnete der Grünen, Otto Schily, will das Urteil des Bundesverfassungsgerichts über den Fortbestand des Deutschen Reiches in den Grenzen von 1937 anfechten. In einem Interview mit der Illustrierten „Bunte" forderte Schily, die Grenzfrage müsse noch einmal vor das Bundesverfassungsgericht. „Ich werde mich um eine entsprechende Initiative bemühen", kündigte der Politiker an. Er sei der Meinung, daß das Deutsche Reich nicht fortbestehe. Schily wörtlich: „Ich halte diesen Rechtsanspruch staats- und verfassungsrechtlich für falsch. Das Bundesverfassungsgericht sollte sein Urteil über den Fortbestand des Deutschen Reiches in den Grenzen von 1937 revidieren. Dieses Urteil steht nicht im Einklang mit der politischen Wirklichkeit. Das Deutsche Reich ist mit dem Terrorregime der Nazis für immer untergegangen." In dem Interview kritisierte Schily außerdem die Deutschlandpolitik seiner Partei. Die deutsche Zweistaatlichkeit, so Schily, sei kein Wert an sich. Die deutsche Einheit darf auch für die Grünen kein Tabu sein.

Dresden / Kirche dokumentiert Polizeigewalt

Auch Unbeteiligte erhielten Schläge

Ostberlin/Dresden (dpa). Auf mehr als hundert zum Teil erschütternde Schilderungen von Demonstranten und unbeteiligten Passanten über Gewalt und Übergriffe in Polizeirevieren, Gefängnissen und Kasernen macht ein Sonderbericht des Landeskirchenamtes Sachsen aufmerksam, der am Wochenende auf der Synode in Dresden vorgelegt wurde. Daraus geht hervor, daß auch völlig Unbeteiligte, so am 6. Oktober ein älteres Ehepaar auf dem Nachhauseweg, von Polizisten Schläge mit dem Gummiknüppel erhielten und verletzt wurden.

Jugendpfarrer Martin Henker berichtete in der Tageszeitung „Union" über etwa „390 Meldungen von Vermißten, Zugeführten und Verhafteten", die sich auf die Zwischenfälle und Festnahmen zwischen dem 3. und 8. Oktober in der Elbe-Stadt beziehen. In der Kirchendokumentation ist auch der Brief eines Bereitschaftspolizisten an seinen Seelsorger enthalten. Dieser Mann, ein Wehrpflichtiger, äußert sich erschüttert, wie von „Leuten" des Strafvollzugs in den Kasernen auch „Frauen, Mädchen und ältere Menschen geschlagen wurden".

Nach Angaben aus Ostberlin und Dresden sind einige Dutzend Bereitschaftspolizisten in Militärhaft, weil sie sich geweigert hätten, gegen Demonstranten vorzugehen.

In anderen Berichten wird unter anderem geschildert, wie ein 16jähriger in Polizeigewahrsam verprügelt wird. „Wir hörten seine Schreie und die Schläge der Knüppel. Ein anderer wurde mit dem Kopf mehrmals an eine Garagentür geschlagen."

Auch Landesbischof Johannes Hempel ging auf die Gewalttaten in Dresden ein. Junge Erwachsene seien zum Teil, „im Sinne der Abschreckungsstrafe, seelisch und körperlich erschreckend hart gezüchtigt worden". Wer die Kraft der jungen Menschen zerbreche, „zerbricht unsere Zukunft".

Zu der Entwicklung der letzten Tage sagte der Landesbischof: „Gott sei Dank, es gibt zaghafte Anfänge eines neuen Dialogs, erste Zeichen der Staatsmacht, den Menschen direkt zuzuhören. Wir wünschen sehr, daß es so weitergeht."

Ministerpräsident entlassen / Sprachenstreit

Unruhen in Usbekistan

Moskau (AP). Der Oberste Sowjet Usbekistans hat den seit 1984 amtierenden Ministerpräsidenten Gairat Kadirow seines Amtes enthoben. Kadirow war vorgeworfen worden, Arbeitslosigkeit und ethnische Spannungen in Usbekistan nicht in den Griff zu bekommen. Das Parlament verabschiedete einen Zusatzartikel zur Verfassung, nach dem künftig Usbekisch statt Russisch Amtssprache sein, Russisch aber Verkehrssprache bleiben soll. Gegen dieses Sprachengesetz gab es in Usbekistans Hauptstadt Taschkent Demonstrationen.

Hinweis auf Versorgungsprobleme

Litauen erschwert Reisen

Ostberlin (AP). Die Regierung der Sowjetrepublik Litauen hat einer Meldung der amtlichen DDR-Nachrichtenagentur ADN zufolge Beschränkungen für die Einreise von Touristen aus sozialistischen Ländern verfügt. Wie ADN am Sonntag berichtete, begründete der Ministerrat in Wilna (Vilnius) eine am Freitag ergangene entsprechende Verordnung damit, daß der Touristenstrom die Versorgung der einheimischen Bevölkerung mit Lebensmitteln und Industrieerzeugnissen beeinträchtige. Die Maßnahme zielt offenbar vor allem auf den Zustrom polnischer Touristen ab. Die Zahl der Zugverbindungen zwischen Polen und Litauen soll von zwei auf eine reduziert werden.

USA / Abtreibungsgesetz

Bush stoppt Steuergelder

Washington (AP). US-Präsident Bush hat sein Veto gegen ein Mitte letzter Woche auch vom Senat verabschiedetes Gesetz eingelegt, das Bundesmittel für Abtreibungen bedürftiger Frauen bereitstellte, die infolge von Vergewaltigung oder Inzest schwanger wurden. Er halte es nicht für ziemlich, Steuergelder für Abtreibungen bereitzustellen, es sei denn das Leben der Mutter sei durch Austragung der Schwangerschaft gefährdet, begründete Bush seine Entscheidung. Das Veto kann nur mit einer Zweidrittelmehrheit in beiden Häusern des Kongresses überstimmt werden; vermutlich wird die erforderliche Zahl der Stimmen nicht zusammenkommen. Bush hatte seinen Einspruch bereits angekündigt.

HESSISCHE/NIEDERSÄCHSISCHE
ALLGEMEINE

Herausgeber
Rainer Dierichs, Dr. Dietrich Batz, Achim von Roos

Chefredakteur
Lothar Orzechowski

Stellv. Chefredakteure
Wolfgang Rossbach, Peter M. Zitzmann

Verantwortliche Redakteure
Chef vom Dienst: Horst Kröninger. Chef Nachrichten: Rainer Merforth. Politik: Jochen Prater. Blick in die Zeit: Walter Schütz. Wirtschaft und Sozialpolitik: Horst Seidenfaden. Kultur: Dirk Schwarze, i. V. Claudia Sandner-v. Dehn, M. A. Frau u. Reise: Ilse Methe-Huber. Sport: Rolf Wiesemann, i. V. Ulrich Fuhrmann. Sonntagszeit: Frank Thonicke. Kassel Stadt und Land: Wolfgang Rossbach. Bezirksredaktionen: Peter M. Zitzmann. Koordination: Helmut Lehnart. Hessen/Niedersachsen: Eberhard Heinemann. Chefreporter: Karl-Hermann Huhn. Sonderthemen: Peter Ochs.
Redaktion Wiesbaden: Rolf Effenberger. Redaktion Hannover: Harald Birkenbeul. Redaktion Bonn: Hans Ludwig Laucht.

Verlagsleitung
Dr. Dietrich Batz, Rainer Dierichs, Wigbert H. Schacht. Anzeigenleiter: Horst Prehm. Vertriebsleiter: Gerd Lühring.

Verlag Dierichs GmbH & Co KG, Frankfurter Str. 168, Postfach 10 10 09, 3500 Kassel, Ruf 05 61 / 20 3-0. Tel. Anzeigenannahme 05 61 / 20 3-3. Fernschreib-Nr. 99 635. Telekopierer 05 61 / 20 36. Teletex 5 61 81 10. Postgirokonto 155132-608 Frankfurt/M. Anzeigenpreisliste Nr. 29. Monatlicher Abonnementspreis DM 25,60 inkl. Zustellung und 7 % MwSt. (Postbezugspreis 28,50 DM).
Die Beendigung des Abonnements ist nur mit schriftlicher Kündigungserklärung unter Einhaltung einer Frist von einem Monat zum Monatsende möglich; die Frist läuft ab Zugang der schriftlichen Kündigungserklärung.
Auflage werktags über 270 000 Exemplare in Tarifgemeinschaft mit „Oberhessische Presse", Marburg, „Hersfelder Zeitung", „Werra-Rundschau", Eschwege, „Harzkurier", Herzberg.
Auflage „Sonntagszeit" über 200 000 Exemplare.
Herstellung Druckhaus Dierichs, Frankfurter Straße 168, 3500 Kassel.

Resolution zur Deutschland- und Ostpolitik verabschiedet

SPD Hessen-Süd fordert von SED ‚unverzüglich Zeichen für Reform'

Langgöns (lhe). Für einen intensiveren Dialog zwischen Menschen und Institutionen in der DDR hat sich die SPD Hessen-Süd ausgesprochen. Zu diesem Dialog gebe es „keine verantwortbare politische Alternative", heißt es in einer vom Parteitag in Langgöns bei Gießen am Samstag fast einstimmig verabschiedeten Resolution zur Deutschland- und Ostpolitik. Die südhessische SPD unterstütze gerade jetzt alle Bestrebungen, den Menschen in der DDR wie in anderen Staaten Freiheit, demokratische Beteiligungschancen und Selbstbestimmung zu gewähren.

An die SED-Führung und den neuen Generalsekretär Krenz appellierten die 222 Delegierten des Parteitags, „unverzüglich Zeichen für Erneuerung und für die Verwirklichung von Informations-, Meinungs- und Reisefreiheit, für Rechtssicherheit und politischen Pluralismus in der DDR zu setzen". Der Wechsel an der Spitze der DDR zeige, daß die SED-Führung von Protesten der Bevölkerung und der Reformgruppen in der DDR zu Veränderungen veranlaßt werden könne.

„Monopol aufgeben"

„SED und Staatsführung der DDR kommen nicht daran vorbei, die anhaltende Ausreisewelle und die massenhaften Demonstrationen in der DDR als dramatisches Warnsignal und Anstoß zu überfälligen Reformen zu erkennen und entsprechend zu handeln sowie das Alleinvertretungsmonopol einer Partei aufzugeben", heißt es in der Entschließung.

Begrüßt wurde vom Parteitag die Gründung einer Sozialdemokratischen Partei (SDP) in der DDR. Die südhessische SPD unterstütze ihre Bestrebungen, auf eine ökologisch orientierte soziale Demokratie hinzuwirken und sich für eine konsequente Demokratisierung von Staat und Gesellschaft einzusetzen.

Kritik an Wallmann

Die Bezirksvorsitzende Heidi Wieczorek-Zeul kritisierte den hessischen CDU-Landesvorsitzenden und Ministerpräsidenten Wallmann wegen seines gegen die SPD erhobenen Vorwurfs des „Verrats an deutschen Interessen". Sie erwarte, daß Wallmann den Vorwurf zurücknehme.

Wallmann hatte sich auf eine Feststellung des SPD-Landesparteitags am 30. September in Limburg bezogen, weder bei den westlichen Partnern noch bei den östlichen Nachbarn der Bundesrepublik könne die Bereitschaft erweckt werden, „die Einheit Deutschlands auf die Tagesordnung der Weltpolitik zu heben".

„Nato-Statut revidieren"

Einstimmig verabschiedete der SPD-Parteitag einen Antrag des Bezirksvorstands, in dem eine Aufhebung, zumindest aber eine grundsätzliche Revision des Zusatzabkommens zum Nato-Truppenstatut verlangt wird. Der Vertrag über die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und den drei Mächten aus dem Jahr 1952 müsse im übrigen sorgfältig überprüft werden. Es gehe nicht an, „daß die Bundesrepublik einerseits die Insignien eines souveränen Staates habe, andererseits aber ihre Rechtsstellung besatzungsrechtliche, protektoratsähnliche Züge aufweist".



ERNTEGABEN brachte das Landvolk in den Fritzlarer Dom. Jugendliche trugen Körbe mit Brot und Feldfrüchten. (Foto: Berger)

Bauernverband hatte nach Fritzlar eingeladen/Zentrale Feier im Dom

Erzbischof Dyba: Für Gottes Gaben danken

Fritzlar (rbg). Zum tätigen Dank rief gestern der Fuldaer Erzbischof Dr. Johannes Dyba in Fritzlar auf. „Wir alle sollten die Ideen und Gaben Gottes auf der Erde entwickeln und verwirklichen und sie damit zum Segen für alle Menschen werden lassen", sagte er vor einigen hundert Gläubigen beim Landeserntedankfest im Dom.

Der Hessische Bauernverband hatte in diesem Jahr für seine traditionelle Feier in die alte Kaiserstadt eingeladen. Neben zahlreichen Offiziellen, darunter Regierungspräsident Dr. Ernst Wilke, waren Landwirte aus allen Teilen des Landes zum Pontifikalamt in den Dom gekommen, der mit einer schlichten Erntekrone geschmückt war.

Der Erzbischof sagte, das Zusammenwirken von Kirchen und Bauern sei kein Zufall, „denn wir sind die letzten, die noch zu danken haben". In der Öffentlichkeit, vor allem in den Medien, sei von Dank kaum etwas zu spüren. Im Gegenteil: Alle gesellschaftlichen Kräfte bemühten sich, Forderungen zu stellen und die Zustände zu beklagen. Dyba: „Wir sind in der Gefahr, daß Unzufriedenheit und Undankbarkeit institutionalisiert werden". Das fange schon in der Schule bei den Kindern an, die angehalten würden, Natur und Schöpfung nach Hohlräumen abzuklopfen, statt zur Dankbarkeit geführt zu werden.

Seniorentreffen des SPD-Bezirks Hessen-Nord in Gudensberg

„Erfahrungsschatz der Älteren nutzen"

Gudensberg (t). Der Ehrenvorsitzende Dr. Karl Branner, Alt-Oberbürgermeister von Kassel, hatte am Vorstandstisch Platz genommen, die ehemaligen Landräte von Fritzlar-Homberg und Melsungen, August Franke und Franz Baier, saßen in der ersten Reihe. Man sah Noch- oder ehemalige Mitglieder aus dem Landesparlament und aus Städte- und Kreiskörperschaften. „Weißt-Du-noch"-Stimmung machte sich gestern im Bürgerhaus von Gudensberg (Schwalm-Eder-Kreis) breit, als sich die Senioren des SPD-Parteibezirks Hessen-Nord trafen.

Nach der Begrüßung durch den Bezirks-Seniorenbeauftragten Otto Heckmann (Kassel) betonte Bezirksvorsitzender Dr. Herbert Günther, eine Partei sei miserabel, wenn sie nicht den Erfahrungsschatz ihrer Senioren einsetze. Er reklamierte für seine Partei den „Durchbruch in der Aussöhnung mit dem Osten durch Willy Brandt" und kritisierte, daß durch „dummes Gerede" die Liberalisierungsansätze in der DDR gefährdet werden könnten.

Massiv griff Günther den CDU-Landesvorsitzenden, Ministerpräsident Dr. Wallmann an, „der eine ungeheure Geschichtsklitterung" betreibe. In diesem Zusammenhang forderte später der SPD-Landesvorsitzende und Kasseler Oberbürgermeister Hans Eichel den Ministerpräsidenten auf, einen im Landtag aufgestellten historischen Vergleich, in dem er sich auf die Abstimmung zum „Ermächtigungsgesetz" 1933 im Reichstag bezog, „an gleicher Stelle, nämlich im Landtag", zurückzunehmen. Im übrigen habe Hessen „einen Ministerpräsidenten und eine Regierung, die nach rechts polarisieren", nicht verdient.

Landesvorsitzender Eichel zeichnete ein Bild vom „reichen Land Hessen", das aber in den vergangenen vierzig Jahren dazu geworden sei, „und nicht in den letzten zwei Jahren". Dieser Reichtum werde durch die Regierung Wallmann „gedankenlos verwirtschaftet". Das gehöre zu ihrem politischen Prinzip: „Denn wo die soziale Ungerechtigkeit entsteht", könnten die Reichen immer reicher werden.

„Für Energiesparen werben"

Der Kasseler Oberbürgermeister forderte die Senioren auf, in ihren Kreisen für das Energiesparen zu werben, „damit unsere Erde in naher Zukunft nicht unbewohnbar wird". Die Automobilindustrie müsse für die Zukunft umweltverträglichere und benzinsparende Fahrzeuge bauen (sonst müsse man den späteren Verschrottungspreis beim Kauf gleich einkalkulieren) und ging auch auf die im SPD-Programm „Fortschritt 90" vorgesehene hohe Benzinsteuer ein. Sie würde durch höhere Freibeträge bei anderen Steuerarten wieder hereinkommen. Eichel: „Auf keinen Fall wird und darf der kleine Mann darunter leiden".

49jähriger starb

Absturz bei Flugversuch

Langenselbold (lhe). Bei seinem ersten Flugversuch mit einem für ihn neuen motorisierten Ultraleicht-Flugzeug ist ein 49jähriger Pilot am Samstag etwa 300 Meter vom Gelände des Flugplatzes Langenselbold entfernt abgestürzt. Er erlitt tödliche Verletzungen.

Der aus Langenselbold (Main-Kinzig-Kreis) stammende Mann war nach Mitteilung des Regierungspräsidiums Darmstadt mit seinem Fluggerät bei böigem Wind ins Trudeln gekommen und dann senkrecht zur Erde gestürzt. Das Ultraleichtflugzeug sei kurz zuvor noch von einem Sachverständigen abgenommen worden. Der 49jährige war ein erfahrener Pilot.

Scheune abgebrannt

Oberursel (lhe). Beim Brand einer Feldscheune ist in der Nacht zum Samstag in Oberursel (Hochtaunuskreis) etwa 150 000 Mark Schaden entstanden. Die Brandursache ist noch ungeklärt.

KKW/Initiativgruppe

Würgassen erneut blockiert

Würgassen (jop). Mit rund 80 Teilnehmern blockierte am Samstagnachmittag die Initiativgruppe „gewaltfreie Blockade am Atomkraftwerk Würgassen" die beiden Zufahrten zur kerntechnischen Anlage im Kreis Höxter. Wie der Sprecher der Gruppe, Christian Jobst aus Göttingen, mitteilte, griff die Polizei nach einer zweistündigen Verhinderung des Schichtwechsels gegen 13 Uhr ein und drängte die Demonstranten zur Seite. Dabei seien die Personalien von fünf Teilnehmern der Blockade aufgenommen worden. Nach dem Polzeieinsatz setzten rund 50 Personen die Blockade der Hauptzufahrt fort.

Am Samstagmorgen hatte im benachbarten Beverungen auf nordrhein-westfälischer Seite eine Informationsveranstaltung stattgefunden, bei der das Göttinger Kabarett „Gesellschaft für Ruhe und Ordnung" sowie der Schriftsteller Karl Gebauer mitgewirkt hatten.

Die Initiativgruppe will ihre Blockaden bis zur Stillegung des Reaktors fortsetzen.

Unfall auf Autobahn

Pkw-Fahrerin schwer verletzt

Kassel (f). Bei einem Unfall auf der Autobahn 7 bei Malsfeld (Schwalm-Eder-Kreis) erlitt eine 63jährige Frau aus Rosenheim am Samstagnachmittag schwere Verletzungen.

Wie die Polizei mitteilte, kam die Frau vermutlich aufgrund eines Fahrfehlers mit ihrem Pkw von der mittleren Fahrspur ab; der Wagen geriet ins Schleudern, überquerte alle Fahrstreifen und stieß auf einen rechts fahrenden Pkw, der durch den Aufprall nach links gegen die Mittelleitplanke geschleudert wurde. Der Fahrer, ein 20jähriger Oldenburger, blieb unverletzt.

Der Wagen der 63jährigen überschlug sich und rutschte auf dem Dach gegen die Leitplanke. Die Fahrerin wurde vom Notarzt des Rettungshubschraubers versorgt und anschließend mit einem Rettungswagen ins Melsunger Krankenhaus gebracht. Ihr mitfahrender Ehemann wurde leicht verletzt. Der Sachschaden an den beiden Pkw beträgt laut Polizei rund 24 000 Mark.

DGB-Frauenreferentin: Rentenreform ‚fauler Kompromiß'

Frankfurt (lhe). Die von der Bundesregierung geplante geplante Rentenreform ist nach Ansicht des DGB Hessen für Frauen ein „fauler Kompromiß". Für bedenklich hält die DGB-Frauenreferentin Marita Eilrich vor allem die geplante Heraufsetzung der Regelarbeitsgrenze auf 65 Jahre.

Auch auf das vorgezogene Altersruhegeld für Frauen vom 60. Lebensjahr an sollte nicht verzichtet werden, heißt es in einer Mitteilung des DGB vom Sonntag. Solange die Belastung während der Kindererziehung und im Haushalt nicht gleichermaßen auf Frauen und Männer aufgeteilt sei, dürfe die zur Zeit gültige vorgezogene Altersruhegrenze für Frauen vom 60. Lebensjahr an nicht beseitigt werden.

HNA
HESSISCHE/NIEDERSÄCHSISCHE ALLGEMEINE

HESSISCHE ALLGEMEINE

KASSEL
1 P 3713 A

UNABHÄNGIG · KASSELER ZEITUNG · NICHT PARTEIGEBUNDEN
Preis 1,10 DM · Nr. 248 · Dienstag, 24. 10. 1989 · Ruf (05 61) 203-0 · Anzeigen 203-3

Konjunkturprognose

1990 weniger Wachstum

Bonn (dpa/vwd). Nach dem „fetten Jahr" 1989 mit einem Wirtschaftswachstum von real vier Prozent wird sich nach Einschätzung der fünf führenden Wirtschaftsinstitute die Konjunktur 1990 mit einem Wirtschaftswachstum von drei Prozent wegen zurückgehender Exporte leicht abschwächen. Die Preise werden im kommenden Jahr leicht anziehen, die Inflationsrate rund drei Prozent betragen. Auch 1990 werde die Zahl der Arbeitslosen im Jahresdurchschnitt nicht wesentlich verringert werden können und die Zwei-Millionen-Marke kaum unterschreiten, erklärten die Vertreter der fünf Institute bei der offiziellen Vorstellung des Wirtschaftsgutachtens gestern in Bonn.
Bericht nächste Seite
Siehe auch Kommentar

Schwimmbad

„Ducken" verboten

Wer andere gewaltsam unter Wasser taucht, begeht Körperverletzung. Dies entschied jetzt das Landgericht Frankfurt. Ein 49jähriger erhielt eine Geldstrafe von 1000 DM aufgebrummt. Einzelheiten des Urteils auf „Blick in die Zeit".

Nach 12 Tagen

Biologin gerettet

Zwölf Tage lag sie mit einem gebrochenen Bein in einer tiefen Schlucht in Chile, jetzt wurde sie lebend gefunden: Die deutsche Biologin Ingeborg Bredemeyer hatte sich nach ihrem Sturz nur von Blättern ernährt. Siehe „Blick in die Zeit".

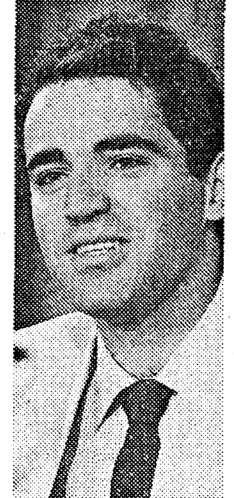
Personal

Sorge um Engpass

Die deutschen Manager befürchten bis zum Ende dieses Jahrhunderts einen dramatischen Personalmangel in Fabriken und Büros. Dies ergab eine Umfrage unter 564 Führungskräften aus Politik, Wirtschaft und Verwaltung. Siehe Wirtschaft.

Kasparow

Computer besiegt



Der Geist besiegte die Maschine: Der hochgerühmte amerikanische Schachcomputer „Tiefer Gedanke" unterlag in New York dem sowjetischen Schachweltmeister Garri Kasparow in zwei Partien. Bericht auf „Blick in die Zeit".

Heizöl

Deutsche sparen

Die Deutschen gehen sparsamer mit Heizöl um. Der Verbrauchsdurchschnitt lag in der vergangenen Heizperiode 1987/88 bei 20,10 Liter pro Quadrat und Jahr. Das sind rund zwei Liter weniger als im Winter davor. Siehe Wirtschaft.

ZDF-Politbarometer

Mehrheit für Koalition

Hamburg (dpa). Die Bonner Regierungskoalition hat zum ersten Mal seit einem Jahr in der Wählergunst wieder eine Mehrheit. Die Republikaner, die bei den jüngsten Wahlen stets Erfolge verbuchten, hätten dagegen keine Chance, in den Bundestag zu kommen. Das ergab die Oktober-Umfrage zum ZDF-Politbarometer unter mehr als 1000 repräsentativ ausgesuchten Bundesbürgern.

Erstarken der Union

Wenn am nächsten Sonntag Bundestagswahl wäre, dann erhielte die CDU/CSU 41 Prozent (plus zwei), die FDP käme auf neun Prozent (plus eins), die SPD bliebe bei 37 Prozent, die Grünen kämen auf acht Prozent (minus eins) und die Republikaner nur noch auf drei Prozent (minus zwei). Die anderen Parteien blieben bei zwei Prozent. Das Erstarken der CDU/CSU geht vor allem zu Lasten der Republikaner. Nur zwei Prozent der früheren CDU/CSU-Wähler erklärten, ihre Stimme jetzt den Repulikanern zu geben.

„Republik Ungarn" ausgerufen

Ungarn ist jetzt Republik und nicht länger „Volksrepublik". Unter dem Jubel von rund Hunderttausend Menschen rief Parlamentspräsident Szüros auf dem Balkon des Parlamentsgebäudes in Budapest die Republik aus und setzte damit eine Verfassungsreform in Kraft, die einen weiteren wichtigen Schritt in Richtung auf ein demokratisches System westlicher Prägung darstellt. Szüros kündigte unter den Begeisterungsrufen der Menschenmenge an, daß Ungarn in Zukunft ein „unabhängiger demokratischer Rechtsstaat" sein werde. Am Abend versammelten sich vor dem Parlament 100 000 Menschen und riefen „Russen heim" und „Kein Kommunismus mehr". Auf den Tag genau vor 33 Jahren war der Volksaufstand gegen das kommunistische Regime ausgebrochen. – Siehe auch „Zum Tage" und „Themen des Tages".
(dpa-Funkbild)

300 000 demonstrierten in Leipzig

Reisepässe für alle versprochen

Berlin (dpa/AP). Das SED-Politbüromitglied Hager hat gestern eine Reise-Verordnung in der DDR angekündigt, die davon ausgehen werde, „daß alle reisen dürfen und daß jeder Bürger einen Paß erwerben kann, um zu reisen und den er auch behält". Zeitgleich kam es in Leipzig zur bisher größten Protestdemonstration in der DDR mit rund 300 000 Menschen. Zwischenfälle gab es keine.

Hager machte seine Äußerungen, die am Abend von der Nachrichtensendung des DDR-Fernsehens „Aktuelle Kamera" ausgestrahlt wurden, auf einer Präsidiumstagung des Komitees der Unterhaltungskünstler in der DDR.

Auf die heute anstehende Volkskammersitzung mit der Wahl des neuen SED-Chefs Krenz auch zum Staatsratsvorsitzenden – also Staatschef – und zum Vorsitzenden des Nationalen Verteidigungsrates angesprochen sagte Hager, man müsse selbstverständlich davon ausgehen, daß es das „souveräne Recht der Volkskammer" sei, über diesen Vorschlag des SED-Zentralkomitees zu entscheiden. Hager spielte offensichtlich darauf an, daß erstmals in der Geschichte der DDR eine einstimmige Wahl des Staatsoberhauptes nicht gesichert ist.

Der Massenprotest in Leipzig stand ganz im Zeichen der Volkskammersitzung. Die Hunderttausenden, die sich wiederum in den Kirchen der Stadt gesammelt hatten, demonstrierten gegen Machtmißbrauch und Ämterhäufung.

Auf Transparenten zeigten die Demonstranten Slogans wie „Krenz ja - nur durch freie Wahlen", „Demokratie unbekrenzt", „Wir fordern freie Wahlen", „Keine neue Machtkonzentration". ADN berichtete, bei der Demonstration seien „Forderungen nach spürbaren Veränderungen, weiterführendem Dialog und kritischer Bewertung der gesellschaftlichen Entwicklung in der DDR" laut geworden. Demonstrationen gab es auch in Dresden, Schwerin, Magdeburg und Ostberlin.

In Teltow bei Berlin erklärten angeblich mehrere hundert Beschäftigte des Elektroanlagenbaus „Wilhelm Pieck" ihren Austritt aus dem DDR-Gewerkschaftsbund FDGB und gründeten eine unabhängige Gewerkschaft mit dem Namen „Reform". In einem am Montag in Westberlin bekanntgewordenen Aufruf forderte der Sprecher der Gruppe, Rölf Börger, die rund 6000 Betriebsangehörigen auf, der neuen Bewegung beizutreten. Die Nachrichtenagentur ADN dementierte am Abend die Gründung einer Gewerkschaft.
Siehe auch nächste Seite

Zum Tage

Auf dem Balkon

Die Ungarische Volksrepublik ist tot. Es lebt die Republik Ungarn. Mit dem neuen Namen sucht der Staat der Magyaren Anschluß an seine alte Geschichte. Den Rücken zur Sowjetunion, geht ihr Blick gen Westen. Allmählich soll der Übergang zu einer klassischen Demokratie erfolgen. Die neue Verfassung ist schon in Kraft, im nächsten Jahr wird frei gewählt.

Ungarn steht damit an der Spitze der Reformbewegung. Die Polen wollen nachziehen. Gorbatschow lobt zwar die Genossen, beharrt jedoch auf dem Einparteiensystem. Und Krenz in Ostberlin flicht gewiß nicht jenen Kränze, die eine Schleuse in die Bundesrepublik offenhalten. Das Modell vielleicht der Zukunft ist noch ein Sonderfall.

Die Ungarn richten sich bereits häuslich darin ein. Freiheit war der Glocken erst' Geläute, als Parlamentspräsident Szüros die Republik ausrief. Auf demselben Balkon gab Imre Nagy vor 33 Jahren das Signal zum Volksaufstand. Seine Unabhängigkeitserklärung erfolgte zu früh. Die Geschichte hat ihn jetzt rehabilitiert wie das Regime.

Noch ist Ungarn seine kommunistische Vergangenheit nicht los. Noch stehen Truppen jener Macht im Lande, die den Aufstand von 1956 niederwarf. Doch Kommunist mag sich kaum einer mehr nennen. Der Makel schreckt, der Stachel sitzt tief im Fleisch eines verwundeten Volkes. Nun schmückt es sich mit den Nationalfarben rot und weiß und grün. Das Einheitsrot ist tot.

Alfred Brugger

DDR-Flüchtlinge

In Prag Lösung wie in Warschau

Bonn (AP). Auch die inzwischen wieder rund 100 Ausreisewilligen in der bundesdeutschen Botschaft in Prag werden von der DDR-Botschaft offiziell ausgebürgert und können dann in den Westen ausreisen. Dies bestätigte das Auswärtige Amt in Bonn. In Warschau wird diese Regelung bereits seit über einer Woche angewandt. Vor dort startete gestern abend eine weitere Sondermaschine mit 150 Ausgebürgerte an Bord nach Düsseldorf. Die Zahl der wartenden DDR-Bürger stieg in Warschau auf rund 2000. Entgegen früheren Ankündigungen hat die DDR-Botschaft in Warschau über das Wochenende keine Anträge auf Ausbürgerung bearbeitet.

Der Strom von DDR-Flüchtlingen über Ungarn und Österreich in die Bundesrepublik ebbte auch zu Wochenbeginn nicht ab. Bis zum Montag morgen meldeten sich 1185 DDR-Bürger bei den bayerischen Behörden. Die Zahl der DDR-Bürger, die über Ungarn in die Bundesrepublik ausreisten, war mit Beginn der Herbstferien am vorletzten Wochenende sprunghaft gestiegen. Die Ferien endeten am Sonntag.

Die endgültigen Quoten

Lotto: Gewinnklasse I 915 798,70 DM; II 89 346,20 DM; III 7506,50 DM; IV 125,50 DM; V 9,80 DM.
Toto:
Auswahlwette: I. unbesetzt, Jackpot 3 181 871,40 DM; II. 60 414,30 DM; III. 1118,70 DM; IV. 48,80 DM; V. 5,50 DM. – **Ergebniswette:** I. 128 882,60 DM; II. 5858,30 DM; III. 459,30 DM.
Rennquintett:
Rennen A: Gewinnklasse I 672,20 DM; II 210,– DM.
Rennen B: Gewinnklasse I 3361,40 DM; II 113,30 DM.
Kombinationsgewinn: unbesetzt, Jackpot 51 482,80 DM.
(Ohne Gewähr)

Baden-Württemberg / CDU in kleineren Gemeinden behauptet

Republikaner in Städten zweistellig

Stuttgart (AP/dpa). Trotz ihrer hohen Stimmenverluste an die Republikaner, die in mehreren Städten zweistellige Ergebnisse erzielten, konnte sich die CDU bei den baden-württembergischen Kommunalwahlen in den kleineren Gemeinden offenbar als stärkste parteipolitische Kraft behaupten. Nach einem ersten Zwischenergebnis des Innenministeriums haben die Christdemokraten in 629 von insgesamt 1109 Gemeinden zwar 2,8 Prozent der Sitze verloren, verfügen aber noch immer über einen Mandatsanteil von knapp 30 Prozent.

Aufgrund des äußerst komplizierten Wahlsystems wird mit einem landesweiten Ergebnis der Mandatsverteilung nicht vor Donnerstag gerechnet.

Nach den bislang erfaßten Stimmen von etwa 30 Prozent der rund 6,7 Millionen Wahlberechtigten hat die SPD, die bei der Wahl im Jahr 1984 stark verloren hatte leichte Sitzgewinne um etwa 0,8 Prozent. Die in Baden-Württemberg traditionell starken Wählervereinigungen sind dem ersten Überblick zufolge wiederum gut vertreten und gewannen 2,3 Prozent an Sitzen hinzu. Ihnen fallen damit bisher mit 45,8 Prozent die meisten Mandate zu. Die Anteile der Grünen (1984: 2,4 Prozent) und der FDP (1,3 Prozent) blieben nahezu unverändert.

Anders stellt sich die Situation in den großen Städten dar. Wo die Republikaner angetreten waren, erreichten sie teilweise zweistellige Ergebnisse, die vor allem auf das Konto der CDU gingen. So verlor die CDU in der Landeshauptstadt Stuttgart 5,7 Prozent, in Karlsruhe 5,9 und in Mannheim gar 9,8 Prozent.

Dagegen zogen die Rechtsradikalen in Stuttgart (9,6 Prozent), Mannheim (9,8 Prozent), Freiburg (6,4 Prozent) und Karlsruhe (6,3 Prozent) auf Anhieb in die Rathäuser ein. Rekordergebnisse bekamen sie in Heilbronn (10,6 Prozent), Pforzheim (11,9 Prozent) und Heidenheim (14,2 Prozent). Weil sie lediglich in etwa 50 Städten kandidierten, erreichten die Republikaner in den kleineren Gemeinden kaum Sitzzahlen.

Führende Politiker von CDU, SPD und FDP reagierten am Montag mit Bestürzung auf das gute Abschneiden der Republikaner, das sie vor allem auf die Wohnungs- und Ausländerpolitik zurückführten. Ministerpräsident Späth, der von einer klaren Niederlage für die CDU sprach, sieht ein Protestverhalten, dem man nachgehen müsse.
Siehe auch Kommentar

Genossen besucht

Mitgründer der Ost-SPD in Bonn

Bonn (dpa). Das Gründungsmitglied der neuen Sozialdemokratischen Partei der DDR (SDP), Steffen Reiche (Foto), hat gestern an einer Präsidiumssitzung der SPD in Bonn teilgenommen. Der SPD-Vorsitzende Vogel begrüßte mit Reiche „den ersten Vertreter einer sozialdemokratischen Partei aus der heutigen DDR seit 43 Jahren" in der SPD-Zentrale. Er sicherte ihm die Solidarität und Unterstützung der SPD zu. Reiche sagte vor dem SPD-Präsidium, seine Partei trete für die Ideen des demokratischen Sozialismus ein.

Vertriebenengesetz / SPD

Auslaufregelung gefordert

Bonn (AP). Die Sozialdemokraten dringen darauf, Vergünstigungen für Aussiedler abzuschaffen. SPD-Bundesgeschäftsführerin Fuchs forderte gestern alle im Bonner Parlament vertretenen Parteien auf, zügig Beratungen über ein „Auslaufverfahren für das Bundesvertriebenengesetz aufzunehmen". Es sei schwer vorstellbar, sagte Frau Fuchs, den gesetzlichen Status von Vertreibung und deren Spätfolgen über 40 Jahre nach Ende des Zweiten Weltkriegs unendlich weiterbestehen zu lassen. Die Gesetze, die für die Nachkriegsphase geschaffen worden seien, könnten nicht fortgeschrieben werden, zumal sich die Verhältnisse in Osteuropa zu wandeln begännen. Der SPD-Abgeordnete Conradi forderte, Umsiedler nicht mehr als Heimatvertriebene zu behandeln.

Namen und Nachrichten

Morlok zu Daimler-Benz

Der frühere Fraktionsvorsitzende der FDP im Stuttgarter Landtag, Jürgen Morlok, wird die Konzernvertretung von Daimler-Benz in Bonn übernehmen. Er wird den Konzern und die Unternehmensbereiche Mercedes-Benz, AEG und Deutsche Aerospace bei den politischen Institutionen in der Bundeshauptstadt repräsentieren.

„Weniger Kohlendioxid“

Der EG-Kommissar für Umwelt, Carlo Ripa di Meana, hat die Staaten der Europäischen Gemeinschaft aufgefordert, ihre Kohlendioxidemissionen bis zum Jahr 2000 um 75 Prozent senken, um katastrophale Klimaveränderungen zu verhindern. Er forderte weiter, daß die Verfeuerung von Kohle zur Stromerzeugung, das Heizen mit Öl un das Fahren mit Benzin und Diesel drastisch eingeschränkt werden.

Betriebsobmann Walesa

Der polnische Arbeiterführer Lech Walesa ist wieder zum Obmann der Betriebsgruppe seiner Gewerkschaft Solidarnosc in der Danziger Leninwerft gewählt worden. Die Betriebsgewerkschaftsgruppe hatte Walesa eine Wahl zum Ehrenobmann angeboten, jedoch hatte der Arbeiterführer auf einer Kandidatur für das Amt des aktiven Obmann beharrt: „Ich will keine Ehre, ich will nicht künstlich sein, ich will herrschen."

Musik gegen Einsamkeit



Nach dem Motto „Mit Musik geht alles besser" will die neue Botschafterin der USA in Prag, Shirley Temple-Black, den Alltag ihrer Mitarbeiter verschönern. Der frühere Kinderstar will einen Chor aus Botschaftsangehörigen gründen, um die Stimmung im Personal zu heben. Da den amerikanischen Diplomaten privater Umgang mit Tschechoslowaken nicht möglich ist, will die Botschafterin auf diese Weise Freude ins einsame Leben ihrer Mitarbeiter bringen.

Delors' Befürchtungen

Der Präsident der EG-Kommission, Jaques Delors, befürchtet, daß die Bundesrepublik angesichts der Entwicklung im Ostblock eines Tages ein anderes Ziel als den Aufbau der Europäischen Gemeinschaft anstreben könnte. „Um dieses Risiko zu vermeiden, müssen wir schnell den Platz Westdeutschlands in einem Europa bestimmen, das ihm zusagt," erklärte Delors bei einem Journalistengespräch in Brüssel.

Gauweiler-Klage erfolglos



Die Kölner Staatsanwaltschaft hat ein vom bayerischen Innenstaatssekretär Peter Gauweiler (CSU) angestrengtes Verfahren wegen Beleidigung gegen Verantwortliche der ARD-Serie „Lindenstraße" eingestellt. Gauweiler hatte die Redakteurin der Serie und den Fernsehspielchef des WDR angezeigt nachdem in der Folge vom 9. Oktober 1988 eine Schauspielerin in einer Aids-Diskussion folgenden Text gesagt hatte: „Gauweiler und Co., das sind doch alles Faschisten." Das Gericht begründete die Verfahrenseinstellung mit der Feststellung, daß hier lediglich „eine dramaturgisch begründete Überzeichnung einer Position" vorliege. Eine Mißachtung Gauweilers sei nicht gegeben.

Warnung vor „fatalen“ Lohnaufschlägen und Arbeitszeitverkürzung

Institute ermahnen Tarifpartner

Bonn (AP/dpa). Die fünf führenden Wirtschaftsinstitute haben die Regierung und die Tarifparteien davor gewarnt, die Preisentwicklung neu anzuheizen. Ihre Vertreter erklärten am Montag in Bonn, zur Behebung des Wohnungsmangels sollte nicht „ein Programm auf das andere" gehäuft werden. „Fatal" wären auch hohe Lohnaufschläge.

Bei der Vorstellung des Herbstgutachtens der Institute sagte der Präsident des Hamburger HWWA-Instituts für Wirtschaftsforschung, Schmahl, bei wohnungsbaupolitischen Programmen dürfe nicht vergessen werden, daß die Kapazitäten der Bauwirtschaft ausgelastet seien. Eine Anhäufung von Programmen würde zu einer Ankurbelung des Preisanstiegs führen.

Die Institute warnen die Tarifparteien davor, in künftige Lohnabschlüsse Zuschläge für erwartete Preissteigerungen einzubauen. „Von der Lohnrunde hängt nicht nur die Preisentwicklung, sondern auch die Konjunkturentwicklung ab", gab Schmahl zu bedenken. Die Lohnvereinbarungen sollten sich an den bisherigen moderaten Abschlüssen orientieren. Anstelle von Leistungen, die die Lohnkosten dauerhaft erhöhen, sollten in Konfliktfällen besser Einmalzahlungen vereinbart werden. Angesichts des gegenwärtigen Facharbeitermangels halten die Institute auch weitere Arbeitszeitverkürzungen für einen „Fehlschuß".

In einer gemeinsamen Stellungnahme erklärten Wirtschaftsminister Haussmann und Finanzminister Waigel, die Institute wiesen zu Recht auf die Probleme weiterer Arbeitszeitverkürzung hin, durch die besonders der Facharbeitermangel verstärkt und der Einsatz weniger qualifizierter Arbeitkräfte erschwert würde.

Die SPD-Abgeordneten Roth und Jens forderten, die gute wirtschaftliche Entwicklung müsse zur Bekämpfung der anhaltend hohen Arbeitslosigkeit, der sich erneut vergrößernden außenwirtschaftlichen Ungleichgewichte und der ökologischen Probleme genutzt werden. Die Grünen im Bundestag kritisierten, für die Institute sei es offenkundig kein Thema, daß die Konjunkturlokomotive am Rande des ökologischen Abgrundes fahre.

Die Arbeitgeber werteten das Gutachten als „eindringlichen Appell" an die Tarifparteien, den moderaten Lohnkurs der vergangenen Jahre fortzusetzen. Das Gutachten belege, daß Arbeitszeitverkürzungen kein taugliches Mittel zur Entlastung des Arbeitsmarktes seien. Der DGB hob dagegen hervor, die von den Instituten für 1990 vorausgesagte günstige Konjunkturentwicklung sei eine „gute Grundlage für die Erfüllung der tarifpolitischen Forderungen der Gewerkschaften".

„Großkonflikt“

IG Metall rüstet sich

Berlin (dpa). Die IG Metall richtet sich für die Tarifrunde 1990 auf einen „programmierten Großkonflikt" ein. Die Bereitschaft der Unternehmer, schon im Januar mit den Verhandlungen zu beginnen, ist nach Ansicht von IG-Metall-Chef Steinkühler auf interne Querelen im Arbeitgeberlager zurückzuführen und kein Signal der Entspannung oder Entwarnung. Beim 16. Ordentlichen Gewerkschaftstag der IG Metall rief Steinkühler am Montag die 2,6 Millionen Mitglieder auf, „die Vorbereitungen auf den von Gesamtmetall programmierten Großkonflikt zu intensivieren und zu verbreitern". Nur so könne die IG Metall die 35-Stunden-Woche mit vollem Lohnausgleich, kräftige Einkommensteigerungen und das freie Wochenende durchsetzen.

Selbstkritisch appellierte der IG-Metall-Vorsitzende an die Gewerkschaften, die zwei Millionen Arbeitslosen und mehr als drei Millionen Sozialhilfeempfänger nicht zu vergessen.

Berliner Stimmrecht

FDP begrüßt Momper-Vorstoß

Berlin (dpa). Die Forderung des Berliner Regierenden Bürgermeisters Walter Momper (SPD), den Berliner Abgeordneten im Bundestag volles Stimmrecht einzuräumen, hat bei den Freien Demokraten ein positives Echo gefunden. Nach einem Gespräch des Vorstandes der FDP-Bundestagsfraktion mit Momper im Rathaus Schöneberg sagte der stellvertretende Fraktionsvorsitzende Ronneburger gestern, seine Partei habe volles Verständnis für diesen Vorstoß.

Er wies darauf hin, daß die Ostberliner Abgeordneten der Volkskammer entgegen den Viermächte-Abmachungen in Direktwahl gewählt werden. Ronneburger betonte, Voraussetzung für die Ausweitung des Stimmrechts der Berliner Abgeordneten wäre eine Vereinbarung der vier Mächte. Dabei wären auch Gespräche über den „sensiblen" Status der Stadt notwendig. Deshalb werde es eine kurzfristige Lösung nicht geben, doch bestehe Hoffnung für die Zukunft.

ERSTMALS haben DDR-Oppositionsgruppen gestern in Ostberlin eine Pressekonferenz für Journalisten aus Ost und West gegeben. Werner Fischer (links) von der „Aktion Menschenrechte" sah in den Polizeieinsätzen der jüngsten Zeit keine Übergriffe Einzelner, sondern den Ausdruck zentraler Anordnungen aus der SED-Führung. Reinhardt Schult (Mitte) vom „Neuen Forum" appellierte an die Abgeordneten der DDR-Volkskammer, sich ihrer Verantwortung bei der heutigen Wahl des Staatsratsvorsitzenden bewußt zu sein. Aufmerksamer Zuhörer Fischers ist auf unserem Foto noch Jugendpfarrer Walter Schilling. (dpa-Funkbild)

Pressekonferenz von Reformgruppen in Ostberlin / Übergriffe

Schwere Vorwürfe gegen Polizei

Ostberlin (AP/dpa/epd). Neun Mitglieder von Demokratiebewegungen haben am Montag in Ostberlin Augenzeugenberichte über Mißhandlungen von Bürgern bei Protesten zum 40. Jahrestag der DDR veröffentlicht. Vor Journalisten verlangten die Sprecher eine unabhängige Kommission, die die Vorfälle am 7. und 8. Oktober in Ostberlin untersuchen soll, sowie die Bestrafung der Verantwortlichen. Der stellvertretende Generalstaatsanwalt der DDR, Klaus Voß, lehnte eine Stellungnahme in der Pressekonferenz ab, da die Ermittlungen noch liefen. Voß sicherte allerdings eine *„umfassende und unvoreingenommene Prüfung"* aller Anzeigen zu.

Die Augenzeugenberichte wurden in einer rund 100 Seiten langen Dokumentation vorgelegt und spiegelten das zum Teil „brutale Vorgehen" der zivilen und uniformierten Sicherheitskräfte wider. Insgesamt sollen zwischen 700 rund 900 Personen festgenommen worden sein.

Zwei junge Frauen, die nach eigenen Angaben nicht an den Demonstrationen teilgenommen hatten, berichteten, daß sie vor heranstürmenden Polizisten in die Wohnung einer Freundin geflüchtet seien.

Etwa eine halbe Stunde später hätten etwa zehn Polizisten die Wohnungstür eingetreten und den Vater und seine Tochter „herausgeprügelt" und mitgenommen. „Sie ist 15 Jahre und bis jetzt vermißt", hieß es.

Andere Augenzeugen berichteten, wie Festgenommene die ganze Nacht über in kahlen Räumen hätten stehen müssen und mit Knüppeln geschlagen worden seien, etwa weil sie gesprochen oder sich gerührt hätten. Stundenlang hätten sie warten müssen, um ihre Notdurft zu verrichten. Ein anderer der zum Teil namentlich aufgeführten Zeugen habe beobachtet, wie ein unbeteiligter Mann mit dem Kopf gegen das Trittbrett gestoßen worden sei.

Die Ostberliner Nachrichtenagentur ADN berichtete über die Pressekonferenz, ohne näher auf den Inhalt der Augenzeugenberichte einzugehen.

Empörung gegen Frankfurter Urteil wächst

Stoltenberg: Nehmt Soldaten in Schutz

Bonn (AP/dpa). Bundesverteidigungsminister Stoltenberg (CDU) hat an alle staatstragenden Organisationen, Parteien und Verbände appelliert, die Soldaten der Bundeswehr vor Diffamierungen und Herabsetzungen in Schutz zu nehmen. Vor dem Hintergrund des jüngsten Freispruches eines Arztes durch das Frankfurter Landgericht, der die Soldaten als „potentielle Mörder" bezeichnet hatte, sagte Stoltenberg auf der 13. Hauptversammlung des Bundeswehr-Verbandes in Bonn, die Soldaten müßten darauf bauen können, daß ihr Dienst von den Bürgern gewollt sei und anerkannt werde. Wenn das Urteil des Frankfurter Gerichts in nächster Instanz nicht revidiert wird, muß nach Ansicht Stoltenbergs an eine Gesetzesänderung gedacht werden. Auch der Verbandsvorsitzende Wenzel wandte sich „mit Empörung gegen das Schandurteil".

Der Wehrbeauftragte des Bundestages, Weiskirch, forderte im Zusammenhang mit dem umstrittenen „Soldaten-Urteil" alle Fraktionen des Bundestages auf, sich vor die Angehörigen der Bundeswehr zu stellen und in einer Entschließung die „unverantwortliche Diffamierung ihres Friedensdienstes zurückzuweisen". Wenn die Soldaten nicht zutiefst verunsichert werden sollten, sei jetzt ein demonstrativer Akt der verantwortlichen politischen Kräfte in der Bundesrepublik vonnöten, betonte Weiskirch in einer Erklärung am Montag.

Auch die Präsidien von SPD und FDP wandten sich gegen den erneuten Freispruch des Arztes. Die Freien Demokraten erwarten, daß das Urteil, mit dem der Rechtsfrieden empfindlich gestört werde, durch obergerichtliche oder verfassungsgerichtliche Entscheidung schleunigst korrigiert wird. Wer Soldaten ungestraft als Mörder beschimpfen könne, der säe „Haß in unserem Volke" und überschreite „damit die Grenzen der freien Meinungsäußerung in eklatantester Weise", erklärte das Präsidium.

Die Sozialdemokraten erinnerten daran, daß die Soldaten auf der Grundlage der Verfassung einen für das Gemeinwesen notwendigen Dienst leisteten.

ETA-Attentat auf Kaufhaus 1987 / Urteil

Gesamtstrafe von 1588 Jahren

Madrid (dpa). Zu insgesamt 1588 Jahren Gefängnis sind gestern in Madrid die baskischen ETA-Terroristen Ernaga und Troitino verurteilt worden, die zusammen mit einem dritten, flüchtigen Terroristen im Juni 1987 mit einem Autobombenanschlag auf ein Kaufhaus in Barcelona 21 Menschen getötet und 45 verletzt hatten. Das Gericht sprach die Männer des Mordes und der Körperverletzung sowie der Zerstörung des Kaufhauses schuldig.

Die einzeln bewerteten Fälle summieren sich zu der hohen Gesamtstrafe, von der die beiden aber nur 30 Jahre absitzen müssen. Die Richter verurteilten die Terroristen außerdem dazu, Barcelona *nach* Verbüßung ihrer Strafe sechs Jahre lang nicht betreten zu dürfen.

Mainzer Landtag / Steuerzahler

Diäten-Erhöhung „nicht ganz koscher“

Saarbrücken (AP). Der Bund der Steuerzahler hat den rheinland-pfälzischen Landtagsabgeordneten ein „lautloses Hochschaukeln" ihrer Diäten vorgeworfen. Kein Gesetzesvorhaben nehme schneller die parlamentarischen Hürden als die Erhöhung der Bezüge, kritisierte der Landesgeschäftsführer des Steuerzahlerbundes, Pferdekemper, gestern im Saarländischen Rundfunk. „Der Spiegel" berichtet, die Diäten in Rheinland-Pfalz seien in den vergangenen 30 Monaten um 36 Prozent gestiegen. Damit verdienten die Mainzer Abgeordneten im nächsten Jahr monatlich knapp 11 000 DM. Die Art und Weise der Diätenerhöhung ist nach Pferdekempers Ansicht „nicht ganz koscher". Er kritisierte, daß eine unabhängige Kommission, die Vorschläge zu den Bezügen der Landtagsabgeordneten machen sollte, vor einigen Jahren abgeschafft worden sei.

Stiftung in Finanznot

Lehr fordert mehr Geld für „Mutter und Kind“

Bonn (AP). Insgesamt 145 Millionen DM will Bundesfamilienministerin Lehr für Hilfen der Bundesstiftung „Mutter und Kind – Schutz des ungeborenen Lebens" im Jahr 1990 aufbringen. Um entsprechende Zustimmung bei der parlamentarischen Beratung sei sie bemüht, erklärte die Ministerin auf der Sitzung des Stiftungs-Kuratoriums in Bonn. Dies entspräche einer Steigerung gegenüber dem laufenden Jahr um 15 Millionen DM. Obwohl die Stiftungsmittel in den zurückliegenden Jahren immer wieder erhöht wurden, sei die Zahl der Antragsteller so gestiegen, daß die Höhe der durchschnittlichen Bewilligungssumme bei rund 1300 DM je Mutter und Kind liege. „Die Hilfen der Bundesstiftung sind somit in erster Linie Beihilfen für die Erstausstattung des Kindes", erklärte die Ministerin. Sie forderte erneut zu mehr Kinderfreundlichkeit auf.

HESSISCHE/NIEDERSÄCHSISCHE
ALLGEMEINE

Herausgeber
Rainer Dierichs, Dr. Dietrich Batz, Achim von Roos

Chefredakteur
Lothar Orzechowski

Stellv. Chefredakteure
Wolfgang Rossbach, Peter M. Zitzmann

Verantwortliche Redakteure
Chef vom Dienst: Horst Kröninger. Chef Nachrichten: Rainer Merforth. Politik: Jochen Prater. Blick in die Zeit: Walter Schütz. Wirtschaft und Sozialpolitik: Horst Seidenfaden, Kultur: Dirk Schwarze, i. V. Claudia Sandner-v.Dehn, M. A., Frau u. Reise: Ilse Methe-Huber. Sport: Rolf Wiesemann, i. V. Ulrich Fuhrmann. Sonntagszeit: Frank Thonicke. Kassel Stadt und Land: Wolfgang Rossbach. Bezirksredaktionen: Peter M. Zitzmann. Koordination: Helmut Lehnart. Hessen/Niedersachsen: Eberhard Heinemann. Chefreporter: Karl-Hermann Huhn. Sonderthemen: Peter Ochs.

Redaktion Wiesbaden: Rolf Effenberger Redaktion Hannover: Harald Birkenbeul. Redaktion Bonn: Hans Ludwig Laucht.

Verlagsleitung
Dr. Dietrich Batz, Rainer Dierichs, Wigbert H. Schacht. Anzeigenleiter: Horst Prehm. Vertriebsleiter: Gerd Lühring.

Verlag Dierichs GmbH & Co KG, Frankfurter Str. 168, Postfach 10 10 09, 3500 Kassel, Ruf 05 61 / 20 3-0. Tel. Anzeigenannahme 05 61 / 20 3-3. Fernschreib-Nr. 99 635. Telekopierer 05 61 /20 36. Teletex 5 61 81 10. Postgirokonto 155132-608 Frankfurt/M. Anzeigenpreisliste Nr. 29. Monatlicher Abonnementspreis DM 25,60 inkl. Zustellung und 7 % MwSt. (Postbezugspreis 28,50 DM).

Die Beendigung des Abonnements ist nur mit schriftlicher Kündigungserklärung unter Einhaltung einer Frist von einem Monat zum Monatsende möglich; die Frist läuft ab Zugang der schriftlichen Kündigungserklärung.

Auflage werktags über 270 000 Exemplare in Tarifgemeinschaft mit „Oberhessische Presse", Marburg, „Hersfelder Zeitung", „Werra-Rundschau", Eschwege, „Harzkurier", Herzberg.

Auflage „Sonntagszeit" über 200 000 Exemplare.

Herstellung Druckhaus Dierichs, Frankfurter Straße 168, 3500 Kassel.

Musterländle im Trend

Wenn nicht alles täuscht, bestätigt das Ergebnis der Kommunalwahlen in Baden-Württemberg den politischen Trend der bisherigen Wahlen dieses Jahres von Berlin und Hessen über Europa bis Nordrhein-Westfalen. Noch sind nur vorläufige Zahlen bekannt, doch daß die Union hohe Stimmenverluste hinnehmen mußte und die Republikaner ihre Erfolgsserie fortsetzen, dürfte feststehen. Die teils zweistelligen Ergebnisse der Rechtsradikalen sind mit den Vokabeln Denkzettel und Protest nicht mehr zu erklären. Schönhubers nationalistische Saat geht auf. Sie fällt dort auf fruchtbaren Boden, wo existentielle Probleme ungelöst geblieben sind: In Großstadtvierteln mit hohem Ausländeranteil und großer Wohnungsnot und in benachteiligten ländliche Regionen.

In Späths Musterländle scheint die These widerlegt worden zu sein, man könne die Republikaner bei genügend hoher Wahlbeteiligung leicht unter fünf Prozent drükken. Die etablierten Parteien haben allen Grund, kommenden Entscheidungen besorgt entgegenzusehen. Vor allem die Union, die offensichtlich noch kein Mittel gefunden hat, dem Radikalismus wirksam zu begegnen, aber auch die SPD, deren Hoffnung auf ein klares Mandat zur Wende wenig Nahrung bekommt. Auch wenn man die Aussagekraft von Kommunalwahlen relativiert, ist unverkennbar, daß demokratische Mehrheiten künftig schwieriger zu finden sein werden.

Nur die FDP konnte im Stammland des Liberalismus frohlocken. Sie hat vom Tief ihres Bonner Regierungspartners ebenso profitiert wie vom Hoch der deutsch-deutschen Ereignisse, die Genscher eine erfolgreiche Rolle zuwiesen. Lambsdorffs „FDP pur" könnte zum Schlagwort einer selbstbewußteren Politik werden, mit der sich die Liberalen zwischen den Blöcken behaupten.

Achim v. Roos

Boom und kein Ende

Boom und kein Ende. Auf diesen kurzen Nenner läßt sich das gestern vorgelegte Herbstgutachten der Wirtschaftsinstitute zu unser aller Freude und zur besonderen Genugtuung der Bundesregierung bringen. Positiv für die Allgemeinheit, weil gute Wirtschaftsdaten per se die Arbeitsplätze sicherer machen und somit die soziale Zufriedenheit anheben und positiv für die Bonner Koalition, weil die Konjunkturforscher ihr in fast allen bedeutenden Bereichen der Wirtschaftspolitik ein gutes Zeugnis ausstellen.

Auch die Tatsache, daß die Institute für das kommende Jahr ein etwas schwächeres Wachstum als 1989 erlebt in Aussicht stellen, kann daran nichts ändern. Blicken wir zurück: Exakt vor zwölf Monaten sagten die Experten für das laufende Jahr einen Zuwachs des Bruttosozialprodukts von zwei Prozent voraus. Gleichwohl sind es real dann aber vier Prozent geworden. Das zeigt, wie übervorsichtig die Gutachten formuliert werden, ohne das eigentlich erkennbare Gründe dafür vorliegen.

Dies gilt besonders für die kommenden zwölf Monate. So werden wir ab 1. Januar in den Genuß weiterer Steuersenkungen kommen. Konkret bedeutet dies, daß unter dem Strich weitere Milliarden für den Konsum zur Verfügung stehen. Und auch ein Ende des Exportbooms ist nicht in Sicht. Im Gegenteil: Jüngste Umfragen in der EG bescheinigen den Unternehmen weiterhin eine hohe Investitionsdynamik.

Freilich wirft selbst eine solch glänzende Fassade Schatten. Gemeint sind wachsende Inflationstendenzen. Hoffnungen setzen die Gutachter hier – wie im übrigen auch zum Endlosthema Arbeitslosigkeit – auf die Tarifpartner. Wahrscheinlich sind sie überfordert.

Ulrich Brehme

Das Zitat

„Wir werden uns nicht in die Angelegenheiten der DDR einmischen. Aber wir wollen, daß sich die Menschen drüben in die Angelegenheiten der DDR einmischen können."

Hans-Dietrich Genscher

In Festtagslaune beendete Ungarn eine Staatsära

1956 war allgegenwärtig

Von AP-Korrespondentin Teddie Weyr

Die Menschenmassen drohten am Montagmorgen im U-Bahnausgang des Kossuth-Platzes steckenzubleiben – so stark war der Andrang zu den Republikfeiern. Mehr als hunderttausend Ungarn, zumeist im Sonntagsanzug und mit Festtagslaune, stürmten den weiten Platz vor dem Parlament. Jubel und Freudentränen begleiteten die Geburtsstunde der neuen Republik Ungarn, und ernste Ruhe herrschte lediglich beim Singen der Nationalhymne.

„Brauchen wir wirklich diese Freiheit?", fragte eine Budapesterin angesichts der bedrohliche Enge in der U-Bahn auf der Fahrt zum Parlamentsplatz mit scherzendem Unterton. Große rot-weiß-grüne Fahnen wurden über den Köpfen der riesigen Menschenmenge geschwungen. Die Stimmung war fröhlich und herzlich.

Großer Jubel

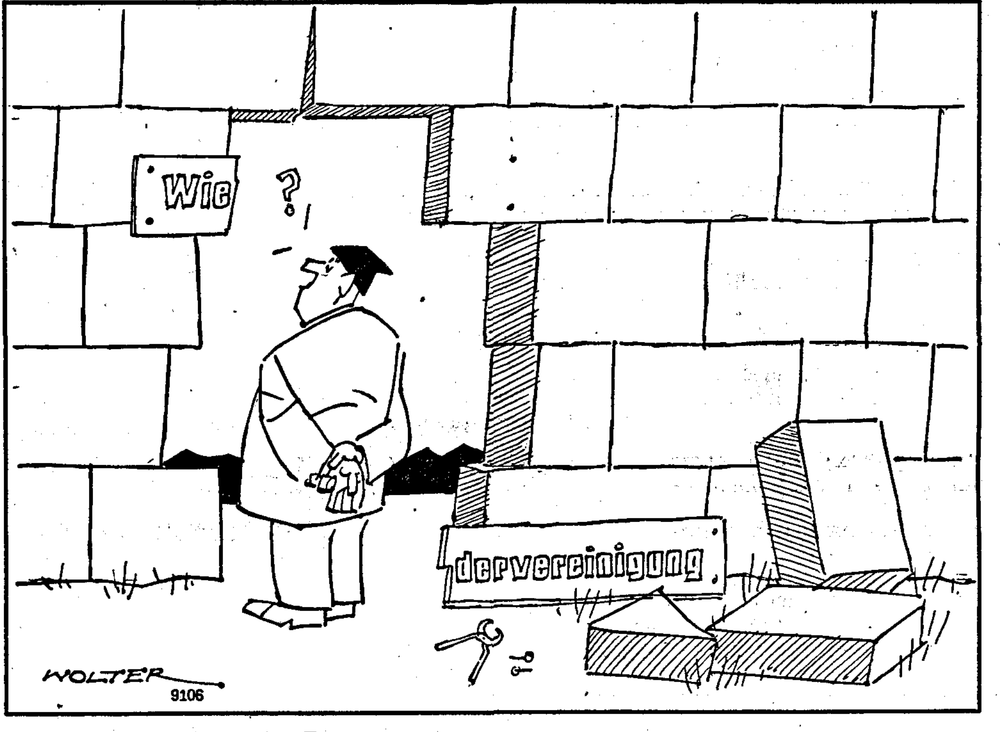
Als Parlamentspräsident Matyas Szürös vom Balkon des Parlamentsgebäudes verkündete: „Von heute an heißt unser Staat Republik Ungarn", jubelten die hundertausend. Wer in Budapest nicht dabei sein konnte, verfolgte die Feiern live auf dem Fernsehschirm. Eigentlich war der Montag ein ganz normaler Arbeitstag – doch Zehntausende schienen „geschwänzt" zu haben.

Pünktlich um 12 Uhr läuteten die Glocken im ganzen Land, dann folgte die Proklamation durch den Parlamentspräsidenten und wenig später – nach dem Jubel – kam ernste Besinnlichkeit auf. Nicht wenigen Ungarn rannen beim Singen der Nationalhymne an diesem Mittag die Tränen über die Wangen. Sie gedachten nicht nur der Ausrufung der neuen Republik und des Endes der „Volksrepublik", sondern auch der 32 000 Toten des niedergeschlagenen Volksaufstandes vor 33 Jahren, der genau am 23. Oktober 1956 begonnen hatte. „Damals schien die Sonne genau so warm wie heute", erinnerte sich eine ältere Budapesterin.

Die Proklamation der Republik Ungarn durch den Parlamentspräsidenten erfolgte vom selben Balkon des neugotischen Gebäudes, von dem vor 33 Jahren der damalige Ministerpräsident Imre Nagy die Volkserhebung eingeleitet hatte. Der später hingerichtete Nagy wurde erst vor wenigen Monaten rehabilitiert und unter großer Anteilnahme der Bevölkerung beigesetzt. Am Montag wehten rund um das Gebäude die Fahnen. Junge Mädchen hatten ihre Haare mit Bändern in den Nationalfarben rot, weiß und grün geschmückt. Straßenhändler verkauften Fähnchen, Bücher über den Volksaufstand und Anstekker in den Nationalfarben.

Nur einmal Pfiffe

Nur einmal gab es kurz auch Pfiffe während der Ansprache des Parlamentspräsidenten. Als er erklärte, Ungarn strebe auch in Zukunft „störungsfreie" Beziehungen zur Sowjetunion an, wurde dies mit einem Pfeifkonzert quittiert. Applaus und Jubelschreie dagegen nur Momente später, als Szürös die Hoffnung auf gute Kontakte zu den Vereinigten Staaten aussprach.



Wieder offen: Die deutsche Frage. (Karikatur: Wolter)

„Archipel Gulag" zur Lektüre empfohlen

Solschenizyn hält Einzug in Schulen

Von AP-Korrespondentin Ann Imse

In Moskauer Schulen zählt der „Archipel Gulag", die jahrelang verbotene Lagertrilogie des Schriftstellers Alexander Solschenizyn, jetzt zur empfohlenen Lektüre. Wurde die Ermordung von Millionen unter Stalin in den bisher verfügbaren Schulgeschichtsbüchern mit keiner Silbe erwähnt, heißt es in neuen, kürzlich erschienenen Lehrwerken: „Vorläufige Schätzungen setzten die Zahl der Toten bei rund 40 Millionen Menschen an". Die Politik der Offenheit, „Glasnost", hat Einzug in den Geschichtsunterricht gehalten.

Im Juni 1988 waren die Schulbehörden angewiesen worden, die Reifeprüfung im Fach Geschichte abzusetzen. Damit sollte den Schülern das Nachbeten der bisherigen offiziellen Geschichtsschreibung erspart werden, die im krassen Widerspruch zu den sensationellen Enthüllungen der sowjetischen Presse über die jüngere Vergangenheit der UdSSR stand. Was jetzt in sowjetische Schulen gelangt, ist das Ergebnis großangelegter Bemühungen um die Aufarbeitung der Vergangenheit.

In einem vom Schulausschuß der Stadt Moskau erstellten Handbuch für Lehrer wird Stalin zur Last gelegt, zur Beschleunigung der Industrialisierung Millionen Menschen in den unwirtlichen Norden der Sowjetunion verfrachtet zu haben. Wo es an Freiwilligen gefehlt habe, seien Dutzende Lager mit Hunderttausenden Gefangenen entstanden. Aus den Lagerinsassen habe man stumme und fast kostenlose Arbeitskräfte gemacht, leicht anzufordern und zu verlegen. Mindestens fünf Millionen Menschen seien enteignet und nach Sibirien oder in den hohen Norden verschleppt worden.

Während der großen Hungersnot Anfang der 30er Jahre, die nach der von Stalin angeordneten Zwangskollektivierung der Landwirtschaft ausbrach, seien „ganze Regionen ausgestorben", heißt es in dem Handbuch weiter. Die genaue Zahl der Toten sei nicht bekannt, doch würden westliche Wissenschaftler sie auf drei bis zehn Millionen schätzen. In den 1974 verlegten Geschichtsschulbüchern waren die 30er Jahre noch ausschließlich als Phase rascher Industrialisierung und sozialen Fortschritts geschildert worden.

Auch auf militärpolitischem Gebiet werden Stalin, bis vor kurzem noch als Retter des Vaterlandes vor dem deutschen Angreifer dargestellt, jetzt verheerende Fehlentscheidungen angelastet. So habe er jeden „unterdrückt" – mit diesem Wort werden die Inhaftierungen und Hinrichtungen während der Säuberungswellen bezeichnet – der für Kriegsvorbereitungen eingetreten sei, darunter fünf Leiter des militärischen Geheimdienstes. Und am Tag des deutschen Überfalls auf die Sowjetunion, dem 22. Juni 1941, hätten viele sowjetische Grenzsoldaten dienstfrei gehabt. „Dieser Fehler bei der Vorberechnung des Angriffszeitpunkts kostete viele das Leben", heißt es.

„Wer so etwas vor fünf Jahren geschrieben hätte, wäre ins Arbeitslager gekommenm", kommentiert ein früherer politischer Gefangener die neuen Schulbücher seines Sohnes.

Die Eile, mit der Geschichte neu geschrieben wird, beschert den Oberschülern eine eigentümliche Mischung alter und neuer Unterrichtsvorlagen. „Unsere Journalisten veröffentlichen ständig neue Informationen über unsere Geschichte, aber dennoch müssen Lehrbücher fertiggestellt und den Schulen zur Verfügung gestellt werden", schildert Alexander Samsonow, im Moskauer Schulbuchverlag für den Fachbereich Geschichte verantwortlich, das Dilemma. Er sehe sich in der schwierigen Lage, unter den vielen Berichten jene auswählen zu sollen, die gesichert genug seien, um sie leicht beeindruckbaren Schulkindern vorlegen zu können.

Frankfurt nach Kommunalwahl / Neue Hochhäuser sind „Knackpunkte"

Trotz Rückschlägen hat Rot-Grün Tritt gefaßt

Von unserem Mitarbeiter Heinrich Halbig

Das Ziel ist hochgesteckt. „Eine Reformpolitik sozialer und ökologischer Erneuerung" versprach Frankfurts neuer Oberbürgermeister Volker Hauff (SPD, Foto) den Bürgern unmittelbar nach seiner Wahl am 15. Juni in seiner Antrittsrede. Dabei wolle er auf Gewachsenem aufbauen und die Stadt nicht umstülpen, ließ er gleichzeitig wissen. Doch vier Monate nach dem Amtsantritt ist Hauffs vollmundig verkaufte rot-grüne Politik kaum in Konturen erkennbar. Zu sehr mußte sich die neue Mehrheit bisher mit „Altlasten" herumschlagen, die ihr eine zwölf Jahre im Römer regierende CDU vor allem in der Stadtplanung hinterlassen hat.

Insbesondere wegen der nach Ansicht städtischer Juristen rechtswidrigen Teilbaugenehmigungen für drei Wolkenkratzer, noch zwei Tage vor der Kommunalwahl auf Weisung des ehemaligen Planungsdezernenten Hans Küppers (CDU) erlassen (Hauff: „Ein unglaublicher Vorgang"), knirschte es kräftig im Bündnis.

Die beiden bis zu 200 Meter hohen Bankentürme am Rande des Westends wollten die Grünen nur angesichts enormer im Raum stehender Schadenersatzforderungen akzeptieren. Dagegen mußte Hauff ausgerechnet den neben dem Hauptbahnhof geplanten Campanile, den die SPD befürwortet hatte, als Zugeständnis auf dem Altar der Koalition opfern. Aber auch hier hat der Investor, der von „grüner Erpressung" spricht, bereits Regreß in einer Größenordnung von 150 Millionen DM angekündigt, falls er das mit 265 Metern höchste Gebäude Europas nicht bauen darf.

Als weitere CDU-Hypothek steht der noch vom alten Magistrat mit der „Frankfurt Properties Ltd" aus England geschlossene „Knebelvertrag" für ein im Bau befindliches, 211 Apartment zählendes Großbordell im östlichen Teil der City bei Genossen und Alternativen im Kreuzfeuer der Kritik.

Nicht nur, daß der Stadt nicht einmal die Hintermänner dieser dubiosen, von einem Anwalt vertretenen Gesellschaft bekannt sind, auch das rot-grüne Konzept zum Rotlichtviertel unterscheidet sich von dem der CDU. Während Hauffs Vorvorgänger Walter Wallmann (CDU) und auch Ex-Oberbürgermeister Wolfram Brück die Prostitution aus dem Bahnhofsgebiet verbannen wollten, will die rotgrüne Koalition sie dort, wenn auch eingeschränkt, weiter dulden. Doch dann müßte die Stadt in den teuren Mietvertrag einsteigen. Sie denkt jetzt an eine Umwidmung des als Wohnheim deklarierten „Puffs" in Studentenbuden oder Büros.

Man könnte glauben, die Skandale aus CDU-Zeiten kämen der neuen Mehrheit gerade recht, um von eigenen Anfangsschwierigkeiten, Unzulänglichkeiten und Problemen abzulenken. Hauff sieht das anders.

Als wichtigstes Ergebnis der ersten vier Monate rot-grüner Politik wertet er, daß der Anspruch, „ein Erfolgs- und kein Konfliktbündnis" geschlossen zu haben, im politischen Alltag eingelöst wurde. „Es gab keine großen Stolpersteine", bescheinigt er indirekt dem grünen Partner Politik- und Kompromißfähigkeit.

Arbeit an Modellfall

Daß der Kompromiß vor allem bei der Zustimmung zu den beiden bei der grünen Basis verhaßten Hochhäusern gefordert war, um den Bruch zu vermeiden, unterstreicht den Willen der Öko-Partei, Frankfurt zu einem Modellfall rot-grüner Zusammenarbeit zu machen. Beide Partner sprechen denn auch bisher von erfolgreicher Politik.

Dennoch: Große Bäume hat die rot-grüne Stadtregierung bis heute nicht ausgerissen, stattdessen unter Blitzlichtgewitter ein paar „Bäumchen" in Kübeln auf die dritte Fahrspur einer durch das Zentrum führenden Verkehrsader gesetzt – erste Maßnahme für die in der Koalitionsvereinbarung so groß angekündigte Verkehrsberuhigung. Die CDU prangert diese Art von Verkehrspolitik als „politischen Dilettantismus" an.

Weniger spektakulär, für die Reduzierung des Individualverkehrs vermutlich jedoch wirksamer ist die von Hauff durchgesetzte übertragbare Umweltkarte für den öffentlichen Nahverkehr. Dagegen gilt der wenig durchdachte Vorschlag des Umweltdezernenten Tom Koenigs (Grüne), Frankfurts Parkhäuser allen Fahrzeugen mit geregeltem Katalysator vorzubehalten, als Flop.

Dagegen hat eine über Wochen gelähmte SPD erst vor einigen Tagen und unter großen Schmerzen mit dem Rücktritt der Parlamentsvorsteherin Ute Hochgrebe drückenden politischen Ballast abgeworfen. Die ehemalige Bezirksvorsitzende der Arbeiterwohlfahrt Hessen-Süd mußte die Verantwortung für den Kauf oder die Anmietung von Häusern übernehmen, die als Wohnheime zur Unterbringung von Aus- und Übersiedlern zu lukrativen Tagessätzen an das Land weitervermietet worden sind. Altmieter waren zum Teil unter fragwürdigen Umständen zum Auszug genötigt worden.

Trotz solcher Rückschläge ist Hauff überzeugt, „Tritt gefaßt" zu haben. Er, der anfangs kaum eine Einladung zu einem kleinen oder großen Fest ausgelassen hat, sagt denn auch optimistisch: „Ich habe das Gefühl, daß ich in das neue Amt hineinwachse."

Presse-Echo

Moskau gab das Feuer frei auf Erich Honecker, schreibt die

NEUE OZ OSNABRÜCKER ZEITUNG

Die sowjetische Gewerkschaftszeitung „Trud" schlug einen Ton gegenüber dem entmachteten Staats- und Parteichef an, wie er in der UdSSR in den Auseinandersetzungen mit der Breschnjew-Ära zu vernehmen ist... Doch nach dem Moskauer Verriß dürfte Honecker nicht mehr lange geschont werden. Er trägt die Hauptverantwortung für die anhaltenden Exodus. Die... Anklagen... bedeuten eine entschiedene Aufforderung an den Nachfolger Krenz, dem Beispiel der UdSSR, Polens und Ungarns zu folgen.

Kohl hat den Festakt zum 40jährigen Bestehen des Bundes der Vertriebenen genutzt, auch die letzten Hindernisse für seinen Besuch in Warschau zu beseitigen, heißt es in der Ludwigshafener Zeitung

DIE RHEINPFALZ

Weil dieser Versuch wiederum von einem Augenzwinkern des Kanzlers begleitet war und zugleich vom Vertriebenen-Präsidenten Czaja massiv Druck gemacht wurde, ist es zweifelhaft, ob Kohls Bemühen erfolgreich sein kann. Der Kanzler hält sich, wie könnte er auch anders, an die Verträge mit Polen. Sie schließen eindeutig jeden Gebietsanspruch aus. Sie garantieren Polens Grenzen. Das heißt aber nichts anderes, als daß Rechtspositionen wie der zwinkernde Hinweis auf einen noch abzuschließenden Friedensvertrag keinerlei politische Wirkung haben.

Startbahn-Mordprozeß

Verteidigung lehnt Staatsschutzsenat ab

Frankfurt (lhe). Der Staatsschutzsenat des Oberlandesgerichts Frankfurt wird im Startbahn-Mordprozeß von der Verteidigung zunehmend mit Ablehnungsanträgen wegen Besorgnis der Befangenheit überzogen.

Nachdem der Senat am Montag nach zehntägiger Prozeßunterbrechung einen solchen Antrag zurückgewiesen hatte, stellte die Verteidigung sofort einen neuen Ablehnungsantrag. Sie bemängelte die noch nicht öffentlich mitgeteilte Begründung des Senatsbeschlusses, mit dem der vorherige Ablehnungsantrag zurückgewiesen wurde.

Der Prozeß wurde ohne weitere Erörterungen auf Dienstag kommender Woche vertagt.

Hintergrund der Kontroverse zwischen Gericht und Verteidigung ist immer noch der Streit um die eventuelle Verwertbarkeit einer inzwischen widerrufenen belastenden Aussage gegen den wegen Ermordung von zwei Polizeibeamten an der Startbahn West angeklagten Frank Hoffmann (26).

Die Auseinandersetzung um die Aussage beziehungsweise ihren Widerruf ist bereits seit mehreren Wochen einziger Gegenstand der Verhandlung.

Der letzte Ablehnungsantrag warf einem der Richter des Senats vor, er habe einem Kriminalbeamten bei der telefonischen Vorladung zur Zeugenaussage Informationen gegeben, die dessen Aussage beeinflussen könnten.

Mehr Grundwasserschutz / Koalitionsantrag

Wasserverbraucher sollen zur Kasse gebeten werden

Von unserer Wiesbadener Redaktion

Wiesbaden (Eff). Mit einem neuartigen Finanzierungsmodell, das die ordnungspolitischen und verfassungsrechtlichen Schwierigkeiten des sogenannten Wasserpfennigs vermeidet, wollen die Landtagsfraktionen von CDU und FDP die Kosten eines verbesserten Grundwasserschutzes finanzieren. Das erklärten gestern die umweltpolitischen Sprecher der Fraktionen, Koch und Hielscher, als sie Änderungsanträge zum neuen Wassergesetz vorstellten, das noch in diesem Jahr vom Landtag verabschiedet werden soll. Erstmals in der Bundesrepublik werde dadurch die regionale Verantwortung der Wasserwerke mit einem landesweiten Solidarfonds verbunden.

Nach dem Vorschlag der Koalitionsfraktionen sollen die Wasserwerke verpflichtet werden, den Landwirten Ausgleichszahlungen zu leisten, wenn diese Nutzung und Düngung von Flächen in Wasserschutzgebieten einschränken müßten, erläuterten die beiden Politiker. Nach dem neuen Vorschlag sollen 30 Prozent der Gelder direkt von den Wasserverbrauchern bezahlt werden, die an Wasserwerke angeschlossen sind, die Nutzungsbeschränkungen angeordnet haben. 70 Prozent der Entschädigungskosten sollen aus einem Fonds finanziert werden, der eine gleichmäßige Umlage von allen Wasserverbrauchern erhebt.

Neben weiteren Änderungen soll nach Angaben der Umweltsprecher die Schaffung von Schutzstreifen an Wasserläufen nochmals erleichtert werden: Gebietskörperschaften, die diese Randstreifen erwerben wollen, um sie besser schützen zu können, sollen höhere Zuschüsse erhalten. Bis zu 70 Prozent der Kosten will das Land ersetzen.

Polizei kontrollierte Motorräder und Mofas

Jedes dritte hatte Mängel

Wiesbadener Redaktion

Wiesbaden (Eff). Fast jedes dritte motorisierte Zweirad entspricht nicht den gesetzlichen Anforderungen. Bei den Krafträdern über 80 Kubikzentimeter gab es die wenigsten und bei den Mofas die meisten Beanstandungen. Dieses Ergebnis der Sonderkontrollen vom Sommer gab gestern Innenminister Milde (CDU) bekannt. Er appellierte insbesondere an die meist jugendlichen Mofafahrer in ihrem eigenen Interesse mehr als bisher auf die Verkehrssicherheit ihres Gefährts zu achten.

Bei den Sonderkontrollen überprüften 985 Polizeibeamte 4070 Motorräder und Mofas, von denen sie 1206 beanstanden mußten. Das entspricht einer Quote von 29,63 Prozent gegenüber 30,82 Prozent 1988. Bei den Motorrädern fielen 21,96 Prozent (1988: 20) auf, bei den Mofas 39,64 Prozent (1988: 40,22). In 895 Fällen waren die technischen Mängel so schwerwiegend, daß darüber besondere Mitteilungen ausgestellt werden mußten, von denen 88 monierten, daß die Betriebserlaubnis erloschen war, weil die Zweiräder technisch verändert worden waren.

Weine aus dem Geburtsjahr der Bundesrepublik werden versteigert

1949 war ein großes Weinjahr

Von AP-Korrespondent Gerd Braune

Kloster Eberbach. Die Gründung der Bundesrepublik Deutschland vor 40 Jahren wurde vom Heranreifen eines großen Weins begleitet. Am 10. November werden die hessischen Staatsweingüter auf der Herbstauktion in Kloster Eberbach im Rheingau fünf Weine des Jahrgangs 1949 versteigern.

Heuss konnte zufrieden sein

Für den Kellereileiter der Staatsweingüter in Eltville, Georg Retzel, ist der 40. Geburtstag der Republik Anlaß für eine „weinpolitische Rückschau". Er kommt zu dem Ergebnis: „Wenn auch im neuen Bundesstaat nicht alles gleich perfekt ist, so kann doch Weinfreund Papa Heuss, der erste Präsident, zumindest mit dem gleichzeitig geborenen Weinjahrgang hoch zufrieden sein."

Rund 1000 Besucher werden zu der Versteigerung im Laiendormitorium des ehemaligen Zisterzienserklosters Eberbach erwartet. Höhepunkt der Auktion wird die Versteigerung der fünf 49er Weine sein, von denen jeweils nur eine Flasche angeboten wird. Der Assmannshäuser Höllenberg Spätburgunder Cabinet mit 105 Grad Öchsle wird im Auktionskatalog mit den Worten „granatrot, Wucht, samtiger, ausdrucksvoller Burgunder" beschrieben, die Steinberger Riesling Beerenauslese mit 130 Grad Öchsle als „tiefbernsteinfarben, hochedel, große Würze". Hinzu kommen Weine der Lagen Rauenthaler Wieshell, Hochheimer Domdechaney und Rüdesheimer Wilgert.

Retzel berichtet im Versteigerungskatalog über Weinbau, Weinwirtschaft und Witterung im Jahr 1949. Auf einer Fachtagung des Rheingauer Weinbauverbandes beklagte damals der Direktor des Weinbauamts Eltville, daß fünf Prozent der Rebfläche im Rheingau reblausverseucht seien.

Halbstück für Flüchtlinge

Als in Eltville zu Spenden zugunsten des Wohnungsbaus für Flüchtlinge aufgerufen wurde, gingen neben Geld- auch Sachspenden ein, darunter ein „Halbstück" – das sind 600 Liter – Cabinetwein.

Im Rheingau machte man sich in jenem Jahr Sorge um den Weinabsatz. Durch Gründung eines „Propagandaverbandes" sollte der Weinverbrauch pro Kopf und Jahr von fünf auf zehn Liter angehoben werden. Heute liegt er bei 26 Liter. Für die Arbeit im Weinberg wurden Stundenlöhne unter einer Mark gezahlt. Ein Arbeiter verdiente 90 Pfennig in der Stunde, eine Arbeiterin 60 Pfennig. In den Straußwirtschaften kostete ein halber Schoppen (0,2 Liter) 50 Pfennig.

Die Durchschnittstemperatur lag in der Vegetationsperiode von Mai bis Oktober mit 16,4 Grad fast ein Grad über dem langjährigen Durchschnitt.

1322 Stunden Sonne

Während die Sonne in den Jahren zuvor im Durchschnitt 1136 Stunden schien, waren es im Gründungsjahr der Republik 1322. Bei sonnig-warmem Wetter begann in der zweiten Oktoberwoche die Lese. Dann wurde es regnerisch, es blieb aber warm.

Die überreifen Trauben wurden edelfaul und nahmen Wasser auf. Gegen Ende der Lese beruhigte sich das Wetter. Es folgte eine sonnige Frostperiode, in der die Temperaturen bis minus fünf Grad absanken. Die edelfaulen Beeren schrumpften, und der Beereninhalt wurde dadurch so konzentriert, daß hohe Mostgewichte erreicht wurden. Im Gründungsjahr der Bundesrepublik, resümiert Retzel, sei ein großer Jahrgang gereift, „als ob damit die immense Bedeutung dieses geschichtlichen Vorgangs unterstrichen werden sollte".

Zwei Schwerverletzte

80jährige Frau aus der DDR bei Unfall getötet

Hess. Lichtenau (msc). Tödlich verletzt wurde eine 80jährige aus der DDR bei einem Verkehrsunfall gestern gegen 14 Uhr auf der Bundesstraße 7 in Höhe von Hess. Lichtenau-Küchen (Werra-Meißner-Kreis).

Nach Angaben der Polizei war eine 40jährige aus Eschwege mit ihrem Pkw, in dem außer der Frau aus der DDR ihre 68jährige Mutter mitfuhr, nach rechts auf den Seitenstreifen geraten und gegen einen Brückenpfeiler geprallt.

Die Fahrerin, die erst seit zwei Wochen den Führerschein besitzt, und ihre Mutter wurden mit schweren Verletzungen in die Orthopädische Klinik in Fürstenhagen gebracht.

Autofahrerin verletzt

Kran fiel von Lastwagen

Frankfurt (lhe). Eine Autofahrerin wurde schwer, ein anderer Autofahrer leicht verletzt, als am Montagnachmittag auf der Autobahn Frankfurt–Kassel beim Nordwestkreuz ein Kran von einem Lastwagen fiel. Nach Mitteilung der Polizei hatte der Lkw mit dem Kran eine Eisenbahnbrücke, die über die Autobahn führt, gerammt. Dabei fiel der Kran auf das Auto der Frau.

Verdächtiger zog singend und hüpfend wie Rumpelstilzchen durch die Straßen

Scheune voller Erntevorräte brannte nieder

Homberg (kox). Nach einem Mann, der sich nach Zeugenaussagen ähnlich wie Rumpelstilzchen benommen haben, singend und hüpfend durch die Straßen gezogen sein soll, fahndet die Kriminalpolizei in Homberg (Schwalm-Eder-Kreis). Der Mann mit langem schwarzen Mantel und Schlapphut ist verdächtig, eine Scheune mit Erntevorräten in dem Homberger Stadtteil Wernswig angezündet zu haben.

Die Scheune wurde gestern vormittag vernichtet, ein angrenzendes Wohnhaus ebenfalls erheblich zerstört. Der Sachschaden beläuft sich nach Schätzungen der Polizei auf rund 700 000 Mark; Menschen und Tiere kamen nicht zu Schaden.

Die Freiwilligen Wehren aus zwei Orten konnten durch einen großangelegten Einsatz einen noch höheren Schaden – vor allem ein Übergreifen der Flammen auf das angrenzende Nachbargebäude – verhindern.

Erst vor wenigen Wochen hatte ein bisher Unbekannter in demselben Homberger Stadtteil durch Anzünden von Strohballen einen Brand verursacht, der erst nach einer Woche endgültig gelöscht werden konnte.



EINE DREHLEITER mußte die Feuerwehr bei der Brandbekämpfung in Homberg einsetzen. (Foto: Kochinke)

34jähriger gefaßt

Marathonlauf endete in Haft

Frankfurt (lhe). Für einen 34jährigen aus Frankfurt-Oberrad endete der Stadtmarathon am Main am Sonntag im Gefängnis. Einer seiner „Mitläufer", ein Kriminalhauptmeister, erkannte in ihm einen Mann, der von der Staatsanwaltschaft Nürnberg gesucht wurde, weil er noch ein Jahr Haft zu verbüßen hat. Der Beamte benachrichtigte Kollegen, die den 34jährigen festnahmen.

Frau starb nach Schlägen

Rentner steht vor Gericht

Kassel/Eschwege (t). Körperverletzung mit Todesfolge wirft die Kasseler Staatsanwaltschaft einem 67jährigen Rentner aus Eschwege vor. In der Hauptverhandlung, die gestern begann und morgen mit dem Urteil enden, wird der Rentner beschuldigt, am 7. Februar 1988 in Eschwege seine 60 Jahre alte Ehefrau so geschlagen und getreten zu haben, daß sie eine schwere Kopfverletzung mit Gehirnblutung erlitt und an diesen Verletzungen schließlich am 25. März 1988 starb.

Nach dem Urteil des Frankfurter Landgerichts

Bahnpolizist will vor Soldaten keine Vorträge mehr halten

Homberg (thr). Eine Not besonderer Art macht dem Homberger Bahnpolizeibeamten Friedrich Dreytza nach dem Urteil der Strafkammer am Landgericht Frankfurt zu schaffen, das einen Arzt freigesprochen hat, der Soldaten als „potentielle Mörder" bezeichnet hatte.

Erst mit Bekanntwerden des Urteils, so Dreytza in einem Brief an die Bundesbahndirektion, sei ihm bewußt geworden, daß er seine historischen Vorträge, die er seit mehreren Jahren bei der Instandsetzungskompanie 6/5 in der Homberger Dörnbergkaserne vor den Rekruten der Grundausbildung hält, „potentiellen Mördern" vorträgt.

Dieser Umstand sei ihm bisher nicht bewußt gewesen, er habe auch keinerlei Erkenntnisse strafrechtlicher Art bei seinen Zuhörern festgestellt.

„Bitte kein Verfahren"

Der Homberger bittet deshalb seinen Dienstherrn, „von einem Disziplinarverfahren Abstand zu nehmen". Und er stellt ironisch die Frage: „Wie kann ich meine Ehrenamtliche Tätigkeit weiterhin wahrnehmen, ohne mich strafbar zu machen?"

Hessische Umweltschützer berichten von ihren Eindrücken bei einem Besuch in der DDR

Reformbewegung schwappt bis in die letzten Dörfer

Eisenach (k). Die Reformbewegung in der DDR ist von den Großstädten bis in die letzten Kleinstädte und Dörfer in der Provinz geschwappt: Überall gibt es Zusammenkünfte, Friedensgebete und auch Umzüge, bei denen eine demokratische Erneuerung gefordert wird. Das berichteten Vertreter des Bundes für Umwelt- und Naturschutz Deutschland (BUND), Kreisgruppe Werra-Meißner, gestern nach ihrer Rückkehr aus dem DDR-Kreis Eisenach.

In den Kirchen in Eisenach gab es Treffen, an denen bis zu 800 Personen teilnahmen, gestern abend fand in der Georgenkirche ein Friedensgebet statt, zu dem ebenfalls viele hundert Menschen erwartet wurden. Aber auch in der kleinen Gemeinde Creutzburg versammelten sich, und das schon zum sechstenmal, 60 Personen zu einem Friedensgebet. „Das Bedürfnis, miteinander zu diskutieren, ist ungeheuer groß. Es brodelt überall", berichteten die Sprecher des BUND-Kreisverbandes.

Nach Informationen unserer Zeitung soll am Donnerstag in Eisenach der „Demokratische Aufbruch" (DA) gegründet werden, der sich politisch ausgerichtet ist. Für die Gründung gab es bereits Vorgespräche. Wie dem uns vorliegenden Satzungsentwurf zu entnehmen ist, soll die Gruppierung „Menschen sozialistischer, sozialistisch-christlicher, sozialdemokratischer, liberaler und ökologischer Prägung vereinen, die an einer demokratischen Neuorientierung in der DDR mitarbeiten wollen und für eine Reform des sozialen und politischen Systems eintreten". In anderen Kreisen ist der „DA" bereits aktiv.

Davon unabhängig gab es am Wochenende eine Zusammenkunft zwischen Vertretern verschiedener Bürgergruppen aus dem Kreis Eisenach und Repräsentanten des Rates des Kreises bzw. der SED und des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes (FDGB). Dabei hätten sich die Vertreter des Staates dialogbereit gezeigt. Bei dem zweistündigen Gespräch wurde, laut BUND, vereinbart, ständige Gespräche auf eine institutionelle Basis zu stellen. Bürgergruppen auf der einen und Staat/SED auf der anderen Seite sollen in einem Forum mit je zwölf Repräsentanten vertreten sein.

Hauptforderung der Bürger-, Umwelt- und Kirchengruppen ist auch in anderen Orten Thüringens die Herstellung der Pressefreiheit. Sie werde als Vorbedingung für alles andere verstanden. Paß- und Visafreiheit seien dabei zunächst von nachrangiger Bedeutung. Gemeinsames Ziel sei aber auch, die Arbeit von Bürgerinitiativen zu legitimieren und das Machtmonopol der SED zu brechen.

Der Schwenk, der in den letzten Tagen in den DDR-Medien sichtbar wurde, erfaßt auch die Regionalpresse: Inhaltlich und optisch hat sich z. B. das Erfurter SED-Zentralorgan „Das Volk" verändert. Kritische Interviews, eine Leserbriefdiskussion zur Massenflucht und Meldungen über Demonstrationen in der DDR setzen neue Akzente in dem Parteiblatt.



HESSISCHE ALLGEMEINE

KASSEL
1 P 3713 A

UNABHÄNGIG | KASSELER ZEITUNG | NICHT PARTEIGEBUNDEN

Preis 1,10 DM | Nr. 249 · Mittwoch, 25. 10. 1989 | Ruf (05 61) 203-0 · Anzeigen 203-3

Gegen Demonstranten

DDR räumt Übergriffe ein

Berlin (AP/dpa). Die DDR hat am Dienstag erstmals offiziell Übergriffe der Sicherheitsorgane bei den Demonstrationen am 7. und 8. Oktober in Dresden, Leipzig und Ostberlin zugegeben. In einer Erklärung des Vorsitzenden des Volkskammer-Ausschusses für Nationale Verteidigung, Herger, hieß es nach Angaben der Nachrichtenagentur ADN: „Leider sind bei diesen polizeilichen Einsätzen auch Unbeteiligte zu Schaden gekommen. Gegenüber Zugeführten kam es zu Befugnisüberschreitungen, zu nicht rechtmäßigen Handlungen durch Angehörige der Schutz- und Sicherheitsorgane." Die Erklärung wurde auf Beschluß des DDR-Staatsrates unter Vorsitz von Egon Krenz veröffentlicht.

In dem Herger-Bericht hieß es ferner, leitende Mitarbeiter der Volkspolizei hätten sich inzwischen bei den Betroffenen entschuldigt. 83 Anzeigen und Mitteilungen würden gegenwärtig geprüft. Bisher seien vier Ermittlungsverfahren eingeleitet worden. Der Generalstaatsanwalt der DDR sei beauftragt worden, „jeden einzelnen Fall genau zu untersuchen".

Allerdings könne aus den Verfehlungen einiger „keine allgemeine Stimmung gegen die Schutz- und Sicherheitsorgane" geschaffen werden. Ihr Verfassungsauftrag sei, das friedliche Leben aller zu schützen: „Das haben sie immer getan." Laut Herger wird jede Gesetzesverletzung geahndet.

Nach Ferienende in DDR

Flüchtlingszahl halbiert

München/Warschau (dpa). Nach dem Ende der Herbstferien in der DDR ist der Strom von Flüchtlingen über Ungarn stark zurückgegangen. Von Montag bis Dienstag morgen zählte die bayerische Grenzpolizei 663 Neuankömmlinge. Am Vortag waren es noch doppelt soviele gewesen.

Am Dienstag warteten in Warschau 2100 Flüchtlinge auf einen Flug in die Bundesrepublik. Rund 100 neue DDR-Bürger hatten sich gestern bei der Bonner Botschaft gemeldet. Eine weitere Chartermaschine mit rund 160 Übersiedlern landete am Abend in Düsseldorf.

Sozialwohnungen

Bayern ändert Vergabekriterien

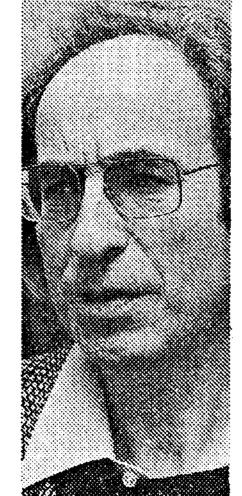
München (AP). Bayern wird die Vergabekriterien für Sozialwohnungen ändern, um eine Bevorzugung von Aus- und Übersiedlern zu verhindern. Die Landesregierung beschloß am Dienstag in München, die Wohnungen nicht länger nur nach „sozialer Dringlichkeit" zu vergeben. Künftig solle auch die Dauer der Ortsansässigkeit berücksichtigt werden, hieß es in einer Mitteilung der bayerischen Staatskanzlei. Die Neuregelung müsse ausschließen, daß Bewerber, die schon seit langem auf eine Sozialwohnung warten würden, wegen der Neuankömmlinge ins Hintertreffen geraten.

Wer in Zukunft eine Sozialwohnung bekommen will, muß nach den neuen Bestimmungen unter anderem auch bereits eine Familie gegründet haben.

Rühmkorf 60

Kritischer Lyriker

Der renommierte kritisch-ironische Lyriker, Dramatiker und Essayist Peter Rühmkorf (Foto), bei der d8 auch erster „documenta-Schreiber", wird heute 60 Jahre alt. Drei neue Bücher liegen vor. Würdigung auf der Kulturseite.



St.Pauli-Prozeß

Dreimal Haftstrafe

Urteile im aufsehenerregenden St.Pauli-Prozeß: Drei Angeklagte erhielten Freiheitsstrafen bis zu drei Jahren, weil sie 1986 die Waffe besorgt hatten, mit der der Killer Werner Pinzer ein Blutbad anrichtete. Siehe „Blick in die Zeit"

Metallindustrie

Kampf wie noch nie?

Der Tarifkonflikt in der Metallindustrie droht im Frühjahr 1990 zu einem bundesweiten Arbeitskampf auszuufern. DIHT-Präsident Stihl sprach sich gestern im Streikfall für eine flächendeckende Aussperrung aus. Siehe Wirtschaft.

Vermögen

Ausland begehrt

Das Auslandsvermögen der Deutschen ist in den vergangenen vier Jahren drastisch gestiegen. Nach Angaben der Bundesbank stieg es von netto 125 Milliarden DM Mitte 1985 auf 427 Milliarden DM bis Ende Juni 1989. Siehe Wirtschaft.

US-Plakatschau

Zwei aus Kassel

Zu der internationalen Plakatausstellung in Fort Collins, Colorado, sind zwei Kasseler Graphiker aufgefordert worden, ihre Arbeiten zu zeigen. An der US-Schau beteiligen sich 94 Künstler, darunter vier aus der Bundesrepublik. Siehe Kultur.

Zum Staatsratsvorsitzenden gewählt

Krenz hat nun alle Macht Honeckers

Ostberlin (AP/dpa). Der Machtwechsel in der DDR ist gestern besiegelt worden: Die DDR-Volkskammer wählte den neuen SED-Generalsekretär Egon Krenz gestern auch zum Staatsratsvorsitzenden und zum Chef des Nationalen Verteidigungsrates. Erstmals in der Geschichte der DDR gab es bei dieser Wahl Gegenstimmen gegen den Kandidaten des SED-Zentralkomitees.

Bei der Wahl zum Staatsratsvorsitzenden stimmten 26 Abgeordnete des DDR-Parlamentes gegen Krenz, weitere 26 enthielten sich der Stimme. Bei der Wahl zum Chef des Nationalen Verteidigungsrates votierten acht Abgeordnete gegen Krenz, 17 enthielten sich. Die Gegenstimmen kamen nach Einschätzung von Beobachtern aus dem Lager der Liberal-Demokratischen Partei (LDPD) und der Ost-CDU. Bisher wurden führende DDR-Politiker von der Volkskammer immer einstimmig gewählt.

Die Gegenstimmen führten beim Volkskammerpräsidenten Sindermann offenbar zu Irritationen. Mehrfach fragte er nach, wieviel Abgeordnete nun gegen Krenz gestimmt haben. Seine Beisitzer forderte er auf: „Zähl mal mit hier." Er fügte hinzu: „Ich werde das Ergebnis nicht verfälschen." Vor der Abstimmung würdigte Sindermann das politische Lebenswerk Honeckers, der „aus Gesundheitsgründen" an der Sitzung nicht teilnahm.

Unmittelbar nach seiner Ernennung deutete der 52jährige Krenz eine Amnestie für Flüchtlinge an, die nach westlichen Schätzungen zu Tausenden in DDR-Gefängnissen sitzen. In seiner 45minütigen Rede appellierte Krenz an die Bürger, in der DDR zu bleiben: „Jeder, der uns verläßt, ist einer zu viel. Unser Land erlebt einen neuen Aufbruch. Wir wollen ihn mit allen gehen. Wir sind uns gewiß: Hier hat jeder Bürger eine Perspektive, die den Einsatz von uns allen lohnt und dafür werben wir heute", sagte er. Der Dialog werde in der DDR ein „notwendiger und ständiger Teil" der politischen Kultur bleiben.

Krenz kündigte ferner an, die Kontrolle der Regierung durch das Parlament zu verstärken. Die Volkskammer solle „oberstes Machtorgan" in der DDR werden. Indirekt bekräftigte er jedoch den Führungsanspruch der SED. Unter Hinweis auf die Verfassung sagte er, die DDR sei „die politische Organisation der Werktätigen in Stadt und Land unter Führung der Arbeiterklasse und ihrer marxistisch-leninistischen Partei".

Fortsetzung nächste Seite
Siehe auch Kommentar

MIT HANDSCHLAG beglückwünschte Manfred Gerlach den neuen Staatsratsvorsitzenden Egon Krenz (Mitte) nach dessen Wahl. Gerlach, der Vorsitzende der Liberaldemokraten in der DDR und stellvertretende Staatsratsvorsitzende, war von Oppositionellen vergeblich aufgefordert worden, gegen Krenz zu kandidieren. Vorn rechts der von seinen Ämtern entbundene Günter Mittag. (dpa-Funkbild)

Weizsäcker schickte Glückwunschtelegramm

Kohl zu „gut vorbereitetem Treffen" mit Krenz bereit

Bonn (AP). Bundespräsident von Weizsäcker und Bundeskanzler Kohl haben nach der Wahl von SED-Generalsekretär Krenz zum DDR-Staatsratsvorsitzenden ihr Interesse am Ausbau der Beziehungen beider Staaten und zum Dialog mit der neuen Ostberliner Führung unterstrichen. Aufmerksam registrierten Bonner Politiker die Gegenstimmen und Erhaltungen bei der Wahl von Krenz durch die Volkskammer. Weizsäcker entbot Krenz in einem Telegramm seine Glückwünsche. Er betonte: „Ich verbinde damit die Hoffnung auf weitere gute Entwicklung der Beziehungen zwischen unseren beiden Staaten im Interesse der Menschen, die hohe Erwartungen auf Erneuerung und auf Zusammenarbeit setzen." Kohl bekräftigte seine Bereitschaft, bald Kontakte zur neuen DDR-Führung aufzunehmen. Dies könne über Telefon oder über Beauftragte erfolgen. Er sei auch zu einem „gut vorbereiteten Treffen" mit Krenz bereit. Bisher habe er noch keinen Kontakt zum neuen SED-Generalsekretär gehabt. Auf Fragen nach einer Bewertung der Wahl von Krenz erwiderte Kohl, er plädiere dafür, „daß man die Zeit abwartet". Er wolle sich daher nicht in Prognosen verlieren. Der SPD-Vorsitzende Vogel unterstrich, daß die neue Führung in Ostberlin „alsbald ganz konkrete Schritte unternehmen muß, wenn ein Mindestmaß an Vertrauen hergestellt werden soll". Ob Krenz wirklich bereit und fähig sei, substantielle Änderungen vorzunehmen, bleibe abzuwarten.

Kohl: Nationaler Rauschgiftbekämpfungsplan

Großoffensive gegen Drogen gestartet

Bonn (AP/dpa). Eine Großoffensive gegen das Rauschgiftproblem hat die Bundesregierung mit dem Ziel gestartet, den zur Zeit schätzungsweise 100 000 Drogenabhängigen in der Bundesrepublik zu helfen sowie den Dealern und internationalen Drahtziehern das Handwerk zu legen. Das Kabinett beschloß gestern, für 1990 die Bundesmittel im Kampf gegen Drogen um 25 Millionen DM auf insgesamt 43,3 Millionen DM zu erhöhen. Bundeskanzler Kohl kündigte einen „Nationalen Rauschgiftbekämpfungsplan" und für 1990 eine „Nationale Drogenkonferenz" an.

„Der Drogenmißbrauch und die mit ihm verbundene Kriminalität haben sich zu einer Bedrohung von Staat und Gesellschaft entwickelt", sagte der Kanzler. Internationale Drogensyndikate versuchten, verstärkt in die Länder Europas vorzudringen. Das Drogenproblem könne auch in der Bundesrepublik ausufern.

Unabhängig vom Langzeitkonzept will Familienministerin Lehr kurzfristig bereits laufende Präventions- und Aufklärungsmaßnahmen verstärken. „Keiner ist verloren", betonte die Ministerin. Der „harte Kern" der Drogenszene von etwa 20 000 Konsumenten im Alter um 30 Jahre erfordere besonderes Augenmerk.

Der mit anderen Bundesressorts abgestimmte Bericht des Ministeriums geht davon aus, daß sich das weltweite Drogenproblem in den europäischen Ländern bedrohlich ausweiten wird. „Die international organisierten Drogen-Syndikate versuchen in diesen Ländern Absatzorganisationen aufzubauen." In der Bundesrepublik gab es 1988 insgesamt 84 998 Rauschgiftdelikte und 673 Drogentote. Es wurden 496 Kilo Kokain, 537 Kilo Heroin und 11 350 Kilo Cannabis beschlagnahmt.

Die Hauptweltproduzenten von Kokain – Kolumbien, Bolivien und Peru – haben auf einer internationalen Drogen-Konferenz in Madrid entschlossene Wirtschaftshilfe der westlichen Industriestaaten und ein Umdenken im Kampf gegen den Rauschgiftschmuggel gefordert. Spanien forderte ein internationales Sekretariat für den Drogenkampf.

Siehe „Zum Tage"

Zum Tage

Drogengefahr

Die Zahl der Drogenabhängigen wächst von Jahr zu Jahr schneller, die der Drogenopfer nimmt dramatisch zu. Sie sterben nicht mehr nur in Hinterzimmern und auf Toiletten. Rauschgiftkonsum entwickelt sich zum Symbol des Wohlstands; der „Schuß" gehört für viele zum neuen Lebensstil. Eine gefährliche Seuche breitet sich aus. Sie wird von der internationalen Drogenmafia gesteuert. Schmuggler und Dealer überschwemmen die Bundesrepublik mit dem tödlichem Stoff. Sie kassieren Milliarden ab und „waschen" ihre Gewinne durch Scheingeschäfte. Es wird höchste Zeit, ihnen das schmutzige Handwerk zu legen. Der von Bundeskanzler Kohl vorgelegte Plan zur Rauschgiftbekämpfung ist ein wichtiger Schritt dazu.

Die Bundesregierung will das Übel des Drogenkonsums an seinen Wurzeln fassen. Das erfordert nicht nur nationale, sondern auch internationale Anstrengungen. Schon dem Anbau von Rauschgift muß der Boden entzogen werden. Ob die versprochene Entwicklungshilfe dazu genügenden Anreiz bietet, erscheint fraglich. Ebenso umstritten ist die gewünschte Mitwirkung des Kreditgewerbes beim Aufspüren von „Geldwäschern". Doch wer der außergewöhnlichen Gefahr begegnen will, muß zu unkonventionellen Mitteln bereit sein.

Achim v. Roos

Baden-Württemberg

Teuerungsrate stieg auf 3,5%

Stuttgart (dpa/AP). Die Verbraucherpreise in Baden-Württemberg sind im Oktober im Vergleich zum entsprechenden Vorjahresmonat um 3,5 Prozent gestiegen. Im September betrug die Teuerungsrate hier 3,2 Prozent. Im Vergleich zum September nahm der Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte um 0,3 Prozentpunkte zu. Das gab das Statistische Landesamt am Dienstag in Stuttgart bekannt. In Nordrhein-Westfalen erreichte die Preissteigerungsrate gegenüber dem Oktober des Vorjahres 2,9 Prozent, im September lag sie bei 2,8 Prozent.

Wehrbeauftragter

Amt auch für eine Frau?

Bonn (dpa). Möglicherweise wird im nächsten Jahr eine Frau das Amt des Wehrbeauftragten des Bundestages übernehmen. Das erfuhr die Deutsche Presse-Agentur (dpa) aus Parlamentskreisen. Es gebe mehrere Bewerberinnen. Namen wurden aber nicht genannt. Für eine solche Kandidatur müsse allerdings noch eine Gesetzesänderung vorgenommen werden, denn der Wehrbeauftragte soll mindestens ein Jahr Wehrdienst geleistet haben. Ein solcher Schritt würde aber keine größeren Schwierigkeiten bereiten.

Die Amtszeit des jetzigen Wehrbeauftragten Willi Weiskirch endet am 20. März. Aus Gesundheitsgründen will er nicht für weitere fünf Jahre kandidieren. Im Gespräch als Nachfolger ist auch der Vorsitzende des Verteidigungsausschusses, Alfred Biehle (CSU).

Namen und Nachrichten



Folge von „Stoppt Strauß"

Die Rechtsreferendarin Christine Andert (geb. Schanderl) hat jetzt ihre Einstellung in das Beamtenverhältnis eingeklagt, nachdem ihr mitgeteilt worden war, daß Zweifel an ihrer Verfassungstreue eine Übernahme in den Staatsdienst unmöglich machten. Die 27jährige war vor neun Jahren von einem Regensburger Gymnasium geflogen, weil sie einen „Stoppt Strauß"-Aufkleber getragen hatte.

Saar-FDP legt sich fest

Drei Monate vor der Landtagswahl im Saarland hat sich die FDP des Landes auf eine Koalitionsaussage zugunsten der CDU festgelegt. Der Landeshauptausschuß der Saar-FDP beschloß auf ihrem „kleinen Parteitag" in Saarbrücken, zur Landtagswahl am 28. Januar 1990 mit dem Ziel anzutreten, zusammen mit der CDU eine Regierungskoalition zu bilden.

640 Pistolen gestohlen

Aus dem Waffendepot einer Truppeneinheit in Moskau sind 640 Armeepistolen gestohlen worden. Wie die UdSSR-Presse berichtete, wurden die Täter gefaßt und der größte Teil der gestohlenen Waffen wieder sichergestellt.

Walesa: „Reise erledigt"

Der polnische Arbeiterführer Lech Walesa (Foto) hat eine für diese Woche geplante Reise nach Chile abgesagt, nachdem zwei verurteilte Gewerkschaftsführer, für deren Freilassung er sich dort einsetzen wollte, auf Anordnung von Präsident Pinochet freigelassen wurden. Die Reise habe sich mit der Freilassung der beiden erledigt, sagte Walesa.

DDR rüstet ab

Die DDR hat gestern sechs Panzerregimenter der Nationalen Volksarmee aufgelöst und damit die im April begonnenen einseitigen Abrüstungsschritte fortgesetzt. Die Nachrichtenagentur ADN berichtete, die Auflösung habe „unter Anteilnahme der Öffentlichkeit" stattgefunden.

NPD-Chef erhält Ratssitz

Der Bundesvorsitzende der rechtsextremen NPD, Martin Mußgnug (Foto), ist bei den Kommunalwahlen von Baden-Württemberg in den Gemeinderat von Tuttlingen gewählt worden. Die NPD erhielt dort 9 Prozent der Stimmen und damit drei Sitze - auch Mußgnugs Ehefrau Waltraud sitzt jetzt mit im Stadtparlament.

Gorbatschow in Finnland

Im Zeichen einer Neudefinition des Verhältnisses zwischen Finnland und der UdSSR steht der dreitägige Staatsbesuch von Staatschef Gorbatschow in Helsinki. Gorbatschow wird bei seinem heute beginnenden Besuch eine Deklaration unterzeichnen, die die erstmalige ausdrückliche Anerkennung der finnischen Neutralität durch Moskau enthalten soll.

„Soldaten-Urteil"

Kohl empört, Grüne erfreut

Bonn (dpa). Bundeskanzler Helmut Kohl ist über das „Soldatenurteil" des Frankfurter Landgerichts empört. In der Sitzung des Bundeskabinetts verwies Kohl gestern darauf, daß die Soldaten der Bundeswehr die Freiheit des Rechtsstaates schützen und ihre staatsbürgerliche Pflicht erfüllen. Kohl begrüßte es, daß sich der Bundestag am Donnerstag in einer Aktuellen Stunde mit dem Urteil beschäftigen wird.

Das Frankfurter Landgericht hatte am letzten Freitag in einem zweiten Prozeß einen Arzt freigesprochen, der die Soldaten als „potentielle Mörder" bezeichnet hatte. Der Verteidigungsausschuß des Bundestages wird sich heute mit dem Urteilsspruch beschäftigen.

Die Grünen begrüßten das Urteil. Der Abgeordnete Helmut Lippelt sieht darin ein „ermutigendes Signal", das Recht auf freie Meinungsäußerung vor staatlichen Eingriffen zu schützen.

Libanon / Friedensplan

Massenprotest in Ost-Beirut

Beirut (dpa). Mit einer Demonstration durch die Straßen von Ost-Beirut haben gestern mehrere tausend Anhänger von General Aoun, dem Chef der von Christen geführten Regierung in Beirut, gegen das in Taif (Saudi-Arabien) erzielte Libanon-Abkommen protestiert. Regierungschef Aoun bekräftigte vor Demonstranten die Ablehnung der am Vortag in Taif erzielten Einigung und erneuerte seine Forderung nach einer Volksabstimmung, deren Ausgang er sich beugen werde. Schulen, Läden und Universitäten in Ost-Beirut blieben aus Protest gegen das Abkommen gestern geschlossen.

Mit der Unterzeichnung der „Charta der Wiederversöhnung" hatten am Montag unter Vermittlung der Arabischen Liga in Taif 31 moslemische und 31 christliche libanesische Parlamentarier erstmals eine gleichberechtigte Teilung der Macht in Libanon für die Zukunft festgelegt.

amnesty international:

1988 noch mehr politische Morde

London (dpa). Einen beunruhigenden Anstieg von politisch motivierten Massenmorden registiert der jüngste Jahresbericht von amnesty international. Zehntausende von Menschen wurden 1988 im Auftrag von Regierungen außerhalb des Rechtssystems getötet, heißt es in dem gestern veröffentlichten Report.

Im vergangenen Jahr hat amnesty Nachrichten von Menschenrechtsverletzungen aus 133 Ländern erhalten. Folter und Mißhandlung von Gefangenen gibt es laut amnesty immer noch in mehr als der Hälfte der Länder in der Welt. Offizielle Hinrichtungen wurden 1988 aus 35 Ländern gemeldet. In 40 Prozent der Staaten ist aber inzwischen die Todesstrafe ganz abgeschafft oder ausgesetzt. Der Report dokumentiert die Situation von politischen Gefangenen, die es weltweit in mehr als der Hälfte der Länder gibt. Gefangene ohne Anklage und Prozeß gibt es in rund 75 Staaten.

Auch manche deutsche Fahrzeuge betroffen

Ab Mai Lkw-Gebühr auf Fernstraßen

Bonn (dpa). Ab Mai nächsten Jahres müssen in- und ausländische Lastwagenbesitzer für die Benutzung der Fernstraßen der Bundesrepublik eine Gebühr entrichten. Das Bundeskabinett hat am Dienstag einen entsprechenden Gesetzenwurf von Bundesverkehrsminister Zimmermann (CSU) gebilligt. Die EG-Kommission kündigte daraufhin an, sie werde gegen den Beschluß alle Rechtswege bis hin zur Klage beim Europäischen Gerichtshof einschlagen.

Nach dem Gesetz, das zunächst bis Ende 1993 befristet ist, wird pro Lkw je nach Gewicht und Achszahl eine jährliche Gebühr zwischen 1000 und 9000 DM erhoben. Entgegen ursprünglichen Plänen werden nicht alle deutschen Lkw von der Straßenbenutzungsgebühr verschont bleiben. Trotz der gleichzeitig vorgesehene Senkung der Kraftfahrzeugsteuer auf ein mittleres europäisches Niveau wird auch für einige der deutschen Lkw ein Teil der Straßenbenutzungsgebühr gezahlt werden müssen.

Die Abgabenbelastung wird sich ab Mai 1990 für Lastzüge mit vier Achsen und einem Gewicht von 27 Tonnen gegenüber bisher um zehn Prozent (540 DM) erhöhen. Für einen fünfachsigen Lastzug mit 40 Tonnen Gesamtgewicht wächst die Belastung sogar um 14,3 Prozent (1342 DM). Die höchste Entlastung haben dreiachsige Lkw mit 24 Tonnen Gewicht mit 19,7 Prozent (1397 DM) zu erwarten.

Zimmermann begründete die Einführung vor der Presse mit dem Hinweis auf die Straßengebühren in zahlreichen anderen europäischen Ländern. Er sagte, die Bundesrepublik könne als Haupttransitland Europas nicht länger ihre Straßen „praktisch zum Nulltarif" ausländischen Lkw zur Verfügung stellen. Eine europäische Lösung sei auf absehbare Zeit nicht in Sicht. Einer Klage der EG-Kommission sehe die Bundesregierung gelassen entgegen, da nach ihren Feststellungen das Gesetz mit dem Grundgesetz und dem EG-Recht vereinbar sei.

Das Gesetz soll laut Zimmermann „so unbürokratisch wie möglich" angewendet werden. Auf Vignetten werde verzichtet, die Mitführung der Quittung genüge. Bei Nichtentrichtung der Gebühr drohten bis zu 10 000 DM Bußgelder.

Siehe auch Kommentar

RUND 40 KURDISCHE ZUHÖRER, meist Frauen und Kinder, verfolgten gestern den Prozeßauftakt gegen 19 mutmaßliche kurdische Terroristen in Düsseldorf. Unser Bild zeigt sie auf dem Weg in den bunkerähnlichen Hochsicherheitstrakt des Oberlandesgerichts. (dpa-Funkbild)

Kurden-Prozeß eröffnet / Protest gegen Sicherheitsvorkehrungen

Prügelei im Gerichtssaal

Düsseldorf (AP/dpa). Tumulte im Gerichtssaal und Demonstrationen vor dem für acht Millionen DM "sicherheitsgerecht" umgebauten Verhandlungsgebäude haben am Dienstag den Auftakt des Prozesses gegen 19 mutmaßliche kurdische Terroristen vor dem Düsseldorfer Oberlandesgericht geprägt.

Das Düsseldorfer Verfahren gilt als größter Terrorprozeß der bundesdeutschen Justizgeschichte. Die Bundesanwaltschaft wirft den angeklagten Mitgliedern einer Splittergruppe der Kurdischen Arbeiterpartei PKK (Partya Karkeren Kurdistan) vor, in der Bundesrepublik und in Libanon „Abweichler" aus den eigenen Reihen auf Befehl von Funktionären vor sogenannte Volksgerichte gestellt und einige von ihnen hingerichtet zu haben. Die PKK strebt nach Erkenntnissen der Sicherheitsbehörden einen selbständigen Staat Kurdistan an und bekämpft dabei unter anderem die türkische Regierung. Die 40 Wahlverteidiger forderten die Einstellung des Verfahrens, der Vorwurf der Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung sei „konstruiert".

Der erste Verhandlungstag stand im Zeichen von Protesten der Angeklagten und ihrer Verteidiger gegen die vom Vorsitzenden des Senats, Jörg Belker, aus Sicherheitsgründen angeordnete Abschottung der mutmaßlichen Terroristen hinter einem mannshohen Wand aus Plexiglas. Dies sei „unwürdig" und mache ein rechtsstaatliches Verfahren unmöglich, da der Kontakt zwischen Verteidigern und Mandanten erheblich eingeschränkt werde.

Zu Handgreiflichkeiten auf der Anklagebank kam es, als der Hauptangeklagte Ali Aktas sich weigerte, zu dem ihm zugewiesenen Platz zu gehen, und Belker anordnete, ihn zwangsweise dorthin zu bringen. In das daraus entstehende Handgemenge griffen alle Angeklagten ein. Der Tumult griff auf den gesamten Gerichtssaal über. Die Zuhörer erhoben sich von ihren Plätzen und riefen: „Aufhören" und „Schande, Schande, Schande".

Für einen der Beschuldigten ist der Prozeß bereits beendet: Er sitzt in Frankreich in Abschiebehaft und konnte nicht rechtzeitig zur Prozeßeröffnung nach Düsseldorf gebracht werden. Das Verfahren gegen ihn soll abgetrennt werden.

Vor dem Gerichtsgebäude forderten rund 250 Demonstranten in Sprechchören: „Eins, zwei drei, laßt die Kurden frei. Im Garten der Bonner Botschaft in Paris demonstrierten rund 60 Kurden. Die Polizei räumte das Gelände.

Siehe „Themen des Tages"

US-Regierung:

„Moskau rüstet weiter auf"

Vilamoura (dpa). Die Sowjetunion rüstet nach Angaben der USA ungeachtet der Fortschritte in den laufenden Abrüstungsgesprächen Teile ihrer Streitkräfte unverändert auf.

US-Verteidigungsminister Cheney unterrichtete seine Amtskollegen aus den anderen Staaten des Nato-Bündnisses am Dienstag während einer Sitzung der Nuklearen Planungsgruppe im portugiesischen Badeort Vilamoura bei Faro davon, daß die sowjetische Rüstungspolitik sich in drei Bereichen nicht grundsätzlich geändert habe. Dazu gehörten die Entwicklung von strategischen Atomwaffen (Interkontinentalraketen), von Weltraumwaffen und der Ausbau der Seestreitkräfte. Dies sei angesichts der katastrophalen Wirtschaftslage in der UdSSR völlig unverständlich, meinte Cheney.

Adamec lehnt Dialog ab

Für Opposition ist Prag stumm

Wien (dpa). Der tschechoslowakische Regierungschef Adamec hat gestern jeden Dialog „mit Repräsentanten unabhängiger Gruppen" weiterhin abgelehnt. Den vier in der Nationalen Front zusammengeschlossenen Blockparteien, „die die führende Rolle der KP anerkennen", komme dagegen „eine wichtige Aufgabe" zu, meinte Adamec zum Auftakt eines zweitägigen Wien-Besuches im Gespräch mit österreichischen Parlamentariern. „Der Dialog mit unabhängigen Gruppen würde jedoch auf die Liquidierung der kommunistischen Partei und des Sozialismus" hinarbeiten, sagte Adamec. Von geplanten Demonstrationen aus Anlaß des 71. Jahrestages der Gründung der tschechoslowakischen Republik am kommenden Sonnabend in Prag wußte Adamec nach eigenem Bekunden nichts.

Anlage in Sibirien soll abgebaut werden

UdSSR: Unser Radar vertragswidrig

Moskau (AP). Die Sowjetunion hat erstmals zugegeben, daß eine im sibirischen Krasnojarsk gebaute Radaranlage gegen die Bestimmungen des 1972 mit den USA abgeschlossenen ABM-Vertrages zur Verringerung strategischer Waffen verstößt. Deshalb habe die sowjetische Regierung beschlossen, die Anlage abbauen zu lassen, sagte Außenminister Schewardnadse in einer außenpolitischen Rede vor dem Obersten Sowjet in Moskau. Damit hat sich der Kreml in dieser Frage den Standpunkt Washingtons zu eigen gemacht, das bereits seit Jahren den Abbruch der Anlage fordert.

Die sowjetische Führung habe nicht die ganze Wahrheit darüber gewußt und es habe vier Jahre gedauert, bis die Regierung festgestellt habe, daß die Anlage den ABM-Vertrag verletzte, begründete Schewardnadse die frühere Haltung Moskaus. Trotzdem habe die Entscheidung zum Abriß der Anlage auch innenpolitische Kritik hervorgerufen.

7000 in Ostberlin auf der Straße / Kirche: SED soll Macht teilen

Demonstration nach Krenz-Wahl

Fortsetzung

Nach den erneuten Massenprotesten am Montag abend mit rund 300 000 Menschen in Leipzig und weiteren Zehntausenden in anderen Städten bedauerte Krenz unmittelbar nach seiner Wahl Polizeiübergriffe bei früheren Demonstrationen. Zugleich appellierte er an die Bevölkerung, von weiteren Demonstrationen abzusehen.

Ungeachtet dessen gingen am Dienstag abend rund 7000 Menschen in der Ostberliner Innenstadt aus Protest gegen die Wahl von Krenz auf die Straße. Einige der Teilnehmer skandierten Parolen wie „Egon, wer hat uns gefragt". Auch Rufe wie „Meinungsfreiheit" und „Stasi in die Volkswirtschaft" wurden laut. Die Polizei hielt sich zurück und beschränkte sich auf die Regelung des Verkehrs. Den Uniformierten riefen die Demonstranten zu: „Zieht Euch um" sowie „Schließt Euch an". Zwischenfälle wurden nicht bekannt.

Der evangelische Bischof von Berlin-Brandenburg, Forck, forderte die SED auf, nicht länger auf ihrem Führungsanspruch zu beharren. Die Partei müsse sich dem Risiko aussetzen, auch in manchen Positionen abgewählt zu werden und „anderen Platz zu machen, die ihre Eignung nach Meinung der Bevölkerung für diese Sache haben", sagte Forck im ARD-Fernsehmagazin „Monitor". Der Konsistorialpräsident dieser Landeskirche, Stolpe, rief Krenz auf, jetzt schnell für Veränderungen zu sorgen. Er müsse „sofort Mut zur Wahrheit zeigen und den Dialog mit allen ohne Ausgrenzung führen".

Der Vorsitzende der Bonner FDP-Fraktion, Mischnick, wird als erster bundesdeutscher Politiker heute mit dem neuen DDR-Staats- und Parteichef Krenz zusammentreffen. Auch der Chef der DDR-Liberalen, Gerlach, soll an dem Gespräch teilnehmen.

HESSISCHE/NIEDERSACHSISCHE
ALLGEMEINE

Herausgeber
Rainer Dierichs, Dr. Dietrich Batz, Achim von Roos

Chefredakteur
Lothar Orzechowski

Stellv. Chefredakteure
Wolfgang Rossbach, Peter M. Zitzmann

Verantwortliche Redakteure
Chef vom Dienst: Horst Kröninger. Chef Nachrichten: Rainer Merforth. Politik: Jochen Prater. Blick in die Zeit: Walter Schütz. Wirtschaft und Sozialpolitik: Horst Seidenfaden, Kultur: Dirk Schwarze, i. V. Claudia Sandner-v.Dehn, M. A., Frau u. Reise: Ilse Methe-Huber. Sport: Rolf Wiesemann, i. V. Ulrich Fuhrmann. Sonntagszeit: Frank Thonicke. Kassel Stadt und Land: Wolfgang Rossbach. Bezirksredaktionen: Peter M. Zitzmann. Koordination: Helmut Lehnart. Hessen/Niedersachsen: Eberhard Heinemann. Chefreporter: Karl-Hermann Huhn. Sonderthemen: Peter Ochs.

Redaktion Wiesbaden: Rolf Effenberger. Redaktion Hannover: Harald Birkenbeul. Redaktion Bonn: Hans Ludwig Laucht.

Verlagsleitung
Dr. Dietrich Batz, Rainer Dierichs, Wigbert H. Schacht. Anzeigenleiter: Horst Prehm. Vertriebsleiter: Gerd Lühring.

Verlag Dierichs GmbH & Co KG, Frankfurter Str. 168, Postfach 10 10 09, 3500 Kassel, Ruf 05 61 / 20 3-0. Tel. Anzeigenannahme 05 61 / 20 3-3. Fernschreib-Nr. 99 635. Telekopierer 05 61 /20 36. Teletex 5 61 81 10. Postgirokonto 155132-608 Frankfurt/M. Anzeigenpreisliste Nr. 29. Monatlicher Abonnementspreis DM 25,60 inkl. Zustellung und 7 % MwSt. (Postbezugspreis 28,50 DM).

Die Beendigung des Abonnements ist nur mit schriftlicher Kündigungserklärung unter Einhaltung einer Frist von einem Monat zum Monatsende möglich; die Frist läuft ab Zugang der schriftlichen Kündigungserklärung.

Auflage werktags über 270 000 Exemplare in Tarifgemeinschaft mit „Oberhessische Presse", Marburg, „Hersfelder Zeitung", „Werra-Rundschau", Eschwege, „Harzkurier", Herzberg.

Auflage „Sonntagszeit" über 200 000 Exemplare.

Herstellung Druckhaus Dierichs, Frankfurter Straße 168, 3500 Kassel.



HESSISCHE ALLGEMEINE

KASSEL
1 P 3713 A

UNABHÄNGIG · KASSELER ZEITUNG · NICHT PARTEIGEBUNDEN

Preis 1,10 DM · Nr. 250 · Donnerstag, 26. 10. 1989 · Ruf (05 61) 203-0 · Anzeigen 203-3

Umfrage

Platz 1 für Mona Lisa



Die Deutschen lieben „Mona Lisa". Bei einer Umfrage ging das Werk Leonardo da Vincis als erstes durchs Ziel. Auf den Plätzen folgten Carl Spitzwegs „Armer Poet" und Albrecht Dürers „Feldhase". Siehe „Zum Tage" sowie Bericht auf „Blick in die Zeit".

Vor Gericht

Pfarrer als Funkpirat?

Weil er jahrelang Kranken und Gebrechlichen das Wort Gottes über Ukw verkündete, steht jetzt in Duderstadt der katholische Geistliche Jan van den Brule vor Gericht. Die Anklage lautet auf „illegalen Rundfunkbetrieb". Siehe „Blick in die Zeit".

Österreich 0:3

DDR hofft wieder

Nach Österreichs 0:3-Pleite in der Türkei kann sich der DDR-Fußball wieder Hoffnungen auf die Teilnahme an der Endrunde der Fußball-WM 1990 machen. Der DDR genügt in Wien ein Unentschieden, wenn die Türkei in der UdSSR verliert.

Nach Ohrfeige

Knast für Zsa Zsa

Die Ohrfeige für einen Verkehrspolizisten kommt Zsa Zsa Gabor (Foto) teuer zu stehen: Der Hollywood-Star muß für drei Tage ins Gefängnis und zudem eine Geldstrafe zahlen. Zsa Zsa lauschte dem Urteil fast regungslos. Bericht auf „Blick in die Zeit"



GhK-Konvent

Für neue Planziele

In der ersten Sitzung des GhK-Konvents nach den Semesterferien hat der neue Präsident Prof. Brinckmann die Festsetzung neuer Höchstgrenzen für die Studentenzahl der Kasseler Universität gefordert. Die Planziele von 1975 seien überholt. Lokalteil

Einladung zu Treffen erneuert

Krenz will noch diese Woche mit Kohl telefonieren

Ostberlin/Bonn (dpa/AP). Der neue DDR-Staats- und Parteichef Krenz will so schnell wie möglich Kontakt mit Bundeskanzler Kohl aufnehmen. Bei einer eineinhalbstündigen Unterredung mit dem Vorsitzenden der FDP-Bundestagsfraktion, Mischnick, kündigte Krenz am Mittwoch in Ostberlin an, daß er mit Kohl noch in dieser Woche ein Telefongespräch führen wolle.

Wie Mischnick am Nachmittag vor der Presse in Bonn berichtete, hat Krenz versichert, daß er die Beziehungen zur Bundesrepublik weiterentwickeln wolle. Er habe auch die von seinem Vorgänger Honecker ausgesprochene Einladung an Kohl erneuert. Krenz selbst sagte nach dem Gespräch am Vormittag vor dem Staatsratsgebäude auf Fragen von Journalisten, von DDR-Seite „ist die Hand ausgestreckt für gute nachbarliche Beziehungen". Die Voraussetzung sei, daß es gleichberechtigte Beziehungen sind. Er sei „zu allem" bereit, fügte Krenz hinzu, müsse sich allerdings jetzt erst einmal verstärkt den innenpolitischen Fragen zuwenden.

In Bonn wurde am Mittwoch nicht ausgeschlossen, daß Kohl noch in diesem Jahr mit Krenz zusammentreffen wird. Der Kanzler hatte sich am Vortag zu einer Begegnung bereiterklärt, sie müsse aber „gut vorbereitet sein". Die Bundesregierung wertete gestern die angekündigten Reiseerleichterungen für DDR-Bürger als „Schritt in die richtige Richtung". Dies sei jedoch noch nicht der Durchbruch zu entscheidenden politischen Reformen. Kohl bekräftigte am selben Tag die Bereitschaft Bonns, echte politische und wirtschaftliche Reformen in der DDR „umfassend zu unterstützen". Ziel sei, daß die Menschen in ihrer Heimat bleiben wollten.

Mischnick war der erste westliche Politiker, den Krenz nach seiner Wahl empfing. Bei einer anschließenden Pressekonferenz bewerteten die beiden Politiker ihre Unterredung als positiv. Krenz bekräftigte, daß es in der DDR eine Wende mit Reformen und baldige einschneidende Reiseerleichterungen geben werde. Mischnick sagte, er habe den Eindruck, daß man in der DDR die Fehler der Vergangenheit erkannt habe und ernsthaft Veränderungen wolle. Er halte die eingeleitete Reformentwicklung nicht für eine „taktische Frage", der Prozeß sei unumkehrbar.

Fortsetzung nächste Seite
Siehe „Themen des Tages"



EINEN TAG NACH SEINER WAHL zum DDR-Staatsratsvorsitzenden empfing Egon Krenz (links) den Chef der FDP-Bundestagsfraktion, Mischnick, zu einer Unterredung in Ostberlin. Anschließend stellte sich der erste Mann der DDR im Staatsratsgebäude – ein Novum in der Ostberliner Pressegeschichte – gemeinsam mit Mischnick den Fragen von Journalisten. (dpa-Funkbild)

Gewerkschaft klagt:

„Der Post läuft Personal davon"

Frankfurt (AP). Der Post laufen nach Angaben der Deutschen Postgewerkschaft (DPG) in vielen Dienstzweigen und Regionen die Beschäftigten zu anderen Arbeitgebern davon. Der stellvertretende DPG-Vorsitzende Zemlin sagte am Mittwoch in Frankfurt, Stellen könnten nicht mit qualifizierten Bewerbern besetzt werden, und das vorhandene Personal sehe sich einem zunehmenden Leistungsdruck ausgesetzt. Zemlin machte die sich verschlechternden Arbeits- und Einkommensbedingungen bei der Post im Vergleich mit der gewerblichen Wirtschaft für diese Entwicklung verantwortlich.

Um die Arbeits- und Einkommensbedingungen zu verbessern, fordert die DPG den Abschluß eines Tarifvertrages, der das „einseitige Drehen des Arbeitgebers an der Leistungsschraube" einschränken oder verhindern soll. Zudem wird eine „spürbare" Erhöhung von Zulagen angestrebt.

Allgemeine Zulage von 100 DM und prozentuale Steigerung gefordert

ÖTV drängt auf Nachschlag

Stuttgart (AP). Eine Erhöhung der allgemeinen Zulage für alle Beschäftigten im Öffentlichen Dienst von 67 auf 100 DM monatlich und eine Einarbeitung der Zulage in die Gehaltstabelle hat die Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr gefordert. Die Große Tarifkommission der Gewerkschaft beschloß gestern in Stuttgart, die Tarifverträge über „allgemeine Zulagen" für die rund 2,2 Millionen Arbeiter und Angestellten bei Bund, Ländern und Gemeinden mit sofortiger Wirkung zum 30. November 1989 zu kündigen. Durch die Einarbeitung der Zulage in die Gehälter, solle sie bei künftigen prozentualen Steigerungen berücksichtigt werden.

Von einer Einarbeitung der Zulage in die Lohn- und Gehaltstabelle, wodurch sie bei prozentualen Steigerungen künftig mitwachsen würde, verspricht sich die Gewerkschaft kräftige strukturelle Einkommensverbesserungen. Die Gewerkschaftsvorsitzende Wulf-Mathies kündigte in Stuttgart an, sie wolle mit den öffentlichen Arbeitgebern noch in diesem Herbst in die Tarifrunde einsteigen. Wulf-Mathies nannte die tarifpolitische Initiative ihrer Organisation ein „deutliches Signal für kräftige strukturelle Einkommensverbesserungen" und rief die öffentlichen Arbeitgeber zu unverzüglichen Verhandlungen auf.

Beim Tarifabschluß im März 1988 waren für das laufende Jahr 1989 Einkommensverbesserungen um 1,4 Prozent und für 1990 um 1,7 Prozent vereinbart worden. Der Tarifvertrag über die Arbeitszeit läuft im öffentlichen Dienst noch bis Ende 1991 und sieht vor, daß ab 1. April 1990 auch für die Staatsdiener die 38,5 Stunden-Woche gilt. Beobachter werteten die ÖTV-Forderung als Einstieg in die Diskussion um einen kräftigen Nachschlag.

Rumänien

Ceausescu bleibt eisern

Bukarest (dpa). Der rumänische Staats- und Parteichef Ceausescu hat am Mittwoch zur Verstärkung des ideologischen Kampfes aufgerufen, da „reaktionäre, antisozialistische und antikommunistische Kreise ihre Aktivitäten verstärkt haben". Auf einer Sitzung des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Rumäniens betonte Ceausescu: „Wir weisen alle antisozialistischen Thesen zurück". Neben den akuten Versorgungsproblemen in Rumänien bildeten Fragen der Ideologie diesmal den Kern der Tagung. „Die imperialistischen Aktionen gegen den Sozialismus stellen eine große Gefahr für die Entspannungspolitik und für den Frieden dar", sagte Ceausescu.

CSSR-Ministerpräsident

Adamec deutet Reformen an

Wien (dpa). Der tschechoslowakische Ministerpräsident Adamec hat vorsichtige Reformen in der CSSR in Aussicht gestellt. Zum Abschluß seines Besuches in Wien sprach er sich am Mittwoch dafür aus, den vier in der Nationalen Front zusammengeschlossenen Blockparteien „größere Selbständigkeit" einzuräumen. Der Erfolg des von seiner Regierung geplanten Umbaus hänge davon ab, inwieweit es gelinge, „die Menschen einzubeziehen". Nach den Worten von Adamec werden zur Zeit eine Reihe von Demokratisierungsschritten „sehr offen diskutiert". Es könne jedoch kein Gespräch mit jenen geben, die die Abschaffung des Sozialismus betrieben.

Wahlkampf / Nicaragua

Grüne: 495 000 DM für Sandinisten

Bonn (dpa). Die Grünen und verschiedene Solidaritätsgruppen unterstützen den Wahlkampf der Sandinisten in Nicaragua mit rund 800 000 DM. Vertreter der Partei und des Koordinationskreises der Nicaragua-Gruppen überreichten gestern dem Europabeauftragten der sandinistischen Befreiungsfront, Prado, Schecks über 495 000 (Grüne) und über 310 000 DM. Sie begründeten die Unterstützung mit der massiven Wahlhilfe, die das rechte Parteienbündnis aus den USA und der Bundesrepublik erhalte.

UdSSR / DM-Umtausch

Zehnmal mehr Rubel für Touristen

Moskau (dpa). Ausländer in der Sowjetunion erhalten vom 1. November an zehnmal mehr Rubel für ihre Devisen als bisher. Wie ein Sprecher der sowjetischen Außenwirtschaftsbank in Moskau erklärte, werden Touristen und in Moskau lebende Ausländer mit dem Sonderkurs demnach für eine DM 3,38 Rubel erhalten. Bisher gab es für eine DM nur 34 Kopeken. Der neue Kurs gelte nicht für den Außenhandel, sondern nur für „nicht handelsmäßige Transaktionen in der UdSSR", fügte der Sprecher hinzu.

Lkw-Nachtfahrverbot

Zimmermann droht Österreich

Bonn (AP) Bundesverkehrsminister Zimmermann (CSU) hat jetzt den Österreichern öffentlich mit einem Nachtfahrverbot in der Bundesrepublik gedroht, falls sie – wie geplant – ab 1. Dezember nachts die Nutzung der Brennerautobahn nach Italien durch Lkw untersagen. Zimmermann erklärte am Mittwoch in einer Aktuellen Stunde des Bundestags: „Falls es nicht doch noch in letzter Minute zu einem vertretbaren Kompromiß kommt, sehe ich mich gezwungen, auf der Basis der Gegenseitigkeit zu handeln."

Zum Tage

Liebste Lisa

Fast alle Deutschen kennen Mona Lisa. Das verwundert nicht. Denn sie haben im Kunstunterricht gut aufgepaßt und sind weitgereist – der Louvre ist ein Muß auf dem Bildungsweg. Daß die unergründliche Gioconda auch ihr liebstes Bild ist, erklärt sich aus deutschem Wesen. Der Hang zur Mystik ist nun einmal unser Geschick. Und Lisas Lächeln spricht Bände, die denn auch geschrieben wurden.

Nur profane Geister können vermuten, die Quantität der Kunstdrucke und Postkarten erzeuge den hohen Kunstbildungsgrad. Es verhält sich genau umgekehrt. Die Muse macht den Markt. Das gilt auch für die Zweit- und Dritt-Placierung. Da die Deutschen nach Höhenflügen immer auf den Boden der Tatsachen zurückkehren, wissen sie auch die Realisten Spitzweg und Dürer zu würdigen. „Der arme Poet" wie der „Feldhase" bewegt ihr Gemüt. Beides kennen sie aus eigener Anschauung oder stellen sich zumindest so vor.

Im übrigen beweist die Umfrage, daß die Deutschen keine Nationalisten sind. Sie lassen dem großen Italiener die Ehre und begnügen sich beim rechten Augenmaß mit den Rängen für ihre alten und neueren Meister. Ein bißchen Besorgnis mag mit im Spiel mit der bildenden Kunst sein. Leicht könnte als Banause gelten, wer nicht Mona Lisa über alles schätzt. Und wer, Hand aufs Herz, möchte das schon sein.

Alfred Brugger

IG Metall / Wiederwahl

Rekord-Ergebnis für Steinkühler

Berlin (dpa). Der IG-Metall-Vorsitzende Franz Steinkühler (52, Bild) ist gestern für weitere drei Jahre mit überragender Mehrheit in seinem Amt bestätigt worden. Trotz vorangegangener Kritik an seinem Führungsstil konnte Steinkühler beim Berliner Kongreß seinen Stimmenanteil auf 88 Prozent ausweiten. Vor drei Jahren bei seiner ersten Wahl zum IG-Metall-Chef hatte er 82,8 Prozent erreicht. Bei seiner Wiederwahl stimmten 473 Delegierte für Steinkühler, 50 votierten gegen ihn.

Eine Schlappe erlitt Steinkühler allerdings bei der Wahl der weiteren Führungsmitglieder. Entgegen seinem ausdrücklichen Willen wählte der Gewerkschaftstag Horst Schmitthenner (48) mit 341 Stimmen zu einem der insgesamt elf hauptamtlichen Vorstandsmitglieder. Der Kandidat der IG-Metall-Spitze, Rolf Bockelmann (47), erreichte mit 258 Stimmen nicht die notwendige Mehrheit. Schmitthenner, der dem linken Spektrum der Gewerkschaft zugerechnet wird, war erst gestern morgen aus dem Plenum heraus nominiert worden.

Zweiter Vorsitzender der mit 2,6 Millionen Mitgliedern größten Einzelgewerkschaft wurde der Tarifexperte Klaus Zwickel (50), der 75,7 Prozent der Delegiertenstimmen erhielt.

Siehe auch Kommentar

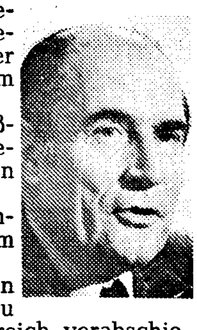
Lotto am Mittwoch

Ziehung A: 2, 20, 22, 26, 42, 47 Zusatzzahl: 40.
Ziehung B: 18, 25, 29, 31, 36, 47 Zusatzzahl: 3.
Spiel 77: 8 8 1 3 0 0 8.

(Ohne Gewähr)

Namen und Nachrichten

Hilfe für Ost-Reformen



Frankreichs Staatspräsident Francois Mitterand rief gestern in einer Rede vor dem Europaparlament in Straßburg den Westen auf, den osteuropäischen Reformländern beim Wiederaufbau der maroden Wirtschaft zu helfen. Frankreich verabschiedete gestern bereits ein Hilfeprogramm für Polen in Höhe von umgerechnet rund 1,35 Milliarden DM, das sich auf drei Jahre erstreckt.

Forscher wandern ab

Ungarn befürchtet, daß die Liberalisierung der Reisefreiheit und die Abschaffung des Genehmigungsverfahrens für die Auslandsarbeit zur verstärkten Auswanderung von Wissenschaftlern führen wird. Die Budapester Nachrichtenagentur MTI meldete jetzt, daß in den ersten acht Monaten dieses Jahres 740 Wissenschaftler das Land verlassen haben.

„Übersiedler-Telefon"

Junge Aus- und Übersiedler in allen Teilen des Bundesgebietes können telefonisch zum Ortstarif Auskunft über die Bildungs- und Studienmöglichkeiten in der Bundesrepublik bekommen. Ein „Übersiedler-Telefon" (0130-4266) der Otto-Benecke-Stiftung und des Jugendaufbauwerks soll den Neuankömmlingen helfen, ihre Ausbildung hier möglichst schnell fortzusetzen.

Tagebücher als Beweis?

Der frühere amerikanische Sicherheitsberater John Poindexter darf nach einem Gerichtsurteil in seinem Prozeß wegen der Iran-Contra-Affäre Tagebücher seines früheren Vorgesetzten Ronald Reagan (Foto) als Beweismittel vorlegen. Poindexter ist angeklagt, an der Verschleierung des Waffenverkaufs an Iran 1985 sowie der illegalen Unterstützung der nicaraguanischen Contra-Rebellen mit dem Erlös im folgenden Jahr maßgeblich beteiligt gewesen zu sein.



Kampf der Korruption

Mit 35 Todesurteilen in den vergangenen zwei Monaten haben Chinas Gerichte deutlich gemacht, daß sie gegen Wirtschaftverbrecher ungewöhnlich hart durchgreifen. Seit Mitte August sind im Zuge der Kampagne gegen die verbreitete Wirtschaftskriminalität bereits 7900 Personen - meist wegen Korruption und Unterschlagung - zu Freiheitsstrafen verurteilt worden.

Gegen Südafrika-Urlaub



Bundesbürger sollten ihren Urlaub nach Auffassung des erst kürzlich aus der Haft entlassenen Ex-Generalsekretärs des „African National Congress" (ANC), Walter Sisulu, nicht in Südafrika verbringen. Solche Reisen würden das weiße Minderheitsregime stützen, erklärte er jetzt in einem Interview.

UdSSR: Unruhen-Bilanz

Nationale Unruhen in der Sowjetunion haben mindestens 300 Tote und über 5000 Verletzte gefordert. Wie die Tageszeitung „Sozialischeskaja Industrija" gestern berichtete, wurden außerdem zwölf Angehörige der Sicherheitstruppen getötet und 890 verletzt. Das Blatt machte keine Angaben über den Zeitraum, sondern schrieb lediglich, daß es sich um die Opfer der „letzten Zeit" handele.

Spanien

Unklarheit um KKW-Unfall

Wien (dpa). Die Internationale Atomenergie-Organisation (IAEO) hat gestern den Bericht der spanischen Tageszeitung „El Pais" dementiert, wonach der Unfall im Kernkraftwerk Vandellos I der „schwerste seit Tschernobyl" gewesen sei. Die IAEO habe dies nie behauptet, heißt es in einer Erklärung der Organisation. Es sei auch nicht ihre Aufgabe, nukleare Zwischen- oder Unfälle zu quantifizieren. Von dem Feuer in Vandellos I am Abend des 19. Oktober 1989 sei die IAEO am nächsten Morgen von den spanischen Behörden unterrichtet worden. Sie sei informiert worden, daß bei dem Zwischenfall keine radioaktiven Teile in die Umwelt geraten seien. Ein vorläufiger Bericht über den Brand sei am 24. Oktober veröffentlicht worden.

„El Pais" hatte am Mittwoch einen internen IAEO-Bericht zitiert, in dem es unter anderem geheißen haben soll, daß der Unfall der „schwerste seit Tschernobyl" gewesen sei. Außerdem, so „El Pais" weiter, sei „eine der beiden Generatorturbinen explodiert und schädigte ernstlich die Kühlanlagen. Niemand wurde verletzt, und es wurde kein Austritt von Radioaktivität registriert."

Bush/Wiedervereinigung

Keine Angst vor Deutschland

New York (AP). Der amerikanische Präsident Bush teilt nach eigenen Worten nicht die Sorge einiger europäischer Länder vor einem wiedervereinigten Deutschland. In einem am Mittwoch veröffentlichten Interview der „New York Times" sagte Bush, er vertraue auf die Bindung der Bundesrepublik im westlichen Bündnis.

Er sehe Westdeutschland nicht um der Wiedervereinigung willen einen „neutralistischen Pfad" beschreiten, der es in Gegensatz zu seinen Nato-Partnern bringen würde. Die raschen Veränderungen in der DDR rückten das Thema in den Vordergrund, aber die Teilung zu überwinden, brauche es eine behutsame Entwicklung und Zeit, sagte der US-Präsident weiter. Auch müßten die Deutschen darüber mit den Franzosen und den Briten Einvernehmen erzielen. Vergangene Woche hatte Außenminister Baker eine Wiedervereinigung als ein „legitimes Recht" des deutschen Volkes bezeichnet.

Zu Osteuropa sagte Bush, daß der Wandel dort „absolut außergewöhnlich" sei, aber er wolle sich nicht vom Kongreß überrennen und zu Überreaktionen drängen lassen.

Siehe auch Kommentar

Interne Kritik / Urteil

Soldaten müssen schweigen

Berlin (dpa). Soldaten verstoßen – ebenso wie Beamte – gegen die Pflicht zur Loyalität gegenüber einem Vorgesetzten, wenn sie interne Kritik in die Öffentlichkeit tragen. Mit diesem Beschluß bestätigte der zweite Wehrdienstsenat des Bundesverwaltungsgerichts eine Disziplinarmaßnahme gegen einen hohen Offizier der Bundeswehr. (AZ.: BVerwG 2 WDB 4.89 vom 10. Oktober 89).

Das Gericht nannte am Mittwoch keinen Namen. Das Urteil dürfte aber im Zusammenhang mit dem „Fall Schmähling" stehen. Der Chef des „Amtes für Studien und Übungen der Bundeswehr" hatte sich auf der Würzburger Kommandeurstagung der Bundeswehr im vergangenen Jahr mit scharfer Kritik an Vorträgen und Verlauf der Veranstaltung zu Wort gemeldet. So sei Bundeskanzler Helmut Kohl „bei unverbindlichen Gemeinplätzen" geblieben. Verteidigungsminister Scholz habe es „versäumt, sich die Sympathie und Gefolgschaft der Kommandeure zu erwerben".

Schmähling erhielt wegen dieser Äußerungen einen „Verweis" vom Verteidigungsministerium, die niedrigste der möglichen Disziplinarmaßnahmen.

Verteidigungsausschuß „betroffen"

Nur Grüne nicht empört über Soldaten-Urteil

Bonn (AP). Der Bonner Verteidigungsausschuß sieht das Recht auf freie Meinungsäußerung mit dem Frankfurter Soldaten-Urteil „pervertiert". In einer von den Grünen abgelehnten gemeinsamen Entschließung brachten die anderen im Bundestag vertretenen Parteien am Mittwoch ihre Betroffenheit und Empörung über den Richterspruch zum Ausdruck und sprachen von einer „unerträglichen Beleidigung". Das Frankfurter Landgericht hatte am 20. Oktober einen Arzt freigesprochen, der Soldaten als „potentielle Mörder" bezeichnet hatte.

Auch vor dem Hintergrund der Unabhängigkeit der Gerichte müsse die für die aktiven und ehemaligen Soldaten sowie deren Angehörige herabsetzende und kränkende Behauptung „von allen, die für die Bundeswehr politische Verantwortung tragen, entschieden zurückgewiesen werden", erklärten CDU/CSU, FDP und SPD im Ausschuß. Die Angehörigen der Streitkräfte leisteten schließlich auf der Grundlage der Verfassung der Gemeinschaft einen unverzichtbaren Dienst.

Es dürfe nicht zugelassen werden, daß mehr als sechs Millionen Männer in der Bundesrepublik, die seit 1956 Wehrdienst geleistet hätten, als „potentielle Mörder" bezeichnet würden, heißt es in der Entschließung. Verteidigungsminister Stoltenberg wird aufgefordert, zu klären, „ob Veranlassung besteht, den Ehrschutz der Soldaten und der Institution Bundeswehr im Strafgesetzbuch zu erweitern".

Unterdessen kündigte der Parlamentarische Geschäftsführer der Unionsfraktion, Bohl, an, es werde geprüft, ob nicht gesetzliche Änderungen notwendig seien. Dabei gehe es um die Strafrechtsparagraphen der Volksverhetzung und der Beleidigung. Es sei nicht akzeptabel, daß des Mordes vor Gericht Angeklagte nicht Mörder genannt werden dürften, wohl aber die Soldaten der Bundeswehr.

Das Oberlandesgericht Frankfurt könne das Urteil der 29. Strafkammer erneut prüfen und gegebenfalls zurückverweisen, gab Bohl zu bedenken. „Wir wollen nicht mit Kanonen auf Spatzen schießen, aber als Fraktion schon jetzt prüfen, was an Gesetzesänderungen notwendig ist, wenn das Urteil Bestand hat."

Lebenswerk gewürdigt

Heuss-Preis für Genscher

Stuttgart (dpa). Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher (FDP) wird mit dem 26. Theodor-Heuss-Preis ausgezeichnet. Vorstand und Kuratorium würdigen mit der Verleihung Genschers „hervorragendes Lebenswerk im Dienste des Aufbaus unserer freiheitlichen Demokratie". Zugleich wurden die Bemühungen des Ministers „um eine friedliche Überwindung der Teilung Deutschlands und Europas" hervorgehoben.

Sowjetunion / Streik

6000 Kumpel im Ausstand

Moskau (dpa). Zwei Kohlegruben mit insgesamt 6000 Arbeitern in der sowjetischen Bergarbeiterstreik Workuta sind seit gestern morgen im Ausstand. Dies bestätigte ein Sprecher des Streikkomitees per Telefon. In den anderen Bergwerken finde zur Zeit eine geheime Urabstimmung über einen Arbeitskampf statt. Nach Angaben des Sprechers wird nicht vor Mitternacht mit dem Ergebnis der Abstimmung gerechnet.

Auch Finnen von Gorbatschow begeistert

Der sowjetische Staats- und Parteichef Gorbatschow (rechts) ist am Mittwoch zum Auftakt seines dreitägigen Staatsbesuchs in Finnland begeistert empfangen worden. Auf dem Flughafen von Helsinki wurde er zusammen mit Gattin Raissa von Finnlands Staatspräsident Koivisto (links) begrüßt. In ersten politischen Gesprächen zwischen Gorbatschow und Koivisto äußerten beide Politiker ihre Zufriedenheit über die problemfreien Beziehungen ihrer Länder. Als der sowjetische Staatsgast am Nachmittag mit seiner Frau das „Lenin-Gedächtniszimmer" in der Innenstadt von Helsinki besuchte, empfingen ihn mehrere tausend Finnen mit „Gorba, Gorba"-Sprechchören. (dpa-Funkbild)

Ob mit oder ohne Ausreisepapier / Mischnick:

DDR will alle Flüchtlinge rechtlich gleichstellen

Fortsetzung

Berichte, daß Ostberlin vor Weihnachten politische Häftlinge, die wegen versuchter Republikflucht einsitzen, freilassen will, konnte Mischnick aus seinen Gesprächen nicht bestätigen. Ihm sei allerdings zugesichert worden, daß die neue Führung DDR-Flüchtlinge, die ohne offizielle Ausreise- oder Ausbürgerungspapiere in die Bundesrepublik gekommen sind, rechtlich den DDR-amtlichen Übersiedlern gleichstellen wolle. Ohne Ausreisepapiere gelten frühere DDR-Bürger in der Heimat als Republikflüchtlinge, die strafrechtlich verfolgt werden. Bei einer rechtlichen Gleichstellung könnten alle Flüchtlinge ohne Furcht vor Strafverfolgung die frühere Heimat besuchen.

Krenz sagte vor den Journalisten in Ostberlin, über das neue Reisegesetz, das noch in diesem Jahr von der Volkskammer verabschiedet werden solle, müsse erst noch mit den Bürgern und in den zuständigen Gremien beraten werden. Es stehe aber fest: „Jeder Bürger kann Reisepaß und Visum erwerben."

Krenz wurde von den Journalisten auch auf die Themen Opposition und Mauer angesprochen. „Ich schließe alle Bürger ein", bei Gedankenaustausch und Dialog werde niemand „ausgegrenzt", sagte der 52jährige, wandte sich zugleich aber gegen den Begriff Opposition. Zum Thema Mauer erklärte er, im Vordergrund stünden Reisen und andere Dinge. Außerdem sei die Mauer aus anderen Gründen gebaut worden, als es viele im Westen verstehen wollten.

Gespräche zwischen der SED-Führung und den Oppositionsgruppen sind nach Worten von Politbüromitglied Schabowski längst im Gange. In den ARD-„Tagesthemen", kündigte er ein persönliches Gespräch mit Prof. Reich, einem Gründungsmitglied des „Neuen Forums", an.

In Neubrandenburg, Halberstadt und Jena demonstrierten gestern abend erneut Tausende von DDR-Bürgern. Ostberlins Polizeipräsident machte in der Sendung „Aktuelle Kamera" deutlich, daß die Sicherheitsorgane künftig nicht mehr jeder Demonstration in der Stadt tatenlos zusehen werden. Ein „militant-harter Kern" sei bei der Demonstration am Dienstag auf Konfrontation aus gewesen.

Nukleare Planungsgruppe fordert Sowjets zu Abrüstung auf

Nato hält an Kernwaffen fest

Vilamoura/Portugal (dpa). Auch bei einem Erfolg der Wiener Gespräche über den Abbau konventioneller Streitkräfte kann der Westen nach Ansicht der Nato-Verteidigungsminister auf Atomwaffen in Europa nicht völlig verzichten. Beim Treffen der Nuklearen Planungsgruppe (NPG) der Nato in Vilamoura (Südportugal) stimmten die Minister überein, daß eine Beseitigung des sowjetischen Übergewichts bei der nicht-nuklearen Rüstung zwar Raum für eine Reduzierung der westlichen Atomwaffen schaffen würde. „Unter den gegenwärtigen Umständen und soweit absehbar" seien aber nukleare Streitkräfte zu Lande, zur See und in der Luft unverzichtbar.

Dazu gehörten auch bodengestützte, atomare Kurzstreckenraketen (bis 500 Kilometer Reichweite), über deren Modernisierung 1992 entschieden werden soll. Nato-Generalsekretär Wörner bestätigte, daß damit bei den für später geplanten Verhandlungen eine dritte Null-Lösung ausgeschlossen werde. Die Minister riefen die Sowjetunion im Schlußkommunique ihres zweitägigen Treffens auf, ihre Kurzstreckenwaffen einseitig auf den Nato-Stand zu reduzieren. Sie begrüßten die Bereitschaft Moskaus zu einseitiger Abrüstung, stellten aber fest, daß die bisher angekündigten Schritte an der Überlegenheit der Sowjets bei nuklearen Raketen mit Reichweiten unter 500 Kilometer nur wenig ändern würde.

US-Verteidigungsminister Cheney und sein britischer Kollege King sagten, angesichts der Reformen in Osteuropa herrsche „große Ungewißheit" wie die Entwicklung in der Sowjetunion und bei deren Verbündeten weitergehe. „Die Nato ist noch wichtiger geworden als früher", meinte King. „In dieser gefährlichen Zeit ist es wichtig, die Verteidigungsfähigkeit zu bewahren." Wörner sagte, die Nato müsse in einer „Zeit der Ungewißheit" ein Faktor der Stabilität sein. Dagegen meinte Verteidigungsminister Stoltenberg, man müsse sich bei der Bewertung der Reformen in Osteuropas zwar des Risikos bewußt sein, aber „wir sind gut beraten, von den Chancen zu sprechen, die in diesem Prozeß liegen".

Im Kommunique bescheinigen die Minister der UdSSR eine entgegenkommendere Haltung in den Verhandlungen über Interkontinentalraketen (START), Weltraumwaffen und Atomtwaffentests. Sie begrüßten vor allem die Ankündigung von Außenminister Schewardnadse zum Abbau der Radarstation in Krasnojarsk. Die Nato-Minister stellten aber fest, daß die UdSSR ihre Weltraumbewaffnung weiter ausbaue und über Waffen zur Satellitenbekämpfung verfüge, der der Westen nichts Gleichwertiges entgegenzusetzen habe.

Nun doch NRW-Schau in Leipzig

Düsseldorf (AP). Die vor einer Woche von der DDR vorläufig abgesagte nordrhein-westfälische Kulturpräsentation in Leipzig kann nun doch in der Zeit vom 9. bis 22. November stattfinden. Die Düsseldorfer Staatskanzlei teilte gestern mit, die DDR-Führung habe ihre Bitte um Verschiebung der Veranstaltung „auf einen günstigeren Zeitpunkt" korrigiert und damit grünes Licht für die bisher größte Kulturschau der Bundesrepublik in der DDR gegeben. Der am Mittwoch eigens aus Ostberlin nach Düsseldorf angereiste DDR-Kulturminister Hoffmann habe Ministerpräsident Rau mitgeteilt, die Kulturveranstaltung könne ohne Einschränkungen stattfinden.

HESSISCHE/NIEDERSÄCHSISCHE
ALLGEMEINE

Herausgeber
Rainer Dierichs, Dr. Dietrich Batz, Achim von Roos

Chefredakteur
Lothar Orzechowski

Stellv. Chefredakteure
Wolfgang Rossbach, Peter M. Zitzmann

Verantwortliche Redakteure
Chef vom Dienst: Horst Kröninger. Chef Nachrichten: Rainer Merforth. Politik: Jochen Prater. Blick in die Zeit: Walter Schütz. Wirtschaft und Sozialpolitik: Horst Seidenfaden, Kultur: Dirk Schwarze, i. V. Claudia Sandner-v.Dehn, M. A., Frau u. Reise: Ilse Methe-Huber. Sport: Rolf Wiesemann, i. V. Ulrich Fuhrmann. Sonntagszeit: Frank Thonicke. Kassel Stadt und Land: Wolfgang Rossbach. Bezirksredaktionen: Peter M. Zitzmann. Koordination: Helmut Lehnart. Hessen/Niedersachsen: Eberhard Heinemann. Chefreporter: Karl-Hermann Huhn. Sonderthemen: Peter Ochs.

Redaktion Wiesbaden: Rolf Effenberger. Redaktion Hannover: Harald Birkenbeul. Redaktion Bonn: Hans Ludwig Laucht.

Verlagsleitung
Dr. Dietrich Batz, Rainer Dierichs, Wigbert H. Schacht. Anzeigenleiter: Horst Prehm. Vertriebsleiter: Gerd Lühring.

Verlag Dierichs GmbH & Co KG, Frankfurter Str. 168, Postfach 10 10 09, 3500 Kassel, Ruf 05 61 / 20 3-0. Tel. Anzeigenannahme 05 61 / 20 3-3. Fernschreib-Nr. 99 635. Telekopierer 05 61 /20 36. Teletex 5 61 81 10. Postgirokonto 155132-608 Frankfurt/M. Anzeigenpreisliste Nr. 29. Monatlicher Abonnementspreis DM 25,60 inkl. Zustellung und 7 % MwSt. (Postbezugspreis 28,50 DM).

Die Beendigung des Abonnements ist nur mit schriftlicher Kündigungserklärung unter Einhaltung einer Frist von einem Monat zum Monatsende möglich; die Frist läuft ab Zugang der schriftlichen Kündigungserklärung.

Auflage werktags über 270 000 Exemplare in Tarifgemeinschaft mit „Oberhessische Presse", Marburg, „Hersfelder Zeitung", „Werra-Rundschau", Eschwege, „Harzkurier", Herzberg.

Auflage „Sonntagszeit" über 200 000 Exemplare.

Herstellung Druckhaus Dierichs, Frankfurter Straße 168, 3500 Kassel.

HNA
HESSISCHE/NIEDERSÄCHSISCHE ALLGEMEINE

HESSISCHE ALLGEMEINE

Fernseh- Rundfunk Wochen- Programm

KASSEL
1 P 3713 A

UNABHÄNGIG
Preis 1,10 DM

KASSELER ZEITUNG
Nr. 251 · Freitag, 27. 10. 1989

NICHT PARTEIGEBUNDEN
Ruf (05 61) 203-0 · Anzeigen 203-3

Attentat / Rheinarmee

Britischer Soldat mit Kind getötet

Wildenrath (dpa). Bei einem neuen blutigen Anschlag der Irischen Republikanischen Armee (IRA) auf die britische Rheinarmee haben bislang unbekannte Täter am Donnerstag abend gegen 18.50 Uhr in Wildenrath bei Mönchengladbach einen Korporal der Luftwaffe und sein erst ein Jahr altes Kind erschossen. Die Frau des Soldaten wurde schwer verletzt. Mit dem jüngsten Attentat hat die IRA seit März 1987 in der Bundesrepublik und in den Niederlanden neun schwere Anschläge verübt, wobei fünf Soldaten, eine deutsche Zivilistin und jetzt das Kleinkind ums Leben kamen.

Nach Angaben der britischen Luftwaffe und des Generalbundesanwalts in Karlsruhe hatten die Opfer mit ihrem Pkw an einer Imbißbude gehalten. Aus der Dunkelheit heraus seien sie von zwei Schützen mit automatischen Waffen beschossen worden. Zehn Schüsse fielen, der Vater auf dem Beifahrersitz und das Kind auf dem Rücksitz waren sofort tot. Die schwerverletzte Frau hatte das Fahrzeug gesteuert. Die Täter entkamen in einem gelb-braunen Ford-Kombi mit dem amtlichen Kennzeichen „DT-CV 764" in Richtung holländische Grenze.

3,3 Prozent Inflation

Preiskurve auf Höchststand

Wiesbaden (dpa/vwd). Die deutschen Verbraucher müssen den stärksten Preisauftrieb seit sechs Jahren verkraften. Im Oktober erreichte die Inflationsrate 3,3 Prozent und damit ihren höchsten Stand seit dem August 1983. Im September und August dieses Jahres hatten die Verbraucherpreise das Vorjahresniveau um 3,1 Prozent und um 2,9 Prozent übertroffen.

Wie das Statistische Bundesamt aufgrund einer ersten Schätzung meldete, erhöhten sich die Kosten für die Lebenshaltung von September bis Oktober um 0,3 Prozent. Als Preistreiber erwiesen sich vor allem Energiekosten. Die Einfuhr von Heizöl verteuerte sich von September bis Oktober um zehn Prozent, von Benzin um 8,3 Prozent und von Erdöl um 4,1 Prozent.

Siehe „Zum Tage"

Flüchtlinge / Prag

Ausreise mit DDR-Papieren

München/Prag (dpa). Die 150 Zufluchtsuchenden in der Bonner Botschaft in Prag erhielten am Donnerstag in der DDR-Mission am Moldauufer ihre Ausreisepapiere. Sie können nun auf direktem Wege in die Bundesrepublik fahren. Sie werden heute in Bayern erwartet. Damit endet eine dramatische Entwicklung, in deren Verlauf über Prag an die 14 000 DDR-Bürger in den Westen gelangt sind.

Der Zustrom von DDR-Flüchtlingen über Ungarn hat sich auf etwa 500 Menschen pro Tag eingependelt. Seit Öffnung der ungarischen Westgrenze am 11. September kamen 45 286 Übersiedler auf diesem Weg in den Westen.

McCarthy tot

Brillante Kritikerin



Die für ihre beißende Schärfe und Ironie bekannte amerikanische Kritikerin und Romanautorin Mary McCarthy (Foto) ist 77jährig in New York gestorben. Mit dem Bestseller „Die Clique" errang sie 1963 Weltruhm. Siehe Kultur.

Tennis

Souveräne Steffi Graf

Die Tennis-Weltranglistenerste Steffi Graf besiegte Claudia Kohde-Kilsch im Achtelfinale des Grand Prix-Turniers von Brighton 6:0, 6:3. In der Runde der letzten Acht trifft die Grand Slam-Gewinnerin heute auf Elna Reinach (Südafrika).

Arbeitszeit

Bosse im Streß

Ein großer Teil der deutschen Top-Manager ist einer Umfrage zufolge mit der zeitlichen Inanspruchnahme durch den Beruf unzufrieden. Im Schnitt sind die Bosse sieben Tage in der Woche 13 Stunden pro Tag im Einsatz. Siehe Wirtschaft.

Beschlagnahme

Polizei bei Kujau

Beschlagnahme-Aktion bei Konrad Kujau („Hitler-Tagebücher"): Polizeibeamte nahmen aus seiner „Galerie der Fälschungen" 124 Kopien von Meisterwerken mit. Kujau hatte sie nicht mit seinem Namen signiert. Siehe „Blick in die Zeit".

Schlüsselgewalt

BVG: Ist Rechtens

Das Bundesverfasssungsgericht (BVG) in Karlsruhe hat gesprochen: Die sogenannte Schlüsselgewalt der Ehegatten ist mit dem Grundgesetz vereinbar. Bericht auf „Blick in die Zeit", Kommentar auf „Themen des Tages".

SED-Politbüromitglied Schabowski

Erster Dialog mit „Neuem Forum"

Ostberlin (dpa/AP). Günter Schabowski ist gestern in Ostberlin als erstes Mitglied des SED-Politbüros zu einem Gespräch mit Mitbegründern der noch vor einigen Wochen als staatsfeindlich eingestuften Oppositionsgruppe „Neues Forum" zusammengetroffen. Die SED weitete am selben Tag ihre Gesprächsangebote an die DDR-Bevölkerung aus.

Gleichzeitig verdichteten sich die Anzeichen, daß in den nächsten Tagen eine Amnestie für alle wegen Republikflucht inhaftierten DDR-Bürger verkündet wird. Als sicher gilt auch ein baldiger Austausch der Senioren unter den SED-Politbürmitgliedern durch jüngere Politiker. Die DDR-Regierung hat nach Angaben von Ministerpräsident Stoph beschlossen, durch zusätzlichen Import von Konsumgütern und Lebensmitteln eine bessere Versorgung zu ermöglichen.

Für das „Neue Forum" hatten an dem Gespräch mit Schabowski Jens Reich und Sebastian Pflugbeil teilgenommen. Die Vertreter des „Forums" legten nach Angaben der Bürgerinitiative die Ziele ihrer Gruppe dar und versicherten, daß ihre Aktivitäten nicht gegen die Verfassung der DDR gerichtet seien. Es sei ein „sachliches Informationsgespräch" gewesen. Eine künftige Änderung des Wahlgesetzes sei von Schabowski nicht ausgeschlossen worden.

Der offene Dialog mit DDR-Bürgern, den es in Leipzig bereits gibt, soll am Sonntag auch in Ostberlin beginnen. Das SED-Blatt „Berliner Zeitung" veröffentlichte gestern eine Einladung von Oberbürgermeister Krack an die Bevölkerung, sich an „Sonntagsgesprächen" in vier Hallen zu beteiligen.

Im Dresdner Kommunalparlament kam es gestern zu einer Debatte über die jüngsten Zwischenfälle in der Stadt. Auch Vertreter der auf Reformen drängenden „Gruppe der 20" konnten ihre Standpunkte darlegen. Als Gast der Stadtverordnetenversammlung, auf der Oberbürgermeister Berghofer ein Lösungspaket für die kommunalen Probleme vorlegte und die Bildung gemeinsamer Arbeitsgruppen anregte, sprach Superintendent Ziemer offen über Polizeiübergriffe bei Demonstrationen.

Fortsetzung nächste Seite
Siehe auch „Themen des Tages"

ZEIT FÜR EINEN HÄNDEDRUCK und für ein kurzes Gespräch fanden gestern Bundeskanzler Kohl und SPD-Chef Vogel am Rande der Tagung des Bundeswehr-Verbandes in Bad Godesberg. Einig waren sich Kanzler und Oppositionsführer in ihrer Ablehnung des sogenannten „Soldaten-Urteils". (dpa-Funkbild)

Erstes Telefongespräch

Kohl und Krenz: Wir halten Kontakt

Bonn/Ostberlin (dpa). Bundeskanzler Kohl hat gestern morgen mit dem neuen DDR-Staats- und Parteichef Krenz telefoniert und weitere Kontakte vereinbart. Das zwanzigminütige Gespräch war die erste Unterredung der beiden Politiker. Ein Zeitpunkt für ein Treffen Kohl-Krenz ist nach Auskunft des Kanzleramtes aber noch „völlig offen". Kanzleramtsminister Seiters werde jedoch in „absehbarer Zeit" zu Gesprächen mit der DDR-Führung nach Ostberlin reisen.

Das Kanzleramt und die DDR-Nachrichtenagentur ADN berichteten, das Gespräch sei in einer „sachlichen und konstruktiven Atmosphäre" verlaufen. Beide Politiker unterstrichen ihr Interesse an einer Fortentwicklung der innerdeutschen Beziehungen und der Fortführung der praktischen Zusammenarbeit. Krenz betonte laut ADN, die DDR bleibe ein sozialistisches Land. Kohl und Krenz verständigten sich über Fragen, die künftig zwischen beiden Seiten auf der Tagesordnung stehen sollen.

Die Bundesrepublik sollte überdenken, „wie einige praktische Fragen so gehandhabt werden können, daß die Respektierung der Staatsbürgerschaft der DDR deutlich" werde, meinte Krenz. Der Kanzler erläuterte, daß man über jene Dinge sprechen müsse, über die man sich gemeinsam einigen könne. Kohl sei dafür, bei anstehenden Problemen zum Telefon zu greifen und miteinander zu sprechen, zitierte ADN. Krenz unterstützte die Haltung. Er regte am Abend im DDR-Fernsehen regelmäßige Telefonkontakte mit Kohl an: Es sei „immer besser miteinander als übereinander zu reden".

Berlins Regierender Bürgermeister Momper (SPD) wird wahrscheinlich Ende dieses Jahres mit Krenz zusammentreffen.

Siehe auch Kommentar

Hitzige Debatte im Bundestag

„Soldaten-Urteil": Kohl will Ehrenrettung

Bonn (AP/dpa). Bundeskanzler Kohl will sich persönlich dafür einsetzen, daß Soldaten nicht mehr als „potentielle Mörder" beschimpft werden können. Kohl sagte gestern vor der Hauptversammlung des Deutschen Bundeswehr-Verbandes, das Urteil des Frankfurter Landgerichts, das eine solche ehrenrührige Äußerung ungestraft lasse, entsetze ihn. Es könne nicht hingenommen werden, daß „Soldaten mit Schwerverbrechern auf eine Stufe gestellt" würden. Kohl kündigte an: „Die Bundesregierung – und das gilt auch für mich persönlich – wird alles tun, um den Ehrenschutz unserer Soldaten wirksam zu gewährleisten." Auch SPD-Chef Vogel und der FDP-Fraktionsvorsitzende Mischnick stellten sich vor die Soldaten.

Mit Pfiffen und Buh-Rufen bedachten die Delegierten den Grünen-Abgeordneten Mechtersheimer, der das Frankfurter Urteil verteidigte. Einige der Delegierten verließen aus Protest den Saal.

Im Bundestag fand gestern eine emotionsgeladene Debatte über das umstrittene Frankfurter Urteil statt. Verteidigungsminister Stoltenberg kündigte an, sein Ministerium werden Revision eingelegt. „Wir wollen alle rechtlichen Mittel nutzen", Freisprüche wie den des Arztes zu verhindern, erklärte Stoltenberg. 88 Prozent der Bevölkerung lehnten die Behauptung ab, die Bundeswehrsoldaten seien potentielle Mörder.

Justizminister Engelhard (FDP) sagte, die Justiz sitze nicht im Elfenbeinturm. Bei aller Zurückhaltung „wird man hier ein Wort sagen dürfen".

Das Gericht hat nach den Worten des SPD-Abgeordneten Duve die Soldaten nicht beschimpft, sondern es habe festgestellt, daß es einem Bürger für eine bestimmte Meinung nicht strafrechtlich verfolgen könne, und es habe sich ausdrücklich von dessen Meinung distanziert. Auch sein Fraktionskollege Erwin Horn betonte, der Urteilsspruch habe keine Billigung der „verleumderischen Aussage" des Arztes enthalten. Die SPD weise die „unanständige Beleidigung der Soldaten" zurück." Herta Däubler-Gmelin (SPD) sagte, es müsse wieder zurechtgerückt werden, was durch die Entgleisungen des Arztes und was durch die Hetzkampagne gegen die Richter durcheinander geraten sei.

Siehe „Themen des Tages"

Zum Tage

Preiskarussell

Die Zeiten, als die Wiesbadener Statistiker Preissteigerungsraten mit einer Null vor dem Komma oder gar rückläufige Tendenzen gemeldet hatten, sind erst einmal vorbei. Der Gedanke, von der Preisstabilität Abschied nehmen zu müssen, fiel schon den fünf Weisen in ihrer Prognose für 1989 schwer, als sie einen Preisanstieg von zwei Prozent weissagten. Doch das Preiskarussell dreht sich, und zwar immer flotter.

Ein Teil der Inflation ist importiert. Die Rohstoffpreise steigen beträchtlich, und ein Teil des Auftriebs ist auf Preisexplosionen beim Heizöl und beim Benzin zurückzuführen. Ohne Heiz- und Kraftstoff stünde unter dem Strich eine Inflationsrate von zwei Prozent – eine mit Blick auf die zum Jahresanfang in Kraft getretenen Verbrauchssteuererhöhung, die den direkten Vergleich der Lebenshaltungskosten mit Vorjahresmonaten erschweren, sicher erträgliche Rate.

Manches am aktuellen Preisanstieg ist aber auch hausgemacht. Der Konsumdrang der Bundesbürger ist kaum zu bremsen. Die Bundesbank geht den richtigen Weg, wenn sie jetzt das Geld verknappt. Einschneidende Änderungen kann sie allein aber nicht bewirken. Vielleicht aber entpuppt sich ja der neue Warenkorb als Wundertüte mit inflationsdämpfender Wirkung.

Horst Seidenfaden

Großbritannien

Schatzkanzler zurückgetreten

London (dpa/vwd). Der britische Schatzkanzler Lawson ist gestern nach einem Streit mit dem Wirtschaftsberater von Premierministerin Thatcher, Walters, zurückgetreten. Nachfolger ist Außenminister Major, dessen Amt Innenminister Hurd erhält. Wer Innenminister wird, ist noch offen. Der Streit zwischen Lawson und Walters war durch einen Artikel des (inzwischen ebenfalls zurückgetretenen) Wirtschaftsberaters für eine US-Zeitschrift entstanden, in dem sich Walters - wie auch Frau Thatcher - gegen einen Beitritt Großbritanniens zum Wechselkursmechanismus des Europäischen Währungssystems aussprach. Lawson gilt dagegen seit langem als Befürworter eines solchen Schritts.

1996 statt 1994

Rentenbeiträge steigen später

Bonn (dpa). Die Beitragssätze zur Rentenversicherung werden nach der Rentenreform erstmals 1996 und damit zwei Jahre später steigen als ursprünglich angenommen. Prozentual niedriger bleibt auch der Bundeszuschuß zu den Ausgaben der Rentenversicherung. Das ergibt sich aus den Modellrechnungen, die dem Bundestagsausschuß für Arbeit und Sozialordnung am Donnerstag bei der abschließenden Beratung der Rentenreform 1992 vorlagen.

Quoten vom Mittwochslotto

Ziehung A: Gewinnklasse I 947 378,20 DM; II 78 948,10 DM; III 5382,80 DM; IV 82,30 DM; V 5,70 DM.
Ziehung B: Gewinnklasse I unbesetzt, Jackpot 947 378,20 DM; II 29 605,50 DM; III 5486,70 DM; IV 80,90 DM; V 5,50 DM.
(Ohne Gewähr)

Kalter Draht nach Bonn

In Stil und Auftreten gibt sich Egon Krenz lockerer als sein Vorgänger; in der Sache ist er ebenso hart wie Honecker. Der erste telefonische Kontakt mit Bundeskanzler Kohl signalisiert seine Bereitschaft, auch mit dem „Klassenfeind" zu sprechen; vom Willen zu politischen Veränderungen war wenig zu hören. Der Draht nach Bonn blieb kalt. Dem neuen Staatsratsvorsitzenden geht es darum, die Massendemonstrationen einzudämmen, die Fluchtwelle zu stoppen und die Stimmung der Bevölkerung zu heben. Den Protesten gegen die Partei will er durch eine Verjüngungskur der SED-Führung, der allgemeinen Unzufriedenheit durch öffentliche Diskussionen den Boden entziehen. Reiseerleichterungen dienen dem erklärten Ziel, die Menschen bei Laune zu halten. Dann wird Ruhe wohl wieder die erste Bürgerpflicht sein.

An der sozialistischen Verfassung der DDR und dem Machtmonopol der SED läßt Krenz nicht rütteln. Von Opposition will er nichts wissen. Der Dialog mit neuen Gruppierungen zielt darauf ab, sie von der Straße wegzubringen und in das System einzubinden. Über alles soll gesprochen werden; nur natürlich nicht über das, was die Bürger wirklich wollen. Demokratische Bestrebungen bleiben staatsfeindlich, Republikflucht ist immer noch strafbar, dem Reisepaß folgt nicht automatisch das Reisevisum, von Reisedevisen ganz zu schweigen. Die angekündigte Wende erschöpft sich vorerst nur in taktischen Zugeständnissen, die den Druck im brodelnden Kessel verringern sollen.

Der Bundeskanzler will dabei weder die Rolle des Heizers noch die des Löschers spielen. Seine Kontakte mit Ostberlin haben die Menschen, nicht das Regime im Auge. Egon Krenz muß erst noch beweisen, ob er zu Reformen bereit und fähig ist. Ein Telefongespräch macht noch keinen Dialog.

Achim v. Roos

Einer für den anderen

Beim Wort „Schlüsselgewalt" sieht man vor seinem geistigen Auge Mrs. Danvers aus „Rebecca" mit dem großen klirrenden Schlüsselbund am Gürtel durch schloßähnliche Räume schreiten. Die Realität ist weniger malerisch und weniger bedrohlich als im Film und im Roman. Da heißt es schlicht, daß ein Ehepartner für den anderen einsteht, wenn der Verträge abgeschlossen oder Geschäfte getätigt hat.

Das hat positive und negative Seiten. Positiv ist, daß der eine Partner (häufig die Frau) nicht bei jeder Kleinigkeit auf die Zustimmung des anderen angewiesen ist. Wäre die „Schlüsselgewalt" außer Kraft gesetzt, müßte sie bei jedem neuen Kochtopf und jedem Kleidungsstück für die Kinder um Erlaubnis für den Einkauf bitten. Selbst in früheren Zeiten, in denen Emanzipation noch ein Fremdwort war, schien dies unmöglich. Das Bürgerliche Gesetzbuch räumte der Frau daher die Schlüsselgewalt ein, die gleichzeitig eine begrenzte Verfügungsgewalt über das Einkommen ist.

Diese Regelung kann sich in ihr Gegenteil verkehren, wenn sich einer der beiden durch die Geschäfte des anderen finanziell unbillig in Anspruch genommen sieht. Doch gilt hier, was immer gilt: Daß man mit einer Bestimmung Mißbrauch treiben kann, ist kein Grund, sie insgesamt aufzuheben. Eine Ehe gibt nun mal beiden Partnern mehr Rechte und Pflichten als eine lockere, nichteheliche Lebensgemeinschaft.

Wem das zu weit geht, der braucht rechtlichen Rat in anderer Hinsicht: Wenn einvernehmliche Entscheidungen nicht mehr möglich sind, wenn einer die vertraglichen Abmachungen des anderen und deren finanziellen Folgen mißtraut, dann stimmt etwas nicht mehr in der Beziehung. Dann ist der Eheberater gefragt – oder der Scheidungsrichter.

Sylvia Griffin

Das Zitat

„In Osteuropa ist das Eis jetzt gebrochen. Aber wenn das Eis bricht, wird die Lage gefährlich – man kann leicht ins Wasser fallen."

Richard Nixon

Streit um „potentielle Mörder" im Bundestag

Ein Urteil schlägt Wellen

Von Hans-Ludwig Laucht, Bonner Redaktion

Der Bundeskanzler zeigte sich „entsetzt", und Oppositionsführer Hans Jochen Vogel berief sich auf eine Erklärung des SPD-Präsidiums, wonach das Frankfurter Soldaten-Urteil als „falsch und für die Betroffenen herabsetzend und kränkend" zurückgewiesen wurde. Die Wogen über die Behauptung, bei allen Soldaten handele es sich um „potentielle Mörder", gingen auch gestern hoch. Der Grünen-Abgeordnete Alfred Mechtersheimer, der den Richterspruch verteidigte, wurde von der Hauptversammlung des Bundeswehr-Verbandes ausgepfiffen. Mehrere Delegierte verließen den Saal.

Aktuelle Stunde

Für zusätzliche Verwirrung sorgte die von der Union beantragte Aktuelle Stunde im Parlament, die von zahlreichen Soldaten auf der Besuchertribüne verfolgt wurde. Verteidigungsminister Gerhard Stoltenberg, der mehrfach in die Debatte eingriff, stellte sich schützend vor den Generalinspekteur, der ebenfalls anwesend war. Typische Reaktion eines Uniformträgers: „Am liebsten würde ich morgen mein Bündel packen und wieder nach Hause gehen. Ich fühle mich in den Dreck gezogen."

Die SPD hatte noch am Vortag im Verteidigungsausschuß des Bundestages zusammen mit den Koalitionsparteien einer Entschließung zugestimmt, in der Unverständnis und Empörung über das Urteil zum Ausdruck kam. Der Schutz des Rechtes auf freie Meinungsäußerung sei mit solcher Rechtssprechung zur „unerträglichen Beleidigung derer pervertiert, die den Schutz unserer freiheitlichen Gesellschaft nach außen garantieren", heißt es darin.

Rückzug der SPD?

Im Bundestag dagegen ergab sich der Anschein, als ob die Redner der stärksten Oppositionsfraktion den geordneten Rückzug antreten wollten. Der Parteilinke Freimut Duve unterstellte Generalinspekteur Dieter Wellershoff, „bewußt mit einer Unwahrheit" auf das Urteil reagiert zu haben. Nicht das Gericht habe die Soldaten beschimpft, sondern festgestellt, daß es einem Bürger für eine bestimmte Meinung nicht strafrechtlich verfolgen könne. „Man muß sich fragen, wie Richter geschützt werden können, die unglaublich beschimpft wurden."

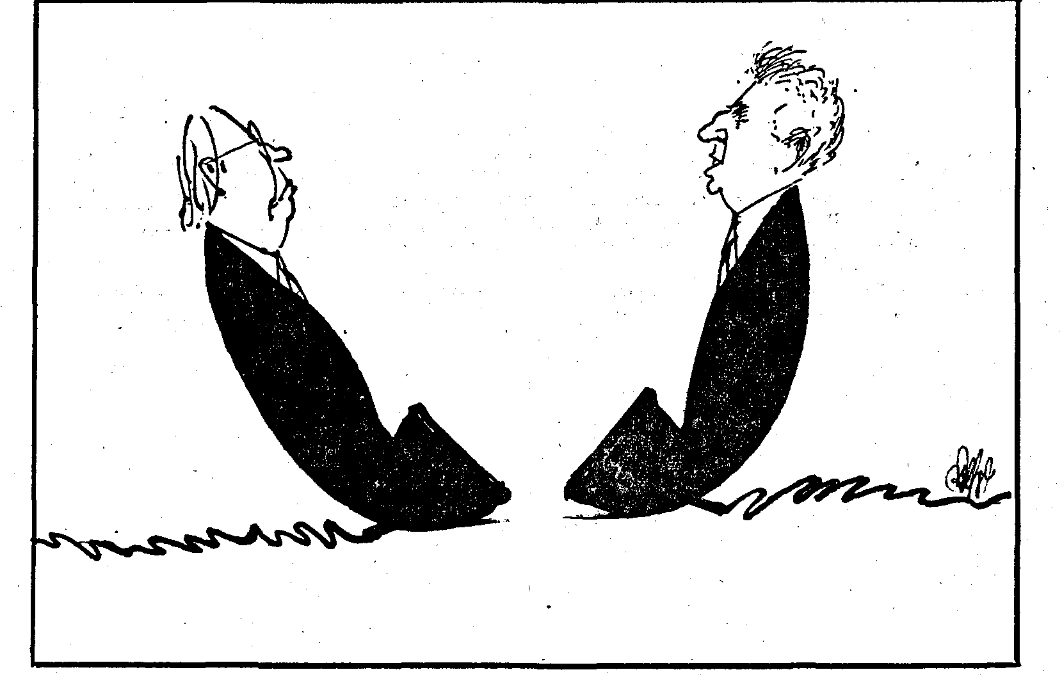
Da hielt es den Verteidigungsminister nicht mehr auf seinem Platz in der Regierungsbank. Wellershoff habe lediglich verlangt, daß der Staat, der den Soldaten einen Auftrag erteile, auch die Pflicht habe, diese Soldaten vor unqualifizierten Angriffen zu schützen. Zwischenrufe aus der Unionsfraktion: „Dazu ist er schließlich auch verpflichtet."

FDP-Chef Graf Lambsdorff bekannte, daß Kritik an der Justiz im Hohen Haus ungewöhnlich sei. „Der Anlaß gebietet es." Und bewußt provozierend fragte er: „Was würden die Richter am Landgericht Frankfurt sagen, wenn sie mit den Urteilssprüchen der Richter am Volksgerichtshof des Dritten Reiches in einen Topf geworfen würden?" Er habe, sagte Lambsdorff erregt, ein solch unerträgliches Beispiel genommen, um die Unerträglichkeit der Aussage über die Soldaten der Bundeswehr deutlich machen.

Viele Protestbriefe

Im Verteidigungsministerium gehen inzwischen „flutartig" Protestbriefe gegen das Soldaten-Urteil ein, wie Gerhard Stoltenberg berichtete. Als Konsequenz kündigte er notfalls entsprechende Gesetzesänderungen an, falls die von ihm beantragte Revision gegen das Urteil erfolglos bleiben sollte.

Die Grünen hielten an ihrer Haltung fest. „Wer will, daß Soldaten nie mehr als Mörder bezeichnet werden, darf nicht beim Ausweg der Kriegsdienstverweigerung stehenbleiben. Er muß militärische Verteidigung insgesamt in Frage stellen", sagte der Abgeordnete Wilhelm Knabe. Er stand mit seiner Meinung nicht allein, wie der Beifall, auch einzelner SPD-Abgeordneter, bewies.



Der erste Kontakt (Karikatur: Wolf)

UdSSR / Der „neue Rubel" ist für Touristen praktisch nicht nutzbar

Harte Währung höher im Kurs

Von dpa-Korrespondent Wolfgang Koydl

Der von der sowjetischen Staatsbank angekündigte Sonderkurs des Rubel wird praktisch keine Auswirkungen auf Touristen haben. „Mit dem neuen Kurs sollen nur der Schwarzmarkt ausgetrocknet und die Kaufkraft abgeschöpft werden", erklärte ein westlicher Bankfachmann gestern in Moskau. Der Kurs gilt ab 1. November. Beim Umtausch erhalten Ausländer für eine D-Mark dann 3,38 Rubel statt bisher 34 Kopeken. Daß dieser Kurs für Touristen nicht nutzbar sein wird, bestätigte ein Sprecher des sowjetischen Reisebüros Intourist. Die Organisation verkauft Flüge, Hotelzimmer, Exkursionen und Theaterkarten nur auf Devisenbasis. Daran werde sich nichts ändern.

Kreditkarten bevorzugt

Souvenirs gibt es in Sowjetstädten ohnehin nur gegen harte Währung, Mitbringsel auf Rubelbasis sind wegen der leeren Regale fast ausgeschlossen, Restaurants sehen lieber Kreditkarten als die Banknoten mit dem Lenin-Porträt. „Es wäre unlogisch, den neuen Kurs einzuführen", meinte der Bankenvertreter. Um den zehnfachen Verlust an Valuta-Einnahmen auszugleichen, müßte der Fremdenstrom um tausend Prozent zunehmen, doch dafür fehlt in der UdSSR die Infrastruktur.

Schmerzlich trifft der Sonderkurs Sowjetbürger, die ins Ausland reisen. Bislang durften sie 200 Rubel eintauschen und erhielten 600 DM. Künftig gilt der hohe Kurs. Das Regierungsblatt „Iswestija" beklagte die „Absurdität" des amtlichen Kurses, regte eine höhere Pauschale an und sprach gar von einer neuen Ära der Reisefreiheit. Westliche Experten indes erwarten lediglich eine Erhöhung auf 2000 Rubel pro Person und Reise. Der Effekt: Der Bürger erhält soviel Devisen wie zuvor, der Staat hingegen schöpft zehnmal soviele Rubel ab.

„Der gigantische Geldumlauf, deren Umfang kein Mensch kennt" ist nach den Worten westlicher Finanzexperten die Folge des Mangels an Konsumgütern und heizt den Rubel-Schwarzmarkt an. Für besonders begehrte Mangelprodukte ergeben sich astronomisch verzerrte Kursunterschiede: Kleinere Personal Computer wechseln für bis zu 30 000 Rubel den Besitzer, 90 000 DM zum amtlichen Kurs.

Bedeutung sinkend

Der Sonderkurs wird nach Ansicht von Wirtschaftlern nichts daran ändern, daß der Rubel im Geschäftsverkehr zwischen der UdSSR und dem Ausland eine immer geringere Rolle spielt. Ob für Produkte in Sonderläden, Andenken, Theater- und Flugkarten, Mieten und Hotels – Ausländer in Moskau werden mehr und mehr in Devisen zur Kasse gebeten, ab Januar soll es sogar Taxis auf Valutabasis geben. Im Außenhandel wird ohnehin nur in Devisen fakturiert.

DDR / Neue personelle Weichenstellungen

Im Politbüro rollt noch mancher alte Kopf

Von dpa-Korrespondent Bernd Kubisch

Das SED-Politbüro, dessen auf 18 Köpfe geschrumpfte Mannschaft im Schnitt etwa 67 Jahre alt ist, soll einer kräftigen Verjüngungskur unterzogen werden. Bis zum Jahresende sind eine Fülle von personellen Änderungen geplant, wird aus der Partei berichtet. Das Durchschnittsalter soll dann unter 60 Jahren liegen. „Manche werden das Politbüro kaum wiedererkennen", heißt es.

Wichtige ZK-Sitzung

Wichtige personelle Weichenstellungen werden von der 10. Tagung des Zentralkomitees erwartet, das vom 8. bis 10. November zusammenkommt. Im ARD-Fernsehen angesprochen auf die Nachfolger von Günter Mittag und Joachim Herrmann sagte der Ostberliner SED-Bezirkschef Günter Schabowski: „Ich bin sicher, daß das Zentralkomitee die Entscheidungen treffen wird, die für die Besetzung dieser Ämter erforderlich sind." Einzelheiten nannte Schabowksi nicht. Er ist mit 60 Jahren nach Staats- und Parteichef Egon Krenz (52) sowie Günther Kleiber (58) und Siegfried Lorenz (59) der viertjüngste im Führungszirkel.

Mielke der Älteste

Abgelöst würden bis zum Jahresende, so heißt es bei Diplomaten und Parteimitgliedern, fast alle der Ältesten. Die Alterspyramide wird angeführt von Staatssicherheitsminister Erich Mielke (81). Dann folgen Alfred Neumann (79), Erich Mückenberger (79), Kurt Hager (77), Ministerpräsident Willi Stoph (75) und Volkskammerpräsident Horst Sindermann (74).

Stophs Amt als Regierungschef soll Günther Kleiber übernehmen. Auch Politbüromitglied und Verteidigungsminister Heinz Keßler (69) könnte abgelöst werden. Als sein Nachfolger wird in Ostberlin Generaloberst Horst Stechbarth genannt.

Demonstranten auf der Straße zeigten bisher lautstark oder auf Tranparenten meist nur, wen sie nicht mögen: Die Liste reicht von Egon Krenz über die Senioren im Politbüro bis zu Volksbildungsministerin Margot Honecker und Chefkommentator Karl-Eduard von Schnitzler, der den Protestlern zufolge gar in die „Muppet-Show" soll. Als gewünschter „Aufsteiger" wird im Volk meist nur ein Name genannt: Der Dresdner SED-Bezirkschef Hans Modrow, bisher ZK-Mitglied. Er ist aus Sicht vieler DDR-Bürger ein Hoffnungsträger für Reformen. Es gilt als ziemlich sicher, daß Modrow sehr bald ins Politbüro kommt.

Wolf im Gespräch

Als Wirtschaftsfachleute, die auch für das vakante Ressort von Günter Mittag zur Verfügung stehen, werden der Chef des Kombinats Carl Zeiss Jena, Wolfgang Biermann, sowie Alexander Schalck-Golodkowski, Staatssekretär im Außenhandelsministerium und wichtiger Devisenbeschaffer, genannt. Auch der ehemalige DDR-Spionagechef und Autor Markus Wolf wird immer wieder als künftiger Aufsteiger gehandelt. Wolf trat 1987 auf eigenen Wunsch in den Ruhestand. Angesprochen auf Ambitionen für einen Ministerposten oder fürs Politbüro äußerte sich Wolf vor einiger Zeit eher zurückhaltend.

Arbeitsfelder verteilt

Neue Aufgaben für Kohls Stellvertreter

Die einzelnen Mitglieder des zwölfköpfigen CDU-Präsidiums sollen sich künftig besonders um bestimmte gesellschaftliche Gruppen und Bereiche kümmern. Mit der Aufteilung der Arbeit in der engen CDU-Führungsspitze befaßte sich das Präsidium der Partei bei einer vierstündigen Sitzung in Bonn.

Nach Auskunft von CDU-Generalsekretär Rühe handelt es sich dabei nicht um eine Änderung der Führungsstruktur der Partei, da der Vorsitzende und der Generalsekretär weiterhin die Gesamtverantwortung für die Parteiarbeit trügen. Vielmehr solle der Parteichef durch seine Stellvertreter entlastet und der CDU insgesamt „mehr Wucht" gegeben werden.

Im einzelnen wurde vereinbart, daß Heiner Geißler die internationalen Parteibeziehungen sowie die Kontakte zur katholischen Kirche und zum Sport pflegen soll. Während Gerhard Stoltenberg Ansprechpartner für die evangelische Kirche ist, wird sich Bundestagspräsidentin Rita Süssmuth neben den Frauen und dem Kulturbereich besonders um die Bundeswehr kümmern. Dies wertete Rühe als „Signal" an die Adresse der Soldaten, die von der CDU als besonders wichtig betrachtet würden.

Norbert Blüm wird für die CDU die Kontakte zu den Gewerkschaften pflegen, während der rheinland-pfälzische Ministerpräsident Wagner für die Familienpolitik zuständig sein wird. Um die junge Generation werden sich besonders Parteichef Helmut Kohl und sein Generalsekretär kümmern. Die Aufgabenverteilung im Präsidium ist noch nicht abgeschlossen. Auch Lothar Späth, der nicht mehr zu Kohls Stellvertretern gehört, soll ein noch nicht definiertes Arbeitsfeld erhalten. (dpa)

Presse-Echo

Mit der Entwicklung in der DDR befaßt sich die

Hannoversche Allgemeine

Krenz ... ist ein Getriebener und ein Nachzügler. Bedrängt wird er von Demonstranten, Aufsässigen und Unzufriedenen, die sich ihrer Macht bewußt geworden sind. Und als Verspäteter rennt er einem Zug hinterher, aus dem ihn Russen, Ungarn und Polen winken. Diese Rolle läßt es nicht zu, schon alle Skepsis gegenüber Krenz und seinen Motiven aufzugeben.

Zum Kurdenprozeß heißt es in den

NÜRNBERGER Nachrichten

Genügt es denn nicht, einen „bombensicheren" neuen Gerichtssaal hinzustellen, fensterlos und für acht Millionen? Müssen die Kurden auch noch in einen Plexiglaskäfig, mit nur drei Sprechluken, weitab von den Verteidigern ihrer Wahl? Die Bundesanwaltschaft mag, aus einer Bunkermentalität ihres Chefs Kurt Rebmann heraus, solche Schikanen für notwendig halten. Aber warum billigt das Gericht diesen Sicherheitsperfektionismus, der für Angeklagte und Verteidiger zumindest beschwerlich, wenn nicht unzumutbar ist? So provoziert man Revisionsgründe.

Den Kongreß der IG Metall kommentiert die

Kölnische Rundschau

Es riecht nach Streik. Die IG Metall und ihre Spitzenfunktionäre haben sich auf dem Gewerkschaftstag in Berlin erneut und unzweideutig darauf verständigt, klassenkämpferische Ideen bei den Tarifverhandlungen durchzusetzen. Deutlich mehr Lohn und gleichzeitig eine weitere Arbeitszeitverkürzung – mit vollem Lohnausgleich, versteht sich ... Aber für den Verzicht auf Arbeitszeit wird im Arbeitnehmerlager keine Mehrheit zu bekommen sein.



HESSISCHE ALLGEMEINE

heute mit 2492 Kleinanzeigen

KASSEL
1 P 3713 A

UNABHÄNGIG · KASSELER ZEITUNG · NICHT PARTEIGEBUNDEN

Preis 1,40 DM · Nr. 252 · Samstag, 28. 10. 1989 · Ruf (05 61) 203-0 · Anzeigen 203-3

Bremen obenauf

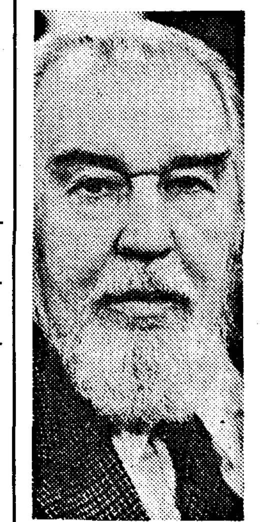
Bayern siegt bei St. Pauli

1. Bundesliga

St. Pauli – Bayern München	0:2
Werder Bremen – 1. FC Kaiserslautern	4:0

2. Bundesliga

MSV Duisburg – BW 90 Berlin	2:2
Darmstadt 98 – RW Essen	2:1



Film-Altmeister

Bernhard Wicki 70

Der Schauspieler und Regisseur Bernhard Wicki (Foto) wird heute 70 Jahre alt. Nach hochkarätigen Arbeiten für Kino und Fernsehen („Die Brücke", „Das falsche Gewicht", „Das Spinnennetz") wird er nun in der „Guldenburg"-Serie aktiv. Kulturseite.

Ziel:

Weniger Autos

Wie die Städte Basel, Freiburg und Karlsruhe ihre Innenstädte von der Blechlawine befreien und dem öffentlichen Nahverkehr, Radlern und Fußgängern Vorrang einräumen, erkundete eine Kasseler Studiengruppe. Siehe Stadt Kassel.

Fuerteventura

Tochter auch tot

Die Urlaubertragödie auf Fuerteventura hat eine ganze Familie ausgelöscht: Neben dem Ehepaar Lehmann aus Schauenburg-Elgershausen befindet sich auch dessen vierjährige Tochter unter den sieben Toten. Siehe „Blick in die Zeit".



Ulrike Folkerts

Start im „Tatort"

Ulrike Folkerts löst morgen ihren ersten „Tatort"-Fall. Wie die aus Kassel stammende Schauspielerin „ihre" Kommissarin sieht und was sie von ihren Vorgängerinnen unterscheidet, lesen Sie in der

Sonntagszeit

Zum Tage

Amnestie

Von Worten haben die Bürger der DDR genug. Sie wollen Taten sehen zum Beweis, daß sich vieles ändern soll. Die erste kommt überraschend schnell. Eine Amnestie für Flüchtlinge und Demonstranten soll die Versöhnung zwischen Volk und Staatsführung einleiten. Sie ist mehr und anders als der übliche Gnadenerweis, der einen Strich unter die Vergangenheit zieht. Unrecht wird erkannt und als solches anerkannt.

Das bleibt zu würdigen, auch wenn Ostberlin damit nicht nur dem Rechtsempfinden, sondern dem Gesetz der Logik folgt. Daß der Staat die auf der Flucht gestellten Bürger einsperrt und zugleich selbst die „illegale" Ausreise organisiert, hat seinen Anspruch vollends ruiniert. Doch ist die Wiedergutmachung erst der halbe des ersten Schrittes. „Republikflucht" muß aus dem Strafgesetzbuch verschwinden, wenn endlich jene Freizügigkeit gewährt wird, die bisher nur auf dem Papier steht.

Das Reisegesetz soll sie bringen. Es wäre der zweite Schritt auf einem langen Weg mit noch ungewissem Ziel. Egon Krenz und, mit ihm darin einig auch Oppositionelle, hoffen, daß die Menschen im Lande bleiben, wenn der Druck von ihnen weicht. Das ist eine Rechnung mit vielen Unbekannten. Aber anders geht es nicht mehr. Der Drang ist zu einem Sturm geworden. Undenkbares wird denkbar, selbst daß die Mauer fällt. Diese prominente Stimme der Vorhersage kommt aus der DDR.

Alfred Brugger

Ankündigung / Ebenso Demonstranten

Straffreiheit für DDR-Flüchtlinge

Berlin (AP/dpa). Mit einer umfassenden Amnestie für alle DDR-Flüchtlinge und Demonstranten hat die neue Ostberliner Führung unter Staats- und Parteichef Krenz am Freitag erstmals eine der wesentlichen Forderungen aus der wochenlangen Reformdiskussion in die Tat umgesetzt.

Nach Angaben der amtlichen Nachrichtenagentur ADN sollen bis zum 30. November alle wegen „Republikflucht" Verurteilten aus der Haft entlassen und laufende Strafverfahren ausgesetzt werden. Dies würde auch bedeuten, daß sämtliche Flüchtlinge, gleich auf welchem Wege sie ihre Heimat vor dem 27. Oktober verließen, bei Rückkehr oder Besuch nicht mehr verfolgt und bestraft würden. Das Innerdeutsche Ministerium in Bonn hat gestern allerdings allen Flüchtlingen geraten, vor einer Reise in die DDR eine Klärung der neuen Bestimmungen abzuwarten.

Auf „Themen des Tages" steht ein Hintergrundbericht zur Amnestie-Ankündigung. Was sich in der DDR sonst noch tat, lesen Sie auf der folgenden Seite.

Ausgenommen von der Amnestie sind ADN zufolge nur DDR-Bürger, die ihre Flucht mit Gewalt erzwungen oder dabei Leben und Gesundheit von Menschen gefährdet, Waffen mitgeführt oder „gefährliche Mittel und Methoden angewandt" haben.

Ferner sollen auch Demonstranten straffrei ausgehen, die vor dem 27. Oktober 1989 „Straftaten gegen die staatliche und öffentliche Ordnung im Zusammenhang mit demonstrativen Ansammlungen begangen haben". Die Mitbegründerin des „Neuen Forums", Bärbel Bohley, sagte: „Das ist das erste Signal, auf das wir so lange gewartet haben." Bundesregierung und Opposition in Bonn sehen einen ersten Schritt zur Liberalisierung in der DDR. Einig waren sich die Parteien, daß nun das politische Strafrecht abgeschafft und weitere Reformen eingeleitet werden müßten.

Nach westlichen Schätzungen sind in den DDR-Gefängnissen mehrere tausend Menschen inhaftiert, die bei Fluchtversuchen gefaßt worden sind.

Außerdem will Ostberlin nach Angaben hochrangiger SED-Kreise jedem DDR-Bürger künftig gestatten, pro Jahr für 30 Tage in den Westen zu reisen. Nach Einschätzung des FDP-Fraktionsvorsitzenden im Bundestag, Mischnick, wird die DDR-Bevölkerung noch vor Weihnachten volle Reisemöglichkeiten auch in den Westen erhalten. In seinem Gespräch mit Krenz habe dieser darauf hingewiesen: „Weihnachten ist auch schon eine Reisezeit.

Siehe auch „Zum Tage"



DDR-Flüchtlinge aus Prag in Bayern eingetroffen

Nach zum Teil wochenlangem Warten in der Bonner Botschaft in Prag sind gestern 141 DDR-Bürger in Bayern eingetroffen. Mit zwei Doppeldeckerbussen und einigen Pkw (unser Bild) waren die Übersiedler am Morgen von Prag losgefahren, gegen Mittag passierten sie den Grenzübergang Waidhaus. Die restlichen 38 Zufluchtsuchenden folgten später mit einem dritten Bus. Den Übersiedlern waren am Vortag in der DDR-Mission die Ausreisepapiere übergeben worden. Damit sind über Prag in den vergangenen Wochen insgesamt etwa 14 000 DDR-Bürger in den Westen gelangt.

Von den noch etwa 1900 Ausreisewilligen, die in der Obhut der Bonner Mission in Warschau auf ihre Übersiedlung warten, sollten an diesem Wochenende 700 nach Düsseldorf geflogen werden.

Der immmer noch anhaltende Zustrom von DDR-Flüchtlingen über Ungarn nach Bayern hat sich auf durchschnittlich etwa 550 Personen pro Tag „eingependelt." (dpa-Funkbild)

Nach Rücktritt des Finanzministers

Regierung Thatcher in der Krise

London (dpa/AP). Die britische Premierministerin Margaret Thatcher stand am Freitag nach dem überraschenden Rücktritt von Schatzkanzler (Finanzminister) Lawson vor der wohl größten Regierungskrise in ihrer zehnjährigen Amtszeit. Der Verzicht Lawsons hatte am Vortag eine Regierungsumbildung in den Schlüsselpositionen Finanzministerium, Innen- und Außenministerium ausgelöst.

Wirtschaft, Opposition und Medien ließen sich von der Erklärung Frau Thatchers, daß die Regierungspolitik sich in keiner Weise ändern werde, nicht beeindrucken. Die Kurse an der Londoner Aktienbörse stürzten bei Geschäftsbeginn um fast 40 Punkte; das Pfund begann mit 2,90 DM fast sieben Pfennig schwächer. Die Londoner Zeitung „The Independent" berichtete von Geheimtreffen konservativer Abgeordneter, bei denen auch ein Sturz der Premierministerin erörtert worden sei.

Lawson war nach einem Streit mit dem Wirtschaftsberater der Premierministerin, Sir Alan Walters, zurückgetreten. Kritik an Frau Thatcher entzündet sich vor allem an der Tatsache, daß sie bereit war, Lawson zu opfern, nur um dessen Forderung nach Entlassung von Sir Alan nicht entsprechen zu müssen. Sir Alan trat, als er die Nachricht vom Lawson-Abgang hörte, ebenfalls zurück. Er hatte sich öffentlich – wie auch stets Frau Thatcher – gegen einen Beitritt Großbritanniens zum Wechselkursmechanismus des europäischen Währungssystems ausgesprochen. Lawson galt dagegen immer als ein Befürworter des Beitritts.

Neuer Schatzkanzler ist der bisherige Außenminister John Major. Er gilt als unerfahren angesichts der schwierigen finanziellen Lage Großbritanniens – großes Leistungsbilanzdefizit und steigende Inflation. Der 46jährige wird als „Kronprinz" von Frau Thatcher gehandelt. Neuer Außenminister wurde Douglas Hurd, bisher für das Innenressort zuständig. Sein Nachfolger David Waddington ist nahezu unbekannt.

Die regierungsfreundliche „Times" sprach von der schwersten Krise für Frau Thatcher seit ihrem Amtsantritt, der konservative „Daily Telegraph" machte mit der Schlagzeile „Krise für Thatcher" auf. Oppositionsführer Kinnock von der Labour Partei lastete der Premierministerin „völlige Inkompetenz" an.

Siehe auch Kommentar

Justizminister aus fünf Ländern einigen sich

Polizei darf Verbrecher über die Grenzen verfolgen

Bonn (dpa). Polizisten aus der Bundesrepublik, Belgien, Frankreich, Luxemburg und der Niederlande sollen künftig Gesetzesbrecher ins Nachbarland verfolgen dürfen. Dies wurde am Freitag in Bonn bei einem Justizministertreffen vereinbart. Minister Engelhard unterstrich, die geplante Öffnung der gemeinsamen Grenzen dürfe nicht zu einer Begünstigung der Straftäter führen. 1993 sollen dann alle EG-Binnengrenzen abgebaut werden. Auch über die Beschleunigung der Auslieferungsverfahren habe man sich verständigt, hieß es in Bonn.

DDR-Ausreisen / SDP:

„Bleibt da, es lohnt sich doch"

Bonn (dpa). Die neugegründete Sozialdemokratische Partei der DDR (SDP) hat die ausreisewilligen Bürger aufgefordert, in ihrer Heimat zu bleiben. „Wir sagen ihnen: Bleibt da, es lohnt sich doch", sagte das SDP-Vorstandsmitglied Steffen Reiche gestern zum Abschluß seines Besuchs in der Bundesrepublik in Bonn. Bereits in den Westen gegangene ehemalige DDR-Bürger sollten zurückkommen. Ihre Erfahrungen würden bei der Reform der DDR gebraucht. „Es mangelt bei uns an guten Leuten", sagte Reiche. Etwa 740 000 Bürger hätten einen Ausreiseantrag gestellt. Mit Angehörigen komme über eine Million Menschen zusammen, die der DDR verloren gehen könnten.

Siehe „Themen des Tages".

DDR-Bürger / Ab 1.11.

Wieder ohne Visum in CSSR

Ostberlin (dpa). DDR-Bürger können vom 1. November an wieder ohne Paß und Visum in die benachbarte CSSR reisen.

Wie die DDR-Nachrichtenagentur ADN am Freitag abend meldete, faßte der DDR-Ministerrat einen entsprechenden Beschluß. Künftig könne der Grenzübertritt in die CSSR „wie vor dem 3. Oktober 1989" mit einem gültigen Personalausweis für Bürger der DDR erfolgen, heißt es weiter bei ADN.

Ostberlin hatte Anfang Oktober den visafreien Reiseverkehr in die CSSR aufgehoben, nachdem Tausende von DDR-Bürgern in die Bonner Botschaft in Prag geflüchtet waren und so ihre Ausreise in die Bundesrepublik durchgesetzt hatten.

Neues Jugendhilferecht

Länderminister: Zu teuer

Bonn (dpa). Der Finanzausschuß des Bundesrates hat das von der Bundesregierung vorgelegte neue Jugendhilferecht aus Kostengründen abgelehnt. Die Länderfinanzminister errechneten Mehrkosten in Höhe von 3,9 bis 4,8 Milliarden DM jährlich, gegenüber 420 Millionen DM, die von der Bundesregierung - allerdings ohne die Kosten für neue Kindergärten - angegeben worden waren.

Die Vertreter der Finanzminister wandten sich nach Angaben des Ausschusses vom Freitag vor allem gegen den Paragraphen 23 des Gesetzentwurfes, der allen Kindern, für deren Wohl dies erforderlich ist, einen Kindergartenplatz sichern soll. Die Finanzminster forderten, die Förderung der Tageseinrichtungen den Ländern nach deren finanziellen Möglichkeiten ohne Auflagen zu überlassen. Im Finanzausschuß haben die SPD-regierten Länder die Mehrheit.

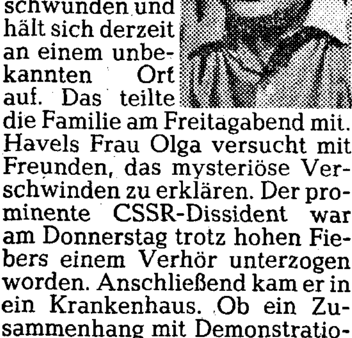
Attentat/Rheinarmee

IRA bedauert Tod des Babys

Dublin/Wildenrath (AP). Die Irisch-Republikanische Armee (IRA) hat sich gestern zu dem Anschlag auf das Privatauto eines britischen Soldaten in Wildenrath bei Mönchengladbach bekannt. Dabei waren am Donnerstag abend ein 34jähriger Unteroffizier und seine sechs Monate alte Tochter getötet worden. Die IRA äußerte in einem Schreiben „tiefes Bedauern" über den Tod des Babys. Die Attentäter hätten von dem Kind nichts gewußt, als sie das Feuer eröffneten. Die britische Rheinarmee verstärkte ihre Sicherheitsvorkehrungen.

Namen und Nachrichten

Havel verschwunden



Der Dramatiker und Bürgerrechtler Vaclav Havel ist wenige Stunden nach seiner Einlieferung in ein Prager Krankenhaus aus dem Spital wieder verschwunden und hält sich derzeit an einem unbekannten Ort auf. Das teilte die Familie am Freitagabend mit. Havels Frau Olga versucht mit Freunden, das mysteriöse Verschwinden zu erklären. Der prominente CSSR-Dissident war am Donnerstag trotz hohen Fiebers einem Verhör unterzogen worden. Anschließend kam er in ein Krankenhaus. Ob ein Zusammenhang mit Demonstrationen am heutigen Gründungstag der Republik besteht, ist nicht bekannt.

Test für Lenin-Leichnam

Sowjetische Experten wollen in den nächsten Monaten den Zustand des einbalsamierten Leichnams des sowjetischen Staatsgründers Lenin überprüfen. Ein Apparat, der Temperatur und Klima im Mausoleum regelt, so erklärte der Arzt Sergej Debow, der seit 1950 für das Lenin-Mausoleum zuständig ist, muß alle 18 Monate gewartet werden. Zu dieser Zeit werde auch „mit speziellen, ausgesuchten Methoden" der Leichnam geprüft.

Bangemann in die DDR

Der frühere Wirtschaftsminister Martin Bangemann reist in der kommenden Woche als erster EG-Kommissar zu einem offiziellen Besuch in die DDR, wo er auch mit dem neuen Staats- und Parteichef Egon Krenz und Ministerpräsident Willi Stoph zusammentreffen wird.

Beobachter nach Namibia

Nach dem UNO-Überwachungskontingent von 50 Bundesgrenzschutzbeamten hat die Bundesregierung gestern auch noch 30 zivile Wahlbeobachter für die Wahlen vom 7. bis 11. November nach Namibia entsandt. Es handelt sich um Freiwillige aus mehreren Bundesministerien, die besonders auf ihre Aufgabe geschult worden sind.

Letzte SS-23 zerstört

Pünktlich um 9 Uhr gestern morgen ist in der Sowjetunion die letzte von insgesamt 957 Mittelstreckenraketen des Typs SS-23 verschrottet worden. In Anwesenheit amerikanischer Inspekteure wurde sie in Kasachstan zerstört.

Kein Schuldeingeständnis



Jean-Pierre Hocke, mit Wirkung vom 1. November vom Amt des UNO-Hochkommissars für Flüchtlingsfragen zurückgetreten, betonte gestern, daß dieser Schritt kein Schuldeingeständnis darstelle. Ihm war in den Medien und vom dänischen Außenministerium vorgeworfen worden, Gelder aus einem eigentlich für Erziehungsprogramme vorgesehenen bestimmten Fonds zur Finanzierung von Flugreisen erster Klasse, zu Repräsentationszwecken und zur Bezahlung von Beraterhonoraren benutzt zu haben. Hocke bestreitet die Vorwürfe.

Noch mehr Analphabeten

Rund 900 Millionen Menschen können weltweit weder lesen noch schreiben. Die Zahl der Analphabeten ist damit in den letzten 30 Jahren um 300 Millionen angestiegen.

DDR-Journalisten, PEN-Schriftsteller sowie Akademie der Künste:

Selbstkritik und neue Forderungen

Berlin (AP/dpa). In Erwartung weiterer Reformen in der DDR haben sich am Freitag auch Journalisten der staatlichen Nachrichtenagentur und prominente Schriftsteller sowie die Akademie der Künste mit weitreichenden Forderungen zu Wort gemeldet.

Für Medienkonferenz

Die Journalisten der bislang einzigen Nachrichtenagentur ADN in der DDR verbreiteten über ihren Dienst eine Erklärung, in der sie forderten, daß die Bevölkerung künftig in den Medien nicht mehr „nicht, schlecht oder gar falsch informiert" werden und die „Selbstherrlichkeit einzelner an die Stelle kollektiver Weisheit" in der Berichterstattung treten dürfe. So schnell wie möglich müßte eine „Medienkonferenz der DDR" einberufen werden.

Unmut und Kritik besonders am SED-Zentralorgan „Neues Deutschland" (ND) hat nach den Worten des früheren DDR-Spionagechefs und jetzigen Schriftstellers Markus Wolf in der SED immer mehr zugenommen. Unter Hinweis auf einen der ersten Kommentare zur Flüchtlingswelle sagte Wolf im Gespräch mit dem ND: „Ich habe mich in meinem Leben – glaube ich – noch nie so geschämt wie an diesem Tag, an dem in den Medien zu lesen war: ‚Wir sollten den Menschen, die uns verlassen haben, keine Träne nachweinen.'

Neun Präsidiumsmitglieder des PEN-Zentrums der DDR, unter ihnen der Schriftsteller Hermlin, forderten in einer Erklärung die Trennung von Gesetzgebung, Regierung und Justiz und faktisch die Einrichtung eines Verfassungsgerichts im anderen deutschen Staat. Um die angekündigten Reformen durchsetzen, bedürfe es „neuer, qualitativ erweiterter Strukturen, darunter des Prinzips der Gewaltenteilung sowie einer grundlegenden, durch Gesetze garantierten Öffnung", erklärten die Schriftsteller.

Der Präsident des Zentrums, Heinz Kamnitzer, erklärte aus Protest gegen die Äußerungen seiner Kollegen den Rücktritt. Nach seiner Satzung dürfe sich der internationale Schriftstellerverband „weder für noch gegen eine Gesellschaftsordnung oder Staatsverfassung aussprechen".

Die Akademie der Künste hat sich auf einer außerordentlichen Vollversammlung für „eine Erneuerung der DDR an Haupt und Gliedern" ausgesprochen. Ferner wurde die Hoffnung geäußert, „es möge uns auf deutschem Boden eine sozialistische Reformation gelingen". In der von Akademie-Präsident Manfred Wekwerth, der auch Intendant des Berliner Ensembles ist, am Freitag im DDR-Fernsehen verlesenen Erklärung heißt es: „Endlich, um Jahre zu spät, die Erkenntnis, daß wir von der Sowjetunion die Umgestaltung lernen werden und müssen."

Berichte über Dresden

Die DDR-Zeitungen berichteten gestern auch wieder ausführlich über die Demonstrationen von Donnerstag abend. In Dresden hatten Hunderttausende auf Plätzen, in Schulen und Filmtheatern diskutiert. In Rostock gab es verschiedene Foren. Auch in Erfurt und Frankfurt an der Oder kam es zu Demonstrationen.

Pauschalierung gefordert

SPD und Union: Mehr Wohngeld

Bonn (dpa). Nicht nur die SPD, sondern auch die Union verlangte gestern im Bundestag für 1990 eine allgemeine Anpassung des Wohngeldes für die jetzt 1,9 Millionen Berechtigten. Beide Fraktionen forderten die Bundesregierung „nachdrücklich" auf, nach jahrelangen Verzögerungen auch eine Pauschalierung des Wohngeldes für Sozialhilfeempfänger vorzusehen, um ihnen das aufwendige Anrechungsverfahren bei der Bemessung des Wohngeldes zu ersparen.

Der Bundestag beschloß gestern die teilweise Wohngelderhöhung für Gebiete mit überdurchschnittlich hohen Mieten zum 1. Januar 1990. Betroffen sind etwa 90 000 Wohngeldempfänger, die je nach Haushaltsgröße ein um zehn bis 20 DM erhöhtes Wohngeld pro Monat erhalten sollen. Zu den betroffenen Gebieten gehören die Städte Frankfurt und München. Zudem werden 60 weitere Gemeinden und Kreise in sieben Ländern mit überdurchschnittlichem Mietanstieg in eine höhere Wohngeldstufe eingegliedert.

Kohl / Deutsche in Polen

„Kein Streit um Gesprächsort"

Bonn (dpa). Die Bundesregierung ist am Freitag dem Eindruck eines deutsch-polnischen Streits um den Ort eines geplanten Gesprächs von Bundeskanzler Kohl mit Vertretern der deutschen Minderheit in Polen entgegengetreten. Ein Treffen Kohls mit Vertretern der deutschen Minderheit in St. Annaberg in Oberschlesien sei nie geplant gewesen, meinten Regierungssprecher Klein und Vertreter des Kanzleramts.

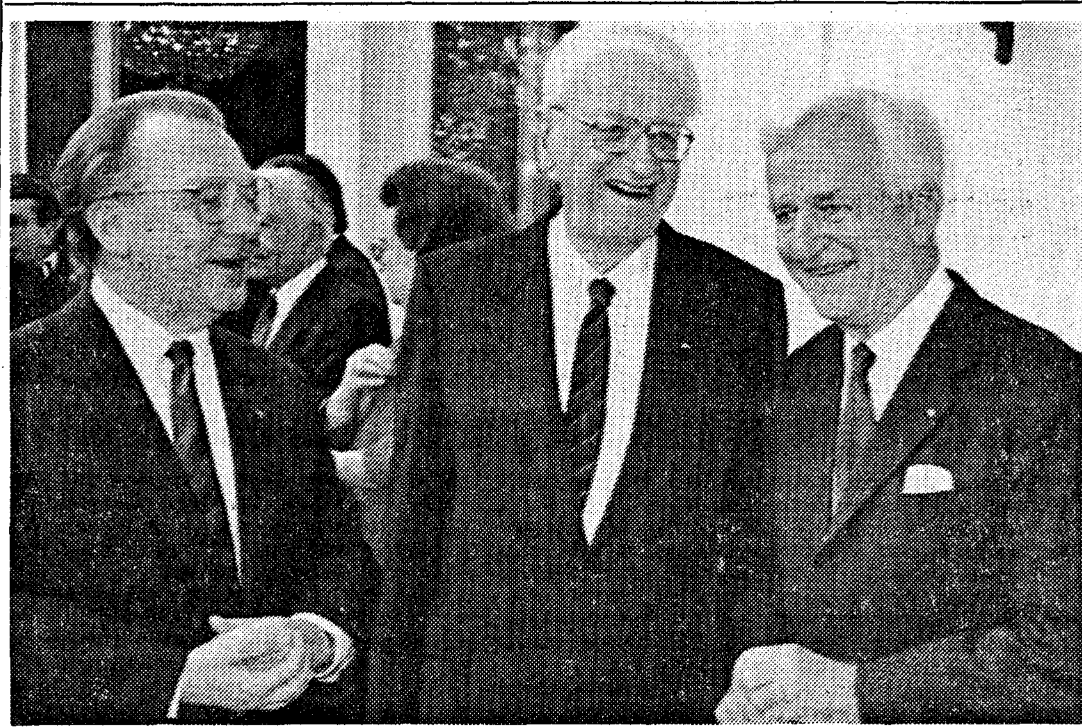
Die Begegnung werde im Rahmen der Kohl-Reise vom 9. bis 14. November in Warschau stattfinden. Der Kanzler habe frühzeitig den Wunsch geäußert, das Kloster Annaberg zu besuchen, ohne dies an die Bedingung eines Treffens mit deutschstämmigen Polen in Annaberg zu knüpfen, hieß es.

Polens Außenminister Skubiszewski hatte zuvor die Wahl des Orts Annaberg für eine Begegnung als „nicht glücklich" bezeichnet. Er erinnerte an die blutigen Auseinandersetzungen zwischen Polen und Deutschen auf dem Annaberg in den 20er Jahren, für Polen habe dieser Ort „patriotische Bedeutung".

ZDF-Informationen / Neues Grundsatzpapier

Wollen Liberale und CDU Nationale Front verlassen?

Mainz/Berlin (AP). Bei CDU und Liberalen in der DDR gibt es nach Informationen des ZDF starke Kräfte, die ein Ausscheiden dieser Blockparteien aus der Nationalen Front betreiben. Wie der Sender am Freitag berichtete, wird in den Parteien erwogen, sich bei den nächsten Wahlen selbständig um Wähler zu bemühen, ohne sich von der SED eine Quote zuteilen zu lassen. Die CDU verlangte zugleich in einem Grundsatzpapier „ein grundlegend verändertes öffentliches Leben". Es wird die „unbedingte Gleichberechtigung" aller Bürger gefordert.



EINE EINLADUNG ZUM BUNDESPRÄSIDENTEN gab es gestern für den Tübinger Politikwissenschaftler und Staatsrechler Professor Theodor Eschenburg (Mitte), der am 24. Oktober seinen 85. Geburtstag gefeiert hatte. Richard von Weizsäcker würdigte bei einem Essen in der Villa Hammerschmidt das Wirken des gebürtigen Kielers, der einer breiteren Öffentlichkeit durch seine unkonventionelle, oft beißende Kritik an öffentlichen Mißständen bekannt wurde. Das hohe Ansehen Eschenburgs in Baden-Württemberg wurde unterstrichen durch die Anwesenheit von Ministerpräsident Lothar Späth. (dpa-Funkbild)

Warschauer Pakt-Treffen beendet

Osteuropa möchte Spaltung überwinden

Warschau (dpa). Die Außenminister des Warschauer Pakts haben sich am Freitag zum Abschluß einer zweitägigen Konferenz in Warschau für die schrittweise Überwindung der Spaltung Europas und der „Überreste des kalten Krieges" ausgesprochen. Sie betonten bei diesem ersten Treffen eines hohen Gremiums des Warschauer Pakts seit dem Amtsantritt eines nichtkommunistischen Regierungschefs in Polen, daß die Wahrung des Rechts eines jeden Volkes auf „die freie Wahl seines gesellschaftlichen, politischen und wirtschaftlichen Entwicklungsweges" Voraussetzung für ein „friedliches und unteilbares Europa ist".

Das polnische Außenministerium versicherte, der Gastgeber und erste polnische Nichtkommunist in diesem Gremium, Außenminister Skubiszewski, habe seine Gäste „stark beeindruckt". Dies hätten ihm alle Außenminister vor ihrer Abreise versichert. Die noch im August von Rumäniens Staatschef Ceausescu wegen der Entwicklung in Polen geforderte Intervention des Warschauer Pakts sei bei dem Treffen in Warschau nicht erörtert worden.

Wie von polnischer Seite weiter zu erfahren war, sei während der Konferenz auf die Notwendigkeit von Änderungen in der Funktionsweise des Pakts hingewiesen worden, wobei die Orientierung von der militärischen auf die politische Ebene verlegt werden sollte. Polen habe betont, daß Verträge und Verpflichtungen im Pakt sich nur auf die außenpolitische Sicherheit beziehen, nicht jedoch auf die innenpolitische Entwicklung in den Mitgliedstaaten.

Im offiziellen Kommunique wird die Auffassung vertreten, daß „jegliche Versuche, die Lage zu destabilisieren," dem Prozeß der Sicherheit in Europa schaden. Dazu gehöre, „die nach dem Krieg entstandenen Grenzen in Frage zu stellen". In Abrüstungsfragen wird die Bereitschaft der Außenminister unterstrichen, sich bei den Wiener Verhandlungen dafür einzusetzen, daß schon im kommenden Jahr ein erster Vertrag über eine radikale Reduzierung der Streitkräfte und konventionellen Rüstung erreicht werden kann.

Siehe auch Kommentar

KKW-Unfall / Spanischer Sicherheitsrat

„Bislang schwerster Störfall"

Madrid (dpa). Der für die Sicherheit der spanischen Kernkraftwerke zuständige Nationale Atomsicherheitsrat (CSN) hat den Brand in dem Atomkraftwerk Vandellos I bei Tarragona vom 19. Oktober als „bislang schwersten Störfall in einem spanischen Kernkraftwerk" bezeichnet. In einem Kommunique heißt es, nach dem Ausfall mehrerer Sicherheitssysteme sei es jedoch gelungen, „die kritische Situation zu meistern, die die schwierige Lage in dem Kernkraftwerk nach dem Brand und der Überschwemmung (mit Lösch- und Kühlwasser) entstehen ließ". Es sei aber keinerlei Radioaktivität ausgetreten.

US-Chemiewaffen

Abzug schon 1990 beendet?

Bonn (dpa). Der Abzug der US-Chemiewaffen aus der Bundesrepublik wird nach Angaben des amerikanischen Verteidigungsministers Cheney wahrscheinlich schon im nächsten Jahr beendet. Wie Cheney am Freitag nachmittag zum Abschluß seines kurzen Besuches in Bonn vor Journalisten sagte, werde der Abzug spätestens jedoch 1991 komplett abgeschlossen sein.

In einer Aktuellen Stunde des Bundestages hatte der Staatssekretär im Verteidigungsministerium, Wimmer (CDU), mitgeteilt, der Abzug werde nach deutschen Sicherheitsbestimmungen erfolgen. Die Waffen würden auf dem Johnston-Atoll im Pazifik vernichtet.

Cheney erläuterte vor der Presse, die Kurzstreckenraketen - die Nachfolgesysteme für die „Lance" - würden „national" in den USA weiterentwickelt. Über eine Stationierung in der Bundesrepublik werde 1992 entschieden.

Gelder für Osten

Rühe sieht Nato-Dimension

Bonn (dpa). Die Wirtschaftshilfen der Bundesrepublik für Polen und Ungarn sollten nach Ansicht von CDU-Generalsekretär Rühe im Rahmen des Nato-Bündnisses als Verteidigungslasten Bonns angerechnet werden. Die Hilfen für Polen und Ungarn hätten eine „sicherheitspolitische Dimension", sagte Rühe. Die Bundesrepublik sei der „entscheidende Problemlöser für Mitteleuropa", meinte er. „Wenn wir dort die Reformen stützen, tragen wir erheblich zur Sicherheit in Europa bei."

Bund der Steuerzahler

Anzeige wegen Bundestagsbau

Bonn (dpa). Wegen der angekündigten drastischen Kostensteigerungen beim Neubau des Bundestages (von 202 auf 256 Millionen DM) hat der Bund der Steuerzahler jetzt Strafanzeige wegen des Verdachts der Untreue bei der Bonner Staatsanwaltschaft gestellt. Das wurde am Freitag bekannt. Die Staatsanwaltschaft ermittelt bereits wegen Kostenüberschreitungen beim Gästehaus des Bundes auf dem Petersberg. Hier hatte der Bund der Steuerzahler Anfang August Strafanzeige gestellt.

Kolumbien/Attentat von Drogenmafia verübt?

Polizisten bei Anschlag getötet

Bogota (dpa). Bei einem Bombenanschlag auf einen mit 40 Polizisten besetzten Omnibus in der kolumbianischen Stadt Medellin sind fünf Beamte getötet und 20 weitere zum Teil lebensgefährlich verletzt worden. Polizeisprecher äußerten gestern den Verdacht, daß der Anschlag am Vorabend von einem Kommando der Rauschgift-Mafia verübt wurde.

HESSISCHE/NIEDERSÄCHSISCHE
ALLGEMEINE

Herausgeber
Rainer Dierichs, Dr. Dietrich Batz, Achim von Roos

Chefredakteur
Lothar Orzechowski

Stellv. Chefredakteure
Wolfgang Rossbach, Peter M. Zitzmann

Verantwortliche Redakteure
Chef vom Dienst: Horst Kröninger. Chef Nachrichten: Rainer Merforth. Politik: Jochen Prater. Blick in die Zeit: Walter Schütz. Wirtschaft und Sozialpolitik: Horst Seidenfaden, Kultur: Dirk Schwarze, i. V. Claudia Sandner-v.Dehn, M. A., Frau u. Reise: Ilse Methe-Huber. Sport: Rolf Wiesemann, i. V. Ulrich Fuhrmann. Sonntagszeit: Frank Thonicke. Kassel Stadt und Land: Wolfgang Rossbach. Bezirksredaktionen: Peter M. Zitzmann. Koordination: Helmut Lehnart. Hessen/Niedersachsen: Eberhard Heinemann. Chefreporter: Karl-Hermann Huhn. Sonderthemen: Peter Ochs.

Redaktion Wiesbaden: Rolf Effenberger. Redaktion Hannover: Harald Birkenbeul. Redaktion Bonn: Hans Ludwig Laucht.

Verlagsleitung
Dr. Dietrich Batz, Rainer Dierichs, Wigbert H. Schacht. Anzeigenleiter: Horst Prehm. Vertriebsleiter: Gerd Lühring.

Verlag Dierichs GmbH & Co KG, Frankfurter Str. 168, Postfach 10 10 09, 3500 Kassel, Ruf 05 61 / 20 3-0. Tel. Anzeigenannahme 05 61 / 20 3-3. Fernschreib-Nr. 99 635. Telekopierer 05 61 /20 36. Teletex 5 61 81 10. Postgirokonto 155132-608 Frankfurt/M. Anzeigenpreisliste Nr. 29. Monatlicher Abonnementspreis DM 25,60 inkl. Zustellung und 7 % MwSt. (Postbezugspreis 28,50 DM).

Die Beendigung des Abonnements ist nur mit schriftlicher Kündigungserklärung unter Einhaltung einer Frist von einem Monat zum Monatsende möglich; die Frist läuft ab Zugang der schriftlichen Kündigungserklärung.

Auflage werktags über 270 000 Exemplare in Tarifgemeinschaft mit „Oberhessische Presse", Marburg, „Hersfelder Zeitung", „Werra-Rundschau", Eschwege, „Harzkurier", Herzberg.

Auflage „Sonntagszeit" über 200 000 Exemplare.

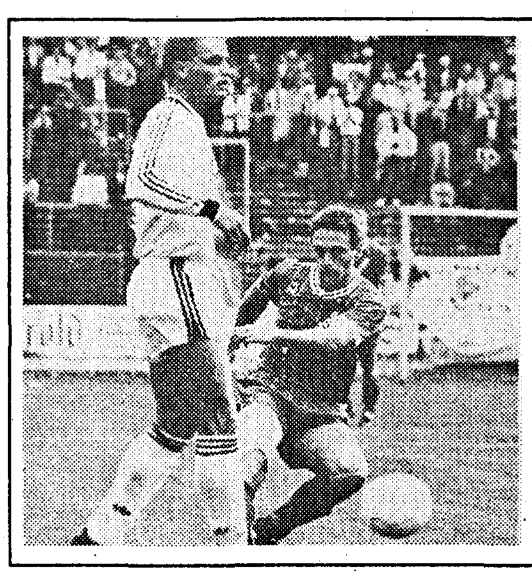
Herstellung Druckhaus Dierichs, Frankfurter Straße 168, 3500 Kassel.

HNA
HESSISCHE/NIEDERSÄCHSISCHE
ALLGEMEINE

HESSISCHE ALLGEMEINE

KASSEL
1 P 3713 A

UNABHÄNGIG · KASSELER ZEITUNG · NICHT PARTEIGEBUNDEN
Preis 1,10 DM · Nr. 253 · Montag, 30. 10. 1989 · Ruf (05 61) 203-0 · Anzeigen 203-3



2. Bundesliga: Hertha stürmt Spitze

Kassels fünfte Heimniederlage – 0:3

In der 2. Fußball-Bundesliga stürmte Hertha BSC Berlin am Sonntag durch einen 3:1-Sieg über Alemannia Aachen an die Tabellenspitze. Dagegen kommt Aufsteiger KSV Hessen Kassel einfach nicht aus dem „Keller" heraus: Mit dem 0:3 (0:0) gegen Wattenscheid 09 handelten sich die Hessen bereits die fünfte Saison-Heimniederlage ein, die sie mit schon beträchtlichem Abstand zum „rettenden Ufer" am Ende des 20er-Feldes beläßt. Auf unserem Haun-Foto erwischt der Kasseler Drube (rechts) das Leder vor Wattenscheids Bach.

Eishockey

Torfestival der DEG

In der Eishockey-Bundesliga bleibt die Düsseldorfer EG auf eigenem Eis eine Macht. Im Gipfeltreffen feierte der Spitzenreiter ein 9:2-Schützenfest gegen Schwenningen. In Rosenheim entführte der Kölner EC mit 4:1 beide Punkte vom Meister SB.

Curren gewinnt in Frankfurt

13. Turniersieg 1989 für Steffi Graf

Steffi Graf hat ihren 13. Turniersieg 1989, den insgesamt 42. in ihrer Karriere, perfekt gemacht: Zum drittenmal nach 1986 und 1988 gewann die Tennis-Weltranglistenerste aus Brühl mit einem 7:5, 6:4 nach 1:14 Stunden über die erst 15jährige Jugoslawin Monica Seles den mit 250 000 Dollar dotierten Damen-Grand-Prix von Brighton.

In Frankfurt entschied der Amerikaner Kevin Curren das Finale des mit 237 000 Dolar dotierten Herren-Turniers mit 6:2, 7:5 gegen Pedr Korda aus der CSSR für sich.

Diskussionen mit SED-Politikern

Schweigeminute in Ostberlin für die Mauer-Opfer

Berlin (AP/dpa). Mehrere zehntausend DDR-Bürger haben am Wochenende in der DDR den Dialog mit den Machthabern gesucht und für mehr Freiheiten demonstriert. Allein in Ostberlin kamen weit über 20 000 Menschen am Sonntag zu einem „Stadtgespräch". Mit einer Schweigeminute gedachte die Versammlung der Menschen, die bei Fluchtversuchen an der Mauer ums Leben gekommen waren.

Zu dem sogenannten Stadtgespräch unter dem Motto „Offene Türen - Offene Worte" vor dem Roten Rathaus und in den – völlig überfüllten – Sälen in der Kongreßhalle hatte Ostberlins Oberbürgermeister Krack eingeladen. In einer Erklärung für die Toten an der Mauer sagte ein Redner auf der Versammlung, man müsse derer gedenken, die ihr Leben verloren hätten, weil sei einmal in ihrem Leben einen anderen Teil der Welt

Mehr über die Versammlung vor dem Roten Rathaus auf „Themen des Tages".

sehen wollten. Wenn der Reformprozeß zu einem besseren Sozialismus führe, müsse man wenigstens der Toten gedenken. Sie seien Opfer einer Politik, die mit den Realitäten nicht übereingestimmt habe. Die Menge nahm die Erklärung mit starkem Beifall auf.

Themen der mehrstündigen Veranstaltung mit Vertretern aus Politik, Wirtschaft, Kultur, Wissenschaft, der Staatsanwaltschaft und Volkspolizei waren unter anderem die führende Rolle der SED und die Wahlgesetzgebung. Die Diskussion wurde zeitweilig von Buh-Rufen begleitet.

SED-Politbüromitglied Schabowski verwies darauf, die eingeleiteten Prozesse seien auch das Resultat von „Auseinandersetzungen im Zentralkomitee". Er fügte nach Angaben der DDR-Nachrichtenagentur ADN hinzu, diese Auseinandersetzungen würden weitergehen. Auf Fragen nach Zulassung der „Opposition" meinte er, man müsse definieren, was darunter zu verstehen sei.

Großen Beifall erhielt Schabowski für seine Äußerung: „Die Demo wird zur politischen Kultur in Berlin gehören." Die DDR-Behörden genehmigten eine für den 4. November geplante Massendemonstration in Ostberlin, zu der Hunderttausende erwartet werden.

Fortsetzung nächste Seite



MIT ERHOBENEN HÄNDEN gedachten gestern DDR-Bürger während des „Sonntagsgesprächs" vor dem Roten Rathaus in Ostberlin der Opfer an der Berliner Mauer. (dpa-Funkbild)

Bundeswehrplanung für Mitte der 90er Jahre

Nur noch 420 000 Soldaten

Bonn (dpa). Die Bundeswehr wird Mitte der 90er Jahre nur noch 420 000 aktive Soldaten umfassen. Wie am Sonntag in Bonn von zuständiger Seite bestätigt wurde, hat die Bundeswehrspitze auf einer geheimen Klausurtagung am Samstag diese neue Struktur für die Streitkräfte beschlossen. Die Planungen gingen bisher von einer Stärke von 456 000 Soldaten aus. Unter dem Druck der geburtenschwachen Jahrgänge und der fehlenden Finanzmittel seien diese Vorstellungen nicht zu halten gewesen, wurde von Offizieren erläutert.

Zu den 420 000 aktiven Soldaten kommen bei der Friedensstärke noch 50 000 Reservisten hinzu. Diese Zahl setzt sich aus 40 000 Soldaten in einer besonderen Verfügungsbereitschaft und 10 000 Wehrübungsplätzen zusammen.

Die drei Teilstreitkräfte werden um insgesamt 36 000 Mann verringert. Das Heer wird ab Mitte des nächsten Jahrzehnts nur noch 297 000, die Luftwaffe 91 200 und die Marine 31 800

Sind Soldaten potentielle Mörder? Ein Urteil des Landgerichtes Frankfurt schlägt Wellen. Den Wortlaut der Begründung dokumentieren wir auf „Themen des Tages".

Soldaten zählen. Die zwölf Divisionen bleiben erhalten. Es wird 42 Brigaden mit unterschiedlichem Präsenzgrad geben.

Die einschneidendsten Eingriffe werden bei Marine und Luftwaffe vorgenommen. So ist beabsichtigt, beispielsweise die Flotte der Schnellboote von 40 auf 20 Einheiten zu halbieren. Das Heer wird sich aus neun mechnanisierten und drei luftbeweglichen Divisionen zusammensetzen. Die „Nato-Fregatte 90", die mit anderen Verbündeten gebaut werden sollte, wird aller Voraussicht nach gestrichen. Das Milliarden-Projekt des „Jägers 90" wird nach Auskunft von Offizieren zumindest was die Zahl der zu beschaffenden Flugzeuge angeht ebenfalls auf den Prüfstand gesetzt.

Der Sprecher des Verteidigungsministeriums, Oberst Dunkel, sagte, er könne keine Zahlen bestätigen. Endgültige Entscheidungen zu den alternativen Planungen, die Generalinspekteur Dieter Wellershoff vorgeschlagen habe, würden erst nach den Beratungen in der Bundesregierung getroffen.

Reisefreiheit / Devisen

Vogel: DDR soll Einnahmen aus Zwangsumtausch weitergeben

Bonn (AP). Der SPD-Parteivorsitzende Vogel hat die neue Führung in Ostberlin aufgefordert, den DDR-Bürgern die Einnahmen aus dem Zwangsumtausch für Westreisen zur Verfügung zu stellen. In einem Interview sagte Vogel, für die in Aussicht gestellte Reisefreiheit wäre es sinnvoll, „daß die DDR das DM-Aufkommen aus dem Zwangsaustausch dafür verwendet, ihren Bürgern den Eintausch von DM für Westreisen zu ermöglichen".

Der SPD-Bundestagsabgeordnete Büchler schlug die Einsetzung einer Devisenkommission beider Staaten vor. Er regte an, den Umtausch von Ost-Mark in DM bei bundesdeutschen Banken zu einem für DDR-Bürger annehmbaren Kurs zu ermöglichen. Das Begrüßungsgeld könnte dann abgeschafft, die Ost-Mark von den Banken bei der Bundesbank wieder eingetauscht werden. Einen Teil des Geldes – also der Kosten – sollte der Bund übernehmen anstelle des Begrüßungsgeldes, ein weiterer Teil solle von der DDR zurückgenommen werden, die ja Devisen aus dem Zwangsumtausch erhalte. „Denn es geht nicht an, daß der angekündigte freie Reiseverkehr ... allein von uns finanziert wird", meinte er.

Ablehnend zeigte sich CDU-Generalsekretär Rühe gegenüber Vorschlägen, die DDR bei einer Ausweitung von Westreisen ihrer Bürger mit Devisen zu unterstützen. Es sei Aufgabe der DDR, die Reisefreiheit auch zu finanzieren.

Moskau: Jedes Land hat Recht auf freie Entscheidung

Keine Einwände gegen deutsche Einheit

Washington (AP). Die Sowjetunion hat nach offiziellen Angaben keine grundsätzlichen Einwände gegen eine Vereinigung der beiden deutschen Staaten oder einen Austritt Ungarns aus dem Warschauer Pakt. Parteisprecher Nikolai Schischlin sagte am Sonntag in einem amerikanischen Fernsehinterview, die Lage in der DDR werde sich gewiß durch ihr Recht auf freie Entscheidungen ändern, und er fügte hinzu: „Alles hängt von den Deutschen ab." Auf die Frage, ob die Berliner Mauer fallen könne, sagte er: „Ich hoffe, daß alles geändert wird."

Außenamtssprecher Gennadi Gerassimow sagte in einem anderen Interview, Ungarn, Polen und jedes andere Land hätten ihren eigenen Weg, über den sie entschieden, ohne daß sich die Sowjetunion einmische. „Es ist ihre Sache. Und wir schauen, schauen sehr genau, aber wir mischen uns nicht ein", sagte Gerassimow in einer gemeinsamen Sendung mehrerer US-Fernsehsender. Diese neue sowjetische Doktrin könne als „die Frank-Sinatra-Doktrin" bezeichnet werden nach dessen Lied 'I did it my way' (Ich bin meinen Weg gegangen'), sagte Gerassimow.

Zu Veränderungen in der DDR sagte Schischlin: „Niemand kann sagen, was geschehen wird. Aber ich bin sicher, daß diese Lage geändert werden sollte und geändert werden wird." Alles hänge von den Deutschen ab. Es sei erforderlich, das sowjetische Interesse zu verstehen, die Lage in Europa nicht zu destabilisieren. „Lassen Sie uns ein bißchen warten, und ich denke, wir werden eine neue Lage vorfinden."

Zum Tage

Weltknausertag

Spare in der Zeit, dann hast Du in der Not – wenn sich alle an diesen Spruch aus alten Tagen hielten, gäbe es heute zum Weltspartag allerdings keine Luftballons und Lineale, keine Kulis und Schweinchen umsonst: Die Sparkassen wären nämlich pleite. Denn wer nicht auf Pump lebt, ist von den Instituten in Wahrheit gar nicht gern gesehen. Existieren sie doch von winzigen, dem klitzekleinen Unterschied zwischen Zinsen, die sie für Sparbücher zahlen, und Zinsen, die sie für Kredite einnehmen.

Folglich müßten sie eigentlich lieber einen „Weltschuldentag" feiern. Aber da sei der erhobene Zeigefinger vor: Sparen wird den Kindern seit jeher als Tugend gepriesen, während Schuldenmachen Bähbäh ist. Spätestens dann, wenn aus den lieben Kleinen Teenager werden, schlagen Banker und Sparkassenberater den großen Salto Mortale der Geldwirtschaft und erklären, warum im Zusammenspiel von Sparen und Verschulden erst die moderne Gesellschaft perfekt wird.

Der Tag der Sparbuchbesitzer jedenfalls ist das heute nicht: Die Teuerung verschlingt den mageren Spareckzins mittlerweile mühelos. Weil er nicht rechtzeitig und nachhaltig angehoben wurde, könnten sie den heutigen Tag folglich zum Weltknausertag erklären – oder umsteigen auf andere Sparformen.

Rainer Merforth

Bennigsen-Foerder

Veba-Chef gestorben



Düsseldorf (AP). Rudolf von Bennigsen-Foerder (Foto), Vorstandschef des Veba-Konzerns und einer der herausragendsten Unternehmer in der Bundesrepublik, ist im Alter von 63 Jahren gestorben. Wie ein Sprecher der Strom-, Öl- und Chemiegesellschaft am Sonntag mitteilte, erlag Bennigsen-Foerder am Samstag den Folgen einer Lungenentzündung.

Über die Nachfolge Bennigsen-Foerders an der Spitze des viertgrößten deutschen Industrieunternehmens werden Vorstand und Aufsichtsrat des Konzerns in den nächsten Tagen entscheiden. Der Tod des seit 18 Jahren amtierenden Vorstandsvorsitzenden sei für das Unternehmen ein schwerer Schlag, hieß es in der Düsseldorfer Konzernzentrale. Bennigsen-Foerder habe aber „ein bestelltes Haus" hinterlassen.

In diesem Jahr erregte Bennigsen-Foerder Aufsehen mit der Vereinbarung zwischen Veba und der französischen Cogema über die Entsorgung von Atomkraftwerken. Diese Verbindung bedeutete das Aus für die umstrittene Wiederaufarbeitungsanlage für abgebrannte Uranbrennstäbe in Wackersdorf.

Lotto- und Totozahlen

Lotto: 3, 21, 24, 25, 32, 34 Zusatzzahl: 17.
Toto: 0, 1, 2, 2, 2, 1, 2, 0, 1, 0, 2.
Auswahlwette: 1, 25, 27, 37, 42, 43 Zusatzspiel: 24.
Rennquintett:
Rennen A: 6, 2, 3.
Rennen B: 23, 25, 21
Spiel 77: 9 8 9 4 5 3 2
Süddeutsche Klassenlotterie:
Großes Los der Woche: 299 522 (2 Millionen DM) und 855 114 (1 Million DM). Ohne Gewähr

Namen und Nachrichten

SPD: Fünf statt zehn

Eine Neugliederung des Bundesgebietes mit künftig fünf statt zehn Bundesländern schlägt der Hamburger Bevollmächtigte beim Bund, Senator Horst Gobrecht (SPD) vor. Nur so könne die Bundesrepublik im EG-Konkurrenzkampf bestehen. Dabei sollten Hamburg, Bremen, Niedersachsen und Schleswig-Holstein zu einem Nordstaat verbunden werden. In der Mitte sollten sich die Länder Hessen, Rheinland-Pfalz und das Saarland zu einem Rhein-Main-Saar-Staat zusammenschließen. Bayern, Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen bleiben erhalten. Und Berlin bleibe wegen seines besonderen Status unberührt.



REP-Spaltung im Saarland

Im Saarland haben sich die rechtsradikalen Republikaner in zwei Parteien gespalten. Zeitgleich zu einem Landesparteitag in Saarlouis gründeten am Samstag 22 ehemalige Republikaner am selben Ort die „Liberalen Republikaner Saar". Zu ihrem Vorsitzenden wählten sie den 49jährigen Helmuth Keßler, der erst vor vier Wochen aus Protest gegen eine Rechtslastigkeit des Parteivorstands vom Amt des Landesvorsitzenden zurückgetreten war.

„Pluralismus notwendig"

Bulgariens KP-Chef Todor Schiwkow hat Pluralismus als eine Notwendigkeit für jede zivilisierte Gesellschaft bezeichnet. Nach bulgarischen Presseberichten vom Sonntag erklärte Schiwkow, ein Umbau der Gesellschaft sei ohne Mehrparteiensystem undenkbar. Damit sprach erstmals ein hochrangiger bulgarischer Politiker von der Möglichkeit politischer Reformen. Bisher war die Opposition massiven Repressalien unterworfen.

Thatcher unter Beschuß

Die britische Premierministerin Margaret Thatcher steht nach dem Rücktritt ihres Finanzministers unter schwerem Beschuß. Nach einer Umfrage verlangen 54 Prozent der Briten ihren Rücktritt. Nach einer anderen Umfrage sagten 47 Prozent, die Regierungschefin habe deutlich an Vertrauen eingebüßt.

Spöri: Praxis ändern

Eine Änderung der „großdeutschen Anerkennungspraxis" hat SPD-Vorstandsmitglied Dieter Spöri gefordert, da sie dem Geist des Grundgesetzes widerspreche. Von den etwa drei Millionen, die in den osteuropäischen Ländern eine Anerkennung als deutsche Staatsbürger anstreben, erfüllten mindestens 70 Prozent nicht die von unserer Verfassung verlangten Voraussetzungen. Spöri betonte, wenn Aussiedler nachweisen müßten, daß sie „vertrieben" worden seien, würde dies „eine Verringerung des Zustroms zur Folge haben und damit eine Entschärfung sozialer Spannungen". Auch der Abbau „unangemessener Geldanreize" würde den Zuwanderungsdruck mindern.



NRW-Grüne wollen mit SPD

Die Grünen in Nordrhein-Westfalen haben sich für eine rot-grüne Koalition an Rhein und Ruhr ausgesprochen. Ein solches Bündnis nach den Landtagswahlen im Mai 1990 mache aber „nur Sinn bei einem tatsächlichen politischen Kurswechsel".

Demonstration in Prag

355 wurden festgenommen

Prag (dpa). Bei dem Polizeieinsatz gegen die Massendemonstration am Samstag in Prag wurden nach offiziellen Angaben 355 Personen, darunter 17 Ausländer, festgenommen. Sieben Demonstranten und drei Polizisten seien verletzt worden, hieß es am Sonntag. Die Zusammenstöße, bei denen die Polizei massiv Schlagstöcke einsetzte, dauerten bis in die Abendstunden.

Im Vorfeld des 71. Jahrestages der Gründung der ersten tschechoslowakischen Republik waren viele Bürgerrechtler vorübergehend in „Schutzhaft" genommen worden, um sie daran zu hindern, an Demonstrationen teilzunehmen.

Havel im Krankenhaus

Für Verwirrung sorgten am Wochenende offizielle Fehlinformationen über den Aufenthalt von Vaclav Havel, der am Donnerstag abend in seiner Wohnung trotz hohen Fiebers von Polizisten aus dem Bett geholt worden war. Zunächst hatte die Krankenhausleitung mitgeteilt, Havel sei am Freitag nachmittag aus der Klinik verschwunden und in der Nacht zum Samstag wieder zurückgekehrt. Am Sonntag räumte die Krankenhausleitung ein, Havel habe das Haus überhaupt nicht verlassen. Havels Frau Olga und sein Bruder Ivan, die ihn im Krankenhaus besuchen wollten, wurden am Samstag beim Verlassen der Klinik festgenommen.

Sozialausschüsse:

„Baukindergeld verdoppeln"

Bonn/Berlin (AP). Die CDU-Sozialausschüsse und die SPD haben am Wochenende zusätzliche Maßnahmen zur Behebung der Wohnungsknappheit vorgeschlagen. Der Vorsitzende der CDA, Ulf Fink, plädierte dafür, den direkten Zuschuß an Eltern, die bauen wollten (Baukindergeld), von 750 auf 1500 DM pro Kind zu verdoppeln. Außerdem sollten Familien, die bauen oder Wohneigentum erwerben wollten, zinsgünstige Darlehen angeboten werden.

Die finanzpolitische Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion, Ingrid Mattäus-Maier, forderte ein Programm für den sozialen Wohnungsbau, wozu eine Milliarde DM aus den vier Milliarden umfassenden Etatmitteln für militärische Bauten im Etat 1990 abgezweigt werden sollten. Davon könnten wenigstens 10 000 Wohnungen gebaut werden.

Südafrika / Befreiungsbewegung

Schwarze: Noch kein Ende des Kampfes

Johannesburg (dpa). Die Befreiungsbewegung Afrikanischer Nationalkongreß (ANC) ist vorläufig nicht bereit, den bewaffneten Kampf gegen die südafrikanische Regierung aufzugeben. Dieser Kampf müsse zunächst „noch intensiver geführt werden", forderte der frühere ANC-Generalsekretär Walter Sisulu am Sonntag auf einer Massenkundgebung in der Schwarzensiedlung Soweto bei Johannesburg.

Etwa 80 000 Menschen bereiteten dem 77jährigen, der zwei Wochen zuvor mit sieben anderen politischen Häftlingen freigelassen worden war, in dem Fußballstadion von Soweto einen begeisterten Empfang. Die Behörden hatten die formell als Begrüßungsfeier bezeichnete Kundgebung genehmigt, obschon sie inoffiziell als erste Veranstaltung des ANC in der Republik Südafrika seit dem Verbot der Organisation vor 24 Jahren bezeichnet wurde.

Sisulu, der 1964 zusammen mit dem immer noch inhaftierten schwarzen Nationalistenführer Nelson Mandela wegen Sabotage zu lebenslanger Haft verurteilt worden war, nannte Voraussetzungen für „Verhandlungen über die Einstellung der Feindseligkeiten auf beiden Seiten". Dazu gehöre die Freilassung aller politischen Häftlinge, die Aufhebung der Verbote von Organisationen, uneingeschränkte Betätigungsmöglichkeiten für Organisationen und Personen sowie die Beendigung des Ausnahmerechts.

Der Kampfgefährte Mandelas wies auch den Plan Pretorias zurück, durch separate Wahlen die politischen Führer der schwarzen Bevölkerungsmehrheit zu ermitteln. Stattdessen müßten alle Südafrikaner bei der Wahl einer verfassunggebenden Versammlung stimmberechtigt sein, forderte Sisulu.

Die Regierung unter ihrem neuen Präsidenten Frederik de Klerk hat erklärt, sie werde die Vorherrschaft der Weißen abbauen, ohne jedoch ein demokratisches Wahlrecht nach dem Prinzip „Eine Stimme für jedermann" einzuführen. Das würde nach Meinung Pretorias zur Vorherrschaft der Schwarzen führen, die bisher kein nationales Wahlrecht besitzen.



DIE BISHER GRÖSSTE VERANSTALTUNG der Opposition in der Geschichte Südafrikas vereinigte am Sonntag rund 80 000 Menschen im Stadion von Soweto bei Johannesburg. Jubelnd wurden sieben kürzlich aus der Haft entlassene Schwarzenführer begrüßt. (dpa-Funkbild)

Neues SPD-Programm

Größter Bezirk übt Kritik

Hagen (dpa). Nach anderen Untergliederungen der Partei (Schleswig-Holstein, Hamburg, Baden-Württemberg und Hessen-Süd) hat jetzt auch der mit 135 000 Mitgliedern größte SPD-Bezirk Westliches Westfalen den Entwurf der Bonner Parteiführung für ein neues Grundsatzprogramm kritisiert, das auf dem Bremer Parteitag im Dezember das 30 Jahre alte Godesberger Programm ablösen soll. Ein außerordentlicher Bezirksparteitag wandte sich am Wochenende in Hagen gegen bundesweite Volksbegehren und Volksentscheide, wie die der Entwurf des Parteivorstands vorschlägt. Delegierte aus dem Ruhrgebiet kritisierten außerdem, im Programmentwurf werde die Kohle nicht erwähnt.

Zu Beginn des Parteitags hatte der Bezirksvorsitzende, der nordrhein-westfälische Arbeitsminister Hermann Heinemann, kritisiert, der SPD fehlten „klare Strategien", „wie den Republikanern das Wasser abgegraben werden kann". Mit besseren Argumenten allein seien keine Wähler der rechtsradikalen Partei zurückzugewinnen.

Spaniens Sozialisten

Keine absolute Mehrheit mehr?

Madrid (dpa). Die Sozialisten sind am Sonntag aus den vorgezogenen Parlamentswahlen in Spanien erneut als weitaus stärkste Partei hervorgegangen und werden aller Wahrscheinlichkeit nach weiterhin die Regierung stellen.

Zweieinhalb Stunden nach Schließung der Wahllokale bestand jedoch Unklarheit darüber, ob die Sozialistische Arbeiterpartei Spaniens (PSOE) zum drittenmal die absolute Mehrheit erreichte. Hochrechnungen sahen die PSOE knapp unterhalb der Schwelle von 176 der 350 Mandate im Unterhaus. Danach konnten die Sozialisten mit 168 bis 175 Sitzen (1986: 184 Sitze) rechnen.

Die noch nicht stabilisierten Hochrechnungen sahen die christlich-konservative Volkspartei mit rund 105 bis 108 Mandaten (25 Prozent), vorher 105 Sitze, auf dem zweiten Platz. Die kommunistisch geführte Vereinte Linke konnte ihre sieben Mandate auf über 20 verdreifachen konnte. Das Demokratisch-Soziale Zentrum lag bei etwas über acht Prozent und 16 bis 18 Sitzen (1986: 19).

DDR / Diskussionen und Demonstrationen

Muß Chefkommentator von Schnitzler gehen?

Fortsetzung

Zur heftigen Kritik von Rednern an Privilegien der Mitglieder des Staats- und Parteiapparates sagte Schabowski: „Wir sind dabei, solche Dinge abzubauen." Ostberlins Polizeipräsident Rausch entschuldigte sich vor dem Rathaus bei der Menge für die Polizeiübergriffe bei den Demonstrationen Anfang Oktober. Krack kündigte die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses beim Stadtparlament unter Bürgerbeteiligung an.

Auch in Dresden, Leipzig, Magdeburg, Plauen, Erfurt, Jena, Neubrandenburg und Rostock wurden am Wochenende zum Teil hitzige und erregte Diskussionen mit den kommunalen SED-Vertretern geführt. In mehreren Städten demonstrierten insgesamt 60 000 Menschen für Demokratisierung. Die amtliche DDR-Nachrichtenagentur ADN berichtete ausführlich über die Gespräche und Kundgebungen und wies darauf hin, daß auch das Verlangen nach einer besseren Versorgung mit Gütern des täglichen Bedarfs immer stärker werde.

Im Zuge der Diskussion um mehr Meinungsfreiheit in der DDR wackelt offenbar auch der Stuhl von Fernseh-Chefkommentator Karl-Eduard von Schnitzler, der seit Jahrzehnten den „Schwarzen Kanal" mit polemischen Ausfällen gegen den Westen moderiert. Die Anregung, diese wöchentliche Sendereihe zugunsten eines Fernsehmagazins über Umweltprobleme und Beziehungen zwischen beiden deutschen Staaten zu streichen, will der erste Stellvertreter des Chefredakteurs der Nachrichtensendung „Aktuelle Kamera", Makosch, dem staatlichen Komitee für Fernsehen unterbreiten.

Ungeachtet der Entwicklung in ihrem Land sind bis Sonntag 4 Uhr innerhalb von 24 Stunden wieder 661 DDR-Bürger über Ungarn nach Bayern geflüchtet.

Momper sprach mit Schabowski

Berlin (AP). Berlins Regierender Bürgermeister Momper (SPD) ist gestern mit dem Ostberliner SED-Bezirkschef Schabowski zu einem zweistündigen Gespräch zusammengetroffen, zu dem der stellvertretende Vorsitzende des evangelischen DDR-Kirchenbundes, Stolpe, eingeladen hatte. Auch Ostberlins Oberbürgermeister Krack nahm an dem Gespräch teil.

Nach einer Meldung der Nachrichtenagentur ADN unterrichtete Schabowski Momper über die „Wende in der Politik der SED, über den Kurs ... des Dialogs, um den Sozialismus in der DDR zu stärken und attraktiver zu gestalten". Auch Fragen der Beziehungen zwischen Westberlin und der DDR seien erörtert worden. Krack berichtete beim „Stadtgespräch" vor dem Roten Rathaus von der Begegnung. Einige Teilnehmer riefen: „Holt den Momper hierher".

Am Vormittag hatten Momper und der SPD-Bundestagsabgeordnete Ehmke in Ostberlin eine Unterredung mit Vertretern der Demokratiebewegung „Neues Forum" und der neuen Sozialdemokratischen Partei in der DDR (SDP). Nach Angaben des „Neuen Forums" wurde vereinbart, die Kontakte fortzusetzen.

Am Sonntag abend besuchten Momper und Ehmke die Gethsemanekirche in Ostberlin. Sie folgten einer Einladung der Evangelischen Kirche.

Bundespost / Kein Tarifvertrag

Führt Unmut über Leistungsnormen zum Streik?

Frankfurt (dpa). Bei der Bundespost steigt der Unmut der Bediensteten, er könnte zum Streik führen. Grund ist die Weigerung des Postministeriums, einen Tarifvertrag über Leistungsnormen abzuschließen.

Wie der Vorsitzende der Postgewerkschaft (DPG), Kurt van Haaren, in einem dpa-Gespräch sagte, sind die Vorbereitungen für die Mobilisierung der Mitglieder bereits angelaufen.

Besondere Verärgerung bei den 470 000 Mitgliedern der viertgrößten DGB-Gewerkschaft habe auch die Bonner Entscheidung ausgelöst, am 1. April die Leistungsnormen zu erhöhen. Genau von diesem Tag an war die Arbeitszeit für die Postbeschäftigten um eine auf 39 Stunden verkürzt worden. Nach van Haarens Schätzung hätte die Arbeitszeitverkürzung zur Schaffung von 12 000 bis 13 000 Arbeitsplätzen führen müssen.

Ein Ministeriumssprecher erklärte dazu am Wochenende, es gebe keinen Grund für einen Arbeitskampf. Der Leistungsdruck sei nicht erhöht, sondern es seien lediglich „Nebenzeiten" gekürzt worden.

Eine Million DM Belohnung für Hinweise auf Gesuchte / USA

Kolumbien liefert fünften Drogenboß aus

Bogota (dpa). Kolumbien hat am Sonntag den fünften mutmaßlichen Drogenboß an die USA ausgeliefert. Wie ein Polizeisprecher in Bogota erklärte, wurde Jose Rafael Abello Silva, der als „vierter Mann" in der Hierarchie des Medellin-Kartells gilt, Vertretern der US-Behörde zur Drogenbekämpfung übergeben. „Er ist bereits auf dem Flug in die USA", sagte der Sprecher.

Abello Silva muß sich in den USA wegen Kokain-Handels und „Waschens" sogenannter Drogen-Dollars verantworten. Regierungssprecher hatten am Samstag angekündigt, daß sechs weitere inhaftierte Drogenschmuggler an die USA ausgeliefert werden sollen. Die „Kokain-Barone" haben im August mit einer Welle von Anschlägen begonnen, um die Regierung zu zwingen, auf die damals beschlossene Auslieferung von Drogenschmugglern an die USA zu verzichten. Bei über 220 Attentaten sind seitdem 32 Menschen ums Leben gekommen.

Die Regierung Kolumbiens hat die Belohnung für Hinweise auf den Aufenthaltsort der Chefs der Rauschgift-Mafia – Pablo Escobar Gaviria (39) und Gonzalo Rodriguez Gacha (42) – auf umgerechnet fast eine Million DM erhöht, nachdem sie bisher vergeblich 475 000 DM ausgesetzt hatte.

HESSISCHE/NIEDERSÄCHSISCHE
ALLGEMEINE

Herausgeber
Rainer Dierichs, Dr. Dietrich Batz, Achim von Roos

Chefredakteur
Lothar Orzechowski

Stellv. Chefredakteure
Wolfgang Rossbach, Peter M. Zitzmann

Verantwortliche Redakteure
Chef vom Dienst: Horst Kröninger. Chef Nachrichten: Rainer Merforth. Politik: Jochen Prater. Blick in die Zeit: Walter Schütz. Wirtschaft und Sozialpolitik: Horst Seidenfaden, Kultur: Dirk Schwarze, i. V. Claudia Sandner-v.Dehn, M. A., Frau u. Reise: Ilse Methe-Huber. Sport: Rolf Wiesemann, i. V. Ulrich Fuhrmann. Sonntagszeit: Frank Thonicke. Kassel Stadt und Land: Wolfgang Rossbach. Bezirksredaktionen: Peter M. Zitzmann. Koordination: Helmut Lehnart. Hessen/Niedersachsen: Eberhard Heinemann. Chefreporter: Karl-Hermann Huhn. Sonderthemen: Peter Ochs.

Redaktion Wiesbaden: Rolf Effenberger. Redaktion Hannover: Harald Birkenbeul. Redaktion Bonn: Hans Ludwig Laucht.

Verlagsleitung
Dr. Dietrich Batz, Rainer Dierichs, Wigbert H. Schacht. Anzeigenleiter: Horst Prehm. Vertriebsleiter: Gerd Lühring.

Verlag Dierichs GmbH & Co KG, Frankfurter Str. 168, Postfach 10 10 09, 3500 Kassel, Ruf 05 61 / 20 3-0. Tel. Anzeigenannahme 05 61 / 20 3-3. Fernschreib-Nr. 99 635. Telekopierer 05 61 /20 36. Teletex 5 61 81 10. Postgirokonto 155132-608 Frankfurt/M. Anzeigenpreisliste Nr. 29. Monatlicher Abonnementspreis DM 25,60 inkl. Zustellung und 7 % MwSt. (Postbezugspreis 28,50 DM).

Die Beendigung des Abonnements ist nur mit schriftlicher Kündigungserklärung unter Einhaltung einer Frist von einem Monat zum Monatsende möglich; die Frist läuft ab Zugang der schriftlichen Kündigungserklärung.

Auflage werktags über 270 000 Exemplare in Tarifgemeinschaft mit „Oberhessische Presse", Marburg, „Hersfelder Zeitung", „Werra-Rundschau", Eschwege, „Harzkurier", Herzberg.

Auflage „Sonntagszeit" über 200 000 Exemplare.

Herstellung Druckhaus Dierichs, Frankfurter Straße 168, 3500 Kassel

Großer Mann, kleiner Mann

Nicaragua ist ein kleines Land. Sein Präsident Daniel Ortega ist nicht gerade hochgewachsen. Beide unterscheiden sich darin von den USA und ihrem Präsidenten. Ortega ist jedoch unverfroren – oder frech – genug, den großen Vetter aus dem Norden aus dem Gleichgewicht zu bringen. Ortega, so scheint es, hat einen empfindlichen Nerv getroffen.

Das Jubiläum Costa Ricas sollte keine politische Konferenz sein. Bush wollte Ortega als Unperson behandeln, aber dieser machte ihen Strich durch die Rechnung, als er zunächst eine kurze Begegnung mit Bush inszenierte und dann außerhalb der Tagesordnung den Waffenstillstand mit den Contras aufkündigte.

Dieser Waffenstillstand ist einseitig verkündet und jeweils monatlich von Ortega verlängert worden. Die Feindseligkeiten sind jedoch niemals ganz eingestellt worden, von beiden Seiten nicht. Der Friedensplan der Nachbarstaaten sieht vor, daß die Contras bis zum 5. Dezember aufgelöst und umgesiedelt werden sollen. Doch das ist bisher nur ein frommer Wunsch. Konservative Freunde der Contras in den USA jedenfalls frohlocken. Sie meinen, Ortega habe einen schweren Fehler begangen, als er den Waffenstillstand in Frage stellte. Es werde jetzt leichter sein, der Auflösung zu widerstehen. Wahrscheinlich ist das jedoch nicht.

Amerika fühlt sich zwar gefoppt und an der Nase herumgeführt, wenn „Westentaschendiktatoren" wie Noriega in Panama und jetzt Ortega den Riesen aus dem Norden als hilflos erscheinen lassen. Doch die USA sind in „ihrem Hinterhof" nicht allein. Die Nachbarn Nicaraguas reagieren verlegen auf die Störung der Jubiläumsfeier, sie versuchen auch, Druck auszuüben, um Ortega zur Umkehr zu bewegen. Doch sie erwarten auch einen Beitrag von den USA zum Frieden im Land.

Siegfried Maruhn, Washington

Presse-Echo

Die DDR-Amnestie für Flüchtlinge ist Thema vieler Kommentare

AUGSBURGER ALLGEMEINE

Genauso wichtig wie die Amnestie ist jedoch die Tatsache, daß der Straftatbestand der Republikflucht bestehen bleibt. Die Amnestie gilt nur für Personen, die ihre Heimat vor dem 27. Oktober den Rücken kehren wollten. Mit anderen Worten: Es existiert künftig genausowenig Freizügigkeit wie bisher, weil alle Fluchtwilligen von morgen und übermorgen weiterhin hohe Gefängnisstrafen riskieren. Den Namen „Reform" verdient diese Amnestie also nicht.

DIE WELT
(Bonn)

Solange die Grundlagen für das Unrecht, nämlich die politischen Tatbestände im DDR-Strafrecht, nicht aus dem Verkehr gezogen werden, ändert sich nichts wirklich, bleibt die DDR ein Staat unterhalb des Niveaus europäischer Zivilisation.

Frankfurter Rundschau

Das aussichtsreichste Mittel wäre, das Delikt der Republikflucht ganz zu streichen und ein einigermaßen liberales Demonstrationsrecht einzuführen.

BZ
(Berlin)

Na, also. Ein erstes Schrittchen ist getan ... Das läßt sich hören. Aber das kann nur ein Anfang sein. Jeder zivilisierte Staat läßt seine Bürger ziehen, wenn sie es wünschen.

Hannoversche Allgemeine

Daß aus der Verbots- und Hinderungsdiktatur eine Dialog- und Gewährungsdiktatur wurde, ist gewiß ein Fortschritt. Doch Freiheiten, die Herrscher den Menschen gnädig zuteilen, sind noch keine Freiheit, die nimmt man sich, weil man ein Recht darauf hat. Hoffentlich lassen die Bürger in der DDR nicht locker.

DDR-Bürger beim „Berliner Sonntagsgespräch"

Couragiert und offen

Von unserem Mitarbeiter Peter Gärtner, Berlin

Der von der Staatsführung der DDR angekündigte „Dialog mit den Bürgern" nimmt ernsthafte Gestalt an: Knapp 20 000 Menschen kamen zu den erstmals veranstalteten „Berliner Sonntagsgesprächen" vor dem Roten Rathaus im alten Zentrum der Stadt. Couragiert und offen machten sie ihren Gefühlen Luft, sammelten eifrig Ideen und Forderungen für die konkrete Umgestaltung der Gesellschaft im zweiten deutschen Staat. Eine Frage stand immer wieder im Raum zwischen Fernsehturm und Palast der Republik, auf die die hochrangigen Vertreter von Partei und Wirtschaft nur mit Hoffnung auf die Zukunft verweisen mochten: „Wieso kann man heute hier frei reden und wurde vorher als Staatsfeind und Provokateur verfolgt?", brachte eine junge Frau die immer noch mißtrauische Stimmung unter den Besuchern auf den Punkt.

Doch von Angst und Tabus war an diesem Sonntagvormittag keine Rede. Nichts, was noch vor wenigen Wochen in der Öffentlichkeit als unantastbar und unansprechbar galt, wurde vor der roten Backsteinfassade des Ostberliner Rathauses verschont. Eine Leipziger Tierärztin berichtet von den Erpressungsversuchen der Staatssicherheit vor rund 30 Jahren, die sie bis heute „tief in der Seele belasten". Nach einer kurzen Pause antwortet ihr der Ostberliner Parteichef Günter Schabowski kurz: Er schließe sich der Meinung des Ex-Spionage-Chefs Markus Wolf an, der sich gegen eine Verselbständigung der Staatssicherheit aussprach.

Mehrfach forderten Lehrer und Lehrerinnen die Absetzung der Volksbildungsministerin Margot Honecker, Ehefrau des entmachteten Partei- und Staatschefs. Neue Konzeptionen und Strukturen für die Schule müßten her, mahnte ein Oberschullehrer, der sich zugleich gegen das „Privileg der FDJ", der Staatsjugendorganisation, an den Bildungseinrichtungen des Landes aussprach.

Helmut Klein, Vorsitzender des DDR-Freidenker-Verbandes räumte ein, daß Schüler in der Vergangenheit zu zwei Sprachen erzogen wurden und meinte, „wenn in der Gesellschaft Schönfärberei herrschte, dann eben auch in der Schule".

In Anspielung auf das künftige „Mündigkeitsdokument Reisepaß" (ein Redner) fragten die Ostberliner Bürger bohrend nach den Privilegien der Partei- und Staatsführung. „Wir brauchen jede Mark und jeden Pfennig, was passiert mit dem Staat im Staate in Wandlitz (Wohnsitz der SED-Führung)?" Der Ostberliner Parteichef, selbst Mitglied des Politbüros, daraufhin: „Ich gestehe, daß wir erst beginnen, uns mit dieser Frage zu beschäftigen." Fast entschuldigend fügt Schabowski hinzu: „Wir haben hunderttausend Dinge gleichzeitig in Angriff zu nehmen und können sie nicht alle gleichzeitig machen."



„Was machen wir bloß, wenn die Reformbewegung die Sowjets um brüderliche Hilfe bittet?" (Karikatur: Haitzinger)

Niedersachsens Ministerpräsident will Wahltermin hinausschieben

Albrecht und das Prinzip Hoffnung

Von Harald Birkenbeul, Redaktion Hannover

Das Prinzip Hoffnung ist einmal mehr sein Leitmotiv. In seiner Regierungszeit in Niedersachsen ab 1976 wußte er es für seine (freilich vielfach gescheiterten) Visionen über die Zukunft des Landes brillant für die Bindung von Wähler-Potentialen einzusetzen. Wann in Niedersachsen 1990 der Landtag neu gewählt wird und damit die machtpolitischen Karten neu verteilt werden, bestimmen die Hoffnungen von Ministerpräsident Ernst Albrecht (CDU) auf einen Klimawechsel in den kommenden Monaten zugunsten seiner Partei. Das Kalkül des taktisch erfahrenen Regierungschefs: Je später gewählt wird, umso mehr Chancen hat die Union und die seit 1986 in Hannover regierende Koalition aus CDU und FDP zum Machterhalt.

Stern verblaßt

Albrecht, dessen strahlender Stern früherer Jahre inzwischen verblaßt ist, hat landeseigene Skandale wie den „Celler Loch" und um den niedersächsischen Verfassungsschutz, Affären wie jene um die spektakuläre Spielbank-Pleite Hannover/Bad Pyrmont, Rücktrittsforderungen und ein Mißtrauensvotum der Opposition gegen ihn in jüngster Zeit zwar überstanden. Dem Ruf und dem Ansehen seiner Regierung haben sie freilich massiv geschadet. Zusammen mit bundespolitisch bedingten Verlusten für die Union wandten sich scharenweise die Wähler von der CDU im größten Flächenland Norddeutschlands ab.

Die Christdemokraten, die bei der Landtagswahl 1986 noch mit 44,3 Prozent stärkste Fraktion im Parlament wurden, rutschten bei landesspezifischen Meinungsumfragen sowohl der Staatskanzlei wie der SPD-Opposition weit unter die 40-Prozent-Marke. Diesen Trend bestätigte dann auch die Europawahl im Juni, als die CDU in Niedersachsen von 43 (1984) auf 35,9 Prozent absackte.

Gegen vorgezogenen Termin

Es war die Aussicht auf eine sichere Wahlniederlage seiner Partei und der Koalition, die den Regierungschef im Herbst dieses Jahres jeden Gedanken an vorgezogene Landtagsneuwahlen verwerfen ließ, als der mit den rechtsradikalen Republikanern liebäugelnde CDU-Landtagsabgeordnete Kurt Vajen die Ein-Stimmen-Mehrheit von CDU und FDP im Landtag gefährdete. Nach dem Ausschluß von Vajen aus Partei und Fraktion folgte unmittelbar der Austritt des SPD-Abgeordneten Osswald Hoch aus der SPD-Fraktion, der heute formal wie Vajen fraktionslos agiert. Hoch sicherte dem bedrängten Regierungschef faktisch wieder die Landtags-Mehrheit. Er hat inzwischen vielfach mit der Koalition gestimmt.

Seitdem haben sich die Hoffnungen der Oppositions-Fraktionen SPD und Grüne auf vorgezogene Neuwahlen und damit auf die wahlpolitische Gunst der Stunde in Luft aufgelöst. Und Albrecht spielt auf Zeit. Das Drängen der Opposition, nun endlich den Wahltermin, den er kraft der Landesverfassung alleine bestimmt, zu nennen, überhört er mit Geduld. Die Stimmungswende hat derzeit für ihn Priorität. Also setzt er auf die rund eine halbe Milliarde DM Strukturhilfe, die jährlich aus Bonn in die Landeskasse fließt und die sich wahlwirksam investieren läßt. Auf den Zerfallsprozeß der Republikaner in Niedersachsen, die im Dauer-Clinch liegen, auf Programme gegen die Langzeitarbeitslosigkeit, gegen Drogen und auf den niedersächsischen „Modellversuch für nachwachsende Rohstoffe" – ein neues Subventionsprogramm für Landwirte, die dadurch weniger geneigt sein könnten, den Urnengang zum Votum für die Republikaner zu nutzen. Und schließlich auf eine ermüdende Sozialdemokratie, die sich in einer Art Dauerwahlkampf gegen Albrecht befindet.

Wie immer Albrecht die Stimmungswende zu erreichen versucht – seine Zeit dafür ist rechtlich begrenzt. Die Wahlperiode dieses Landtages endet am 21. Juli 1990. Bis dahin muß der Wähler befragt sein. Als einen möglichen Wahltermin haben die landespolitischen Auguren den 13. Mai ausgemacht – jenen Sonntag, an dem in Nordrhein-Westfalen gewählt wird. Koalitionäre in Hannover verweisen darauf, daß Einflüsse aus dem SPD-regierten Nordrhein-Westfalen auf Niedersachsen vermieden werden könnten, wenn an einem Tag entschieden würde.

Je später, umso...

Als zweiter möglicher Termin ist der 17. Juni, wenige Tage vor dem Ende der Wahlperiode, ausgemacht worden. Ihm wird ausreichender Abstand von der NRW-Wahl zuerkannt und der Kern der Albrecht-Überlegung: Je später, umso mehr Chancen ...

Die Begründung des „Soldaten-Urteils"

„Schicksalhafte Zwangslage"

Wegen der Auseinandersetzung um das umstrittene „Soldaten-Urteil" hat der Richter des Frankfurter Landgerichts, Heinrich Gehrke, seine mündliche Urteilsbegründung ausnahmsweise schriftlich niedergelegt. Nachfolgend, von dpa übermittelt, einige Auszüge:

Nicht im Kern der Persönlichkeit getroffen

„Von einem Angriff gegen die Menschenwürde der Soldaten könnte nur dann gesprochen werden, wenn diese im Kern ihrer Persönlichkeit getroffen und ihnen grundsätzlich der Anspruch auf gleichberechtigte Teilnahme am Leben der Gemeinschaft abgesprochen worden wäre...

Keine der Äußerungen des Anklagten war in diesem Sinne gemeint oder konnte so verstanden werden. Die Beweisaufnahme hat gezeigt, daß er - auf die Soldaten bezogen - stets deutlich gemacht hat, daß diese nach seiner Meinung durch entpersönlichten Drill und die moderne Waffentechnologie im Kriegsfall zu Mördern werden könnten, ohne daß sie sich das jemals hätten vorstellen können. Das soll auf eine schicksalhafte Zwangslage hinweisen, die geradezu zur logischen Voraussetzung hat, daß die betroffenen Personen nicht als ohnehin mordbereit - also moralisch minderwertig - angesehen werden. Aus dem Gesamtzusammenhang des Diskussionsbeitrages von Herrn Dr. August ergibt sich eindeutig, daß er mit der Charakterisierung der Soldaten als potentielle Mörder diese nicht aus der Gemeinschaft unseres Staates ausgrenzen, sondern sie zum Nachdenken über ihre Situation veranlassen wollte...

Keine Verurteilung wegen Beleidigung

Es entfällt aber nach dem Ergebnis der Beweisaufname auch eine Verurteilung wegen Beleidigung. Zwar liegt nach Meinung des Gerichts der objektive und subjektive Tatbestand des Paragraph 185 StGB vor, doch ist dies nicht strafbar, weil Herr Dr. August in Wahrnehmung berechtigter Interessen im Sinne von Paragraph 193 StGB gehandelt hat...

Nach den von der höchstrichterlichen Rechtsprechung entwickelten, im einzelnen durchaus umstrittenen Grundsätzen über die Möglichkeit der Beleidigung unter einer Kollektivbezeichnung kommen zwar an sich hier auch die einzelnen Bundeswehrsoldaten als in ihrer Ehre Verletzte in Betracht, doch müßten dann - so heißt es in dem für die Kammer maßgeblichen Revisionsurteil - ,die Äußerungen des Angeklagten ... so auszulegen sein, daß sie nicht allgemein auf Soldaten, sondern gerade auf die Soldaten der Bundeswehr bezogen waren und auch alle Miglieder (dieser) Personengruppe betreffen sollten.' In seinem Diskussionsbeitrag hat Dr. August jedoch mehrfach und unmißverständlich deutlich gemacht, daß er mit seiner Bezeichnung ,potentielle Mörder' alle Soldaten meinte, ganz gleich ob sie solche der US- oder der Roten Armee, der Volksarmee oder der Bundeswehr seien...

Wahrnehmung von berechtigten Interessen

Die Bewertung ,Mörder' beziehungsweise ,Morden' ... ist als Meinungsäußerung klar erkennbar und einer beweismäßigen Prüfung nicht zugänglich; auch der Angeklagte räumt ein, daß andere - zum Beispiel die Soldaten selbst - dieselben Umstände anders bewerten können...

Die ehrverletzenden Äußerungen von Herrn Dr. August sind jedoch nach Paragraph 193 StGB nicht strafbar, weil sie zur Wahrnehmung berechtigter Interessen gemacht wurden...

Im vorliegenden Fall stand der Ehranspruch der Verletzten dem Grundrecht auf freie Meinungsäußerung gegenüber. Unter den speziellen Umständen, wie sie in der Beweisaufnahme festgestellt werden konnten, ist hier Artikel 5 GG der Vorrang einzuräumen.

Maßgeblich hierfür waren folgende Gesichtspunkte: 1. Die Meinungsäußerungsfreiheit ist, wie es das Bundesverfassungsgericht ausgeführt hat, für unsere freiheitlich-demokratische Staatsordnung schlechthin konstituierend, weil erst die ständige geistige Auseinandersetzung den Kampf der Meinungen ermöglicht, der das Lebenselement dieses Staates ist.

Bedeutung für die Allgemeinheit

2. Je mehr Bedeutung eine diskutierte Angelegenheit für die Allgemeinheit hat, um so eher ist dem Schutz der freien Meinungsäußerung der Vorrang zu geben. Bei der Podiumsdiskussion ging es um Themen wie ,Friedenssicherung', ,Nuklear-Bewaffnung', ,Nachrüstung mit neuen Atomraketen' und ,Folgen eines Nuklearwaffeneinsatzes in Mitteleuropa'. Dies sind alles Bereiche mit existentieller Bedeutung für alle Menschen, die Meinungen prallen hier stets - und ganz besonders damals zur Zeit des Nato-Doppelbeschlusses und der Opposition der Friedensbewegung dagegen - hart aufeinander...

4. Die Äußerungen von Herrn August auf dem Podium fielen nicht isoliert, sondern innerhalb einer Gesamtdarstellung, aus der hervorging, aufgrund welcher Umstände er und die von ihm vertretene Gruppierung zu der harten Bewertung soldatischer Ausbildung und Aufgabenstellung im Krieg gelangt waren...

6. Der Angeklagte wollte mit seinem Diskussionsbeitrag zur Meinungsbildung unter den Schülern beitragen. Dazu durfte er nach der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts angesichts der heutigen Reizüberflutung aller Art auch einprägsame, harte Formulierungen benutzen, selbst wenn sie die davon Betroffenen in ihrer Ehre herabsetzten. Bei der bedeutsamen Thematik, ... bei seiner auf den vorgestellten Umständen beruhenden und von ihm dargelegten Überzeugung vieler Menschen, daß der Abschuß von Massenvernichtungswaffen schon wegen der unkontrollierbaren Tötung von Zivilbevölkerung moralisch nicht zu rechtfertigen sei und daß die Ausbildung der Soldaten dazu ein Erlernen von ethisch verwerflichem Töten sei, erscheinen die Äußerungen, daß jeder Soldat ein potentieller Mörder sei, ... sowie die Bundeswehr bilde zum Morden aus, nicht als so weit überzogen, daß sie in einer solchen Situation im politischen Meinungskampf - und um einen solchen handelte es sich hier - nicht mehr straflos hingenommen werden könnten.

Nicht außergewöhnlich ehrverletzend

In einer Zeit, in der ein deutscher Bischof ungestraft jede - auch nach unseren Gesetzen zulässige - Abtreibung als Mord bezeichnen darf, erscheint die von Herrn Dr. August verwendeten Begriffe nicht als so außergewöhnlich ehrverletzend, als daß sie in die Podiumsdiskussion über die ,nukleare Komponente der Sicherheitspolitik' unter den geschilderten Besonderheiten aus dem Gesichtspunkt des Artikel 5 GG nicht mehr gerechtfertigt sein könnten. ...

Protest gegen Wallmann-Äußerung / Ehemaliger Landtagspräsident

Buch: Festakt zur Verleihung der Leuschner-Medaille boykottieren

Wiesbaden (lhe). Zu einem demonstrativen Boykott der Verleihung der Wilhelm-Leuschner-Medaille, der höchsten Ehrung des Landes Hessen, hat der frühere Landtagspräsident Georg Buch (SPD) aufgerufen. Buch appellierte am Samstag im Hessischen Rundfunk an seine Parteifreunde, der traditionell am 1. Dezember stattfindenden Veranstaltung aus Protest gegen Ministerpräsident Walter Wallmann (CDU) fernzubleiben, der verdienten Bürgern die Auszeichnung übergeben werde.

Wallmann hatte am 12. Oktober im Landtag den damaligen Reichstagspräsidenten Hermann Göring als Zeitzeugen dafür zitiert, daß auch SPD-Abgeordnete am 17. Mai 1933 einer Erklärung der Reichsregierung zugestimmt und anschließend gemeinsam mit den Nationalsozialisten die Nationalhymne gesungen hätten.

„Nicht qualifiziert"

Der heute 86jährige Buch war 1933 von den Nazis in Schutzhaft genommen worden und zwischen 1941 und 1945 aus politischen Gründen im Gefängnis und im Konzentrationslager inhaftiert. Wallmann habe nicht die Qualifikation, über Wilhelm Leuschner zu sprechen, sagte Buch.

Der Sozialdemokrat und Gewerkschafter Leuschner war als hessischer Innenminister 1933 von den Nazis verhaftet und 1944 als Widerstandskämpfer gegen Hitler in Berlin-Plötzensee ermordet worden. Wallmann, habe absolut falsch gehandelt, indem er in seiner Rede aus einem Reichstagsprotokoll zitiert habe, ohne die historischen Umstände zu würdigen, kritisierte Buch.

CDU: Kritik absurd

Dagegen bekräftigte die CDU, sie sehe keinerlei Veranlassung dafür, daß sich Wallmann bei der SPD für sein Göring-Zitat entschuldigt. „Ich wüßte nicht, wofür", betonte ebenfalls im Hessischen Rundfunk der stellvertretende Landesvorsitzende der Union, Innenminister Gottfried Milde. Er nannte die Kritik der SPD, Wallmann habe die Sozialdemokraten in eine Reihe mit den Nazis gestellt, absurd. Der Ministerpräsident habe nur einen „historischen Vorgang" zitiert.



Preisverdächtig hatte sich das Perserkatzen-Pärchen Amiga und Alexina von Castell am Wochenende vor dem offiziellen Plakat einer internationalen Katzenausstellung in Frankfurt gleich in einem Pokal plaziert. Die am 20. Juli geborenen shaded-silver-farbenen Kätzchen haben einen Handelswert von je 1000 Mark. (dpa-Funkbild)

„Rhein-Main"

Nebel legte den Flugverkehr zeitweilig lahm

Frankfurt (lhe). Wegen dichten Nebels mußten am Samstagmorgen am Frankfurter Flughafen 50 Flüge gestrichen werden. 23 Maschinen wurden auf andere Flughäfen umgeleitet. Auch auf den hessischen Straßen mußten die Autofahrer wegen schlechter Sicht einen Gang zurückschalten.

Wie Hans-Wolfgang Cloeter, Verkehrsleiter vom Dienst auf dem Rhein-Main-Flughafen, berichtete, betrugen die Sichtweiten auf dem Rollfeld von „Rhein-Main, zeitweilig nur 150 Meter. Annuliert wurden 22 Landungen und 28 Starts. Die umgeleiteten Maschinen landeten vor allem in Düsseldorf und Köln. Am späten Vormittag stabilisierte sich die Lage, und es gab nur noch Verspätungen bis zu einer Stunde. Angesichts der 900 geplanten Starts und Landungen am Samstag stufte der Verkehrsleiter die Ausfälle und Verzögerungen als „mittelmäßig" ein.

Den Nebelbänken in den hessischen Niederungen standen Sonnenschein auf den Bergspitzen von Wasserkuppe und Feldberg gegenüber. Gegen Mittag löste sich der Nebel auf.

Nach Ansicht des Meteorologen beim Offenbacher Wetteramt Klaus Bähnke dterht vermutlich der Übergang zur kalten Jahreszeit bevor. Eine Bauernregel besage: „Wenn Simon und Judas vorbei, ist der Weg zum Winter frei". Simon und Judas ist der Name der Heiligentage Ende Oktober.

Mündliche Verhandlung vor dem Verwaltungsgerichtshof

Alkem-Prozeß beginnt heute

Kassel (hjh). Heute, am Montag, beginnt vor dem 8. Senat des Hessischen Verwaltungsgerichtshofs die mündliche Verhandlung in drei Verwaltungsstreitverfahren, die den Betrieb einer Hanauer Brennelementefabrik betreffen.

Kläger sind der Main-Kinzig-Kreis und zwei in der Nachbarschaft der Fabrik lebende Bürger. Sie wenden sich gegen einen Bescheid, mit dem das hessische Umweltministerium als atomrechtliche Genehmigungsbehörde am 27. April 1988 der früheren Alkem GmbH bestimmte Fertigungsprozesse gestattet hat. Es handelt sich um die sogenannte Konversion nach dem Uran-Plutonium-Mischcarbonat-Verfahren und die Herstellung von 4,5 Meter langen Brennstäben. Die beiden genehmigten Fertigungsprozesse gehören zur Produktion von Brennelementen für Atomreaktoren.

Zwei der Kläger verlangen zusätzlich im Wege des vorläufigen Rechtsschutzes die Stilllegung des laufenden Betriebs für die genannten Fertigungsprozesse bis zur rechtskräftigen Entscheidung über ihre Klage.

Die Alkem GmbH hatte die in dem Bescheid genehmigten Fertigungsprozesse schon bisher eingesetzt, nachdem die Behörde erstmals in den Jahren 1982 und 1983 der Brennelementherstellung in dieser Form zugestimmt hatte.

Das Landgericht Hanau hatte in einem im Jahr 1987 zum Abschluß gebrachten Strafverfahren gegen Geschäftsführer der Firma Alkem und Beamte der Genehmigungsbehörde die Angeklagten zwar von dem Vorwurf des unerlaubten Betreibens einer kerntechnischen Anlage freigesprochen, die Vorabzustimmungen jedoch als rechtswidrig bezeichnet.

Am 27. April 1988 hat die Genehmigungsbehörde die Vorabzustimmungen durch den jetzt vor dem Verwaltungsgerichtshof angefochtenen endgültigen Genehmigungsbescheid ersetzt. Er gestattet dieselben Fertigungsprozesse wie die Vorabzustimmungen.

Umbauten

Der neue Bescheid steht in einer Reihe verschiedener Genehmigungsbescheide, die die Behörde seit 1987 für die Brennelementfabrik Alkem erteilt hat. In der Fabrik finden nämlich zur Zeit Umbauten statt, für die eine atomrechtliche Genehmigung notwendig ist. Außerdem ist aufgrund einer aus dem Jahr 1975 stammenden Änderung des Atomgesetzes auch für Brennelementfabriken, deren Betrieb, wie bei Alkem, damals schon genehmigt war, ein neues Genehmigungsverfahren erforderlich. Das neue Verfahren findet anders als das frühere unter Beteiligung der Öffentlichkeit statt. Das Alkem-Vorhaben ist der Öffentlichkeit im Jahr 1984 bekanntgemacht worden.

Die Kläger machen unter anderem geltend, daß die in dem von ihnen angefochtenen Bescheid vom 27. April 1988 genehmigten Fertigungsprozesse nicht hinreichend bekanntgemacht worden seien und daß es überhaupt an einem Antrag der Alkem GmbH auf Erteilung einer solchen Genehmigung fehle. Sie befürchten Schäden, die nach ihrer Auffassung durch den genehmigten Betrieb eintreten können.

Anstelle der Firma Alkem ist nach einer Verschmelzung der Gesellschaften nunmehr die Siemens AG an dem Prozeß vor dem Verwaltungsgerichtshof beteiligt.

Für die Verhandlung sind vorsorglich mehrere Tage vorgesehen. Mit einer Entscheidung wird nach Angaben des Gerichtshofs frühestens am 1. November gerechnet. (Aktenzeichen: 8 A 2902/88, 8 A 2903/88 und 8 R 3723/88).

Motorrollerfahrer

59jähriger bei Unfall getötet

Frankfurt (lhe). Ein 59jähriger Fahrer eines Motorrollers ist in der Nacht zum Sonntag bei einem Verkehrsunfall auf der Autobahn Frankfurt–Fulda getötet worden. Wie die Polizei berichtete, wurde der Mann bei Gelnhausen-Höchst (Main-Kinzig-Kreis) von einem Auto erfaßt und stürzte auf die Fahrbahn. Sein Fahrzeug wurde 170 Meter weit weggeschleudert. Der Fahrer erlag noch an der Unfallstelle seinen schweren Verletzungen. Die Insassen des Autos wurden nur leicht verletzt. Nach Vermutungen der Polizei hatte der 20jährige Autofahrer den Motorroller zu spät erkannt.

Bischof Leich sprach auf Veranstaltung der Reformbewegung

4000 bei „Friedensgebet" in Eisenach

Eisenach (k). In der DDR-Kreisstadt Eisenach hat es die bislang größte Veranstaltung der Reformbewegung gegeben: Rund 4000 Menschen nahmen nach Informationen unserer Zeitung in und vor der Georgenkirche an einem „Friedensgebet" teil. Bekanntester Redner war der Bischof der Evangelischen Landeskirche von Thüringen, Werner Leich, der über sein Gespräch mit DDR-Staats- und Parteichef Egon Krenz berichtete.

Ein Teil der Veranstaltung wurde nach draußen verlagert – der Bischof und andere Redner wandten sich vom Rand eines Brunnens aus an die Zuhörer, die in der Kirche keinen Platz gefunden hatten. Die Volkspolizei griff nicht ein.

Nach Angaben des Eisenacher Pfarrers Ralf-Uwe Beck waren die Teilnehmer des Friedensgebets aus dem ganzen Kreis, auch aus den Grenzdörfern, angereist. Heute, am Montag, soll es zwei weitere Friedensgebete geben.

Unterdessen gehen die Vorbereitungen für die Gründung des „Demokratischen Aufbruchs" überall in der DDR weiter.

In Eisenach kam es im Vorfeld dieser Konstituierung am Donnerstag voriger Woche zu einer Versammlung in einem Gemeindehaus, an der rund 400 Menschen teilnahmen.

„Keine Konkurrenz"

Der „Demokratische Aufbruch" versteht sich nicht als Konkurrenzorganisation zum „Neuen Forum", sondern will mit dieser Gruppe zusammenarbeiten. Der „DA" ist vor allem in Thüringen verbreitet und ökologie-betont. Für den Kreis Eisenach wurden zahlreiche Arbeitsgruppen gebildet, die ein Statut und ein Progamm des „Demokratischen Aufbruch" vorbereiten sollen.

Die ersten Reformansätze des SED-Regimes werden innerhalb der Reformbewegung noch mit Skepsis gesehen. „Man hat die Sorge, daß sich die SED an die Spitze der Bewegung stellen könnte, um dieser mit wenigen Reformmaßnahmen den Wind aus den Segeln zu nehmen," erklärten Vertreter des Kreisverbands Werra-Meißner des Bundes für Natur- und Umweltschutz Deutschland, die am Samstag von Gesprächen aus der DDR zurückkehrten.

Künstler solidarisch

Ähnlich wie in Eisenach verläuft die Entwicklung derzeit in vielen ländlichen Kreisen Thüringens. In Erfurt hat sich der Bezirksverband bildender Künstler mit anderen Künstlerorganisationen solidarisiert und in einer Erklärung demokratische Wahlen, Presse- und Reisefreiheit gefordert. Das Papier wurde im Wortlaut in der „Thüringischen Landeszeitung" veröffentlicht.

Pay-TV gibt es jetzt auch in Frankfurt

Frankfurt (lhe). Die Bundespost bietet ihren Kabelkunden jetzt auch in Frankfurt gegen Gebühren das sogenante Pay-TV an. Das vorerst von 10.30 bis 3 Uhr nachts ausgestrahlte Programm besteht ausschließlich aus Spielfilmen. Wie der Pressereferent der Frankfurter Oberpostdirektion, Michael Behr, berichtete, können die an das Kabelnetz angeschlossenen Haushalte das Pay-TV über einen im Rundfunk und Fernsehhandel erhältlichen Decoder empfangen.

Ausstellung

„Vom Gewässer zur Kloake"

Kassel (b). „Bachläufe in Kassel – Vom Gewässer zur Kloake" lautet der Titel einer Ausstellung, die die Kasseler Arbeitsgemeinschaft Wasser vom 30. Oktober bis 17. November im Gebäude der Volkshochschule, Wilhelmshöher Allee 21, zeigt. Die Eröffnung mit einer ausführlichen Erläuterung findet am heutigen Montag, 30. Oktober, um 19.30 Uhr statt.

Am Beispiel der Drusel und des Wahlebaches haben die Mitgieder der AG Wasser untersucht, wie sich die Wasserqualität beider Bäche auf ihrem Weg durch das Stadtgebiet verändert. Darüber hinaus sind sie der Frage nachgegangen, wodurch die Gewässer verunreinigt werden.

Ein weiteres Anliegen der AG Wasser ist es, auch andere Kasseler Initiativen vorzustellen, die sich mit der Situation der städtischen Gewässer befassen. So wurden die Öko-AG der Jacob-Grimm-Schule und die Teilnehmer eines vhs-Kurses eingeladen, ihre Arbeiten im Rahmen der Ausstellung vorzustellen.

Begleitend zu der Ausstellung findet am Donnerstag, 9. November, um 20 Uhr in der Aula der ehemaligen Ingenieurschule, Wilhelmshöher Allee 73, eine Podiumsdiskussion zum Thema Wasser statt, an der unter anderem Christiane Thalgott, die Kasseler Baudezernentin, und Dr. Adam Onken von der Gesamthochschule Kassel (GhK) teilnehmen werden.

Nach Unfallflucht

Fahrer stöbert Verursacher auf

Kassel (b). Der Hartnäckigkeit eines 22jähriges Fuldatalers verdankt die Kasseler Polizei, daß sie in der Nacht zum Sonntag – nach zunächst vergeblicher Fahndung – doch noch den Verursacher eines Unfalls ermitteln konnte.

Wie ein Sprecher der Kasseler Polizei gestern mitteilte, rammte ein zunächst unbekannter Autofahrer gegen 23 Uhr mit seinem Pkw den an der Korbacher Straße geparkten Wagen des 22jährigen und setzte seine Fahrt fort, ohne sich um den angerichteten Schaden in Höhe von etwa 2000 Mark zu kümmern. Aufgrund eines am Unfallort gefundenen Kühlergrills startete die Polizei kurz darauf ein Nahbereichsfahndung, die jedoch ohne Erfolg blieb.

Der geschädigte Fuldabrücker machte sich darauf hin zusammen mit seiner Frau und einem Freund selbst auf die Suche – und hatte tatsächlich Erfolg. Nachdem das Trio rund vier Stunden lang systematisch auch Straßen in der weiteren Umgebung abgefahren hatte, entdeckten es das beschädigte Unfallauto in Brasselsberg und alarmierte die Polizei.

Da der Halter des Fahrzeugs, ein 60jähriger Mann, sich weigerte, die Beamten ins Haus zu lassen, brachen die Ordnungshüter die Tür auf und nahmen den Mann zur Blutentnahme mit auf die Wache. Dort stellten sie auch den Führerschein sicher.

Hafenstraße:

Nobelkarossen von Rowdys demoliert

Kassel (b). Schaden in Höhe von mehreren zehntausend Mark richteten unbekannte Täter in der Nacht zum Sonntag auf einem Gelände an der Hafenstraße in der Kasseler Unterneustadt an, auf dem mehrere Firmen angesiedelt sind.

Laut Polizei drangen die Täter in mehrere Werkstätten und Büros ein, brachen unter anderem vier Autos auf und entwendeten daraus die Radios. Darüber hinaus zertrümmerten sie an acht Nobelkarossen die Fenster und beschädigten den Lack.

Zeugenhinweise erbittet die Kasseler Polizei unter der Rufnummer 78 11.

Brandstiftung in Wahlershausen / 750 000 Mark Schaden

Fachwerk-Hof in hellen Flammen

Kassel (b). Großfeuer in Kassel-Wahlershausen: Bislang unbekannte Täter setzten in der Nacht zum Sonntag Scheune und Stallungen des Fachwerkgebäudes Stockwiesen 8 vorsätzlich in Brand und richteten nach ersten Schätzungen einen Schaden von 750 000 Mark an. Die Flammen, die die Feuerwehr erst nach einigen Stunden unter Kontrolle hatte, zerstörten auch Teile eines angrenzenden Wohnkomplexes.

Der Brand wurde nach Auskunft der Kasseler Polizei von Anwohnern bemerkt, die – vermutlich als das Dach vor Hitze barst – von einem lauten Knall aufmerksam gemacht worden waren. Um 23.32 ging der Alarm in der Leitstelle der Kasseler Berufsfeuerwehr ein, die sofort die komplette Wachmannschaft in Bewegung setzte. Als die ersten rund 30 Feuerwehrmänner am Brandort eintrafen, standen Scheune und Stallungen auf einer Ausdehnung von rund 300 Quadratmetern in hellen Flammen.

Der Löscheinsatz gestaltete sich nach Darstellung der Berufsfeuerwehr anfangs äußerst schwierig. Zum einen hatte die Feuerwehr Mühe, sich mit ihren großen Fahrzeugen den Weg durch die engen Gassen in Wahlershausen zu bahnen, zum anderen reichte die Wasserversorgung der in der Langen Straße angezapften Ringleitung nicht aus.

Hinzu kam, daß einige Hydranten von Autos zugeparkt waren und die Wagen weggehoben werden mußten. Erst nachdem weitere Schlauchleitungen von der Wilhelmshöher Allee und vom Wahlebach her aufgebaut waren sowie die Städtischen Werke den Wasserdruck erhöht hatten, hieß es „Wasser marsch" aus allen Rohren.

Während vier mit Atemschutzgeräten ausgerüstete Zwei-Mann-Trupps die Flammen im Innenangriff bekämpften, wurden draußen unter anderem zwei – einem Wasserwerfer ähnliche – Wenderohre eingesetzt. Die Löscharbeiten gestalteten sich mitunter gefährlich für die Feuerwehrmänner, da immer wieder Teile des Dachs, der Mauern und Lehmdecken einstürzten. So wurde auch ein im Hof abgestelltes Auto durch herabfallende Trümmer erheblich beschädigt.



MIT WENDEROHREN, die fest auf dem Fahrzeug installiert sind, bekämpfte die Berufsfeuerwehr in der Nacht zum Sonntag die Flammen beim Großbrand in Wahlershausen. (2 Fotos: Herzog)



UNTER DENKMALSCHUTZ stand das Fachwerkgebäude Stockwiesen 8, das in der Nacht zum Sonntag ein Raub der Flammen wurde.

Freiwillige Wehren halfen

Doch nicht nur die Berufsfeuerwehr – die abwechselnd die Freiwilligen Feuerwehren West, Harleshausen, Waldau, Forstfeld, Ober- und Niederzwehren zu Hilfe rief – hatte Probleme, auch die Polizei hatte – im wahrsten Sinne des Wortes – alle Hände voll zu tun, den Brandort großräumig abzusichern. In einigen Fällen mußten die Beamten gar körperliche Gewalt einsetzen, um neugierige Gaffer zurückzudrängen.

Als Feuerwehr- und Polizeispezialisten gestern morgen die ausgebrannte Scheune und die Stallungen, aus denen Anwohner noch vor dem Eintreffen der Feuerwehr eine Stute und ihr Fohlen gerettet hatten, unter die Lupe nahmen, stellten sie fest, daß ein technischer Defekt als Ursache ausgeschlossen werden kann und allein vorsätzliche Brandstiftung in Frage kommt. Laut Polizei waren die Stallungen zwar ge-, nicht aber verschlossen, so daß sich jeder ungehindert Zugang verschaffen konnte.

Hinweise auf den oder die unbekannten Brandstifter erbittet die Polizei unter der Rufnummer unter 78 11.

Zimmerbrand

Besonders auf die Unterstützung der Freiwilligen Wehren war die Berufsfeuerwehr angewiesen, als parallel zum Großbrand in Wahlershausen gegen 2.40 Uhr ein Zimmerbrand an der Fichtnerstraße in der Kasseler Nordstadt gemeldet wurde. Auch hier mußte sich ein Trupp mit Atemschutzgeräten schützen, um die Flammen im ersten Obergeschoß eines Mehrfamilienhauses zu löschen. Der Brand war in Abwesenheit der Bewohner durch einen technischen Defekt an einem Kühlschrank entstanden. Der Schaden beträgt etwa 5000 Mark.

Zu nächtlicher Stunde

Racheakt kam teuer zu stehen

Kassel (b). Teuer bezahlen mußte in der Nacht zum Samstag ein 47jähriger Kasseler einen Racheakt, der sich gegen einen Einwohner aus Nordshausen richtete.

Laut Polizei begann der Streit, als der 47jährige gegen 2.45 Uhr an der Tür des Nordshäusers klingelte und ihn bat, ihm ein Taxi zu bestellen. Nachdem sich der Südstädter angesichts der nachtschlafenden Zeit geweigert hatte, der Bitte nachzukommen, geriet der 47jährige in Rage. Mit der bloßen Faust zertrümmerte er vor Wut mehrere Fensterscheiben. Dabei zog er sich erhebliche Schnittverletzungen und einen Armbruch zu.

Statt mit dem Taxi nach Hause, fuhr er wenig später mit einem Rettungswagen ins Krankenhaus.

KVG / Toter identifiziert

52jähriger starb natürlichen Todes

Kassel (b). Der zunächst unbekannte Tote, der am Samstag morgen in einem Wagen der Straßenbahnlinie 3 im KVG-Depot in Wilhelmshöhe entdeckt worden war (wir berichteten in der „Sonntagszeit"), ist identifiziert. Nach Mitteilung eines Sprechers der Kasseler Polizei handelt es sich bei dem Mann, der eines natürlichen Todes starb, um einen 52jährigen Kasseler.

Da der Mann zuletzt von seiner Ehefrau getrennt in einem Mehrfamilienhaus gewohnt hatte, war er nicht vermißt worden. Aufgrund der Berichterstattung führten Nachbarn die Polizei auf richtige Spur.

Für Benachteiligte

Rotes Kreuz gibt am Samstag Butter aus

Kassel (eg). Der Kreisverband Kassel-Stadt des Deutschen Roten Kreuzes teilt am 4. November von 9 bis 16 Uhr in der Hegelsbergstraße 22 an stark benachteiligte Bürger und Bürgerinnen der Stadt KasselButter aus. Pro Person werden 750 Gramm abgegeben.

Das DRK bittet den betreffenden Personenkreis, gültige Arbeitslosen-, Sozialhilfe- und Rentenbescheide mitzubringen. Auch wird darum gebeten, Tragetaschen mitzubringen, da vom DRK keine Taschen zur Verfügung gestellt werden können.

Frau am Kopf verletzt

Aus der Feier wurde Fehde

Kassel (b). Übermäßiger Alkohlgenuß sorgte am Samstag dafür, daß aus einer Familienfeier eine Familienfehde wurde, in deren Verlauf eine Frau am Kopf verletzt wurde und ärztlich behandelt werden mußte.

Laut Polizei feierte eine jugoslawische Familie in einer Kleingartengaststätte am Quellbachweg in der Nordstadt ein Beschneidungsfest. Im Verlauf der Feier, an der rund 70 Personen teilnahmen, kam es aus der Polizei bislang ungeklärten Gründen zu einem handfesten Streit. Etwa acht Gäste bewarfen sich auf dem Hof mit Backsteinen und schlugen sich.

Gewalt angewandt

Erst der Polizei gelang es, die Streithähne zu trennen. Um den laut Polizei erheblich unter Alkoholeinwirkung stehenden „Haupttäter" zu beruhigen, mußten die Beamten gar Gewalt anwenden. Nachdem ihm eine Blutprobe entnommen worden war, wurde er zur Ausnüchterung in den Gewahrsam gebracht.

BGS nach Fuldatal

CDU ist „bitter enttäuscht"

Kassel (sgr). „Bitter enttäuscht" zeigt sich die CDU-Fraktion Kassel über die Bonner Entscheidung, das Bundesgrenzschutzkommando Mitte nach Fuldatal zu verlegen. Da bei einem Gespräch mit Staatssekretären und Bundestagsabgeordneten am Dienstag in Bonn bei einer Delegation der Fraktion der Eindruck entstanden sei, daß die Entscheidung des Haushaltsausschusses vertagt würde, um nochmals Für und Wider zu überprüfen, müsse die Bonner Nachricht gerade im Hinblick auf die gemeinsamen Bemühungen des überwiegenden Teils der politischen Kräfte frustrieren, meinte Fraktionsvorsitzender Wolfgang Frei.

Bei aller Verärgerung bestehe jedoch der Trost, daß die Behörde in der Nachbargemeinde Fuldatal und damit im Bereich des Zweckverbandes Kassel bleibe. Insofern könne man die Entscheidung nicht mit dem früheren Abzug von Verwaltungen nach Südhessen oder mit Standortentscheidungen gegen Kassek zugunsten von Städten in anderen Bundesländern vergleichen, sagte Frei.



Auch in Arnstadt Tausende bei Dialog mit Politikern

Die Aufbruchsstimmung in der DDR und die Forderung nach Veränderungen hat auch die kleineren Städte und Gemeinden längst erfaßt. Mehrere tausend Bürger haben am Samstag in verschiedenen Städten an dem von ihnen geforderten Dialog mit den politisch Verantwortlichen teilgenommen. Darunter war auch eine Veranstaltung in Kassels Partnersatdt Arnstadt. Vor dem Rathaus hatten sich Tausende zum Dialog mit dem Oberbürgermeister Bernd Markert (2. v. Links) und dem Mitglied des Kreisvorstandes der Liberal-demokratischen Partei Deutschlands, Friedrich Prox (links) eingefunden. (Foto: dpa)



HESSISCHE ALLGEMEINE

KASSEL
1 P 3713 A

UNABHÄNGIG · KASSELER ZEITUNG · NICHT PARTEIGEBUNDEN

Preis 1,10 DM · Nr. 254 · Dienstag, 31. 10. 1989 · Ruf (05 61) 203-0 · Anzeigen 203-3

Von Grünen zur SPD

Steht Wechsel Schilys bevor?

München (dpa). Einer der profiliertesten Vertreter der Grünen, Otto Schily, geht möglicherweise zur SPD. Nach Informationen der „Süddeutschen Zeitung" will Schily in den nächsten Tagen seinen Austritt bekanntgeben. Kurze Zeit später soll dann der Vorstand des SPD-Unterbezirks München-Land zusammentreten, um Schily als Direktkandidaten für den Wahlkreis München-Land zu präsentieren. Schily weilt zur Zeit auf Vortragsreise in Italien.

Remscheid:

Rätsel um Krankheit

25 Remscheidern, die nach dem Absturz eines Kampfflugzeugs an einer rätselhaften Hautkrankheit leiden, wurde psychologische Beratung angeboten. Bodenproben haben keine radioaktive Verseuchung ergeben. „Blick in die Zeit".

Koedukation

Vorstoß in Kiel

In ihrem Entwurf für ein neues Schulgesetz sieht Schleswig-Holsteins Kultusministerin Rühmkorf (Kiel) vor, daß Jungen und Mädchen zwar gemeinsam erzogen, in Einzelfällen aber getrennt unterrichtet werden können. Siehe Kultur.

Europapokal

ZDF: Zwei Spiele live

„Fußball total" verspricht das ZDF den TV-Zuschauern. Heute wird ab 19.30 Uhr das Europapokal-Duell Hamburg – Saragossa übertragen, morgen soll zur gleichen Zeit die Partie Stuttgart – Leningrad gesendet werden. Siehe Sport.

Lottotüftler

Traum „geplatzt"

Sie träumten vom Millionengewinn, die Siegerländer Lottotüftler. Jetzt ist ihr Traum erst einmal wie eine Seifenblase geplatzt. Das Ergebnis nach dem Einsatz von 620 000 DM: Nur 280 000 DM Gewinn. Siehe „Zum Tage" und „Blick in die Zeit"



Wales-Spiel

Matthäus fällt aus

Ohne Kapitän Lothar Matthäus (Foto) von Inter Mailand, der sich am Sonntag einen Außenbandabriß im Sprunggelenk zuzog, muß die deutsche Fußball-Nationalelf das WM-Qualifikationsspiel gegen Wales bestreiten. Siehe Sport



40 Jahre Sozialstaat — Graue Panther protestieren bei Blüm

Angeführt von Trude Unruh (links) rügte gestern eine Abordnung des Seniorenbundes Graue Panther gegenüber Bundesarbeitsminister Blüm die ihrer Ansicht nach unzureichenden Versorgungsrenten. Die Begegnung (unser Bild) fand vor dem Essener Saalbau statt, in dem Bund, Länder und Gemeinden auf einem Kongreß „40 Jahre Sozialstaat Bundesrepublik Deutschland" würdigten. Dabei sagte Bundeskanzler Kohl, man könne noch keinesfalls von einer Vollendung sprechen. Als Aufgaben, die noch viel Tatkraft und Fantasie erforderten, nannte er den Abbau der Arbeitslosigkeit sowie die weitere Verbesserung der Situation kinderreicher Familien. Der stellvertretende SPD-Vorsitzende und saarländische Ministerpräsident, Oscar Lafontaine, plädierte für eine „offensive Sozialpolitik, die das Menschliche in den Vordergrund stellt, ohne das Ökonomische zu vernachlässigen". (dpa-Funkbild)

In mehreren DDR-Städten / Allein 300 000 in Leipzig

Hunderttausende demonstrierten

Berlin (dpa). In Leipzig haben gestern abend erneut rund 300 000 Menschen demonstriert. Auch aus anderen Städten der DDR wie Halle (50 000 Demonstranten), Schwerin (40 000), Karl-Marx-Stadt und Magdeburg (jeweils über 20 000) wurden Protestmärsche gemeldet. Die Polizei hielt sich zurück.

In Leipzig waren Transparente zu sehen, auf denen unter anderem „Freie Wahlen - Volksregierung" gefordert wurde. In Sprechchören wurde immer wieder gerufen: „Wir sind das Volk". Die Demonstranten forderten auch die Zulassung des „Neuen Forums". Auf Plakaten waren Stimmzettel für die Oppositionsbewegung und die Sozialdemokratische Partei (SDP) gemalt. Auch Handzettel mit dem Aufruf zur Gründung einer unabhängigen Gewerkschaft „Reform" wurden verteilt. Mitglieder des „Neuen Forums" bildeten im Verlauf der Demonstration eine Menschenkette vor dem verdunkelten Gebäude des Staatssicherheitsdienstes, um eventuelle Übergriffe zu verhindern. Die DDR-Nachrichtensendung „Aktuelle Kamera" berichtete in einer Live-Schaltung von der Demonstration in Leipzig. In der Sendung wurde auch ein Interview mit dem Leipziger Oberbürgermeister Seidel gezeigt. Er betonte, daß die gegründeten Gesprächsgruppen für alle Bürger offen seien.

In Ostberlin nahmen mehrere tausend DDR-Bürger an Fürbittandachten teil. In der Gethsemanekirche rief Bischof Forck zur Besonnenheit und Gewaltlosigkeit auf.

DDR-Staats- und Parteichef Krenz hat am Montag den Anspruch der SED auf die führende Rolle in der DDR erneuert. Vor Absolventen von Militärakademien des Warschauer Paktes sagte er nach Angaben der DDR-Nachrichtenagentur ADN, die Einheitspartei stehe „an der Spitze der Bewegung".

Fortsetzung nächste Seite
Siehe „Themen des Tages"

Abstimmung über FDGB-Chef Tisch vertagt

Berlin (dpa/AP). Nach über sechsstündiger kontroverser Diskussion hat der Bundesvorstand des DDR-Gewerkschaftsbundes FDGB am Montag seine Entscheidung für oder gegen seinen Vorsitzenden Harry Tisch auf den 17. November vertagt. Darauf verständigte sich der Bundesvorstand des FDGB am Montag abend, berichtete die DDR-Nachrichtenagntur ADN. Über das politische Schicksal des seit 1975 amtierenden Tisch soll dann in offener Abstimmung entschieden werden.

Tisch, Mitglied des SED-Politbüros, hatte zu Beginn der Sitzung die Vertrauensfrage gestellt, nachdem er in den vergangenen Tagen besonders von der Gewerkschaftsjugend scharf kritisiert worden war. Sollte der Bundesvorstand ihm das Vertrauen aussprechen, sei er bereit, an dem „zur Diskussion stehenden Arbeitsprogramm" mitzuwirken, erklärte er nach Angaben von ADN. Die Agentur berichtete, die meisten Redner der Sitzung hätten ein „Opfern" Tischs abgelehnt. Die FDGB-Präsidiums-Gästehäuser in Warnemünde an der Ostsee und Schmöckwitz bei Berlin werden laut ADN sofort dem gewerkschaftlichen Feriendienst zur Verfügung gestellt.

Siehe auch Kommentar

Bei Reisefreiheit für DDR-Bürger

Waigel lehnt Finanzhilfe ab

München (AP/dpa). Bundesfinanzminister Waigel hat eine finanzielle bundesdeutsche Unterstützung für Westreisen von DDR-Bürgern strikt abgelehnt. Die DDR könne angesichts der angekündigten Reisefreiheiten das Devisenproblem nicht „auf uns abwälzen".

Waigel erklärte am Montag nach einer CSU-Vorstandssitzung in München. Der DDR sei durchaus zuzumuten, einen Teil ihrer Deviseneinnahmen für die Reisemöglichkeiten seiner Bewohner zur Verfügung zu stellen. Er forderte von der Ostberliner Führung, zunächst die bereits aus dem Zwangsumtausch (450 Millionen DM), den Umsatzsteuervergünstigungen (rund 350 Millionen) und dem innerdeutschen Handel (240 Millionen) zur Verfügung stehenden Devisen für Westreisen der DDR-Bürger zu nutzen. Wenn klar werde, welchen finanziellen Beitrag die DDR selbst für die neue Reisefreiheit einsetzen wolle, dann könne man auch über „andere Dinge reden".

Dazu gehöre eine Förderung des bundesdeutschen Fremdenverkehrs in der DDR. Waigel meinte, es gebe ein großes Interesse bei Bundesbürgern an touristischen DDR-Reisen. Bei der Verbesserung der Fremdenverkehrsinfrastruktur könne Bonn helfen. Ein Ausbau der Zusammenarbeit sei auch im Umweltschutz möglich. Weitere wirtschaftliche Hilfen für die DDR sollten nach Ansicht Waigels generell an die Verwirklichung wirtschaftlicher und politischer Reformen durch die neue SED-Führung geknüpft werden.

CSU-Parteichef Waigel erklärte ferner, das Selbstbestimmungsrecht der DDR-Bürger habe Vorrang vor dem Ziel der Wiedervereinigung beider deutscher Staaten. „Wenn die Menschen Gelegenheit haben, sich für die Freiheit zu entscheiden, werden sie auch ja zur Einheit sagen".

Bundeskanzler Kohl hat gestern zur Solidarität mit den ins Land strömenden Aus- und Übersiedlern gemahnt. Er nannte laut gewordene Bedenken gegen die Zuwanderung Deutscher einen „Skandal". In einer Veranstaltung zur Feier des 40jährigen Bestehens des „Sozialstaates Bundesrepublik Deutschland" sagte er, es gehe nicht an, daß sich die Bundesrepublik als eines der reichsten Länder der Welt ihrer Verantwortung entziehe. Kohl nahm die Neuankömmlinge vor dem Vorwurf in Schutz, Wirtschaftsflüchtlinge zu sein: „Es gibt eben nicht nur den Hunger nach Brot, sondern auch jenen nach Freiheit."

Großbritannien

Thatcher am Tiefpunkt

London (AP). Die Popularität der britischen Premierministerin Thatcher ist derzeit auf einem persönlichen wie historischen Tiefpunkt. Nach dem am Montag veröffentlichten Ergebnis einer im Auftrag der Tageszeitung „The Independent" durchgeführten Meinungsumfrage sind nur 24 Prozent der Befragten mit der Amtsführung Frau Thatchers zufrieden. Das Meinungsforschungsinstitut National Opinion Poll (NOP) meldete, seit man vor 50 Jahren mit derartigen Umfragen begonnen habe, habe noch kein Premierminister so schlecht abgeschnitten.

Der NOP-Umfrage zufolge haben 61 Prozent Frau Thatcher die Schuld am Rücktritt des Schatzkanzlers Nigel Lawson am Donnerstag zugeschrieben.

Siehe „Themen des Tages"

In Moskau

Demo gegen KGB zerschlagen

Moskau (AP). Sowjetische Bereitschaftspolizei ist am Montag abend in Moskau mit Gummiknüppeln gegen Demonstranten vorgegangen, die nach einer Kundgebung für die Opfer des Stalinismus vor dem Hauptquartier der Geheimpolizei KGB zum Puschkin-Platz marschiert waren und Parolen gegen den KGB gerufen hatten. Der Nachrichtenagentur Tass zufolge wurden 40 Teilnehmer festgenommen.

Nach Angaben von Reportern der Nachrichtenagentur AP marschierten rund 500 Demonstranten zum Puschkin-Platz. Dabei wurden Rufe wie „Der KGB ist der Feind des Volkes" laut, und es wurden Flugblätter verteilt. In der Nähe des Platzes gingen Polizei-Einheiten gegen die Menge vor. Einige Männer wurden zu Boden geschlagen und in Polizeibusse geschleppt.

Zum Tage

Midas läßt grüßen

Alles, was er berührte, wurde zu Gold, berichtet die Sage. Doch war König Midas ein glücklicher Mann? Das Volk verspottete ihn, weil ein Paar Eselsohren das erlauchte Haupt zierten – bei einem Wettstreit unter Göttern hatte er auf den falschen gesetzt.

Griechische Mythologie? Das waren doch die Comics des Altertums, wird mancher denken. Aber irgendwie drängt dieses Bild sich auf, wenn man vom Schicksal der *jungen Computer-Tüftler* liest, die mit ihrem Elektronenhirn das Lotto-System überlisten wollten. Das mit dem Gold hat nicht geklappt, das mit den Ohren zwangsläufig.

Den Zufall besiegen, das Glück erzwingen – ein alter Traum. Millionär werden ganz ohne Risiko, klar, da würden wir alle mitmachen wollen. Jeder, der seinen Tippschein abgibt, hat wohl insgeheim solche Wünsche. Und einmal muß es ja klappen. Millionen denken so, der Millionen wegen. Doch meist kommt's dann ein paar Nummern kleiner: „Achtmarkfuffzich diese Woche für drei Richtige – na bitte, der Mensch ist ja bescheiden."

Nächste Woche sind wir alle wieder dabei. Denn das Prinzip Hoffnung ist rational nicht totzukriegen: Wen stört es schon, daß die „Chance", vom Blitz erschlagen zu werden, wesentlich größer ist als die, sechs Richtige anzukreuzen?

Peter Ochs

Wallmann-Äußerung

SPD: Machtwort Kohls verlangt

Bonn/Wiesbaden (AP). Der SPD-Parteivorstand hat am Montag den hessischen Ministerpräsidenten Wallmann wegen seines umstrittenen Göring-Zitats scharf kritisiert und zugleich den CDU-Bundesvorsitzenden, Bundeskanzler Kohl, aufgefordert, er solle „bei seinen hessischen Parteifreunden ein Machtwort" sprechen. Mit seiner Rede in einer Debatte des hessischen Landtags, in der Wallmann bei seinen Angriffen auf die SPD den ehemaligen nationalsozialistischen Reichstagspräsidenten Hermann Göring zitiert hatte, habe der Ministerpräsident versucht, die Sozialdemokraten in die Nähe der Nationalsozialisten zu rücken.

Wallmann hatte Mitte Oktober in der Debatte des Landtags über einen von SPD und Grünen kritisierten Nationalhymnen-Erlaß auf eine Reichstagssitzung vom Mai 1933 hingewiesen. Dabei hatte er Göring als Zeugen dafür zitiert, daß die SPD damals das Deutschlandlied mitgesungen habe. Der SPD-Vorstand erklärte hierzu, Wallmann sei sich „nicht einmal zu schade, den nationalsozialistischen Kriegsverbrecher Göring als Zeitzeugen zu benutzen, um in einer völligen Verzerrung der deutschen Geschichte nachzuweisen, daß Reichstagsabgeordnete der SPD 1933 stillschweigend dem nationalsozialistischen Treiben zugesehen hätten".

Die endgültigen Quoten

Lotto: Gewinnklasse I 1 820 177,70 DM; II 98 387,90 DM; III 10 582,40 DM; IV 127,40 DM; V 8,50 DM.

Toto:

Auswahlwette: I. unbesetzt, Jackpot 3 954 390,– DM; II. 51 501,20 DM; III. 2843,60 DM; IV. 79,30 DM; V. 6,80 DM. – **Ergebniswette:** I. 83 161,70 DM; II. 2132,30 DM; III. 168,40 DM.

Rennquintett:

Rennen A: Gewinnklasse I 230,10 DM; II 63,10 DM.

Rennen B: Gewinnklasse I 690,50 DM; II 77,80 DM.

Kombinationsgewinn: unbesetzt, Jackpot 62 531,40 DM.

(Ohne Gewähr)

Namen und Nachrichten

„Kein Bruch der Koalition"



Der Hamburger FDP-Landesvorsitzende Robert Vogel ist Spekulationen über einen möglichen Bruch des sozialliberalen Regierungsbündnisses in der Hansestadt entgegengetreten. In einem Rundfunkinterview sagte Vogel jetzt, es gebe keinen Grund, die Zusammenarbeit zu beenden. Die FDP werde die Koalition mit der SPD fortsetzen. Anlaß zu Spekulationen über den Zustand des Bündnisses waren Veröffentlichungen über eine von der Senatskanzlei zusammengestellte Sammlung von Äußerungen und Parlamentsinitiativen Vogels zur Wohnungsbaupolitik.

DDR will keine Italiener

Über 27 000 arbeitslose Italiener haben sich einer Initiative des Arbeitslosen-Komitees von Neapel angeschlossen, bei den DDR-Behörden um Übersiedlung und Arbeitserlaubnis für sich und ihre Familien nachzusuchen. Die DDR-Nachrichtenagentur ADN berichtete gestern weiter, daß dem Ersuchen inzwischen eine Absage erteilt worden sei.

„stern"-Chef geht wieder

In der Chefredaktion des Hamburger Magazins „stern" gibt es erneut einen Wechsel. Chefredakteur Herbert Riehl-Heyse, der diese Aufgabe erst vor vier Monaten übernahm und die Redaktion seit dem 1. Juli gemeinsam mit Michael Jürgs leitete, geht. Riehl-Heyse gab persönliche Gründe für sein Ausscheiden an. Anfang des Jahres hatte der Verlag zwei Mitglieder der Chefredaktion, Heiner Bremer und Klaus Liedtke, abberufen.

„Schuld abtragen"



Ein dauerhaftes Bleiberecht für Roma und Sinti in der Bundesrepublik hat der frühere Generalsekretär von amnesty international, der evangelische Pfarrer Helmut Frenz, gefordert. Es gelte, „besondere Schuld abzutragen" und mit einem „Lebensrecht" für alle Roma und Sinti ein „winziges Stück deutscher Geschichte aus der Nazi-Zeit zu bewältigen."

26 mal lebenslange Haft

Ein Gericht in Jerusalem hat den 26 Jahre alten Palästinenser Abdel Hadi Raanem gestern wegen 16fachen Mordes im Zusammenhang mit einem Anschlag auf einen israelischen Linienbus Anfang Juli zu 16 Mal lebenslanger Haft verurteilt.

Griechen wählen erneut



In Griechenland wird am kommenden Sonntag zum zweiten Mal in diesem Jahr ein neues Parlament gewählt. Bei den Wahlen vom 18. Juni hatte keine Partei die absolute Mehrheit erreicht. Der konservativen Partei Neue Demokratie unter Konstantinos Mitsotakis (Foto) werden Umfragen zufolge diesmal die meisten Chancen eingeräumt.

ai: Folterungen in Türkei

Obwohl die Regierung in Ankara internationale Verträge gegen die Folter unterzeichnet und ratifiziert hat, werde in der Türkei weiterhin systematisch gefoltert, heißt es in einem jetzt veröffentlichten Report von amnesty international. So seien seit Anfang des Jahres mehr als 500 politische Gefangene gefoltert worden und zehn nach Mißhandlungen in der Haft gestorben.

„Fortschritt '90" / Lafontaine: Mit 50 Milliarden fördern

SPD will „echte Sozialwohnungen"

Bonn (AP). Die SPD räumt dem sozialen Wohnungsbau in ihrem Regierungsprogramm Priorität ein und will bis 1994 den Bau von jährlich je 100 000 Wohnungen mit insgesamt 50 Milliarden Mark fördern. Bei der Vorstellung der arbeitsmarkt- und wohnungsbaupolitischen Beschlüsse der Kommission „Fortschritt '90" hielt deren Vorsitzender Lafontaine der Bundesregierung am Montag in Bonn vor, das Wohnen als sozialpolitische Aufgabe vernachlässigt zu haben.

Ohne dauerhaft nutzbare, mit langfristigen Belegungsbindungen ausgestattete „echte Sozialwohnungen" wäre die nächste Problemwelle schon heute für 1995 programmiert, warnte der stellvertretende SPD-Vorsitzende. Das Milliardenprogramm könne mit einer richtigen Prioritätensetzung finanziert werden, meinte Lafontaine. In der nächsten Legislaturperiode dürfe es nicht die angekündigten „ungerechten und wirtschaftspolitisch unsinnigen Steuergeschenke für Spitzenverdiener und Unternehmer geben".

Im beschäftigungspolitischen Teil ihres Programms setzen die Sozialdemokraten auf Arbeitszeitverkürzung und Qualifizierung. Mit einem Arbeitszeitgesetz zur Begrenzung der Überstunden könnten 200 000 Arbeitsplätze geschaffen werden, rechnete Lafontaine vor. Ein staatliches Sonderprogramm soll helfen, 100 000 Langzeitarbeitslose in Arbeit zu bringen. Die Kosten in Höhe von rund 1,5 Milliarden DM sollen im Verteidigungsetat eingespart werden.

1,9 Milliarden DM, die eine geforderte Verdoppelung der Weiterbildungsmaßnahmen auf 300 000 Teilnehmer kosten würde, sollen mit Hilfe einer besseren steuerlichen Erfassung hoher Kapitaleinkünfte finanziert werden.

Die Union hielt den Sozialdemokraten vor, sie sagten nichts darüber, wie ihre Vorhaben bezahlt werden sollten. CDU-Generalsekretär Rühe erklärte, mit den gleichen „Ladenhütern" wie mehr Staat, weniger Privatinitiative und uneffektiven Beschäftigungsprogrammen sei die SPD schon früher gescheitert.



DIE AUSGEWOGENHEIT von Sozial-, Arbeitsmarkt- und Umweltpolitik in den Vorschlägen der „Fortschritt '90"-Gruppe unterstrichen der stellvertretende SPD-Vorsitzende Lafontaine und Geschäftsführerin Fuchs gestern bei der Vorstellung der neuesten Sitzungsergebnisse. Die kontroversen Diskussionen in der Partei seien nötig, um am Ende Klarheit zu bekommen. „Wir sind im Konditionstraining und noch nicht auf dem Platz", sagte Lafontaine. (dpa-Funkbild)

Prag / Nach Demo

Anklage gegen Demonstranten

Prag (AP). Gegen 149 der 355 bei den Prager Kundgebungen am Samstag festgenommenen Demonstranten soll Anklage wegen Störung der öffentlichen Ordnung erhoben werden. Nach dem neuen Demonstrationsgesetz müssen die Angeklagten mit Geldstrafen bis zu 3600 DM rechnen. Die Kundgebung war von der Polizei gewaltsam aufgelöst worden. Es gab nach offizieller Darstellung sieben verletzte Demonstranten und fünf verletzte Polizisten.

Unter den Festgenommenen waren 17 Ausländer aus elf Ländern. Ihr Schicksal ist noch ungewiß. Die Demonstranten, die sich aus Anlaß des 71. Jahrestages der Gründung der tschechoslowakischen Republik versammelt hatten, hatten unter anderem die Ablösung des CSSR-Parteichefs Milos Jakes sowie freie Wahlen gefordert.

Wachsende Kritik

DKP-Chef Mies gibt Amt ab

Bonn (dpa). Der DKP-Vorsitzende Herbert Mies (60, Foto) wird sein Amt auf dem außerordentlichen Parteitag im Februar 1990 zur Verfügung stellen. Das kündigte er auf einer DKP-Vorstandssitzung am Wochenende an. Mies zieht damit die Konsequenzen aus der wachsenden innerparteilichen Kritik, die zur Bildung einer „Erneuerer"-Fraktion geführt hat. Eine wichtige Rolle dürfte aber auch die Entwicklung in der DDR spielen, die Mies am Montag vor Journalisten als „atemberaubend" bezeichnete. Mies stand 16 Jahre an der Spitze der Partei.

Buschfort-Nachfolger

Fichtner führt künftig AWO

Bonn (dpa). Zum neuen Bundesvorsitzenden der Arbeiterwohlfahrt (AWO) ist der Vorsitzende des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge, Otto Fichtner aus Kassel (60), am Montag beim Bundeskongreß des Verbandes in Bonn gewählt worden. Der Jurist ist Nachfolger von Hermann Buschfort (61), der das Amt nach sechs Jahren abgab.

Fichtner stammt aus Bremen und war während der sozialliberalen Koalition in Bonn Abteilungsleiter im Bundesfamilienministerium. Als stellvertretende Vorsitzende wurden die SPD-Bundestagsabgeordnete Gerlinde Hämmerle (Karlsruhe) und Manfred Ragati (Bielefeld) neu gewählt. Überschattet wurde die Tagung von der Affäre um die umstrittenen Immobilien-Transaktionen der südhessischen AWO.

Hunderttausende demonstrierten / Chefkommentator im DDR-TV

Von Schnitzler nahm seinen Hut

Fortsetzung

Krenz fliegt heute zu einem zweitägigen Besuch nach Moskau. Er wird auch mit dem dem sowjetischen Staats- und Parteichef Gorbatschow zusammentreffen.

Auf der nächsten Sitzung des SED-Zentralkomitees wird nach Angaben von Otto Reinhold, Direktor der Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED, über eine Wirtschaftsreform beraten. Sie solle ein effektiveres Leitungs- und Planungssystem bringen, sagte Reinhold im DDR-Fernsehen.

Die DDR-Liberalen haben unterdessen das bisherige Wahlsystem, in dem der SED eine führende Rolle zukommt, in Frage gestellt. „Wahlregelungen, wie wir seit 1950 kennen, sind keine Gesetzmäßigkeit der Geschichte", schrieb das Vorstandsmitglied der Liberaldemokratischen Partei Deutschlands, Bogisch, in einem Kommentar des Parteiorgans „Der Morgen".

Als zweite neue Partei nach den Sozialdemokraten soll bis zum 1. Mai 1990 die Partei „Demokratischer Aufbruch sozial, ökologisch" (DA) in der DDR gegründet werden. Wie am Montag bekannt wurde, wurde das am Sonntag abend von 200 Delegierten aus mehreren Bezirken der DDR beschlossen.

Die neuen Verhältnisse in der DDR haben jetzt auch ein prominentes Opfer des DDR-Fernsehens gefunden. Chef-Kommentator Karl-Eduard von Schnitzler nahm nach über 30jähriger Agitation seinen Hut: am Montag wurde zum letzten Male „Der schwarze Kanal" ausgestrahlt. Die Sendung mit seiner Abschiedsrede dauerte nur knapp fünf Minuten. Von Schnitzler hatte kürzlich die Demonstranten in der DDR als „Schreihälse ohne Köpfe" bezeichnet.

Flüchtlingsstrom hält an

564 Flüchtlinge aus der DDR sind nach Angaben des Bundesgrenzschutzes am Sonntag und in der Nacht zum Montag über Ungarn und Österreich in die Bundesrepublik eingereist. In der Bonner Botschaft in Prag stieg die Zahl der ausreisewilligen DDR-Bürger wieder auf 70. In Warschau warteten am Montag noch immer 1600 DDR-Bürger auf ihre Papiere.

Wohnungsnot / DGB

„Extremismus wird gefördert"

Düsseldorf (AP). Die Wohnungsnot in der Bundesrepublik fördert nach Auffassung des Deutschen Gewerkschaftsbundes und des Deutschen Mieterbundes den politischen Extremismus und gefährdet den inneren Frieden. Die Lösung der Wohnungsfrage müsse derzeit auch deshalb das wichtigste innenpolitische Ziel sein, hieß es in einer von beiden Organisationen gestern veröffentlichten „Düsseldorfer Erklärung zur Wohnungspolitik". Der DGB-Vorsitzende Breit warf Bundesbauministerin Hasselfeldt vor, ihre Vorschläge zur Behebung der Wohnungsnot seien unzureichend.

In der Erklärung werden die politisch Verantwortlichen in Bund, Ländern und Gemeinden aufgefordert, zu einer neuen sozialen Wohnungspolitik zurückzukehren. Der Direktor des Mieterbundes, Schlich, appellierte an die Bundesregierung, den Mieterschutz nicht anzutasten.

Polen / Kohl-Besuch

Kontroverse um Annaberg

Warschau (dpa). Die polnische KP-Zeitung „Trybuna Ludu" hat den geplanten Besuch von Bundeskanzler Kohl im oberschlesischen Wallfahrtsort Annaberg (heute Chelm) als Skandal bezeichnet. In Annaberg war es nach dem Ersten Weltkrieg zu blutigen Kämpfen zwischen deutschen Freischärlern und Polen gekommen, als sich eine knappe Mehrheit bei der Volksabstimmung für Polen entschied. Unmittelbarer Adressat der Kritik ist der Unterhändler der polnischen Regierung für das Besuchsprogramm von Kohl, Pszon.

„Die Akzeptanz eines solchen Punktes durch Pszon", so „Trybuna Ludu" weiter, „ist ein Skandal". Der Annaberg sei ein Ort, der vom Blut der Aufständischen im Kampf um den polnischen Charakter dieses Landes getränkt ist.

In Bonn gab es gestern nur die Bestätigung, daß Kohl den Wunsch hat, in St. Annaberg das Kloster zu besuchen.

Umweltverbände sehen große Risiken

Gentechnik Kampf angesagt

Bonn (dpa). Die Umweltverbände der Bundesrepublik wollen gegen die Gentechnik genauso kämpfen, wie die Friedensbewegung dies gegen die Stationierung neuer Raketen getan hat. Die als modern angepriesene Gentechnik sei unsinnig, ihre Risiken seien nicht abzuschätzen, sagten Sprecher des Deutschen Naturschutzringes (DNR), des Bundes für Umwelt und Naturschutz Deutschlands (BUND) und anderer Umweltverbände am Montag auf einer Pressekonferenz in Bonn. Die Bevölkerung müsse dagegen mobilisiert werden.

Das von der Bundesregierung vorgelegte Gentechnikgesetz diene den Interessen der Industrie, erklärten die Verbandsvertreter. Es werde die Gentechnik vor den Bürgern, nicht aber die Menschen und die Natur vor der Gentechnik schützen. Es dürfe so nicht vom Bundestag verabschiedet werden. Die Gentechnik ist nach Ansicht der Verbände ein Instrument zur „Neukonstruktion der Natur".

Parlamentswahlen in Spanien

Gonzalez regiert trotz Verlusten allein weiter

Madrid (dpa). Spaniens seit 1982 mit absoluter Mehrheit der Mandate regierende Sozialisten unter Ministerpräsident Gonzalez können trotz Stimmeneinbußen weitere vier Jahre allein die Macht ausüben. Die Sozialistische Arbeiterpartei Spaniens (PSOE) stützt sich nach den Parlamentswahlen vom Sonntag aber nur noch auf eine Mehrheit von zwei Stimmen. Von den 350 Mandaten im Parlament errang sie nach dem vorläufigen, amtlichen Endergebnis 176 statt bisher 184 Sitze.

Gonzalez (47) kündigte an, er werde „mit der gleichen Vision und demokratischen Art und Weise regieren" wie bisher. Politische Kommentatoren bezeichneten das Ergebnis als klaren Auftrag für die Fortsetzung der vor sieben Jahren eingeleiteten pragmatischen Modernisierungs- und Wachstumspolitik, mit der Spanien an die übrigen EG-Staaten angepaßt werden soll. In dem Stimmenrückgang sehen sie aber auch den Wunsch nach Änderung dessen, was die Opposition „Arroganz der Macht" nennt.

Von dem Verlangen nach weniger Überheblichkeit der Regierenden sowie vor allem einer stärkeren Berücksichtigung sozialer Belange profitierten deutlich die Kommunisten. Die von KP-Chef Julio Anguita angeführte „Vereinte Linke" (Izquierda Unida-IU) machte einen Sprung von sieben auf 17 Sitze. Die Mitte-Rechts-Opposition konnte gegen Gonzalez erneut wenig ausrichten. Die zweitstärkste politische Formation Spaniens, die Volkspartei (Partido Popular), errang mit ihrem neuen Kandidaten Jose Maria Aznar (36), der das Ergebnis von 1986 um ein Mandat auf 106 verbessern konnte, lediglich einen Achtungserfolg.

Als großer Verlierer der Wahl gilt Ex-Regierungschef Adolfo Suarez. Sein Demokratisch-Soziales Zentrum (CDS) fiel von 19 auf 14 Sitze zurück und wurde von den liberalen Nationalisten Kataloniens sowie den Kommunisten auf Platz fünf verdrängt. Die CiU von Regionalregierungschef Jordi Pujol kam erneut auf 18 Sitze.

Siehe auch Kommentar

HESSISCHE/NIEDERSÄCHSISCHE
ALLGEMEINE

Herausgeber
Rainer Dierichs, Dr. Dietrich Batz, Achim von Roos

Chefredakteur
Lothar Orzechowski

Stellv. Chefredakteure
Wolfgang Rossbach, Peter M. Zitzmann

Verantwortliche Redakteure
Chef vom Dienst: Horst Kröninger. Chef Nachrichten: Rainer Merforth. Politik: Jochen Prater. Blick in die Zeit: Walter Schütz. Wirtschaft und Sozialpolitik: Horst Seidenfaden, Kultur: Dirk Schwarze, i. V. Claudia Sandner-v.Dehn, M. A., Frau u. Reise: Ilse Methe-Huber. Sport: Rolf Wiesemann, i. V. Ulrich Fuhrmann. Sonntagszeit: Frank Thonicke. Kassel Stadt und Land: Wolfgang Rossbach. Bezirksredaktionen: Peter M. Zitzmann. Koordination: Helmut Lehnart. Hessen/Niedersachsen: Eberhard Heinemann. Chefreporter: Karl-Hermann Huhn. Sonderthemen: Peter Ochs.

Redaktion Wiesbaden: Rolf Effenberger. Redaktion Hannover: Harald Birkenbeul. Redaktion Bonn: Hans Ludwig Laucht.

Verlagsleitung
Dr. Dietrich Batz, Rainer Dierichs, Wigbert H. Schacht. Anzeigenleiter: Horst Prehm. Vertriebsleiter: Gerd Lühring.

Verlag Dierichs GmbH & Co KG, Frankfurter Str. 168, Postfach 10 10 09, 3500 Kassel, Ruf 05 61 / 20 3-0. Tel. Anzeigenannahme 05 61 / 20 3-3. Fernschreib-Nr. 99 635. Telekopierer 05 61 /20 36. Teletex 5 61 81 10. Postgirokonto 155132-608 Frankfurt/M. Anzeigenpreisliste Nr. 29. Monatlicher Abonnementspreis DM 25,60 inkl. Zustellung und 7 % MwSt. (Postbezugspreis 28,50 DM).

Die Beendigung des Abonnements ist nur mit schriftlicher Kündigungserklärung unter Einhaltung einer Frist von einem Monat zum Monatsende möglich; die Frist läuft ab Zugang der schriftlichen Kündigungserklärung.

Auflage werktags über 270 000 Exemplare in Tarifgemeinschaft mit „Oberhessische Presse", Marburg, „Hersfelder Zeitung", „Werra-Rundschau", Eschwege, „Harzkurier", Herzberg.

Auflage „Sonntagszeit" über 200 000 Exemplare.

Herstellung Druckhaus Dierichs, Frankfurter Straße 168, 3500 Kassel.

Harry Tisch auf wackligem Stuhl

Noch ist Harry Tisch nicht weg vom Fenster. Aber der Stuhl des obersten DDR-Gewerkschafters wackelt gewaltig. Ob er kippt, wird sich erst Mitte November entscheiden. Die Vertagung kennzeichnet die verworrene Situation. Im Falle seines Falles wäre es nach Honecker, Mittag und Herrmann das vierte Mitglied des alten Politbüros, das dem neuen Denken weichen muß; womöglich gehen ihm andere voraus. Ob er dem Sturz durch die Vertrauensfrage zuvorkommen wollte, bleibt im Busen des Betonkopfes verborgen. Keine Frage jedoch ist es, daß die Werktätigen des „Arbeiter- und Bauernstaates" ihn in die Wüste wünschen.

Das Tischtuch ist bereits zerschnitten. Massenweise erfolgt der Austritt aus dem FDGB, eine unabhängige Betriebsgewerkschaft „Reform" fordert Streikrecht und Mitbestimmung. Dem Versprechen des opportunistischen Taktikers, künftig einen von der SED unabhängigen Kurs zu steuern, will niemand trauen. Mit Grund. Nicht nur verstimmt seine Absicht, die Fahne in den Wind zu hängen. Vom Geiste Lenins, kann Harry Tisch gar nicht anders als in den Gewerkschaften einen Transmissionsriemen der Partei zu sehen. Daß er ein besonders eifriger Erfüllungsgehilfe war, macht ihn nur besonders verächtlich.

Mit einem neuen Namen ist es daher nicht getan. Das System muß sich ändern. Die SED-Führung kann nicht hoffen, mit einem Arbeiter- und Bauernopfer davonzukommen. Sie steht an einem Kreuzweg. Macht sie den Gewerkschaftsbund so frei, wie es bisher nur in seinem Namen steht, muß sie ihm auch fundamentale Rechte zugestehen. In Moskau kann sich Egon Krenz darüber informieren, wie Gorbatschow über das Streikrecht denkt, das ihm der Kongreß abgetrotzt hat. In Polen gibt es zwei rivalisierende Gewerkschaften. Das beflügelt auch die Massen in der DDR. Mit einer gerechteren Zuteilung der Ferienplätze werden sie sich nicht zufrieden geben.

Alfred Brugger

Spanien bleibt auf Kurs

Der Sieger kam mit einem blauen Auge davon. Spaniens Sozialisten, die das Land seit 1982 mit absoluter Mehrheit regieren, wurden bei den vorgezogenen Parlamentswahlen zum dritten Mal hintereinander mit Abstand stärkste Partei und bleiben an der Regierung. Doch die Wähler versagten ihnen die bislang gewohnte breite Mehrheit. Immerhin: Trotz zunehmender Kritik haben die Wähler den Modernisierungskraftakt der Regierung von Ministerpräsident Felipe Gonzales, dem Spanien zunehmend ein „europäisches" Niveau verdankt, erneut honoriert.

Dabei dürfte das persönliche Vertrauenskapital des 47jährigen Regierungschefs eine entscheidende Rolle gespielt haben. Die große Mehrheit der Wähler ist heute ebenso pragmatisch eingestellt wie ihre Regierung. Die Spanier rückten erstaunlich schnell ab von den ideologischen Rezepten, die nach Ende des Franco-Regimes für die Erneuerung bereitgehalten wurden. Die Spanier wollen besser verdienen, einen europäischen Lebensstandard, bessere Straßen, Krankenhäuser und Schulen und keine Experimente.

Genau das bietet den meisten von ihnen die Regierung Gonzales, trotz aller ungelöster Probleme. Die Sozialisten, denen in der Regierung die linke Ideologie abhanden gekommen ist, werden unter dem Druck der Gewerkschaften und erstarkenden KP vermutlich einige „Gesten" an den linken Sektor ihrer Wählerschaft machen und mit der berühmten „Arroganz der Macht" vorsichtiger umgehen. Ansonsten bleibt es bei der bisherigen Generallinie: Spanien braucht ein hohes Wirtschaftswachstum ohne viel staatliche Eingriffe und eine pragmatische Modernisierungspolitik, um sich auf das schwierige Jahr 1992 vorzubereiten.

Rolf Hilpert, Madrid

Das Zitat

„Literatur muß in den Augen der Kritiker langweilig sein, dann ist es Literatur."

Die Erfolgsschriftstellerin Utta Danella

Der Rücktritt des Schatzkanzlers brachte die resolute Regierungschefin in Bedrängnis

Premiere für die Briten: Maggie Thatcher ratlos

Von unserem Korrespondenten Klaus Kämpgen, London

In einem mit Spannung erwarteten Fernseh-Interview, dem „schwersten ihrer ganzen Laufbahn", sahen die Briten ihre unbeugsame Regierungschefin zum erstenmal ratlos. Margaret Thatcher wußte auch auf wiederholtes Befragen nicht zu sagen, warum ihr Schatzkanzler wohl zurückgetreten ist und damit die gegenwärtige schwere Krise ausgelöst hat. So oft hintereinander hatte sie wohl noch nie hilflos bekennen müssen: „Ich weiß es nicht, natürlich weiß ich es nicht."

Wirklich nicht? Der Grund stand ja in dem Rücktrittsschreiben Nigel Lawsons, und alle Briten waren inzwischen über die Art des Konfliktes hinreichend informiert. Entgegen dem Drängen Lawsons, des Garanten ihres Wahlsiegs von 1987, des Hüters der britischen Währung, hatte Frau Thatcher an ihrem persönlichen wirtschaftspolitischen Berater Sir Alan Walters festgehalten. Sir Alan aber zeichnet sich dadurch aus, daß seine Expertenweisheit sich von der Lawsons unterscheidet.

Unschuldig?

Wohl fünfmal fragte der prominente Interviewer Brian Walden Frau Thatcher, ob der Minister denn geblieben wäre, wenn sie Sir Alan den Laufpaß gegeben hätte. Doch die Regierungschefin wusch ihre Hände in Unschuld. Nach ihrer Ansicht war Lawson zum Rücktritt entschlossen, und sie habe alles versucht ihn zu halten. „Ich habe es nicht geschafft, nein", sagte sie, „und wenn sie mir die Frage noch einmal stellen, werde ich ihnen die gleiche Antwort geben".

Der jetzt in den USA tätige Universitätsprofessor Sir Alan Walters hatte in einem kürzlich an die Öffentlichkeit gebrachten Artikel von sich gegeben, daß er zusammen mit Frau Thatcher und einer kleinen, aber qualifizierten Minderheit dem Druck der Welt draußen standhalte. Als fast sensationell aber wurde aufgenommen, was er über das europäische Währungssystem zu sagen hatte, dem sich Nigel Lawson behutsam näherte.

Er nannte es „halbgar". Die Argumente zugunsten des EWS hätten „nie auch nur den geringsten Grad der Einsichtigkeit" erreicht, schrieb Walters.

Frau Thatcher aber gab im weiteren Verlauf des Interviews zu verstehen, daß ihr diese Europa-Gedanken Sir Alans weiterhin näherliegen als die Lawsons. Die EG-Partner müßten erst noch die Bedingungen schaffen, die Großbritannien den Beitritt zum Währungssystem erlauben, betonte sie. Das „große" und „freie" Pfund, wie sie sagte, könne nicht dem „Tohuwabohu" der Bestimmungen unterworfen werden, die anderen Ortes gültig seien. Schon früher hatte sie erklärt, Großbritannien werde dem EWS erst beitreten, wenn die Zeit „reif" sei. Das wurde vielfach als „nie" interpretiert.

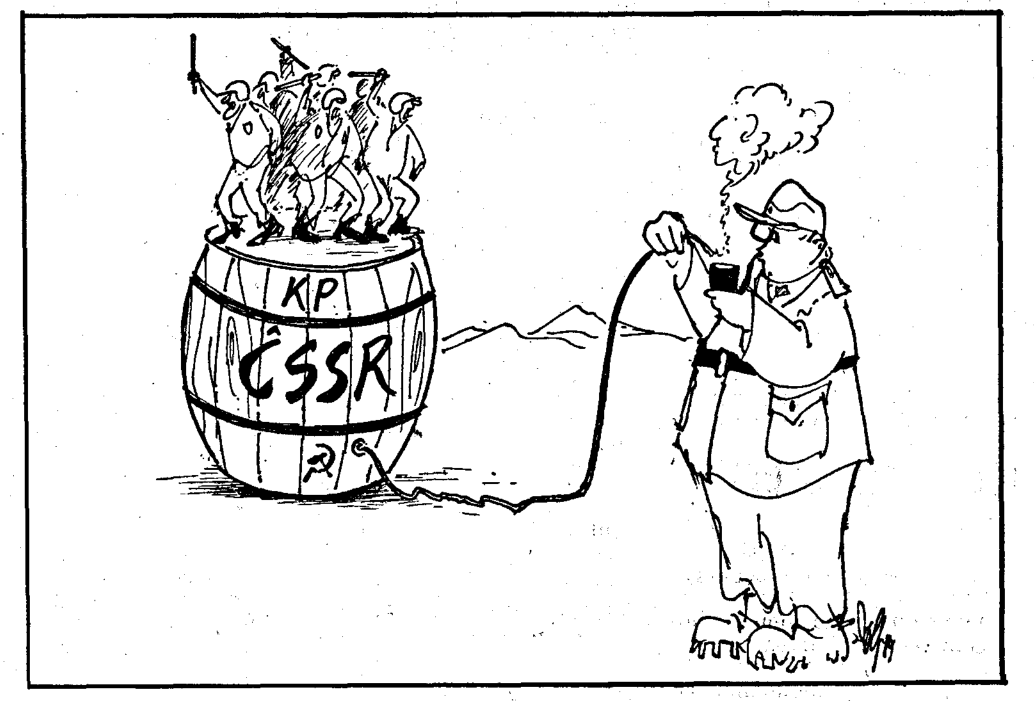
Widerspruch

Doch jetzt widersprachen ihr gewichtige konservative Politiker mit Nachdruck. Der frühere Außenminister Sir Geoffrey Howe, heute stellvertretender Regierungschef, sprach sich betont für das Währungssystem und für ein Festhalten an dem Kurs aus, zu dem sich auch Frau Thatcher auf dem Madrider EG-Gipfel bekannte. Dafür lobte ihn Michael Heseltine, früherer Verteidigungsminister und geduldiger Nachfolge-Kandidat.

Beide Politiker bestritten, daß sie gegenwärtig die Absicht hätten, gegen Frau Thatcher anzutreten und einen Kampf um die Führung auszulösen. Deutlicher jedoch als je zuvor ist jetzt zu erkennen, daß das entscheidende Kampffeld der britischen Innenpolitik die Europafrage ist.

Die beiden so einflußreichen Politiker, denen es in Madrid gelungen war, auch Frau Thatcher – und offenkundig gegen ihren Willen – auf den Weg zur Währungsunion zu bringen, Howe und Lawson, haben bezeichnenderweise inzwischen ihre Ämter verloren. Doch Europa bleibt der Prüfstein. Nach der jüngsten Kabinettsumbildung stellte sich sofort die Frage, wie denn der neue Schatzkanzler John Major und der neue Außenminister Douglas Hurd zu Europa stehen.

Hurd ist als europa-freundlich bekannt. Ob John Major, der zwei Jahre unter Nigel Lawson arbeitete, auch in Europa-Fragen „Frau Thatchers Pudel" ist, muß sich erst zeigen.



Die letzte Bastion (Karikatur: Wolf)

Vorstoß zum „Vaterschaftsurlaub"

Grüne: Friedensdienst am Wickeltisch

Von Hans-Ludwig Laucht, Bonner Redaktion

Was den Müttern recht ist, soll künftig auch den Vätern billig sein. So wollen es jedenfalls die Grünen im Bundestag. Sie stellten einen Gesetzentwurf vor, der das gegenwärtig geltende Mutterschaftsgesetz in ein „Mutter- und Vaterschaftsgesetz" umwandeln soll. Waltraud Schoppe, Bundestagsabgeordnete und Kinderbeauftragte der Grünen-Fraktion im Bonner Parlament: „Ich bin begeistert von dieser Idee. Es geht um die aktive Vaterrolle in der Gesellschaft."

Diese Rolle sieht so aus: Eine Woche vor dem voraussichtlichen Geburtstermin werden die Väter vom Arbeitgeber eine Woche freigestellt, um die Geburt ihres Kindes mitzuerleben. Außerdem erhalten sie im Anschluß daran, wie die Mütter, acht Wochen lang „Vaterschutz". Für Frau Schoppe, Mutter von zwei Kindern, liegen die Vorzüge der Grünen-Initiative auf der Hand: „Wenn ein Kind geboren wird, oder ein zweites Kind hinzukommt, muß sich die Familie neu orientieren. Dafür sollen Mutter, Vater und Kind Zeit zur Verfügung haben."

Die Grüne Kinderbeauftragte beruft sich auf zahlreiche Untersuchungen, nach denen die Identitätsentwicklung des Kindes unkomplizierter gelinge, „wenn sich das Kind an Mutter und Vater, am weiblichen und am männlichen Typus, reiben kann". Dazu müßten Väter aber mehr in der Familie präsent sein als sie es heute sind. Frau Schoppe sieht darin einen „Friedensdienst an der Wickelkommode".

Das setzt nach den Erfahrungen der Grünen-Frauen allerdings voraus, daß die Männer die ihnen neu zugewiesene Rolle auch annehmen. „Wir müssen sie langsam daran gewöhnen." Denn heute sei es doch noch so, daß die Männer vor den ihnen gestellten Aufgaben innerhalb der Familie „geradezu flüchtig sind".

Hoffnungen, in den Genuß des acht Wochen langen Mutterschafts- und Vaterschaftsurlaubes zu gelangen, haben vorerst nur verheiratete Paare. Lockere Freundschaften, die nicht ohne Folgen geblieben sind, sollen nach dem Willen der Grünen später in die Regelung einbezogen werden. Am Geld dafür fehlt es nach Überzeugung der Antragsteller nicht. Schließlich seien seit 1986 rund 1,5 Milliarden Mark Mutterschaftsgeld aus welchen Gründen auch immer nicht in Anspruch genommen worden.

Ob sich die Öko-Partei mit ihren Vorstellungen im Parlament durchsetzen kann, ist mehr als zweifelhaft. Trotz florierender Steuereinnahmen sind die Kassen Theo Waigels für weitere Familienwohltaten nicht disponiert. Dazu gesellt sich die Ungewißheit darüber, ob die Männer am Vaterschutzgesetz überhaupt interessiert sind.

Frau Schoppe hat offenbar nicht mit der Tücke des Objekts gerechnet. Ihre Absicht, den Antrag vor der Presse gemeinsam mit einem Parlamentarier vorzustellen, scheiterte. Von den männlichen Kollegen in der Fraktion habe sich niemand zur Verfügung gestellt. Offenbar legten sie keinen Wert darauf, „einen Eindruck von den schönen und anstrengenden Aufgaben" in der Familie zu erhaschen.

Presse-Echo

Zum Wahlausgang in Spanien schreibt die

Basler Zeitung

Tatsache ist, daß Spanien unter der Regierung Gonzales durch keine wirtschaftliche, soziale oder politische Krise gegangen ist, sondern sich durch Stabilität und wirtschaftlichen Aufschwung gekennzeichnet hat. Spaniens Sozialisten ist es besser als der griechischen Schwesterpartei gelungen, ihr politisches Kapital zu erhalten. Premier Gonzales überragt derart, daß er als „Spaniens Olof Palme" bezeichnet werden kann.

Den Weltspartag kommentiert die

Kölnische Rundschau

480 Milliarden Mark summieren sich auf ganz normalen Sparbüchern. Eine Umschichtung in lukrativere Sparformen findet unbegreiflicherweise nicht statt. Das verführt die Geldinstitute natürlich zu ihrer seit Jahren praktizierten Verschleppungs-Taktik, wenn es nach Leitzins-Erhöhungen nicht nur um höhere Kreditzinsen, sondern auch um mehr Geld fürs Sparbuch geht.

Ob die Parteiführung in Prag es will oder nicht: Der Aufstand der Massen macht deutlich, daß die Erneuerung längst begonnen hat, schreiben die

Kieler Nachrichten

Der Zeitpunkt der Wende kann nicht mehr vom sozialistischen Regime bestimmt werden, wenn das Volk sie in den Köpfen längst vollzogen hat. In der Tschechoslowakei ist – wie in der DDR – der Respekt vor der Staatsmacht verloren gegangen. Gorbatschows Impulse und sein Charisma schlagen überall durch. Eine Klasse von Parteifunktionären ... versucht zu retten, was noch zu retten ist.

Die Reformbewegung erreicht die Provinz

Auch Eichsfeld bläst der SED den Marsch

Von unserem Redaktionsmitglied Manfred Schaake

Reformationstag, Allerheiligen. Hoher Gedenktag der evangelischen, hoher Feiertag der katholischen Christen. In der DDR hatten diese Tage bisher kaum Bedeutung. Doch damit scheint es vorbei zu sein. Wenn Kinder morgen, an Allerheiligen, schulfrei bekommen für den Besuch der Gottesdienste, dann ist das auch ein Zeichen der Bewegung, vielleicht ein Zeichen beginnender Reformen. Im Eichsfeld jedenfalls – wahrscheinlich auch anderswo – haben Lehrer ihren Schülern angeboten, Allerheiligen in die Kirche gehen zu können. „Das", sagt ein alteingesessener Eichsfelder, „das hat's noch nie gegeben."

„Ruck durch das Land"

„Es geht ein Ruck durch unser Land. Das ist fast so wie eine Befreiungsbewegung." Deutliche Worte, die beim Sonntags-Gottesdienst in Dingelstädt (Kreis Worbis) Propst Joachim Jaeger (Nordhausen) spricht. Jaeger ist Vorsitzender der Hauptgruppe des Gustav-Adolf-Werkes in der Kirchenprovinz Sachsen. Das Gustav-Adolf-Werk ist ein Hilfswerk für evangelische Minderheiten in Diaspora-Gebieten. Die Menschen im Eichsfeld sind vorwiegend katholisch.

Seelsorger Jaeger nimmt kein Blatt vor den Mund. Den Machthabern wird, so scheint's, der Marsch geblasen. Und das in Anwesenheit hoher Funktionäre der SED. Selbst in der Provinz finden Fürbitte-Gottesdienste für die neue Bewegung statt. Gebetsunterlagen aus Leipzig werden ins Eichsfeld geschickt.

Der Mut zur Demonstration, der Aufbruch, die Bewegung der Kirche – das alles wäre nach Ansicht von Pfarrern in der DDR nicht möglich ohne ungezählte grenzüberschreitende Verbindungen und moralische Unterstützung: Die Partnerschaften zwischen Kirchengemeinden diesseits und jenseits des Grenzzauns. „Fast jede Kirchengemeinde hat eine Partnerschaft mit einer Gemeinde in der DDR", sagt ein Eichsfelder Pfarrer.

Diese Partnerschaften, die Besuche aus der Bundesrepublik, die materiellen und all die anderen Hilfen – das ist für DDR-Propst Jaeger „ein großer Reichtum über Grenzen hinweg". In der Predigt unterstreicht er die Hoffnung, daß die Grenze „hoffentlich immer gegenstandsloser wird".

Viele Kirchengemeinden, sagt er, hatten bereits resigniert. Viele seien so klein geworden, daß sie in der Wohnstube Platz gehabt hätten. Und jetzt auf einmal sind die Kirchen so voll wie noch nie, weiß auch Jäger: „Weil so viele weggegangen sind."

„Es geht so nicht weiter", mahnt der Propst, „unser Land ist krank". Und später: „So kann man mit unserem Land nicht umgehen." Mutige Worte in aller Öffentlichkeit. Solcherlei Töne seien bisher als Einmischung abgetan worden. Doch jetzt, so Jaeger in der kleinen überfüllten Kirche, „bricht das Land um". Was sich derzeit tut, wertet er als einen Schritt in die Befreiung.

Fesseln abgeworfen

Jaeger hat an einer Großdemonstration in Leipzig teilgenommen, schildert, wie eine fröhlich-friedliche Menge Fesseln abgeworfen habe, „die sich über uns gelegt haben".

Der Propst, dessen Predigt per Lautsprecher ins Freie übertragen wird, sieht angesichts der Bewegung „eine neue Quelle der Kraft". Mit den Marxisten („Es soll keine Ausgrenzung geben") müsse man jetzt auf dem Weg der Erneuerung bleiben, müsse man sich die Herzen erneuern lassen, die Hände ausstrecken zur Versöhnung.

„Auch Christen haben nicht das Wahrheitsmonopol", betont Jaeger, „aber wir spüren, daß wir großes Vertrauen genießen." Selbstkritisch merkt er an, daß sich die Christen oft falsch angepaßt, oft zu leise und nicht klar genug ihre Meinung gesagt haben.

Frühlingserwachen

Daß man jetzt schon offener seine Meinung sagen kann, wird am Rande einer Zusammenkunft im Eichsfelder Hof als „Frühlingserwachen" gewertet. Doch bei aller Hoffnung macht sich auch Skepsis breit. „Wir müssen erst einmal abwarten, was aus den Versprechungen wird", sagen DDR-Bürger.

Im Fleischergeschäft neben dem Eichsfelder Hof steht ein Schild im Schaufenster: „Wir suchen tüchtige Mitarbeiter, die uns helfen, die Fleisch- und Wurstversorgung für die Kunden zu sichern." Hintergrund: Ein Mitarbeiter des Geschäftes ist mit seiner frisch angetrauten Frau nicht mehr aus den Flitterwochen in Ungarn zurückgekehrt. Das Ehepaar ist geflüchtet.

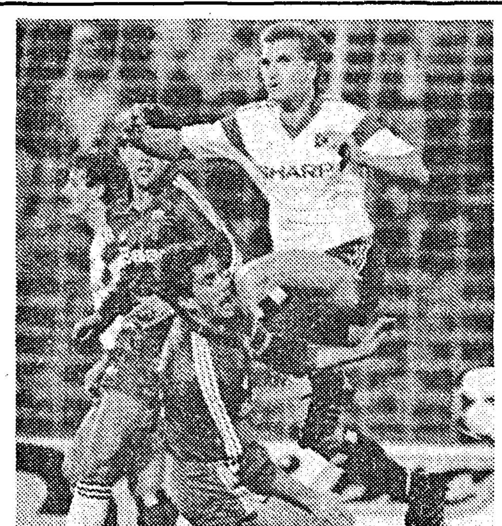
HNA
HESSISCHE/NIEDERSÄCHSISCHE ALLGEMEINE

HESSISCHE ALLGEMEINE

KASSEL
1 P 3713 A

UNABHÄNGIG | KASSELER ZEITUNG | NICHT PARTEIGEBUNDEN

Preis 1,10 DM | Nr. 255 · Mittwoch, 1. 11. 1989 | Ruf (05 61) 203-0 · Anzeigen 203-3




UEFA-Cup

Hamburger SV und Werder im Achtelfinale

Der Hamburger SV und Werder Bremen haben das Achtelfinale im UEFA-Cup-Wettbewerb erreicht. Während die Hamburger den spanischen Klub Real Saragossa nach einer 0:1-Hinspiel-Niederlage mit 2:0 nach Verlängerung bezwingen konnten, reichte den Bremern eine 0:2-Niederlage in Wien gegen die dortige Austria, weil die Hanseaten das Hinspiel mit 5:0 für sich entschieden hatten. Unser dpa-Funkbild zeigt Hamburgs Thomas von Heesen (helles Trikot) im Zweikampf mit Juanito. Siehe Sport.

Preisindex

Korb jetzt günstiger

Der neue Warenkorb macht's möglich: Die Inflationsrate wird nach Umstellung der Preisstatistik auf eine neue Datengrundlage geringer ausfallen. Statt drei Prozent im Jahresschnitt werden jetzt 2,8 Prozent erwartet. Siehe Bericht im Wirtschaftsteil.

Kultusminister:

Unis ausbauen

Eine spürbare Erhöhung der Studienplätze an den Universitäten haben gestern die Kultusminister der Länder gefordert. Dies gelte auch für die Fachhochschulen. Den Finanzministern warfen sie mangelnde Sachkenntnis vor. Siehe Kommentar und Kulturseite.

Familiendrama

Ehefrau getötet

Ein 68jähriger, laut Polizei geistig verwirrter Mann hat gestern in Kassel seine 78jährige Ehefrau getötet und eine 47jährige Altenpflegerin mit Hammerschlägen verletzt, weil er befürchtete, in eine psychiatrische Klinik zu kommen. Siehe Stadt Kassel.

Bush und Gorbatschow

Erster Gipfel in vier Wochen

Washington/Moskau (dpa). US-Präsident Bush und der sowjetische Staats- und Parteichef Gorbatschow werden sich am 2. und 3. Dezember zu ihrem ersten Gipfel treffen. Auf der Tagesordnung stehen Wirtschaftsfragen und die jüngsten Entwicklungen in Osteuropa.

Bush und der sowjetische Außenminister Schewardnadse gaben den Termin, der den bereits abgemachten Gipfel im kommenden Jahr in den USA nicht berührt, gestern zeitgleich in Washington und Moskau bekannt.

Der Dezember-Gipfel – es ist Bushs erste Begegnung mit Gorbatschow als US-Präsident – soll an einem Tag auf einem amerikanischen Kriegsschiff, am anderen Tag auf einem sowjetischen Kriegsschiff im Mittelmeer stattfinden. Sowohl Bush als auch Schewardnadse erklärten, das Treffen solle „zum besseren Kennenlernen auf höchster Ebene" dienen. Konkrete Ergebnisse beispielsweise auf dem Feld der Abrüstung seien nicht zu erwarten.

Bush hatte in der Vergangenheit angedeutet, daß er von einem Gipfel nur zum Kennenlernen nicht allzuviel halte. Auf Fragen, was seinen Sinneswandel zu einem Treffen dieser Art verursacht habe, wies Bush auf das „schnelle Tempo der Veränderungen in Osteuropa" und das Wachsen der Demokratie in Lateinamerika hin. „Ich wollte nichts versäumen, das ich besser aus erster Hand von Herrn Gorbatschow hören könnte."

Als ein Thema nannte er auch die Wirtschaftslage in der Sowjetunion. Es könnte sicherlich auch erörtert werden, wie die USA der UdSSR wirtschaftlich helfen könnten.

Schewardnadse widersprach dagegen nachdrücklich der Auffassung, daß bei der Begegnung eine mögliche Unterstützung der USA für die Reformen in der Sowjetunion besprochen werden sollte. „Dieses Treffen hat nichts mit einer direkten Hilfe für die Perestroika zu tun. Ich bitte Sie, in diesem Zusammenhang nicht den Begriff 'helfen' zu verwenden. Wir selbst müssen die Perestroika in die Tat umsetzen. Und wir besitzen alles dafür Notwendige", sagte Schewardnadse.

Siehe auch „Zum Tage"



GROSSE HOFFNUNGEN setzen die DDR-Bürger nach wie vor auf den sowjetischen Staats- und Parteichef Gorbatschow, der mit seiner Erneuerungspolitik auch ein Zeichen für die sozialistischen Staaten an der West- und Südwestflanke der UdSSR gesetzt hat. „Gorbi, hilf uns" war daher erneut bei den Massendemonstrationen in Leipzig am Montagabend ein eindringlicher Appell, auf die Politik der DDR-Führung einzuwirken. Der neue DDR-Staats- und Parteichef Krenz, der gestern im Kreml vorsprach, bekundete denn auch, aus den Glasnost- und Perestroika-Erfahrungen der Sowjets Nutzen ziehen zu wollen. (dpa-Funkbild)

Öko-Partei reagiert unterschiedlich

Schily verläßt Grüne und will in SPD eintreten

Bonn (dpa). Der Grünen-Bundestagsabgeordnete Otto Schily (Foto) will die Partei verlassen, sein Mandat niederlegen und in die SPD eintreten. Das bestätigte die Grünen-Vorstandssprecherin Ruth Hammerbacher am Dienstag nach einer Unterredung mit Schily. Der 57jährige Politiker und Rechtsanwalt äußerte sich vorerst weder gegenüber seiner Partei noch öffentlich zu den Gründen für seinen Schritt. Dies will er erst morgen auf einer Pressekonferenz in Bonn tun.

Mit Zurückhaltung reagierte die SPD auf die Meldungen über Schilys Wechsel. Neue Mitglieder seien immer „herzlich willkommen", sagte der Parteivorsitzende Vogel. Er schätze die politischen Fähigkeiten des Abgeordneten, der für die Mitglieder und Wähler der Grünen eine erhebliche Orientierungskraft gehabt habe. Schily wird sich voraussichtlich um eine SPD-Bundestagskandidatur im Wahlkreis München-Land bewerben. Der zuständige Unterbezirksvorsitzende Gantzer erklärte, er rechne mit einem solchen Schritt. Der Wahlkreis ist fest in CSU-Hand. Schily müßte dann über die SPD-Landesliste abgesichert werden.

Mit unterschiedlichen Wertungen reagierten Politiker der Grünen auf die Entscheidung. „Vor den Grünen steht eine Menge wichtiger Aufgaben, für die wir Otto hätten gebrauchen können", sagte die Fraktionssprecherin Antje Vollmer. Die frühere Vorstandssprecherin Jutta Ditfurth vom radikal-linken Flügel nannte Schilys Entscheidung die „praktische Umsetzung seiner sozialdemokratischen Mentalität".

Siehe auch Kommentar und „Themen des Tages"

Reformprozeß / Für Diskussion über SED-Führungsanspruch

DDR-Liberale drängen auf Taten

Berlin (dpa/AP). Die Liberal-Demokratische Partei (LDPD) in der DDR fordert konkrete Schritte im Reformprozeß. „Die Reden müssen jetzt in Taten übergeleitet werden", sagte der LDPD-Vorsitzende Gerlach am Dienstag in einem Interview des FDJ-Organs „Junge Welt". Er regte zugleich eine Diskussion über den von Regimekritikern in Frage gestellten Führungsanspruch der SED an.

DDR-Staats- und Parteichef Krenz, der gestern zu einem zweitägigen Arbeitsbesuch in Moskau eintraf, hatte zuvor die SED-Führungsrolle bekräftigt. Am Montagabend hatten in zahlreichen Städten der DDR über 400 000 Menschen für Reisefreiheit, Reformen und freie Wahlen demonstriert.

Gerlach schlug vor, über die Rolle der SED in einer Gruppe oder Gemeinschaft zu diskutieren, „die gesetzlich anerkannt ist". Er sprach sich für ein neues Vereinigungsgesetz aus mit genauen Kriterien, „unter welchen Bedingungen eine Bürgergemeinschaft als staatlich anerkannte Organisation tätig werden kann". Als Ziel seiner Partei nannte Gerlach einen „Sozialismus, der Spaß macht". Als Beispiele nannte er das Recht zu reisen und die Freiheit zu reden.

Krenz trifft heute im Kreml mit dem sowjetischen Staats- und Parteichef Gorbatschow zusammen. Gestern abend sagte er bei der Begrüßung auf dem Flughafen: „Die Losung ‚Von der Sowjetunion lernen, heißt siegen lern', hatte ihren historischen Platz und hat heute neuen Sinn bekommen. Wir lernen, wie unsere sowjetischen Freunde die Umgestaltung meistern, und wir lernen auch davon, was ihnen nicht gelungen ist."

Anschließend wird Krenz am Donnerstag zu einem eintägigen Arbeitsbesuch nach Warschau kommen.

Fortsetzung nächste Seite

DDR-Fernsehen / Vorschlag

Verbreitung per Kabel?

Bonn/Düsseldorf (dpa). Für eine Verbreitung beider DDR-Fernsehprogramme über alle Kabelnetze in der Bundesrepublik haben sich am Dienstag die FDP-Generalsekretärin, Cornelia Schmalz-Jacobsen, und die SPD-Fraktion im Düsseldorfer Landtag ausgesprochen. „Durch die offenere und kritischere Berichterstattung sind die DDR-Medien selbst zu einem Gegenstand der Veränderungen geworden. Sie sollten als unmittelbare Informationsquelle über die Ereignisse in der DDR den bundesdeutschen Fernsehzuschauern zugänglich sein", forderte Frau Schmalz-Jacobsen in Bonn. Nach Angaben der Bundespost kann derzeit etwa ein Drittel der bundesdeutschen Haushalte mit Kabelanschluß DDR-Fernsehen empfangen.

Siehe auch „Themen des Tages"

SPD fordert „Marshall-Plan"

Spendenaufruf für Polen

Bonn (dpa). Die SPD hat ein umfassendes wirtschaftliches Kooperations- und Hilfsprogramm für Polen nach dem Vorbild des „Marshall-Plans" gefordert. Mit dem „Marshall-Plan" förderten die USA nach dem Zweiten Weltkrieg den Wiederaufbau der Wirtschaft in der Bundesrepublik. Gleichzeitig rief der SPD-Vorstand am Dienstag die deutsche Bevölkerung zu Geld- und Sachspenden für Polen auf. Angesichts der akuten Lebensmittelknappheit sei jetzt praktische Solidarität nötig. Die Spenden sollen an die Arbeiterwohlfahrt gerichtet werden, die Lebensmittel kaufe und sie zusammen mit Sachspenden direkt nach Polen transportiere. Die Bundespost solle dabei auf Portogebühren verzichten. Das Konto der Arbeiterwohlfahrt beim Postgiroamt Köln hat die Nummer 336 666-500.

Zum Tage

Zwischengipfel

Eine persönliche Begegnung von George Bush und Michail Gorbatschow war überfällig. Der amerikanische Präsident hat lange genug gezögert, den direkten Kontakt zu seinem sowjetischen Gesprächspartner herzustellen. Warum sollten die beiden Staatsmänner damit warten, bis neue Verträge unterschriftsreif vorliegen? Die rasanten Veränderungen im Ostblock bieten genügenden und zwingenden Anlaß zur Aussprache. Man kann den Zwischengipfel deshalb nur als eine glückliche Idee bezeichnen. Daß er auf zwei Kriegsschiffen im Mittelmeer stattfinden soll, mag die Phantasie beflügeln und den publizistischen Reiz erhöhen. Doch wenn nicht terminliche, protokollarische und sicherheitstechnische Gründe dafür sprächen, müßte man den Einfall für abwegig halten.

Präsident Bush scheint endlich begriffen zu haben, daß der Prozeß der Perestroika aktive Unterstützung verdient, weil er der weltpolitischen Konfrontation entgegenwirkt. Gorbatschow braucht positives Echo und Beistand des Westens, um die Gegner seines Reformkurses zu widerlegen. Auf dieser Basis kann der Gipfel gegenseitigen Nutzen bringen. Sein Erfolg hängt diesmal nicht von konkreten Vereinbarungen, sondern vom sichtbaren Einvernehmen über die Zukunft Europas ab.

Achim v. Roos

SED-Führung

Rücktritt: Tisch und Margot Honecker

Berlin (dpa). Die Ablösung der alten Politikergarde in der DDR geht weiter: Nach der Abberufung von Staats- und Parteichef Erich Honecker ist auch seine Frau Margot nach Informationen der „Bild"-Zeitung als DDR-Volksbildungsministerin zurückgetreten. Der Vorsitzende der DDR-Gewerkschaft FDGB, Harry Tisch, wird morgen seinen Rücktritt erklären, meldete die DDR-Nachrichtenagentur ADN am Dienstag abend.

Die 62jährige Margot Honecker ist seit 1963 DDR-Ministerin für Volksbildung. Bereits am Vortag war in einem ADN-Bericht über Bildungspolitik nur von der Leitung des Volksbildungsministeriums geredet und Frau Honecker nicht namentlich erwähnt worden. Zur Nachfolgerin soll die Lehrerin und Gewerkschaftsvorsitzende Helga Labs (49) ernannt werden.

Der 62jährige Gewerkschafter Tisch – auch Politbüromitglied – hatte am Montag im Bundesvorstand seiner Organisation die Vertrauensfrage gestellt. Ursprünglich sollte darüber aber erst am 17. November abgestimmt werden. Laut ADN wird die Sitzung nun bereits am Donnerstag fortgesetzt. Dem Rücktritt war heftige Kritik zunächst vor allem der FDJ vorausgegangen. Am Dienstag unterstützten die Bezirksverbände Dresden, Erfurt und Berlin sowie verschiedene Einzelgewerkschaften die Rücktrittsforderung.

Namen und Nachrichten

Maxwell-Coup in Ungarn

Die ungarische Regierungszeitung „Magyar Hirlap" wurde zu 40 Prozent an den englischen Pressemagnaten Robert Maxwell verkauft. Das gab das ungarische Fernsehen bekannt. Die Zeitung werde zu einer unabhängigen Tageszeitung, die sich jedoch als „regierungsnah" verstehe.

US-Army: Drei Unfälle

Bei einem Manöver vor der amerikanischen Atlantikküste sind gestern vom Flugzeugträger „Dwight D. Eisenhower" drei Seeleute und 38 Raketen über Bord gespült worden. Tags zuvor hatte im Indischen Ozean der Pilot eines US-Kampfflugzeugs versehentlich eine 450 Pfund schwere Bombe auf den Lenkwaffenkreuzer „USS Reeves" abgeworfen und dabei fünf Marinesoldaten leicht verletzt. Am Sonntag war ein Leutnant im Golf von Mexiko bei seinem ersten Anflug auf einen Flugzeugträger tödlich verletzt worden.

NRW-Wahl: SPD-Einspruch

Einspruch gegen die nordrhein-westfälische Kommunalwahl am 1. Oktober hat die SPD für den Kreis Recklinghausen erhoben. Als Grund nannte der SPD-Unterbezirk gestern gefälschte Unterstützungsunterschriften für die Kandidatur der Republikaner in der kreisangehörigen Stadt Herten und zum Kreistag.

Hurd fordert mehr Mut



Der neue britische Außenminister Douglas Hurd hat seine Kabinettskollegen mehr Standhaftigkeit bei Auseinandersetzungen mit Premierministerin Margaret Thatcher empfohlen. In einem Fernseh-Interview sagte Hurd, wenn ein Streit mit der Regierungschefin drohe, neigten mehrere Minister dazu, „zusammenzuschrumpfen".

149 NS-Juristen verurteilt

In der DDR sind bis heute 12 800 NS-Verbrecher rechtskräftig verurteilt worden. Diese Zahl nannte der Staatsanwalt bei der Generalstaatsanwaltschaft der DDR, Günther Wieland, auf einer Podiumsdiskussion über die Rolle der Justiz im Nationalsozialismus in Hamburg. Insgesamt seien 149 Juristen verurteilt worden.

„Parteiensystem wankt"



Vor der „realistischen Gefahr der Auflösung des bisherigen Parteiensystems" in der Bundesrepublik hat der Präsident des Bundesverfassungsgerichts, Roman Herzog, gestern gewarnt. Während eines Kongresses in Essen sagte Herzog, anstelle des langjährigen „Fast-Zwei-Parteiensystems", durch das auch ein „außergewöhnliches Maß an sozialer Sicherheit verwirklicht worden sei, müsse heute wie in anderen modernen Industriestaaten mit fünf Parteilagern gerechnet werden.

Pro-Mauer-Initiative

Mit der Warnung vor der „kulturellen Barbarei", die Mauer abzureißen, hat sich gestern in Berlin eine neugegründete Initiative „Die Mauer muß bleiben" zu Wort gemeldet. Die Initiative unterstütze zwar die Veränderungen in der DDR und sei für eine Öffnung der Grenzen, setze sich aber zugleich für den Erhalt des „einzigartigen politischen und kulturellen Denkmals" ein.

Übersiedler / Boeden

Schnüffelei bestritten

Bonn (dpa). Die Übersiedler aus Osteuropa und die Flüchtlinge aus der DDR werden nach den Worten des Präsidenten des Kölner Bundesamtes für Verfassungsschutz, Boeden, in der Bundesrepublik nicht „beschnüffelt". Boeden wies gestern die Kritik an der gemeinsamen Datei der Verfassungsschutzbehörden des Bundes und der Länder „ADOS" (Adressendokumentation Ost) nachdrücklich zurück. Diese Datei sei „als objektbezogene Hinweisdatei" konzipiert. Sie enthalte keine Personalien von Übersiedlern.

Boeden erläuterte, „ADOS" stütze sich auf die Erfahrung, daß in der Vergangenheit häufig vom kommunistischen Nachrichtendienst in die Bundesrepublik eingeschleuste Agenten falsche Angaben zu ihrer Person und zu ihrem beruflichen Werdegang gemacht hätten. Eine Reihe von Spionagefällen sei mit Hilfe von „ADOS" aufgeklärt worden, sagte Boeden. Die Dateien seien deshalb unverzichtbar. Boeden unterstrich: „Es ist keine Verdächtigen- bzw. Belasteten-Datei".

Bundeswehr/Tagung

Admiral darf nicht in UdSSR

Bonn (dpa). Der Chef des Amtes für Studien und Übungen der Bundeswehr, Flottillenadmiral Elmar Schmähling, darf nicht zu einer internationalen Tagung mit Wissenschaftlern, Politikern und Militärs aus Ost und West im November nach Moskau reisen. Das bestätigte der Sprecher des Verteidigungsministeriums, Oberst Winfried Dunkel.

Die „Bild"-Zeitung berichtete gestern, daß Schmähling beim Wehrdienstsenat des Bundesverwaltungsgerichts in München eine Einstweilige Anordnung gegen die Entscheidung der Hardthöhe beantragt habe.

Dunkel erklärte, der Antrag von Schmähling habe aufgrund des für alle Bundesbediensteten geltenden Reiseerlasses nicht genehmigt werden können. Angehörige der Bundeswehr, die Zugang zu streng geheimen Papieren haben, könnten grundsätzlich keine Reisen in die Sowjetunion unternehmen. Ein besonderes dienstliches Interesse, das Voraussetzung für eine etwaige Ausnahmegenehmigung wäre, sei nicht erkennbar.

Hinweise mehren sich

West-Ärzte bald in DDR-Kliniken?

Berlin (bf). In Berlin mehren sich Hinweise, daß es schon bald zu einem Einsatz von West-Ärzten in Krankenhäusern der DDR kommen könnte. Der Präsident der Berliner Ärztekammer Ellis Huber verwies gestern auf die etwa 1000 arbeitslosen Mediziner allein im westlichen Teil Berlins. Erst am Montagabend hatte der DDR-Gesundheitsminister Klaus Thielmann in einer Fernsehdiskussion auf die Anfrage eines Zuschauers bestätigt, daß es Angebote von bundesdeutschen Medizinern gebe, bei der Gesundheitsversorgung in der DDR zu helfen.

In dem sehr freimütig geführten Gespräch machte Thielmann zwar noch keine Zusagen, ob die Offerte der West-Ärzte angenommen werde, er ließ die Frage aber vieldeutig offen. Der aus der alternativen Szene stammende Ellis Huber verfügt über „informelle Kontakte und Signale von drüben", daß die dortigen Verantwortlichen inzwischen mehr Bereitschaft zeigen, über eine solche Hilfe zu reden.

Polen / Kohl telefonierte mit Mazowiecki

Besuch am Annaberg steht noch nicht fest

Bonn/Warschau (dpa/AP). Neun Tage vor dem Beginn der Polen-Reise von Bundeskanzler Kohl (CDU) steht der umstrittene Besuch des Kanzlers im Wallfahrtsort St. Annaberg in Schlesien noch nicht fest. Über die endgültige Reiseroute Kohls vom 9. bis 14. November müßten noch abschließende Gespräche stattfinden, hieß es am Dienstag übereinstimmend in Bonn und Warschau.

Diese offene Frage war auch Thema eines Telefongesprächs, das Kohl gestern abend mit dem polnischen Ministerpräsidenten Mazowiecki führte. Der Kontakt zwischen beiden Seiten werde fortgesetzt, hieß es anschließend in informierten Kreisen Bonns und Warschaus.

Der Wunsch Kohls, an einer Messe auf dem Annaberg teilzunehmen, der wegen der blutigen Auseinandersetzungen Anfang der 20er Jahre zwischen Polen und Deutschen für beide Seiten ein patriotisches Symbol ist, war in Warschau auf heftige Kritik der Kommunisten gestoßen. Auch katholische Kreise äußerten Unverständnis, während der Bischof von Oppeln, Alfons Nossol, nichts gegen eine Kohl-Visite in St. Annaberg einzuwenden hat.

Im Kanzleramt hieß es, Kohl habe nach wie vor den Wunsch, mit seinem „ganz unspektakulären Besuch" in Annaberg ein Zeichen der Verständigung und Aussöhnung zu setzen. Man habe „nicht den Eindruck, daß der Kanzler diesen Programmpunkt schon gestrichen hat". Gleichwohl sei registriert worden, daß es in Polen jetzt „Widerstände" gebe.

In Bonn wurde das Thema Annaberg auch zum Diskussionsstoff der Parteien. SPD-Oppositionsführer Vogel äußerte die Sorge, mit einer Visite Kohls in Annaberg könne „ein Schatten auf den Besuch fallen". Die FDP-Außenpolitikerin Hildegard Hamm-Brücher appellierte „dringend" an den Kanzler, seinen Besuchsplan zu überprüfen.

Im Mai 1921 blutig umkämpft

Besondere Bedeutung für das deutsch-polnische Verhältnis erlangte der 385 Meter hohe Annaberg im Nordwesten von Gleiwitz am 21. Mai 1921, als das deutsche Freikorps „Oberland" ihn im Kampf gegen polnische Aufständische unter beiderseits schweren Verlusten erstürmte. Vorausgegangen war eine Volksabstimmung, in der sich 59,6 Prozent der Bevölkerung Oberschlesiens für den Verbleib beim Deutschen Reich ausgesprochen hatten. Der Völkerbund entschied für eine Teilung Oberschlesiens. Auf der Spitze des Annabergs stehen ein Franziskanerkloster und eine barocke Wallfahrtskirche aus dem 17. Jahrhundert, in der die Heilige Anna verehrt wird.

DER PARTEIRAT, das höchste SPD-Gremium zwischen den Parteitagen, befaßte sich gestern schwerpunktmäßig mit der Deutschlandpolitik. Unser Bild, das zu Beginn der Sitzung entstand, zeigt Parteichef Vogel mit seinen Stellvertreter Rau und Lafontaine. Vogel und der Parteiratsvorsitzende Gansel betonten, daß die Forderungen nach Reformen nicht auf die DDR beschränkt seien. Auch die Bundesrepublik brauche Erneuerung. (dpa-Funkbild)

SPD-Parteirat betont Selbstbestimmungsrecht

„Prüfsteine" für DDR-Reformen

Bonn (AP). Die SPD hat „Prüfsteine" für den Reformwillen der DDR-Führung aufgestellt und den Menschen „Respekt und tiefe Sympathie" ausgesprochen, die im anderen deutschen Staat für gesellschaftliche Veränderung kämpfen. Entscheidend für den Übergang zum Pluralismus seien Reise-, Informations- und Meinungsfreiheit, die Anerkennung der Reformgruppen sowie die Aufgabe des Machtmonopols der SED, sagte der SPD-Vorsitzende Hans-Jochen Vogel am Dienstag vor Journalisten in Bonn.

Vogel warnte nachdrücklich davor, in ein „Pathos der Wiedervereinigung" zu verfallen. Es gehe darum, die Reformgruppen in der DDR zu respektieren. Entscheidend für die Beantwortung der deutschen Fragen sei ein Selbstbestimmungsrecht, von dem die Bürger im anderen Teil Deutschlands Gebrauch machen könnten. Für Bonn und Ostberlin müsse es gemeinsames Ziel sein, gute Nachbarn im „Europäischen Haus" zu sein. Die Einheit Deutschlands könne nur mit der Einheit Europas vollendet werden.

Der Parteirat forderte die Bundesregierung auf, Reisefreiheit für DDR-Bürger und ökonomische Reformen zu unterstützen. „Die Chancen, daß Bürger der DDR eine Perspektive zum Bleiben in der DDR gewinnen, darf nicht an vordergründigen finanziellen Argumenten scheitern", heißt es in einer Entschließung. Wer dabei heute seine Hilfe versage, versage moralisch vor der wichtigsten Aufgabe deutscher Politik.

Israel / Palästinenser

Junge Frauen brutal ermordet

Tel Aviv (dpa). Bei einem der brutalsten Fememorde während des Palästinenseraufstands haben gestern mehrere maskierte Extremisten, die in den besetzten Gebieten als „Strafkommandos" operieren, im Gaza-Streifen zwei junge Schwestern mit Messern und einer Axt ermordet. Palästinensische Quellen behaupteten, beide Frauen seien der „Zusammenarbeit" mit den israelischen Behörden verdächtigt und daher „bestraft" worden. Ein Armeesprecher dementierte eine Zusammenarbeit.

Die Krankenschwester Surja Achmed El Kadi (22) und ihre 19jährige Schwester Sumaja seien „mit Messern verletzt und dann mit einer Axt zerhackt" worden, so ein Militärsprecher.

Hamburg

Koalition legt Streit bei

Hamburg (AP). Die einzige sozialliberale Regierungskoalition in der Bundesrepublik hat am Dienstag einer schweren Krise standgehalten. Hamburgs Erster Bürgermeister Voscherau (SPD) und sein Stellvertreter Ingo von Münch (FDP) erklärten nach einer Senatssitzung, jetzt könnten alle Vorwürfe als erledigt angesehen werden.

Bei dem Streit war es um eine Liste von wohnungspolitischen Ansichten des FDP-Landesvorsitzenden Vogel gegangen, die im Staats- und Planungsamt für Voscherau zusammengestellt worden war. Voscherau hielt den Vorgang für korrekt, die FDP bemängelte, daß Beamte parteipolitisch tätig geworden seien.

Erster Zivilist seit 1960

Türkei: Özal neuer Präsident

Ankara (dpa). Der türkische Ministerpräsident Turgut Özal (62) ist am Dienstag in Ankara im dritten Wahlgang zum Präsidenten der Türkei gewählt worden und wird damit Nachfolger von Kenan Evren. Seine Amtszeit beträgt sieben Jahre. Özal ist der achte Präsident der Türkei und der erste Zivilist im Präsidentenamt seit 1960. Özal, der in den ersten beiden Wahlgängen nicht die erforderliche Zwei-Drittel-Mehrheit zusammenbrachte, erhielt in der dritten Wahlrunde am Dienstag 263 von 450 Stimmen seiner Mutterland-Partei (ANAP). Er tritt sein Amt am 9. November an. Auch der dritte Wahlgang wurde von allen 155 Oppositionsabgeordneten boykottiert.

Über führende Rolle der SED

Friedensinitiative will Volksentscheid

Fortsetzung

Vertreter der „Initiative Frieden und Menschenrechte" (IFM) kamen am Wochenende zu einem ersten landesweiten Treffen in Ostberlin zusammen, wie am Dienstag bekannt wurde. Die Vertreter aus 17 Orten der DDR schlossen sich dem Aufruf der Bürgerbewegung „Demokratie Jetzt" zu einem Volksentscheid über die führende Rolle der SED an. Für mehr Demokratie auch in den Leitungsgremien der Kulturbereiche plädierten Kulturschaffende der DDR auf einer Veranstaltung des Hauptvorstandes der CDU.

Die Akademie der Wissenschaft der DDR forderte in einer von der Nachrichtenagentur ADN verbreiteten Erklärung eine „geistige Erneuerung", die Kernstück der Umgestaltung im Lande sein müsse. Der DDR-Journalistenverband und der Verband der Film- und Kulturschaffenden kündigten die Ausarbeitung eines Entwurfs für ein neues Mediengesetz an.

Auf der nächsten Sitzung des SED-Zentralkomitees wird nach Angaben von Otto Reinhold, Direktor der Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED, über eine Wirtschaftsreform beraten. Diese solle ein effektiveres Leitungs- und Planungssystem bringen, sagte er im DDR-Fernsehen.

In der Sondersendung „Offen gefragt, öffentlich geantwortet" wurde auch über die Reiseproblematik diskutiert. Reinhold wies dabei auch darauf hin, daß die Ausbildung einer Fachkraft in der DDR 95 000 Mark koste und daß durch den „Abgang" von Hunderttausenden von DDR-Bürgern in den Westen ein Teil des Reichtums abgeflossen sei.

Der Staatssekretär im Ministerium für Außenwirtschaft, Alexander Schalck-Golodkowski, vertrat die Ansicht, daß der Devisenbestand der DDR Reisen nicht für alle Bürger zulasse. Erst wenn die DDR durch Exportüberschüsse genug Gelder erwirtschaftet habe, könnten auch Reisen finanziert werden, meinte der Staatssekretär.

Flüchtlingsstrom ebbt ab

Unterdessen ebbt der Zustrom von DDR-Flüchtlingen über Ungarn in den Westen weiter ab: In den vergangenen 24 Stunden bis Dienstag früh kamen nur noch 391 Übersiedler in die Bundesrepublik.

HESSISCHE/NIEDERSÄCHSISCHE
ALLGEMEINE

Herausgeber
Rainer Dierichs, Dr. Dietrich Batz, Achim von Roos

Chefredakteur
Lothar Orzechowski

Stellv. Chefredakteure
Wolfgang Rossbach, Peter M. Zitzmann

Verantwortliche Redakteure
Chef vom Dienst: Rainer Merforth. Politik: Jochen Prater. Blick in die Zeit: Walter Schütz. Wirtschaft und Sozialpolitik: Horst Seidenfaden. Kultur: Dirk Schwarze. Frau u. Reise: Ilse Methe-Huber. Sport: Rolf Wiesemann. Sonntagszeit: Frank Thonicke. Kassel Stadt und Land: Wolfgang Rossbach. Bezirksredaktionen: Peter M. Zitzmann. Koordination: Helmut Lehnart. Hessen/Niedersachsen: Eberhard Heinemann. Chefreporter: Karl-Hermann Huhn. Sonderthemen: Peter Ochs.

Redaktion Wiesbaden: Rolf Effenberger. Redaktion Hannover: Harald Birkenbeul. Redaktion Bonn: Hans Ludwig Laucht.

Verlagsleitung
Dr. Dietrich Batz, Rainer Dierichs, Wigbert H. Schacht. Anzeigenleiter: Horst Prehm. Vertriebsleiter: Gerd Lühring.

Verlag Dierichs GmbH & Co KG, Frankfurter Str. 168, Postfach 10 10 09, 3500 Kassel, Ruf 05 61 / 20 3-0. Tel. Anzeigenannahme 05 61 / 20 3-3. Fernschreib-Nr. 99 635. Telekopierer 05 61 /20 36. Teletex 5 61 81 10. Postgirokonto 155132-608 Frankfurt/M. Anzeigenpreisliste Nr. 29. Monatlicher Abonnementspreis DM 25,60 inkl. Zustellung und 7% MwSt. (Postbezugspreis 28,50 DM).

Die Beendigung des Abonnements ist nur mit schriftlicher Kündigungserklärung unter Einhaltung einer Frist von einem Monat zum Monatsende möglich; die Frist läuft ab Zugang der schriftlichen Kündigungserklärung.

Auflage werktags über 270 000 Exemplare in Tarifgemeinschaft mit „Oberhessische Presse", Marburg, „Hersfelder Zeitung", „Werra-Rundschau", Eschwege, „Harzkurier", Herzberg.

Auflage „Sonntagszeit" über 200 000 Exemplare.

Herstellung Druckhaus Dierichs Kassel, Frankfurter Straße 168, 35 Kassel

HNA
HESSISCHE/NIEDERSÄCHSISCHE ALLGEMEINE

HESSISCHE ALLGEMEINE

KASSEL
1 P 3713 A

UNABHÄNGIG
Preis 1,10 DM

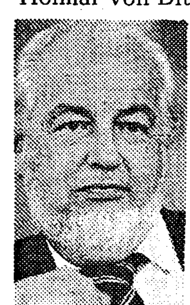
KASSELER ZEITUNG
Nr. 256 · Donnerstag, 2. 11. 1989

NICHT PARTEIGEBUNDEN
Ruf (05 61) 203-0 · Anzeigen 203-3

Publizist

H.v. Ditfurth gestorben

Freiburg (dpa). Der Publizist Hoimar von Ditfurth (68) ist am Mittwoch in einem Freiburger Krankenhaus gestorben. Das wurde von seiner Familie und vom Institut für ökologische Medienarbeit in Freiburg, dessen Beirat v. Ditfurth angehörte, bestätigt. Der Schriftsteller, der in Staufen bei Freiburg lebte, litt seit längerem an Krebs. Der Professor für Psychatrie und Neurologie wurde in den 70er Jahren vor allem als Moderator der ZDF-Sendereihe „Querschnitt" bekannt. Er veröffentlichte zahlreiche Bücher zu naturwissenschaftlichen Themen, von denen viele Bestseller wurden. Ditfurth ist der Vater der bekannten grünen Politikerin Jutta Ditfurth.



Siehe auch Kultur

„Krenz der Richtige"

Gerlach fordert neue Regierung

Ostberlin (dpa). Die DDR braucht nach Auffassung des Vorsitzenden der Liberal-Demokratischen Partei der DDR (LDPD), Gerlach, eine neue Regierung. Eine neue Politik sei mit neuen Leuten besser zu gestalten, als mit den alten Leuten, sagte Gerlach gestern im Anschluß an ein Gespräch mit dem EG-Kommissar und früheren Bundeswirtschaftsminister Bangemann in Ostberlin. Der neue Staats- und Parteichef Krenz sei „der Mann, den wir jetzt brauchen", meinte Gerlach. Er sei „fest davon überzeugt", daß es zu der neuen Politik, die mit der „Wende" eingeleitet worden sei, keine Alternative gebe. Die Bevölkerung und die LDPD wolle diese neue Politik. Die beste Sicherung, die jetzt begonnene Politik unumkehrbar zu machen, sei die öffentliche Kontrolle.

DDR-Metallchef

Gestolpert über Luxusbau

Berlin (AP). Öffentliche Kritik an mißbrauchten Privilegien hat gestern zum Rücktritt des Vorsitzenden der IG Metall in der DDR geführt. Der Gewerkschaftsfunktionär Gerhard Nennstiel legte sein Amt nieder, nachdem seine Gewerkschaft „mit großer Bestürzung" aus der „Berliner Zeitung" vom Umfang seines Eigenheimbaus erfahren hatte. Die Zeitung berichtet in ihrer Mittwochausgabe: „Da steht ein Eigenheim mit reichlich 200 Quadratmetern Wohnfläche, zehn Räume, Gasheizanlage, Bäder und Duschen, die Fenster sind BRD-Import, ein zweistöckiger Wintergarten ist im Entstehen." Die eingesetzten Maurer arbeiteten eigentlich in einem U-Bahn-Betriebswerk und seien für Nennstiels Bau abgestellt worden. Nennstiel will nach sicheren Angaben das Haus nun einer kinderreichen Familie zur Verfügung stellen.

Ziel der Stadt

Tiefgarage bis 1992

Eine Tiefgarage mit 400 Pkw-Einstellplätzen unter dem Kasseler Theatervor- und Friedrichsplatz soll bis zum documenta-Jahr 1992 zusammen mit der documenta-Halle fertig sein. Das wünscht die Stadt Kassel. Siehe Lokales.

Bogdanov

Einstand in Hamburg

Mit einer glanzvollen „Hamlet"-Premiere feierte Hamburgs neuer Schauspielhaus-Intendant Michael Bogdanov (Foto) jetzt seinen Einstand als Nachfolger Peter Zadeks. Die Titelrolle spielte Ulrich Tukur. Siehe Kulturseite.



Rennpferd

„Aus" per Ultraschall

Wie im James-Bond-Thriller: Mit einer Ultraschall-Kanone ist ein Rennpferd auf dem Weg zum Ascot-Sieg gestoppt worden. Eine hohe Tonfrequenz löst einen derartigen Höllenlärm aus, so daß das Pferd scheut. Siehe „Blick in die Zeit".

Fußball-Europapokal

Dortmund scheitert, aber fünf weiter

Während der FC Bayern München mit einem 3:0 in Tirana im Schongang das Europapokal-Viertelfinale im Meisterwettbewerb erreichte, ereilte Pokalsieger Borussia Dortmund mit einer 0:2-Niederlage in Genua das frühe „Aus". Nachdem der Hamburger SV und Bremen bereits am Dienstag eine Runde weiter kamen, schafften gestern auch der VfB Stuttgart (5:0 über Leningrad) und der 1. FC Köln (0:0 in Moskau) den Einzug ins Achtelfinale des UEFA-Pokals.

Auch Abriß der Mauer abgelehnt

Krenz: Keine Wiedervereinigung

Moskau (AP/dpa). Der neue DDR-Staats- und Parteichef Krenz hat einer Wiedervereinigung Deutschlands und einem Abbau der Berliner Mauer eine klare Absage erteilt.

Auf Fragen nach der Wiedervereinigung erklärte Krenz zum Abschluß seiner Gespräche mit dem sowjetischen Staats- und Parteichef Gorbatschow in einer von Rundfunk und Fernsehen der DDR direkt übertragenen Pressekonferenz in Moskau: „Diese Frage steht nicht auf der Tagesordnung". Er sehe „keinen Tag, an dem sie kommen könnte." Es sei „nichts wiederzuvereinigen und nichts zu vereinigen".

Nach dem Krieg hätten sich zwei deutsche Staaten mit unterschiedlichen Gesellschaftsordnungen gebildet, die „Teil der Stabilität in Europa" seien. „Das ist wichtiger als das Nachdenken über eine Wiedervereinigung", meinte er. „In Worten" habe die Wiedervereinigung „viele Anhänger", aber in der Tat müsse man davon ausgehen, „daß die Stabilität in Europa viel, viel wichtiger ist".

Für die Berliner Mauer gebe es „konkrete Gründe". Schließlich handele es sich nicht einfach um eine Grenze zwischen zwei Staaten. „Es ist immerhin die Grenze zwischen zwei gesellschaftlichen Systemen, es ist die Grenze zwischen zwei Militärblöcken. Und es ist die Grenze, in deren unmittelbarer Nähe in beiden Staaten mit die größte Waffenkonzentration in Europa herrscht", sagte Krenz. Die DDR habe 15 Jahre ohne sie existiert und dabei einen wirtschaftlichen Schaden von 100 Milliarden DM erlitten.

„Die Mauer hat andere Gründe, als das Zusammenkommen der Menschen zu verhindern", sagte er. „Die Grenze zwischen den Staaten ist so und nicht anders", fügte der DDR-Staats- und Parteichef hinzu. Gleichzeitig kündigte er noch für diese Woche weitreichende Reiseerleichterungen für DDR-Bürger an.

Wortlautauszüge der Krenz-Rede lesen Sie auf „Themen des Tages"

Krenz bekräftigte den in der Verfassung verankerten politischen Führungsanspruch der SED. „Selbst, wenn ich andere Gedanken hätte – aber ich habe keine anderen Gedanken – würde ich alles tun, um die Verfassung in diesem Punkt zu erhalten", sagte er. Er betonte, daß die SED an ihrer „Koalition" mit den anderen politischen Parteien in der DDR festhalten wolle. Die Existenz dieser Parteien sei ein Ausdruck des „Pluralismus" im Lande.

Siehe „Zum Tage"
Fortsetzung nächste Seite

GUTGELAUNT stellten sich in Moskau Kremlchef Gorbatschow und der neue DDR-Staats- und Parteichef Krenz der internationalen Presse. Gorbatschow drückte Krenz für den von ihm eingeschlagenen Reformkurs die Daumen und meinte: „Ihr werdet es schaffen." (dpa-Funkbild)

DDR öffnet Grenze zur CSSR

Bonner Botschaft wieder Zufluchtsort

Prag (dpa). Mit der Aufhebung der Visumpflicht für DDR-Bürger bei Reisen in die CSSR ist die Zahl von Zufluchtsuchenden in der Bonner Botschaft in Prag wieder sprunghaft angestiegen. Augenzeugen berichteten am späten Mittwoch nachmittag von rund 600 Menschen auf dem Gelände. Eine erste Gruppe von Flüchtlingen erhielt bereits im Laufe des Tages von der DDR-Botschaft in der tschechoslowakischen Hauptstadt Ausreisepapiere und sollte noch am späten Abend mit einem Bus in Bayern eintreffen. Als Fluchtgrund gaben die DDR-Bürger mangelndes Vertrauen auch in die neue Ostberliner Führung unter Egon Krenz an.

Auch in den kommenden Tagen dürfte nach Einschätzung westlicher Beobachter der Zustrom von Ausreisewilligen bei der Bonner Mission anhalten. Nach einer Meldung der amtlichen Ostberliner Nachrichtenagentur ADN fuhren am Mittwoch rund 8000 DDR-Bürger als Touristen in das Nachbarland.

Die DDR hatte auf dem Höhepunkt der großen Flüchtlingswelle den visafreien Reiseverkehr in die CSSR unterbunden, diese Maßnahme aber zum 1. November wieder aufgehoben.

In der Obhut der bundesdeutschen Botschaft in Warschau halten sich derzeit noch mehr als 1000 DDR-Flüchtlinge auf. Sie sind in Auffangstellen außerhalb der Mission untergebracht und erhalten nach und nach von der DDR-Botschaft ihre Entlassungsurkunden.

Der Zustrom von DDR-Flüchtlingen über Ungarn ist weiter rückläufig. In den 24 Stunden bis Mittwoch früh wurden 312 Neuankömmlinge gezählt. Am Vortag waren es 391.

Nicaragua: Weiter Angriffe von Honduras aus

Waffenstillstand mit Contras aufgekündigt

Managua (dpa/AP). Nicaragua hat am Mittwoch den seit 19 Monaten dauernden einseitigen Waffenstillstand mit den von den USA unterstützten rechtsgerichteten Contra-Rebellen aufgehoben. In einer Erklärung der sandinistischen Regierung in Managua hieß es zur Begründung, die Angriffe der von Honduras aus operierenden Contras hätten nicht nachgelassen.

Ortega beschuldigte US-Präsident Bush, den „Krieg" in Nicaragua zu fördern. Die von den USA gewährte nicht-militärische Hilfe für die Contras werde von diesen als logistische Versorgung bei ihren Angriffen mißbraucht. Nicaragua werde erst dann wieder einen Waffenstillstand verkünden, wenn mit der Entwaffnung der Contras in Honduras begonnen werde.

Ursprünglich hatte Ortega seinen Schritt bereits am Samstag in Costa Rica bekanntgeben wollen, hatte aber damit auf dem gesamtamerikanischen Gipfeltreffen in San Jose für erhebliche Mißstimmung gesorgt. Bush erklärte, er werde die Politik gegenüber Nicaragua überdenken, wenn Ortega den Waffenstillstand aufkündige.

Insgesamt befinden sich nach offiziellen Angaben aus Managua rund 4000 Rebellen, die nach dem mittelamerikanischen Friedensplan bis zum 5. Dezember entwaffet sein sollten, in Honduras. In den vergangenen 19 Monaten seien von den Contras 3500 Nicaraguaner getötet worden.

Siehe auch Kommentar

Freikaufaktion „still" beendet

Hamburg (AP). Die Freikaufaktionen von politischen Gefangenen aus DDR-Gefängnissen sind nach Informationen der Tageszeitung „Die Welt" in der vergangenen Woche beendet worden. So still wie die humanitären Bemühungen der Verantwortlichen in Bonn und Ostberlin bald nach dem Mauerbau von DDR-Anwalt Wolfgang Vogel eingefädelt wurden, so still sind die Entlassungen – insgesamt rund 30 000 – abgeschlossen worden, schreibt das Blatt. „Wir hoffen, daß es nicht zu neuen Verurteilungen aus politischen Gründen kommen wird", sagte Vogel am Mittwoch in einem Telefongespräch mit der Zeitung.

Zum Tage

Denken lernen

Solange der Leitspruch lautete: von der Sowjetunion lernen heißt Siegen lernen, war die Welt der SED in Ordnung. Sonst mochte nichts in Ordnung sein, am wenigsten die Verhältnisse im Lande, es genügte, daß die Gesinnung in Ordnung war. Und eigentlich kam es nicht einmal auf diese an, sondern nur auf das, was davon zum öffentlichen Gebrauch bestimmt war. Es herrschte das Prinzip Lebenslüge.

Daß damit kein Staat mehr zu machen ist, hat Egon Krenz, der Nachfolger Honeckers, wohl verstanden. Und wenn er nach Moskau fuhr, so nicht mehr, um Siegen zu lernen. Sondern was? Wohl doch, um Denken zu lernen. Mehr als einen Begriff von der Realität konnte ihm der leidgeprüfte Gorbatschow nicht mitteilen. Und Krenz hat es vorgezogen, davon möglichst wenig zu begreifen.

Wenn er der Mauer eine lange Zukunft verheißt, so spricht er noch in alten Kategorien. Verändert – und das ist schon was – hat sich jedoch der Ton. Oder wann hätte man einen SED-Chef schon in der Weise vernommen, daß er einen Gedanken wie den, daß die SED ihren alleinigen Führungsanspruch aufgeben könnte, für denkbar hält? Krenz hat die Idee verworfen. Daß er sie überhaupt sieht, zeigt, wieviel unter der Decke der offiziellen Verleugnung schon an Gedanken vorbereitet ist.

Lothar Orzechowski

Frühere Alkem

Gericht stoppt Produktion

Kassel (ari). Die Hanauer Brennelementefabrik, frühere Alkem, wird die Produktion von Brennelementen für Atomreaktoren zumindest vorläufig in Teilen einstellen müssen: Der Hessische Verwaltungsgerichtshof (VGH) hat gestern auf einen Eilantrag die für bestimmte Produktionsprozesse erteilte Genehmigung des Hessischen Ministers für Reaktorsicherheit als „rechtsfehlerhaft" bezeichnet.

Da am sofortigen Vollzug „offensichtlich rechtswidriger Verwaltungsakte" kein öffentliches Interesse bestehe, sei die sogenannte aufschiebende Wirkung der gegen die Genehmigung gerichteten Klagen wiederhergestellt worden, erklärte der Senat. Gegen diese Entscheidung gibt es kein Rechtsmittel.

Die Urteile, mit denen der Senat den gegen den Genehmigungsbescheid gerichteten Klagen stattgab, sind dagegen noch nicht rechtskräftig: Die Revision wurde zugelassen.

Bereits 1990 möglich

Papst wird UdSSR besuchen

Rom (dpa). Papst Johannes Paul II. wird möglicherweise im kommenden Jahr die Sowjetunion besuchen. Zwischen Vertretern des Vatikans und Moskaus sei grundsätzlich Übereinkunft über eine solche Reise erzielt worden, allerdings sei ein Termin noch nicht festgelegt, sagte laut italienischen Zeitungen der Sprecher der sowjetischen Außenministeriums, Gremizkich.

Lotto am Mittwoch
Ziehung A: 1, 28, 32, 33, 39, 40 Zusatzzahl: 13.
Ziehung B: 16, 18, 25, 38, 39, 48 Zusatzzahl: 20.
Spiel 77: 6 6 9 4 3 9 5.
(Ohne Gewähr)

Namen und Nachrichten

Hoffmann erlitt Hörsturz



Heiko Hoffmann (CDU) muß sich auf ärztlichen Rat eine Woche Ruhe gönnen: Der Oppositionsführer im Kieler Landtag erlitt auf dem linken Ohr einen Hörsturz und mußte in der Universitätsklinik behandelt werden. Ministerpräsident Engholm übersandte ein Genesungsschreiben und mit ihm auch ein Beispiel der neuen politischen Kultur in Schleswig-Holstein: „Vielleicht fördert es die Gesundung, wenn ich Ihnen sage, daß Menschen wie Sie in der Politik unersetzbar sind."

Truppen räumten Platz

Die seit dem Pekinger Massaker auf dem Platz des Himmlischen Friedens stationierten Truppen sind in der Nacht zum Mittwoch abgezogen worden. Sie wurden in einem Zeremoniell von Einheiten der bewaffneten Polizei abgelöst, die jetzt die Wache auf dem weiten Platz übernommen haben.

Havel aus Klinik entlassen

Der tschechoslowakische Bürgerrechtler und Träger des diesjährigen Friedenspreises des Deutschen Buchhandels, Vaclav Havel, ist gestern in Prag aus dem Krankenhaus entlassen worden. Der Dramatiker fuhr sofort in sein nördöstlich von Prag gelegenes Landhaus, um sich dort zu erholen.

Sturzversuch überstanden



Die pakistanische Ministerpräsidentin Benazir Bhutto hat gestern die härteste parlamentarische Machtprobe ihrer bisherigen Amtszeit bestanden. Ein von der Opposition eingebrachtes Mißtrauensvotum erzielte im Parlament lediglich 107 Ja-Stimmen und verfehlte damit um 12 Stimmen die notwendige Mehrheit zum Sturz der 36jährigen Regierungschefin.

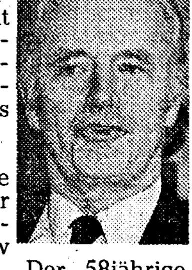
Genfer Gericht entscheidet

Die Entscheidung eines Genfer Gerichts über den Einspruch der Familie Barschel gegen den Abschlußbericht der Genfer Justiz zum Tod des früheren schleswig-holsteinischen Regierungschefs soll am 15. November bekannt gegeben werden. Das Gericht befaßte sich gestern fast vier Stunden hinter verschlossenen Türen mit dem Einspruch der Familie gegen das Ergebnis des Berichtes, Barschel habe Selbstmord begangen.

Iran: Weltweiter Haftbefehl

Der islamische Wächterrat in Teheran hat gestern ein Gesetz gebilligt, das die Regierung ermächtigt, amerikanische Bürger bei Vergehen gegen die Interessen Irans überall in der Welt festnehmen zu lassen und vor ein Gericht in den Iran zu bringen. Die Antragssteller hatten geltend gemacht, daß das US-Justizministerium das FBI ermächtigt habe, auf Fahnungslisten stehende Personen im Ausland ohne Zustimmung der jeweiligen Regierung zu verhaften.

UNO will Stoltenberg



Der ehemalige norwegische Außenminister Thorvald Stoltenberg ist einziger Kandidat für die Nachfolge des Schweizers Jean-Pierre Hocke als UNO-Flüchtlingskommissar. Dies wurde am Sitz der Vereinten Nationen in New York bekannt. Der 58jährige Norweger ist erst seit wenigen Wochen Botschafter seines Landes bei den Vereinten Nationen.

Sowjetunion

Kürzungen am Wehretat

Moskau (AP/dpa). Die Sowjetunion hat ihr Defizit für den Haushalt 1990 gegenüber dem laufenden Budget um die Hälfte gekürzt. In einer gemeinsamen Sitzung beider Kammern des sowjetischen Parlaments stimmte der Oberste Sowjet am Dienstag abend mit 375 gegen sechs Stimmen für die Vorlage, die besonders im Verteidigungshaushalt und bei den Kapitalinvestitionen für neue Betriebe und Betriebsausrüstungen starke Kürzungen vorsieht.

Wie Tass berichtete, sieht der Haushalt Einnahmen von 429,9 Milliarden Rubel und Ausgaben von 489,9 Milliarden und damit ein Defizit von 60 Milliarden Rubel (nach offizieller Umrechnung rund 180 Milliarden Mark) vor. Sollte die Regierung dies verwirklichen, würde das eine Halbierung des diesjährigen Defizits bedeuten. Das Defizit '90 soll durch Ausgabe von Staatsanleihen an Unternehmen und Organisationen gedeckt werden.

Staats- und Parteichef Gorbatschow sagte, der Haushalt sei „nicht zufriedenstellend", doch das Beste, was im Rahmen realistischer Überlegung möglich sei. Um ihn umzusetzen, „müssen wir härter arbeiten, als wir das jemals zuvor getan haben."

Aus- und Übersiedler

SPD gegen Bevorzugung

Nordenham (dpa). Gegen eine Bevorzugung von Aus- und Übersiedlern hat sich das Vorstandsmitglied der SPD-Bundestagsfraktion, Margitta Terborg, am Mittwoch in Nordenham (Landkreis Wesermarsch) gewandt. So halte sie die Sondererlaubnis für Trabbis ehemaliger DDR-Bürger für „unsinnig, ökologisch verantwortungslos und für einen Verstoß gegen den Gleichbehandlungsgrundsatz", sagte Frau Terborg. Außerdem müsse alles vermieden werden, was zu einem „Verdrängungswettbewerb im Kampf um eine Wohnung oder um einen Arbeitsplatz zwischen Alt- und Neubürgern führe.

Rühe: Stimmungsmache

CDU-Generalsekretär Rühe warf demgegenüber den Sozialdemokraten vor, eine Stimmung gegen DDR-Flüchtlinge zu schüren. Die von SPD-Politikern vertretene Auffassung, DDR-Flüchtlinge würden in der Bundesrepublik „verhätschelt", sei ein politischer und moralischer Skandal. Wenn jemand in der Vergangenheit verhätschelt worden sei, dann „wir in der Bundesrepublik durch Frieden, Freiheit und Wohlstand".

Ungarisches Parlament

„Aus" für Donaukraftwerk

Budapest (dpa). Das ungarische Parlament hat das endgültige Aus für den Bau des umstrittenen Donaukraftwerkes Nagymaros beschlossen. Die Regierung soll nun in Verhandlungen mit der CSSR den Vertrag über das gemeinsame Kraftwerksprojekt Gabcikovo/Nagymaros modifizieren. Dem Parlamentsbeschluß war bereits ein von der Regierung einseitig verfügter Baustopp vorausgegangen, nachdem Umweltschützer Sorge um die Trinkwasserversorgung geäußert hatten.

Volksabstimmung

Außerdem beschloß das Parlament mit großer Mehrheit, am 26. November eine Volksbefragung zur bevorstehenden Präsidentenwahl durchzuführen. Ursprünglich war für diesen Tag bereits dessen Wahl durch die Bevölkerung vorgesehen.

Ausgelöst wurde die Wahlverschiebung durch eine Initiative des oppositionellen Bundes Freier Demokraten (SZDSZ). Er hatte seine Forderung, die Präsidentenwahl erst nach den freien Parlamentswahlen im Frühjahr abzuhalten, mit 110 000 Unterschriften bekräftigt.

Siehe auch Kommentar

Abrechnung mit Wirtschaftspolitik

DDR-Generaldirektor: Radikal umdenken

Berlin (AP/dpa). Mit der heutigen „tatsächlichen produktiven Arbeitszeit" in der DDR kann der Lebensstandard westlicher Industrieländer nicht erreicht werden. „Das Leistungsprinzip ist gründlich verbogen." So rechnete der Generaldirektor des Werkzeugmaschinenkombinats „7. Oktober", Heinz Warzecha (SED), in einem Gespräch mit der „Berliner Zeitung" (Ostberlin) mit der bisherigen Wirtschaftspolitik ab. Wenn ein DDR-Bürger das Angebot in einem westdeutschen Warenhaus sehe, so kompensiere er es nicht durch die Tatsache, daß zum Beispiel seine Kinder eine gesicherte Berufsausbildung hätten. „Was hier bleibt, ist ein Gewicht auf der Waagschale zuungunsten des Sozialismus".

Warzecha forderte die Bekanntgabe der jährlichen Inflationsrate. Man müsse radikal umdenken und Schluß machen „mit der Politik eines schleichenden und nur scheinbar vertuschten Preisauftriebs besonders bei bestimmten Konsumgütern, die, obwohl sie in Exquisit- und Delikatläden angeboten werden, im unteren, bestenfalls mittleren internationalen Niveau liegen". Es werde für die Menschen immer weniger überschaubar, was sie sich für ihr erarbeitetes Geld kaufen können. Offenheit und Ehrlichkeit seien notwendig. Die Lohnskala müßte sich „unter dem Einfluß der Leistungsentwicklung und der Inflationsrate bewegen", wozu ständig zu aktualisierende Tarifverträge und Lohnvereinbarungen zwischen FDGB und Regierung notwendig wären.

SED-Politbüromitglied Schabowski hat sich für eine Kürzung der umfangreichen Subventionen in der Wirtschaft der DDR ausgesprochen. In einem Interview der Düsseldorfer Zeitschrift „Wirtschaftswoche" sagte Schabowski: „Subventionen sind für mich keine heilige Kuh." Er kündigte außerdem eine Überprüfung an, ob die Organisation der Industrie in großen Kombinaten ökonomisch noch sinnvoll sei.

EG-Kommissar Bangemann (FDP) ist gestern mit DDR-Außenhandelsminister Beil zusammengetroffen, um ihn über den künftigen EG-Binnenmarkt zu informieren. Es sei an der Zeit, mit der DDR über den Binnenmarkt zu sprechen, sagte Bangemann.



Bundesamt für Strahlenschutz nahm Arbeit unter Protesten auf

Bundesumweltminister Klaus *Töpfer hat gestern in Salzgitter* unter Protesten einer Gruppe von Kernkraftgegnern (unser Bild) das Bundesamt für Strahlenschutz eröffnet. Als Präsidenten des nach einem Beschluß des Bundestages vom Dezember 1988 gegründeten Amtes führte Töpfer den bisherigen Präsidenten des Instituts für Strahlenhygiene (ISH) in München, Professor Alexander Kaul, in sein Amt ein.

Bei dem neuen Amt sollen die Aufgaben des Bundes beim Strahlenschutz, der kerntechnischen Sicherheit und der Entsorgung radioaktiver Abfälle zusammengefaßt werden. Für die ersten 38 der später in Salzgitter vorgesehenen 340 Beschäftigten des Strahlenschutzamtes stehen gegenwärtig angemietete Räume zur Verfügung. Im kommenden Jahr wird mit einem Neubau begonnen, für den im Bundeshaushalt 33 Millionen DM eingeplant sind.

(dpa-Funkbild)

El Salvador / Gewerkschaftszentrale

10 Tote bei Bombenanschlag

San Salvador (AP). Bei einem Bombenanschlag auf eine Gewerkschaftszentrale in San Salvador sind nach Angaben der Polizei am Dienstag zehn Menschen getötet und 29 verletzt worden. Der linksgerichtete Salvadorianische Nationale Gewerkschaftsbund rief aus Protest gegen den Anschlag zu einem landesweiten Generalstreik auf. Dieser wurde gestern allerdings kaum befolgt. Gewerkschaftsführer beschuldigten Angehörige der Streitkräfte, die Tat begangen zu haben.

Lockerbie-Absturz / Warnung erhalten?

PanAm geht gegen US-Regierung vor

London (dpa/AP). Die Fluggesellschaft PanAm hat jetzt gerichtliche Schritte gegen die US-Regierung im Zusammenhang mit dem Terroranschlag gegen den PanAm-Jumbo bei Lockerbie eingeleitet. Die Fluglinie will nachweisen, daß die US-Behörden 24 Stunden bevor das Flugzeug über der schottischen Ortschaft explodierte vom israelischen Geheimdienst Mossad über einen bevorstehenden Anschlag gewarnt worden war.

Auch Beamte des deutschen Bundeskriminalamts hätten US-Beamte auf „verdächtige Aktivitäten" in der Ladezone auf dem Frankfurter Flughafen 90 Minuten vor dem Start der Unglücksmaschine hingewiesen, heißt es am Mittwoch in einem Bericht der Londoner Zeitung „Independent". Anwälte, die die Familien der Todesopfer vertreten und eine Entschädigung in Höhe von 300 Millionen Dollar (ein Dollar etwa 1,80 DM) von PanAm forderten, bezeichneten das Vorgehen der Fluggesellschaft als Ablenkungsmanöver.

Die britische Zeitung „Times" sieht wachsende Hoffnungen, doch noch die Attentäter zu finden, die am 21. Dezember vergangenen Jahres den Absturz verursachten. Anzeichen dafür seien eine jüngst aufgedeckte schwedische und maltesische Verbindung.

Die maltesische Fluggesellschaft Air Malta hat dagegen gestern Berichte zurückgewiesen, wonach die Bombe möglicherweise aus Malta gekommen ist. Die in einem Londoner Zeitungsbericht erwähnte Maschine der Air Malta, die am fraglichen 21. Dezember von Valletta nach Frankfurt geflogen sei, habe 39 Passagiere und 55 Gepäckstücke an Bord gehabt. Alle Passagiere und Gepäckstücke seien identifiziert worden. An Bord der Maschine habe sich nachweislich kein herrenloser Koffer befunden. Ein BKA-Sprecher in Wiesbaden erklärte, es gebe Anhaltspunkte dafür, daß ein Libyer oder ein Mann mit libyschem Akzent auf Malta Kleidungsstücke gekauft habe, die an der Absturzstelle gefunden worden seien.

Kremlchef betont „stabile Beziehungen"

Gorbatschow: SED hat große Dinge vor

Fortsetzung

Gorbatschow und Krenz hoben in einem gemeinsamen Kommuniqué die Bedeutung „stabiler, gleichberechtigter und gutnachbarlicher Beziehungen" zwischen der DDR und der Bundesrepublik Deutschland hervor. Gorbatschow bekräftigte erneut, daß „alle Fragen, die die DDR betreffen, nirgendwo anders als in der Hauptstadt der DDR entschieden werden". Gorbatschow: „Die SED hat große Dinge vor."

„Freie Gewerkschaften"

Die in der DDR „zu vollziehende Wende ist nur mit freien, starken, eigenständigen Gewerkschaften möglich". Diese Grundsatzposition wird in einem von der FDGB-Zeitung „Tribüne" gestern veröffentlichten Papier der Gewerkschaftshochschule „Fritz Heckert" vertreten, einen Tag nachdem Gewerkschaftschef Harry Tisch seinen Rücktritt ankündigte. Man müsse Schluß machen „mit dem rapiden Autoritätsverfall dieser bedeutenden Massenorganisation der Werktätigen". Es gehe „um die Rettung und Bewahrung der Einheitsgewerkschaften als wirkliche Interessenvertreter der Werktätigen."

Notwendig seien „gesetzliche Regelungen für gewerkschaftliche und staatliche Organe im Konfliktfall (einschließlich Arbeitsniederlegung)". Gefordert wird außerdem der Schutz der Gewerkschaftsfunktionäre vor „ungerechtfertigten Kritiken und Maßregelungen" und eine „neue Konzeption für die gewerkschaftliche Pressearbeit".

Ein Entwurf für eine Änderung des Paragraphen 213 des DDR-Strafgesetzbuches über den „ungesetzlichen Grenzübertritt" wird bereits in Kürze vorgelegt werden. Justizminister Heusinger erklärte gestern: „Es wird eine Neufassung dieses Paragraphen geben." Nötig seien ferner 30 weitere Gesetze im Zusammenhang mit Bürger- und Menschenrechten.

Erfassungsstelle:

Rechtshilfe für DDR möglich

Salzgitter (dpa). Nach einer Justizreform in der DDR könnte die zentrale Erfassungsstelle in Salzgitter möglicherweise Ostberlin im Wege der Rechtshilfe Unterlagen über Gewaltakte in DDR-Haftanstalten zur Verfügung stellen. Das erklärte gestern der stellvertretende Leiter der Behörde, Staatsanwalt Hans-Jürgen Grasemann.

Mit Hilfe der Unterlagen könnten in der DDR dann Übergriffe von Bediensteten gegenüber Häftlingen nachgeprüft werden. Solches Verhalten stehe in der DDR unter Strafe. Bisher werde es aber nicht geahndet, da Eingaben nicht bearbeitet worden seien. Als Beispiel nannte Grasemann das Schicksal einer inhaftierten Erzieherin. Nachdem sie einer von einem Bediensteten geschlagenen Zellenkameradin zur Hilfe kommen wollte, sei sie in kniehohem Wasser angekettet und besinnungslos geschlagen worden.

Grasemann begrüßte den Vorschlag, über den Fortbestand der Erfassungsstelle nachzudenken, wenn die Menschenrechtsverletzungen in der DDR aufhörten.

HESSISCHE/NIEDERSÄCHSISCHE
ALLGEMEINE

Herausgeber
Rainer Dierichs, Dr. Dietrich Batz, Achim von Roos

Chefredakteur
Lothar Orzechowski

Stellv Chefredakteure
Wolfgang Rossbach, Peter M. Zitzmann

Verantwortliche Redakteure

Chef vom Dienst: Rainer Merforth. Politik: Jochen Prater. Blick in die Zeit: Walter Schütz. Wirtschaft und Sozialpolitik: Horst Seidenfaden. Kultur: Dirk Schwarze. Frau u. Reise: Ilse Methe-Huber. Sport: Rolf Wiesemann. Sonntagszeit: Frank Thonicke. Kassel Stadt und Land: Wolfgang Rossbach. Bezirksredaktionen: Peter M. Zitzmann. Koordination: Helmut Lehnart. Hessen/Niedersachsen: Eberhard Heinemann. Chefreporter: Karl-Hermann Huhn. Sonderthemen: Peter Ochs.

Redaktion Wiesbaden: Rolf Effenberger
Redaktion Hannover: Harald Birkenbeul.
Redaktion Bonn: Hans Ludwig Laucht.

Verlagsleitung

Dr Dietrich Batz, Rainer Dierichs, Wigbert H. Schacht. Anzeigenleiter: Horst Prehm. Vertriebsleiter: Gerd Lühring.

Verlag Dierichs GmbH & Co KG, Frankfurter Str. 168, Postfach 10 10 09, 3500 Kassel, Ruf 05 61 / 20 3-0. Tel. Anzeigenannahme 05 61 / 20 3-3. Fernschreib-Nr. 99 635. Telekopierer 05 61 /20 36. Teletex 5 61 81 10. Postgirokonto 155132-608 Frankfurt/M. Anzeigenpreisliste Nr. 29. Monatlicher Abonnementspreis DM 25,60 inkl. Zustellung und 7% MwSt. (Postbezugspreis 28,50 DM).

Die Beendigung des Abonnements ist nur mit schriftlicher Kündigungserklärung unter Einhaltung einer Frist von einem Monat zum Monatsende möglich; die Frist läuft ab Zugang der schriftlichen Kündigungserklärung.

Auflage werktags über 270 000 Exemplare in Tarifgemeinschaft mit „Oberhessische Presse", Marburg, „Hersfelder Zeitung", „Werra-Rundschau", Eschwege, „Harzkurier", Herzberg.

Auflage „Sonntagszeit" über 200 000 Exemplare.

Herstellung Druckhaus Dierichs Kassel, Frankfurter Straße 168, 35 Kassel

Ungarn probt die Demokratie

Die Republik Ungarn hat sich von der kommunistischen Alleinherrschaft losgesagt und den Weg zu einem Mehrparteiensystem eingeschlagen. Ganz reibungslos kann ein solcher Prozeß nicht ablaufen. Anders als in Polen spielen die Kommunisten bei der Demokratisierung eine aktive Rolle. Ihr Reformflügel setzte die Gründung einer neuen Sozialistischen Partei durch, die den Ballast der stalinistischen Vergangenheit abwarf und sich den Wählern im nächsten Frühjahr als fortschrittliche demokratische Kraft präsentieren will. Ob ihr das gelingt, erscheint höchst fraglich, denn die Mehrheit der Ungarn fürchtet, daß sich hinter dem neuen Firmenschild doch der alte Laden verbirgt.

Um wenigstens einen Zipfel der Macht zu behalten, hoffte der sozialistische Oberreformer Imre Pozsgay, noch vor den ersten Parlamentswahlen durch Volksabstimmung zum Staatspräsidenten gewählt werden zu können. Der oppositionelle Bund Freier Demokraten hat ihm einen Strich durch seine Rechnung gemacht. Er setzte eine Volksbefragung über den Wahlmodus des Staatsoberhauptes durch und gewann damit Zeit, einen eigenen Kandidaten aufzubauen. Stimmt die Mehrheit der Bevölkerung für Direktwahl, so tritt das bürgerliche Lager im Januar gegen Pozsgay an. Wird die neue Verfassung bestätigt, nach der das Parlament den Staatspräsidenten bestellen soll, so scheint den Demokraten die Mehrheit ohnehin sicher zu sein.

Ungarns Kommunisten droht trotz ihres Reformeifers das Schicksal der polnischen Genossen. Sie werden die Macht abgeben müssen, weil das Volk auf alles, was sich sozialistisch nennt, allergisch reagiert. Ihre einzige Chance, an der Macht teilzuhaben, wäre Uneinigkeit in der demokratischen Bewegung.

Achim v. Roos

Einmütige Empörung

Kleine Gefechte in abgelegenen Gebieten – so beschreiben Regierungsbeamte in Washington die Zwischenfälle, die Daniel Ortega, der Präsident von Nicaragua, zum Anlaß genommen hat, den seit anderthalb Jahren geltenden Waffenstillstand nicht zu verlängern und offen militärisch gegen die Contras vorzugehen. Ortega ist zur gleichen Zeit auf den Bildschirmen des amerikanischen Fernsehens vor offenen Särgen zu sehen. Für sein kleines Land, so seine an die USA und an die UNO gerichtete Botschaft, ist jeder Tote ein Opfer zuviel.

Ortega will mit seinen dramatischen Aktionen den Blick darauf lenken, daß eine wichtige Bedingung des Friedensplanes nicht erfüllt ist: Die Entwaffnung und Demobilisierung der Contras. Doch handelt es sich um eine Empfehlung, der vor allem die USA, von deren finanzieller Unterstützung die Contras leben, nicht zugestimmt haben. Washington will die Contras nicht aufgeben, solange nicht in freien Wahlen über das Schicksal Nicaraguas entschieden worden ist.

Zunächst hat Ortega jedoch vor allem erreicht, daß der amerikanische Kongreß und die öffentliche Meinung sich in seltener Einmütigkeit empören. Bush als erfahrener Politiker weiß, daß solche Einmütigkeit nicht lange anhalten muß. Er wird, schon um den Rückhalt im eigenen Lager nicht zu verlieren, kaum umhin können, die Contras wieder militärisch zu unterstützen. Doch er dürfte zögern, den Krieg wieder voll aufzunehmen, seinerseits den Weg zu freien Wahlen zu verlassen. „Jener kleine Mann" in Managua hat sich, wie Washington es sieht, eine Blöße gegeben. Da wäre es töricht, ihm die Verantwortung für ein mögliches Scheitern des Friedensplanes abzunehmen.

Siegfried Maruhn, Washington

Das Zitat

„Die Leute, die heute die Tschechoslowakei regieren, sind dieselben, die vor zwanzig Jahren die Panzer gerufen haben. Was soll man von denen erwarten?"

Der exiltschechische Autor Pavel Kohout

Auf Westberlin kommt neben dem Polenmarkt möglicherweise schon bald ein neues Händlerproblem zu: Wenn die Mutmaßungen des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW, Berlin) zutreffen, dann wird die Stadt nach angekündigter Aufhebung der Reisebeschränkungen künftig von DDR-Bürgern „überschwemmt", die – ähnlich wie ihre polnischen Nachbarn – in erster Linie als Klein- und Kleinsthändler auftreten, um an harte Westwährung zu kommen.

„Unerschwinglich"

Ansonsten aber wird sich nach DIW-Einschätzung im Innerdeutschen Reiseverkehr auf absehbare Sicht real kaum etwas ändern. Der für die DDR zuständige DIW-Ostexperte Dr. Heinz Vortmann gegenüber unserer Zeitung: „Die Bundesrepublik wird für DDR-Bürger ohne West-Verwandte als Reiseland mangels Devisen selbst bei Bonner Hilfe weitgehend unerschwinglich bleiben."

Zunächst: Rund sieben Millionen Besucher aus der DDR wurden im vergangenen Jahr im Bundesgebiet und Westberlin registriert – allesamt fast mittellos. Denn bislang erhalten Westreisende in der DDR einmal im Jahr von ihrer Staatsbank 15 D-Mark im Verhältnis 1:1 umgetauscht, und darüber hinaus bekommen sie im Bundesgebiet beim ersten Besuch ein „Begrüßungsgeld" von 100 DM. 115 DM stehen ihnen also im günstigsten Fall zur Verfügung. Klar, daß also nur diejenigen gen Westen reisen können, die hier Verwandte haben, welche den Aufenthalt finanziell tragen.

Und daran wird sich nach Ansicht des DIW so schnell auch nichts ändern. Grund ist die für sozialistische Staaten typische notorische Devisenknappheit. Ein „hausgemachtes Problem", das mit dem dortigen Wirtschaftssystem zusammenhängt. Genauer: Zu wenig Güter sind weltmarktfähig, weswegen auch keine oder zu wenig „harte"

Die DDR-Bürger brauchen für Reisen Westgeld – aber woher?

Das große Devisenrätsel

Von unserem Redaktionsmitglied Ulrich Brehme

Währungen ins Land kommen.

Gibt es Lösungen, diesen Zustand zu ändern? Ein scheinbarer Ansatz wäre es, daß die DDR-Bürger ihr dort Erspartes mitbringen und hier zum Schwarzmarktkurs 1:11 tauschten. Laut DIW kommt dies aber nicht in Frage. Denn tatsächlich ist die Ost-Mark im Westen so gut wie nichts wert. Fritz Hohmann, Referatsleiter „Innerdeutsche Wirtschaftsbeziehungen" im Bundeswirtschaftsministerium: „Das Geld kann man bedenkenlos verbrennen".

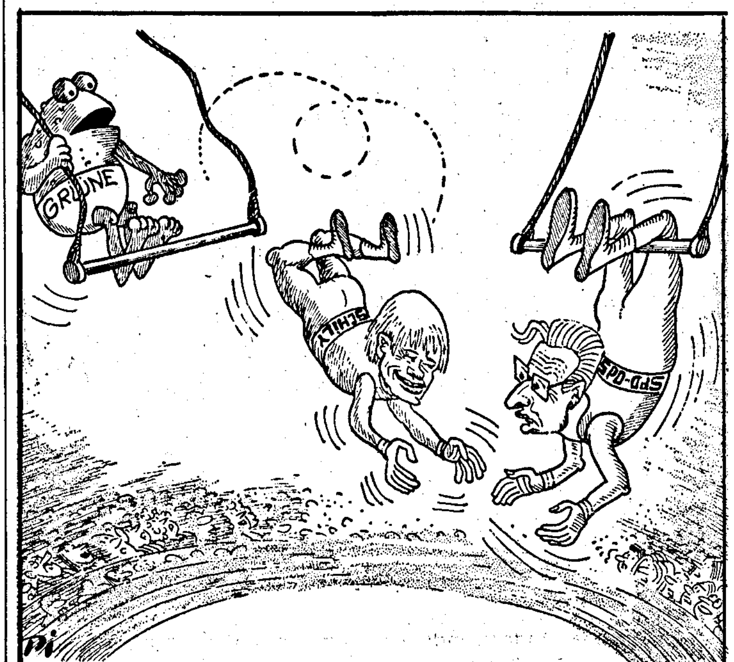
Da sowohl Geld- wie auch Gütermenge geplant sind, ist das Preissystem völlig verzerrt. Zwar hat Ostberlin den Kurs im Vergleich zur D-Mark auf 1:1 festgelegt, doch entspricht eben dieser Wechselkurs in keiner Weise der realen Kaufkraft. Würde man beispielsweise die Binnenwährung DDR-Mark von heute auf morgen freigeben, wären wir nach DIW-Berechnungen innerhalb kürzester Zeit bei Relationen von 1:50 oder gar 1:100. Das heißt: Auch der gegenwärtig häufig genannte Schwarzmarkt-Kurs von 1:11 entspricht nicht den realen Verhältnissen. Dr. Vortmann: „Dieser Kurs gibt lediglich die Situation in Teilmärkten wieder".

Folge: Den Gästen aus der DDR würde ihr Geld sozusagen in der Hand wegschmelzen, und die DDR-Wirtschaft daheim würde aufgrund des daraus resultierenden dramatisch ansteigenden Zahlungsbilanzdifizits vollends zusammenbrechen. Allenfalls langfristig – nach Gesundung der Wirtschaft und nach Einführung marktwirtschaftlicher Kriterien – sei also an eine Konvertierbarkeit (freier Tausch zu Marktkursen) der DDR-Mark zu denken.

Ebensowenig seien andere schnelle Lösungen denkbar. Dies gilt zum Beispiel für den Vorschlag, die DDR sollte dank ihrer Einnahmen aus der Transitpauschale (jährlich 525 Millionen DM) den Westreisenden mehr an Devisen bewilligen als die genannten 15 D-Mark. Der „Knackpunkt": Verdoppelt oder verdreifacht sie den Betrag, kostet es den Staat mehrere 100 Millionen DM, die für dringend benötigte Westgüter wegfielen. Auch wäre den Touristen damit nicht viel gedient, denn auch mit 45 DM läßt sich bei uns nicht allzuviel bewerkstelligen.

Kassen sind leer

Und auch eine neue Hilfe Bonns wäre zur Problemlösung nach DIW-Berechnungen grundsätzlich kaum geeignet. Natürlich könnte auf das „Begrüßungsgeld" draufgesattelt werden, könnten statt 100 DM nunmehr 300 DM pro Kopf ausgegeben werden. Doch auch bei uns sind die öffentlichen Kassen leer, zumal läßt sich damit nicht mehr als ein zwei-Tages-Trip bei großer Sparsamkeit finanzieren. Und die politische Durchsetzbarkeit bei uns ist eine weitere Frage.



Ob's klappt? (Aus: Kölner Stadt-Anzeiger / Pielert)

Presse-Echo

Das Treffen Bush/Gorbatschow kommentiert die

NEUE OZ OSNABRÜCKER ZEITUNG

Die Begegnung auf den Kriegsschiffen – fast schon eine antiquierte Bezeichnung – würde maßlos unterschätzt, sähe man in ihr nur eine Chance zum lockeren Kennenlernen. Auch wenn konkrete Ergebnisse nicht zu erwarten sind, werden die beiden Staatsmänner Weichen für die nächstes Jahr in den USA stattfindende formelle Gipfelkonferenz stellen und damit deren Erfolgschancen erhöhen. Bush und Gorbatschow können ausloten, wie weit die Möglichkeiten für die nächsten Abrüstungsmaßnahmen über den bekannten Rahmen hinausreichen.

Anders sieht das die Londoner

THE TIMES

Präsident Bush und seine Berater sollten nicht nur an die Möglichkeiten, sondern auch an die Gefahren einer so hastig organisierten Begegnung denken. Sie sollten sich an den letzten Gipfel erinnern, der so kurzfristig in einem Drittland einberufen wurde – das jetzt berüchtigte Treffen von Reykjavik im Jahr 1986.

Egon Krenz im Wortlaut / Gegen „Träume" vom Mauer-Abbau:

„Machen wir reale Schritte"

Der neue erste Mann der DDR, Egon Krenz, hat gestern in Moskau eine Pressekonferenz vor internationalen Journalisten gegeben und dabei zur deutschen Frage wichtige Aussagen gemacht. Im Folgenden dokumentieren wir Wortlautauszüge, die von dpa übermittelt wurden.

Berliner Mauer:

...Man möge nicht vergessen, daß es sich hier nicht einfach um eine Grenze zwischen zwei Staaten handelt. Es ist immerhin die Grenze zwischen zwei gesellschaftlichen Systemen, es ist die Grenze zwischen zwei Militärblöcken. Und es ist die Grenze, in deren unmittelbarer Nähe in beiden Staaten mit die größte Waffenkonzentration in Europa herrscht...

Natürlich kann diese Grenze nicht Raketen aufhalten, aber sie ist ein gewisser Schutzwall, ist sie schon. Und bitte ziehen Sie auch in Betracht, daß diese Grenze viel später gezogen wurde, als sie schon existiert hat. Wir haben 15 Jahre in der DDR gelebt, ohne daß diese Grenze so bestanden hat. Sie ist nämlich erst 1961 so gezogen worden. Und diese Zeit hat uns mehr als 100 Milliarden gekostet. Und was 100 Milliarden wert sind zu Preisen der damaligen Zeit, das brauche ich sicherlich Ihnen, meine Damen und Herren, nicht zu erklären. Die Deutsche Demokratische Republik ist ein gut entwickeltes Land, sie hat eine gute Wirtschaft, aber 100 Milliarden sind eine gewaltige Summe, und man muß daran denken, daß solche Gründe heute noch existieren, und deshalb habe ich vorhin meine Meinung dazu gesagt: Machen wir reale Schritte und keine Träume.

Europäisches Haus:

...Was das europäische Haus betrifft, so bin ich dafür, daß jeder sich sein Zimmer so gemütlich wie möglich einrichtet oder seine Wohnung... Und was unsere Nachbarn betrifft, und Nachbarn, aus denen Bürger der DDR in andere Länder gegangen sind, so werden sie verstehen, daß dies eine Angelegenheit zwischen den Ländern und meinem Land ist. Wir haben verschiedene Lösungen gefunden und eins möchte ich hier auf jeden Fall sagen: Es wird zwischen uns und den anderen sozialistischen Ländern kein Problem geben, das wir nicht gemeinsam lösen können. Das ist das Neue an den Beziehungen zwischen den sozialistischen Ländern.

Erneuerung in der DDR:

...Und es gibt Zeiten, wo man dann alleine die Verantwortung übernehmen muß. Und unter Leitung Erich Honeckers ist in der Deutschen Demokratischen Republik viel Gutes und viel Bleibendes entwickelt werden, daß ich mich dieser Zeit nicht zu schämen brauche. Und ich finde, zur Politik gehört auch Anständigkeit. Und wir Kommunisten sind anständige Menschen.

Und zu dieser Anständigkeit zähle ich, daß ich die Politik, die ich vertrete, die Politik der Erneuerungen, für die mich das Zentralkomitee gewählt hat, daß ich diese Politik durchführe, ohne dafür gewissermaßen Erich Honecker für alles verantwortlich zu machen, was vorher war.

Wiedervereinigung:

...Was die Frage der Wiedervereinigung betrifft, da muß ich Ihnen sagen, daß ich fest davon überzeugt bin, daß diese Frage nicht auf der Tagesordnung steht. Es ist nicht wiederzuvereinigen, weil Sozialismus und Kapitalismus auf deutschem Boden so noch nie zusammengestanden haben, und es ist auch nichts zu vereinigen, weil sich in der Entwicklung der Nachkriegszeit diese beiden deutschen Staaten herausgebildet haben, unterschiedlichen Bündnissen angehören. Und ich würde hinzufügen - das ist meine Hauptbegründung - daß sie ein Teil der Stabilität in Europa darstellen. Und mir scheint, daß die Stabilität in Europa, die Erhaltung des Friedens, die ja auch Auswirkungen auf die Situation in der Welt hat, viel, viel wichtiger ist als über die unreale Forderung nach einer Wiedervereinigung oder einer Vereinigung nachzudenken. Und deshalb sehe ich keinen konkreten Tag voraus.

Polen-Reise Kohls / Eine mißverstandene Geste der Aussöhnung / Wird der „Abstecher" gestrichen?

Schlesiens Annaberg wirft lange Schatten

Von unserem Redaktionsmitglied Jürgen Nolte

Eine gut gemeinte Absicht droht sich in ihr Gegenteil zu verkehren; was als Geste der Verständigung und Aussöhnung gedacht war, hat alte Geister des Mißtrauens und nationale Emotionen geweckt: Der geplante Abstecher Bundeskanzler Kohls auf den Annaberg bei Gleiwitz im Rahmen seines Polen-Besuchs hat die Vorbereitungen für die Reise am 9. November in einer Weise überschattet, daß man nur noch schwerlich um die Streichung dieses Programmpunkts oder zumindest um eine Abänderung des Ablaufs herumkommen wird. In Bonn und Warschau sieht man gleichermaßen die Gefahr, daß eine Visite auf dem Annaberg – im Mai 1921 Schauplatz blutiger Kämpfe zwischen Polen und Deutschen – die angestrebte umfassende Neugestaltung der deutsch-polnischen Beziehungen belasten könnte.

Dabei hatte das Kanzleramt den Wunsch Kohls, an einer Messe in der Wallfahrtskirche teilzunehmen, eher beiläufig in die Programmliste aufgenommen. Dies sei „das denkbar Harmloseste" und keinesfalls etwa als Demonstration für die Rechte der deutschen Minderheit in Polen gedacht, hieß es. Der Kanzler wolle vielmehr angesichts der seit einiger Zeit geübten Praxis, daß in der Klosterkirche Messen abwechselnd auf Polnisch und Deutsch gelesen würden, seinen Respekt vor diesem sichtbaren Zeichen der Aussöhnung bekunden.

Einen eifrigen Fürsprecher für einen Besuch auf dem Annaberg fand Kohl in dem Oppelner Bischof Nossol. Doch der Kirchenmann steht mit seiner Ansicht mittlerweile ziemlich allein da, er unterschätzte ebenso wie der deutsche Kanzler die „patriotische Bedeutung" des Annabergs für die Polen. Diesen Aspekt hatte bereits vor einer Woche Außenminister Skubiszewski im deutschen Fernsehen hervorgehoben und die Besuchsabsicht Kohls als „nicht glücklich" bezeichnet.

Die Kritik Bischof Nossols, der Minister habe erst mit seinen Äußerungen die Angelegenheit zum „Problem" erhoben, bestätigte die kommunistische Parteizeitung „Trybuna Ludu" auf drastische Weise: Sie verwarf jede Bereitschaft, den Wunsch Kohls hinzunehmen, als „Skandal". Und Polens nichtkommunistischer Regierungschef Mazowiecki sah sich dem Vorwurf ausgesetzt, „polnische Patrioten verraten" zu haben. Der Hintergrund: Zwischen Warschau und Bonn hatte bereits weitgehende Einigkeit über die Besuchsziele des Kanzlers geherrscht. Bei einer Ortsbesichtigung auf dem Annaberg war schon über Geschenke gesprochen worden, die er dem Kloster machen könnte.

Nun will auch Mazowiecki von einer solchen Visite nichts mehr wissen und dürfte dafür in dem Telefongespräch mit Kohl am Dienstagabend um Verständnis geworben haben. Der Premier, dessen Regierung ohnehin unter starkem Druck durch die Kommunisten steht, will der KP nicht die Chance geben, mit nationalistischen Argumenten Punkte im Volk zu sammeln. Da aber daran auch Kohl nicht interessiert sein kann, wird er wohl das Seine tun, um die Mißhelligkeit aus der Welt zu schaffen.

Die Empfindsamkeit der Polen, wenn es um ihren Patriotismus geht, ist von der jüngeren Geschichte des Landes her verständlich. Bei den drei Teilungen von 1772, 1773 und 1795 hatte Polen seine Eigenstaatlichkeit verloren, wobei Rußland, Preußen und Österreich Nutznießer waren. Erst 1918 nach dem Zusammenbruch der Mittelmächte im Ersten Weltkrieg und der russischen Oktoberrevolution entstand unter Führung Pilsudskis ein neuer unabhängiger polnischer Staat, der seine östlichen Gebiete in schweren Kämpfen mit der Roten Armee behauptete.

Im Westen fielen nach den Bestimmungen des Versailler Vertrages fast die gesamte Provinz Posen und der größere Teil Westpreußens an Polen. In Oberschlesien sprachen sich in einer Volksabstimmung knapp 60 Prozent der Bevölkerung für den Verbleib zu Deutschland aus. Die Folge war nach zwei vorhergegangenen ein weiterer polnischer Aufstand, der von deutschen Freikorps - unter anderem mit der Erstürmung des Annabergs - niedergeschlagen wurde. Am Ende wurde durch Völkerbunds-Beschluß der kleinere, aber industriell wertvollere Teil Oberschlesiens Polen zugesprochen.

HNA
HESSISCHE/NIEDERSÄCHSISCHE
ALLGEMEINE

HESSISCHE ALLGEMEINE

Fernseh-
Rundfunk
Wochen-
Programm

KASSEL
1 P 3713 A

UNABHÄNGIG · KASSELER ZEITUNG · NICHT PARTEIGEBUNDEN

Preis 1,10 DM · Nr. 257 · Freitag, 3. 11. 1989 · Ruf (05 61) 203-0 · Anzeigen 203-3

Tarifrunde 1990

IG Metall erwägt Wechselstreiks

Stuttgart (AP). Die IG Metall erwägt, für den Fall eines Arbeitskampfes im nächsten Jahr ihre Forderungen nach der 35-Stunden-Woche und nach mehr Lohn mit Hilfe von „Wechselstreiks" von Betrieb zu Betrieb durchzusetzen. Das teilte der stellvertretende Vorsitzende der Gewerkschaft, Zwickel, am Donnerstag mit. Im Gegensatz zur früheren Praxis sollen neue Streikkonzepte ausführlich an der Basis diskutiert werden.
Bericht auf „Themen des Tages".

Forget besiegt

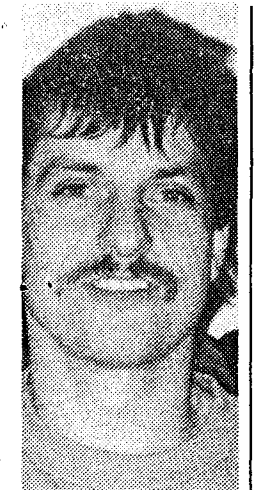
Becker mit Mühe

Boris Becker steht beim Tennis-Grand-Prix-Turnier in Paris im Viertelfinale. Der 21jährige Leimener besiegte den Franzosen Guy Forget mit viel Mühe 6:7, 6:4 und 7:6. Nächster Gegner ist der Australier Wally Masur. Siehe Sport.

Padberg-Morde

Richter: lebenslang

Detlef Meyer (33, Bild) ist im sogenannten Padberg-Prozeß wegen zweifachen Mordes zu lebenslanger Freiheitstrafe verurteilt worden. Er hatte bei der Entführung des 15 Monate alten Patrick Padberg Oma und Kind getötet. „Blick in die Zeit".



4,8 Mrd. DM

Ford kauft Jaguar

Für umgerechnet rund 4,8 Mrd. DM übernimmt Ford den britischen Autohersteller Jaguar. Bisher hatte sich Jaguar erbittert gegen eine Übernahme gewehrt. Die Übernahme wurde durch die britische Regierung ermöglicht. Siehe Wirtschaft.

EKD-Synode

Frauen und Kirche

Über eine Frauenquote in Kirchengremien berät am Sonntag die EKD-Synode. 40 Prozent sollen in „Teilschritten" angestrebt werden. Der Kasseler Bischof Jung hält eine Bischöfin vor dem Jahr 2000 für möglich. Siehe Kulturseite.

Wasserkraft

EAM zahlt mehr

Frohe Kunde für die rund 150 Besitzer kleinerer Wasserkraftwerke in der Region: Der Stromversorger EAM zahlt den Kraftwerkseigner für ihr in das EAM-Netz eingespeisten Strom 15 Prozent mehr. Siehe auch Wirtschaft.

Expertenrunde der Bonner Koalition:

Mehr Geld für den Wohnungsbau

Bonn (dpa). Nach mehrstündigen Beratungen hat sich eine Expertenrunde der Koalition am *Donnerstag auf weitere Maßnahmen* zur Belebung des Wohnungsbaus verständigt.

Sie umfassen eine deutliche Aufstockung der Bonner Mittel für den sozialen Wohnungsbau um 400 Millionen auf zwei Milliarden DM im nächsten Jahr und in einer ähnlichen Größenordnung in den beiden Folgejahren. Die zusätzlichen Gelder sollen im dritten Förderweg vergeben werden, der die Darlehen und die Sozialbindungen von 40 auf sieben bis zehn Jahre verkürzt. Das Mietrecht soll teilweise gelockert werden. Außerdem wird die Bundesregierung aufgefordert, den Verkauf von Bauland zur Verbesserung der Wohnungsversorgung zu verstärken.

300 Millionen DM Sofortmittel will der Bund zur Schaffung von rund 20 000 Wohnungen für Studenten zur Verfügung stellen. Weitere 300 Millionen hätten die Länder aufzubringen, 400 Millionen die Bauherren von Studentenwohnungen. Die Wohnungen sollen bereits 1990 errichtet werden können.

Wie dpa weiter erfuhr, muß über einige Einzelheiten noch in der abschließenden Koalitionsrunde am kommenden Dienstag im Beisein der Parteivorsitzenden beraten werden. Dazu gehören weitere Abschreibungserleichterungen, die nach Angaben aus Teilnehmerkreisen „viel Geld kosten". Über den Umfang und den Zeitpunkt der allgemeinen Erhöhung des Wohngeldes soll im Verlauf des nächsten Jahres entschieden werden.

Die nordrhein-westfälische Wissenschaftsministerin hatte am Donnerstag bekanntgegeben, daß die Landesregierung in Düsseldorf für die nächsten beiden Jahre 40 Millionen DM für den studentischen Wohnungsbau zur Verfügung stellen wolle.

Neubaustrecke: Schienenstrang Hannover – Kassel fertig

Mit Pauken und Trompeten feierte die Bundesbahn gestern den Lückenschluß für den Nordabschnitt der Neubaustrecke Hannover-Würzburg. Um 11.45 Uhr gab Niedersachsens „Landesmutter" Heidi Adele Albrecht als Patin für den Mündener Tunnel das Kommando. Sekunden später senkten vier Gleisbaumaschinen das letzte Stück Schiene auf der rund 150 Kilometer langen Strecke zwischen Hannover und Kassel an der Werrabrücke in das Schotterbett ab. Die verlegten Gleise verlaufen über 108 Brücken mit insgesamt rund elf km Länge und durch 16 Tunnel mit einer Gesamtlänge von rund 35 km. Damit rückte die Bundesbahn ihrem erklärten Ziel, die Neubaustrecke Hannover-Würzburg Ende Mai 1991 in Betrieb zu nehmen, wieder ein beträchtliches Stück näher, wie der Präsident der Bundesbahndirektion Hannover, Werner Remmert, vor zahlreichen Gästen verkündete. (til/Foto: Barth)

Umfrage: In die Kirchen zieht es nur die wenigsten

70 Prozent der Bundesbürger glauben an Gott

Hamburg (dpa/AP). Nach Umfrageergebnissen glauben 70 Prozent der bundesdeutschen Bevölkerung an Gott. „Dabei ist die Gläubigkeit der Katholiken mit 83 Prozent weit höher als die der Protestanten mit 68 Prozent", erklärte eine Sprecherin vom Allensbacher Institut für Demoskopie gestern in Hamburg. Nach ihren Worten liegt die Gottesgläubigkeit bei den über 60jährigen Katholiken mit 92 Prozent am höchsten. Den niedrigsten Wert wiesen Protestanten im Alter zwischen 16 und 29 auf: 57 Prozent.

Den Gottesdienst hingegen besuchen nur fünf Prozent der Protestanten und 25 Prozent der Katholiken regelmäßig. Jeder zweite von ihnen ist über 60 Jahre alt. Die Umfrage ergab auch, daß Männer mehr zweifeln als Frauen.
Siehe „Zum Tage"

Annelis Kimmel führt FDGB

Rücktrittswelle in der DDR

Ost-Berlin (AP/dpa). Der Reformprozeß in der DDR führt jetzt zu umfangreichen personellen Konsequenzen. An der Spitze der DDR-Einheitsgewerkschaft steht nach dem Rücktritt Harry Tischs eine Frau. Zurückgetreten sind auch zwei Vorsitzende der insgesamt vier DDR-Blockparteien. Volksbildungsministerin Margot Honecker ließ sich erwartungsgemäß von ihrem Amt entbinden. Ein SED-Bezirkschef wurde seines Amtes enthoben.

Mit der Ablösung des FDGB-Vorsitzenden Tisch und der Wahl der Ost-Berliner Bezirkschefin Annelis Kimmel (Foto) zur neuen Bundesvorsitzenden hat die Einheitsgewerkschaft, die von einer Austrittswelle heimgesucht wird, die Weichen für einen politischen Kurswechsel gestellt. Der 62jährige Tisch begründete seinen Verzicht gestern mit der Notwendigkeit einer „grundlegenden Wende". Diese sei nicht möglich, „wenn der Vorsitzende dieser Organisation einen Vertrauensverlust erlitten hat".

Frau Kimmel wurde vom Bundesvorstand in offener Wahl mit 174 Stimmen bei zwei Enthaltungen gewählt. Die 55jährige Mechanikerin ist seit 1981 Volkskammerabgeordnete und leitet den Ost-Berliner FDGB-Bezirk. Sie gehört, wie ihre Vorgänger Tisch und Warnke, der SED an.

Die Neugewählte sprach in ihrer ersten Stellungnahme von der Chance, „einen Weg zu echter Erneuerung zu finden". Natürlich sei nicht alles zu verwerfen, was in der Vergangenheit geleistet wurde, doch die bisherige Arbeit müsse „konstruktiv in Frage gestellt werden". Oberstes Gebot der Gewerkschaftsarbeit hätten „stets die Interessen aller Werktätigen" zu sein. Spürbare Verbesserungen der Arbeits-, Lebens-, Wohn- und Umweltbedingungen müßten „gegenüber den Staatsorganen durchgesetzt werden".

Zwei Vorsitzende der Blockparteien, die unter der Führung der SED die „Nationale Front" bilden, legten gestern ihre Ämter nieder: Gerald Götting (CDU) und Heinrich Homann (NDPD).
Fortsetzung nächste Seite
Siehe auch „Themen des Tages"

Schleppende Abfertigung durch DDR-Mission

1300 Flüchtlinge in Prag

Prag/Bonn (dpa/AP). Ungeachtet der Ostberliner Ankündigung einer innenpolitischen Wende ist die Zahl der DDR-Bürger, die in der Botschaft der Bundesrepublik in Prag Zuflucht suchen, gestern auf rund 1300 gestiegen. Viele hatten die Aufhebung der Visumpflicht sofort zur Flucht genutzt. Es handelt sich zumeist um junge Leute. Es wird befürchtet, daß „Tausende weitere auf den Weg nach Prag sind". Allein am Mittwoch fuhren rund 8000 DDR-Bürger als Touristen in die CSSR, berichtete ADN.

Unter den Zufluchtsuchenden sind auch 200 bis 300 Kinder. Gestern wurde damit begonnen, die Zelte im Garten des Palais Lobkowitz wieder aufzuschlagen. Der Bonner Botschafter Hermann Huber will die tschechoslowakische Regierung um Einwilligung bitten, die DDR-Bürger außerhalb der Botschaft unterzubringen.

Ein großes Problem stellt das langsame Ausfüllen der Ausreiseformale in der DDR-Mission in Prag dar. Sie kann täglich höchstens 100 Anträge zur Entlassung aus der DDR-Staatsbürgerschaft erledigen.

In der Obhut der bundesdeutschen Botschaft in Warschau halten sich derzeit noch rund 900 DDR-Flüchtlinge auf. Über Ungarn trafen am Mittwoch und in der Nacht zum Donnerstag weitere 386 DDR-Flüchtlinge in Bayern ein.

200 kehrten zurück

Rund 200 DDR-Übersiedler sind hingegen in den vergangenen Wochen mit Hilfe des Deutschen Roten Kreuzes (DRK) in ihre Heimat zurückgekehrt. Und es gebe mehr und mehr Anfragen von Rückkehrwilligen, erklärte gestern der Präsident der Hilfsorganisation, Botho Prinz zu Sayn-Wittgenstein. Er halte die Zahl von 200 Zurückgekehrten nur „für die Spitze des Eisbergs".

Zum Tage

Mit Gott

Gott ist tot" hat Nietzsche verkündet. Die Mehrheit der Bundesbürger glaubt dem deutschen Philosophen nicht, sie glaubt an Gott. Daß die Katholiken gefestigter sind als die Protestanten, verwundert nicht. Sie mißtrauen aus Tradition dem Zweifel. Doch bei beiden Konfessionen bleibt ein Rest. Dessen Bekenntnis kommt auch ohne Gott zurecht.

Ohne ihre Kirchen glauben viele Gläubige auszukommen. Sie halten sich dem Gebäude fern, das man gemeinhin Gotteshaus nennt. Sie dienen Gott auf ihre Weise oder auch nicht. Die Reformen haben sie dem Altar nicht nähergebracht. Manche Kirche, sofern sie nicht im Dorf steht, gleicht einem Leergebäude. Selbst die flotten Rhythmen der Jugendgruppen bewegen keine Massen mehr.

Traut man der Umfrage, machen sich viele Gläubige ihren eigenen Glauben zurecht. Sie sehen nicht so eng auf Bibel und Katechismus. Im Geist der Aufklärung vermeiden sie gar die Flucht ins Seelenheil. Freilich, wenn es dem Tode zugeht, klammern sich viele an das ewige Leben. Das lehrt der Alltag, dazu bedarf es nicht der Demoskopie. Der Jugend den Zweifel, dem Alter den Trost. Die Kirchen, irgendwo im Jenseits verankert, sind von dieser Welt, wenn sie das absegnen. Die Zeit der Gottesbeweise ist vorbei. Doch etwas besseres als den Glauben wissen auch die Ungläubigen nicht. Daß der Atheismus nicht gesellschaftsfähig ist, zeugt für den Funken in uns. Auch wenn die Kirchen daraus nicht mehr Flammen zu schlagen vermögen. Alfred Brugger

DDR / EG

Weg frei für Handelsvertrag

Ost-Berlin (dpa). Die DDR ist an einem raschen Abschluß eines Handelsvertrages mit der EG interessiert. Er sei „sehr dafür", einen solchen Vertrag schnell abzuschließen, sagte DDR-Staats- und Parteichef Krenz nach einem Gespräch mit dem EG-Kommissar und früheren Bundeswirtschaftsminister Bangemann (FDP) gestern in Ost-Berlin. Ein solcher Vertrag müßte auf gleichberechtigter Basis und zu beiderseitigem Vorteil abgeschlossen werden, meinte er. Bangemann sagte, es gebe keine Hindernisse mehr für einen solchen Handelsvertrag.
Siehe Kommentar und „Themen des Tages"

DDR / Wieder Proteste

Hunderttausend auf der Straße

Berlin (AP). In der DDR haben gestern abend wieder mehr als hunderttausend Menschen demonstriert. Es gab Protestaktionen in Gera, Erfurt, Halle und Guben im Bezirk Cottbus. Allein in Gera forderten 70 000 die Zulassung des „Neuen Forums" und Demokratie. Alle Demonstrationen blieben friedlich.

Quoten vom Mittwochslotto

Ziehung A: Gewinnklasse I unbesetzt, Jackpot 1 019 234,20 DM; II 509 617,10 DM; III 7800,20 DM; IV 98,60 DM; V 6,10 DM.

Ziehung B: Gewinnklasse I unbesetzt, Jackpot 1 966 612,40 DM; II 56 624,10 DM; III 3614,30 DM; IV 59,20 DM; V 4,40 DM.

(Ohne Gewähr)

Namen und Nachrichten

Streibls nobler Kauf

Zum Preis von 1,3 Millionen Mark hat sich Bayerns Ministerpräsident Max Streibl (CSU) ein Grundstück nahe dem Nymphenburger Schloß für sein Privathaus gekauft. Für das 1130 Quadratmeter große Areal, das Streibl der Caritas abkaufte, erhielt der Regierungschef den Zuschlag, nachdem er den in einem Schätzgutachten festgelegten Kaufpreis um etwa zehn Prozent überboten hatte.

Demo-Verletzter starb

Ein 56 Jahre alter Dortmunder, der am Abend der nordrhein-westfälischen Kommunalwahl am 1. Oktober bei einer Demonstration gegen den Wahlerfolg der Republikaner mit einem Herzinfarkt zusammengebrochen war, ist am Mittwoch abend gestorben. Der Mann, Anhänger der rechtsextremen Freiheitlichen Deutschen Arbeiterpartei (FAP), war von linken Demonstranten getreten und mit Bierflaschen beworfen worden. Bei einer Attacke hatte er einen Herzinfarkt erlitten.

Flucht mit Schafherde

Mit mehr als 1000 Schafen ist eine achtköpfige Familie aus Rumänien nach Ungarn geflüchtet. Die vier Männer, zwei Frauen und zwei Kinder brachten neben den Schafen noch drei Pferde, vier Esel sowie ein Auto mit.

Baustopp am Bundestag?



Der FDP-Bundestagsabgeordnete Wolfgang Lüder hat gestern angesichts der Kostenexplosion beim Neubau des Bundestages einen sofortigen teilweisen Baustopp vorgeschlagen. Wenn entschieden würde, nur den Plenarsaal zu errichten und die Arbeiten am Eingangs- und Präsidialbereich unmittelbar zu beenden, könnte eine „an das Kostenbewußtsein des Parlaments erinnernde Bundesbauruine" des Architektenbüros Behnisch und Partner entstehen, schrieb Lüder in Anfragen an die Bundesregierung.

Prag: Nur drei vor Gericht

Nur drei der 359 bei einer Oppositionsdemonstration in Prag am vergangenen Samstag festgenommenen Menschen müssen vor Gericht. Nur bei diesen drei bestehe der Verdacht „strafrechtlicher Tätigkeit" sagte ein Sprecher des CSSR-Innenministeriums. 85 Demonstranten müßten dagegen Strafen zahlen. Alle Festgenommenen seien inzwischen freigelassen worden.

Warnung vor IRA-Terror



Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble (CDU) hat auf die Gefahr neuer Terroranschläge der irischen Untergrundbewegung IRA auf britische Einrichtungen hingewiesen. Bei einem Gespräch mit hohen britischen Offizieren betonte Schäuble gestern, die Schutzmaßnahmen müßten intensiviert werden.

Lichtdefekte als Signal

Die israelische Polizei hat in den vergangenen Wochen rund 5000 arabische Autofahrer aus den besetzten Gebieten mit Bußgeldern belegt, weil sie nachts nur mit einem intakten Scheinwerfer fuhren. Die häufigen „Defekte" waren kein Zufall, denn die betroffenen Fahrer fuhren bewußt „einäugig", um steinewerfenden Aktivisten des Palästinenser-Aufstands anzuzeigen, daß sich „Brüder" nähern.

Kohls Polen-Reise / Teltschik nach Warschau

Annaberg-Besuch wird vermutlich gestrichen

Warschau (dpa). Die von Bundeskanzler Kohl im Rahmen seiner Polen-Visite beabsichtigte Teilnahme an einem deutschsprachigen Gottesdienst auf dem Annaberg wird vermutlich vom Besuchsprogramm gestrichen. Das Vorhaben des Kanzlers war in Polen heftig kritisiert worden.

Kanzlerberater Teltschik, der gestern überraschend nach Warschau reiste, schloß in einem Interview nicht aus, daß der Reiseplan geändert wird. Nach Informationen der „Frankfurter Rundschau" hat Kohl bereits auf den Programmpunkt Annaberg verzichtet. Dies sei bei einem Telefongespräch des Kanzlers mit dem polnischen Ministerpräsidenten Mazowiecki am Donnerstag vereinbart worden.

Regierungssprecher Klein teilte zu dem halbstündigen Telefonat lediglich mit, die beiden Regierungschefs hätten abgesprochen, daß Teltschik „zur Feinabstimmung" der Kanzler-Reise nach Warschau fliegen solle. Kohl und Mazowiecki wollten nach Abschluß seiner Gespräche von Teltschik erneut miteinander telefonieren.

Der Annaberg in Oberschlesien, wo Anfang der 20er Jahre blutige Kämpfe zwischen Deutschen und Polen stattfanden, ist für beide Seiten ein patriotisches Symbol. Der Streit um diese Reise-Etappe des Kanzlers zeigt nach Teltschiks Worten, „wie weit weg wir noch von der Aussöhnung zwischen unseren beiden Völkern sind". „Wir sind dabei, entweder vor Ort, also auf dem Annaberg, eine Lösung zu finden oder eine andere Lösung", meinte Teltschik.

Auch gestern wurde in polnischen Zeitungen der geplante Annaberg-Besuch kritisiert. Die Zeitung der Solidarität, „Gazeta Wyborcza", wandte sich aber auch gegen den „hysterischen Ton" der kommunistischen „Trybuna Ludu", die hinter der Absicht des Kanzlers eine „Revanche" für die schlesischen Aufstände witterte.

SPD-Parteichef Vogel forderte Kohl auf, auf den Annaberg-Besuch zu verzichten: „Es wäre fatal, wenn sich hier ein zweites Bitburg anbahnen würde." Damit spielte Vogel auf den umstrittenen Auftritt von Kohl und US-Präsident Reagan im Juni 1987 auf dem Soldatenfriedhof von Bitburg an, auf dem auch Mitglieder der Waffen-SS begraben sind.

Siehe auch Kommentar

GEW: An DDR-Schulen

„Wehrkunde abschaffen"

Bonn (dpa). Der Vorsitzende der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW), Dieter Wunder, hat die Lehrergewerkschaft in der DDR aufgefordert, „jeder Art von vormilitärischer Erziehung" abzuschwören und dem bisherigen Wehrkundeunterricht eine klare Absage zu erteilen. Die GEW legte am Donnerstag in Bonn als Ergebnis eines über einjährigen Diskussionsprozesses mit der DDR-Lehrergewerkschaft Unterricht und Erziehung (GUE) ein Positionspapier zur Friedenserziehung in beiden deutschen Staaten vor. Das Papier war Anfang Oktober von der GUE-Vorsitzenden und möglichen neuen DDR-Bildungsministerin Helga Labs überraschend zurückgezogen worden.

Hervorgehoben wird in dem Text, daß der Lehrer nicht seine Autorität zur Indoktrination (massive Beeinflussung) mißbrauchen, sondern Beispiel geben solle, wie man mit Toleranz andere Auffassungen gelten lassen kann. Nicht akzeptiert wurde von der DDR-Seite ebenso wie die Absage an den Wehrkundeunterricht auch die GEW-Forderung, in der Schule müsse auf jede Sanktionsgewalt gegenüber Schülern und Lehrern bei abweichenden Positionen verzichtet werden.

„Drogenkrieg"

Richterin und Senator getötet

Bogota (dpa). Die Regierung Kolumbiens hat gestern eine Großfahndung mit zahlreichen Hausdurchsuchungen in den Städten Bogota und Medellin angeordnet, nachdem am Vortag ein Senator und eine Richterin von mutmaßlichen Kommandos der Rauschgift-Mafia ermordet worden waren.

Der Senator Luis Madero von der oppositionellen Sozialkonservativen Partei wurde vor seinem Büro in Bogota von Unbekannten erschossen. Die Richterin Mariela Espinosa wurde vor ihrem Haus in Medellin von sechs Männern ermordet, die anschließend in zwei Autos flüchteten.

Mafia-Zentrale entdeckt

Die kolumbianische Polizei hat unterdessen in der Nähe der Stadt Medellin die „Kommando-Zentrale" des Mafia-Chefs Pablo Escobar Gaviria entdeckt, der den größten Rauschgift-Schmuggelring der Welt leitet.

Mitterrand und Kohl:

Reformprozeß unterstützen

Bonn (dpa/AP). Bundeskanzler Kohl und der französische Staatspräsident Francois Mitterrand stimmen in der Beurteilung des Reformprozesses in der UdSSR, Polen, Ungarn und der DDR weitgehend überein. Das berichteten die beiden Regierungssprecher Hubert Vedrine und Hans Klein gestern abend nach einer ersten Unterredung Kohls mit Mitterrand zum Auftakt der zweitägigen deutsch-französischen Regierungskonsultationen.

Laut Vedrine sind beide Politiker davon überzeugt, daß der Reformprozeß unterstützt werden muß und daß diese Unterstützung koordiniert werden muß und Sache der ganzen Europäischen Gemeinschaft ist.

Außerdem erörterte Kohl mit seinem Gast laut Klein „die deutsche Frage im europäischen Zusammenhang".

Während der Konsultationen sollen auch Leitlinien für eine umfassende Zusammenarbeit beider Staaten in der Energiepolitik beschlossen werden.

Neues Gesetz fraglich

Kein Geld für Naturschutz?

Bonn (dpa). Das geplante neue Naturschutzgesetz wird möglicherweise für diese Legislaturperiode auf Eis gelegt, falls nicht in Kürze fehlende 120 Millionen DM Bundesmittel von Finanzminister Waigel (CSU) zugesagt werden. Wie gestern verlautete, gibt es bisher keinen Termin für die Behandlung des im Umweltministerium bereits fertiggestellten Gesetzentwurfs im Bundeskabinett. Das Gesetz, das eine deutliche Verbesserung des Naturschutzes bringen soll, müßte noch bis Jahresende auf den parlamentarischen Weg gehen, um bis nächsten Sommer verabschiedet zu werden. Der Deutsche Heimatbund forderte Bonn auf, die Novelle unverzüglich zu verabschieden. Der Betrag mache nur 0,04 Prozent des Bundeshaushalts aus.

Bundestag

Schily legt Mandat nieder

Bonn (dpa). Nach seinem am Donnerstag erklärten Parteiaustritt will der bisherige Grünen-Bundestagsabgeordnete Schily in der kommenden Woche sein Bundestagsmandat niederlegen und dann „so schnell wie möglich" in die SPD eintreten.

Vor der Presse in Bonn begründete Schily seinen Parteiaustritt mit den mangelnden Möglichkeiten für eine pragmatische Reformpolitik bei den Grünen. Die „Fundamentalisten" in der Partei würden oft zu „destruktiven Mehrheiten" beitragen. Er gab zu, daß auch die Aussicht, bei den Grünen wegen deren Rotationsbeschlüssen nicht noch einmal ein Parlamentsmandat erhalten zu können, zu seiner Entscheidung beigetragen habe.

Siehe „Themen des Tages"

DIE SHOW GESTOHLEN wurde US-Präsident George Bush am Mittwoch von einem dreijährigen Mädchen namens Jessica. Vor zwei Jahren hielt die 58stündige, dramatische Rettungsaktion für das in einen Brunnen gefallene, damals 18 Monate alte Kind die amerikanische Öffentlichkeit in Atem. Bei einer Verleihung eines zu ihren Ehren gestifteten Preises für Bürgereinsatz in Washington zeigte die Kleine wenig Respekt vor dem US-Präsidenten: Sie nahm ihm einfach die Brille von der Nase und setzte sie sich selbst auf. Bush gab das Mädchen daraufhin lachend seiner Mutter Reba McClure zurück. dpa-Funkbild

---

Palme-Mord / Revision

Pettersson freigesprochen

Stockholm (dpa). Das Stockholmer Oberlandesgericht hat gestern den Schweden Christer Pettersson von der Anklage des Mordes an Olof Palme mangels Beweisen freigesprochen. Nach Auffassung des Gerichtes kann es nicht als erwiesen angesehen werden, daß der Täter mit Christer Pettersson identisch ist.

Der einstimmig erfolgte Freispruch für den fast drei Jahre nach dem Attentat auf Schwedens damaligen Ministerpräsidenten Olof Palme erstmals inhaftierten Pettersson kam erwartungsgemäß, nachdem das Gericht schon kurz nach Abschluß der Hauptverhandlung im Oktober dessen Freilassung verfügt hatte. Der 43jährige war in erster Instanz zu lebenslanger Haft verurteilt worden.

Nicaragua

Contra-Führer will verhandeln

Tegucigalpa (dpa). Der Militärführer der von den USA gestützten Contra-Rebellen hat ein Gesprächsangebot der nicaraguanischen Regierung angenommen.

Wie Contraführer Enrique Bermudez am Donnerstag in der honduranischen Hauptstadt erklärte, habe er zwar keine offizielle Einladung zum Dialog erhalten, er erwarte jedoch eine entsprechende Mitteilung von den internationalen Beobachtern der Vereinten Nationen und der Organisation Amerikanischer Staaten (OAS). Die Contra-Rebellen, die in Nicaragua operieren, haben nach seinen Worten nicht die Mittel, um eine größere Offensive der Regierungsstandzuhalten und müßten in ihre Lager in Honduras zurückweichen.

DDR / Götting (CDU) und Homann (NDPD) zurückgetreten

Bewegung in den Blockparteien

Fortsetzung

Götting (65) legte in einer Präsidiumssitzung sein Amt nieder. Er war seit Gründung der DDR an hervorragender Stelle an der Gleichschaltung der CDU im Sozialismus beteiligt und seit 1966 Chef seiner Partei.

Der 78jährige Heinrich Homann bat um „Entbindung" von seinem Amt „in Anbetracht und in Einschätzung der Situation in der Partei sowie aus gesundheitlichen Gründen". Die NDPD war 1948 unter maßgeblichem Einfluß der SED gegründet worden. Sie sollte vor allem ehemalige NSDAP-Mitglieder und Offiziere in die neue Ordnung eingliedern. Homann und Götting sind auch stellvertretende Staatsratsvorsitzende.

Der Rücktritt der langjährigen DDR-Ministerin für Volksbildung, Margot Honecker, ist gestern abend in Ost-Berlin offiziell bestätigt worden. Die Ehefrau des früheren Staats- und Parteichefs Honecker hatte bereits am 20. Oktober den Ministerrat schriftlich gebeten, sie aus „persönlichen Gründen" von dieser Funktion zu entbinden. Margot Honecker war seit 1963 für die Erziehung in der DDR zuständig, die in jüngster Zeit heftig kritisiert wurde.

Der Erste Sekretär der SED im Bezirk Suhl, Albrecht, bislang dienstältester unter den 15 SED-Bezirkschefs ist seines Amtes enthoben worden. Der 60jährige war in den letzten Monaten wegen seiner „arroganten Amtsführung" verstärkt ins Kreuzfeuer der Kritik geraten. Der SED-Chef von Gera, Ziegenhahn, bat nach 27 Jahren „aus gesundheitlichen Gründen" um seinen Rücktritt.

Der Vorsitzende des Verfassungs- und Rechtsausschusses der Volkskammer der DDR, Weichelt (SED), sprach sich für ein verändertes Wahlgesetz aus. „Es sollte die Auswahl zwischen mehreren Kandidaten ermöglichen und die öffentliche Kontrolle in jeder Phase der Stimmenauszählung garantieren", zitierte ihn das SED-Zentralorgan „Neues Deutschland".

Das Politbüromitglied Biermann, Generaldirektor des Jenaer Kombinats Carl Zeiss und einer der Topmanager der DDR, kritisierte die jetzige Struktur der DDR-Wirtschaft als „Fehlentscheidung". Die schlechte Situation in vielen Wirtschaftszweigen sei selbstverschuldet. Biermann forderte die Rückkehr „kleiner, flexibler Betriebe".

Die DDR hat fünf sowjetische Filme, die in der Gorbatschow-Ära gedreht wurden, wieder zugelassen. Das vor einem Jahr ausgesprochene Verbot der Aufführung von Streifen wie „Die Kommissarin" oder „Und morgen war Krieg" sei rückgängig gemacht worden, berichtete ADN.

Krenz mit Gesprächen in Warschau zufrieden

Warschau (dpa). Der neue Staats- und Parteichef der DDR, Egon Krenz, hat gestern abend seinen kurzen Arbeitsbesuch in Warschau abgeschlossen und ist nach Ostberlin zurückgeflogen. Er hatte in Warschau nicht nur mit dem kommunistischen Staatspräsidenten Wojciech Jaruzelski und Parteichef Mieczyslaw Rakowski, sondern auch mit dem nichtkommunistischen Ministerpräsidenten Tadeusz Mazowiecki gesprochen. Auch nach dieser Unterredung äußerte Krenz sich zufrieden. Man habe offen miteinander gesprochen, und „wenn man offen miteinander spricht, findet man auch für komplizierte Fragen einen Weg". Die Begegnung mit Mazowiecki sei eine neue und „gute Erfahrung" für ihn gewesen.

HESSISCHE/NIEDERSÄCHSISCHE
ALLGEMEINE

Herausgeber
Rainer Dierichs, Dr. Dietrich Batz, Achim von Roos

Chefredakteur
Lothar Orzechowski

Stellv. Chefredakteure
Wolfgang Rossbach, Peter M. Zitzmann

Verantwortliche Redakteure
Chef vom Dienst: Rainer Merforth. Politik: Jochen Prater. Blick in die Zeit: Walter Schütz. Wirtschaft und Sozialpolitik: Horst Seidenfaden. Kultur: Dirk Schwarze. Frau u. Reise: Ilse Methe-Huber. Sport: Rolf Wiesemann. Sonntagszeit: Frank Thonicke. Kassel Stadt und Land: Wolfgang Rossbach. Bezirksredaktionen: Peter M. Zitzmann. Koordination: Helmut Lehnart. Hessen/Niedersachsen: Eberhard Heinemann. Chefreporter: Karl-Hermann Huhn. Sonderthemen: Peter Ochs.
Redaktion Wiesbaden: Rolf Effenberger. Redaktion Hannover: Harald Birkenbeul. Redaktion Bonn: Hans Ludwig Laucht.

Verlagsleitung
Dr. Dietrich Batz, Rainer Dierichs, Wigbert H. Schacht. Anzeigenleiter: Horst Prehm. Vertriebsleiter: Gerd Lühring

Verlag Dierichs GmbH & Co KG, Frankfurter Str. 168, Postfach 10 10 09, 3500 Kassel, Ruf 05 61 / 20 3-0. Tel. Anzeigenannahme 05 61 / 20 3-3. Fernschreib-Nr. 99 635. Telekopierer 05 61 / 20 36. Teletex 5 61 81 10. Postgirokonto 155132-608 Frankfurt/M. Anzeigenpreisliste Nr. 29. Monatlicher Abonnementspreis DM 25,60 inkl. Zustellung und 7% MwSt. (Postbezugspreis 28,50 DM).
Die Beendigung des Abonnements ist nur mit schriftlicher Kündigungserklärung unter Einhaltung einer Frist von einem Monat zum Monatsende möglich; die Frist läuft ab Zugang der schriftlichen Kündigungserklärung.
Auflage werktags über 270 000 Exemplare in Tarifgemeinschaft mit „Oberhessische Presse", Marburg, „Hersfelder Zeitung", „Werra-Rundschau", Eschwege, „Harzkurier", Herzberg.
Auflage „Sonntagszeit" über 200 000 Exemplare.
Herstellung Druckhaus Dierichs Kassel, Frankfurter Straße 168, 35 Kassel.



HESSISCHE ALLGEMEINE

heute mit 2578 Kleinanzeigen

KASSEL
1 P 3713 A

UNABHÄNGIG | KASSELER ZEITUNG | NICHT PARTEIGEBUNDEN

Preis 1,40 DM | Nr. 258 · Samstag, 4. 11. 1989 | Ruf (05 61) 203-0 · Anzeigen 203-3

Bochum siegt

St. Pauli holt Auswärtspunkt

1. Bundesliga	
Bochum – Homburg	1:0
Leverkusen – St. Pauli	1:1
Düsseldorf – Waldhof	0:0
2. Bundesliga	
Saarbrücken – Hertha BSC	3:0
Aachen – Münster	7:1
Osnabrück – Kick. Stuttgart	1:0

Aktion advent

Liebe Leser!

Menschen zu helfen, die unverschuldet in Not geraten sind, ist uns allen gerade in der Vorweihnachtszeit ein besonderes Anliegen. Deshalb möchte die Aktion advent auch in diesem Jahr wieder um Ihre Hilfe bitten, damit wir den vielen einsamen, alten und in Armut lebenden Mitbürgern eine Freude bereiten können. Alle Spendenbeträge werden den bedürftigen Familien und Einzelpersonen in vollem Umfang zugute kommen.

Verlag, Redaktion und Druckerei der HNA stellen für die Aktion advent wiederum 10 00 Mark zur Verfügung. Wo Not gelindert werden kann, schildern wir ab heute in beispielhaften Fällen im Innern der Ausgabe. Dort finden Sie auch die näheren Einzelheiten über unsere Aktion.

Allen Lesern und Kunden, die sich mit Spenden an der Aktion advent beteiligen, möchten wir schon heute herzlichen Dank sagen.

Verlag und Redaktion

Aus- und Übersiedler

Wehrdienst wird angerechnet

Bonn (lte). Übersiedler aus der DDR und Aussiedler aus anderen Ostblockländern im wehrpflichtigen Alter können grundsätzlich nicht vor Ablauf von zwei Jahren zur Bundeswehr eingezogen werden. Wehrdienst, der in Streitkräften des füheren Heimatlandes bereits abgeleistet wurde, wird voll angerechnet. Das stellte am Freitag ein Sprecher des Bundesverteidigungsministeriums auf Anfrage unserer Zeitung klar, nachdem in den vergangenen Tagen unterschiedliche Äußerungen von Bonner Politikern zu diesem Thema gemacht worden waren.

Gediente Aus- und Übersiedler brauchen in der Regel nicht mehr mit einer Einberufung rechnen, weil der Grundwehrdienst etwa in der Nationalen Volksarmee (NVA) mit 18 Monaten länger ist als in der Bundeswehr (15 Monate).

Siehe „Themen des Tages“

Im UEFA-Pokal gegen Neapel

Traum-Los für Bremen

Ein Traum-Los zog Fußball-Bundesligist Werder Bremen gestern in Zürich bei der Auslosung für das Achtelfinale im UEFA-Pokal: Titelverteidiger SSC Neapel mit seinem Star Diego Maradona ist am 22. November und am 6. Dezember der Gegner der Hanseaten, die das erste Treffen in der Stadt am Fuße des Vesuvs austragen. Der Hamburger SV trifft im Kampf um den Einzug ins Viertelfinale zunächst zu Hause auf den FC Porto, der 1. FC Köln gastiert im Hinspiel bei Roter Stern Belgrad, und der VfB Stuttgart bestreitet die erste Begegnung beim FC Antwerpen. Siehe Sport.

Kassel

Spätwerk von Klee

1939, ein Jahr vor seinem Tod, hatte der Maler und Zeichner Paul Klee (Foto) eine äußerst produktive Phase. Aus dieser Zeit präsentiert ab morgen das Kasseler Museum Fridericianum rund 120 Bleistiftzeichnungen. Siehe Kultur



Bausparer

Eher Geld?

Bausparer sollen schneller als bisher an ihr Geld bekommen. Dies sehen Pläne Bonns zur Förderung des Wohnungsbaues vor. Die Vorstellungen sollen nächste Woche von der Koalitionsspitze abgesegnet werden. Siehe Wirtschaft.

Asterix

30 Jahre alt

Seit 30 Jahren verprügelt er die Römer: Asterix, Europas beliebtester Comic-Held, feiert in diesen Tagen runden Geburtstag. Alles über Asterix, Obelix und die anderen lustigen Gallier morgen in der

Sonntagszeit

Prager Botschaft / 6000 erwartet

Alle Flüchtlinge dürfen ausreisen

Hamburg (dpa/AP). Alle DDR-Flüchtlinge in der bundesdeutschen Botschaft in Prag dürfen sofort und auf direktem Weg in die Bundesrepublik ausreisen. Diese Entscheidung bot die DDR-Regierung am Freitag abend an.

Ost-Berlin reagierte damit auf die sich während des Tages zuspitzende Situation in der Botschaft. Im Zuge der neuen Flüchtlingswelle – vorübergehender Visumszwang war am 1. November wieder aufgehoben worden – hatten mittlerweile erneut über 4500 Menschen in der Mission Zuflucht gesucht. Die ersten Züge mit Botschaftsflüchtlingen sollen am Samstag morgen, gegen 7 Uhr, Prag verlassen. Die bayerische Grenzpolizei rechnet aufgrund des weiteren Zustroms mit etwa 6000 Menschen.

Wie Regierungssprecher Klein am Abend in Bonn mitteilte, war der Chef des Bundeskanzleramtes, Rudolf Seiters, kurz vor 20 Uhr von Ost-Berlin darüber unterrichtet worden, daß die DDR allen Zufluchtsuchenden in der Vertretung „die Ausreise auf direktem Weg gestattet“. Das DDR-Außenministerium habe dem Leiter der Ständigen Vertretung in Ost-Berlin, Franz Bertele, erklärt, „daß die Ausreisemodalitäten, also die Frage der Transportmittel zwischen der Bundesrepublik und der Regierung der CSSR unmittelbar vereinbart werden können“.

Den ganzen Tag über bemühte sich Bonn um eine Lösung des sich anbahnenden neuen Flüchtlingsdramas. Zu dem gefundenen Ausweg beigetragen haben offenbar Seiters sowie Bundesaußenminister Genscher. Bundeskanzler Helmut Kohl, der die Lösung begrüßte, habe in den Abendstunden in Kontakt mit Seiters und Genscher gestanden, so Klein weiter. Diese hätten sich „über Ost-Berlin und Prag um einen Ausweg aus den für die betroffenen Menschen immer unerträglicher werdenden Lage bemüht“.

Nach Aufhebung der Visumpflicht für Reisen in die CSSR waren Tausende von DDR-Bürgern aufgebrochen. Viele von ihnen suchten die Bonner Vertretung auf, um so in den Westen auszureisen. Am Freitag waren die Zustände in der Botschaft katastrophal.

Siehe auch „Zum Tage“ und „Themen des Tages“



IM FREIEN mußte gestern ein Teil der DDR-Bürger campieren, die in die Bonner Mission in Prag geflüchtet waren. Das Botschaftsgebäude war hoffnungslos überfüllt. (dpa-Funkbild)

TV-Rede / Krenz informiert Bürger

Alte SED-Garde scheidet aus

Hamburg (dpa). DDR-Staats- und SED-Parteichef Krenz hat Freitag abend angekündigt, daß eine Reihe alter und langgedienter Spitzenfunktionäre aus dem Politbüro der Partei ausscheiden wird.

In einer Rundfunk- und Fernsehansprache nannte Krenz dabei den für Außenpolitik zuständigen Hermann Axen (73), den für Kultur und Wissenschaft verantwortlichen Kurt Hager (77), Staatssicherheitschef Erich Mielke (81), den Vorsitzenden der Parteikontrollkommission, Erich Mückenberger (79), sowie den Ersten stellvertretenden Ministerpräsidenten Alfred Neumann (79). Hager und Mielke gehörten seit Mitte der 50er Jahre dem Politbüro an.

Laut Krenz hat das Politbüro ein Aktionsprogramm zur Erneuerung in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft beschlossen, das im Entwurf der am Mittwoch beginnenden zehnten Tagung des Zentralkommitees vorgelegt werden soll. „Wir wollen volle Souveränität des Volkes der DDR“, sagte Krenz. Notwendig seien wahrheitsgetreue Information, Meinungsvielfalt, Toleranz unter Andersdenkenden und ehrliches Ringen um gemeinsame Lösungen.

Der Staats- und Parteichef schlug weiter die Einrichtung eines Verfassungsgerichtshofes vor. Außerdem plädierte er für einen zivilen Wehrersatzdienst. Umfangreiche Reformen kündigte er für Wirtschaft und Bildung an. Wahlfunktionen sollen künftig zeitlich begrenzt sein. Praktiken übertriebener Repräsentation und die Inanspruchnahme von Sonderrechten müßten verschwinden.

An die Bürger, „die sich mit dem Gedanken der Ausreise aus der DDR tragen, appellierte Krenz: „Vertrauen Sie unserer Politik der Erneuerung. Ihr Platz ist hier. Wir brauchen Sie.“ Offenbar im Blick auf die nicht abreißende Fluchtwelle sagte er weiter: „Sollten Sie sich dennoch anders entscheiden, wenden Sie sich vertrauensvoll an die zuständigen Behörden. Es ist der kürzere und bessere Weg.“

In der Zeitung der Ost-Liberalen „Der Morgen“ wurde gestern gefordert, die Regierung solle zurücktreten und der LDPD-Vorsitzende Gerlach zum Nachfolger des Volkskammerpräsidenten Sindermann (SED) vorgeschlagen werden.

Aus der DDR-Gewerkschaftsszene wurde ein neuer Rücktritt bekannt: Der Vorsitzende der Gewerkschaft Kunst, Bischoff (58), verzichtete auf sein Amt. Zurückgetreten ist gestern auch der Leipziger Oberbürgermeister Seidel.

Fortsetzung nächste Seite
Siehe „Themen des Tages“

Polenbesuch Kohls / Programm geändert

Statt Annaberg: Messe in Kreisau

Bonn (dpa). Bundeskanzler Kohl hat auf den umstrittenen Besuch in Annaberg in Polen verzichtet und wird stattdessen zusammen mit dem polnischen Ministerpräsident Thadeusz Mazowiecki bei seiner bevorstehenden Reise an einem deutsch-polnischen Gottesdienst in Kreisau in Niederschlesien teilnehmen, wo sich in den 40er Jahren deutsche Persönlichkeiten zum Widerstand gegen den Nationalsozialismus zusammengeschlossen hatten. Kohl und Mazowiecki vereinbarten diesen Messebesuch gestern bei einem Telefongespräch, nachdem der Wunsch des Kanzlers, Annaberg in Oberschlesien zu besuchen, auf starke Kritik gestoßen war.

Wie Regierungssprecher Klein mitteilte, hatte der Bischof von Oppeln, Alfons Nossol, am Mittwoch Kohl gebeten, von seiner Einladung zur Teilnahme an einer Messe in Annaberg nicht mehr Gebrauch zu machen: Es bestehe die Gefahr, daß sich eine gutgemeinte Absicht in ihr Gegenteil verkehre.

Zu der Messe in deutscher und polnischer Sprache in Kreisau werden auch Angehörige der deutschen Minderheit in Polen eingeladen. Das von Kohl geplante Gespräch mit Vertretern der deutschen Volksgruppe wird dagegen in Warschau stattfinden.

Kanzlerberater Horst Teltschik ist gestern zur Vorbereitung des Besuchs zum Gut Kreisau gefahren. Zuvor beriet er in Warschau noch über die offenen Einzelheiten des Programms. Kohl und Mazowiecki wollen darüber Anfang der Woche noch einmal telefonieren.

Klein betonte, daß der Ort Kreisau, nach dem der Widerstandskreis um den Grafen Helmuth James von Moltke benannt wurde, bis heute an das „andere Deutschland“ in der Zeit des Nationalsozialismus erinnere. Er symbolisiere „im tiefsten Sinne den Willen zu Frieden, Aussöhnung und Zusammenarbeit zwischen Deutschen und Polen“.

Mit „Bestürzung und Trauer, aber zugleich auch mit Empörung“, reagierte der Vorsitzende der Landsmannschaft Schlesien, Hupka, auf die Absage des Besuchs des Kanzlers auf dem Annaberg. Der stellvertretende polnische Regierungssprecher Henryk Wozniakowski bezeichnete die Messe in Kreisau als „eine gute Wahl“, die jetzt den Polen ermögliche, Kreisau und den „Kreisauer Kreis“ in ihr Bewußtsein aufzunehmen.

Siehe auch Kommentar und „Themen des Tages“

Zum Tage

Tiefes Mißtrauen

Wenn Egon Krenz gehofft haben sollte, die Massenflucht aus der *DDR durch einen schnellen Stimmungsumschwung* stoppen zu können, sieht er sich enttäuscht. Die plötzliche Dialogbereitschaft der SED, das Auswechseln der alten Funktionärsgarde und die Ankündigung eines Reisegesetzes haben nichts bewirkt. Zu tief mißtrauen die Menschen dem abgewirtschafteten Regime, zu sehr fürchten sie, daß die DDR ihre Grenzen doch wieder dichtmacht. Viele Tausende halten nichts von der versprochenen Wende, sie wählen den sich abermals öffnenden Weg in die Freiheit.

Was treibt die Massen erneut in die Prager Botschaft, wenn sie demnächst ohnehin frei reisen und ausreisen dürfen sollen? Es kann nur die feste Überzeugung sein, daß sich im Arbeiter- und Bauerparadies nichts ändern wird. Egon Krenz hat den Bürgern bisher keinen Mut zum Ausharren gemacht. Sein Moskauer Gastspiel war eine herbe Enttäuschung. Daß Betonköpfe rollen, Polizeischergen verfolgt werden und Medien offener berichten, halten viele nur für Beschwichtigungsversuche. Der *Druck im Kessel steigt weiter. Oder wird die verminderte* Abstimmung mit den Füßen die neue Führung doch noch dazu bringen, aus kosmetischen Veränderungen echte Reformen zu machen?

Achim v. Roos

Junge Union:

Auch in Bonn „verjüngen“

Erlangen (dpa). Zum Auftakt des Deutschlandtages 1989 der Jungen Union (JU) hat deren scheidender Vorsitzender Christoph Böhr am Freitag in Erlangen eine „Verjüngung“ in den Unionsparteien und der Bundesregierung gefordert. Eine Partei, die sich nicht personell erneuere, gebe sich selbst auf, betonte er. Die Wahlergebnisse der Union bei den letzten Kommunal- und Landtagswahlen nannte Böhr ebenso wie CDU-Generalsekretär Volker Rühe in einem schriftlichen Grußwort alarmierend. Rühe kündigte an, er wolle dazu beitragen, daß die Jugendpolitik in der Union wieder ein stärkeres Gewicht erhalte. Dabei gehe es ihm vor allem um die Jugend in den Haupt- und Berufsschulen, um die Lehrlinge und die jungen Soldaten, die *vielfach in der öffentlichen* Diskussion keine Lobby hätten.

Namen und Nachrichten

Wahl 1990: Damen-Duell

Die Bundesvorsitzende der Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen (AsF), Inge Wettig-Danielmeier (links), ist in Münden (Kreis Göttingen) als SPD-Kandidatin des Bundes-





tagswahlkreises Göttingen nominiert worden. Die niedersächsische Landtagsabgeordnete tritt damit bei der Bundestagswahl 1990 gegen Bundestagspräsidentin Rita Süssmuth (rechts) an. Diese war 1987 in diesem Wahlkreis direkt gewählt und vor wenigen Tagen zu einer erneuten Kandidatur aufgefordert worden.

DDR-Medien: Umweltdaten

Im DDR-Bezirk Dresden sind gestern erstmals Umweltdaten veröffentlicht worden. Wie die Nachrichtenagentur ADN meldete, sollen künftig einmal in der Woche die gemessenen Schwefeldioxidwerte über die Medien verbreitet werden.

Czaja wird 75 Jahre alt

Der Präsident des Bundes der Vertriebenen (BdV), Herbert Czaja, wird morgen 75 Jahre alt. Politisch engagiert sich Czaja in der CDU. Innerhalb und außerhalb der Partei war er bei der Gründung verschiedener Organisationen der Heimatvertriebenen dabei, wurde Sprecher der Oberschlesier und schließlich 1970 zum Präsidenten des Bundes der Vertriebenen gewählt. Seit 1953 ist er Mitglied des Bundestags.



Mainz: Diäten erhöht

Der rheinland-pfälzische Landtag hat rückwirkend zum 1. Juli eine Erhöhung der Diäten für die 100 Abgeordneten beschlossen. Nach dem Gesetz, das von CDU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Grünen verabschiedet wurde, steigen die zu versteuernden Diäten um 2,3 Prozent von monatlich 6397,50 DM auf 6544,64 DM.

Liechtenstein will in UNO

Das Fürstentum Liechtenstein will der UNO beitreten. Wie gestern in Vaduz mitgeteilt wurde, soll ein entsprechender Antrag im nächsten Jahr gestellt werden, damit die UNO-Vollversammlung im Herbst 1990 darüber beraten könne. Der UNO gehören zur Zeit 159 Staaten an.

Ehrung für Miep Gies

Die 78jährige Holländerin Miep Gies, eine der letzten Überlebenden der 14 ehemaligen Bewohner des „Anne-Frank-Hauses" in der Prinsengracht 263 in Amsterdam, ist in Den Haag mit dem Bundesverdienstkreuz I. Klasse ausgezeichnet worden. Sie hatte bei dem Versuch, die zwischen 1942 und 1944 in dem Haus untergetauchten Menschen vor der deutschen Besatzungsmacht zu verbergen, eine entscheidende Rolle gespielt.

Baikal-Amur-Trasse steht

Die ostsibirische Eisenbahnlinie Baikal-Amur-Magistrale ist für den Verkehr freigegeben worden. Die 3102 Kilometer lange Trasse verbindet die Städte Ust-Kut nordwestlich des Baikal-Sees mit dem Pazifikhafen Komsomolsk am Amur.

Wiedervereinigung Deutschlands

Mitterrand hat „keine Angst"

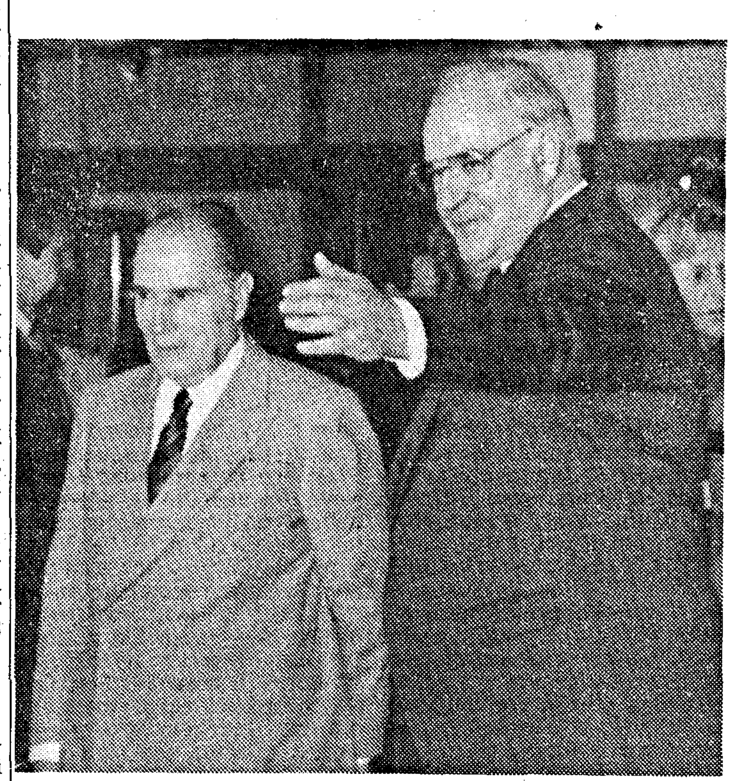
Bonn (dpa). Der französische Staatspräsident Mitterrand hält den Wunsch der Deutschen nach einer Wiedervereinigung im Rahmen einer „friedlichen und demokratischen Entwicklung" auf der Grundlage des Selbstbestimmungsrechts für legitim. „Ich habe keine Angst vor der Wiedervereinigung", sagte Mitterrand am Freitag in Bonn nach zweitägigen Gesprächen mit Bundeskanzler Kohl.

Sollte die Entwicklung dazu führen, „daß die Deutschen ein einziges Volk in einem einzigen Staat sein wollen, so muß das auf dem Willen des deutschen Volkes beruhen und niemand kann sich dagegen stellen", sagte Mitterrand. Diese Entwicklung gehe auch die anderen Länder in Europa an, doch: „Was zählt, ist, was die Deutschen wollen und was sie können."

Frankreich werde in einem solchen Fall seine Politik der Situation so anpassen, daß es „im besten Interesse Frankreichs und Europas" ist, betonte Mitterrand, der demnächst der DDR einen Staatsbesuch abstatten will. Das Thema Wiedervereinigung wird nach seiner Ansicht das Ende dieses Jahrhunderts bestimmen. Es dürfe nicht auf der Grundlage von „Befürchtungen" erörtert werden.

Als noch offene Frage bezeichnete Mitterrand die künftige Entwicklung der DDR, welche Menschen dort in die Führung gelangen werden und ob auch dort von einer Wiedervereinigung die Rede sein wird. Kohl und Mitterrand waren sich darin einig, daß eine dynamische Entwicklung der Europäischen Gemeinschaft eine wichtige Voraussetzung für den Reformprozeß in Ost-Europa ist. Kohl sagte, daß es für die Bundesrepublik kein „Wanken zwischen den verschiedenen Welten" gebe: „Unser Platz ist in Europa, unser Ziel ist die Einigung Europas." Das deutsche Problem sei nicht mit einer „antieuropäischen Stimmung" zu lösen. Der Kanzler wandte sich auch gegen eine „ständige Vormundschaft" gegenüber den Bürgern der DDR, zeigte sich aber davon überzeugt, daß der Wille zur Selbstbestimmung in der DDR vorherrschend ist. Doch gebe es für die Lösung der deutschen Frage weder ein Zeitmaß noch eine Planung.

Siehe auch Kommentar



AN DER ERSTEN ARBEITSSITZUNG des deutsch-französischen Verteidigungsrates in Bonn nahmen gestern auch Frankreichs Staatspräsident Mitterrand und Bundeskanzler Kohl teil. (dpa-Funkbild)

Große Probleme in Ost-Berlin

1100 Ärzte und Schwestern weg

Berlin (dpa). 1100 Ärzte und Schwestern aus staatlichen Einrichtungen in Ost-Berlin haben in jüngster Zeit die DDR verlassen. Das berichtete am Freitag die Ost-„Berliner Zeitung". Das Gesundheits- und Sozialwesen sei schwer belastet, es laufe ein Notkonzept. Wie es heißt, wird auf Ärzte und Schwestern des Regierungskrankenhauses und des Krankenhauses der Volkspolizei zurückgegriffen.

Nach Angaben des bundesdeutschen Ärzteverbandes Marburger Bund haben etwa 10 000 Mediziner, Schwestern und Pfleger in den vergangenen Jahren der DDR den Rücken gekehrt. Schleswig-Holsteins Ministerpräsident Engholm hat unterdessen angeregt, für eine begrenzte Zeit westdeutsche Mediziner in die DDR zu schicken, um bei Engpässen durch die Fluchtwelle auszuhelfen. So könnten junge Ärzte einen Teil ihres Praktikums auch in Krankenhäusern der DDR absolvieren.

Entführungsbericht offenbar erlogen

„Neues Deutschland" bedauert

Ost-Berlin (dpa). Das SED-Zentralorgan „Neues Deutschland" hat einen eigenen Beitrag im Zusammenhang mit der Flüchtlingswelle bedauert. Unter der Überschrift „Ich habe erlebt, wie BRD-Bürger 'gemacht' werden" hatte am 21. September ein Koch in dem Blatt geschildert, daß er von Budapest nach Wien quasi entführt worden sei.

Dazu schrieb das „Neue Deutschland" am Freitag „in eigener Sache", die Veröffentlichung sei bei Lesern auf Kritik gestoßen. Die Redaktion habe zahlreiche Zuschriften erhalten, in denen die Darstellung bezweifelt worden sei. „Wir müssen diese Kritik mit dem heutigen Erkenntnisstand akzeptieren und bedauern deshalb die Veröffentlichung."

Der Koch hatte angegeben, ein junger Mann habe sich ihm gegenüber als Schlepper betätigt. Inzwischen – so das „Neue Deutschland" – haben die Eltern dieses jungen Mannes dem Blatt eine Gegendarstellung übermittelt. Darin heißt es, ihr Sohn sei zwar in jener Zeit über Budapest und Wien ausgereist, habe aber kontakt mit dem Koch gehabt, sich aber des angegebenen Delikts nicht schuldig gemacht.

Schadensbericht / Grüne: „Regierung will vertuschen"

Immer mehr Laubbäume sterben

Bonn (dpa/AP). Das Waldsterben hat in diesem Jahr wegen des trockenen Sommers in der Bundesrepublik wieder zugenommen. Das geht aus der gestern von den Grünen vorab veröffentlichten diesjährigen Waldschadensbilanz hervor. Danach waren insgesamt 53 Prozent der Wälder geschädigt, 0,6 Prozent mehr als im Vorjahr.

Besonders betroffen von der anhaltenden Verschmutzung von Luft und Boden sind die Laubbäume. Nach Angaben des Umweltexperten der Grünen im Bundestag, Wilhelm Knabe, sind bei steigender Tendenz fast 70 Prozent der Eichen und mehr als 65 Prozent der Buchen geschädigt.

In scharfer Form attackierte der Abgeordnete der Grünen die Bundesregierung. Er warf ihr vor, mit einem „faulen Taschenspielertrick" das amtlich zugegebene Waldschadensbild von derzeit 53 auf nur noch 15,9 Prozent schönen zu wollen. Es sei ein „faustdicker Skandal„, daß künftig die bisherige Schadstufe 1 („geschädigter Wald") aus der Bilanz getilgt und nur noch als „Vorwarnstufe" getrennt geführt werden soll. Im übrigen solle die in der kommenden Woche von Landwirtschaftsminister Ignaz Kiechle vorzulegende bisherige „Waldschadenserhebung" den unverfänglicheren Titel „Walderhebung" tragen.

Ein Sprecher des Landwirtschaftsministeriums wies die Kritik zurück: Die Statistik werde wie bisher geführt und der Begriff „Warnstufe" der „Schadstufe 1" lediglich hinzugefügt. Nach Ansicht von Forstwissenschaftlern handele es sich bei dem leichten Nadel- und Blattverlust um eine „natürliche Schwankungsquote".

EG / Grenzkontrollen

1990 noch kein Abbau

Bühl (dpa). Die Innenminister der Bundesländer sind gegen einen Abbau der Grenzkontrollen zwischen der Bundesrepublik, Frankreich und den Benelux-Ländern zum vorgesehenen Zeitpunkt am 1. Januar 1990. Die zweitägige Innenministerkonferenz in Bühl (Kreis Rastatt), die am Freitag zu Ende ging, hielt es für vordringlich, zunächst Ausgleichsmaßnahmen wie ein grenzüberschreitendes Informations- und Kommunikationssystem zwischen den fünf Ländern aufzubauen. Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble (CDU) bestätigte vor Journalisten, daß sich 1990 an den Grenzen nichts ändern werde.

Kolumbien/Drogenkrieg

Richterstreik in Medellin

Bogota (AP). Aus Protest gegen den Mord an einer Richterin und einem Abgeordneten sind gestern alle 42 Bundesrichter in der kolumbianischen Stadt Medellin in einen unbefristeten Streik getreten. Ein Sprecher sagte, sie würden ihre Arbeit erst wieder aufnehmen, wenn die Regierung sie vor den Killern der Rauschgifthändler wirksam schütze. Der Verband der Richter und Justizangestellten rief zu einem zweitägigen Ausstand auf.

Bei der Explosion einer Autobombe in Bogota wurde gestern eine Frau mit ihrem kleinen Kind und ihr Neffe getötet. Vier weitere Menschen sind zum Teil schwer verletzt worden.

Sowjetunion

18 000 Kumpel im Ausstand

Moskau (AP). Tausende von Bergarbeitern im sowjetischen Kohlerevier Workuta nördlich des Polarkreises haben sich dem Streik der Kumpel in der Grube Worgaschor angeschlossen, der vor einigen Tagen begonnen hatte. Streikführer teilten mit, bis Freitag morgen hätten 18 000 Bergleute aus zwölf von insgesamt 13 Gruben die Arbeit niedergelegt. Die Behörden warnten unterdessen, daß eine Ausweitung des Streiks im Winter zu Versorgungsengpässen führen könne. Die Bergleute beklagen sich darüber, daß nach einem Ausstand im Juli die gemachten Zusagen – bessere Lebens- und Arbeitsbedingungen – nicht eingehalten worden seien.

Neue Beratungen über Waffenstillstand?

Großoffensive gegen Contras in Nicaragua

Managua (AP). Nach der Beendigung des Waffenstillstands mit den Contras haben die nicaraguanischen Streitkräfte eine Großoffensive gegen die rechten Rebellen eingeleitet. Das bestätigte der nicaraguanische Präsident Ortega am Donnerstag in einem US-Interview. Seine Regierung verteidige sich gegen die Contra-Guerilleros, die in großem Umfang nach Nicaragua eingedrungen seien.

Wie gestern bekannt wurde, wollen die Regierung Nicaraguas und die Contras kommende Woche in der UNO über einen neuen Waffenstillstand beraten.

Opposition in DDR gewinnt an Boden

Lobende Worte für „Neues Forum'

Fortsetzung

In einem Gespräch mit dem Hamburger Magazin „stern" stellte Gerlach als erster prominenter Politiker der DDR eine Beteiligung der Oppositionsbewegung „Neues Forum" an Wahlen in Aussicht. Er äußerte die Erwartung, daß das „Neue Forum" vom Innenministerium zugelassen werde.

Der Vorsitzende des Sekretariats des Nationalrats der Nationalen Front, Werner Kirchhoff, hat den Mitgliedern des „Neuen Forums" die „konkrete Mitarbeit an realen Veränderungen zur weiteren sozialistischen Entwicklung" in der DDR angeboten. Die neue Vorsitzende des DDR-Gewerkschaftsbundes FDGB, Annelis Kimmel, erklärte gestern, manche Ziele des „Neuen Forums" könne man durchaus mitvertreten.

Der Vorsitzende der „Partei Demokratischer Aufbruch", der Rostocker Rechtsanwalt Schnur, rechnet damit, daß seine Partei schon bei den Volkskammerwahlen 1991 antreten könne. Dies erklärte er in einem Zeitungsinterview.

„Hoher Reingewinn"

Im SED-Zentralorgan „Neues Deutschland" sind erstmals Forderungen nach einer „umfassenden Wirtschaftsreform" veröffentlicht worden. In dem am Freitag abgedruckten Grundsatzpapier heißt es, „Berührungsängste mit dem Reformbegriff auf ökonomischem Gebiet sollten wir nicht haben". Es gebe dafür „eindeutige Erfordernisse und Zwänge – ja, auch besorgniserregende Anlässe". Autoren sind Wolfgang Heinrichs, Direktor des Zentralinstituts für Wirtschaftswissenschaften, und Wolfgang Krause, Abteilungsleiter in der Ost-Berliner SED-Bezirksleitung. Beide stellen „das Streben nach hohem Reingewinn" in den Vordergrund.

Wegen Zusammenrottung, Rowdytum und „Widerstandes gegen staatliche Maßnahmen" hat das Kreisgericht Dresden-Ost am Freitag drei Männer im Alter von 18 bis 23 Jahren zu empfindlichen Freiheitsstrafen verurteilt. Es erkannte nach Angaben von ADN auf Haftstrafen zwischen zwei Jahre und zwei Monaten bis zu vier Jahren sowie auf eine Geldstrafe in Höhe von 3000 Mark. Bei der Verhandlung ging es um die Ereignisse am Abend des 4. Oktober, als Züge mit DDR-Bürgern aus Prag in den Westen fuhren.

Rheinsberg

DDR-Atomkraftwerk wird stillgelegt

Berlin (AP). Zum ersten Mal soll in der DDR ein Atomkraftwerk stillgelegt werden. Hans Scheel, Vizepräsident des Staatlichen Amtes für Atomsicherheit und Strahlenschutz, sagte gestern gegenüber der amtlichen Nachrichtenagentur ADN, das 70-Megawatt-Kraftwerk Rheinsberg „wird sicher bald stillgelegt, weil es eben die Lebensgrenze erreicht hat". Dieser Schritt solle Anfang der 90er Jahre unternommen werden. Der älteste Reaktor der DDR (1966 fertiggestellt), habe zunächst der Energiegewinnung gedient, später Trainings- und Forschungszwecken.

HESSISCHE/NIEDERSÄCHSISCHE
ALLGEMEINE

Herausgeber
Rainer Dierichs, Dr. Dietrich Batz, Achim von Roos

Chefredakteur
Lothar Orzechowski

Stellv. Chefredakteure
Wolfgang Rossbach, Peter M. Zitzmann

Verantwortliche Redakteure
Chef vom Dienst: Rainer Merforth. Politik: Jochen Prater. Blick in die Zeit: Walter Schütz. Wirtschaft und Sozialpolitik: Horst Seidenfaden. Kultur: Dirk Schwarze. Frau u. Reise: Ilse Methe-Huber. Sport: Rolf Wiesemann. Sonntagszeit: Frank Thonicke. Kassel Stadt und Land: Wolfgang Rossbach. Bezirksredaktionen: Peter M. Zitzmann. Koordination: Helmut Lehnart. Hessen/Niedersachsen: Eberhard Heinemann. Chefreporter: Karl-Hermann Huhn. Sonderthemen: Peter Ochs.

Redaktion Wiesbaden: Rolf Effenberger. Redaktion Hannover: Harald Birkenbeul. Redaktion Bonn: Hans Ludwig Laucht.

Verlagsleitung
Dr. Dietrich Batz, Rainer Dierichs, Wigbert H. Schacht. Anzeigenleiter: Horst Prehm. Vertriebsleiter: Gerd Lühring.

Verlag Dierichs GmbH & Co KG, Frankfurter Str. 168, Postfach 10 10 09, 3500 Kassel, Ruf 05 61 / 20 3-0. Tel. Anzeigenannahme 05 61 / 20 3-3. Fernschreib-Nr. 99 635. Telekopierer 05 61 /20 36. Teletex 5 61 81 10. Postgirokonto 155132-608 Frankfurt/M. Anzeigenpreisliste Nr. 29. Monatlicher Abonnementspreis DM 25,60 inkl. Zustellung und 7% MwSt. (Postbezugs preis 28,50 DM).

Die Beendigung des Abonnements ist nur mit schriftlicher Kündigungserklärung unter Einhaltung einer Frist von einem Monat zum Monatsende möglich; die Frist läuft ab Zugang der schriftlichen Kündigungserklärung.

Auflage werktags über 270 000 Exemplare in Tarifgemeinschaft mit „Oberhessische Presse", Marburg, „Hersfelder Zeitung", „Werra-Rundschau", Eschwege, „Harzkurier", Herzberg.

Auflage „Sonntagszeit" über 200 000 Exemplare.

Herstellung Druckhaus Dierichs Kassel, Frankfurter Straße 168, 35 Kassel.

Ein Ort als Bekenntnis

Kreisau statt Annaberg – das ist kein Kompromiß, sondern eindeutig die bessere Wahl. Das diplomatische Verwirrspiel, das durch seine Zuspitzung in der öffentlichen Diskussion hochbrisant wurde, ist mit dieser Entscheidung für Warschau und für Bonn zufriedenstellend beendet worden.

Das einstige Schlachtfeld Annaberg schmeckt im Bewußtsein der Polen bitter nach deutscher Unterdrückung. Dies nicht empfunden zu haben, mag man Bonn anlasten. Der Punkt ist jetzt jedoch abgehakt. Auch Kreisau ist ein geschichtsträchtiger Ort. Die Geschichte, für die er steht, ist die des deutschen Widerstandes gegen die Hitler-Diktatur. Damit wird die Begegnung hier zu einem unmißverständlicheren Symbol deutsch-polnischer Aussöhnung. Kreisau nämlich wird Bekenntnis nicht nur zu Friedenswille, sondern auch zu deutscher Schuld an Polen. Wo man derer gedenkt, die sich gegen die Machthaber des eigenen Volkes gewandt haben, gedenkt man auch der Opfer dieser Machthaber.

Wie immer das Besuchsprogramm von Bundeskanzler Kohl in Polen aussehen mag, der gemeinsame Gottesdienstbesuch mit dem polnischen Ministerpräsidenten Mazowiecki wird gewiß im Mittelpunkt des Interesses an dieser Reise stehen. Es gab bereits Stimmen, die im Verzicht auf den Besuch des Annabergs eine „deutsche Niederlage" sehen. Ihnen wird Kreisau vermutlich erst recht nicht passen. Deren Vorstellungen davon, was deutsche Interessen gegenüber Polen denn seien, passen allerdings nicht in die Zeit von Versöhnung und Verständigung zwischen Ost und West.

Mit Kreisau statt Annaberg steht die Polenreise des Kanzlers unter einem hoffnungsvolleren Stern.

Peter M. Zitzmann

Unter dem Mantel Europas

Egon Krenz, der mit dem Mut der Verzweiflung um den Erhalt des sozialistischen Staatsgebildes DDR kämpft, muß sich allmählich wie in einem Strom vorkommen, der ihn in das Meer der deutschen Einheit spülen könnte. Alarmsignale von allen Seiten; selbst aus der Sowjetunion kommen von prominenter Seite Äußerungen, in denen einer Beendigung der „unnormalen Lage in Deutschland" das Wort geredet wird. Trotzig schleuderte zwar der neue SED-Chef in Moskau sein Nein gegen Wiedervereinigung und Abbau der Mauer heraus, aber der Boden schwankt unter ihm nicht nur im eigenen Land.

Die Vision Gorbatschows vom „Gemeinsamen Europäischen Haus" ist der Sprengsatz, seine konsequente Politik der Nichteinmischung das schleichende Gift für den Bestand des maroden Arbeiter- und Bauernstaates. Und indem die neue Ostberliner Führung entgegen der Warnung Erich Honeckers einen Spalt der Reformschleusen öffnete, um nichts Geringeres als einen Aufstand zu verhindern, hievte sie sich selbst auf die Verliererstraße.

Im Ausland stellt die Wiedervereinigung bereits ein festes Kalkül dar, Frankreichs Staatschef Mitterrand hat es soeben wieder bestätigt. Das offizielle Bonn, das in dieser so überraschend auf die Weltbühne getretenen Frage immer noch um Fassung ringt, übt sich klugerweise in diplomatischer Zurückhaltung so wie jemand, der die Aussicht auf ein kaum mehr für möglich gehaltenes Geschenk nicht durch grobe Begehrlichkeit verspielen will.

Denn die Antwort darauf, was einmal aus ihrer DDR werden soll, gebührt kraft Selbstbestimmung ausschließlich den Deutschen drüben. Es könnte ja auch ein weiterhin selbständiger, aber wirklich demokratischer oder in Konföderation mit der Bundesrepublik verbundener Staat sein. Aber wie auch immer: Europa wird die Mutter sein, unter deren Mantel sich alle Deutschen wiederfinden werden.

Jürgen Nolte

Das Zitat

„Wenn Talkmaster anfangen, nach dem Maul der Zuschauer zu reden, ist das der Anfang vom Ende."

Joachim Fuchsberger

Botschaft in Prag wieder überfüllt / Warum sie fliehen

Glaube an Wende fehlt

Von AP-Korrepondent Manfred Hees

Ein offenes Scheunentor nach Westen muß man nutzen", begründet ein 25jähriger Leipziger seine Flucht in die Prager Botschaft der Bundesrepublik. Wie rund 15 000 andere Flüchtlinge in den vergangenen Wochen steht er am Zaun der Botschaft. Diesmal jedoch nicht wie alle vor ihm mit der Sorge, ob er auf diesem Weg in den Westen kommt, sondern mit der absoluten Gewißheit des positiven Ausgangs. Für ihn und die mittlerweile schon mehr als 4000 anderen lautete die Frage lediglich, wann der Zeitpunkt der Ausreise in die Bundesrepublik gekommen sein wird.

„Betonschädel"

Den „Startschuß" für den neuen Exodus gab für einige offenbar DDR-Staats- und Parteichef Egon Krenz selbst. „Seine Pressekonferenz in Moskau wurde live bei uns im Fernsehen übertragen. Als er jede Hoffnung auf Wiedervereinigung begrub, wußte ich, jetzt mußt du raus", schildert ein junger Familienvater aus Dresden seine Überlegungen. „Das sind doch die gleichen Betonschädel wie früher. Was soll sich denn ändern. Der korrupte Sozialismus bei uns bekommt doch nur ein neues Kleid", pflichtet ihm ein Maurer aus Karl-Marx-Stadt bei.

Das an Kriseneinsätze gewöhnte Personal der Botschaft wurde von der Heftigkeit der neuen Fluchtlingswelle überrannt. Hilfsgüter mußten in aller Eile aus der Bundesrepublik herangeschafft werden.

Während noch immer neue Flüchtlinge mit dem Ruf „Wir haben es geschafft" in der Botschaft eintrafen, wurden von Lastwagen Betten, Decken und Schlafsäcke abgeladen und in das Gebäude gebracht. „Endlich macht Arbeit mal Spaß und hat einen Sinn", freute sich ein junger Mann beim Bettenschleppen. Die Betten mußten teilweise im Freien im Garten der Botschaft aufgestellt werden, da die Großzelte noch nicht aufgebaut waren. Mehrere hundert Kinder wurden im Gebäude untergebracht.

Straßen verstopft

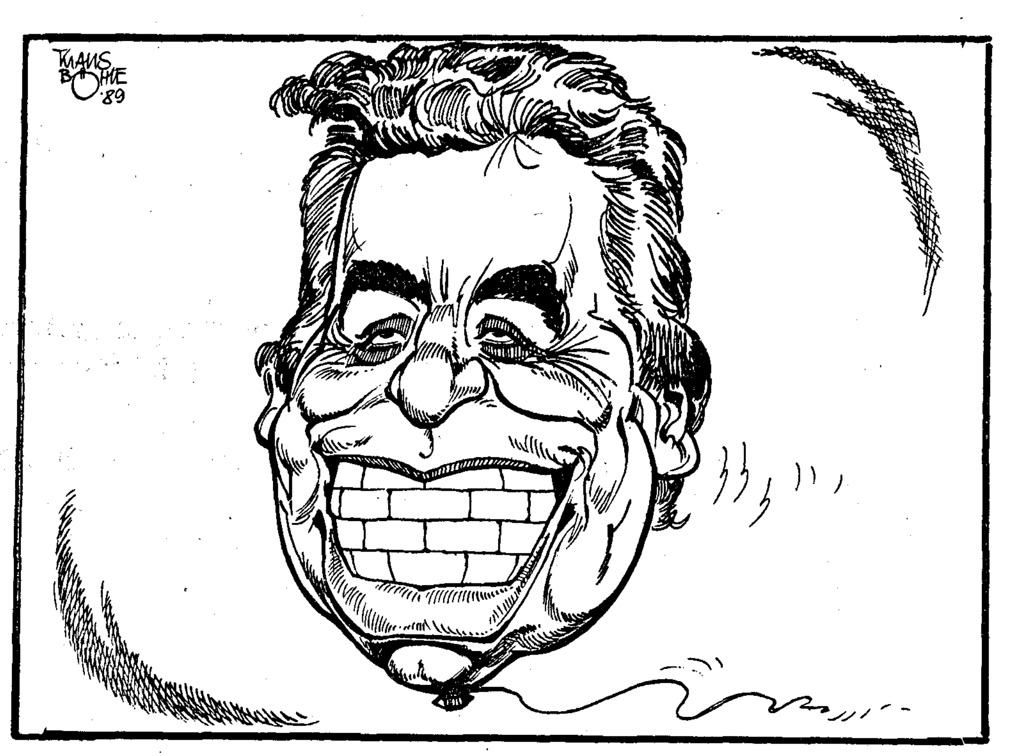
„Wir schlafen überall, auch auf den Treppenstufen", schildert eine junge Krankenschwester die ersten zwei Nächte in der Botschaft. Rätselraten herrschte am Freitag über die Zahl derer, die noch kommen werden. Schon am Freitag berichteten Reisende und Neuankömmlinge, daß die Straßen von der DDR-Grenze nach Prag überfüllt seien.

Anfang Oktober waren 15 000 Menschen über Prag in den Westen gekommen, dann hatte Ost-Berlin die Grenze dichtgemacht. Seit der neuerlichen Aufhebung des Visumzwanges am Mittwoch kamen mehr als 1000 Flüchtlinge täglich. Die Botschaft suchte m Freitag nach einem Ausweichquartier. Es gab jedoch noch kein grünes Licht von den tschechoslowakischen Behörden.

System untauglich

Kaum Hoffnung bestand, daß mit dem derzeitigen System der Bearbeitung der Ausreisepapiere die Flut zu bewältigen sei. Flüchtlinge werden in Gruppen mit Bussen zur DDR-Botschaft gebracht, dort registriert, ihre Papiere nach Ost-Berlin geleitet, und nach Zustimmung von dort kann die Ausreise erfolgen.

Etwa 100 Anträge werden auf diese Weise pro Tag erledigt. „Wir brauchen eine andere Regelung", meinten Flüchtlinge. Immer wieder tauchten Spekulationen über eine „ungarische Lösung" - Öffnung der CSSR-Grenze Richtung Westen für DDR-Bürger - auf, diesmal jedoch mit Billigung Ost-Berlins.



Versuchsballon (Aus: Die Welt / Klaus Böhle)

DDR-Bürger: Schwierigkeiten mit dem neuen Selbstbewußtsein

„Manchmal denke ich, ich träume"

Von dpa-Korrespondentin Gudrun Dometeit

Seit drei Wochen werden wir förmlich überrollt mit Anfragen", sagt die 45jährige Dresdner Ärztin. „Familiäres Leben ist bei uns nicht mehr möglich." Die Frau ist in der Stadt an der Elbe eine der Ansprechpartnerinnen des neugegründeten „Neuen Forums" in der DDR. Fragen und Angebote zur Mitarbeit häufen sich. Ganze Brigaden treten zum „Neuen Forum" über. Der Wunsch, aktiv zu werden, geht quer durch alle Schichten, vom Arbeiter bis zum Akademiker. Auch Sektionen der Sozialdemokratischen Deutschen Partei und des Demokratischen Blocks bildeten sich in der Elbe-Stadt.

„Alle nach Sibirien!"

„Wenn ich frei habe, bin ich bei jeder Demo dabei", sagt ein Taxifahrer. „Man muß doch die Jugend unterstützen." Zunehmend, so meint der etwa 50jährige, nähmen auch ältere Bürger an den Protesten teil. „Diese Kommunisten, 40 Jahre lang haben sie wie die Könige auf unsere Kosten gelebt", schimpft er. „Jetzt müssen sie Rede und Antwort stehen, aber eigentlich sollte man sie alle nach Sibirien verbannen."

In Dresdens Hofkirche gegenüber der berühmten Semper-Oper versammeln sich am Abend vor allem junge Leute zu Friedensgebeten. Auf die Unterstützung der Kirchen sind die neuen Reformbewegungen noch immer stark angewiesen. Die Kirche stellt dem immer noch nicht legalisierten „Neuen Forum" Räume zur Verfügung. „Ich bin dabei, damit sich in diesem Scheißland irgendwas ändert," sagt ein 18jähriger Schlosserlehrling.

In der restaurierten Semper-Oper verlesen die Schauspieler an jedem Aufführungsabend einen mutigen Aufruf um Mitverantwortung und Eigenverantwortlichkeit: „Zu lange ist die Saat für Mißtrauen und Furcht gesät worden. Die Verantwortlichen, die heute guten Willens sind, ernten die Früchte. Glaubwürdiger Wandel erfordert den Mut zu personellen Veränderungen. Für die, die ihre Partei und ihren Staat in Mißkredit gebracht haben, gibt es nur eine ehrliche Konsequenz: Den Platz zu räumen für die Glaubwürdigen."

Zurückhaltender gibt sich eine SED-Funktionärin in der Bezirksparteileitung Dresdens. „Sicher wird sich was ändern, aber das muß alles wohlüberlegt sein und darf nicht übers Knie gebrochen werden." Und eine Journalistin der Zeitung der Ost-CDU „Union", die seit neuestem wegen ihrer offenen Artikel reißenden Absatz unter DDR-Bürgern findet, meint: „Wir können seit einigen Wochen schreiben, was wir wollen, aber diesen neuen Anforderungen sind wir gar nicht gewachsen. Wir kennen unsere Rechte nicht." Völlig ungewohnt sei es, plötzlich den Polizei-Chef Dresdens interviewen zu können.

Die Skepsis bleibt

Die Sprecherin des „Neuen Forums sagt: „Die Leute müssen erst einmal wieder Selbstbewußtsein lernen. Sie müssen merken, daß sie nicht gleich bestraft werden, wenn sie ihre Meinung sagen." Trotz aller Fortschritte, insbesondere der Dialog-Bereitschaft des reformorientierten Dresdner Oberbürgermeisters Wolfgang Berghofer und des SED-Bezirksparteichefs Hans Modrow, bleibt sie skeptisch. „Nach dem Parteitag im nächsten Frühjahr werden die Zügel bestimmt wieder angezogen." Und dann? „Ein halbes Jahr gebe ich mir noch, um den letzten Versuch zu wagen. Wenn es bis dahin keine glaubwürdigen Zeichen der Veränderung gibt, dann gehe ich."

Aus- und Übersiedler / Bundeswehr

Keine Reservetruppe für Stoltenberg

Von unserem Redaktionsmitglied Jürgen Nolte

Sie sind begehrt als Maurer, Schlosser oder Krankenpfleger, die Tausende junger Männer, die seit Wochen aus der DDR in den Westen strömen, denn sie können vielfach Löcher in Problembereichen der bundesdeutschen Wirtschaft stopfen. Muß sich da nicht auch Verteidigungsminister Stoltenberg vergnügt die Hände reiben, weil ihm hier eine Reservetruppe zur Auffüllung der sich lichtenden Reihen der Bundeswehr heranwächst?

Gesetzlich festgelegt

Alerte Politiker, voll des schönen Drangs, möglichst als erste mit bemühtem Sachverstand zu Wort zu kommen, haben sich umgehend auch dieses Themas bemächtigt. So befand Bernd Wilz von der CDU/CSU-Bundestagsfraktion unlängst bei einem Truppenbesuch im hessischen Arolsen, es sei nicht auszuschließen, daß frühere Soldaten der Nationalen Volksarmee (NVA) auch noch zur westdeutschen Armee eingezogen würden. Aber dann kämen die ehemaligen DDR-Bürger ja auf eine Gesamtdienstzeit von fast drei Jahren, gab demgegenüber Christoph Böhr, Vorsitzender der Jungen Union, zu bedenken. Und da solches unzumutbar sei, solle man, so seine Forderung, den Dienst in der NVA anrechnen. Beide Herren hätten sich ihre gedanklichen Anstrengungen ersparen können, denn im Wehrpflichtgesetz ist genau festgelegt, wie „der Bund" mit Über- und Aussiedlern zu verfahren hat.

Zunächst einmal gilt grundsätzlich, daß Deutsche, die aus der DDR oder anderen Ostblockländern in die Bundesrepublik kommen, nicht vor Ablauf von zwei Jahren eingezogen werden können. Und zur Frage eines bereits geleisteten Wehrdienstes in den Streitkräften des früheren „Aufenthaltsstaates" bestimmt der Paragraph 8 unter anderem: „Der Wehrdienst soll angerechnet werden, wenn er auf Grund gesetzlicher Vorschrift geleistet worden ist."

Da dieser aber in der DDR mit 18 Monaten und in der Sowjetunion gar mit zwei Jahren deutlich über dem 15 monatigen Wehrdienst in der Bundeswehr liegt, können gediente Aus- und Übersiedler davon ausgehen, daß sie den grauen Rock nicht mehr anziehen müssen. Auch eine Teilnahme an Wehrübungen and damit Einbindung in die Mobilisierungsplanung entfällt, weil, so der zuständige Referent des Bundesverteidigungsministeriums, Schattenberg, dies aufgrund der andersgearteten Ausbildungsgrundlagen etwa in der NVA nicht möglich sei.

Vielfach Härtefälle

Ungedienten gibt die Hardthöhe mindestens zwei Jahre Zeit, um sich gesellschaftlich und beruflich in ihrer neuen Heimat einzurichten. Sie dürften zudem vielfach zu den Härtefällen zählen, bei denen auf eine Einberufung verzichtet oder diese hinausgeschoben werden kann. Und wer dann älter als 28 Jahre ist, braucht, wie alle anderen Bundesbürger auch, ohnehin nicht mehr zum „Bund".

Besonderer Sicherheitsüberprüfungen müssen sich ehemalige DDR-Bürger bei einem Einzug in Bundeswehr-Kasernen nicht unterziehen, es sei denn, sie wollen Berufssoldat werden und kommen mit waffentechnisch „sensiblen" Bereichen in Berührung.

Kreisauer Kreis

Widerstand gegen Hitler

Der Kreisauer Kreis war eine 1942 gegründete Widerstandsgruppe gegen das nationalsozialistische Regime um den Grafen Helmuth James von Moltke. Ihren Namen hat sie nach dem Ort ihrer Zusammenkünfte, das Moltkesche Gut Kreisau in Niederschlesien – jetzt ins Gespräch gekommen als eine Station der Polenreise Kohls. Der Gruppe gehörten unter anderem der spätere Bundestagspräsident Eugen Gerstenmaier und der von den Nazis 1944 zum Tode verurteilte SPD-Politiker Julius Leber an.

Viele hingerichtet

Ziel des Kreisauer Kreises war die Abschaffung der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft und die Schaffung einer rechtsstaatlichen Ordnung in Deutschland. Auch gesellschaftliche Reformen wurden von den Mitgliedern in einem am christlichen Menschenbild orientiertem Programm „Grundsätze für die Neuordnung" umrissen. Nach dem gescheiterten Attentat auf Adolf Hitler am 20. Juli 1944 wurden zahlreiche Mitglieder der Widerstandsgruppe, darunter Graf Moltke, hingerichtet.

Nach Angaben des Bundespresseamtes gehen die Anfänge der Widerstandsgruppe um Graf Moltke schon auf das Jahr 1938 zurück. Außer in Kreisau (heute: Krzyzowa) habe sich die Gruppe der Hitler-Gegner auch in Berlin und anderen Orten zu mehr als 100 Besprechungen getroffen. Der Name „Kreisauer Kreis" stammt nicht von den Beteiligten selbst, sondern von einem Beamten des NS-Sicherheitsdienstes, der nach dem 20. Juli 1944 die Untersuchung gegen die Gruppe leitete.

(dpa)

Presse-Echo

Mit dem Streit um den Annaberg befassen sich viele Kommentare.

WESTFALENPOST

(Hagen)

Ein besonderes Zeichen der Versöhnung setzen zu wollen, ist lobenswert. Aber spätestens hier hätten Kohls Berater ihrem Chef sagen müssen, daß der Annaberg dafür zum jetzigen Zeitpunkt nicht der richtige Ort ist ... Er ist immer noch ein Symbol des deutsch-polnischen Gegensatzes und stark mit nationalen Emotionen belastet. Dieser Ort, an dem Deutsche und Polen starben, wäre in der Tat bestens geeignet, ein Versöhnungszeichen zu setzen – aber die Zeit ist offensichtlich noch nicht reif.

Münchner Merkur
MÜNCHNER ZEITUNG

Mag ja sein, daß Kohl die Sprengkraft dieses Symbols in Polen verkannt hat, als er für dort eine Versöhnungsgeste plante. Gewiß wäre grundsätzlich bei derartigen Gesten eher Zurückhaltung angebracht, weil sie meist Gefühle aufwühlen ... Dennoch sind einige der polnischen Reaktionen der vergangenen Tage hysterisch. In Polen haben vor allem die Kommunisten die offenbar von der neuen nicht-kommunistischen Regierung bereits hingenommenen Reisepläne Kohls heftig angegriffen. Versöhnung und Respekt vor der Meinung anderer werden im sozialistischen Denken immer noch klein geschrieben.

Frankfurter Rundschau

Die keineswegs unrealistische Vorstellung, auf dem Annaberg könnten deutschstämmige und polnische Demonstranten aneinandergeraten, sobald der Bundeskanzler die Treppen zum Franziskanerkloster hinaufsteigt, hatte sich auch bei den Bonner Reiseveranstaltern zu einem Alptraum gesteigert.



HESSISCHE ALLGEMEINE

KASSEL
1 P 3713 A

UNABHÄNGIG · KASSELER ZEITUNG · NICHT PARTEIGEBUNDEN

Preis 1,10 DM · Nr. 259 · Montag, 6. 11. 1989 · Ruf (05 61) 203-0 · Anzeigen 203-3

Letzte Meldung

Horowitz gestorben

Der aus Rußland stammende Pianist Wladimir Horowitz ist 86jährig an einem Herzinfarkt gestorben. Das teilte sein Manager gestern abend in New York mit. Horowitz war bekannt als vorzüglicher Liszt-, Tschaikowski- und Rachmaninow-Interpret.

Formel 1

Erfolg für Boutsen

Der Belgier Thierry Boutsen gewann in strömendem Regen das Abschlußrennen der Formel 1 in Adelaide/Australien. Weltmeister Prost gab wegen „lebensgefährlicher" Witterung freiwillig auf, Titelverteidiger Senna schied nach einem Unfall aus.



Tennis

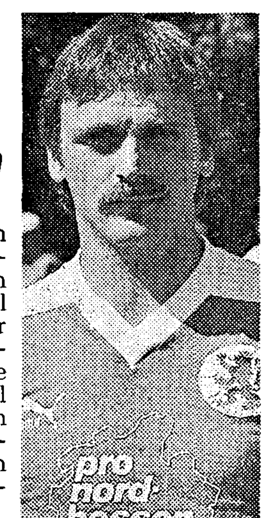
Becker gewinnt

Durch einen souveränen 6:4, 6:3, 6:3-Finalerfolg über den Schweden Stefan Edberg gewann der Weltranglistenzweite Boris Becker (Foto mit Siegestrophäe) am Sonntag nachmittag zum zweiten Mal nach 1986 das Tennis-Grand-Prix-Turnier von Paris.

Drube trifft

KSV-Sieg in Meppen

Überraschung in der 2. Fußball-Bundesliga. Durch einen Treffer von Michael Drube (Foto) in der 67. Spielminute feierte der Tabellenletzte KSV Hessen Kassel beim SV Meppen den zweiten Auswärtssieg der Saison, den dritten Erfolg überhaupt.



DDR-Minister stellt neues Gesetz vor

Westreisen schon Weihnachten ohne Beschränkung

Berlin (dpa). DDR-Bürger können wahrscheinlich noch vor Weihnachten ohne jede Beschränkung in den Westen reisen. DDR-Innenminister Dickel kündigte Sonntag abend an, das neue Reisegesetz solle spätestens am 20. Dezember von der Volkskammer verabschiedet werden. Das Gesetz regele auch die Ausreise aus der DDR völlig neu und schaffe den bisherigen Republikflucht-Straftatbestand im Kern ab.

Dickel, der das neue Gesetz in den Grundzügen in der DDR-Nachrichtensendung „Aktuellen Kamera" erläuterte, sagte in einem auch von ADN verbreiteten Interview: „Wir werden ... alles tun, um ... allen unseren Bürgern ohne Einschränkungen die Gelegenheit zu geben, dahin zu reisen, wohin sie wünschen." Das Visum für die Besuchsreisen soll „in der Regel" auf 30 Tage im Jahr befristet sein, kann in dringenden Fällen aber auch verlängert werden. Wer von der Auslandsreise nicht zurückkehrt, macht sich nach den Bestimmungen des neuen Republikflucht-Paragraphen auch nicht mehr strafbar.

Dieser neue Paragraph stellt nur noch die „unmittelbare Verletzung der Grenzordnung selbst" unter Strafe, teilte Dickel mit. Alle anderen bisherigen Straftatbestände wie Republikflucht und Verletzung des Transitverkehrs werden danach ausgenommen. Bislang waren dafür in schweren Fällen Strafen bis zu acht Jahren vorgesehen.

Bei dem Wunsch auf Ausreise aus der DDR muß künftig ein Antrag bei der zuständigen Dienststelle der Innenverwaltung gestellt werden. Diese entscheidet innerhalb von drei bis maximal sechs Monaten über den Antrag. Eine solche Frist sei notwendig, um „eine Reihe von Fragen mit dem Bürger, der ausreisen will, klären zu können".

Für die Ausstellung eines Reisepasses und eines Visums ist in dem Gesetz, der im Entwurf heute in der DDR-Presse veröffentlicht wird, eine Bearbeitungszeit von 30 Tagen vorgesehen. In dringenden Fällen kann diese Frist auf drei Tage, bei besonderen Problemen sogar noch mehr verkürzt werden.

„AB IN DEN WESTEN" – Tausende von DDR-Bürgern nutzen am Wochenende die von Ost-Berlin gewährte freie Ausreisemöglichkeit über die CSSR in den Westen: Der Andrang war so groß, daß sich die „Trabbis" vor dem Grenzübergang Schirnding zeitweise auf einer Länge von zehn Kilometern auf CSSR-Gebiet stauten. (dpa-Funkbild)

15 000 kamen über CSSR

Rund 15 000 Menschen aus der DDR sind am Wochenende ohne besondere Formalitäten über die Tschechoslowakei in die Bundesrepublik ausgereist. Die DDR-Führung hatte ihren Bürgern am Freitag abend erstmals einen Weg in den Westen freigegeben. Die Möglichkeit zur direkten Ausreise über die CSSR in die Bundesrepublik besteht bis zum Inkrafttreten des neuen Reisegesetzes.

Seit Samstag nacht rollte der Flüchtlingstreck – ob in eigenem „Trabbi", in Sonderzügen oder Bussen – ununterbrochen in Richtung bayerischer Grenze. Am Sonntag reisten stündlich rund 200 Übersiedler mit eigenen Pkw über die fünf tschechisch-bayerischen Straßen-Grenzübergänge in den Freistaat ein. Dem neuen Flüchtlingsansturm war die Aufnahmekapazität der bayerischen Notaufnahmelager nicht gewachsen. Der Bundesgrenzschutz richtete deshalb gemeinsam mit der Bundeswehr neue Aufnahmestellen ein, unter anderem an der Wasserkuppe in Hessen.

Siehe „Zum Tage" und „Themen des Tages"

Nach Ostberliner Massendemonstration

Bonn fordert freie Wahlen in DDR

Bonn (AP/dpa/jtr). Einen Tag nach der Massendemonstration in Ost-Berlin haben zahlreiche Bonner Politiker die DDR-Führung aufgefordert, durch freie Wahlen den Willen des Volkes zu respektieren. Bundeskanzler Kohl sagte vor der Jungen Union in Bonn, die Ausreise von rund 150 000 DDR-Bürgern sei „keine Lösung". „Unsere Landsleute in der DDR" sollten „dort in ihrer angestammten Heimat ihr Leben führen können, ihr Glück finden können". Dazu seien Reformen dringend notwendig.

SPD-Chef Vogel betonte, die gegenwärtige DDR-Führung sei gut beraten, wenn sie das von ihr beanspruchte Machtmonopol „aufgibt und anerkennt, daß sich ein politischer Führungsanspruch künftig nur noch aus dem Ergebnis freier Wahlen herleiten kann". Vogel appellierte an alle, „die sich mit dem Gedanken der Übersiedlung tragen, sorgfältig zu prüfen, ob sie jetzt nicht in der DDR den Demokratisierungsprozeß unterstützen und sich dort engagieren sollten." Das Andauern der Abwanderung könnte im übrigen die SED-Führung zu dem Fehlschluß verleiten, die Volksbewegung werde sich vielleicht doch verlaufen und lasse sich aussitzen.

In einer für die DDR bisher einmaligen Massendemonstration hatten am Samstag rund eine Million Bürger in Ost-Berlin den alleinigen Machtanspruch der SED in Frage gestellt und zu weitreichenden Veränderungen aufgerufen. Während der Abschlußkundgebung auf dem „Alex" sagte der DDR-Schriftsteller Stefan Heym: „Wir haben in den letzten Wochen unsere Sprachlosigkeit überwunden und sind dabei, den aufrechten Gang zu erlernen." Und dies in Deutschland, „wo bisher sämtliche Revolutionen danebengingen und die Leute immer gekuscht haben, unter dem Kaiser, unter den Nazis und später auch".

Eine Woge der Zustimmung ging durch die Menge, als der Chef der DDR-Liberalen, Gerlach, die Forderung nach dem Rücktritt der Regierung erneuerte. Der Schriftsteller Heiner Müller sagte während der Veranstaltung: „Wenn in der nächsten Woche die Regierung zurücktreten sollte, darf auf Demonstrationen getanzt werden."

Fortsetzung nächste Seite

Libanon / Staatspräsident

Mouawad gewählt

Beirut (dpa). Das libanesische Parlament hat gestern in einem nördlich von Beirut liegenden Dorf einen neuen Staatspräsidenten gewählt. Im zweiten Wahlgang stimmten 52 von 58 Abgeordneten für den als gemäßigt geltenden maronitischen Christen Rene Mouawad (64). Mouawad genießt offenbar die Unterstützung Syriens und der Moslems sowie die stillschweigende Billigung der christlichen Miliz, der libanesischen Streitkräfte und der einflußreichen christlichen Falange-Partei. Der christliche Regierungschef Aoun erklärte dagegen, die Wahl sei „null und nichtig".

Griechenland / Wahlen

Konservative legten zu

Athen (dpa/AP). Die griechischen Konservativen von Konstantinos Mitsotakis dürften bei den gestrigen Parlamentswahlen gesiegt haben. Danach sah es am späten Abend nach der Auszählung der Hälfte der Stimmzettel aus. Zum anderen ergaben sich aber auch ein leichter Zuwachs für die Pasok-Sozialisten von Andreas Papandreou sowie Einbußen für das „Linke Bündnis" der moskautreuen und Euro-Kommunisten. Diese Ergebnisse gaben den Konservativen 47,3 Prozent, der Pasok 40,2 Prozent und dem linken Bündnis 10,4 Prozent. Die Konservativen würden danach die absolute Mehrheit knapp verfehlen. Bei den Parlamentswahlen am 18. Juni dieses Jahres hatten die Konservativen 44,25 Prozent erhalten, die Sozialisten 39,15 Prozent und das linke Bündnis 13,12 Prozent.

Amtierender DDR-Volksbildungsminister:

Wehrerziehung ausgesetzt

Berlin (dpa). Das heftig umstrittene DDR-Unterrichtsfach Wehrerziehung ist nach den Worten des amtierenden Volksbildungsministers Günter Fuchs in diesem Schuljahr ausgesetzt. „Ich gehe davon aus, daß wir es damit abgesetzt haben", sagte Fuchs gestern in Ost-Berlin. Die endgültige Entscheidung treffe aber der Ministerrat.

Zum Tage

Sorge statt Triumph

Unangemessen war schon zu Beginn des Flüchtlingsstroms aus der DDR der Triumph über die „Abstimmung mit den Füßen", in den einige hierzulande verfielen. Ganz und gar nicht mehr angebracht sind derlei selbstgefällige Gefühle angesichts dessen, was sich jetzt an der deutsch-tschechoslowakischen Grenze abspielt: Denn die Abstimmung über das SED-Regime hat längst und viel eindrucksvoller auf den Straßen der DDR eingesetzt. Die neuerliche Massenflucht ist demgegenüber ein Vorgang, den man zwar mit Verständnis für die Betroffenen, ansonsten aber nur mit großer Sorge betrachten muß.

Noch haben längst nicht alle Flüchtlinge der „ersten Stunde" einen Arbeitsplatz, geschweige eine angemessene Unterkunft erhalten, und das soeben von Bonn verkündete Wohnungsbauprogramm greift erst im nächsten Jahr. Nun werden diese Probleme riesengroß, und die Neuankömmlinge dürften recht bald zu spüren bekommen, daß ihr Erscheinen das Potential an sozialen Spannungen in der Bundesrepublik nicht gerade vermindert.

Erst mal abwarten, wie das in der DDR wird, zurück können wir immer noch - mögen viele denken. Der Ostberliner Führung, deren Renommee ohnehin zum Teufel ist, mag die Entwicklung womöglich gar nicht so unlieb sein: Die westdeutsche Wohnungsnot bietet einen latenten, und die Rückkehr frustrierter ehemaliger DDR-Bürger einen zusätzlichen Propaganda-Ansatz. Jürgen Nolte

Nach Protesten

Gertrud Höhler geht nicht zu VW

Wolfsburg (dpa). Die Literatur-Professorin und Unternehmensberaterin Gertrud Höhler wird nicht für den Volkswagen-Konzern tätig. Eine entsprechende Meldung des „Spiegel" wurde dpa gestern in Wolfsburg bestätigt. Weitere Angaben wurden nicht gemacht. Laut „Spiegel" hatten einige Vorstandsmitglieder, die Betriebsräte und Arbeitnehmervertreter im Aufsichtsrat heftig gegen die geplante Einstellung der Professorin für ein Jahresgehalt von 500 000 DM protestiert. Es erscheine wenig sinnvoll, für sie eine neue Stabsplanstelle einzurichten, während überall im Konzern gespart werde.

Neuer Vertrag mit Polen

Jugendaustausch wird verdoppelt

Bonn (dpa). Der Jugendaustausch zwischen der Bundesrepublik und Polen soll auf 10 000 Begegnungen von Jugendlichen beider Länder verdoppelt werden. Dies sieht ein Abkommen vor, das bei der bevorstehenden Reise von Kanzler Kohl unterzeichnet werden soll. Dazu soll ein deutsch-polnischer Jugendrat gebildet werden.

Lotto- und Totozahlen

Lotto: 9, 27, 32, 37, 44, 47, Zusatzzahl: 45.
Toto: 2, 0, 0, 0, 1, 0, 0, 1, 1, 0, 1.
Auswahlwette: 4, 10, 25, 27, 30, 34, Zusatzspiel: 3.
Rennquintett:
Rennen A: 12, 1, 14.
Rennen B: 31, 22, 26.
Spiel 77: 1, 4, 3, 9, 9, 4, 2.
Süddeutsche Klassenlotterie: Große Lose der Woche mit 3 000 000 DM Losnummer 177 310 und 1 000 000 DM Losnummer 503 051.
(Ohne Gewähr)

Namen und Nachrichten

Erstmals Gegen-Demo

Zum ersten Mal in der 72jährigen Geschichte der UdSSR planen Bürgerrechtler in Moskau eine Gegenkundgebung zur offiziellen Militärparade und Demonstration am morgigen Gedenktag der Oktoberrevolution. Wie Anatoli Dozenko vom ukrainischen Helsinki-Komitee vor westlichen Journalisten in Moskau mitteilte, wollen mehrere „demokratische Organisationen" aus verschiedenen Teilen der Sowjetunion mit ihren eigenen Losungen an der Kundgebung teilnehmen.

„Drogenhandel bekämpfen"



Papst Johannes Paul II. hat am Sonntag zu einem entschlossenen Vorgehen gegen Rauschgifthändler aufgerufen. In einer Ansprache vor mehreren tausend Gläubigen auf dem Petersplatz in Rom sagte das Oberhaupt der Katholischen Kirche, der Kampf gegen die Drogen sei eine der größten Herausforderungen der heutigen Zeit. Es sei notwendig, die Interessen der „Händler mit dem Tod" aufzudecken, die mit dem Leid von Millionen von Menschen spielten.

Dialog Christen - Juden

Die Verständigung zwischen Judentum und Christentum ist eine Daueraufgabe, an der immer noch gearbeitet werden muß. Das betonten namhafte Politiker und Kirchenvertreter am Sonntag bei der Gründung der Buber-Rosenzweig-Stiftung zur Förderung der christlich-jüdischen Zusammenarbeit in Bad-Nauheim. Die Stiftung soll künftig das Gespräch zwischen Christen und Juden vertiefen und sich besonders der Erforschung des Judentums annehmen.

Wunsch: Wehrbeauftragter



Der stellvertretende Vorsitzende der FDP-Bundestagsfraktion, Uwe Ronneburger (Foto), würde gern Wehrbeauftragter des Bundestages werden. „Wenn mir eine solche Aufgabe gestellt würde, würde ich sie gerne übernehmen", meinte er in einem Interview. Der derzeitige Wehrbeauftragte, Willi Weiskirch (CDU), will aus gesundheitlichen Gründen im März nächsten Jahres nicht noch einmal kandidieren.

Votum für Tempolimit

Der Deutsche Naturschutzring (DNR) hat Bundesumweltminister Töpfer aufgefordert, dem schwedischen, dänischen und holländischen Beispiel zu folgen und den Ausstoß an Kohlendioxid (CO 2) auf dem jetzigen Niveau einzufrieren. Als Sofortmaßnahme müsse die Bundesregierung ein Tempolimit von 100 beziehungsweise 80 Km/h auf Autobahnen und Landstraßen einführen.

SPD mit Lafontaine



Der saarländische Ministerpräsident Oskar Lafontaine (Foto) ist am Sonntag beim Landesparteitag der SPD-Saar mit großer Mehrheit zum Spitzenkandidaten für die Landtagswahl in knapp drei Monaten gewählt worden. Von 376 Delegierten stimmten bei 14 Gegenstimmen 356 für den Regierungschef und Landesvorsitzenden. Die Saar-SPD hatte bei der Wahl 1985 mit 49,2 Prozent erstmals die absolute Mehrheit im Landtag errungen. Die CDU schickt Bundesumweltminister Töpfer als Gegenkandidat ins Rennen.

Truppenabzug

Streit um These Lafontaines

München (dpa). Der saarländische Ministerpräsident und stellvertretende SPD-Vorsitzende Lafontaine hat den Abzug der US-Streitkräfte aus der Bundesrepublik für den Fall verlangt, daß die Sowjetunion mit ihren Truppen die DDR verläßt. In einem Interview sagte Lafontaine: „Sollten die Sowjets tatsächlich, wie angekündigt, ihre Truppen aus der DDR abziehen, müssen auch die Amerikaner bereit sein, mit ihren Streitkräften die Bundesrepublik zu verlassen." Die Stationierung fremder Truppen auf deutschem Boden sei „kein Selbstzweck".

Die Anregung Lafontaines schafft nach Ansicht des Geschäftsführers der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Bohl, nicht mehr Sicherheit, sondern Unfriede. Polen, Tschechen und Balten würden sich bedanken, wenn sowjetische Truppen aus der DDR in ihre Gebiete verschoben werden sollten. Für mehr Sicherheit, für einen echten Ausgleich zwischen West und Ost seien Lafontaines Vorschläge unbrauchbar.

Keine fünfte Amtszeit

Thatcher denkt an Rückzug

London (AP). Die britische Premierministerin Thatcher hat erstmals einen konkreten Termin für ihren Rückzug aus der Politik genannt. Sie wolle ihre konservative Partei noch in die nächsten Wahlen führen, danach aber die Führung der Torys abgeben, sagte sie. Auf die Frage, ob sie eine fünfte Amtszeit anstreben werde, antwortete die 64jährige Regierungschefin: „Nein, denn ich denke, daß es Zeit für einen anderen ist, die Fackel zu übernehmen. Aber ich will, daß die Fackel noch brennt und strahlend brennt."

Wahlen vor 1992

Thatcher kam 1979 an die Macht und wurde 1983 und 1987 wiedergewählt. Sie muß in dieser, höchstens fünfjährigen Legislaturperiode vor dem Sommer 1992 Wahlen ausschreiben. Diese wolle sie noch für ihre Partei gewinnen, sagte Thatcher in dem Interview, was eine vierte Amtszeit in Downing Street 10 bedeuten würde.

Leistungsnormen / DPG

Attacke gegen Postminister

Mannheim (dpa). Mit scharfen Angriffen auf den anwesenden Postminister Schwarz-Schilling (CDU) hat der Vorsitzende der Deutschen Postgewerkschaft (DPG), van Haaren, den 16. Kongreß seiner Organisation am Sonntag in Mannheim eröffnet. Bereits vor Beginn der Veranstaltung hatten knapp 200 organisierte Postler gegen die Weigerung des Minister demonstriert, mit der Gewerkschaft über eine tarifvertragliche Regelung von Leistungsnormen zu verhandeln.

Nach Darstellung van Haaresn stellt die Anhebung der Leistungsnormen für die Postbediensteten zum 1. April dieses Jahres den schwersten Konflikt zwischen den Beschäftigten und dem Postministerium dar. Mit diesem Eingriff genau zum Zeitpunkt der Arbeitszeitverkürzung um eine Stunde sei der Beschäftigungseffekt von 12 000 bis 13 000 Arbeitsplätzen vernichtet worden. Damit habe der Minister im Verhältnis zur Gewerkschaft „das Faß zum Überlaufen" gebracht, meinte er.

Kampf gegen Republikaner

Etablierte Parteien räumen Fehler ein

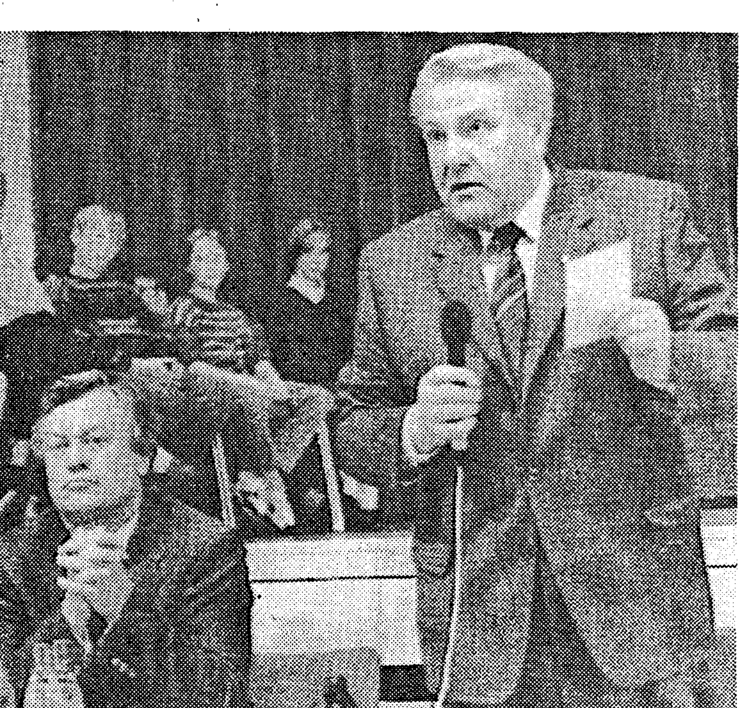
Tutzing (dpa). Spitzenpolitiker der etablierten Parteien haben im Zusammenhang mit den Wahlerfolgen der rechtsradikalen Republikaner (REP) eigene Fehler eingeräumt. Auf einer Tagung der Evangelischen Akademie Tutzing am Wochenende kritisierte SPD-Bundesgeschäftsführerin Fuchs, die Volksparteien starrten „wie ein Kaninchen auf die Schlange". Es sei wichtig, den REP-Wählern klarzumachen, daß „Republikaner wählen kein Kavaliersdelikt ist".

Der stellvertretende CDU-Vorsitzende Geißler räumte ein, daß sich die Bindekräfte an die Parteien gelockert hätten. Der Kommunismus sei nicht mehr bedrohlich, in einer Zeit des „rasanten Wandels" würden aber viele Bürger „mit der Komplexität der Gesellschaft nicht mehr fertigwerden". Den Bundesbürgern müsse bewußt werden, daß „unsere Zukunft nicht in einen Nationalstaat neuer Prägung" liegt, sondern in einem Zusammenleben mit „mehr Fremden und Ausländern - und nicht mit weniger".

Als „Plattform allgemeiner Protesthaltung" charakterisierte CSU-Generalsekretär Huber die Republikaner. In dem „Sammelbecken von Protestwählern" denke nur ein kleiner Teil rechtsradikal. Nach Ansicht von FDP-Generalsekretärin Schmalz-Jacobsen haben die Parteien in den vergangenen Jahren „ein mangelndes Gespür für eigenes Versagen" aufgebracht. Grünen-Sprecher Fücks wertete die Erfolge der REP als „Reaktion auf die multikulturelle, pazifistische, antiautoritäre und feministische Entwicklung in der Bundesrepublik".

Der Erfolg der neuen Rechten hänge nicht von ihrer eigenen Stärke, sondern vom Zustand und der Schwäche der Unionsparteien ab, meinte der Politologe Claus Leggewie. Er nannte es kein Drama, „wenn die REP's in den Bundestag kommen" - allerdings nur, wenn die großen Parteien „nicht im vorauseilenden Gehorsam deren Argumente übernehmen".

Ein Verbot der REP wurde von allen Tagungsteilnehmern abgelehnt.



DDR-Kultusminister erwartet Rücktritt des gesamten Politbüros

In der DDR fanden gestern erneut zahlreiche Aussprachen zu aktuellen Problemen im Land statt. Während des sogenannten Sonntagsgesprächs im Leipziger Gewandhaus vertrat der Minister für Kultur, Hans-Joachim Hoffmann (rechts), „die Ansicht, daß das Politbüro geschlossen zurücktritt, um den neuen Generalsekretär eine echte Chance zu geben," berichtete die DDR-Nachrichtenagentur ADN. Ferner meinte er, daß die DDR „so schnell wie möglich eine neue Regierung" brauche. Hoffmann ist Mitglied des Zentralkomitees der SED, das ab Mittwoch Personalfragen beraten wird. Von den „Sonntagsgesprächen" in Ost-Berlin, an denen auch Mitglieder des SED-Zentralkomitees teilnahmen, berichtete ADN: „Fast ohne Widerspruch blieb die Aussage eines parteilosen Bürgers, die SED könne sich reformieren, wie sie wolle, ohne Legitimation durch wirklich freie Wahlen werde sie nicht glaubwürdig." Die Vorsitzende der Gewerkschaft Unterricht und Erziehung in der DDR, Helga Labs, erklärte bei einer Aussprache in Ost-Berlin, sie werde „nicht die künftige Volksbildungsministerin" und damit Nachfolgerin der zurückgetretenen Margot Honecker.

(dpa-Funkbild)

„Potentielle Mörder" / Briefwechsel mit Arzt

Weizsäcker hält Äußerung über Soldaten für beleidigend

Hamburg (AP). Bundespräsident von Weizsäcker hat in einem Brief die Ansicht vertreten, mit der Aussage, jeder Soldat der Bundeswehr sei ein „potentieller Mörder", werde die Grenze zwischen Meinungsfreiheit und Beleidigung überschritten. Über dieses Schreiben berichtet „Der Spiegel" in seiner neuesten Ausgabe.

Das Schreiben Weizsäckers vom 25. Februar 1988 ist die Antwort des Präsidenten auf einen Brief des Arztes Peter Augst, der Soldaten als „potentielle Mörder" bezeichnet hatte und deswegen angeklagt und inzwischen zweimal freigesprochen wurde. „Der Spiegel" veröffentlicht den Brief von Augst und die Antwort Weizsäckers.

Der Bundespräsident schrieb unter anderem: „Intensiv habe ich über das nachgedacht, was Sie zur Meinungsfreiheit geschrieben haben... Daß die Meinungsfreiheit nicht jede Schmähung rechtfertigt, gehört... zu unserem Recht und unserem Rechtsempfinden. Die Grenze zu ziehen ist überaus schwierig. Nach meinen Empfindungen haben Sie sie mit Ihrer Äußerung... überschritten."

Augst hatte sich an Weizsäcker gewandt, weil der Bundespräsident den ersten Freispruch des Arztes im Dezember 1987 als „unverständlich" kritisiert hatte und Augst dadurch sein Revisionsverfahren belastet sah.

Generalinspekteur Wellershof berichtete inzwischen in einem Interview, er lasse derzeit durch Juristen prüfen, ob er selbst als „erster Soldat die verfassungsgerichtliche Überprüfung" des Frankfurter Urteils betreiben könne. Wellershof weiter: „Wenn das Bundesverfassungsgericht erklärt, daß so ein Satz gedeckt ist durch das Recht auf Meinungsfreiheit, dann gibt es am nächsten Tag einen Generalinspekteur weniger."

Personalwechsel geht weiter

Neuer SED-Chef im Bezirk Leipzig

Berlin (AP/dpa). Der Personalwechsel in der SED geht weiter: Die Partei im Bezirk Leipzig wählte gestern Roland Wötzel zum neuen SED-Bezirkschef. Der aus „gesundheitlichen Gründen" nach 19 Jahren aus dem Amt scheidende Sekretär Horst Schumann habe die „traurige Erfahrung" beklagt, daß Probleme, auf die die Bezirksleitung in den zurückliegenden Jahren mit Nachdruck hingewiesen habe, „von der Parteiführung nicht entsprechend beachtet" worden seien, meldete die Nachrichtenagentur ADN.

Einsatz von Wehrpflichtigen

Das durch die Fluchtbewegung geschwächte DDR-Gesundheitswesen wird von Dezember an vorübergehend durch 2000 Wehrpflichtige verstärkt. Das Verteidigungsministerium meinte, der Einsatz sei nicht identisch mit erwarteten Regelungen für einen Zivildienst.

Großdemonstration in Ost-Berlin / Massenflucht über CSSR

EKD: Bedrückender Vorgang

Fortsetzung

Aus Dresden und Guben (Bezirk Cottbus) wurden gestern abend neue Kundgebungen gemeldet, an denen sich jeweils etwa 10 000 Menschen beteiligten. Nach Angaben der DDR-Nachrichtenagentur ADN wurden in Dresden unter anderem für einen besseren Umweltschutz demonstriert. In Guben seien bei einer Anhörung „Betroffene, Beteiligte und Geschädigte der Polizeieinsätze vom 7. und 8. Oktober" zu Wort gekommen. Die Demonstranten hätten eine unabhängige Untersuchungskommission gefordert.

Der Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) hat inzwischen die Massenflucht aus der DDR als einen bedrückenden Vorgang bezeichnet. „Daß sich immer mehr Menschen entschlossen haben, die DDR zu verlassen und sich auf den Weg nach hier zu machen, ist und bleibt bedrückend - so verständlich die unterschiedlichen Motive im einzelnen auch sein mögen", sagte der Ratsvorsitzende Kruse auf der Tagung der EKD-Synode in Bad Krozingen. Der Verlust sei überall in der DDR zu spüren.

DGB-Chef Breit warnte die DDR-Flüchtlinge gestern vor Illusionen. Zur Eröffnung des Kongresses der Deutschen Postgewerkschaft sagte er in Mannheim: „So willkommen uns die Menschen sind, die zu uns kommen, so deutlich müssen wir ihnen aber auch sagen, daß unser Teil Deutschlands kein Paradies ist, daß sie hart um wirtschaftlichen Wohlstand und soziale Sicherheit kämpfen müssen". Auch müsse man ihnen sagen, „daß unser ganzer Respekt den Menschen gilt, die in ihrem Land bleiben und für demokratische Reformen kämpfen".

Bundestagspräsidentin Süssmuth (CDU) appellierte in Göttingen an ihre Partei: „Wir dürfen nicht warten, bis der Tag X kommt, sondern müssen schon jetzt vorbereitend tätig werden". Sie forderte, den kleinen Grenzverkehr auch für partei- und wirtschaftspolitische Kontakte mit verantwortlichen Funktionären in den benachbarten Kommunen und Kreisen zu nutzen. Nach Gesprächen, die sie in Ostberlin geführt hatte, wisse sie, daß in dieser Woche in der DDR „alles auf den Verhandlungstisch" kommt. Das neue Reisegesetz sei nur Teil eines umfassenden Konzepts.

Rau: Einheit der Deutschen kommt auf die Tagesordnung

Nach Meinung des stellvertretenden SPD-Vorsitzenden und nordrhein-westfälischen Ministerpräsidenten Rau werden durch geänderte DDR-Reisegesetze Probleme entstehen, „von denen manche in Bonn überhaupt noch keine Vorstellungen" hätten.

Rau äußerte in einem Interview die Überzeugung, „daß das Thema der Einheit der Deutschen auf die Tagesordnung kommt". Es sei allerdings richtig, „wenn wir jetzt von uns aus das Thema nicht forcieren". Er sei sicher, daß es in den nächsten Monaten in der DDR „sehr viel Bewegung geben wird".

Der Vorsitzende der polnischen Gewerkschaft Solidarität, Walesa, ist der Ansicht, daß „die deutsche Teilung künstlich ist und aufhören muß". Das gehe aber nicht von einem zum anderen Tag, erklärte er in einem Interview.

HESSISCHE/NIEDERSACHSISCHE
ALLGEMEINE

Herausgeber
Rainer Dierichs, Dr. Dietrich Batz, Achim von Roos

Chefredakteur
Lothar Orzechowski

Stellv Chefredakteure
Wolfgang Rossbach, Peter M. Zitzmann

Verantwortliche Redakteure
Chef vom Dienst: Rainer Merforth. Politik. Jochen Prater. Blick in die Zeit: Walter Schütz. Wirtschaft und Sozialpolitik: Horst Seidenfaden. Kultur: Dirk Schwarze. Frau u. Reise: Ilse Methe-Huber. Sport: Rolf Wiesemann. Sonntagszeit: Frank Thonicke. Kassel Stadt und Land: Wolfgang Rossbach. Bezirksredaktionen: Peter M. Zitzmann. Koordination: Helmut Lehnart. Hessen/Niedersachsen: Eberhard Heinemann. Chefreporter: Karl-Hermann Huhn. Sonderthemen: Peter Ochs.

Redaktion Wiesbaden: Rolf Effenberger
Redaktion Hannover: Harald Birkenbeul
Redaktion Bonn: Hans Ludwig Laucht

Verlagsleitung
Dr Dietrich Batz, Rainer Dierichs. Wigbert H. Schacht. Anzeigenleiter Horst Prehm. Vertriebsleiter: Gerd Lühring

Verlag Dierichs GmbH & Co KG, Frankfurter Str. 168, Postfach 10 10 09, 3500 Kassel, Ruf 05 61 / 20 3-0. Tel Anzeigenannahme 05 61 / 20 3-3. Fernschreib-Nr. 99 635. Telekopierer 05 61 /20 36. Teletex 5 61 81 10. Postgirokonto 155132-608 Frankfurt/M. Anzeigenpreisliste Nr 29. Monatlicher Abonnementspreis DM 25,60 inkl. Zustellung und 7% MwSt (Postbezugspreis 28,50 DM).

Die Beendigung des Abonnements ist nur mit schriftlicher Kündigungserklärung unter Einhaltung einer Frist von einem Monat zum Monatsende möglich; die Frist läuft ab Zugang der schriftlichen Kündigungserklärung.

Auflage werktags über 270 000 Exemplare in Tarifgemeinschaft mit „Oberhessische Presse", Marburg, „Hersfelder Zeitung", „Werra-Rundschau", Eschwege, „Harzkurier", Herzberg.

Auflage „Sonntagszeit" über 200 000 Exemplare.

Herstellung Druckhaus Dierichs Kassel, Frankfurter Straße 168, 35 Kassel

Eigenartige Logik

Umgerechnet fast 700 Milliarden DM wird Amerika im kommenden Jahr für seine Verteidigung ausgeben. Das ist eine gewaltige Summe, zwar weniger als die US-Militärs gefordert, aber auch mehr als die Entspannungsgläubigen erhofft hatten. Der Kompromißetat, dem die beiden Häuser des Kongresses und Präsident Bush nun zustimmen dürften, spiegelt den Schwebezustand wider, in dem sich die Verteidigungsplanung des Westens befindet.

Am deutlichsten wird die Ungewißheit bei den Ausgaben für gleich zwei neue Raketensysteme. Die Regierung erhält Geld sowohl für die Umrüstung der MX-Fernrakete auf Schienen wie für die Entwicklung der neuen, mobilen Midgetman mit nur einem Sprengkopf. In Genf wird zwar über die Abschaffung oder Reduzierung der strategischen, landgestützten und mobilen Waffen verhandelt, doch glaubt Washington erst dann an einen Erfolg, wenn auch die USA selbst in jeder Kategorie etwas zum Abschaffen hat.

So wie der Kongreß dieser eigenartigen Logik folgt, so erwartet er vom Präsidenten Verständnis für die regionalen Interessen der Gesetzgeber. Einige teure Waffensysteme werden nur deshalb noch am Leben erhalten, weil mächtige Rüstungskonzerne und die Erhaltung von Arbeitsplätzen es fordern. Bemerkenswert ist jedoch, daß das Lieblingsprojekt von Ex-Präsident Reagan, das Programm für eine Rüstung im Weltraum, erstmals weniger Mittel erhält. SDI ist nicht mehr tabu, es steht deshalb auch den Verhandlungen mit der Sowjetunion nicht mehr im Wege.

Besondere Worte der Ermahnung finden sich im neuen Budget für die Europäer. Amerika will seine Ausgaben in Übersee begrenzen, es will vor allem verhindern, daß die Verbündeten ihre Verpflichtungen durch stille Truppenreduzierungen zu Lasten der USA lockern. Der warnende Hinweis Washingtons, daß die USA ihrerseits Streitkräfte abziehen könnten, hätte vor einigen Jahren noch in Europa Schrecken ausgelöst. Das ist vorbei. Auf beiden Seiten des Atlantiks wird vorsichtig reduziert, wie im Ostblock auch.

Siegfried Maruhn, Washington

Presse-Echo

Zum neuerlichen Flüchtlingsstrom aus der DDR bemerkt der

Kölner Stadt-Anzeiger

Von einem Vertrauensbonus kann Egon Krenz nicht zehren. Die abermalige Massenflucht von mehreren Tausend DDR-Bürgern über Prag unterstreicht Enttäuschung und Skepsis, ja Ablehnung, die dem SED-Chef entgegenschlagen.

Zum selben Thema der

Schwarzwälder Bote

Die Fortsetzung der Massenflucht...hat inzwischen auch zusätzliche Funktion für die DDR-Führung. Politisch und volkswirtschaftlich mag dieser Exodus ein schmerzhafter Aderlaß sein. Für die SED-Versuche, Glaubwürdigkeit zu schaffen, muß die Tolerierung dieser Flucht als Vorgriff auf das angekündigte Reisegesetz geradezu willkommen sein. Gleichzeitig verringert sich so das Protest- und Verweigerungspotential in der DDR-Jugend.

„Die Erklärungen von Bundeskanzler Kohl und Präsident Mitterand zum Abschluß der zweitägigen deutsch-französischen Konsultationen in Bonn erhellen schlaglichtartig, welchen Rang die Deutsche Frage in der internationalen Diskussion eingenommen hat", meint der

Mannheimer Morgen

Im Gegensatz zu Honecker-Nachfolger Krenz halten unsere westlichen Nachbarn einen einzigen deutschen Staat nicht für eine Utopie. Ja, diese Vorstellung gewinnt so starke Konturen, daß die Diskussion regelrecht über die Grenzen in die Bundesrepublik hineingetragen wird. Die deutsch-französische Zusammenarbeit, so scheint es, hat sich beim Gipfel in Bonn einmal mehr als Schrittmacher bewährt. In diesem Fall auch als ein Schrittmacher, der Ängste um Deutschland abbauen soll.

Stasi-Chef wird abgelöst

Erich Mielke, der Mann fürs Grobe

Wie kaum eine andere Entscheidung symbolisiert die bevorstehende Ablösung Erich Mielkes (Foto) die Verdrängung der DDR-Gründergeneration von der Macht. Mielkes Karriere hatte in den Straßenschlachten der Weimarer Republik begonnen, nach Massendemonstrationen auf Straßen der DDR ging sie zu Ende.

Jahrzehntelang leitete der jetzt 81jährige das DDR-Ministerium für Staatssicherheit (SSD) und gewährleistete mit Gewalt, Überwachung und Einschüchterung die Herrschaft der SED. Für die neue Politik des öffentlichen Dialogs, mit der die Partei unter Egon Krenz um Vertrauen wirbt, war der Armeegeneral kein glaubwürdiger Vertreter mehr.

Der gebürtige Berliner hatte seine Laufbahn in der Weimarer Republik als Journalist des KP-Organs „Rote Fahne" begonnen und kam durch Mitarbeit im Parteiselbstschutz mit dem illegalen Kampf in Berührung. Als 1931 in Berlin zwei Polizisten hinterrücks erschossen wurde, galt er als mutmaßlicher Schütze.

Mit gefälschten Papieren entkam Mielke nach Belgien, dann in die UdSSR, studierte an der Kaderschmiede Internationale Leninschule und ging 1936 nach Spanien, um auf der Seite der „Roten Brigaden" gegen Franco zu kämpfen. Im Zweiten Weltkrieg kämpfte Mielke in der Roten Armee, nach 1945 organisierte er den Aufbau der politischen Polizei in der damaligen sowjetischen Besatzungszone.

Honecker Rücken gestärkt

Er überdauerte als Staatssekretär den Sturz der beiden Stasi-Minister Zaisser und Wollweber und rückte 1957 selbst an die Spitze. 1951 wurde er Mitglied des Zentralkommitees und 1958 der Volkskammer. Seinen Sprung ins Politbüro 1976 verdankt Mielke Erich Honecker, dem er in der schwierigen Zeit der Ablösung Walter Ulbrichts den Rücken gestärkt hatte. Honecker dankte es ihm auch mit der Beförderung zum Armeegeneral 1980.

Mielke gilt als wendiger, schlauer Mann, der niemals unkontrolliert reagiert. Er sei sich nicht zu schade gewesen, Gefangene in den Zellen aufzusuchen, um ihnen einen Schauprozeß anzudrohen und sie zur Zusammenarbeit aufzufordern. „Verbundenheit" mit dem einfachen Mann demonstriert Mielke bis heute als Vorsitzender des zehnmaligen DDR-Fußballmeisters BFC Dynamo, der deshalb auch als „FC-Stasi" bezeichnet wird. (dpa)

DDR-Bürger nutzen Öffnung der CSSR-Grenze

„Dem Krenz glaubt niemand"

Von Alison Smale und Manfred Hess (AP)

So sah es gestern auf tschechoslowakischer Seite an der Grenze bei Eger aus: Pausenlos fuhren junge DDR-Bürger in Richtung Westen, zum langersehnten Ziel Bundesrepublik. „Wir konnten es zunächst gar nicht glauben, aber dann hieß es nur noch ab in den Westen", so schilderte ein Schreiner am Sonntag die Stimmung in seinem Freundeskreis, nachdem sich in der DDR die Nachricht von der Möglichkeit der freien Ausreise über die Tschechoslowakei verbreitet hatte.

Für einige DDR-Bürger war Eger allerdings das Ziel der Reise: Ältere Menschen, die jüngere zur Grenze fuhren und dann in die Heimat zurückkehrten. Sie zögerten aber nicht, sich der Kritik der jungen Leute an der DDR-Führung anzuschließen.

„Ich halt's nicht mehr aus"

„Ich bin erst 20, aber was ich schon alles durchmachen mußte, reicht fürs ganze Leben", meint eine Frau. Sie hat ihrem Mann, der zur Zeit in der Nationalen Volksarmee dient, nicht einmal Bescheid gesagt, daß sie jetzt zu den erst vor drei Monaten in Leverkusen gebliebenen Eltern fährt. „Ich halt's nicht mehr aus", sagt sie, zitternd vor Kälte und wohl auch vor Zukunftsangst. „Meine Eltern sind weg, ich wollte die Bude ausräumen..., die haben's aber nicht zugelassen. Wenn ich nicht einmal das Zeug haben kann...." Die darin enthaltene Frage bleibt unbeantwortet.

Vor allem der neue Staats- und Parteichef Egon Krenz gerät immer wieder ins Kreuzfeuer der Kritik der Ausreisenden. „Dem glaubt niemand, aber wirklich niemand", sagt ein junger Mann aus Plauen, dem Schauplatz vieler Demonstrationen für Reformen in den letzten Wochen. „Auch gestern war eine", berichtet der Mann, der mit zwei Freunden in einem Lokal beschlossen hat, die neue Ausreiseregelung nur zu einem Tagesbesuch in der Bundesrepublik auszuprobieren, was – wie sich später herausstellte – aber nicht möglich war.

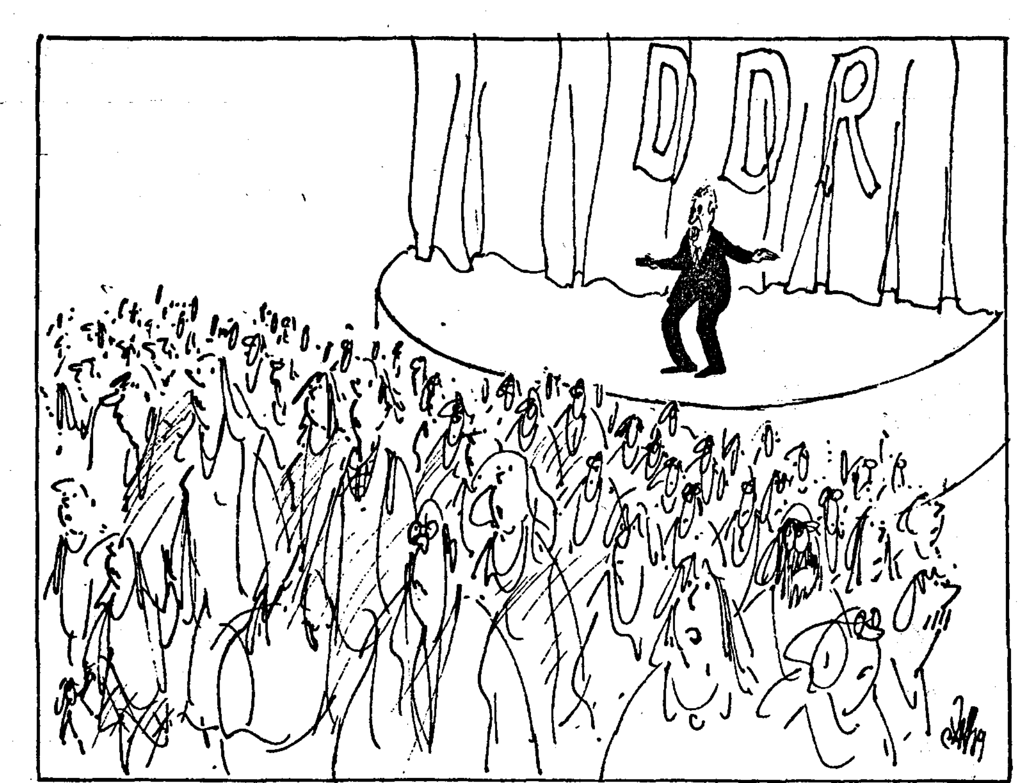
„Müssen demonstrieren"

Ein anderer, knapp 40 Jahre alt, freut sich fast über seinen Entschluß, in der DDR zu bleiben und für echte Reformen zu kämpfen. Er hat eine befreundete Familie zur Grenze gebracht und fährt gleich wieder nach Hause. „Wir müssen weiter demonstrieren", sagt er mit der Selbstsicherheit derer, die sich gewiß sind, daß die SED dem massiven Druck aus dem Volk nicht mehr völlig standhalten kann. „Wir sind das Volk", betont er und berichtet von der jüngsten Demonstration in Erfurt: „Wir waren 50 000. Einer ist aufgestanden und hat gemeint, wenn man Boxer ist und im Ring am Boden liegt, dann wirft man meistens das Handtuch. ‚Wann werft ihr das Handtuch?' hat er geschrieen, und alle haben gejubelt."

Die Mutter aus der befreundeten Familie schaltet sich ins Gespräch ein und sagt: „Seit 20 Jahren werden wir nur ausgebeutet. Mein Mann ist Diabetiker. Sie haben ihm gesagt, er braucht Insulinspritzen, die es bei uns nicht gibt.... Nur der Egon (Krenz), der kriegt sie." Diese Frau und ihr Mann sind erst vor kurzem aus der SED ausgeschlossen worden – „als Verräter der Arbeiterklasse", sagt sie und fügt hinzu, daß jetzt viele aus Partei und Gewerkschaft austräten. Ihre Hoffnungen für das Leben im Westen: „Unsere Kinder, die sollen es anders haben."

Umweg über Prag

Einige, die bei Eger über die Grenze fahren, haben vorsichtshalber den Umweg über die Bonner Botschaft in Prag genommen, die in den vergangenen Wochen Fluchtpunkt für insgesamt mehr als 20 000 Flüchtlinge war. „Man kann ja nie wissen. Besser man fragt noch mal einen offiziellen Vertreter der Bundesrepublik", meinte ein Mann aus Plauen. „Ruck, zuck ging's an der Grenze", sagte ein 33jähriger Maurer aus Leipzig noch immer völlig verblüfft von der problemlosen Grenzüberschreitung von der DDR in die Tschechoslowakei. Erst vor der Bonner Botschaft hatte er am Samstag im Morgengrauen er erfahren, daß er ohne Kofferauspacken mit seiner Frau und den beiden Kindern im eigenen „Trabi" direkt weiter in die Bundesrepublik fahren konnte.



„Wollt ihr nicht erstmal den neuen Spielplan abwarten?" (Karikatur: Wolf)

Neuer JU-Vorsitzender

Gröhe: Laßt uns Dampf machen

Er ist smart und engagiert: Hermann Gröhe (28), der am Wochenende als Nachfolger von Christoph Böhr mit großer Mehrheit gewählte neue Vorsitzende der 216 000 Mitglieder zählenden Jungen Union, der Nachwuchsorganisation der CDU. Er ist seit den 60er Jahren erstmals wieder ein JU-Chef, der vom Mitglieder stärksten Landesverband Nordrhein-Westfalen auf den Schild gehoben wurde.

Gröhe kommt aus der evangelischen Jugend und ist gegenwärtig wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Universität Köln. Am liebsten möchte er, so verrät er nach der Wahl, später an der Nahtstelle von Politik und Administration seine berufliche Heimat finden. Zunächst ist er jedoch eingetreten, einen neuen Versuch zu starten, um Politik der Jugend schmackhafter zu machen, sie dafür zu begeistern, was gegenwärtig nicht nur der Jungen Union, sondern allen politischen Jugendverbänden recht schwer fällt.

„Laßt uns Dampf machen für die Interessen der Jugend", lautete seine vom Delegiertenvolk mit Begeisterung aufgenommene Devise. Gröhe (Foto) und seinen Mitstreitern geht es dabei offenkundig aber auch um dies: Der Mitgliederschwund soll aufgefangen, für mehr Nachwuchs in den eigenen Reihen gesorgt werden.

Den Hebel für eine stärkere Mitwirkung der Jungen möchte er an der parlamentarischen Basis, in den Gemeinderäten, ebenso wie im Bundestag ansetzen. Die auch von CDU-Chef, Bundeskanzler Kohl, als unerträglich eingestufte Situation, daß immer weniger Vertreter der jungen Generation in den parlamentarischen Gremien zu finden sind, möchte Gröhe umkehren.

„Mängel beim Namen nennen"

Gröhe will noch ein weiteres: Parteibeschlüsse sollen stärker auf ihre Verwirklichung hin abgeklopft werden, Mängel in der bundesdeutschen Wirklichkeit sollen beim Namen genannt werden, so etwa im Sozialbereich, wo beispielsweise jungen Familien mehr geholfen werden müsse, oder beim Umgang mit Wehrpflichtigen in der Truppe.

Die Partei solle quirlige Umtriebe nicht als lästig, sondern als wohltuend empfinden, meint der Jungjurist aus Neuss. Zweifellos wird dieses Faktum seiner geographischen Herkunft vom heimischen Landesverband auch als eine wichtige Hilfe beim Werben um junge Wähler bei den kommenden Wahlen empfunden. (dpa)

Getrennter Unterricht für Jungen und Mädchen? / Rühmkorf:

„Erst Gefahren in Griff kriegen"

Von unserem Redaktionsmitglied Elke Bockhorst

Während man die Kritik an der Koedukation, der gemeinsamen schulischen Erziehung von Jungen und Mädchen, im Hessischen Kultusministerium als „Unsinn" (Pressereferent Walter Siebert) bezeichnet, zeigen die jüngsten Forschungsergebnisse über die Benachteiligung von Mädchen in Kiel bereits eine Wirkung: die schleswig-holsteinische Kultusministerin Eva Rühmkorf (Foto) denkt laut darüber nach, welche Konsequenzen sich aus der formulierten Kritik ergeben könnten. Wir fragten sie, wie sie die umzusetzen gedenkt.

Frage: Sie wollen darauf hinwirken, daß Jungen und Mädchen optimale Chancen in der schulischen Bildung bekommen. Deshalb enthält Ihr Entwurf eines neuen Schulgesetzes die sogenannte „Öffnungsklausel". Das heißt, Jungen und Mädchen können, wo es pädagogisch sinnvoll erscheint, getrennt unterrichtet werden. An welche Bereiche denken Sie?

Eva Rühmkorf: Wir verfolgen in der Diskussion gegenwärtig zwei Fragestellungen: Wie kann die vorhandene Begabung von Mädchen in den naturwissenschaftlichen Fächern, insbesondere Chemie und Physik durch spezielle Lernangebote gefördert werden? Entweder im koedukativen Rahmen oder im getrennten Unterricht. Und analog: Wo haben denn heute junge Männer Defizite? In der partnerschaftlichen und familiären Atmosphäre und, worauf vor allem die Privatwirtschaft hinweist, im kommunikativen Bereich. Wir diskutieren, wie in diesen beiden Bereichen gesonderte Angebote für Jungen und Mädchen gemacht werden können. Im Januar wird eine Fachtagung zur Fragestellung „Mädchen und naturwissenschaftliche Fächer im Unterricht" stattfinden, an der Elternvertretungen, Lehrer und Lehrerinnen, Schüler und Schülerinnen teilnehmen.

Frage: Das heißt, Sie sind noch mitten in der Diskussion. Es gibt keine konkreten Ansätze?

Rühmkorf: Nein. Es deutet sich der Schwerpunkt Mädchen und Physik, Chemie, Informatik an. In diese Richtung geht auch eine Empfehlung der für Frauen zuständigen Stellen in Bund und Ländern an die Kultusminister.

Frage: Die Frankfurter Erziehungswissenschaftlerin Hannelore Faulstich-Wieland äußerte kürzlich auf einer Podiumsdiskussion auch Bedenken gegen getrennten Informatikunterricht. Sie hatte die Erfahrung gemacht, daß Jungen sich mehr als zuvor auf ihre Vorurteile zurückzogen und behaupteten: „Ihr könnt das nicht!" Die Mädchen hatten ja keine Gelegenheit, ihnen das Gegenteil zu beweisen.

Rühmkorf: Wir haben Frau Faulstich-Wieland deshalb zu unserer Fachtagung eingeladen. Sie wird ein Referat halten und eine Arbeitsgruppe leiten, in der genau solche Themen erörtert werden. Was mir wichtig erscheint, ist, daß darüber überhaupt erst einmal im Land diskutiert wird. Wir können das ja nicht per Erlaß anordnen. Es muß die Bereitschaft für eine konkrete Umsetzung geben.

Frage: Wie stehen Ihrer Meinung die Chancen, daß Schulleitungen, Lehrer und Lehrerinnen die Möglichkeit des getrennten Unterrichts nutzen, wenn der Gesetzentwurf durchkommt.

Rühmkorf: Das kann ich heute noch nicht absehen. Ich wollte formal die Möglichkeit eröffnen. Das Gesetz ist ja nicht für zwei Jahre sondern für längere Fristen geplant. Und ich wollte mit der Gesetzesformulierung deutlich machen, daß ich nicht zu den Feministinnen gehöre, die sagen: „Wir müssen wieder Mädchenschulen einrichten." Ich gehöre zu den Feministinnen, die Koedukation kritisch, im Interesse der Mädchen diskutieren wollen.

Frage: Sie sagen, daß Sie darüber nachdenken, wie bisherige Erkenntnisse in die Lehrerfortbildung einfließen könnten. Wie kann man Ihrer Meinung nach Schulverwaltung und Schulleitungen an das Thema heranführen?

Rühmkorf: Im Ministerium, und wir sind ja die oberste Schulaufsicht, habe ich von Anfang an deutlich gemacht, daß dieses Thema einer meiner durchgängigen Arbeitsschwerpunkte ist. Und ich kann hier im Haus schon Lernprozesse feststellen, in der Art und Weise, wie darüber diskutiert wird. Auch in den Schulleiterdienstversammlungen weise ich immer wieder darauf hin, daß Schule auch die Aufgabe hat, Rollenfixierungen zu beseitigen. Außerdem baue ich auf so etwas wie ein Schneeballsystem, auf die Initiative interessierter Lehrkräfte.

Frage: Glauben sie, daß der Gesetzentwurf in der vorliegenden Form durchkommen wird?

Rühmkorf: Ja. Die Formulierung ist im Konsens mit der Mehrheitsfraktion zustande gekommen. Ich werde getrennten Unterricht aber nicht anordnen. Die Gefahr, von der Sie sprachen, die Frau Faulstich-Wieland andeutet, die müssen wir vorher in den Griff kriegen. Es müssen qualifizierte Alternativen zur bisherigen Unterrichtspraxis erarbeitet werden. Anderthalb, zwei Jahre werden wir noch brauchen.

HNA
HESSISCHE/NIEDERSÄCHSISCHE ALLGEMEINE

HESSISCHE ALLGEMEINE

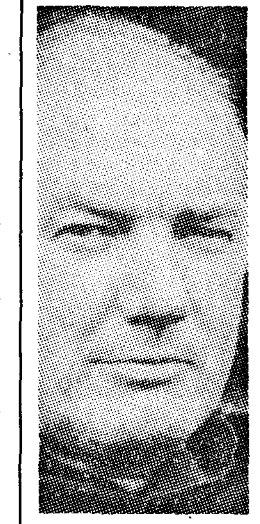
KASSEL
1 P 3713 A

UNABHÄNGIG | KASSELER ZEITUNG | NICHT PARTEIGEBUNDEN
Preis 1,10 DM | Nr. 260 · Dienstag, 7. 11. 1989 | Ruf (05 61) 203-0 · Anzeigen 203-3

Polens Kommunisten

Neue Partei, neues Programm

Warschau (dpa). Die polnischen Kommunisten wollen – wie zuvor die Kommunisten Ungarns – bei ihrem nächsten Parteitag im Januar eine neue Partei mit neuem Namen und Programm gründen. In dem Entwurf für eine Programmerklärung, heißt es, die Vereinigte Arbeiterpartei (PVAP) habe keine Möglichkeit mehr, das Vertrauen des Volkes zu erringen und somit sei „ihre Zeit zu Ende". Die neue Partei solle eine demokratische Organisation werden.



Bernhard/Berlin

Wenig Neues

Man kennt die Zutaten, die Maschine läuft wie am Schnürchen: Bei der Uraufführung eines Stückes von Thomas Bernhard (Foto) in Berlin „Elisabeth II" gibt es kaum Neues. Gallige Häme auf die *dumme Menschheit* wird ausgeschüttet. Siehe Kultur.

Winter kommt

Schnee im Süden

Der Winter kommt: Von einer leichten Pulverschneedecke war gestern morgen ganz Bayern überzogen. Leider hielt die weiße Pracht nicht lange vor. In den Alpen schneite es ausgiebig bis in die Tallagen. Siehe „Blick in die Zeit".

Teststrecke

Daimler ins Elsaß?

Das Stuttgarter Automobilunternehmen Mercedes-Benz will seine *neuen Wagen künftig* entweder im Elsaß oder bei Papenburg in Niedersachsen testen. Eine Entscheidung ist in etwa einem Jahr zu erwarten. Siehe Wirtschaft.

Neu beim KSV

Raab und ein Finne

Fußball-Zweitligist KSV Hessen leiht zwei weitere Spieler bis zum *Saisonende aus:* Gestern unterschrieb der Ex-Karlsruher Bernhard Raab (23), heute kommt der finnische Nationalspieler Tommi Paavola (23). Siehe Sport.

Fußball-WM

Voll im Zeitplan

Bei den Vorbereitungen auf die Fußball-WM 1990 liegen die italienischen *Organisatoren, vor* allem beim Stadienbau, voll im Zeitplan. Das wurde gestern vom Organisationskomitee auf einer Pressekonferenz bei Frankfurt erklärt. Siehe Sport.

Zum Tage

Abgefahren

Rumpelnd auf Reformen zu setzt sich der SED-Zug in Bewegung. Doch er ist längst vom D-Zug der Entwicklung überholt. So schnell können die Bürokraten gar nicht schalten, wie die Bürger jetzt ihre Sache selbst verwalten. Sie nehmen sich die Freiheiten heraus, die ihnen lange genug verwehrt wurden.

So fahren sie einfach los. Mit Trabbi oder Eisenbahn über die Grenze ins gelobte Land. Einige sagen ganz offen, daß sie sich nur mal umschauen wollen. Wenn ihr Leben hier nicht so läuft wie gedacht, kehren sie zurück. Das Recht darauf haben sie bereits. Derweil brütet man in Ost-Berlin ein neues Reisegesetz aus. Es verheißt Fortschritt gegenüber Honeckers Kurs, bedeutet aber Rückschritt, gemessen an ungebremster Hoffnung. Vor allem ist das Reisepapier schon Makulatur. Der Zug ist abgefahren.

Die Menschen drüben erwarten jetzt klare Signale. Eine gelbe Ampel erweckt nur Mißtrauen. Sie kann auf grün springen oder auf rot. Die Vorbehalte kleben wie Gummi zwischen den Zähnen. Nicht reisen dürfen, weil öffentliche Ordnung oder Moral es verbieten, das glaubt man zu kennen. Wer Kür laufen will, fürchtet die Willkür. Und den Spießrutengang durch die Ämter sind sie alle leid.

Daher herrscht in der DDR Skepsis vor. Bemerkenswert ist die Reaktion der Parteien hier. Einschränkendes Lob von der Regierung, reservierter Tadel von der Opposition. Sie speisen sich aus der gemeinsamen Sorge, wie es denn weitergehen soll. Die Deutschen drüben zum Bleiben zu bewegen, soll der einen Ermunterung dienen wie der anderen Abmahnung an den Staat, der sie gängelt. Indes hält der Strom derer an, die ihre Reisefreiheit wörtlich nehmen.

Alfred Brugger

Reisegesetz veröffentlicht

DDR-Opposition bleibt skeptisch

Berlin (dpa/AP). Die oppositionellen DDR-Gruppen haben sich mit großer Zurückhaltung über das neue Reisegesetz geäußert, das gestern in Ost-Berlin veröffentlicht wurde und möglicherweise noch vor Weihnachten in Kraft treten soll.

Das Mitglied der Demokratiebewegung „Neues Forum", Sebastian Pflugbeil, erklärte in einem Interview, die Bürger hätten schlechte Erfahrungen mit neuen Gesetzen gemacht. Reisen sei zudem nicht das primäre Problem. Vielmehr müsse die Führung durch andere Schritte die Ernsthaftigkeit ihrer Reformbemühungen beweisen.

Weitere Berichte zum Reisegesetz finden Sie auf „Themen des Tages". Dort steht auch der Kommentar.

Auch der Geschäftsführer des Ostberliner Bezirksverbands der Sozialdemokratischen Partei in der DDR (SDP), Thomas Krüger, reagierte mit Skepsis auf den Gesetzentwurf. Schließlich habe das Volk „mit den Füßen abgestimmt" und erst dadurch solche Entscheidungen erzwungen. Ob die Fluchtwelle nun gestoppt werde, vermöge er nicht vorherzusagen. Es komme darauf an, wie die Bürger sich von den neuen politischen Gruppen repräsentiert fühlten.

In Bonn erklärte das SPD-Präsidium, der Entwurf sei enttäuschend, er enthalte weniger als angekündigt. Bürokratische Hürden würden das Mißtrauen der DDR-Bürger weiter verstärken.

Die Bundesregierung sprach von einem „klaren Fortschritt gegenüber der bisherigen Praxis". Die Ministerin für innerdeutsche Beziehungen, Wilms (CDU), verwies aber auf zahlreiche „bürokratische Fallstricke" und „Gummiparagraphen". Nach dem Gesetzentwurf, der bis zum 30. November zur öffentlichen Diskussion gestellt wird, haben Privatreisende keinen Anspruch auf Reisezahlungsmittel (Devisen). In einer Mitteilung des Ministerrats wird um Verständnis dafür geworben, daß „komplizierten Untersuchungen zur Art und Weise der Bereitstellung von Finanzmitteln" noch nicht abgeschlossen werden konnten.

Ministerin Wilms meinte dazu, die DDR müsse zunächst einen Teil ihrer Deviseneinnahmen dafür zur Verfügung stellen. Die DDR nehme westliche Währung durch Transitgebühren, innerdeutschen Handel, den Mindestumtausch bei Einreisen und ihre westlichen Firmen im Ausland ein.

Fortsetzung nächste Seite



DER VORLÄUFIG LETZTE SONDERZUG mit DDR-Flüchtlingen fuhr gestern morgen in Prag ab. Neuankommende Ausreisewillige müssen nun fahrplanmäßige Züge benutzen, um in die Bundesrepublik zu gelangen. (dpa-Funkbild)

DDR-Städte

Massendemos halten an

Leipzig (dpa/AP). Auch nach der Veröffentlichung eines liberaleren DDR-Reisegesetzes haben gestern abend wieder Hundertausende von DDR-Bürgern bei Demonstrationen in vielen Städten des Landes gegen die politische Führung in Ost-Berlin demonstriert. In Leipzig und Dresden gingen jeweils mehrere hundertausend Menschen auf die Straßen. Es waren die bisher größten Demonstrationen in beiden Städten, meldete auch die Nachrichtenagentur ADN.

In Leipzig forderten die Demonstranten auf zahlreichen Transparenten eine „Reisegesetz ohne Einschränkungen". Außerdem hieß es immer wieder: „Freie Wahlen", „Schluß mit dem Führungsanspruch" (der SED) sowie „Egon, Du bist am Ruder, steure den richtigen Kurs". Ein Arbeiter sagte unter tosendem Beifall: „Wie kommt der Staat dazu, uns Reisefreiheit zu versprechen, mit einem Bettelsack auf dem Rücken."

Flüchtlings- und Aussiedlerstrom / „Wohnungsbau stärker fördern"

Kommunen: Jährlich 10 Mrd. nötig

Bonn (dpa). Städte und Gemeinden haben Bund und Länder in dramatischen Appellen aufgefordert, wegen des anhaltenden Flüchtlingsstroms aus der DDR und dem nicht nachlassenden Zuzug von Aussiedlern aus den osteuropäischen Ländern die Kommunen mit Milliardenbeträgen zu unterstützen. Die Notunterkünfte seien „hoffnungslos überbelegt", erklärten der Präsident des Deutschen Landkreistages, Joseph Köhler, und der Vizepräsident des Deutschen Städtetages, Herbert Schmalstieg, am Montag nach einer Sitzung des Vorstandes der Bundesvereinigung der kommunalen Spitzenverbände.

Im Vorfeld der heutigen Entscheidung der Bonner Koalition über zusätzliche Wohnungsbauanreize verlangten die kommunalen Spitzenverbände, zu denen auch der Deutsche Städte- und Gemeindebund gehört, zusätzliche Mittel in Höhe von zehn Milliarden DM jährlich in den gesamten 90er Jahren. Die vom Bund vorgesehene Aufstockung der Mittel für 1990 von 1,6 Milliarden auf etwa 2,0 Milliarden DM reiche „vorne und hinten nicht", um die Wohnungsnot zu beseitigen, erklärte Schmalstieg. Von den geforderten zehn Milliarden DM soll der Bund gemäß der Entschließung der Bundesvereinigung „den entscheidenden Beitrag" leisten, „gegebenenfalls auch durch eine Steuererhöhung".

Die CDU gab gestern zu erkennen, daß außer einem Wohnungs-Programm in Höhe von rund zwei Milliarden DM jährlich vom Bund mehr nicht zu erwarten ist. CDU-Generalsekretär Rühe verwies darauf, daß auf den Bund enorme weitere Zahlungen durch die Beibehaltung des Begrüßungsgeldes für DDR-Bürger zukämen.

Ehemalige DDR-Bürger, die voraussichtlich den Winter in Wohnwagen auf einem Hamburger Campingplatz verbringen müssen, beklagten sich gestern öffentlich über beengte Wohn- und Lebensverhältnisse, Mangel an Möglichkeiten zur Kinderbetreuung und hohe finanzielle Belastungen. So seien vier Personen in einem Wohnwagen mit 9,5 Quadratmetern untergebracht. Dafür müßten monatlich 320 DM Gebühren gezahlt werden.

CSSR-Grenze

Über 23 000 reisten aus

Prag (AP). Der Flüchtlingstreck über der Tschechoslowakei wird immer größer: Bis gestern abend reisten seit Öffnung der Grenzen am Samstag über 23 000 DDR-Bürger in die Bundesrepublik aus. Die DDR selbst sprach von 23 300 Flüchtlingen bis Montag mittag.

Der Andrang an den bayerischen Grenzübergängen Schirnding und Waidhaus schwoll im Laufe des Tages auf rund 150 Menschen pro Stunde an. Auch die Zahl der Flüchtlinge, die in Zügen kämen, habe die Erwartungen des Sonderstabs übertroffen, sagte der Sprecher beim Grenzschutzkommando Süd in München, Klaus Papenfuß. Er berichtete, die unerwartet große Zahl habe das Problem der Unterbringung weiter verschärft. Der Koordinationsstab werde vermutlich in der Nacht die Zahl von 51 Notlagern weiter aufstocken müssen.

„Überreaktion" bedauert

Reform auch beim Stasi?

Berlin (AP). Auch beim Staatssicherheitsdienst der DDR kündigt sich eine Wende an. Generaloberst Rudi Mittig, Stellvertreter des Stasi-Ministers, erklärte gestern, die Staatssicherheit wolle „gründlich überprüfen, inwieweit unsere Arbeit den gegenwärtigen und absehbaren Bedingungen noch entspricht". Ausdrücklich bedauerte Mittig „Befugnisüberschreitungen und Überreaktionen von Angehörigen unseres Organs". Er verwahrte sich gleichzeitig aber gegen „zunehmende Diskriminierungen, Beleidigungen bis hin zu Gewaltandrohungen gegen Dienststellen und Mitarbeiter unseres Ministeriums".

Die „Bild" berichtete, die Hälfte der 30 000 hauptamtlichen Mitarbeiter werde entlassen und in Fabriken, Kliniken oder auf den Feldern eingesetzt. Der Stasi solle zudem dem Innenministerium unterstellt.

Die endgültigen Quoten

Lotto: Gewinnklasse I 679 538,20 DM; II 143 748,40 DM; III 3942,40 DM; IV 88,10 DM; V 8,20 DM.
Toto:
Auswahlwette: I. unbesetzt, Jackpot 4 959 945,10 DM; II. 67 037,– DM; III. 4826,60 DM; IV. 114,30 DM; V. 10,10 DM. – **Ergebniswette:** I. 31 877,70 DM; II. 967,40 DM; III. 85,70 DM.
Rennquintett:
Rennen A: Gewinnklasse I 2738,60 DM; II 405,70 DM.
Rennen B: Gewinnklasse I 40,70 DM; II 8,40 DM.
Kombinationsgewinn: unbesetzt, Jackpot 73 485,80 DM.
(Ohne Gewähr)

Anstieg um knapp 20 000

176 800 Aus- und Übersiedler arbeitslos

Nürnberg (dpa). Die Zahl der arbeitslosen Übersiedler aus der DDR ist von September auf Oktober um 16 400 auf 61 700, die der Aussiedler aus Osteuropa um 3300 auf 115 100 gestiegen. Im Oktober kamen 57 000 Übersiedler (23 800 mehr als im Vormonat) in die Bundesrepublik. Bei den Aussiedlern wurden im Oktober rund 33 000 Zuzüge registriert. Das teilte gestern die Bundesanstalt für Arbeit in Nürnberg mit. Präsident Franke erklärte, die von den Neuankömmlingen mitgebrachten Qualifikationen stimmten nicht immer mit den „Anforderungsprofilen" der Arbeitplätze überein, so daß eine berufliche Weiterbildung notwendig werde. Der Prozeß der beruflichen Eingliederung brauche Zeit. – Arbeitsmarktbericht nächste Seite.

Sendestart am 15.11.

Privatfunk-Lizenz in Hessen für Radio FFH

Kassel (hpo). Ab 15. November wird es auch in Hessen einen privaten Rundfunksender geben: Radio FFH. Die von Zeitungsverlegern gegründete Gesellschaft Privat-Funk und Fernsehen Hessen erhielt gestern die begehrte Lizenz für ein ganztägiges, landesweites Vollprogramm.

Die Entscheidung der Versammlung der Hessischen Landesanstalt für privaten Rundfunk in Kassel fiel einstimmig aus, da es Radio FFH in den vergangenen Wochen gelungen war, die meisten Mitbewerber als Gesellschafter aufzunehmen. Dadurch und durch die vorgesehene Einrichtung eines Programmbeirats sieht die Behörde die vom Gesetz geforderte größtmögliche Meinungsvielfalt in den Sendungen gewährleistet.

Bericht und Kommentar auf der Hessenseite

Namen und Nachrichten

SPD soll mitreden

Für das geplante neue Ausländerrecht wollen die Bonner Koalitionsfraktionen eine möglichst breite parlamentarische Grundlage schaffen und auch die SPD-Opposition miteinbeziehen. Die SPD habe das Angebot angenommen, sich an den Beratungen zu beteiligen, so der innenpolitische Sprecher der FDP-Fraktion, Burkhard Hirsch. Das FDP-Präsidium habe bekräftigt, daß das Gesetz noch in dieser Legislaturperiode in Kraft treten soll.



0,8% mehr Einwohner

Die Einwohnerzahl in der Bundesrepublik ist bis zum 31. Dezember 1988 gegenüber 1987 um 477 000 oder 0,8 Prozent auf 61 715 000 gestiegen. Diesen Anstieg führt das Statistische Bundesamt auf den verstärkten Zuzug aus anderen Ländern zurück, der das Geburtendefizit mehr als ausgeglichen habe. 1988 seien 649 000 Ausländer in die Bundesrepublik gekommen, 359 000 seien in ihre Heimat zurückgekehrt. Unter den 255 000 zugezogenen Deutschen waren 203 000 Aussiedler und 40 000 Übersiedler.

Hardthöhe verweigert

Das Verteidigungsministerium lehnt eine Teilnahme an einer Fernsehdiskussion mit dem Arzt Peter August über dessen umstrittene Äußerung, alle Soldaten seien „potentielle Mörder", ab. Das Ministerium, so ein Sprecher, führe mit dem „Angeklagten August" keine öffentliche Auseinandersetzung. Der Ort dafür sei das Gericht.

Kein Beratungsgesetz

Vor der Bundestagswahl wird es kein Beratungsgesetz für ungewollt schwangere Frauen mehr geben: „Das Beratungsgesetz wird jetzt endgültig zu den Akten gelegt", erklärte FDP-Generalsekretärin Cornelia Schmalz-Jacobsen. Die Vorsitzenden der Koalitionsparteien hätten in einer Koalitionsrunde festgestellt, „daß es keinen Sinn mehr hat, weiter darüber zu reden".



Momper-Kritik an Prag

Der Berliner Regierende Bürgermeister Walter Momper hat bei seinem CSSR-Besuch der Prager Führung vorgeworfen, sie denke heute „noch wie die Führung der DDR vor acht Wochen". Auch die tschechoslowakischen Machthaber glaubten, „nicht die Tapeten wechseln zu müssen".

Auch tagsüber Licht an?

Alle motorisierten Verkehrsteilnehmer auf bundesdeutschen Straßen sollten auch am Tage mit Licht fahren. Auf einer Tagung von Berufskraftfahrerverbänden meinten die Teilnehmer, daß dadurch die Sicherheit im Straßenverkehr deutlich erhöht werden könne.

„Vorgegaukelter" Wald

Vor einer Verharmlosung der Waldschäden warnt die in Kassel ansässige Gewerkschaft Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft. Vorsitzender Günther Lappas forderte die Bundesregierung auf, „sich der Realität zu stellen und nicht durch Schönfärberei einen Wald vorzugaukeln, den es gar nicht mehr gibt". Man könne das Waldsterben nicht bekämpfen, indem man den bisherigen „Waldschadensbericht" in einen „Waldbericht" umbenenne; dies habe das Ministerium im nächsten Jahr vor.



Flüchtlinge sorgen für starke Zunahme beim Kräfteangebot

Arbeitslosenzahl kaum verringert

Nürnberg (dpa/eg). Die Zahl der Arbeitslosen in der Bundesrepublik hat sich im Oktober nur leicht verringert. Bei einer Abnahme von 7104 waren zum Monatsende 1 873 672 Männer und Frauen ohne Beschäftigung. Die Arbeitslosenquote blieb nach den Angaben der Bundesanstalt für Arbeit vom Montag in Nürnberg unverändert wie im September bei 7,3 Prozent, bezogen auf die abhängig Beschäftigten. Ende Oktober 1988 waren 2,074 Millionen Arbeitslose registriert.

Der Präsident der Bundesanstalt, Franke, sprach in seiner Monatspressekonferenz von einem „sehr bewegten Monat". Die Entwicklung sei durch eine außerordentliche Zunahme beim Kräfteangebot – besonderen Anteil daran hatte der starke Flüchtlingszustrom aus der DDR – und durch eine anhaltend wachsende Kräftenachfrage geprägt. So stieg die Zahl der offenen Stellen um 11 200 auf 300 280, das sind knapp 104 000 mehr als im Vorjahr. Bei den Arbeitsvermittlungen sei mit 214 700 das beste Ergebnis seit 1973 erzielt worden.

Die Kurzarbeit blieb auch im Oktober ohne nennenswerte Bedeutung. Zur Monatsmitte waren 50 200 Arbeitnehmer betroffen - das waren zwar 3900 mehr als im September, aber 47 900 weniger als vor einem Jahr.

Die Zahl der Erwerbstätigen war im September um 332 000 größer als ein Jahr zuvor. Mit 27,95 Millionen Beschäftigten ist ein neuer Höchststand seit dem Bestehen der Bundesrepublik erreicht worden. Seit dem Beschäftigungstief im Herbst 1983 hat die Zahl der Erwerbstätigen um 1,5 Millionen zugenommen. Etwa 70 Prozent des Gewinns betreffen Vollzeitarbeitsplätze.

In Nordhessen verringerte sich die Arbeitslosenzahl im Oktober gegenüber dem Vormonat um 760 auf 38 729, die Arbeitslosenquote nahm um 0,2 Prozentpunkte auf 7,3 Prozent ab. In Südniedersachsen sank die Erwerbslosenzahl um 331 auf 17 908. Die Quote ging von 9,8 auf 9,6 Prozent zurück.

Wertewandel bei den Studenten:

Weniger alternativ, mehr aufstiegsorientiert

Bonn (dpa). Unter den Studenten zeichnet sich ein deutlicher Wertewandel ab. Mehr als in früheren Jahren sind sie heute aufstiegsorientiert, streben nach höherem Einkommen, bejahen den Staat und die bestehenden Institutionen der Demokratie. Sie lehnen Gewalt als Mittel der politischen Auseinandersetzung ab, sind aber protestbereiter als früher, zumindest wenn es um ihre eigenen Belange geht.

Dies sind Ergebnisse aus einer vom Bundesbildungsministerium gestern in Bonn vorgestellten Untersuchung zu „Studienerfahrungen und studentische Orientierungen". In „erdrutschartiger" Weise haben danach in den vergangenen sechs Jahren „alternative Orientierungen" in der Studentenschaft an Zustimmung eingebüßt. Darunter verstehen die Forscher unter anderem Abkehr von traditionellen Leistungsnormen und Ausstieg aus beruflichen Zwängen. Im Gegenzug rücke der eigene materielle Wohlstand stärker in den Mittelpunkt.

Siehe auch Kommentar

Konservative verfehlen knapp absolute Mehrheit

Griechenland: Wieder Patt im Parlament

Athen (AP). Die Griechen haben bei der Parlamentswahl am Sonntag keine klaren politischen Verhältnisse geschaffen, die Aussicht auf eine rasche Regierungsbildung bieten, und werden womöglich demnächst zum drittenmal in diesem Jahr an die Wahlurnen gerufen. Die Wähler machten die konservative Partei Neue Demokratie (ND) zur stärksten politischen Kraft, verhalfen ihr aber nicht zur absoluten Mehrheit.

Die ND gewann drei Mandate hinzu und kam auf 148 der 300 Parlamentssitze. Auch die Panhellenische Sozialistische Bewegung (PASOK) des früheren Ministerpräsidenten Papandreou legte um drei Mandate auf jetzt 128 Mandate zu. Verlierer ist die kommunistisch geführte Allianz der Linken und des Fortschritts, die von ihren bisher 28 Mandaten sieben verlor. Drei Sitze gingen an unabhängige Kandidaten.

Funktionäre der ND kündigten gestern an, ihr Vorsitzender Mitsotakis werde heute mit Staatspräsident Sartsetakis über die unklare politische Lage beraten und als Führer der stärksten Parlamentsfraktion als erster den Auftrag für die Regierungsbildung erhalten. Sollte dies nicht möglich sein, muß Sartsetakis innerhalb von 30 Tagen eine neue Parlamentswahl ausschreiben.

Siehe auch Kommentar

Bei Polen-Besuch / Keine Gebietsansprüche

Kohl will Warschauer Vertrag bekräftigen

Bonn/Warschau (dpa/AP). Bundeskanzler Kohl will bei seinem am Donnerstag beginnenden Polen-Besuch den Warschauer Vertrag von 1970 in allen Teilen bekräftigen. Dazu gehört vor allem die Zusicherung, daß die Bundesrepublik keine territorialen Gebietsansprüche an Warschau stelle.

Das teilte der stellvertretende Regierungssprecher Dieter Vogel am Montag in Bonn mit. Die Bekräftigung des Warschauer Vertrages als Grundlage der gegenseitigen Beziehungen werde sich in der Gemeinsamen Erklärung niederschlagen, die zum Abschluß des Kanzler-Besuchs veröffentlicht werden solle.

Vorausgegangen war ein erneutes, „knapp viertelstündiges Telefongespräch" Kohls mit dem polnischen Ministerpräsidenten Mazowiecki. Dabei habe es, so Vogel, „keine polnischen Änderungswünsche, die sich auf die Grenzfrage beziehen", gegeben. Mazowiecki selbst stellte vor deutschen Journalisten in Warschau fest: „Wir wünschen, daß (der Vertrag) eindeutig interpretiert wird als endgültige Entscheidung über unsere Grenzen."

Vogel machte deutlich, daß Bonn nicht die Absicht habe, den Vertrag „neu zu verhandeln oder neu zu interpretieren". Eine Gemeinsame Erklärung könne schließlich auch nicht die bestehende Rechtslage ändern. Dazu gehöre auch die Tatsache, daß es noch keinen Friedensvertrag für Deutschland als Ganzes gebe.

„Einheit europäische Frage"

Im Rahmen eines Arbeitsbesuchs in Wien bezeichnete der polnische Außenminister Skubiszewski die Möglichkeit einer deutschen Wiedervereinigung als „Tatsache in der langen Perspektive". Die Schaffung einer „neuen Macht in Mitteleuropa" sei heute eine gemeinsame europäische Frage.



ÜBERBLEIBSEL einer Massenflucht: Nachdem rund 6000 DDR-Bürger am Wochenende die Prager Botschaft der Bundesrepublik in Richtung Westen verlassen hatten, blieben zahlreiche „Trabbis" und einige leere Kinderwagen zurück. (dpa-Funkbild)

Kohlendioxid

Bonn denkt an neue Steuer

Braunlage (hos). Die Bundesregierung überlegt gegenwärtig, zur Reduzierung der Kohlendioxid-Emissionen die Einführung einer CO_2-Steuer. Wie der Staatssekretär im Bundeswirtschaftsministerium, Beckmann, in Braunlage mitteilte, könne eine solche Steuer z.B. dazu führen, technische Innovationen zur Senkung des CO_2-Ausstoßes schneller voranzutreiben. Eines sei jedoch klar: Bonn werde keinen Alleingang unternehmen. Zumindest EG-weit müsse eine CO_2-Steuer abgestimmt werden.

Die Bundesregierung lehne, so Beckmann, Öko-Steuern nach Art des SPD-Modells ab. Die Rasenmäher-Methode bekämpfe den Treibhauseffekt nicht. Die CO_2-Steuer sei aber eine gezielte Maßnahme dagegen. Die Bundesrepublik trage derzeit etwa zu 3,5 Prozent zum weltweiten CO_2-Ausstoß bei.

Lummer-Ermittlungen

Staatsanwalt für Einstellung

Berlin (dpa). In der Affäre um die Ost-Kontakte des CDU-Politikers Lummer hat die Staatsanwaltschaft beim Berliner Landgericht die Einstellung der Ermittlungen empfohlen. Der Vorgang wurde dem Berliner Kammergericht zur endgültigen Entscheidung zugeleitet, teilte der Vorsitzende des parlamentarischen Untersuchungsausschusses zur Aufhellung der Affäre, Klaus Wienhold (CDU), mit. Nach seinen Worten wurde die Einstellung der Ermittlungen unter anderem mit Verjährung der Angelegenheit begründet.

Lummer, der von 1981 bis 1986 Berliner Innensenator war, wird vorgeworfen, frühere Kontakte zu einer DDR-Agentin und zum Staatssicherheitsdienst der DDR längere Zeit verschwiegen und später unzureichend Auskunft gegeben zu haben.

Skepsis über neues Reisegesetz

„Grüne Partei" in DDR geplant

Fortsetzung

In dem Entwurf heißt es weiter: "Die Bürger der Deutschen Demokratischen Republik haben das Recht, in das Ausland zu reisen." Für diese Reisen seien ein Paß und „eine darin eingetragene Genehmigung - Visum - erforderlich". Soweit zwischenstaatlich vereinbart, könnten Dienst- und Privatreisen in das Ausland paß- und visafrei erfolgen.

Genehmigungen müssen danach mindestens einen Monat oder frühestens drei Monate vor Reiseantritt beantragt werden. In dringenden Fällen sei die Antragstellung an keine Frist gebunden. Gegen Entscheidungen der Behörden kann demnächst Beschwerde eingelegt werden. Die Gesetzesvorlage sieht vor, daß eine Genehmigung nur in Ausnahmefällen versagt werden darf, „wenn dies zum Schutz der nationalen Sicherheit, der öffentlichen Ordnung, der Gesundheit oder der Moral oder der Rechte und Freiheiten anderer notwendig ist".

Inzwischen schreitet in der DDR der Prozeß der Demokratisierung weiter fort. Die Sozialdemokratische Partei in der DDR gründete in Ost-Berlin ihren ersten Bezirksverband. Anfang 1990 will sich zudem eine „Grüne Partei" konstituieren. In einem in Ost-Berlin verbreiteten Gründungsaufruf setzen sich die Unterzeichner für einen „konsequenten ökologischen Umbau" der DDR ein.

Nur noch bis September

In der Berufsausbildung wird in der DDR das Fach Staatsbürgerkunde nur noch bis zum 1. September 1990 weitergeführt. Allerdings gebe es künftig keine verbindlichen Stoffgebiete, keine Leistungskontrollen und keine Abschlußprüfung in diesem Fach mehr, teilte der Staatssekretär für Berufsbildung, Bodo Weidemann, mit. Auch die Teilnahme an der vormilitärischen Ausbildung werde nicht mehr obligatorisch sein. Stattdessen könnten sich Jugendliche an „Formen der körperlichen Ertüchtigung oder an einem Erste-Hilfe-Lehrgang" beteiligen.

Veränderungen gibt es auch auf kirchlicher Ebene. Dem Bischof der evangelischen Landeskirche Greifswald, Horst Gienke, ist das Mißtrauen ausgesprochen worden. Gienke hatte am Sonntag die Vertrauensfrage gestellt, wobei die Synodalen mit 32 gegen 30 Stimmen entschieden, daß der Bischof nicht mehr das Vertrauen zur Weiterführung seines Amtes besitze. Gienke hatte sich scharfe Kritik aus den eigenen Reihen zugezogen, als er im Zusammenhang mit der Domeinweihung in Greifswald die Berichterstattung der DDR-Medien lobte, die der Kirchenblätter in beiden deutschen Staaten aber zum Teil kritisierte.

DDR-Gewerkschaftsbund fordert die 40-Stunden-Woche

Der DDR-Gewerkschaftsbund FDGB hat gestern die Einführung der 40-Stunden-Woche in der DDR gefordert. Bisher gilt eine allgemeine Arbeitszeit von 43 Stunden und 45 Minuten. In der Gewerkschaftszeitung „Tribüne" verlangte die neue FDGB-Vorsitzende Annelis Kimmel außerdem die Errichtung eines Ministeriums für Arbeit und Sozialpolitik.

Keine eindeutige Stellung bezog die neue Gewerkschaftsvorsitzende zum Streikrecht. Viele Mitglieder gingen davon aus, daß Streiks volkswirtschaftliche Verluste mit sich brächten, sagte sie. Daran aber könne niemandem in der DDR gelegen sein.

HESSISCHE/NIEDERSÄCHSISCHE
ALLGEMEINE

Herausgeber
Rainer Dierichs, Dr. Dietrich Batz, Achim von Roos

Chefredakteur
Lothar Orzechowski

Stellv. Chéfredakteure
Wolfgang Rossbach, Peter M. Zitzmann

Verantwortliche Redakteure
Chef vom Dienst: Rainer Merforth. Politik: Jochen Prater. Blick in die Zeit: Walter Schütz. Wirtschaft und Sozialpolitik: Horst Seidenfaden. Kultur: Dirk Schwarze. Frau u. Reise: Ilse Methe-Huber. Sport: Rolf Wiesemann. Sonntagszeit: Frank Thonicke. Kassel Stadt und Land: Wolfgang Rossbach. Bezirksredaktionen: Peter M. Zitzmann. Koordination: Helmut Lehnart. Hessen/Niedersachsen: Eberhard Heinemann. Chefreporter: Karl-Hermann Huhn. Sonderthemen: Peter Ochs.

Redaktion Wiesbaden: Rolf Effenberger Redaktion Hannover: Harald Birkenbeul. Redaktion Bonn: Hans Ludwig Laucht.

Verlagsleitung
Dr. Dietrich Batz, Rainer Dierichs, Wigbert H. Schacht. Anzeigenleiter: Horst Prehm. Vertriebsleiter: Gerd Lühring.

Verlag Dierichs GmbH & Co KG, Frankfurter Str. 168, Postfach 10 10 09, 3500 Kassel, Ruf 05 61 / 20 3-0. Tel. Anzeigenannahme 05 61 / 20 3-3. Fernschreib-Nr. 99 635. Telekopierer 05 61 /20 36. Teletex 5 61 81 10. Postgirokonto 155132-608 Frankfurt/M. Anzeigenpreisliste Nr. 29. Monatlicher Abonnementspreis DM 25,60 inkl. Zustellung und 7% MwSt. (Postbezugs preis 28,50 DM).

Die Beendigung des Abonnements ist nur mit schriftlicher Kündigungserklärung unter Einhaltung einer Frist von einem Monat zum Monatsende möglich; die Frist läuft ab Zugang der schriftlichen Kündigungserklärung.

Auflage werktags über 270 000 Exemplare in Tarifgemeinschaft mit „Oberhessische Presse", Marburg, „Hersfelder Zeitung", „Werra-Rundschau", Eschwege, „Harzkurier", Herzberg.

Auflage „Sonntagszeit" über 200 000 Exemplare.

Herstellung Druckhaus Dierichs Kassel, Frankfurter Straße 168, 35 Kassel.

Die Karriere fest im Blick

Auf die akademische Jugend ist, so scheint's, Verlaß. Sie hat all das gelernt, was man über eine moderne Leistungsgesellschaft wissen muß, und bemüht sich redlich darum, das Gelernte für sich umzusetzen. Das heißt: Die eigene Karriere ist fest im Blick, Wohlstand und Wohlverhalten im System sind als Werte anerkannt.

Ist die Studentenwelt wirklich so heil? Daß die Ergebnisse der vom Bundesbildungsministerium vorgelegten Untersuchungen zutreffen, ist leicht zu erkennen: Zu keiner anderen Zeit bestand an den deutschen Hochschulen ein derart großes Mißverhältnis zwischen eingerichteten Studienplätzen und zugelassenen Studenten, und dennoch ertragen die Hochschüler die unhaltbaren Zustände mit einer beispiellosen Geduld. Schicksal, so scheinen sie zu denken; also bemühen sie sich, das beste daraus zu machen, um bald die erste Sprosse der Karriereleiter erklimmen zu können.

Es ist niemandem zum Vorwurf zu machen, wenn er die Regeln des Systems konsequent für sich anwendet. Und es ist auch nicht zu verdenken, wenn jemand, der erst um seine Durchschnittsnote an der Schule kämpfen und dann den Numerus clausus an der Uni überwinden mußte, nun auf Erfolg und Wohlstand fixiert ist.

Sieht man in den künftigen Akademikern aber nicht nur Erfolgsmenschen, sondern auch die Angehörigen einer sozialen und politischen Elite, dann kann einem angst und bange werden. Denn die Liebe zur Karriere hat die Lust an der Politik, zumal an der Hochschulpolitik, verdrängt. Wo aber die künftigen Denker der Nation Distanz zur Politik halten und kein kritisches Potential (auch den eigenen Verhältnissen gegenüber) mehr besitzen, stehen die Chancen zur Bewältigung neuer Probleme äußerst schlecht.

Dirk Schwarze

Enttäuschtes Griechenland

Aus der lähmenden Übergangszeit eines unnatürlichen Zweckbündnisses zwischen Konservativen und Kommunisten geht die griechische Innenpolitik chaotischen Verhältnissen entgegen. Mitsotakis und seine Neue Demokratie haben die absolute Mehrheit abermals verfehlt. Damit ist die Hoffnung geschwunden, daß Griechenland endlich eine handlungsfähige und integre Regierung bekommt, die seine längst verlorene wirtschaftliche Stabilität zurückgewinnen könnte.

Dem im Juni abgewählten Regierungschef Papandreou haben die Wähler der Sozialistischen Bewegung nicht verübelt, daß er sich demnächst vor Sondergerichten verantworten muß. Seine Popularität scheint trotz der Korruptions- und Abhörskandale ungebrochen! Dagegen mußte die kommunistische „Vereinigte Linke" den Pakt mit Mitsotakis büßen. Ihr Versuch, sich als reinigende Kraft zu profilieren, enttäuschte viele ihrer Wähler. Nach dieser Quittung werden es die Kommunisten wohl nicht wagen, das Bündnis mit den Konservativen fortzusetzen. Aber auch mit Papandreou haben sie wenig im Sinn, da sie fürchten müssen, von den Sozialisten aufgesogen zu werden. Insgeheim hatten sie gehofft, nicht noch einmal Zünglein an der Waage zu sein. Doch diese Rolle werden sie nun wohl oder übel spielen müssen.

Eine neue Periode der politischen Unsicherheit ist Gift für die griechische Wirtschaft. Steigende Inflation, hohe Arbeitslosigkeit und drohender Staatsbankrott haben das Land schwer geschädigt. Terroranschläge begleiten den Machtkampf der fanatisierten Gruppen. Auch nach dieser Wahl dürfte der enttäuschte Nato- und EG-Partner von einer Regierung mit Autorität und langem Atem leider weit entfernt sein.

Achim v. Roos

Das Zitat

„Man halt mich für murrisch, weil ich keine Dummkopfe ertrage. Aber muß man sich denn wirklich von solchen Leuten die Zeit stehlen lassen?"

Der spanische Literatur-Nobelpreistrager Camilo José Cela

DDR-Reisegesetz: Wieder werden die Menschen vertröstet

Die bürokratische Mauer

Von unserem Mitarbeiter Peter Gärtner, Berlin

Wieder einmal werden die Menschen in der DDR vertröstet. Noch am Wochenende forderten sie auf Transparenten und Spruchbändern „Ohne Visa von Berlin bis Pisa". Doch daraus scheint mal wieder nichts zu werden. Der lang erwartete Entwurf für ein neues Reisegesetz, der gestern veröffentlicht wurde, ist ganz nach dem alten realsozialistischen Motto ausgefallen: Alles wird gewährt, doch nichts ist selbstverständlich. 28 Jahre nach der Abriegelung der Grenzen wird vor der Reisefreiheit erst einmal eine bürokratische Mauer aufgerichtet. 30 Tage Wartezeit auf eine verbindliche Entscheidung – das ist doch etwas lang.

Neu ist allerdings, daß die Bürger jetzt darüber diskutieren dürfen. Nach „breiter öffentlicher Aussprache" soll der Gesetzentwurf im Laufe des Dezembers der Volkskammer zur Verabschiedung zugeleitet werden. Erste Reaktionen zeigen vor allem aber, daß die Geduld der Menschen längst erschöpft ist. Wieder sollen wohl ganze Personenkreise im Netz der Behörden stecken bleiben, sieht man von den vom Reisen ohnehin ausgeschlossenen „Geheimnisträgern" ab. Und das von vielen DDR-Bürgern erträumte Weihnachtsfest unter einem West-Baum muß auf das nächste Jahr verschoben werden.

Devisenfrage ungeklärt

Völlig ungeklärt ist dabei weiterhin, mit wieviel Devisen die Reisenden künftig von ihrem Staat ausgestattet werden. Bislang durften die Menschen zwischen Ostsee und Erzgebirge einmal im Jahr ein „Almosen" von 15 Mark im Verhältnis 1:1 bei der DDR-Staatsbank umtauschen. Die Rückfahrkarte mit der Eisenbahn, egal wohin, gab es ebenfalls für DDR-Mark. Und in der Bundesrepublik erhält jeder Bürger des zweiten deutschen Staates ein einmaliges „Begrüßungsgeld" in Höhe von 100 DM. Um wirklich ein paar Tage im italienischen Pisa zu verbringen, reicht das weder hinten noch vorn.

Recherchen umsonst

Die Partei- und Staatsführung will die Atempause, bis das neue Reisegesetz wohl noch vor Jahresfrist in Kraft treten wird, nutzen, um zu sondieren, wo und wieviel an sogenannter Valuta-Mark überhaupt locker zu machen ist. Aber im Grunde genommen können sich die Funktionäre die Recherchen sparen. Die DDR ist allein mit 7 Milliarden Dollar bei internationalen Banken verschuldet, braucht händeringend Investitionsmittel für neue (westliche) Technologie, um die veraltete Wirtschaft flott zu machen. Jede West-Mark für freies Reisen – man muß es so drastisch formulieren – ist eine zuviel, um eine Entwicklung zur Verarmung nach polnischem Muster zu verhindern.

Es scheint, als habe die SED-Führung auch unter Egon Krenz noch immer nicht begriffen, daß die Menschen in der DDR ihr Leben selbst in die Hand nehmen wollen und dies auch können. Ungarn und Polen haben binnen kürzester Zeit gelernt, wie und wo man Devisen herbekommt. Und die Deutschen in der DDR haben dabei noch den Vorteil, daß die DM ohnehin seit Jahren im eigenen Land als anerkannte und hochgeschätzte Zweitwährung existiert. Zudem haben Hunderttausende Guthaben auf Banken zwischen Kiel und München, andere Devisenkonten bei der DDR-Staatsbank.

Doch den italienischen Traum haben ohnehin die wenigsten. Den meisten reicht einfach schon, nach 28 Jahren mal wieder nach West-Berlin zum Hinschauen und Einkaufen zu fahren. Die DDR-Bürger bleiben mit den Beinen auf dem Teppich. Zumal es der Mehrheit, die im Land bleiben will, längst nicht mehr nur um Reisefreiheit geht. Was sie erwartet, sind wirkliche tiefgreifende strukturelle Veränderungen im gesellschaftlichen Leben – und diese sofort. Ansonsten könnte das Reisegesetz vor allem dafür benutzt werden, die eigene Ausreise zu beschleunigen.

Drei bis sechs Monate

Denn nach der neuen Vorlage, die auch die Übersiedlung in den Westen vorsieht, soll eine Entscheidung über die Ausreise von DDR-Bürgern noch immer drei bis sechs Monate dauern. Zu lange, um die Massenflucht über die CSSR und Ungarn aufzuhalten. Viel Zeit bleibt der SED-Führung schließlich nicht mehr, um eindeutige Reformsignale zu setzen. Und der Entwurf für das neue Reisegesetz ist keineswegs eine Ermutigung, eher ein Musterbeispiel für längst überholtes altes Denken.

DDR-Flüchtlinge:

„Reisegesetz nützt nichts"

Von M. Präcklein (dpa)

Die Veröffentlichung des Entwurfs für ein neues Reisegesetz hat offenbar kaum einen fluchtwilligen DDR-Bürger von seinen Übersiedlungsplänen in die Bundesrepublik abgehalten. Lange Schlangen von Trabbis stehen auch am Montag nachmittag noch vor dem oberfränkischen Grenzübergang Schirnding. Stündlich werden weit über 100 Personen abgefertigt. „Das neue Reisegesetz nützt nichts", ist die Stimmung im Rotkreuz-Zelt bei einem Teller voll heißer Nudelsuppe.

„Was bringt uns das Recht, jährlich 30 Tage in ein x-beliebiges Land der Welt reisen zu können, wenn wir nur 18 Tage Urlaub haben?", fragt ein 35jähriger Kfz-Schlosser. Es fehlt der DDR an Devisen, um ihren Bürgern die Reisen auch finanziell zu ermöglichen: „Mit 15 Mark pro Tag kommen wir nicht weit. Da liegen wir ja doch wieder nur den Verwandten im Westen auf der Brieftasche."

Die Hoffnung auf grundlegende Reformen im DDR-System ist nicht sehr groß bei den Neuankömmlingen: „Da ändert sich nichts in fünf bis zehn Jahren." Zu tief sitzt etwa bei einem 22jährigen Monteur das Mißtrauen gegenüber Behörden und Parteiapparat: „Der Krenz hat im Prinzip dieselbe Machtfülle wie der Honecker. Da hat sich nichts geändert."

Einfach unzufrieden

„Es geht nicht um das fehlende Obst und die fehlende Schokolade", ergänzt der Kfz-Schlosser. Er hofft, seine Frau - eine „Geheimnisträgerin" bei der Nationalen Volksarmee - und seine Kinder eines Tages nachholen zu können. „Wir sind einfach unzufrieden." Im Westen erwarten sie einfach „mehr Möglichkeiten", arbeits- und freizeitmäßig und bezüglich der gesellschaftlichen Aktivitäten.

Eine mögliche Rückkehr ist für kaum einen im Zelt ein Thema, selbst dann nicht, wenn die SED ihr Machtmonopol aufgeben sollte, was kaum einer annimmt: „Es muß auch wirtschaftlich voran gehen."

Die Stimmung am deutsch-tschechoslowakischen Grenzübergang Schirnding ist lange nicht so euphorisch wie noch vor Wochen in Passau oder später am Bahnhof in Hof. Daran ist nicht nur das naßkalte Wetter schuld. „Es besteht für die Flüchtlinge kein Risiko mehr", begründet Polizeihauptkommissar Egid Osiander vom Bundesgrenzschutz die nüchterne Atmosphäre.

CSSR / Bürger fragen:

Letztes Bollwerk des Stalinismus?

Von Manfred Hees (AP)

Seit Wochen ziehen sie durchs Land: Flüchtlinge aus der DDR im Bruderland Tschechoslowakei. „Flüchtlinge kommen in die CSSR. Das ist ein Anachronismus", sagt ein junger Prager bitter. „Hier wird jeder niedergeknüppelt, der nach Reformen ruft, und gleichzeitig fliehen Menschen vor einem ähnlichen Regime zu uns. Und jetzt kommen sie auch noch auf diesem Weg zur geforderten Freiheit, und im Land gibt es plötzlich Reformbewegungen", so eine weitere Meinung am Stammtisch eines Bierlokals in der Prager Innenstadt.

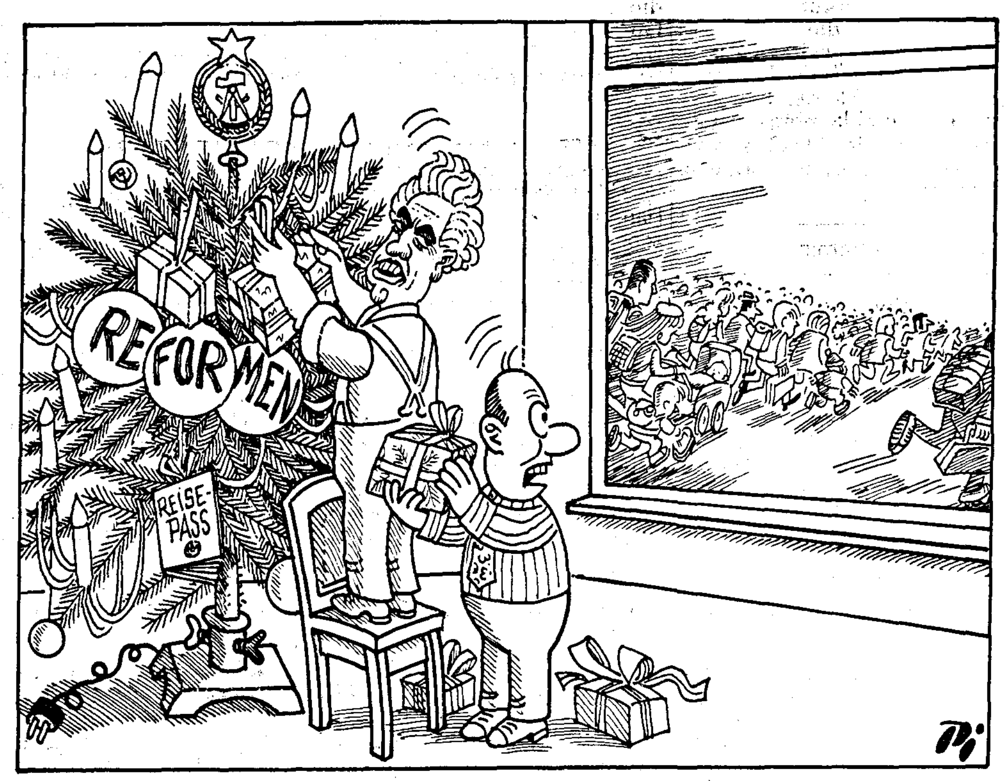
Die seit September über die Tschechoslowakei und speziell Prag hereingebrochene Fluchtwelle von DDR-Bürgern hat in der CSSR gemischte Gefühle ausgelöst. Die Stimmung reicht von ehrlicher Anteilnahme und Hilfsbereitschaft bis hin zu offener Ablehnung und zu neidischen Blick ins Nachbarland mit seinem „Ostberliner Herbst". „Im August 1968 waren doch DDR-Truppen dabei, als sie den Prager Frühling niedergewalzt haben. Und jetzt sollen wir ihnen auch noch helfen", ist zu hören. Die Verbitterung in Teilen der Bevölkerung ist groß.

„Am Samstag vor einer Woche haben sie bei uns 10 000 Reformwillige mit Schlagstöcken vom Wenzelsplatz vertrieben, und an diesem Samstag demonstrieren eine Million Menschen in Ostberlin - versteh' da einer noch den realen Sozialismus", sinniert ein Heizer über seinem Bier und schüttelt nur noch den Kopf. „Bleiben wir als letztes Bollwerk des Stalinismus übrig?" Diese Frage schwingt bei allen Diskussionen mit.

Eher teilnahmslos

Trotz der Ereignisse in Ost-Berlin und ihren Auswirkungen auf die Tschechoslowakei, die ein Transitland für Flüchtlinge wurde: Der Funke scheint noch nicht übergesprungen zu sein. Die meisten Tschechoslowaken verfolgten die Menschenkarawanen durch ihr Land eher teilnahmslos. Wie schon zuvor für die Menschenmengen in der Bonner Botschaft in Prag ist das Interesse eher gering; wenn vorhanden, beschränkt es sich eher auf die menschliche Dimension. „Die vielen Menschen in der Botschaft, man muß wohl irgend etwas tun", so die übliche Bemerkung der Prager Taxifahrer, wenn Fahrgäste mit dem Ziel Bonner Botschaft einsteigen.

Vereinzelt kamen in den vergangenen Tagen immer wieder Bürger zur Botschaft, die Lebensmittel oder Kleidung brachten, doch im Gegensatz zur ersten Fluchtwelle Anfang Oktober gab es keinen offenen Beifall mehr. Damals hatten Prager Bürger die Flüchtlinge und ihre „Freiheit"-Rufe auf den Straßen mit Applaus bedacht und waren daraufhin von Spezialeinheiten der Polizei vertrieben worden.



„Und wenn zur Bescherung keiner mehr da ist?" (Aus: Westdeutsche Allgemeine / Pielert)

Heute beginnen die Wahlen in Namibia

Abschied von der Fremdherrschaft

Von AP-Korrespondent Greg Myre

In demokratischer Wahl soll ab heute in der letzten Kolonie Afrikas eine Nationalversammlung gewählt werden, die eine Verfassung ausarbeitet und eine Regierung bildet. Wenn der Prozeß nicht noch in letzter Minute scheitert, wird Namibia nach drei Jahrzehnten kaiserlich-deutscher und sieben Jahrzehnten südafrikanischer Herrschaft im April 1990 unabhängig.

Die Zukunftsaussichten sind gut: Namibia ist reich an Rohstoffen und könnte mit ausländischer Hilfe eine verarbeitende Industrie errichten, die zusammen mit der Landwirtschaft die 1,2 Millionen Einwohner ernährt. Und die Südwestafrikanische Volksorganisation (Swapo), die wahrscheinlich als Sieger aus den Wahlen hervorgeht, hat frühere Forderungen nach einer Planwirtschaft aufgegeben und will alle Gruppen am Aufbau beteiligen.

Den Weg in die Unabhängigkeit öffnete ein Abkommen aus dem Jahre 1988, in dem sich Kuba verpflichtete, alle Truppen aus Angola abzuziehen, und Südafrika Namibia die Freiheit versprach. Seit April 1989 ist die UNO-Beobachtergruppe im Land, die die Einhaltung aller Vereinbarungen und die Wahl vom 7. bis 11. November überwachen soll. Ihr gehören rund 6000 Soldaten, Polizisten und Verwaltungsexperten aus einem Dutzend Staaten an, darunter auch 50 Angehörige des Bundesgrenzschutzes. Aber die UNO-Gruppe steht nur neben dem südafrikanischen General-Administrator Louis Pienaar, der Namibia im Auftrag Pretorias regiert.

Ihren stärksten Rückhalt hat die Swapo im Norden des Landes, im Ovambo-Stamm, der größer ist als alle anderen neun Stämme zusammen. Einziger größerer Konkurrent ist die Demokratische Turnhallen-Allianz (DTA), der aber das Odium einer „Marionette Südafrikas" anhängt, weil sie mit Hilfe Pretorias gegründet wurde.

Die Persönlichkeit des Swapo-Führers Sam Nujoma, der wahrscheinlich Namibias erster Präsident werden wird, erweckt nicht nur Vertrauen. Der Sohn eines Wanderarbeiters, der über die Gewerkschaftsarbeit zur Politik kam, gründete 1958 mit anderen die Volksorganisation Ovamboland, aus der die Swapo hervorging. Ausländische Journalisten und Politiker schilderten den heute 60jährigen mehrheitlich als sehr schlicht denkenden Menschen, der entweder Klischees wiederhole oder aber unüberlegt rede. Seine Stärke sei es, zwischen konkurrierenden Fraktionen einen Konsens zu vermitteln und sich mit klugen Beratern zu umgeben.

Presse-Echo

Das Thema DDR beherrscht weiter die Kommentarspalten

DIE RHEINPFALZ

(Ludwigshafen)

Christa Wolfs Appell – „Stell dir vor es ist Sozialismus und keiner geht weg" – ist die Losung, durch Demonstrationen und Diskussionen vor Ort die Lähmung abzuschütteln, Bürgerrecht und Bürgerpflicht in wirklich demokratischer Weise einzuklagen, durchzusetzen und wahrzunehmen. Im Klartext heißt dies, eine Partei, die sich selbst so diskreditiert hat wie die SED, muß ihre Führungsrolle zur Disposition stellen. In Polen und Ungarn haben die Kommunisten ihr Machtmonopol verloren. Die SED-Versuche, durch lauwarme Reformankündigungen den allumfassenden Machtanspruch der Partei behaupten, werden kaum greifen.

Das DDR-Volk wird nie mehr wie früher bei staatlich angeordneten Kundgebungen der Staats- und Parteiführung huldigen. Dieses Volk zwischen Elbe und Oder ist nämlich gerade dabei, die niederdrückenden Lasten abzuwerfen und einen aufrechten Gang zu erlernen.

Schwarzwälder Bote

(Oberndorf)

Die Bürger der DDR proben den demokratischen Aufbruch. Großer Zorn, viel Hoffnung und noch mehr Mißtrauen bewegen sie zum Protest. Spätestens seit der Massendemonstration vom Wochenende und der neuerlichen Fluchtwelle ist nichts mehr wie vorher. Der SED droht ein Orkan des Unmuts, der die Partei von der politischen Bühne fegen könnte. Punktuelle Reformen, die das bestehende System verbessern, und die Ablösung von Honeckers alter Garde reichen kaum noch aus. Eine allzu lange gegängelte und unterdrückte Bevölkerung meldet sich so unüberhörbar zu Wort, daß es fraglich erscheint, ob der neue Staats- und Parteichef Krenz die lange aufgestaute Wut noch einmal kanalisieren kann. Für Glasnost und Perestroika à la Gorbatschow scheint es zu spät.



HESSISCHE ALLGEMEINE

KASSEL
1 P 3713 A

UNABHÄNGIG · KASSELER ZEITUNG · NICHT PARTEIGEBUNDEN

Preis 1,10 DM · Nr. 261 · Mittwoch, 8. 11. 1989 · Ruf (05 61) 203-0 · Anzeigen 203-3

Sozialwohnungsbau

Bund erhöht Mittel auf 2 Mrd. pro Jahr

Bonn (dpa/AP). Die Bonner Koalition hat am Dienstag ein neues wohnungspolitisches Paket geschnürt. Nach den Oktober-Beschlüssen über kurzfristige Ausbaumaßnahmen stehen jetzt mittelfristig wirkende Maßnahmen im Vordergrund. Vereinbart wurde, die Bonner Mittel für den sozialen Wohnungsbau von 1990 bis 1993 auf jährlich zwei Milliarden DM zu erhöhen. Die Länder sollen einen Beitrag in gleicher Höhe leisten. Bisher war in der Finanzplanung des Bundes für diesen Zeitraum ein Betrag von nur 4,5 Milliarden DM vorgesehen.

Die Koalitionsspitze einigte sich ferner darauf, Zwischenfinanzierungskredite für Bausparer mit 2,5 Prozent zu subventionieren und für private Bauherren bereits in den ersten zehn Jahren eine Abschreibung von 85 Prozent zuzulassen. Für den studentischen Wohnungsbau werden im nächsten Jahr 300 Millionen DM bereitgestellt, bei Bedarf im Folgejahr erneut.

120 000 Bewilligungen?

Nach Angaben von Bundesbauministerin Gerda Hasselfeldt (CSU) sollen nunmehr von 1990 an jährlich etwa 120 000 Sozialwohnungen bewilligt werden, 20 000 mehr als bisher geplant. In Kreisen der Koalition geht man davon aus, daß bei Umschichtung der Baukapazitäten bereits 1990 insgesamt rund 400 000 neue Wohnungen – einschließlich der freifinanzierten – genehmigt werden.

Im Mietrecht werden Kündigungsmöglichkeiten in einigen Bereichen gezielt erleichtert, bei Ferienwohnungen Zeitmietverträge zugelassen. Erleichterungen im Baurecht und bei den Genehmigungsverfahren werden auf vier Jahre befristet. Dazu soll im Frühjahr 1990 ein Gesetz geschaffen werden. Vor allem wolle der Bund aber auch zum Bau von Notunterkünften für die Aus- und Übersiedler beitragen, sagte die Ministerin.

Feriendörfer

In Luft gesprengt

Korsische Separatisten haben zwei im Bau befindliche Touristenanlagen mit 135 Wohnungen bei Porto Vecchio an der Südküste der Mittelmeerinsel gesprengt. Die Separatisten hatten die Investoren vor Neuanlagen gewarnt. „Blick in die Zeit".

Für Klinsmann

Angebot bis 1994

Super-Angebot für Jürgen Klinsmann (Foto): Der italienische Fußballmeister Inter Mailand möchte den 25 Jahre alten deutschen Nationalstürmer, dessen Vertrag 1992 ausläuft, schon jetzt bis 1994 an sich binden. Siehe Sport.



Jugendliteratur

Preise verliehen

Zum 33. Mal wurde der Jugendliteraturpreis vergeben. Die Bilderbuch-Auszeichnung erhielten Nele Maar/Verena Ballhaus, für ihr Kinderbuch wurde Iva Prochazkova geehrt, für Jugendbücher Ingeborg Bayer und Cynthia Voigt. Siehe Kultur.

Versicherungen

„Unnötig, zu teuer"

Die Bundesbürger geben nach Schätzungen der Verbraucherverbände jährlich Milliardenbeträge für unnötige oder zu teure Versicherungen aus. Vor allem vor Kapital-Lebensversicherungen wird gewarnt. Siehe Wirtschaftsteil.

DDR-TV:

Leipzig verfällt

Das DDR-Fernsehen hat die Wende geschafft: Wo bisher der „Schwarze Kanal" Karl-Eduard von Schnitzlers lief, wurde am Montag schonungslos der Verfall Leipzigs in einer Reportage dargestellt. Der Bericht steht auf „Themen des Tages."

Geplantes Reisegesetz praktisch gescheitert / Bleibe-Appell an Bürger

DDR-Regierung zurückgetreten

Ost-Berlin (AP/dpa). Unter dem Druck des anhaltenden Flüchtlingsstroms und heftigster Kritik auch aus den eigenen Reihen ist die Regierung der DDR am Dienstag abend geschlossen zurückgetreten. Mit seinem Schritt verband der Ministerrat einen dringenden Appell an alle Bürger, im Land zu bleiben. Dem am Montag veröffentlichten Entwurf für ein neues DDR-Reiserecht wurden bereits gestern keine Chancen mehr auf Verwirklichung eingeräumt: Der Verfassungs- und Rechtsausschuß der Volkskammer und die im Parlament vertretene Freie Deutsche Jugend (FDJ) wollen die Regierungsvorlage nicht akzeptieren und fordern weitaus freiere Regelungen.

Mit der Rücktrittserklärung des Ministerrats hatte die von DDR-Staats- und Parteichef Krenz angekündigte umfassende personelle Erneuerung der Führungsspitze in Ost-Berlin überraschend schnell eingeleitet. Vor der heute beginnenden Sitzung des SED-Zentralkomitees hatte gestern abend auch das SED-Politbüro in Ost-Berlin über personelle Änderungen des Parteiführungsorgans beraten. Beobachter rechnen damit, daß auch dieses Gremium geschlossen zurücktreten wird. Die SED-Parteihochschule forderte einen Sonderparteitag noch in diesem Jahr. Eine vorgezogene Sitzung der DDR-Volkskammer, dem Parlament des Landes, in der nächsten Woche wird nicht mehr ausgeschlossen.

Die DDR-Regierung, an deren Spitze Willi Stoph (75) steht, wird ihre verfassungsmäßigen Aufgaben noch bis zur Abberufung und der Wahl eines neuen Ministerrates durch die Volkskammer wahrnehmen, erklärte der erste Ostberliner Regierungssprecher Wolfgang Meyer am Abend vor Journalisten.

„Brauchen alle und jeden"

In der von Meyer verlesenen Erklärung des Ministerrates heißt es: „Jeder, der sich mit der Absicht trägt, die DDR zu verlassen, soll seinen Schritt nochmals überlegen. Unser sozialistisches Vaterland braucht alle und jeden." Die Regierung wende sich an alle Bürger der DDR, „in dieser politisch und ökonomisch ernsten Situation alle Kräfte dafür einzusetzen, daß alle für das Volk, die Gesellschaft und die Wirtschaft lebensnotwendigen Funktionen aufrechterhalten werden".

Im DDR-Fernsehen hat sich der Generalsuperintendent der evangelischen Kirche von Berlin-Brandenburg, Krusche, im Zusammenhang mit dem Rücktritt der DDR-Regierung für schnellstmögliche „freie, geheime Wahlen" ausgesprochen. Das Vertraue der Volkskammer in ihrer jetzigen Form nicht zu, eine neue Regierung zu wählen, so daß „in der Bevölkerung Vertrauen wächst", erklärte er in einer Diskussionsrunde. Die Sondersendung war angesichts des Massenexodus von Zehntausenden von DDR-Bürgern kurzfristig ins Programm genommen worden. Sie trug den Titel: *„Warum wollt ihr weg?"*

Gegen Visumpflicht

Zu dem Entwurf für ein neues Reisegesetz, der ursprünglich bis zum 20. Dezember von der Volkskammer verabschiedet werden sollte, erklärte der Verfassungs- und Rechtsausschuß nach Angaben der DDR-Nachrichtenagentur ADN, die Bestimmungen würden nicht der Erwartungshaltung der Bürger und damit auch nicht einer angestrebten Wiedererlangung der politischen Glaubwürdigkeit des Staates gerecht.

Generell sollte auf die Visumpflicht bei Privat- und Dienstreisen verzichtet werden. Auch sollte der Bereich Ausreise in einem anderen Gesetz geregelt werden. Zudem sollten der Zugang zu Devisen geklärt, Ablehnungsklauseln für den Reisepaß neu gefaßt und die zeitliche Beschränkung auf 30 Tage überdacht werden.

Das FDJ-Sekretariat erklärte laut ADN, es sei unverständlich, daß der Entwurf „so viele bürokratische Regelungen und Inkonsequenzen" enthalte.

Fortsetzung nächste Seite Siehe „Zum Tage"

Zum Tage

Auf den Knien

Unerwartet kommt der Rücktritt des DDR-Ministerrates (das ist die nominelle Regierung) nicht mehr, aber umstürzend ist der Vorgang gleichwohl. Für die Rapidität der Ereignisse fehlen einem inzwischen schon die Worte. Bricht der SED-Staat tatsächlich zusammen, und das innerhalb weniger Wochen? Gibt er sich selbst auf? Oder versucht das Regime, indem es sich in seinen Repräsentanten selber stürzt, nur wieder Boden unter die Füße zu bekommen, und sei's einen Boden ganz unten?

Das letztere ist zu vermuten. Die SED geht ihren Canossa-Weg, um in Sack und Asche zu retten, was in angemaßtem Stolz nicht mehr zu retten ist. Und doch könnte es für alle Bußgänge und Gesten der Selbsterniedrigung schon zu spät sein. Wo die Irreführung der Menschen über Jahrzehnte Herrschaftsgesetz war, verfällt auch das ehrlich Gemeinte dem Unglauben, solange es aus der gleichen Quelle kommt.

Systemreparatur ist dann nicht mehr möglich. Die einmal in Gang gekommene Entwicklung, die man mit Fug und Recht als eine revolutionäre zu betrachten hat, geht über solche Versuche hinweg. In der DDR findet eben dies statt, eine Revolution. Und obschon sie unblutig, ja gewaltlos verläuft, teilt sie mit allen Revolutionen das Schicksal des ungewissen Ausgangs. Lothar Orzechowski

IG Metall-Forderung

8 - 9% mehr und 35-Std.-Woche

Stuttgart (dpa). In der bundesdeutschen Metallindustrie liegt *jetzt die erste exakte Zahl für* die Tarifrunde 1990 auf dem Tisch: Die Gewerkschaft soll in Baden-Württemberg acht bis neun Prozent mehr Lohn und Gehalt sowie die Einführung der 35-Stunden-Woche als „Normalarbeitszeit" fordern, schlug der Stuttgarter IG Metall-Bezirksleiter Walter Riester gestern vor der Großen Tarifkommission in Leinfelden bei Stuttgart vor. Der derzeitige Tarifvertrag in der Metallindustrie läuft zum 31. März 1990 aus.

In den baden-württembergischen Metallbetrieben mit ihren rund einer Million Beschäftigten soll dieser Vorschlag in den kommenden Wochen intensiv diskutiert werden.

Massenansturm von DDR-Bürgern

Flüchtlingslager „brechend voll"

München (dpa). Der Massenansturm von DDR-Flüchtlingen über die offene CSSR-Grenze droht die Aufnahmekapazität der 50 Erstaufnahmelager in Bayern zu sprengen. „Fast alle sind brechend voll", hieß es dazu beim Bundesgrenzschutz (BGS). Allein bis gestern abend suchten nach Schätzungen der Behörden seit dem frühen Montag morgen knapp 15 000 DDR-Bürger eine Unterkunft in der Bundesrepublik.

Bis heute morgen rechnete der Grenzschutz mit weiteren 6000 bis 8000 Flüchtlingen. Die Zahl der Übersiedler, die über Prag in den Westen reisen wollen, hat sich jetzt etwa bei 4000 pro Tag eingependelt. Täglich bringen drei Sonderzüge die Flüchtlinge nach Schirnding. Da auch der Zustrom von DDR-Bürgern mit Autos und Bussen nicht abreißen werde, sollen die Lager schnell geräumt und weitere Plätze geschaffen werden.

So wurden gestern in Bayern neue Erstunterkünfte für über 500 Übersiedler eingerichtet. Auch im hessischen Schwarzenborn sollen auf einem Truppenübungsplatz 800 Flüchtlinge untergebracht werden. Ebenfalls im Schwalm-Eder-Kreis trafen gestern in einer Kaserne in Fritzlar DDR-Übersiedler ein - man hat sich dort auf 350 eingestellt. Dazu kommen laut BGS in Hessen weitere Plätze, die zunächst in Fulda, Hünfeld und Bad Hersfeld Plätze in BGS-Unterkünften freigemacht werden. „Dennoch sind wir weiter auf der Suche nach Unterbringungsmöglichkeiten", umriß ein BGS-Sprecher die Situation.

Um die Lager schnell zu räumen, wurde das Aufnahmesystem vereinfacht: Mit Autos ankommende DDR-Bürger wurden in andere, nahegelegene Unterkünfte dirigiert. Zu dem Aufnahmeverfahren wurde nur ein Familienmitglied vorgeladen, das Begrüßungsgeld überreichte das Rote Kreuz.

Die Gesamtzahl der Flüchtlinge seit Öffnung der CSSR-Grenze am Freitag hat sich bis gestern abend auf fast 35 000 erhöht. Seit Öffnung der ungarischen Westgrenze am 11. September sind nach BGS-Angaben fast 100 000 DDR-Bürger in die Bundesrepublik gekommen. **Siehe „Themen des Tages"**



UdSSR: Revolutionsfeiern von Protesten begleitet

Die Feiern zum 72. Jahrestag der Oktoberrevolution sind gestern in der Sowjetunion erstmalig von Protesten begleitet worden. In Moskau zogen in einer erstmals von den Behörden genehmigten Gegendemonstration mehr als 10 000 Oppositionelle unter der Losung „72 Jahre auf dem Weg ins Nirgends" durch die Stadt (Foto). In der moldawischen Hauptstadt Kischinjow verhinderten Tausende von Bürgern die Militärparade und trieben die auf dem Siegesplatz versammelte Parteiführung in die Flucht. Die Moskauer Gegendemonstration war von einer Wählergruppe um den Reformpolitiker Boris Jelzin organisiert worden. Die Miliz verweigerte einen Marsch zum Roten Platz. In einem noch nie dagewesenen Fernseh-Interview von der Tribüne des Lenin-Mausoleums sprach Kremlchef Gorbatschow von einem „Damoklesschwert" über seiner Reformpolitik. Die Militärparade dauerte diesmal, statt wie früher mehrere Stunden, nur rund 15 Minuten. Siehe Kommentar. (dpa-Funkbild)

Nachtfahrverbot

EG akzeptiert Vorschlag Wiens

Brüssel (dpa). Die Europäische Gemeinschaft (EG) hat die von Österreich angekündigten Ausnahmeregelungen bei der Einführung des Nachtfahrverbots für Lkw akzeptiert. Ein Sprecher der EG-Kommission sagte, Vergeltungsmaßnahmen gegen das zum 1. Dezember in Kraft tretende Fahrverbot seien „nicht aktuell". Bundesverkehrsminister Zimmermann (CSU) hatte Sanktionen gegen Wien gefordert, im EG-Verkehrsministerrat aber kaum Unterstützung gefunden. Die Ausnahmeregelung nannte er gestern unzureichend.

Sie sieht vor, daß Lastwagen, die verderbliche Waren, Milch, lebende Tiere oder Zeitungen transportieren, für die Dauer von einem halben Jahr vom Nachtfahrverbot ausgenommen sind. Ab 1. Juni 1990 können Spediteure eine Ausnahme für weitere sechs Monate beantragen.

Namen und Nachrichten

Streß im Test

Die Ursachen für Streß von Beamten und Angestellten im öffentlichen Dienst läßt Nordrhein-Westfalens Innenminister Herbert Schnoor durch das Max-Planck-Institut untersuchen. Etwa 1300 Bedienstete des Landes werden anonym über das Klima an ihrem Arbeitsplatz, Arbeitsbedingungen, Medikamentenkonsum sowie Trink- und Rauchgewohnheiten befragt, so ein Sprecher des Ministeriums. Die Umfrage solle dazu beitragen, streßmindernde Maßnahmen zu entwickeln und Erkenntnisse darüber zu gewinnen, wie Mitarbeiter rücksichtsvoller geführt werden können.

Carter mahnt Bush



Nach Ansicht des früheren US-Präsidenten Jimmy Carter (Bild) hat die Regierung der USA noch keine überzeugende Antwort auf die Politik des sowjetischen Staats- und Parteichefs Michail Gorbatschow gefunden. In einer Rede vor führenden Persönlichkeiten aus Politik und Wirtschaft forderte er Präsident Bush auf, trotz der wachsenden Eigenständigkeit Europas auch künftig die Führungsrolle in der westlichen Allianz für sich zu beanspruchen.

Hahn statt Roter Stern

Ein Wetterhahn soll statt des bisherigen Roten Sterns auf der Kuppel des neugotischen Parlamentsgebäudes in Budapest die neue Zeit anzeigen. Die Parlamentsverwaltung hat eine Ausschreibung für die Demontage des 1,6 Tonnen schweren und im Durchmesser drei Meter großen kommunistischen Symbols veröffentlicht. Der eiserne Hahn zierte die Kuppel bereits vor dem Roten Stern.

Smog in DDR-Medien

In Leipzig, Ost-Berlin und anderen Städten der DDR werden jetzt die Smogwerte öffentlich in den Medien bekanntgegeben. Da Ost-Berlin nicht über die geeignete Technik verfügt, um die Verschmutzung der Luft durch Staub und Stickoxide zu messen, bot der Westberliner Senat an, mit entsprechenden Geräten auszuhelfen. Nach Auskunft von Senatssprecher Werner Kolhoff soll bei einem Treffen mit dem Umweltministerium der DDR über gemeinsame Schritte in Smog-Situationen und zur Luftreinhaltung besprochen werden.

Lubbers-Team vereidigt

Die niederländische Königin Beatrix hat gestern in Den Haag die neue Regierung unter dem bisherigen christdemokratischen Ministerpräsidenten Ruud Lubbers (Bild) vereidigt. Die neue Mitte-Links-Koalition stellt die dritte der seit 1982 von Lubbers geführten Regierungen. Bisher führte der Christdemokrat eine Mitte-Rechts-Koalition.

Nicht ins Warenhaus

Die FDP-Generalsekretärin Cornelia Schmalz-Jacobsen will nicht als Verkäuferin in einem Warenhaus arbeiten. Eine entsprechende Einladung der Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen (HBV) zu einem Praktikum, um die Arbeitsbedingungen kennenzulernen, lehnte sie als „Effekthascherei" ab. Die HBV reagierte mit dem Angebot auf die Forderung der Politikerin, das Ladenschlußgesetz völlig abzuschaffen.

Kanzler morgen nach Polen / Streitigkeiten

Weiter Tauziehen um Erklärung

Bonn (dpa). 48 Stunden vor Beginn der als „historisch" bezeichneten Visite waren die Vorbereitungen der sechstägigen Polen-Reise von Bundeskanzler Kohl gestern immer noch nicht abgeschlossen. Nach Auskunft von Kanzlerberater Teltschik hat Warschau noch den Wunsch geäußert, aus dem Entwurf der geplanten gemeinsamen Erklärung von Kohl und Ministerpräsident Mazowiecki eine Passage zu streichen, mit der die katholische Kirche gebeten werden soll, in Polen Messen in deutscher Sprache anzubieten. Dazu liegt inzwischen ein neuer Formulierungsvorschlag aus Bonn vor.

Aus den Darlegungen Teltschiks zu den Verhandlungen mit Polen wird deutlich, daß in der geplanten gemeinsamen Erklärung umstrittene Fragen ausgeklammert werden sollen. So ist in dem Text von einer deutschen Minderheit - wie das die deutsche Seite zunächst wollte - nicht ausdrücklich die Rede. In der Rahmenvereinbarung wird auch kein fester Betrag der deutschen Kredithilfe für Polen genannt, wie das Warschau zunächst plante.

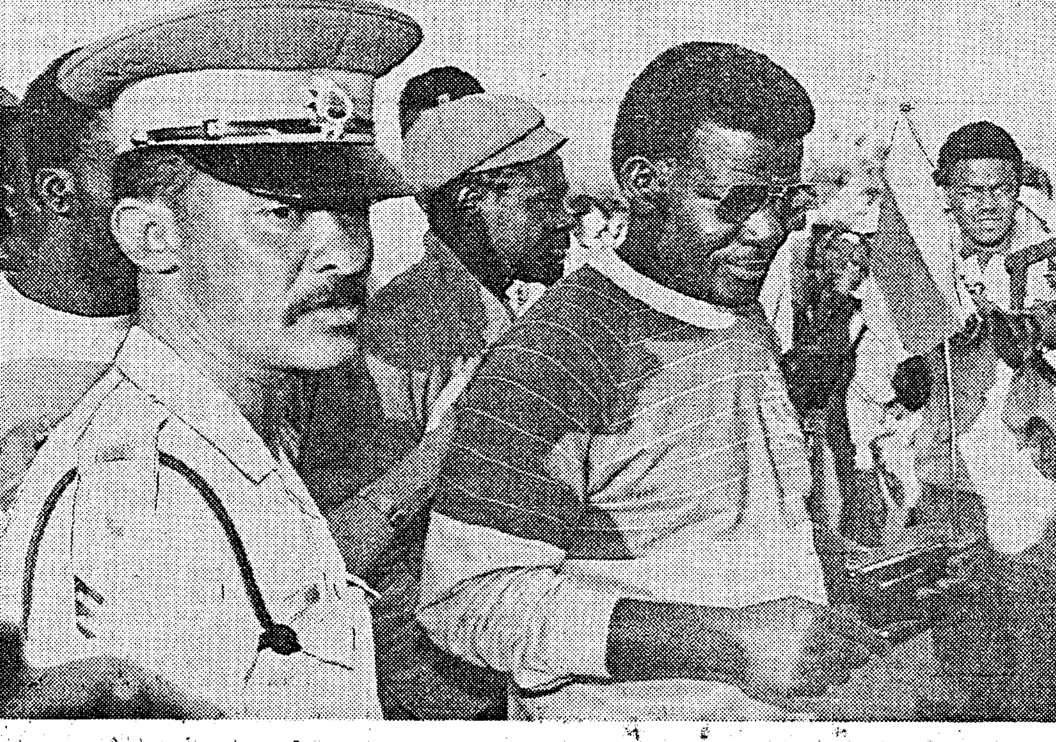
Nach schwierigen internen Beratungen haben die parlamentarischen Geschäftsführer von CDU/CSU und FDP am späten Dienstag abend in Bonn einen Kompromiß zur Frage der polnischen Westgrenze gefunden. Nach dpa-Informationen soll ein Entwurf für einen Entschließungsantrag der Koalitionsparteien zu diesem Problem heute zunächst den Vorständen beider Fraktionen vorgelegt und dann im Rahmen der Debatte über den Kanzler-Bericht zur Lage der Nation in den Bundestag eingebracht werden.

Heute ab 8.57 Uhr im ZDF: Debatte zur Lage der Nation aus dem Bundestag.

In dem Antrag wird einerseits die Rede von Bundesaußenminister Genscher (FDP) vor der UNO-Vollversammlung in New York widergegeben, der sich für den dauerhaften Bestand der Oder-Neiße-Grenze ausgesprochen hatte. Zum anderen wird der rechtliche Standpunkt der CDU/CSU betont, wonach die Anerkennung der polnischen Westgrenze im Warschauer Vertrag die Bundesrepublik bindet, von einem wiedervereinigten Deutschland aber bestätigt werden muß.

Die Kontroverse in der Koalition war durch die SPD ausgelöst worden, die heute einen eigenen Entschließungsantrag zu dieser Frage einbringen will. Darin fordert die SPD den Bundestag auf, sich Genschers Haltung zur Westgrenze Polens zu eigen zu machen.

Siehe auch „Themen des Tages" und Kommentar



Friedlicher Ansturm auf Wahllokale in Namibia

Die Wahl zur verfassungsgebenden Versammlung in Namibia hat gestern mit einem friedlichen Ansturm auf die Wahllokale begonnen. Die UNO-Friedensmacht UNTAG war „überrascht" von der Beteiligung der Wähler, die bis zum Samstag täglich zwölf Stunden Gelegenheit haben, ihre Stimme abzugeben. UNTAG-Sprecher Fred Eckhard zeigte sich gegenüber Journalisten „erleichtert" und „beeindruckt" von dem friedlichen Verhalten der Einwohner, die in glühender Hitze fünf Stunden lang in Schlangen standen. Auf unserem Bild weist ein Polizist schwarzen Wählern den Weg zum Stimmlokal. (dpa-Funkbild)

DDR-Regierung zurückgetreten

Aggressive Stimmung bei Demo

Fortsetzung

Es sei dringend erforderlich, „daß umgehend Regelungen zum Erwerb von Reisezahlungsmitteln durch die Bürger und Varianten zu deren Erwirtschaftung zur Diskussion gestellt werden", meinte die FDJ.

Der amtierende DDR-Finanzminister Höfner hatte am Montag abend einen Valutafonds zur Ausstattung von DDR-Reisenden mit Devisen ins Gespräch gebracht. In diesen Fonds könnten Westgeldeinnahmen einfließen - unter anderem aus dem Zwangsumtausch und der Transitpauschale.

Während der gestrigen Beratungen des Politbüros protestierten rund 5000 meist junge Leute gegen den von Bürgerrechtsgruppen beanstandeten Wahlbetrug bei der Kommunalwahl vom 7. Mai. Sie skandierten: „Freie Wahlen, alle Macht dem Volke!". Die Stimmung war aggressiver als bei der Massendemonstration am Samstag. Tausende pfiffen während des Protestzuges mit Trillerpfeifen. Die Polizei griff nicht ein. Demonstrationen gab es am Abend auch in Wismar (50 000 Teilnehmer), Nordhausen (35 000) und Meiningen (20 000).

In einem offenen Brief verlangte gestern die FDJ, das Zentralkomitee der SED müsse auf seiner Tagung prüfen, welche Politiker „ihre politische Verantwortung nicht wahrgenommen, ihre Macht und ihren Einfluß mißbraucht und sich dadurch diskreditiert haben".

Neben seiner Forderung nach Änderung des Reisegesetzes verlangte der Verfassungs- und Rechtsausschuß der Volkskammer am selben Tag auch eine sofortige Plenarsitzung der Volksvertretung über die Krise der DDR. Die Abgeordneten des Ausschusses legten Vorschläge für eine Veränderung der Rechtsordnung der DDR vor, die die Rechtsgleichheit aller Bürger garantiere. Nie wieder dürften basisdemokratische Entwicklungen an der Volkskammer vorbeilaufen.

Im Zusammenhang mit den Demonstrationen am 7. Oktober in Karl-Marx-Stadt ist ein Ermittlungsverfahren gegen einen Volkspolizisten eingeleitet worden. Bei der Konstituierung eines Ausschusses zur Untersuchung von Vorgängen bei dem Protestmarsch wurde mitgeteilt, daß 15 Anzeigen gegen die Volkspolizei eingegangen sind.

DDR / Grenze

Kontrollen gelockert

Herleshausen/Wartha (sff). Die Grenzkontrollorgane der DDR fertigen jetzt bei der Ausreise schneller ab als bisher. Seit Montagfrüh berichten Pkw- und Lastwagenfahrer, daß die Kontrollen am Übergang Wartha/Thüringen im Vergleich zur bisherigen Praxis wesentlich großzügiger gehandhabt würden. Nach Angaben eines Sprechers des Zolls am Grenzübergang Herleshausen (Werra-Meißner-Kreis) verkürzen sich dadurch auch die Wartezeiten erheblich.

Freude herrscht zum einen bei den Reisenden. Rückbänke müßten beim DDR-Zoll nicht mehr herausgeschraubt und die Motorhauben nicht mehr geöffnet werden. Auch das Durchwühlen des Kofferraumes unterbleibe. Ein DDR-Grenzer soll nach Aussagen von Bundesbürgern den Umschwung mit der Frage begründet haben, wonach man denn noch suchen solle. Schließlich könnte jetzt jeder DDR-Bürger über die CSSR ausreisen.

Auch bei den Transportfahrzeugen wird die Ladung nicht mehr nach möglichen Flüchtlingen durchsucht, ebenso keine Spürhunde mehr zur Fahndung eingesetzt, sondern zumeist nur noch die Papiere kontrolliert, wie dies auch auf westlicher Seite üblich ist. Die Grenzer achten beim Rundgang um die Lastzüge gerade noch darauf, ob alles verschlossen sei.

Ein Fernfahrer gab an, den einzigen Straßenübergang zwischen Hessen und der DDR in lediglich fünf Minuten passiert zu haben. Bislang mußten die Trucker oft mehrere Stunden Zwangspause einlegen.

KKW Brunsbüttel

„Ganze Menge von Problemen"

Kiel/Brunsbüttel (dpa/AP). Schleswig-Holsteins Energieminister Jansen (SPD) hat die Erlaubnis zum geplanten Wiederanfahren des Kernkraftwerks Brunsbüttel (Kreis Dithmarschen) an der Unterelbe verweigert. Bei der Jahresrevision des Kraftwerks sei „eine ganze Menge von Problemen aufgedeckt" worden, sagte Jansen am Dienstag in Kiel. Aus technischen und juristischen Gründen verweigere er daher die geplante Wiederanfahrgenehmigung zum 12. November.

Der Minister verwies auf schadhafte und fehlende Schrauben, große Leitungsrisse und die mögliche Gefahr von Leitungsbrüchen am Druckgefäß des Siedewasserreaktors. Die Überprüfung habe ergeben, daß bereits ein Jahr nach einem Austausch 65 von insgesamt über 200 Befestigungsschrauben an den sogenannten Isolationsventilen schadhaft sind. Die Ventile sollen bei einem Rohrbruch verhindern, daß radioaktiver Dampf aus dem Sicherheitsbehälter strömt und zugleich eine Kernschmelze eintritt.

Wegen der in Brunsbüttel festgestellten Schäden ordnete Bundesumweltminister Töpfer die Überprüfung von sechs Kernkraftwerken in der Bundesrepublik an.

Hensel zurückgetreten

Neuer Zwist in Grünen-Fraktion

Bonn (dpa). Die deutschlandpolitische Sprecherin der Grünen im Bundestag, Karitas Hensel (Foto), hat am Dienstag dieses Amt nach scharfer Kritik an ihrem Fraktionsvorstand niedergelegt. Die Fraktionsführung um Antje Vollmer, Helmut Lippelt und Jutta Oesterle-Schwerin übe Zensur und einen bürokratischen Machtanspruch aus, verteile Maulkörbe und verhindere die Weiterentwicklung der Deutschlandpolitik der Grünen, schrieb sie in einer Mitteilung.

Hinter der Kritik von Frau Hensel stecken neben persönlichem Streit möglicherweise auch die inhaltlichen Differenzen in der Deutschlandpolitik der Grünen. Während Frau Hensel dort die bisherige Position auf strikte Anerkennung zweier Staaten vertrat, bekannten sich zahlreiche andere Abgeordnete zur Möglichkeit einer nationalen Vereinigung.

In der Fraktion wurde die Erklärung von Frau Hensel mit Betroffenheit aufgenommen. Vollmer und Lippelt wiesen die Kritik ihrer Kollegin aber zurück.

Zentralregister-Daten

Bonn: Zugriff für Polizei

Wiesbaden (dpa). Für einen direkten Zugriff der Polizei auf Daten im Bundeszentralregister hat sich Bundesinnenminister Schäuble ausgesprochen. Die Beamten brauchten zur wirksamen Bekämpfung von Straftaten schnelle Auskünfte aus Informationssammlungen anderer Behörden, erklärte der Unionspolitiker gestern zu Beginn einer Arbeitstagung des Bundeskriminalamtes (Bka) in Wiesbaden. Die Polizei könne bereits das zentrale Verkehrsinformationssystem „Zevis" und das zentrale Ausländerregister „AZR" unmittelbar abfragen.

Im Berliner Bundeszentralregister, das der Generalbundesanwalt führt, werden alle Daten von Strafverurteilungen und Entmündigungen, aber auch Entscheidungen über Ausweisungen und Abschiebung von Ausländern, Paßentzug und Ablehnungen oder Widerruf eines Waffenscheins gespeichert.

Ex-Botschafter

Kein Verfahren gegen Schoeller

Bonn (dpa). Der ehemalige deutsche Botschafter in Warschau, Franz Joachim Schoeller, hat bereits am Sonnabend im Auswärtigen Amt seine Entlassungsurkunde erhalten. Dies bestätigte gestern ein Ministeriumssprecher. In Bonn gehen Beobachter nunmehr davon aus, daß der 63 Jahre alte Diplomat, der mit einem Antrag auf vorzeitigen Ruhestand „aus gesundheitlichen Gründen" möglichen disziplinarrechtlichen Schritten zuvorgekommen war, nun kein Verfahren mehr zu befürchten habe. Die Sache habe sich erledigt, hieß es.

Schoeller war offensichtlich in dubiose Waffenhändler-Geschäfte verstrickt. Bei deren Förderung setzte er schriftlich sein Botschafter-Prestige ein. Offenbar kannte er aber nicht oder nicht vollständig den Hintergrund seines Bekannten aus dem Düsseldorfer Waffenhändler-Milieu.

UdSSR / Workuta am Polarkreis

Minister erfolglos: Streik dauert an

Moskau (dpa). Die Bergleute in Workuta am Polarkreis setzen ihren Streik trotz der Gespräche mit dem sowjetischen Kohleminister Michail Schtschadow fort. „Der Besuch des Ministers war nutzlos, da er keine Vollmachten hat", erklärte ein Sprecher des Streikkomitees gestern der dpa. Man erwarte weiterhin die Entsendung einer hochrangigen Regierungsdelegation, mit der über eine Verbesserung der Lebensverhältnisse verhandelt werden könne. Die Kumpel hatten bereits ein Gespräch mit Regierungschef Ryschkow gefordert.

In Workuta wächst unterdessen die Furcht vor einer wirtschaftlichen Blockade. Nach Angaben des Sprechers wurde eine Anweisung bekannt, wonach alle Firmen, die ihre Kohle aus Workuta beziehen, die Stadt boykottieren sollten. Die Behörden in Moskau wollten zudem Staatsaufträge für die Bergwerke in Workuta stornieren.

HESSISCHE/NIEDERSÄCHSISCHE
ALLGEMEINE

Herausgeber
Rainer Dierichs, Dr. Dietrich Batz, Achim von Roos

Chefredakteur
Lothar Orzechowski

Stellv. Chefredakteure
Wolfgang Rossbach, Peter M. Zitzmann

Verantwortliche Redakteure
Chef vom Dienst: Rainer Merforth. Politik: Jochen Prater. Blick in die Zeit: Walter Schütz. Wirtschaft und Sozialpolitik: Horst Seidenfaden. Kultur: Dirk Schwarze. Frau u. Reise: Ilse Methe-Huber. Sport: Rolf Wiesemann. Sonntagszeit: Frank Thonicke. Kassel Stadt und Land: Wolfgang Rossbach. Bezirksredaktionen: Peter M. Zitzmann. Koordination: Helmut Lehnart. Hessen/Niedersachsen: Eberhard Heinemann. Chefreporter: Karl-Hermann Huhn. Sonderthemen: Peter Ochs.

Redaktion Wiesbaden: Rolf Effenberger. Redaktion Hannover: Harald Birkenbeul. Redaktion Bonn: Hans Ludwig Laucht.

Verlagsleitung
Dr. Dietrich Batz, Rainer Dierichs, Wigbert H. Schacht. Anzeigenleiter: Horst Prehm. Vertriebsleiter: Gerd Lühring.

Verlag Dierichs GmbH & Co KG, Frankfurter Str. 168, Postfach 10 10 09, 3500 Kassel, Ruf 05 61 / 20 3-0. Tel. Anzeigenannahme 05 61 / 20 3-3. Fernschreib-Nr. 99 635. Telekopierer 05 61 /20 36. Teletex 5 61 81 10. Postgirokonto 155132-608 Frankfurt/M. Anzeigenpreisliste Nr. 29. Monatlicher Abonnementspreis DM 25,60 inkl. Zustellung und 7% MwSt. (Postbezugspreis 28,50 DM).

Die Beendigung des Abonnements ist nur mit schriftlicher Kündigungserklärung unter Einhaltung einer Frist von einem Monat zum Monatsende möglich; die Frist läuft ab Zugang der schriftlichen Kündigungserklärung.

Auflage werktags über 270 000 Exemplare in Tarifgemeinschaft mit „Oberhessische Presse", Marburg, „Hersfelder Zeitung", „Werra-Rundschau", Eschwege, „Harzkurier", Herzberg.

Auflage „Sonntagszeit" über 200 000 Exemplare.

Herstellung Druckhaus Dierichs Kassel, Frankfurter Straße 168, 35 Kassel.

Ein Beginn soll es sein

Nicht als Abschluß, sondern als den Beginn neuer, vertrauensvoller Beziehungen sieht der Bundeskanzler die Gemeinsame Erklärung zwischen Bonn und Warschau. Man darf Helmut Kohl glauben, daß es ihm damit ernst ist. Das deutsch-polnische Verhältnis ist seit den Zeiten des Großen Friedrich so etwas wie eine Einbahnstraße ins Verhängnis. An den Teilungen Polens waren die Deutschen nach Kräften beteiligt. An den Sturm auf den Annaberg und den Holocaust von Auschwitz knüpfen sich schreckliche Erinnerungen.

Die mühsamen Verhandlungen über eine tragbare Basis des künftigen Zusammenlebens zeigen, daß die Wunden der Vergangenheit längst nicht verheilt sind. Aber der Dialog zwischen den beiden schwer geprüften Völkern sollte auch nicht dazu führen, daß die eine Seite eine vermeintliche Lösung der Probleme auf Kosten der anderen sucht. Nicht der Täter, das Opfer bestimmt den Zeitpunkt der Versöhnung.

Die Oder-Neiße-Linie markiert eine willkürlich gezogene Grenze. Für die von den Sowjets nach Westen abgedrängten Polen ist sie dennoch ein Symbol für den Bestand der Nation. Darüber sind sich Reformer und Kommunisten einig. Wer daran rührt, erzeugt Mißtrauen, auch wenn er das Recht auf seiner Seite wähnt.

Die Bundesregierung fühlt sich an Wort und Geist des Warschauer Vertrages gebunden. Darüber, wie dieser Vertrag zu interpretieren ist, zerbrechen sich die Völkerrechtler den Kopf. Helmut Kohl wird bei seinen Partnern wenig Verständnis für seine Haltung finden. Aber die Polen sollten auch wissen, daß in Bonn niemand ernsthaft daran denkt, ihre Westgrenze in Frage zu stellen. Trotz des Wortgetöses auf Wählerstimmen schielender Politiker. Hans-Ludwig Laucht, Bonn

Wenn Lenin das erlebt hätte

Soweit ist es gekommen. Selbst der höchste Feiertag der KPdSU wird geschändet, deren Machtanspruch öffentlich bestritten. In der Hauptstadt der Weltrevolution formiert sich die Opposition, in einer der unruhigen Provinzen muß die alte Garde vor dem Volkszorn flüchten. Gorbatschow sieht das Damoklesschwert über sich, derweil die Armee ohne Glanz und Gloria an ihm vorbeizieht. In Workuta streiken die Arbeiter, denen nach den Worten des Staatsgründers dieser Staat gehört, und strafen die Partei mit Mißachtung. Lenin, folgt er dem unfrommen Spruch, müßte sich im Mausoleum umdrehen.

Von der Zentralgewalt geht keine Macht mehr aus. Im Namen der Perstroika hat sie der oberste Reformer dem Willen der Massen anheimgegeben. Doch der nimmt andere Wege, als sie der (vorläufig oder überhaupt) letzte Nachfolger Lenins ebnen wollte. Die Werktätigen verzweifeln an der täglichen Not. Die Nationen im Riesenreich zerfetzen das Banner des Internationalismus, das die Russen vor sich hertrugen. Und die Radikalen um den Volkstribun Jelzin warten nur auf ihre Stunde, um mit den zaghaften Reformern aufzuräumen.

Das ergibt ein explosives Gemisch, bei dem ein Funke genügt, um 72 Jahre danach eine andere Revolution zu entfesseln. Der Jäger gleicht immer mehr einem Gejagten. Noch brilliert Gorbatschow mit seiner Kraft der Analyse und Nerven. Seine Stärke ist das Symbol, das er verkörpert. Im Mittelpunkt seiner Politik steht der Mensch, hat er verkündet. Doch leicht könnte es sein, daß sich die Menschen nicht nach seinem Bilde formen lassen. An den Rändern des einstigen kommunistischen Imperiums hat der Zerfall schon begonnen. Jetzt bedroht er das Zentrum. Wie gefährlich eine Erkrankung des zentralen Nervensystems ist, wissen nicht nur Mediziner zu berichten. Die Geschichte ist voll von derartigen Fall-Studien. Alfred Brugger

Das Zitat

„Wir brauchen nicht dauernd zu sagen, daß wir die Nummer eins sind. Es ist zwar wahr, aber lassen wir das doch die anderen sagen." Helmut Kohl

Deutsch-polnisches Verhältnis / Irritationen zuhauf

Helmut Kohls schwierige Mission

Von Hans-Ludwig Laucht, Bonner Redaktion

Wenn Helmut Kohl morgen seine Reise nach Polen antritt, steht er vor einer der schwierigsten Missionen seiner Kanzlerschaft. Das deutsch-polnische Verhältnis ist immer noch von Skepsis, ja, Mißtrauen gekennzeichnet, obwohl Willy Brandt 1970 mit dem Abschluß des Warschauer Vertrags den mühseligen Weg zur Normalisierung der beiderseitigen Beziehungen eingeleitet hatte. Das Bild vom Kniefall des damaligen Bundeskanzlers in der polnischen Hauptstadt ging um die Welt.

Grenzfrage im Vordergrund

An den Irritationen schon im Vorfeld des immer wieder verschobenen Besuchstermins ist die Bundesregierung nicht ganz unschuldig. In der Innenpolitik stand und steht sie nach der Absage des Kanzler-Abstechers zum Annaberg nach wie vor unter dem Druck der Vertriebenenverbände. Außenpolitisch sieht sie sich dem Verlangen der Gastgeber nach einem klärenden Wort zur polnischen Westgrenze ausgesetzt, nachdem vornehmlich Politiker der Union, allen voran der CSU-Vorsitzende Waigel, die Grenzfrage als „offen" bezeichnet hatten.

Kohls Unterhändler in Warschau, Horst Teltschik, bemühte sich in insgesamt elf Verhandlungsrunden um das Konzept einer gemeinsamen Erklärung, in der der Willen beider Parteien „von der Normalisierung des Verhältnisses zur Aussöhnung" zu kommen, zum Ausdruck kommt. Bis dahin, so sieht es Teltschik, ist allerdings noch ein weiter Weg. Auch der Regierungschef ist sich klar darüber, daß mit seiner Visite die noch bestehenden Probleme zwischen den beiden Ländern nicht völlig gelöst werden können. „Es war nie unser Ehrgeiz, den Warschauer Vertrag neu zu verhandeln."

Polen will Garantie

Das Hauptproblem stellt sich mit der Oder-Neiße-Linie. Teltschik machte klar, daß Helmut Kohl auch in der polnischen Hauptstadt an der Auffassung festhalten wird, wonach der Bestand der polnischen Westgrenze die Bundesrepublik Deutschland, nicht aber ein wiedervereinigtes Deutschland bindet. Teltschik dazu weiter: „Mehr ist dazu nicht zu sagen." Die Polen verlangen dagegen eine ausdrückliche, klare in die Zukunft gerichtete Garantie.

Nach den Worten des Kanzlerberaters ist die gemeinsame Erklärung „bis zu 99 Prozent" abgeschlossen. Umstrittene Fragen wie die der deutschen Minderheit in Polen wurden ausgeklammert. In der 15 Seiten langen Erklärung ist vom Minderheitenproblem nicht ausdrücklich die Rede. Beide Seiten einigten sich auf die Formulierung vom „Prinzip der Gegenseitigkeit". Was für Polen in der Bundesrepublik gilt, soll auch für die Deutschen in Polen bindend sein. Dabei stehen die Möglichkeiten, Sprache und Kultur zu pflegen, im Vordergrund.

Zurückhaltend reagierten die Polen auch auf deutschen Wünschen an die katholische Kirche, künftig Messen in deutscher Sprache anzubieten. Die Warschauer Regierung bat ihrerseits darum, diese Passage aus der Erklärung zu streichen. Die Bundesregierung will einen neuen Vorschlag anbieten, über dessen Inhalt sich Teltschik noch ausschwieg. Kohls außenpolitischer Berater ließ durchblicken, daß noch mit einer Reihe von „Überraschungen" zu rechnen sei.

Insgesamt umfaßt die Erklärung neun Kapitel, die von der gemeinsamen Verantwortung für den Frieden in Europa, von der wirtschaftlichen und finanziellen Zusammenarbeit über den Umweltschutz und humanitäre Fragen bis hin zur Bekräftigung des Gewaltverzichtes und dem Ausbau des Jugendaustausches reichen. Dem Bundeskanzler ist an zahlreichen Begegnungen der Menschen aus beiden Ländern besonders gelegen. Im vergangenen Jahr reisten 3000 Jugendliche nach Polen, 2000 junge Polen kamen zu Gegenbesuchen.

Exklusive Delegation

Der Bundeskanzler reist mit einer exklusiven Delegation. Die Gastgeber wollten es so. Sie sind vor allem an hochrangigen Vertretern der Finanzen und Wirtschaft interessiert. Im Gefolge Kohls befinden sich zahlreiche Bundesminister, von Außenminister Genscher bis Umweltminister Töpfer. Neben den Abgeordneten aller Parteien werden Kardinal Hengsbach für die katholische Kirche und der evangelische Militärbischof Binder die Sondermaschine des Kanzlers besteigen. Hessens Ministerpräsident Walter Wallmann will für die heimische Wirtschaft werben.

Presse-Echo

Beherrschendes Thema ist das DDR-Reisegesetz

WESTFALENPOST
(Hagen)

Die DDR-Führung ist mit dem neuen Reisegesetz über ihren eigenen Schatten gesprungen. Die Mauer wird mit dieser Regelung zu einem historischen Relikt. Und trotzdem: Die Begeisterung auf den Ostberliner Straßen hält sich in Grenzen. Helfen können jetzt nur noch unkonventionelle Ideen. Und da ist das Politbüro in Ost-Berlin so unflexibel wie die Bundesregierung ideenlos.

SÜDWEST PRESSE
(Ulm)

Ein politischer Befreiungsschlag für die immer bedrohlicher in die Ecke gedrängte SED- und DDR-Führung sollte die neue Reiseregelung werden. Doch der Wunsch von Egon Krenz und seinen Genossen wird ein Traum bleiben. Weil die DDR-Einwohner in dem neuen Gesetz keineswegs die heiß ersehnte Reisefreiheit sehen, wird die SED-Spitze nicht vom politischen Druck von unten befreit. Das neue Reisegesetz ist zweifellos ein Schritt in die richtige Richtung. Aber jetzt muß nicht mehr nur die Richtung stimmen. Jetzt muß das Ziel sofort erreicht werden – die völlige Reisefreiheit. Die jedoch wird nicht gewährt.

WESTFALEN-BLATT
(Bielefeld)

Dafür, daß die neuen Reisegesetze das erste Indiz für eine Politik der Wende in der DDR sein sollen, sind sie bescheiden ausgefallen. Aus der Reisefreiheit wurde ein Urlaub in Raten, Geld gibt's auch nicht. Freiheit für dreißig Tage im Jahr? Das ist lächerlich, das hat wenig mit dem Menschenrechtskorb der KSZE-Schlußakte in Helsinki zu tun.

Hannoversche Allgemeine

Vor wenigen Wochen wäre das Reisegesetz, das die DDR-Regierung jetzt vorgelegt hat, in beiden deutschen Staaten noch kräftig beklatscht worden. Aber die Zeiten, in denen der Wunsch nach mehr Reisefreiheit durch einige Zugeständnisse halbwegs befriedigt werden könnte, sind vorbei... Es ist politisch so viel im Fluß, daß das letzte Wort auch hier noch nicht gesprochen sein dürfte. Die DDR, so behauptet die noch allein herrschende SED, sei ein weltoffener Staat. Ein solcher Staat braucht aber gar kein Reisegesetz.



Die letzte Chance (Karikatur: Wolf)

Neues Rückkehr-Motiv für ehemalige DDR-Bürger:

„Bei der Stunde Null dabeisein"

Von unserem Redaktionsmitglied Ottmar Berbalk

Bernhard Döveling führte gestern morgen ein spannendes Gespräch mit einem jungen Mann. „Ich will zurück", erklärte der Mittzwanziger. „Ich will bei der Stunde Null dabeisein." Bernhard Döveling ist Referatsleiter Aus- und Übersiedler beim Generalsekretariat des Deutschen Roten Kreuzes (DRK) in Bonn, und sein Gesprächspartner war ein in der Bundesrepublik lebender ehemaliger DDR-Bürger. Noch nicht lange hier und – schenkt man der Ankündigung Glauben – nicht mehr lange hier. Es gibt sie tatsächlich, die kleine Fluchtwelle in Richtung Osten. Keiner weiß jedoch genau, wie hoch die Zahl der Rückkehrwilligen ist. Von 200 sprach vor einigen Tagen DRK-Präsident Prinz zu Sayn-Wittgenstein. Nach Ansicht Bernhard Dövelings war dies eine vorsichtige und inzwischen weit überholte Schätzung.

Über den Tisch des zuständigen Konsularbeamten in der Ständigen Vertretung der DDR in Bonn sind bis gestern weit über 1000 Anfragen gegangen. Das sei jedoch nur ein kleiner Teil, meint der Beamte. Mag sein, daß er übertreibt, melden müssen sich rückkehrwillige DDR-Übersiedler in der Tat nicht, weder bei der Ständigen Vertretung noch bei einer anderen Dienststelle. Sie können zu einem der Grenzübergänge Richtung alte Heimat fahren, so wie es seit dem 20. September bis gestern beispielsweise in Herleshausen (Werra-Meißner-Kreis) genau 20 Personen getan haben. Spezielle Formalitäten werden nicht verlangt.

Die am 27. Oktober von Ostberlin für Republikflüchtlinge verkündete Amnestie hat nach Ansicht der DDR-Konsularabteilung bei diesen Entscheidungen eine „große Rolle" gespielt. Grundsätzlich kämen wohl sehr viele Faktoren zusammen. DRK-Experte Döveling hat drei Motivationsstränge gefunden. Gesprächserfahrungen in den 419 Beratungsstellen des DRK liegen dieser Aussage zugrunde.

In den DRK-Anlaufstellen kümmern sich 150 hauptamtliche und weit über 1500 nebenamtliche Mitarbeiter um die Sorgen und Nöte der Übersiedler. Keiner, so Döveling, müsse einen Rückkehrwunsch begründen. Viele hätten jedoch aus eigenem Antrieb den Wunsch, den Rückfall zu erläutern.

Typ eins zeigt Scham. Er hat Angehörige sowie Hab und Gut zurückgelassen und „schämt sich nun, weggelaufen zu sein". Schuldgefühle und ein schlechtes Gewissen nagen an seiner Psyche.

Typ zwei hat Angst, angesichts von Arbeitslosigkeit und Wohnungsnot in der Bundesrepublik zu bleiben. Döveling: „Solche Leute sagen sich: ‚Lieber ein Häuschen in der DDR als eine unsichere Zukunft in der Bundesrepublik.'" Dazu kommen nicht erfüllte Erwartungen und Enttäuschung über das „Norm- und Wertesystem im Westen". Nach Ansicht des DRK-Referatsleiters macht den Grenzgängern hier das „hohe Maß an Unverbindlichkeit" zu schaffen.

Mit Typ drei wird Döveling erst seit wenigen Tagen konfrontiert. Sie zeigen keine Angst mehr, wollen in der Deutschen Demokratischen Republik Flagge zeigen. Die Reformansätze zeigen Wirkung, die versprochene Straffreiheit für die Republikflüchtlinge auch.

Können die alten und neuen DDR-Bürger diesen Versprechen glauben? Das Deutsche Rote Kreuz meint, ja: „Eine Rückkehr ist gefahrlos." Dies sei Angehörigen der Beratungsstellen durch Telefonate bestätigt worden.

Ängstlicheren Naturen stellt das DRK auf Wunsch und in Rücksprache mit der Konsularabteilung der DDR gerne ein Schreiben aus, das den Rückkehrwunsch noch einmal schriftlich dokumentiert. Juristisch hat es keine Bedeutung, das Papier mit dem Briefkopf des DRK scheint jedoch beruhigend zu wirken.

Leipzig verfällt

Sensationelle Reportage im DDR-Fernsehen

Von H.-R. Bein (dpa)

Leipzig im November 1989, DDR-Fernsehen, 1. Programm: „Wir müssen nicht auf Naturkatastrophen warten, Leipzig ist eine Katastrophe." Spektakulärer als mit dem Film „Ist Leipzig noch zu retten?" konnte das DDR-Fernsehen seinen Chefkommentator Karl-Eduard von Schnitzler am Montagabend auf dem angestammten Sendeplatz des nun eingestellten „Schwarzen Kanals" nicht ersetzen. Ein schockartiger Film der Wahrheit, wo bisher nichts als Nebel verbreitet worden ist: Bilder, die weh tun, die unter die Haut gehen, eine Dokumentation des dramatischen Zerfalls der zweitgrößten Stadt der DDR, Bilder wie aus New Yorker Ruinenvierteln. Aber die Diagnose galt Leipzig und lautete: Koma.

Der nach bisherigem Maßstab schlicht sensationelle Beitrag von Ruth Geist-Reithmeier rüttelte auf, bedeutete für die „Wende" in der Medienlandschaft der DDR so etwas wie eine Sternstunde. Das Schlußwort des beispiellosen Films, der mit „Klartext" eine neue Reportagenreihe einleitete, gab auch ein neues Selbstverständnis der Journalisten wieder: „Auch wir werden künftig die Entwicklung dieser Stadt nicht mehr aus den Augen lassen."

Uralter Wohnungsbestand

104 000 Wohnungen sind in Leipzig vor 1918 erbaut worden. Das sind 41 Prozent des Bestands. Seit drei Jahren ist die Zahl der neugebauten Wohnungen geringer als die der geräumten Wohnungen. „Der Verfall überholt die Erneuerung." Die Autorin belegt, daß bei jetzigem Tempo und bisheriger Strategie der Baupolitik die Einwohnerzahl Leipzigs bis zum Jahr 2000 um rund 100 000 auf dann 456 000 sinken wird. Die Anklage: „Die Stadt wird in den Kollaps geführt."

Die Bilder, „die wir so bisher nicht zeigen durften, weil sie das Lackbild unserer Selbstzufriedenheit beschädigt hätten", sind unbestechlich „wie unsere Kamera", sagt die Autorin. Der Blick gleitet über quadratmeterweise überall von den Wänden bröckelnden Putz, erfaßt zerborstene Wasser- und Kanalrohre, offene, gefährliche Löcher in Böden und Decken. „Kinder dürfen hier nicht mehr spielen, das ist Einsturzgefahr, alles", berichtet ein Bürger. Ein anderer sagt: „Die Wohnungen sind alle naß, die Toiletten, Elektrikleitungen, alle kaputt." Ein Bauarbeiter, der mit seinen Kollegen die Gründung eines eigenen Abrißbetriebes nicht durchsetzen konnte, macht den Vorschlag, zum Einreißen Pioniereinheiten der Armee einzusetzen.

Chefarchitekt mutlos

Leipzigs Chefarchitekt Dietmar Fischer ist kaum weniger mutlos als viele Mieter. Zur Zukunft des Stadtteils Plagwitz: „Es ist verantwortungslos, das Wohnen auf lange Sicht dort beizubehalten. Auf die Frage der Autorin, warum man erst jetzt auf die Misere komme, wo die Erkenntnisse über die schlimme Lage Leipzigs doch schon früher vorlagen: „Sie drehen den Film auch erst jetzt" - DDR-Glasnost im November 1989.

Ist Leipzig noch zu retten? Ein Arbeiter sagt: „Viel ist nicht mehr dran an der Stadt hier." Eine junge Frau meint: „Die Welt ist so aufmerksam geworden auf Leipzig, daß man sich das nicht leisten kann, daß man so eine Stadt nicht einfach verfallen lassen kann."



DIE ERSTEN SCHRITTE in der Bundesrepublik: mit Tränen der Erleichterung entlädt sich nach der langen Fahrt aus der DDR über die CSSR die Spannung der Neuankömmlinge, die vom Grenzübergang Schirnding in Bayern nach Fritzlar gewiesen wurden. (Foto:ula)

800 Übersiedler im Truppenlager auf dem Knüll erwartet

Zwölf Kasernengebäude geräumt

Schwalmstadt/Schwarzenborn (wfr). Um für die Aufnahme von rund 800 übersiedlern gerüstet zu sein, wurden gestern auf dem Knüll im Bereich des Truppenlagers der Bundeswehr stundenlange Vorbereitungen getroffen. Sofort nach Bekanntwerden der Anordnung des Verteidigungsführungsstabes des Heeres leitete Major Hermann Löhr mit einem Mitarbeiterstab die Räumung der 12 Gebäude ein, in denen zur Zeit wegen militärischer Übungen rund 1000 Soldaten, darunter 100 Briten, Unterkunft gefunden hatten.

Sofort Sachen gepackt

Die Soldaten, die aus Hamm, Dortmund, Munster und Herborn nach Schwarzenborn gekommen waren und sich zum Teil bis nächste Woche im Knüll aufhalten sollten, packten umgehend ihre Sachen und rollten mit eigenen Radfahrzeugen und angemieteten Bussen schon am Dienstagnachmittag in ihre Standorte zurück.

Inzwischen wurden die Räume, in denen zwei bis acht Personen untergebracht werden können, für die Aufnahme der Umsiedler aus der DDR hergerichtet.

Auch DRK hilft

Die Kommandantur des Truppenübungsplatzes wurde unterstützt von der Standortverwaltung und vom Panzergrenadierbataillon 152, das in der Knüll-Kaserne stationiert ist und das auch bei der Verpflegung der Flüchtlinge aus der DDR helfen soll, solange sie in der Notunterkunft am Knüll bleiben. Auch das Rote Kreuz traf Vereinbarungen mit der Bundeswehr zur Betreuung der zu erwartenden Familien.

Bis Dienstagabend war noch kein Transport mit Umsiedlern in der Schwalm eingetroffen. Es war auch noch nicht klar, wo ein aus München angekündigter Sonderzug halten wird. Bei der Bundesbahn in Schwalmstadt-Treysa war zu erfahren, daß der Zug frühestens in der Nacht entweder in Treysa und oder in Bad Hersfeld eintreffen könne.

Die Bundeswehr am Knüll hielt genügend Busse bereit, mit denen die Flüchtlinge sofort nach der Ankunft in Nordhessen zu den rund 25 Kilometer von den Bahnhöfen entfernten Notunterkünften gebracht werden sollten.

Ein Offizier der Bundeswehr in Schwarzenborn: „Wir haben uns darauf eingerichtet, daß wir rund um die Uhr zur Aufnahme der Umsiedler eingesetzt werden".

Fritzlar für Aufnahme von 350 Flüchtlingen gerüstet

Trabbi-Karawane rollt an

Fritzlar (ula). „Da kommt schon wieder einer!" Die Posten rund um die Georg-Friedrich-Kaserne in Fritzlar (Schwalm-Eder-Kreis) haben den „Trabbi" erspäht und mit sicherer Hand auf den Parkplatz hinter der Halle 7 gelotst. Seit gestern nachmittag rollt die Karawane in die Kaserne der Domstadt, kommen die Übersiedler aus der DDR in ihren Trabants, Wartburgs und Ladas direkt von der tschechischen Grenze ins nordhessische Fritzlar.

„Bayern ist voll, dort geht gar nichts mehr", weiß Kasernenkommandant Oberst Ziegaus zu berichten. Wer sich dem Flüchtlingsstrom angeschlossen und den Entschluß zur Reise in den Westen gefaßt hat, wird zur Zeit an der Grenze von Beamten des Bundesgrenzschutzes nach Hessen weitergeleitet. Neben Fritzlar, das sich für maximal 350 Personen gerüstet hat, steht die Kaserne in Schwarzenborn im selben Landkreis für weitere 800 Übersiedler als erste Unterkunft zur Verfügung (siehe Bericht „Zwölf Kasernengebäude geräumt" auf dieser Seite).

Zwei Fehlalarme

Nach zwei für die einsatzfreudigen Soldaten und Offiziere frustrierenden Fehlalarmen in den vergangenen Wochen erwies sich die dritte Ankündigung von DDR-Übersiedlern als richtig.

Gegen 14 Uhr bereits fuhr die erste Familie auf das Kasernengelände – sie war am Abend vorher in Zwickau gestartet und ohne Probleme aus der DDR über die CSSR in die Bundesrepublik gelangt.

Keine Wartezeiten

Fast ungläubiges Erstaunen äußerten fast alle Ankömmlinge: eine solch reibungslose Abfertigung durch die DDR- wie die tschechischen Grenzer hatten sie denn doch nicht erwartet. Wartezeiten und lange Schlangen an den Kontrollpunkten gehören offenbar bereits der Vergangenheit an.

Ein Bett für die ersten Nächte, Kleidung in einer Kleiderkammer des DRK Schwalm-Eder, Essen und Betreuung, Aufnahmeformalitäten, Friedlandhilfe und Begrüßungsgeld: in der Fritzlarer Kaserne wird das komplette Programm für die DDR-Übersiedler abgespult. Eine Gruppe des Bundesgrenzschutzes, eigens angereist ist, übernimmt die weitere Verteilung in die verschiedenen Bundesländer.

„Überall frei bewegen"

Wie lange nun tatsächlich die Halle 7 ein Übergangslager sein wird für 300 bis 350 DDR-Bürger, weiß zur Zeit niemand in Fritzlar. Das hängt in erster Linie von der Menge der Ankommenden ab, in zweiter Linie von der Aufnahmekapazität der einzelnen Länder.

Wer von den Ankommenden wollte, konnte auch sofort weiterfahren zu Verwandten oder Bekannten. „Sie können sich hier frei bewegen: darum sind sie ja auch hierhergekommen", versichert Oberst Ziegaus den Neuankömmlingen, von denen viele mit Tränen der Freude und Erleichterung ihre erste Kontaktstelle im Westen begrüßten.

150 nach Bad Hersfeld

Auch in der Bundesgrenzschutzkaserne in Bad Hersfeld trafen gestern nachmittag weitere 150 DDR-Übersiedler ein, die in ihren eigenen Fahrzeugen über die tschechoslowakische Grenze in die Bundesrepublik gekommen waren. Innerhalb weniger Stunden wurden Mannschaftsräume hergerichtet, in denen je drei bis fünf Übersiedler Platz finden können.

104 Übersiedler trafen mit einem Sonderzug aus Prag in Bad Hersfeld ein. Die anderen kamen mit Privatfahrzeugen in die Stadt. „In Bad Hersfeld gefällt es den Übersiedlern so gut, daß sie nicht wieder weg wollen", zitierte ein Grenzschützer seinen Kommandeur.

„Restlos belegt"

Die rund 1200 Plätze in den Kasernen des Bundesgrenzschutzes in Fulda, Alsfeld, Hünfeld und Bad Hersfeld seien restlos belegt, berichtete ein Sprecher des Grenzschutzkommandos Mitte in Kassel. Die Übersiedler bleiben meist nur kurz in den Lagern: Am Nachmittag waren in der Unterkunft in Fulda wieder 69 Betten frei. „Bis zum Abend sind wir aber wieder voll", hieß es.

Auch auf Hessens höchstem Berg, der Wasserkuppe in der Rhön, sind die Gebäude der Bundeswehreinheit des Radarführungsdienstes „bis unter das Dach" belegt. In dem Erstaufnahmelager haben 300 Menschen ein Quartier gefunden.

Wohnungsbau

„Überzogene Erwartungen"

Bad Wildungen (sch). Vor überzogenen Erwartungen an die Kapazitäten im Wohnungsbau hat der Sprecher der Bundesarbeitsgemeinschaft Treppen und Geländer, Martin Ihle (Murrhardt), gestern bei der Eröffnung des Deutschen Treppenbautags in Bad Wildungen (Kreis Waldeck-Frankenberg) gewarnt. Für 1990 erwartet er die Fertigstellung von 280 000 neuen Wohnungen, für 1991 ein „Wunschergebnis" von über 300 000. „Mehr ist nicht zu schaffen", sagte er.

Debatte über Binnenmarkt

100 Teilnehmer aus der ganzen Bundesrepublik nehmen an der Tagung in der Badestadt teil, in der an zwei Tagen über den Treppenbau, baurechtliche Fragen und die Schaffung des europäischen Binnenmarkts ab 1992 diskutiert wird. Als Referenten beteiligen sich unter anderen Prof. Herbert Ehm vom Bundesbauministerium sowie Dieter Eschenfelder vom hessischen Innenministerium.

Beamter verletzt

Rottweiler griff Polizeipferd an

Frankfurt (AP) Ein angriffslustiger Rottweiler versetzt die Frankfurter Bürger in Angst und Schrecken. Über den Rundfunk warnte die Polizei am Dienstag die Bevölkerung vor dem Hund, der einen 52jährigen Polizeihauptmeister der Reiterstaffel Süd während seiner Streife im Stadtwald angegriffen habe. Dabei seien Pferd und Reiter schwer verletzt worden.

Der Rottweiler einer 54jährigen Spaziergängerin biß nach Darstellung des Polizeipräsidiums das Pferd in den Hals und den Rücken. Das Pferd habe sich aufgebäumt und den Beamten abgeworfen, der dabei Verletzungen an der Schulter und der Halswirbelsäule erlitten habe. Danach habe der Rottweiler das Pferd bis auf einen Parkplatz an der Bundestraße 3 verfolgt, wo es von einem Passanten eingefangen werden konnte. Von dem Hund fehle seitdem jede Spur. Die Polizei hat Strafanzeige erstattet.

Volkszählung

Freispruch für Boykotteur

Frankfurt (lhe). Eine Aufforderung zum Boykott der Volkszählung in einer Pressemitteilung an eine Zeitungsredaktion ist nicht strafbar, weil es sich dabei noch nicht um eine „öffentliche Aufforderung zu Straftaten" handelt. Mit dieser Begründung hat der 5. Strafsenat des Oberlandesgerichts Frankfurt in einer am Dienstag veröffentlichten Entscheidung (Aktenzeichen: 5 Ss 422/88) einen Freispruch des Amtsgerichts Groß-Gerau für einen als Volkszählungsgegner aktiven Grünen bestätigt.

Der Angeklagte hatte in einer Pressemitteilung dazu aufgefordert, von den Fragebogen der Volkszählung von 1987 die Zählnummern abzutrennen und war wegen öffentlicher Aufforderung zur Sachbeschädigung angeklagt worden. Das Amtsgericht hatte ihn freigesprochen.

Eine „öffentliche Aufforderung" liege nicht vor, entschied der Senat. Die Zeitung habe die Mitteilung zwar veröffentlicht, der Angeklagte habe darauf aber keinen Einfluß gehabt.

Kleinbus stieß mit Pkw zusammen

54jähriger bei Unfall getötet

Zwesten (ula). Tödlich endete für einen 54jährigen aus Derental bei Holzminden (Niedersachsen) eine Fahrt auf der Bundesstraße 3 bei Zwesten-Oberurff (Schwalm-Eder-Kreis). Noch an der Unfallstelle erlag er am Montag gegen 21 Uhr seinen Verletzungen. Ein zweiter Mann wurde schwer verletzt. Die Bundesstraße 3 wurde mehrere Stunden lang gesperrt.

Wie die Fritzlarer Polizei ermittelte, war ein ebenfalls 54jähriger Mann aus Borken gegen 20.45 Uhr mit seinem Pkw auf der B 3 in Richtung Jesberg unterwegs, kam in Höhe von Oberurff über die Fahrbahnmitte hinaus und prallte zunächst gegen einen entgegenkommenden Lkw, dann gegen den Kleinbus, der eine Böschung heruntergeschleudert wurde, und schließlich noch gegen einen Pkw.

Während der Kleinbusfahrer tödliche Verletzungen erlitt, wurde der Borkener Fahrer schwerverletzt ins Fritzlarer Krankenhaus gebracht. Die Polizei ordnete dort wegen Verdachts der Trunkenheit eine Blutentnahme an und stellte den Führerschein sicher.

Angeklagter streitet Vergewaltigung ab

Kassel/Korbach (t). Gegensätzliche Aussagen im Prozeß gegen einen 32jährigen aus Korbach, der – wie berichtet – der Vergewaltigung bezichtigt wird. ER soll im Januar vorigen Jahres ein 17jähriges Mädchen im Feuerwehrhaus zum Geschlechtsverkehr gezwungen haben.

Während das Mädchen vor der 3. Strafkammer des Landgerichts Kassel den Vorfall bestätigte, stritt ihn der Angeklagte ab. Fortsetzung der Verhandlung ist am kommenden Mittwoch vor dem Amtsgericht in Korbach.

HNA
HESSISCHE/NIEDERSÄCHSISCHE ALLGEMEINE

HESSISCHE ALLGEMEINE

KASSEL
1 P 3713 A

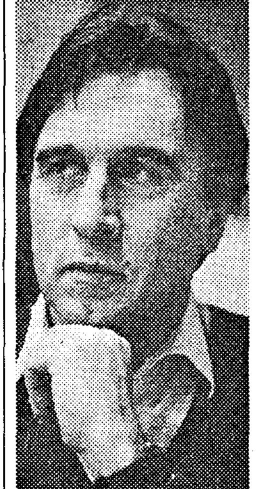
UNABHÄNGIG · KASSELER ZEITUNG · NICHT PARTEIGEBUNDEN

Preis 1,10 DM · Nr. 262 · Donnerstag, 9. 11. 1989 · Ruf (05 61) 203-0 · Anzeigen 203-3

1:0 in Köln

Erneuter KSV-Sieg

Drei Tage nach dem 1:0-Erfolg in Meppen feierte Schlußlicht KSV Hessen Kassel im Zweitliga-Punktspiel bei Fortuna Köln am Mittwochabend einen weiteren Überraschungserfolg. Schütze des entscheidenden 1:0 war Neuzugang Bernhard Raab. Siehe Sport



Theater/Stars

Das ganz große Geld

Auf die Konten der Oper geht nach wie vor das ganz große Geld. Dies fand jetzt die Zeitschrift „Theater heute" heraus, die recherchierte, was Spitzenkönner im Theater verdienen. So erhält Dirigent Abbado (Foto) für 35 Abende im Jahr 1,1 Mio Mark. Siehe Kultur.

Kunstmäzen:

„Ich bin unschuldig"

Als „ungeheuerlich" bezeichnete der Aachener Kunstmäzen Prof. Dr. Peter Ludwig (Bild) vor Gericht den Vorwurf, er habe 1.5 Millionen DM Vermögenssteuern nach dem Verkauf von alten Handschriften hinterzogen: „Ich bin unschuldig". „Blick in die Zeit".



Letzte Meldung

Tote auf der Elbe?

Bei einer Schiffskollision in der Elbmündung hat es gestern abend offenbar Tote und Verletzte gegeben. Laut Schiffsmeldedienst stießen die Passagierfähre „Hamburg" und der Frachter „Nordic Stream" zusammen. Näheres war zunächst nicht bekannt.

Tennis

Becker siegt

Sein Auftaktspiel beim Tennis-Grand-Prix Turnier in Stockholm gewann Wimbledonsieger Boris Becker mit einiger Mühe gegen den Amerikaner Jim Pugh in drei Sätzen mit 3:6, 6:0, 6:4 und trifft nun auf den Schweden Jan Gunnarsson. Siehe Sport

Nach Rücktritt des Politbüros: Dresdner Reformer rückt in SED-Spitze auf

Modrow wird Regierungschef

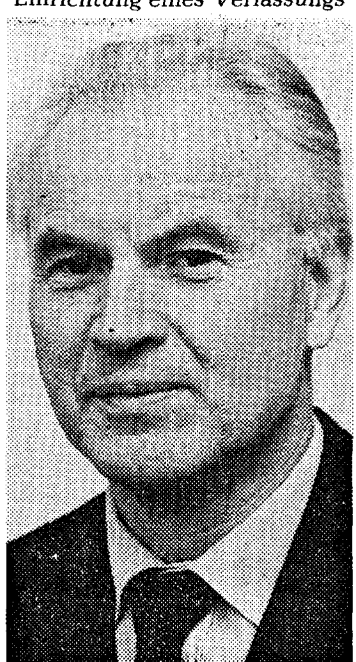
Berlin (dpa/AP). Mit einem großen Personalrevirement versucht die SED, die Weichen für die Zukunft zu stellen: Der Dresdner Reformpolitiker Hans Modrow (61) rückte gestern ins neugewählte Politbüro, dem eigentlichen Machtzentrum der DDR, auf und soll auch neuer Ministerpräsident werden. Nachdem der Ministerrat (Regierung) am Dienstagabend zurückgetreten war, wird mit einer Neuwahl durch die Volkskammer in der nächsten Woche gerechnet.

Zum ersten Mal in der Geschichte der DDR war gestern vormittag auch das Politbüro geschlossen zurückgetreten. Einen entsprechenden Vorschlag von Staats- und Parteichef Krenz nahmen die 157 anwesenden Mitglieder des Zentralkomitees (ZK) einstimmig an. Damit solle die Verantwortung für die derzeitige Situation in der DDR deutlich gemacht werden, berichtete die Nachrichtenagentur ADN.

Hintergrundberichte zur Tagung des Zentralkomitees und ein Porträt Hans Modrows finden Sie auf „Themen des Tages".

Das Politbüro wurde von 21 auf elf Mitglieder reduziert. Ihm gehören vier neue Mitglieder an: Neben dem Modrow (eine Gegenstimme) sind dies der bisherige Minister für Materialwirtschaft, Wolfgang Rauchfuß (vier Gegenstimmen), der Vorsitzende der staatlichen Planungskommission, Gerhard Schürer (sieben Enthaltungen) und der Leiter der ZK-Abteilung Sicherheit, Wolfgang Herger (einstimmig).

Entgegen dem ursprünglichen Vorschlag wurden Horst Dohlus, Günther Kleiber und Kandidat Gerhard Müller nicht wiedergewählt. Als Kandidaten des Politbüros wurden sechs (bisher fünf) Politiker, darunter zwei Frauen, benannt. Auf der bis Freitag angesetzten ZK-Sitzung soll auch ein Aktionsprogramm verabschiedet werden. Dieses vom bisherigen Politbüro verabschiedete Paket beinhaltet die Einrichtung eines Verfassungsgerichts, eine Verwaltungsreform, die Abschaffung von Sonderrechten für Spitzenfunktionäre, einen zivilen Ersatzdienst und Sofortmaßnahmen zur Verbesserung im Alltag.



HANS MODROW (Foto: Keystone)

Opposition skeptisch

Das Vorstandsmitglied der Sozialdemokratischen Partei in der DDR, Reiche, erwartet nach dem Wechsel kein steigendes Vertrauen der Bevölkerung in die DDR-Führung. „Was heute geschehen ist, geschieht im alten Strickmuster: Die SED bestimmt, was getan wird".

Die DDR-Bürgerbewegung „Demokratie Jetzt" sieht in dem neuen Politbüro keinen Ansatz für eine Lösung der bestehenden Krise. Die SED müsse auf ihren Führungsanspruch verzichten, hieß es in einer Stellungnahme. „Demokratie Jetzt" sei aber bereit mit Reformern wie Modrow und Schabowski zu sprechen.

Ähnlich äußerte sich das Neue Forum, das darauf hofft, schon bald offiziell zugelassen zu werden. SED-Chef Krenz hatte vor dem ZK erklärt, „neue Bürgerbewegungen, die auf dem Boden der Verfassung der DDR wirken wollen, sollten zugelassen werden".

Fortsetzung nächste Seite
Siehe auch „Zum Tage"

Letzte Meldung

Krenz spricht sich für „freie Wahlen" aus

Berlin (dpa). Vor dem Zentralkomitee der SED hat sich Generalsekretär Krenz gestern für ein neues Wahlgesetz ausgesprochen. Es werde „die freie, allgemeine, demokratische und geheime Wahl gewährleisten und in jedem Stadium der Wahl die öffentliche Kontrolle garantieren", kündigte Krenz laut ADN von gestern abend an.

Zuvor hatte er allerdings das System der Blockparteien „als eine Errungenschaft des Sozialismus... und eine wichtige Grundlage für die Erneuerung unseres politischen Systems" bezeichnet. „Wir gehen davon aus, daß die Werte und Ideale des Sozialismus der gemeinsame Nenner für *alle* Parteien des Demokratischen Blocks sind."

Ausdrücklich hatte Krenz den Führungsanspruch der SED hervorgehoben. Scharfe Kritik übte er an der Politik der alten Führung (siehe Bericht unten auf dieser Seite).

DDR-Fluchtwelle

60 000 in sechs Tagen

München (dpa). Die Zahl der DDR-Flüchtlinge steigt unaufhörlich. Sprecher des Bundesgrenzschutzes rechneten innerhalb der 24 Stunden von gestern früh bis heute früh mit rund 11 000 Menschen. Damit werden in den sechs Tagen seit Öffnung der CSSR-Grenze am Freitag fast 60 000 Flüchtlinge auf diesem Weg in die Bundesrepublik gekommen sein.

Allein in der Nacht zum Mittwoch und tagsüber trafen etwa 8000 DDR-Bürger mit Autos in der Bundesrepublik ein. Dazu kamen noch vier mit bis zu 1000 Passagieren besetzte Züge aus der der CSSR. Chaotische Verhältnisse herrschten bei der Einreise am Grenzübergang Schirnding: Die Wartezeiten wuchsen auf sechs Stunden an. Seit Öffnung der ungarischen Grenze am 11. September kamen etwa 110 000 DDR-Bürger über Ungarn und die CSSR in den Westen.

Die insgesamt 86 Notaufnahmelager platzen aus allen Nähten. In der Freiheitshalle in Hof wurde die Lage so prekär, daß die Neuankömmlinge die Plätze wechseln mußten: Die einen konnten in Betten liegen, die anderen nur auf Stühlen sitzen, und ein Teil der Übersiedler mußte stehen. Für die Übersiedler sind jetzt nach Angaben des Bundesamtes für Zivilschutz auch Hilfskrankenhäuser vorbereitet worden.

Zum Tage

Der Joker

Auf den Plakaten der demonstrierenden Massen steht der Name Hans Modrow überall in der DDR an erster Stelle. Der aus Ost-Berlin abgeschobene, von den Apparatschiks zum Versager gestempelte Dresdener SED-Bezirkssekretär gehört zu den wenigen Männern, *denen* die Bevölkerung einen wirklichen Neuanfang zutraut. Er ist bescheiden, tolerant und glaubwürdig. Wo diese Eigenschaften Mangelware sind, wecken sie große Hoffnungen. Schon wird von einem deutschen Gorbatschow an der Spitze des Ministerrates gesprochen. Modrows Wahl ins Politbüro und seine Nominierung zum Regierungschef könnten den Bürgern Reformbereitschaft der neuen Führung signalisieren.

Schön wäre es, wenn solche Träume in Erfüllung gingen. Doch es ist zu befürchten, daß Egon Krenz mit Hans Modrow nur einen Joker im Spiel um Popularität setzt. Neue Namen und neue Köpfe ändern *nichts an den alten Strukturen*. Solange das Politbüro die Partei beherrscht und die Partei die Regierung steuert, bleibt das Volk außen vor. Indem sie andere *Parteien und Gruppierungen duldet*, bekräftigt die SED nur ihr Machtmonopol. Ihr Dialog mit der Opposition verwirklicht noch keine Demokratie. Von Pluralismus wird man erst sprechen können, wenn es zu freien Wahlen kommt. Ob Hans Modrow bereit und stark genug ist, die Wege dahin zu ebnen, steht in den Sternen. Für die *revolutionäre* Volksbewegung in der DDR bedeutet seine Aufwertung noch keine Entwarnung.

Achim v. Roos

DDR-Bürger / Appell

Christa Wolf: „Bleibt hier"

Berlin (dpa). In einem dramatischen Appell forderte die DDR-Schriftstellerin Christa Wolf (Bild) in der „Aktuellen Kamera" des DDR-Fernsehens die Ausreisewilligen in ihrem Land zum Bleiben auf. In der Erklärung, die unter anderem auch von dem Neuen Forum-Mitglied Bärbel Bohley sowie den Schriftstellern Christoph Hein und Stefan Heym unterzeichnet wurde, äußerte die Schriftstellerin tiefe Beunruhigung angesichts der Tausende, die täglich die DDR verlassen.

Versprochen werden könne kein leichtes, aber ein nützliches und interessantes Leben, nicht schneller Wohlstand, aber Mitwirkungen an großen Veränderungen. „Wir wollen einstehen für: Demokratisierung, freie Wahlen, Rechtssicherheit, Freizügigkeit", sagte Christa Wolf. „Wir stehen erst am Anfang des grundlegenden Wandels in unserem Land. Helfen Sie uns, eine wahrhaft demokratische Gesellschaft zu gestalten, die auch die Vision eines demokratischen Sozialismus bewahrt".

Humaninsulin / Pläne der Hoechst AG

Gentechnik: Gericht untersagt Produktion

Kassel (ari). Die von der Hoechst AG errichtete gentechnische „Versuchsanlage" wird vorerst nicht in Betrieb gehen dürfen: Der Hessische Verwaltungsgerichtshof (VGH) hat gestern per Eilentscheidung die zugrundeliegenden Genehmigungen des Regierungspräsidenten in Darmstadt außer Vollzug gesetzt. Die Pläne der Hoechst AG, in dieser Anlage bereits in Kürze mit der Herstellung von Humaninsulin auf der Basis gentechnisch veränderter Bakterien zu beginnen, sind damit bis auf weiteres vom Tisch.

Der VGH begründete seine Entscheidung mit dem Hinweis auf die derzeitigen Gesetze, in denen keine Rechtsgrundlage für gentechnische Anlagen enthalten sei. Solange der Gesetzgeber die Nutzung der Gentechnologie nicht ausdrücklich zulasse, dürfe eine solche Anlage nicht errichtet und betrieben werden, heißt es in der ersten Begründung. Die Richter bezogen sich im übrigen auf die zur Zeit nicht abschätzbaren Risiken der Gentechnologie für Mensch und Umwelt. Angesichts dessen könnten sich die Richter nicht „an die Stelle des Gesetzgebers" setzen und „über das Ob und Wie der Nutzung" entscheiden.

Die VGH-Entscheidung ist unanfechtbar. Allenfalls kann das Bundesverfassungsgericht angerufen werden. Die Hoechst AG hat unmittelbar nach Bekanntwerden der Entscheidung angekündigt, die Bauarbeiten an der fast fertigen Anlage einzustellen.

Siehe auch Hessenseite

SED-Chef rechnet mit alter Parteiführung ab

Scharfe Krenz-Kritik an Honecker

Berlin (dpa). SED-Generalsekretär Krenz hat in scharfer Form die alte Staats- und Parteiführung für die Flüchtlingswelle verantwortlich gemacht. Die Unzufriedenheit und Perspektivlosigkeit aufgrund einer Wirtschaftspolitik, die „hinter den Realitäten" zurückgeblieben sei, haben eine „Schlüsselfunktion für die persönliche Entscheidung von über 200 000 DDR-Bürgern, ihre Heimat zu verlassen oder verlassen zu wollen," erklärte Krenz gestern vor den Delegierten der Zentralkomitee-Tagung. Man müsse „doch eingestehen, daß die eigentlichen Ursachen in unserem Lande selbst zu suchen sind."

Heute wisse man, daß der Ansatz für den letzten SED-Parteitag nicht auf einer realen Einschätzung der Lage beruht habe, sagte Krenz, ohne Erich Honecker zu erwähnen. Man habe versucht, den Bürgern „ein DDR-Bild zu suggerieren, das immer weniger den Alltagserfahrungen der Menschen entsprach".

In scharfen Worten ging Krenz mit dem früheren Politbüromitglied und Wirtschaftsfachmann Günter Mittag ins Gericht. Als Mittag während der Erkrankung Honeckers mit dessen Vertretung beauftragt gewesen sei, habe es an der Spitze der Partei „Sprachlosigkeit" in Sachen Flüchtlingswelle gegeben. Schließlich habe er selbst mit einer Reihe anderer Genossen die Initiative ergriffen, sagte Krenz.

„Mit aller Härte"

„Sie fand den heftigen Widerspruch des Genossen Erich Honecker. Darauf erfolgte im Politbüro eine zweitägige, mit aller Härte und politischer Schärfe geführte Diskussion."

Honecker habe daraus keine Schlußfolgerungen gezogen, worauf auf einer Beratung des ZK-Sekretariats mit den Ersten Sekretären der Bezirksleitungen am 12. Oktober die Vertrauensfrage aufgeworfen worden sei. Am 17. Oktober habe das Politbüro auf Vorschlag Willi Stophs nach einer erneuten scharfen Auseinandersetzung einstimmig den Beschluß gefaßt, Honecker seiner Funktion als Generalsekretär zu entbinden und Mittag sowie Joachim Herrmann abzuberufen.

Krenz unterstrich, im Politbüro seien seit längerer Zeit Vorschläge zu notwendigen Veränderungen in der Wirtschaftspolitik vorgelegt worden. Sie hätten jedoch keine Mehrheit gefunden, weil „durch manipulierte Fakten" Mittags, „der das Vertrauen des Generalsekretärs besaß, falsche Einschätzungen in der Parteiführung vorherrschten". Es habe „Anzeichen politischer Arroganz" gegeben, bemängelte Krenz.

Lotto am Mittwoch

Ziehung A: 14, 18, 25, 29, 33, 45
Zusatzzahl: 41.
Ziehung B: 16, 25, 29, 31, 37, 49
Zusatzzahl: 44.
Spiel 77: 1 9 7 9 4 2 3.
(Ohne Gewähr)

Namen und Nachrichten



Modische Uniformen

Auf dem Laufsteg des berühmten Pariser Modehauses Pierre Balmain hatten die neuen Uniformen der französischen Landstreitkräfte Premiere. Nach einem halben Jahrhundert verdrängt nun ein edles Perlgrau das bisherige Khaki. Der Clou der soldatischen Modenschau war die Damengarderobe: Das Beinkleid der Soldatinnen ist eine Mischung aus Bermuda-Shorts und Wickelrock (rechts).

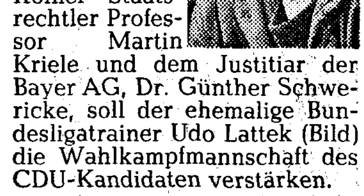
Aufwand um Kfz-Steuer

Das Bundesfinanzministerium hat nach Angaben des CDU-Bundestagsabgeordneten Schmude den hohen Verwaltungsaufwand bei der Kfz-Steuer und damit indirekt die Voraussetzungen für ihre Abschaffung bestätigt. Er habe deshalb bei Finanzminister Waigel angeregt, die Kfz- auf die Mineralölsteuer umzulegen. Die entsprechende Forderung der Opposition wurde bisher von der Koalition abgelehnt.

„Passionaria" erkrankt

Die Ehrenvorsitzende der spanischen KP, Dolores Ibarruri, ist erneut schwer erkrankt. Die 93jährige, die im Spanischen Bürgerkrieg durch ihre Durchhalte-Reden bei der Belagerung Madrids bekannt geworden war und seither „La Passionaria" genannt wurde, leidet an einer akuten Lungenentzündung und schweren Herzbeschwerden.

Udo hilft Norbert



Mit prominenter Unterstützung will der nordrhein-westfälische CDU-Landesvorsitzende Norbert Blüm in den Wahlkampf für die Landtagswahl am 13. Mai 1990 ziehen: Neben dem Kölner Staatsrechtler Professor Martin Kriele und dem Justitiar der Bayer AG, Dr. Günther Schwericke, soll der ehemalige Bundesligatrainer Udo Lattek (Bild) die Wahlkampfmannschaft des CDU-Kandidaten verstärken.

Van Haaren bestätigt

Kurt van Haaren ist beim gestrigen Gewerkschaftskongreß der Deutschen Postgewerkschaft (DPG) in Mannheim mit 84,4 Prozent der Stimmen in seinem Amt als Vorsitzender der Gewerkschaft bestätigt worden. Der Wahl des von vier auf sieben Vorstandsmitglieder erweiterten Führungsgremiums ging eine Diskussion über eine Frauen-Quote im Vorstand voraus. Eine solche Regelung wurde jedoch abgelehnt. Als einzige Frau wurde Marita Wellmann in den Vorstand gewählt.

Verzicht auf ‚Todesschuß'

Das Saarland verzichtet in seinem neuen Polizeirecht, das gestern mit den Stimmen der SPD-Mehrheit verabschiedet wurde, auf den „finalen Todesschuß". Weiterhin wurde in diesem Gesetz erstmals der Datenschutz der Bürger verankert.

Kohl: Wandel in DDR zu fördern, ist unsere nationale Aufgabe

Bundestag fordert freie Wahlen

Bonn (dpa). Während sich am Mittwoch in Ost-Berlin einschneidende Veränderungen an der Spitze der SED vollzogen, stellten im Bundestag Politiker aller Fraktionen die Forderung nach freien Wahlen in der DDR in den Vordergrund.

In seinem Bericht zur Lage der Nation nannte Bundeskanzler Kohl als weitere Bedingungen für eine „neue Dimension" wirtschaftlicher Hilfe an die DDR den Verzicht der SED auf ihr Machtmonopol und die Zulassung unabhängiger Parteien. Den „grundlegenden politischen und wirtschaftlichen Wandel in der DDR zu fördern, ist unsere nationale Aufgabe", sagte der Kanzler. Er betonte, daß der Massenexodus aus der DDR nicht das Ziel der Deutschlandpolitik sein könne.

Der SPD-Partei- und Fraktionsvorsitzende Vogel bot der Bundesregierung Zusammenarbeit sowohl bei der Unterstützung des Reformprozesses in der DDR als auch bei der Lösung der durch die große Übersiedlerzahl entstehenden Probleme an. Gemeinsame Arbeitsgruppen von Regierung, Opposition und Fachleuten sollten entsprechende Konzepte ausarbeiten. Berlins Regierender Bürgermeister Momper (SPD) schlug vor, in Berlin einen „runden Tisch" der beiden deutschen Staaten zur Erörterung der nur gemeinsam lösbaren Fragen einzurichten.

Ungeteilten Respekt zollten Sprecher der vier Fraktionen den DDR-Bürgern, die seit Wochen mit friedlichen Demonstrationen die Veränderungen in ihrem Land vorantreiben. Mit unterschiedlichen Akzenten warnten Politiker aller Parteien davor, den DDR-Reformern Ratschläge zu erteilen. Gleichzeitig äußerten sie Verständnis für jene, die trotz der beginnenden Umgestaltung der DDR ihre Heimat verlassen. Nach Angaben Kohls sind in diesem Jahr bereits mehr als 200 000 DDR-Bürger in den Westen gekommen. Bei der Unterbringung und Eingliederung der Menschen aus der DDR gehe es um eine „Aufgabe von nationalem Rang".

Weiter Streit um Thema Wiedervereinigung

In der Diskussion um die Wiedervereinigung wurden große Unterschiede vor allem zwischen der CDU/CSU einerseits sowie FDP, SPD und Grünen andererseits deutlich.

Der Kanzler unterstrich, daß die Bundesregierung an ihrer Deutschlandpolitik festhalten werde. „Weniger denn je haben wir Grund zu resignieren und uns auf Dauer mit der Zweistaatlichkeit Deutschlands abzufinden." Auch der Vorsitzende der CDU/CSU-Fraktion, Dregger, unterstrich das Ziel der staatlichen Einheit Deutschlands. Ein solcher Staat werde „eine demokratische Verfassung nach dem Beispiel des Grundgesetzes haben. Etwas anderes kommt für uns überhaupt nicht in Frage."

Vogel zitierte dagegen Erklärungen von Oppositionsgruppen in der DDR, die die Existenz zweier deutscher Staaten auf absehbare Zeit als Grundlage für die weitere Entwicklung der DDR betrachten. Er warf Unionspolitikern „selbstüberhebliche Rechthaberei" vor.

Die Grünen-Abgeordnete Antje Vollmer erklärte, zum ersten Mal entstehe in diesen Wochen eine eigene DDR-Identität: „In dieser Lage von Wiedervereinigung zu sprechen, heißt, das Scheitern der Reformbewegung zu postulieren."

FDP-Fraktionschef Mischnick sagte, der Reformprozeß in der DDR sei auch ein Schritt zur Überwindung der Teilung. Die Einheit Deutschlands sei für ihn ein „zukunftsgewandtes europäisches Friedensziel", stellte er fest und erhielt dafür auch Zustimmung von SPD-Rednern. **Siehe auch Kommentar und weiteren Bericht im Innern**



Regierungschefs: Konsortium soll MBB-Marinetechnik übernehmen

Ein Konsortium soll die Marinetechnik von MBB und Daimler-Benz übernehmen, die beide Unternehmen vor ihrer Fusion verkaufen müssen. Darauf einigten sich gestern in Hamburg mit Vertretern der Industrie die Regierungschefs der vier norddeutschen Küstenländer (von links) Björn Engholm (Schleswig-Holstein), Ernst Albrecht (Niedersachsen), Klaus Wedemeier (Bremen) und Henning Voscherau (Hamburg). Dem Konsortium gehören die Fried. Krupp GmbH mit 35 Prozent sowie die Salzgitter AG und die Bremer Vulkan AG mit jeweils 30 Prozent an. Die restlichen fünf Prozent werden von den niedersächsischen Werften Abeking und Rasmussen sowie Luerssen gehalten. Die vier Küstenländer hatten zuvor deutlich gemacht, daß beim Verkauf von MBB- und Daimler-Geschäftszweigen in der Marinetechnik die strukturpolitischen Interessen der Region berücksichtigt werden müßten. Voscherau dementierte gestern einen Bericht der „Süddeutschen Zeitung", nach dem die geplante Fusion Daimler-MBB vor dem Scheitern stehe. Er betonte, er habe keine Arbeitsplatzgarantien für die Hansestadt gefordert.

(dpa-Funkbild)

SED-Mitglieder demonstrierten vor ZK-Gebäude

Krenz: Bald „konkrete Taten"

Fortsetzung

SED-Generalsekretär Krenz sprach gestern abend spontan vor Parteiabordnungen aus Ost-Berliner Betrieben, die sich vor dem Haus des Zentralkomitees versammelt hatten. „Für Donnerstag oder Freitag kündigte er „konkrete Taten" an. Auf der Kundgebung, die von Grundorganisationen der SED veranstaltet worden war, informierte das neue und alte Politbüromitglied Schabowski die Demonstranten über die Neuwahl des Politbüros. Dabei gab es bei einigen Namen ein Pfeifkonzert. Andere, wie der des Dresdner SED-Bezirkschef Modrow, wurden mit starkem Beifall bedacht.

Inzwischen hat ein weiteres prominentes SED-Mitglied sein Amt niedergelegt: Der langjährige Magdeburger Oberbürgermeister Werner Herzig, der in den vergangenen Wochen mehrfach kritisiert worden war, trat zurück.

Als erste von 16 DDR-Einzelgewerkschaften im Freien Deutschen Gewerkschaftsbund (FDGB) hat gestern die Industriegewerkschaft Bau-Holz Neuwahlen zur Volkskammer im kommenden Jahr gefordert. In einer über ADN veröffentlichten Erklärung verlangte der Gewerkschaftsvorstand, die Wahlen müßten „auf der Grundlage einer neuen, wahrhaft demokratischen Wahlordnung stattfinden". Die Wahlergebnisse sollten öffentlicher Kontrolle unterworfen werden.

Die DDR-Zeitung „Der Morgen" berichtete gestern über „schreiende" Wahlfälschungen bei den Kommunalwahlen im Mai. Der Chefdramaturg an der Deutschen Staatsoper in Ost-Berlin, Manfred Haedler, sprach von „bösen Erfahrungen" als Mitglied eines Wahlvorstands.

Änderungen für Pkw

Vom 1. Dezember an will die DDR die Ein- und Ausfuhr von Privatfahrzeugen liberalisieren. Diese in den DDR-Zeitungen veröffentlichte Ankündigung sieht vor, daß für die Einfuhr fast aller Fahrzeuge sowie die Ausfuhr geschenkter Fahrzeuge Gebühren zwischen drei und 14 DDR-Mark je Kubikzentimeter zu entrichten sind. Bei einem neuen VW-Golf mit einem Hubraum von 1300 Kubikzentimeter wären dies mindestens 3900 und höchstens 18 200 DDR-Mark. Das ist mehr als die Hälfte des Betrages, der für einen mit diesem VW-Motor ausgerüsteten „Wartburg" aus DDR-Produktion hinzublättern ist.

Die Anordnung betrifft Pkw, Kleintransporter, Kleinbusse, Krankenfahrstühle, Motorräder und Kfz-Ersatzteile. Sie können eingeführt werden, wenn es sich um Schenkungen bzw. den Kauf aus Devisenguthaben handelt und sie nicht älter als vier Jahre nach der Erstzulassung sind. Fahrzeuge können auch als Umzugs- und Erbschaftsgut eingeführt werden.

Die Ausfuhr von Autos als Umzugs- und Erbschaftsgut ist gebührenfrei.

1990 / Hasselfeldt:

300 000 neue Wohnungen

Bonn (AP/dpa). Im nächsten Jahr werden nach Schätzung von Bundesbauministerin Gerda Hasselfeldt durch Neu- und Ausbau über 300 000 neue Wohnungen entstehen, rund 50 000 mehr als 1989. Vor Journalisten räumte sie gestern in Bonn jedoch ein, daß die Maßnahmen des jüngsten Koalitionsprogramms nicht so rasch greifen, um alle Probleme des Zuzugs der Aus- und Übersiedler schnell lösen zu können.

Die Ministerin hat nach eigenen Angaben Kontakt mit dem Präsidenten der Bundesanstalt für Arbeit, Franke, aufgenommen, um der Bauwirtschaft bei der Suche nach neuen Arbeitskräften zu helfen. Verstärkt mobilisiert werden sollten auch Aus- und Übersiedler. Gegebenenfalls müßten auch die Kontingente an osteuropäischen Leiharbeitern erhöht werden. **Einzelheiten des Wohnungsbaupakets auf der Wirtschaftsseite**

Neues Ausländergesetz

Nachbesserung gefordert

Bonn (dpa). Der Entwurf für das geplante Ausländergesetz muß nach Ansicht zahlreicher Fachleute noch erheblich nachgebessert werden. Auf einer von den Grünen am Mittwoch in Bonn veranstalteten Anhörung stieß das von Innenminister Schäuble vorgelegte Gesetz in seinen größten Teilen auf Ablehnung.

Wie es von Anhörungsteilnehmern hieß, wurden in den Abstimmungsgesprächen zwischen den Ministerien inzwischen mehr als 300 Änderungsanträge vorgebracht. Am 15. November soll der Entwurf jedoch bereits vom Kabinett verabschiedet werden.

Die Experten von christlichen Kirchen und Verbänden bemängelten vor allem, daß den lange Zeit in der Bundesrepublik lebenden Ausländern nicht mehr Rechtssicherheit eingeräumt werde.

Fast einhellige Bundestags-Entschließung

Weitreichende Garantie für Polens Westgrenze

Bonn (dpa). Der Bundestag hat einen Tag vor der Polen-Reise von Bundeskanzler Kohl fast einhellig die bisher weitestreichende Garantie für den Bestand der polnischen Westgrenze ausgesprochen. Mit 400 Stimmen, bei vier Gegenstimmen und 33 Enthaltungen vor allem der Grünen, votierten die Abgeordneten am Mittwoch für einen Entschließungsantrag von CDU/CSU und FDP, dem auch die SPD ihre Zustimmung gab.

Darin wird einerseits die rechtliche Grundlage des Warschauer Vertrages von 1970 dargelegt, in dem die Bundesrepublik die Unverletzlichkeit der Grenzen bekräftigt, aber gleichzeitig in der Grenzfrage auf den rechtlichen Vorbehalt eines Friedensvertrags für ganz Deutschland verwiesen. Andererseits heißt es in der Entschließung an die Adresse des polnischen Volkes: „Es soll wissen, daß sein Recht, in sicheren Grenzen zu leben, von uns Deutschen weder jetzt noch in Zukunft durch Gebietsansprüche in Frage gestellt wird."

Wie der Entschließungsantrag von CDU/CSU und FDP zustande kam, lesen Sie im Innern.

Die Grünen stimmten nicht für den Koalitionsantrag, weil er ihnen nicht weit genug geht. 27 Unionsabgeordnete um den Vertriebenenpolitiker Helmut Sauer – darunter Herbert Czaja, Philipp Jenninger, Heinrich Windelen – betonten vor der Abstimmung in einer schriftlichen Erklärung, ihre Zustimmung ändere nichts an ihrer Auffassung, daß Deutschland rechtlich im Gebietsstand von 1937 fortbestehe. Es gebe kein völkerrechtlich wirksames Dokument „zur Abtrennung von 108 000 Quadratkilometern von Deutschland". Gegen die Entschließung stimmte der CDU-Abgeordnete Franz-Hermann Kappes.

Arbeitskräftemangel

Stasi-Angehörige in die Produktion

Berlin (dpa). Der durch den Flüchtlingsstrom in der DDR entstandene Arbeitskräftemangel soll nun auch durch Einsatz von Mitarbeitern des Staatssicherheitsdienstes (Stasi) behoben werden. Das Ministerium hat in „Anbetracht dringender Erfordernisse" Sofortmaßnahmen beschlossen, wonach 385 Angehörige des Stasi künftig produktive Arbeiten ausführen sollen. Laut ADN sollen unter anderem 232 von ihnen als Lastwagen-Fahrer tätig sein, andere Kraftfahrzeuge reparieren. 21 Ärzte und medizinische Hilfkräfte sollen im Gesundheitswesen eingesetzt werden.

Fernsehen

West-Programme in DDR-Zeitungen?

Berlin (dpa). DDR-Bürger werden möglicherweise bald aus ihren Zeitungen über die TV-Programme westlicher Sender informiert. Der Chefredakteur der DDR-Programmzeitschrift „FF Dabei", Wagner, kündigte am Mittwoch an, die Entscheidung werde in etwa zwei Wochen fallen.

Die DDR-Bürger werden am 19. November erstmals in einer Live-Sendung des WDR-Fernsehens in Leipzig über die „DDR im Umbruch" diskutieren. Die Sendung ist Bestandteil der „NRW-Kulturpräsentation Leipzig". Sie wird allerdings nur in West 3 übertragen.

HESSISCHE/NIEDERSÄCHSISCHE
ALLGEMEINE

Herausgeber
Rainer Dierichs, Dr. Dietrich Batz, Achim von Roos

Chefredakteur
Lothar Orzechowski

Stellv. Chefredakteure
Wolfgang Rossbach, Peter M. Zitzmann

Verantwortliche Redakteure
Chef vom Dienst: Rainer Merforth. Politik: Jochen Prater. Blick in die Zeit: Walter Schütz. Wirtschaft und Sozialpolitik: Horst Seidenfaden. Kultur: Dirk Schwarze. Frau u. Reise: Ilse Methe-Huber. Sport: Rolf Wiesemann. Sonntagszeit: Frank Thonicke. Kassel Stadt und Land: Wolfgang Rossbach. Bezirksredaktionen: Peter M. Zitzmann. Koordination: Helmut Lehnart. Hessen/Niedersachsen: Eberhard Heinemann. Chefreporter: Karl-Hermann Huhn. Sonderthemen: Peter Ochs.

Redaktion Wiesbaden: Rolf Effenberger
Redaktion Hannover: Harald Birkenbeul
Redaktion Bonn: Hans Ludwig Laucht.

Verlagsleitung
Dr. Dietrich Batz, Rainer Dierichs, Wigbert H. Schacht. Anzeigenleiter: Horst Prehm. Vertriebsleiter: Gerd Lühring.

Verlag Dierichs GmbH & Co KG, Frankfurter Str. 168, Postfach 10 10 09, 3500 Kassel, Ruf 05 61 / 20 3-0. Tel. Anzeigenannahme 05 61 / 20 3-3. Fernschreib-Nr. 99 635. Telekopierer 05 61 / 20 36. Teletex 5 61 81 10. Postgirokonto 155132-608 Frankfurt/M. Anzeigenpreisliste Nr. 29. Monatlicher Abonnementspreis DM 25,60 inkl. Zustellung und 7% MwSt. (Postbezugspreis 28,50 DM).

Die Beendigung des Abonnements ist nur mit schriftlicher Kündigungserklärung unter Einhaltung einer Frist von einem Monat zum Monatsende möglich; die Frist läuft ab Zugang der schriftlichen Kündigungserklärung.

Auflage werktags über 270 000 Exemplare in Tarifgemeinschaft mit „Oberhessische Presse", Marburg, „Hersfelder Zeitung", „Werra-Rundschau", Eschwege, „Harzkurier", Herzberg.

Auflage „Sonntagszeit" über 200 000 Exemplare

Herstellung Druckhaus Dierichs Kassel, Frankfurter Straße 168 35 Kassel

Dramatische Lage der Nation

Was in vielen Jahren nationale Pflichtübung war, hat eine dramatische Dimension bekommen. Des Bundeskanzlers Bericht zur Lage und die Aussprache darüber werden illustriert von den Bildern einer rasanten Bewegung. Jedermann erfährt täglich hautnah, was sich vollzieht in diesem Deutschland, über das so lange nur geredet wurde. Die Vision von einem Wandel trifft uns mit voller Wucht. Die Geschichte, die wir Deutschen besonders gern für uns in Anspruch nehmen, hat uns vom Kopf auf die Füße gestellt. Was soll nun werden?

Die Parteien sind sich einig im demokratischen Grundverständnis, das keine Grenzen kennt. Das ist, bedenkt man Anfechtungen und Zweifel zuvor, enorm. Was die Bundesrepublik prägt, muß sich demnach auch in der DDR vollziehen: Freiheit in des Wortes voller Bedeutung, um es mit einem Satz zu sagen. Das verträgt weder den Machtanspruch einer Partei noch Manipulation der Menschen. Die Deutschen auch drüben sollen selbst entscheiden, was sie wollen.

Jene, die in Massen zu uns kommen, haben sich entschieden. Aber das kann keine Lösung der deutschen Frage sein, wie Helmut Kohl in der Not bekannte. Nicht die Abstimmung mit den Füßen bringt die Umwälzung; die Sache müssen jene in die Hand nehmen, die in ihrer Heimat bleiben wollen. Ihnen vom sicheren Porte aus zu raten, sollte genau überlegt sein. Ihnen gar, wie Alfred Dregger es unternimmt, die Bundesrepublik überzustülpen, grenzt an Anmaßung. Gerade in stürmischer Zeit braucht man einen langen Atem. Sich zu gebärden, als stünde die Wiedervereinigung vor der Tür, widerläuft der nationalen Pflicht. Die Obhutspflicht gebietet Sorge für alle Deutschen, aber sie beinhaltet nicht das Recht, den Weg vorzuschreiben. Die Menschen in der DDR sprechen schon für sich selbst.

Alfred Brugger

Mutige Richter

Zum zweiten Mal binnen acht Tagen hat der Hessische Verwaltungsgerichtshof Landesumweltminister Weimar die gelbe Karte gezeigt. Im Fußball wäre das gleichbedeutend mit Platzverweis. Das gibt es in dieser Form in der Politik nicht – aber vielleicht nimmt, um im Bild zu bleiben, „Trainer" Wallmann ihn ja freiwillig vom Feld. Erst Alkem, jetzt Hoechst, es wäre wohl an der Zeit.

Doch es geht um mehr als um Karl-Heinz Weimar und seine Genehmigungspraxis über Bürger-Einwände hinweg. Der Richterspruch hat Auswirkungen auf die Genforschung in der gesamten Bundesrepublik. Die Entscheidung von Kassel liefert die Grundlage dafür, jede Produktion erbgutveränderter Zellen und sogar jede praktische Forschung auf dem Feld der Gentechnik zu stoppen.

Mit ihrer mutigen Begründung haben die Kasseler Richter Zeichen gesetzt: Es kann nicht die Aufgabe der Rechtsprechung sein, die Schularbeiten der Politiker zu machen. Der umgekehrte Weg ist der einzig richtige: Bonn macht die Gesetze und die Gerichte überprüfen sie. An diesem Prinzip darf vor allem dann nicht gerüttelt werden, wenn es um Fragen solcher Tragweite geht wie im Fall der Gentechnik. Denn sie birgt ungeahnte Gefahren. Welches „Restrisiko" hinzunehmen der Staat um des Fortschritts willen bereit ist, muß zunächst gesetzlich geregelt werden. Solange dies nicht geschehen ist, dürfen weder Minister noch Richter irgendwelche Vorabgenehmigungen erteilen.

„Wir sollten nicht die Fehler aus der Kernenergie wiederholen, einfach einzusteigen und Jahre später die Probleme zu haben." Dieser Satz ist eigentlich nichts hinzuzufügen. Außer vielleicht, daß er von Karl-Heinz Weimar stammt. Doch als er ihn sprach – es war im Juni dieses Jahres – hatte er die Genehmigung für Hoechst längst erteilt.

Peter Ochs

Das Zitat

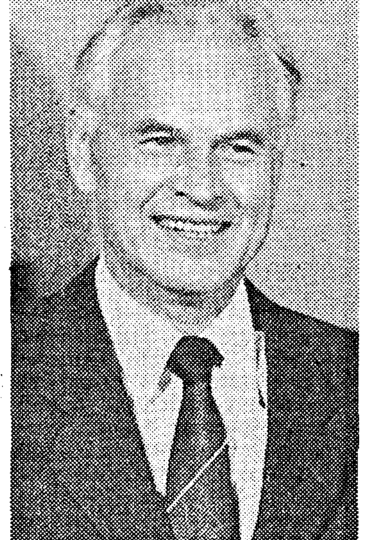
„Bestand haben wird nur ein Staat, der glaubwürdig ist. Mit einer Regierung, der man vertraut."

DDR-Autor Stefan Heym

Der plötzliche Aufstieg des Hans Modrow

Gehört nicht zu den „Wendehälsen"

Von unserem Mitarbeiter Peter Gärtner, Berlin



Hans Modrow (dpa-Funkbild)

Hans Modrow, der künftige Regierungschef der DDR, gehört nicht zu den „Wendehälsen" des Landes, von denen die DDR-Schriftstellerin Christa Wolf meinte, sie blockierten die Glaubwürdigkeit der neuen Politik am meisten. Der 61jährige Politiker, seit mehr als zwei Jahren als „Hoffnungsträger" unter den Menschen zwischen Erzgebirge und Ostsee gehandelt, zählt zu den wenigen Persönlichkeiten der SED-Spitze, die das gestrandete Schiff noch einmal flott machen könnten.

Bei seinen öffentlichen Auftritten demonstriert der „Erneuerer" genau jene Eigenschaften, die die Menschen in der DDR bislang von ihren Oberen vermissen: Gesprächsbereitschaft, Offenheit und Realitätsnähe. Zwar sei er kein „großer Redner", wie ein Dresdner bemerkt, doch könne er auf Menschen zugehen und auch zuhören. Am vergangenen Montag reihte sich Modrow gemeinsam mit dem Dresdner Oberbürgermeister Wolfgang Berghofer mit den Worten „Auch wir sind das Volk" in den nicht genehmigten Demonstrationszug ein.

Zuvor brachte der Gorbatschow-Anhänger, der mit einer Russin verheiratet ist, den Dialog mit Bürgern und oppositionellen Gruppen in der Elbestadt am schnellsten voran. Trotz der Pfiffe und Buh-Rufe, die auch Modrow in den letzten Tagen galten, sind seine Umgestaltungsvorstellungen seit langem bekannt. Sie scheiterten in der Vergangenheit stets an seinem Intimfeind Erich Honecker. Der abgesetzte SED-Generalsekretär wies den „Hoffnungsträger" immer wieder in die Schranken.

Hinter Modrow steht nicht nur die Parteibasis der Südbezirke, sondern auch viele ganz normale Menschen. Sie rechnen dem „Bezirksfürsten" vor allem den Verzicht auf die üblichen Privilegien hoch an: Die Dienstvilla hat er zugunsten einer gewöhnlichen Drei-Zimmer-Neubauwohnung ausgeschlagen. Auch einer schwedische Luxus-Karosse zog er einen schlichten Lada vor.

Die Karriere des im mecklenburgischen Jasenitz geborenen Reformers begann wie die so vieler anderer Parteifunktionäre in der staatlichen Jugendorganisation FDJ. Sein Aufstieg unter dem früheren SED-Generalsekretär Walter Ulbricht ging lückenlos weiter: von 1967 bis 1971 war Modrow Sekretär für Agitation und Propaganda der SED in Ost-Berlin, danach bis 1973 Leiter der Abteilung Agitation des Zentralkomitees der Partei.

Erst zwei Jahre nach dem Sturz von Walter Ulbricht gelang es Erich Honecker, seinen unliebsamen Konkurrenten als Bezirkschef in den Südbezirk Dresden, fern der Ost-Berliner Zentrale, abzuschieben. Doch sein Einfluß ging im Laufe der Zeit weit über die Grenzen der Provinz hinaus. Aus Kirchenkreisen ist bekannt, daß Modrow sich auch dann als Gesprächspartner zeigte, wenn Honecker den offiziellen Beziehungen Staat-Kirche „Eiseskälte" verordnete.

Seinen Ruf als Reformer konnte der ehemalige Ulbricht-Gefolgsmann bislang nur in der Dresdner Provinz gerecht werden. Als neues Politbüro-Mitglied, so hoffen SED-Genossen, und vor allem als künftiger Regierungschef könnte er es vielleicht noch schaffen, das fast auf den Nullpunkt gesunkene Ansehen der Partei wieder anzuheben.

Das Personalkarussell drehte sich immer schneller

Innerhalb von nur drei Wochen hat die DDR ihre gesamte Führungsspitze in Partei und Staat erneuert. Das Personalkarussell drehte sich zuletzt immer schneller.

Mittwoch, 18. Oktober: DDR-Staats- und Parteichef Erich Honecker (77) tritt zurück und schlägt zugleich den 52jährigen Egon Krenz als seinen Nachfolger vor. Noch am selben Tag werden die für Wirtschaft und Medienpolitik zuständigen Politbüromitglieder Günter Mittag (63) und Joachim Hermann (60) von ihren Ämtern entbunden.

Donnerstag, 2. November: Der Vorsitzende des DDR-Gewerkschaftsbundes FDGB, Harry Tisch (62), erklärt seinen Rücktritt. Annelis Kimmel (55) wird zur Nachfolgerin gewählt. Volksbildungsministerin Margot Honecker (62) sowie der Chef der DDR-CDU, Gerald Götting (65), und der Vorsitzende der Nationaldemokratischen Partei Deutschland (NDPD), Heinrich Homann (78), erklären ihren Rücktritt. Am selben Tag werden in den Bezirken Suhl und Gera neue SED-Bezirkschefs ernannt.

Freitag, 3. November: Staats- und Parteichef Krenz kündigt das Ausscheiden mehrerer Spitzenfunktionäre aus dem SED-Politbüro an. Er nennt den für Außenpolitik zuständigen Hermann Axen (73), den für Kultur und Wissenschaft verantwortlichen Kurt Hager (77), Staatssicherheitschef Erich Mielke (81), den Vorsitzenden der Parteikontrollkommission, Erich Mückenberger (79), sowie den ersten stellvertretenden Ministerpräsidenten Alfred Neumann (79). Der Leipziger Oberbürgermeister Bernd Seidel (SED) tritt zurück.

Samstag, 4. November: In Schwerin kommt ein neuer SED-Bezirkschef an die Macht.

Dienstag, 7. November: Die gesamte DDR-Regierung, der 45köpfige Ministerrat unter Leitung von Ministerpräsident Willi Stoph (75), beantragt ihren Rücktritt.

Mittwoch, 8. November: Genau 21 Tage nach dem Ausscheiden Honeckers tritt das Politbüro der SED, das mächtigste Organ der DDR, komplett zurück.

Der Dresdner SED-Bezirkschef Hans Modrow (61) wird vom Zentralkomitee (ZK) ins neue Politbüro gewählt. Zugleich schlägt das ZK Modrow als Nachfolger von Regierungschef Stoph vor. (dpa)

Politbüro, Zentralkomitee, Staatsrat

In der DDR-Verfassung ist die Führungsrolle der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED) als marxistisch-leninistische Partei der Arbeiterklasse festgeschrieben.

Ihr aus 163 Vollmitgliedern und 50 Kandidaten bestehendes Zentralkomitee (ZK) ist das höchste Organ zwischen den Parteitagen. Es wählt aus seinen Reihen das Politbüro mit (bisher) 21 Mitgliedern und fünf Kandidaten.

Das Politbüro hält damit die eigentliche Macht in den Händen, da es alle grundsätzlichen politischen und personellen Entscheidungen trifft. Es muß dem ZK Rechenschaft über seine Arbeit ablegen. Das ZK wählt außerdem ein Sekretariat, das die laufende Parteiarbeit organisiert.

ZK-Generalsekretär und auch Mitglied des Politbüros ist Egon Krenz. Als Staatsratsvorsitzender bekleidet er auch das Amt des Staatsoberhaupts der DDR. Krenz gehört aber nicht dem von der Volkskammer (dem Parlament) gewählten und am Dienstag zurückgetretenen Ministerrat (der Regierung) an.

Der Staatsrat wird ebenfalls von der Volkskammer gewählt und hat 29 Mitglieder. Darunter sind auch Vertreter der Blockparteien der DDR und der Massenorganisationen wie des DDR-Gewerkschaftsbundes und der Jugendorganisation FDJ. Der Staatsrat vertritt die DDR völkerrechtlich, schreibt Wahlen aus und überwacht die obersten Gerichte. Außerdem ernennt er den Nationalen Verteidigungsrat, dessen Vorsitzender ebenfalls Krenz ist. (dpa)

Mit großem Gefolge und kleinem Gepäck (Karikatur: Wolf)

Presse-Echo

Mit dem Polenbesuch Kohls beschäftigen sich viele Blätter

Badische Zeitung

Jetzt muß die Hintertür endlich dicht gemacht werden, durch die jeder, der vorn den Polen treuherzig die Unverletzlichkeit ihrer Grenzen zusichert, hintenherum den deutschen Heimatvertriebenen augenzwinkernd signalisieren kann: Im Grunde sei ja noch gar nichts entschieden, weil erst ein Friedensvertrag endgültige Grenzen festlegen könne... Mit Recht begreifen die Polen diese feingesponnene Doppeldeutigkeit als Täuschungsversuch.

Hamburger Abendblatt

Selten war ein offizieller Besuch des Bundeskanzlers mit so vielen Unwägbarkeiten behaftet wie die anstehende Polenreise. Es fällt auf, daß Kanzlerberater Horst Teltschik am Vorabend dieses als historisch empfundenen Besuchs darum zu tun ist, alle Erwartungen auf ein Mindestmaß zu dämpfen. Von einem „neuen Kapitel", das man in der so tragisch belasteten Geschichte der beiden Völker aufschlagen wollte, ist nicht mehr die Rede. Statt dessen sagte Teltschik, daß es bis zu einer endgültigen Aussöhnung zwischen Polen und Deutschen noch ein weiter Weg sein wird.

Zum Wohnungsbauprogramm schreiben die

Lübecker Nachrichten

Es mag schon ein zweites Wirtschaftswunder sein, daß die Zehntausende von jungen DDR-Flüchtlingen ausgerechnet in einer Zeit „kapitalistischer" Hochkonjunktur kommen und zum größten Teil ohne Schwierigkeiten Arbeit finden. Aber die sozialistischen Bequemlichkeiten sind in der freien Gesellschaftsordnung keineswegs selbstverständlich: Billiger Wohnraum und genügend Kinderkrippen bleiben die Ausnahme. Daran wird auch das gestern mit ungewohnter Eile von der Bundesregierung beschlossene Wohnungsbauprogramm wenig ändern können.

Dazu die

Eßlinger Zeitung

So wichtig dieser Impuls sein mag: Zum Neubau muß sich die Mobilisierung bereits bestehenden Wohnraums gesellen. Einerseits macht die Statistik deutlich, daß die Versorgung pro Haushalt so schlecht nicht ist. Andererseits dürften angesichts des kräftig weiter fließenden Aus- und Übersiedlerstroms mehr als die bisher veranschlagten eine Million Wohneinheiten fehlen. Ein großer Teil davon würden verfügbar, könnte die Fehl- und Unterbelegung der Sozialwohnungen gemindert werden.

Egon Krenz und der Umbau des Politbüros

Die Suche nach der rechten Mischung

Von dpa-Korrespondent Joachim Schöttes

Die SED versucht den Neuanfang mit halbiertem Politbüro und einem Exponenten des Reformflügels als Aushängeschild. Dem Dresdener SED-Bezirkschef Hans Modrow, der bisher noch nicht einmal Kandidat des Politbüros war, gelang am Mittwoch nicht nur der Aufstieg in das höchste Machtgremium der Partei, er soll auch Ministerpräsident werden. Nach dem von den Parteien geäußerten Wunsch, die Regierung und die Volkskammer sollten gestärkt werden, hofft die SED offenbar so, mit dem „Hoffnungsträger" ein kräftiges Reformzeichen zu setzen.

Sollte nach letzter Ankündigung des Vorsitzenden der Partei, Egon Krenz, auf der dreitägigen Sitzung des ZK zuerst ein Aktionsprogramm und dann Kaderfragen (Personalfragen) behandelt werden, sah es kurz nach zehn Uhr am Mittwoch morgen schon völlig anders aus. Um 10.40 Uhr meldete die DDR-Nachrichtenagentur ADN in einer Blitz-Meldung, daß nicht nur das Politbüro zurückgetreten war, sondern auch die Tagesordnung umgeworfen wurde: Kaderfragen standen nun an erster Stelle.

Halbierte Mannschaft

Egon Krenz wird Parteichef bleiben. Er hatte sich für Reformen ausgesprochen. Das neue Politbüro, dem nur noch elf statt bisher 21 Personen angehören, ist nach Meinung von Beobachtern eine Mischung der Parteiflügel, bei dem den Bedürfnissen der Wirtschaft, der Sicherheit sowie der Zusammenarbeit mit der Sowjetunion Rechnung getragen wurde. Den dem Reformflügel zugezählten Modrow, Günter Schabowski und Werner Eberlein wurden auf der anderen Seite Hans-Joachim Böhme, der alte Verteidigungsminister Heinz Keßler und Werner Jarowinski entgegengesetzt. Offenbar sollen die Reformen auch durch Vertreter des alten Flügels abgestützt werden. Wolfgang Herger, der als enger Vertrauter von Krenz gilt, leitete bisher die Sicherheitsabteilung.

Absage an alte Linie

Mit der Nichtberufung der ursprünglich vorgeschlagenen Horst Dohlus, Günther Kleiber und Gerhard Müller wurde Vertretern der alten SED-Linie eine Absage erteilt. Den ungewöhnlichen Sprung, nicht einmal Kandidat des Politbüros zu sein und dann in das höchste SED-Gremium gewählt zu werden, schafften gleich drei Personen. Auch die ungewöhnliche Konstruktion, Klaus Höpke, der als Reformer gilt, und Gregor Schirmer als Leiter der Kultur- und der Wissenschaftskommission „beim Politbüro" zu wählen und sie an den Sitzungen teilnehmen zu lassen, zeigt offenbar den Willen der SED, neue Wege zu gehen.

Mit der Halbierung der Zahl der Politbüromitglieder wird gehofft, das Entscheidungsgremium wieder handlungs- und entscheidungsfähiger zu machen.

Der Erwartungsdruck der Bevölkerung hatte die SED überrollt. Hunderttausende waren wochenlang auf die Straße gegangen und hatten unter anderem radikale Veränderungen, Freiheit und freie Wahlen gefordert. Der Entwurf des Reisegesetzes wurde vom Verfassungsausschuß der Volkskammer nicht gebilligt. Die DDR-Bürger fühlten sich nach eigenen Aussagen „verarscht". Der Druck nahm innerhalb weniger Stunden noch mehr zu.